



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit:

»Von der Hochschülerschaft Österreichs
zur Österreichischen Hochschülerschaft.
Kontinuitäten und Brüche«

Verfasser:

Gerhard Wagner

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 190 313 333

Studienrichtung: Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Gerhard Jagschitz

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	10
Vorbemerkung.....	11
Einleitung: Zur Thematik, Intention und Methode	12
Hochschülerschaft Österreichs – Österreichische Hochschülerschaft	13
... anhand des heutigen Geschichtsbewusstseins der Hochschülerschaft	14
Geschichtsbewusstsein durch Methodisierte Wissenschaft	17
Deutungskonstruktionen und »Wirklichkeit«	21
Differenzierte Sichtweise.....	22
Orientierung an der »qualitativen Forschung«.....	24
Zum historischen Hintergrund: Austrofaschismus oder Ständestaat?	28
Vorgeschichte:	
Von den mittelalterlichen ›Nationen‹ zur Deutschen Studentenschaft	39
Deutsche Sehnsucht an den österreichischen Hochschulen.....	39
Starke Studierendenvertretungen	44
Der »wehrhafte Student«.....	48
Von der Auflassung der Studentennationen zum Deutschnationalismus.....	51
Katholische Verbindungen.....	54
Sozialdemokratische Studierende	56
Antisemitismus und Selbstvertretungsanspruch jüdischer Studierender	57
Gemeinsame Kriegskameraden im Ersten Weltkrieg	59
1918: Ein neuer Anfang?.....	62
Kreis VIII der Deutschen Studentenschaft:.....	67
Aufbau und Organisation der Deutschen Studentenschaft	68
»Ein eigenartiges Gebilde sui generis«: Gleispach, Hugelmann und die Studentenordnung an der Universität Wien 1930	72
Die Deutsche Studentenschaft unter nationalsozialistischem Einfluss	80
Einführung des Führerprinzips in der DSt.....	81
Die katholischen Studenten verlassen die DSt. in Österreich	84

Unruhen an den Universitäten.....	85
Schließungen der Hochschulen im Studienjahr 1932/33	91
Universität Wien	91
Technische Hochschule:	92
Hochschule für Bodenkultur: (außerordentliche Schließungen).....	92
Die Auflösung der Deutschen Studentenschaft.....	92
Die Hochschülerschaft Österreichs (1933-1938):	
Sachwalter und Rahmenbedingungen.....	99
»...geordnete selbsttätige Mitwirkung verantwortungsfähiger und verantwortungswilliger Exponenten...«.....	99
Die Hochschülerschaft Österreichs und die österreichischen Hochschulen	104
Finanzierung	107
Bestellung von Sachwaltern.....	109
Karl (v.) Stein (Sachwalter d. Hochschülerschaft Österreichs 1933-1935)	112
Räume für den Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs	112
»Der Wille, der Weg, das Ziel«.....	113
Josef Klaus (Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien 1933-1934).....	114
Klaus Tätigkeit in der Deutschen Studentenschaft	115
Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs an der Universität Wien	116
Klaus Verhältnis zu Unterrichtsminister Schuschnigg	118
Heinrich Drimmel (Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien 1934-1937, Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1937)	119
Drimmels Toleranz gegenüber den Nationalen:.....	125
Zeitgenössische Beurteilungen des Hochschülerschafts-Sachwalters Drimmel	129
Richard Lechner (Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs 1937-1938).....	131
Neue Tendenzen unter dem Sachwalter Lechner.....	132
Proteste der nationalsozialistischen Studierenden 1933/34.....	136
Die nach 1933 in die Illegalität gedrängte linke Opposition	140
Gesetzliche Bestimmungen für die Hochschülerschaft	150
Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrag.....	150
Gliederung und Wirkungskreis des »studentischen Führungsapparates«	151
»Aufrechterhaltung der Disziplin«.....	157
Hochschülerziehungsgesetz	157

Hochschulermächtigungsgesetz	158
Die Ziele des Ministers Pernter	160
Ideologie: Wie sich die Hochschülerschaft Österreichs zu verschiedenen Themen positioniert hat...	164
Berufsständische Positionen an der Hochschülerschaft Österreichs	166
Faschistische Strukturen und »nahtloser Übergang«.....	170
Österreich.....	177
Dollfuß' und Schuschniggs Abkehr vom Anschluss an Deutschland.....	177
»Österreich und der Anschluss« (Feber 1934).....	179
»Österreichs deutsche Sendung« (März 1934)	181
»Juli 1914/1934/1936. Die Frage »Nation und Staat in Österreich«« (Dezember 1936).....	183
»Politische Aufgaben des Hochschülers« (April 1937)	186
Kritik Alfred Klahrs (1937) am Österreich-Konzept der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur	188
Ernst Karl Winter und die Idee einer österreichischen Nation.....	190
Hugo Hantsch, Österreich und Europa	192
Österreich, Deutsches Reich und austrofaschistischer Ständestaat	195
Ausblick: Das Österreich-Verständnis nach 1945	198
Antisemitismus?	202
Jüdische Korporationen.....	205
Frauenstudium.....	205
Ausblick 1: Die liebe Kollegin	210
Ausblick 2: Die erste Hochschülerschafts-Vorsitzende	211
Der soziale Student	213
Gremien und Vertretungen der Hochschülerschaft Österreichs im Spiegel der eigenen Medien	219
Bilanz der Sachwaltertagung 1937	219
Abteilungen der Hochschülerschaft Österreichs	220
Schulungswesen.....	220
Laienspielwesen	223
Referat für Lichtspielsdienst	224
Internationaler Austausch: Auslandsdienst der Hochschülerschaft Österreichs	225
Sozialstudentische Abteilung – Studentischer Arbeitsdienst	227
Sport und Wehrsport.....	229

Hochschullager.....	233
Sport und Wettkämpfe.....	236
Presse- und Werbe-Abteilung	237
Akademische Nachrichten und Österreichische Hochschulzeitung	238
Jahrbücher der Hochschülerschaft Österreichs	240
Verbände-Abteilung	240
Studentische Fürsorge	241
Medizinische Versorgung 1933/34.....	242
Die Hochschülerschaft an der Universität Wien.....	243
Fakultäten, Fachgruppen und Fachschaften	243
Juridische Fachgruppe.....	245
Staatswissenschaftliche Fachschaft.....	249
Medizinische Fachgruppe.....	250
Philosophische Fachgruppe.....	251
Fachschaft der Anglisten	251
Fachschaft der Germanisten	252
Fachschaft der Historiker	252
Fachschaft der Romanisten.....	254
Fachschaft der Geographen	255
Fachschaft der Altphilologen	255
Fachschaft der Mathematiker und Physiker	256
Fachschaft der Turnstudenten.....	256
Pharmazeutische Fachschaft	256
Pharmazeutische Fachgruppe	256
Theologische Fachgruppe	257
Evangelisch-theologische Fachgruppe der Universität Wien.....	258
Die Hochschülerschaft Österreichs an den anderen Universitäten	259
Technische Hochschule Wien.....	259
»Soziale Fürsorge«	260
Fachschaft für Maschinenwesen und Elektrotechnik	262
Fachschaft für Bauingenieurwesen.....	264
Fachschaft für Rettungstechnik.....	265
Fachschaft für Technische Physik und Fernmeldetechnik	267
Hochschule für Welthandel:.....	267
Betriebswirtschaftliche Fachschaft	269
Volkswirtschaftliche Fachschaft.....	269

Wirtschaftsgeschichtliche Fachschaft.....	269
Fachschaft für Fremdsprachen.....	270
Hochschule für Bodenkultur:	271
Fachschaft der Landwirte	271
Kulturtechnische Fachschaft.....	272
Sachwalterschaft an den steirischen Hochschulen.....	272
Universität Graz	274
Philosophische Fachgruppe.....	274
Medizinische Fachgruppe.....	275
Hochschule für Montanistik Leoben	275
Universität Innsbruck.....	275
Juristische Fachgruppe.....	278
Medizinische Fachgruppe.....	278
Theologische Fakultät Salzburg	278
Theologische Fachgruppe.....	279
Einsetzung eines beratenden Komitees für Studentenschaftsfragen.....	280
»Eine mitten im Leben stehende Hochschülerschaft«:	
Neue Tendenzen im Studienjahr 1937/38.....	281
Demokratische Elemente im Fachgruppenbeirat?.....	281
Exkurs: Kameradschaftliche Gemeinschaft an der Universität und im Beruf.....	283
Öffentliche Kritik am Couleurstudententum	285
Streik und Widerstand der Studierenden im Ständestaat	287
»Eine nicht unbeträchtliche Beunruhigung«: Protest der Juristen	296
Übergänge zur Österreichischen Hochschülerschaft	298
Die Universitäten während der nationalsozialistischen Herrschaft	298
Der Nationalsozialismus an der Universität	300
Einflüsse christlicher Strömungen und der Jugendbewegung	305
Soziale Strömungen in der katholischen Kirche	306
Carl Sonnenschein.....	310
Jugendbewegung	312
Die Seelsorger der Zwischenkriegszeit	316
Karl Rudolf	316
Michael Pfliegler	318
Der Bund Neuland.....	320

Neuland versus CV	329
Hochschulseelsorge von der Hochschülerschaft Österreichs bis zur Österreichischen Hochschülerschaft.....	333
Karl Stobls grundsätzliche Überlegungen zur Studentenschaft	335
Ein Neubeginn.....	337
Die Neugründung der Hochschülerschaft nach 1945.....	342
Eröffnung der Universität Wien: Kurt Schubert als Rektor und Begründer des Einsatzreferates der Österreichischen Hochschülerschaft.....	342
Wie die Studenten die Universität Wien in Betrieb setzten	344
Drei Parteien und ein parteiloser Vorsitzender	347
»Katholisch-kommunistische Aktionsgemeinschaften«	349
Neue (alte) Strukturen bilden sich heraus	351
Drei Parteien	352
Die »Demokratische Studentenschaft«	357
Wengraf wird Parteimitglied.....	361
Umgang mit den Nationalsozialisten.....	362
Gesetzliche Bestimmungen der Österreichischen Hochschülerschaft.....	365
Die Einrichtung der Österreichischen Hochschülerschaft	366
In StGBL 170/1945, § 14 wurden 12 Aufgabenkreise der Österreichischen Hochschülerschaft benannt:	368
Erweiterter Aufgabenkreis durch das Hochschülerschaftsgesetz 1950.....	369
Ausblick: Das Hochschülerschaftsgesetz 1973.....	372
Von der FÖSt zur Union.....	374
Die Bildung der »Union der Österreichischen Akademiker«	376
FÖSt-Ausblick.....	379
CV: Kontinuität und neue Bedeutung.....	380
FÖSt und KV	382
Die ÖH wird demokratisch legitimiert: die Wahl 1946	384
Ausgang der Hochschülerschafts-Wahlen 1946:	396
Ausblick: die Österreichische Hochschülerschaft auf dem Weg zur anerkannten Institution	398
Die »von mir immer bekämpfte[n] Organisation der Studentenschaft«: Rektor Adamovich und der Hochschülerschafts-Vorsitzende Karl Leutgeb.....	398

Ausblick 2: Ein Hochschülerschaftsvorsitzender verschwindet spurlos	407
Ausblick 3: Protest und Konsens.....	410
Biographische Nachbemerkung	419
Standortbestimmung des Autors dieser Arbeit	419
Anhang	423
1: Wer an der Universität Wien 1933 Anschlagkästen verlor	423
2: Das Rektorat wollte folgende Vereine 1933 nicht untersagen:	424
3: Schuschniggs Erlass zur Einrichtung der Hochschülerschaft	425
4: »Organisationsplan des studentischen Führungsapparates an der Universität Wien«.....	427
5: Der neue Sachwalter Richard Lechner stellt sich in der Österreichischen Hochschulzeitung vor:	428
6: »Aufbau der Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs« im WS 1937/38.....	430
7: Memorandum der Juristen 1938 gegen »weitgehende Erschwerungen«.....	442
8: Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerschaft	444
9: Vorsitzende der Hochschülerschaft an der Universität Wien	445
10: Für Universität zuständige Bundesminister.....	446
Abkürzungsverzeichnis.....	447
Quellen- und Literaturverzeichnis:	448
Verzeichnis der ungedruckten Quellen	448
Archive	448
Interviewte Zeitzeugen.....	448
Literaturverzeichnis	450
Online-Artikel.....	467
Abbildungsverzeichnis.....	471
Lebenslauf	473

Danksagung

*Ich danke all jenen, die mich vertrauensvoll in meinem Studium unterstützt
und ganz besonders jenen, die mich für meinen Studienabschluss bestärkt haben ...*

Vorbemerkung

In dieser Arbeit wird konsequent die neue Rechtschreibung verwendet. Zitierte Stellen aus verschiedenen Aufsätzen und Quellen werden, ohne es gesondert anzumerken, der neuen Rechtschreibung angepasst.

Bei den Formulierungen wird in dieser Arbeit darauf geachtet, wo es möglich ist, geschlechtsneutrale Formulierungen zu verwenden.

In der Zeit der von männlichen Studierenden dominierten Deutschen Studentenschaft und Hochschülerschaft Österreichs wird an einigen Stellen bewusst von Studenten oder Hochschülern gesprochen, um diese männliche Dominanz auch sprachlich auszudrücken.

Bei den Kurzzitaten wird, in Anlehnung des Gebrauchs bei den Sozialwissenschaften, zusätzlich die Jahreszahl des Erscheinungsdatums zwischen Autorennamen und Kurztitel eingefügt.

Einleitung: Zur Thematik, Intention und Methode

1933, vor nunmehr mehr als 75 Jahren, wurde in Österreich der Kreis 8 der (gesamtdeutschen) Deutschen Studentenschaft (DSt.) aufgelöst und die Hochschülerschaft Österreichs gegründet. Die Etablierung der Hochschülerschaft Österreichs und des Ständestaats gingen zeitgleich vor sich. In den bisher wenigen Arbeiten über die Hochschülerschaft Österreichs (Griesebner¹, Lichtenberger-Fenz² oder jüngst Marian Miehl³) werden vor allem die Kontinuitäten des austrofaschistischen Ständestaats zum faschistischen Nationalsozialismus untersucht. Wesentlich ausführlicher behandelt wurde die Zeit der Österreichischen Hochschülerschaft nach 1945, für die bereits seit den 1970er-Jahren (beginnend mit Floimaier⁴ und Forster⁵) ausführlich recherchierte Arbeiten vorliegen.

Weil dies eben für den Zeitraum 1933 bis 1938 nicht der Fall ist, wird in dieser Arbeit versucht, zunächst die Zeit der Hochschülerschaft Österreichs mit ihren vielschichtigen Facetten und ihrem geistesgeschichtlichen Hintergrund zu behandeln, ehe Kontinuitäten und Brüche zwischen Hochschülerschaft Österreichs und Österreichischer Hochschülerschaft gezeigt werden.

Und da in den 1930er-Jahren das wehrhafte und deutschnationale Studententum kaum in Frage gestellt wurde, wird dieser Arbeit nach einer wissenschaftlichen Standortbestimmung ein kurzer Abriss der Studentengeschichte voran gestellt. In diesem soll gezeigt werden, warum sich im deutschen Sprachraum – etwa im Gegensatz zum angloamerikanischen – seit der frühen Neuzeit Traditionen entwickelt haben, die schließlich zu den Burschenschaften und anderen

¹ Andrea **Griesebner**: Politisches Feld Universität: Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990 Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 1990.

² Brigitte **Lichtenberger-Fenz**: Österreichs Universitäten 1930 bis 1945. In: Friedrich Stadler (Hg.): Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien/München 2004

³ Marian **Miehl**: Studentische Vertretungsorganisationen und ihre Politik in der Zwischenkriegszeit. Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 2008

⁴ Roland **Floimaier**: Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU). Ungedr. phil. Diss. Univ. Salzburg, Salzburg 1974

Floimaier behandelt in seiner Arbeit schwerpunktmäßig die Vorgängerfraktionen der ÖSU. Weil diese jedoch sowohl federführend an der Gründung der Hochschülerschaft beteiligt war, als auch seit Ende 1945 durchgehend den ÖH-Vorsitzenden stellten, gibt diese eher selten zitierte Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der ÖH-Geschichte.

⁵ Christine H. **Forster**: Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955. Wien 1984 (=Dissertationen der Universität Wien 166)

nationalen Verbänden geführt haben. Diese waren in der Zwischenkriegszeit tonangebend und haben in ihrer Ablehnung jüdischer oder sozialdemokratischer Kolleginnen und Kollegen vieles von dem vorweggenommen, was im Nationalsozialismus an die grausame Spitze getrieben wurde. Dementsprechend desavouiert, haben sie nach 1945 nicht mehr die frühere Bedeutung an der Universität wiedergewonnen.

Hochschülerschaft Österreichs – Österreichische Hochschülerschaft

Die neu geschaffene Organisation hieß offiziell ›Hochschülerschaft Österreichs‹, doch auch der Begriff ›Hochschülerschaft in Österreich‹ findet sich in Zeitschriften und Schriftstücken – oder aber auch schon ›Österreichische Hochschülerschaft‹, wie die Vertretung der Studierenden nach 1945 offiziell genannt wird. Es ist interessant, dass in der Literatur diese Kontinuitäten eher relativiert werden und die derzeitige Hochschülerschaft aus dem Jahr 1945 hergeleitet wird.⁶ Auch der Autor dieser Arbeit hat dies 1995 als Hochschülerschaftsvertreter selbst getan, als er – hauptverantwortlich für den Inhalt – in einer Broschüre zum 50-Jahr-Jubiläum der ÖH nur die Zeit von 1945 bis 1995 behandelte und Kontinuitäten für die Gegenwart ableitete.⁷ Tatsächlich spricht vieles dafür, 1945 als Stunde Null der ÖH zu bezeichnen, weil die Studierenden damals in bewusstem Neuanfang nicht mehr an der Zeit des Ständestaats anknüpfen wollten. Aber es gibt es dennoch personelle, institutionelle und teilweise auch weltanschauliche Kontinuitäten zur Hochschülerschaft Österreichs, die einer genaueren Betrachtung wert sind.

Im Umfeld der Hochschülerschaft tauchen Phänomene auf, die über die Geschichte der Studierenden hinausreichen und Hinweise auf Kontinuitäten und Brüche der Geschichte Österreichs geben, sei es, weil bestimmte Entwicklungen maßgeblich von den Universitäten mitgeprägt wurden – etwa ein stark ausgeprägter Deutschnationalismus und Antisemitismus nach dem Ersten Weltkrieg oder jugendliche Tendenzen gegen das Establishment in den 1900er- und 1960er-Jahren. Denn die Jugendbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Verbindungen zu den Studenten, hat die Gesellschaft der Zwischenkriegszeit auch an der

⁶ So nennt etwa Griesebner (1990) die »Hochschülerschaft Österreichs« konsequent nur »Sachwalterschaft Österreichs«, eine nicht zeitgenössische Bezeichnung – und erreicht damit eine größere Distanz zur Österreichischen Hochschülerschaft nach 1945: vgl. z.B:

Griesebner (1990): Politisches Feld Universität, S. 46.

Bei Herbert Posch (2008) sind die Kontinuitäten schon eher sichtbar: Er stellt der Deutschen Studentenschaft die »ständestaatliche« Sachwalterschaft der Österreichischen Hochschülerschaft »entgegen, vgl.:

Herbert **Posch**: Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938. In: Herbert Posch/Doris Ingrisch Gert Dressel: »Anschluß« und Ausschluss 1938. Vertriebene und verbliebene Studierende der Universität Wien. Wien 2008; S. 93-97

⁷ **50 Jahre ÖH**. 50 Jahre sicher studieren (hg. v. Österreichische Hochschülerschaft) Wien 1995 (=ZA Inform 7/95)

Universität vielfältig beeinflusst und führte in einem Strang ihrer Entwicklung direkt zur Gründung der Österreichischen Hochschülerschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Überdies haben zwei der ranghöchsten Hochschülerschaftsvertreter der Jahre 1933-1938 (als Bundeskanzler⁸ und Unterrichtsminister mit Hochschulverantwortung⁹) die Zweite Republik maßgeblich beeinflusst.

Wenn also in dieser Arbeit auch wichtige Aspekte der gesamtösterreichischen Geschichte oder der Sozialgeschichte näher betrachtet werden, so können diese keine umfassende Darstellung sein, sondern sind ausschließlich auf das Thema dieser Arbeit bezogen.

Neben historischen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Thema wurden für diese Arbeit zeitgenössische Quellen (Zeitschriften wie die bislang kaum ausgewerteten ›Akademischen Nachrichten‹ oder die ›Österreichische Hochschulzeitung‹; Biographien, Jahrbücher der Hochschülerschaft, Publikationen zu hochschulrelevanten Fragen und Akten der Hochschülerschaft im Universitäts- und Staatsarchiv) herangezogen. Aufschlussreich für das Verstehen gewisser Phänomene, für das Verstehen der Ziele und des Weltbildes waren auch Oral-History-Interviews mit früheren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Hochschülerschaft.

Als eine Quelle »außer Konkurrenz« sei letztlich auch die eigene Erfahrung in verschiedenen Gremien der Hochschülerschaft erwähnt (siehe biographische Nachbemerkung). Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese Erfahrungen aus einem bestimmten Blickwinkel der 1980er- und 1990er-Jahre an der Hochschülerschaft der Universität Wien sich zwar in manchem deutlich von den Erfahrungen aus anderen Milieus, anderen Zeiten und anderen Perspektiven unterscheiden, in manchen strukturellen Betrachtungen jedoch durchaus hilfreich waren.

... anhand des heutigen Geschichtsbewusstseins der Hochschülerschaft

Bevor dieses Thema genauer untersucht werden soll, kommt die jetzige Österreichische Hochschülerschaft zu Wort, gleichsam als Standortbestimmung. Dies soll in der Folge zum Anlass genommen werden, um Gedanken zu entwickeln und wissenschaftlich einzubetten, die den Intentionen dieser Arbeit zugrunde liegen.

In der gesamtösterreichischen Vertretung, der Bundesvertretung, haben die ÖH-Vertreterinnen und -Vertreter der verschiedenen Fraktionen am 14. März 2008 folgenden Beschluss gefasst, mit dem sie ihr Geschichtsbild näher definieren:

»Betr.: Gedenken an 1933 und 1938

⁸ Josef Klaus

⁹ Heinrich Drimmel

Otto von Habsburg hielt am 10. März 2008 auf einer von der ÖVP organisierten Veranstaltung: ›1938: Anatomie eines Unterganges‹ im Parlament eine Rede, die nach Medienberichten unter anderem folgende Aussagen enthielt:

›Wenn es immer wieder blamable Diskussionen darüber gibt, ob die Österreicher Mitschuldige oder Opfer waren, dann muss ich sagen, dass es keinen Staat in Europa gibt, der mehr Recht hat, sich als Opfer zu bezeichnen!‹

›Es gibt kein anderes Land in Europa, das einen Kanzler gehabt hat, der in der Schlacht gegen Hitler gefallen ist. Darauf sollten wir stolz sein.‹ – bezogen auf die Mitverantwortung der ÖsterreicherInnen an den Geschehnissen 1938: ›Ein großer Akt von Heuchelei und Lüge.‹

Die Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft zeigt sich entsetzt über derartige Aussagen und hält ihre Meinung zu den Aussagen folgender Maßen fest:

Die aktive Unterstützung und Mitwirkung von zahlreichen ÖsterreicherInnen, sowohl am Anschluss 1938 als auch an den Verbrechen der Nationalsozialisten, ist historisch unwiderlegbar. Sie stellt ein unverzeihliches Verbrechen dar. Diese Verbrechen sind unbestreitbar Teil der österreichischen Geschichte.

Engelbert Dollfuß hat in Österreich auf illegale Weise die Demokratie abgeschafft und ein autoritäres Regime installiert, an dessen Spitze er sich als Diktator setzte. Das Regime des Ständestaates ermordete anders denkende Menschen und ist als verbrecherisch einzustufen.

Die Mitverantwortung von ÖsterreicherInnen an den Geschehnissen 1938 sehen wir als Tatsache und keinesfalls als einen ›Akt von Heuchelei und Lüge‹.

Die BV [=Bundesvertretung] der ÖH verlangt von den anwesenden PolitikerInnen, insbesondere Vizekanzler Molterer und ÖVP-Klubobmann Schüssel eine umgehende und umfassende Distanzierung von den Aussagen, die weit über die bereits getätigten, halbherzigen Äußerungen hinausgeht. Das Vorsitzteam wird beauftragt, Vizekanzler Molterer und ÖVP-Klubobmann Schüssel schriftlich über die Beschlussfassung der BV in Kenntnis zu setzen und um eine schriftliche Antwort zu ersuchen. Diese schriftliche Antwort ist der BV zur Kenntnis zu bringen, bzw. ist die BV über eine unterbliebene Antwort zu informieren.

Freiheit, Demokratie und Achtung vor den Menschenrechten sind die Grundwerte unseres Staates. Niemals wieder dürfen sich die Verbrechen aus Ständestaat und Nationalsozialismus wiederholen.

Die Opfer im Kampf für die Demokratie dürfen niemals vergessen werden!

(Antrag des Mandataren Philipp Weingartshofer vom Liberalen StudentInnen-Forum bei der 1. ordentlichen Sitzung am 14.3.2008 der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerschaft im Sommersemester 2008)

36 Pro 0 Contra 15 Enthaltungen ➔ Angenommen

(Die Enthaltungen kamen von 14 MandatarInnen der ÖVP-nahen AktionsGemeinschaft – zwei der anwesenden AG-MandatarInnen haben dem Antrag zugestimmt – und des Rings Freiheitlicher Studenten.)¹⁰

Interessant an dieser aktuellen Standortbestimmung ist, dass es Konsens über die Einstellung zur Geschichte dieser Zeit gibt. Interessant auch die Haltung der »bürgerlichen« Fraktionen: Der Antrag wurde von liberalen Studierenden eingebracht, selbst die Studierenden des Rings Freiheitlicher Studenten oder der (der ÖVP nahe stehenden) AktionsGemeinschaft haben diesem Antrag nicht widersprochen, sondern sogar teilweise zugestimmt. Auch wenn taktische Überlegungen der Öffentlichen Meinung und der Umgang mit Mehrheiten dazu beigetragen haben, so zeigt sich hier nicht nur der Konsens in der Verurteilung der Errichtung einer Diktatur und der Verfolgung politischer Gegner, sondern auch der Konsens über die Rolle »zahlreichen Österreicher« als Täter an Verbrechen im Dienste der Nationalsozialisten nach dem »Anschluss«. Was in der Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten erarbeitet wurde, findet sich hier teilweise rezipiert: Die Rolle Österreichs als »Opfer«¹¹ wird verworfen, die Darstellung von Kanzler Dollfuß als Märtyrer¹² verurteilt. Das Gegenüber der Positionen Otto Habsburgs und der heutigen ÖH zeigt auch die Spannung einer historischen Entwicklung der

¹⁰ vgl.: Beschlussprotokoll der 1. ordentlichen BV-Sitzung im SS 2008 am 14.3.2008; S. 38-41; online unter http://www.oeh.ac.at/uploads/media/2008-03-14_-_1.o.BV_SS_2008_-_Protokoll.pdf (15.8.2008)

¹¹ vgl. die intensive Diskussion des Opfer-Täter-Diskurses im internationalen Vergleich bei den 3. Österreichischen Zeitgeschichtetagen 1997, insbesondere von Gerhard **Botz**: Opfer/Täter-Diskurse. Zur Problematik des »Opfer«-Begriffs. In: Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb (Hg.): Zeitgeschichte im Wandel. (3. Österreichische Zeitgeschichtetage 1997) Innsbruck/Wien 1998; S. 223-236, indem er ausgehend von der sprachlich breit gestreuten Bedeutung des Wortes »Opfer« Belege für die Verwendung erst durch die Nationalsozialisten bringt: Aus Kriegsgeschädigten wurden Kriegsoffer. (Übrigens hat die ÖH nach 1945 in eigenen Kommissionen das Wort »Nazi-Geschädigte« weiterhin verwendet.) Der Rekurs auf Kurt Waldheim, der sich als »Opfer des Nationalsozialismus« verstanden habe, ist aber insofern unvollständig, als sich die Diskussion vor allem an dem Ausspruch, er habe nur seine »Pflicht« getan, entzündet hat. Für die »Tugend« der »Pflichterfüllung« finden sich allerdings viele Belege aus der Diktatur des Ständestaats, unter anderem in der Österreichischen Hochschulzeitung vom 1.2.1937 auf der Titelseite: der namentlich nicht gekennzeichnet Artikel stammt vermutlich vom Vorsitzenden Drimmel selbst: »In einer Zeit, da die Worte »Pflicht und Dienen« wieder ihren guten alten Klang bekommen haben, kommt einer so geformten Hochschülerschaft eine sehr bedeutsame Aufgabe zu: Sie bietet mit eine Voraussetzung dazu, dass der Jungakademiker seinen Pflichten gegen Hochschule, Volk und Staat gerecht werden kann!«

¹² Bereits 1967 hat Gerhard Jagschitz die Mythenbildungen um Engelbert Dollfuß widerlegt, und sich 1976 ausführlich mit dem Märtyrerbild auseinandergesetzt:
Gerhard **Jagschitz**: Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß. Ein Beitrag zur geistig-politischen Situation der sogenannten »Kriegsgeneration« des 1. Weltkrieges.
Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 1967 und
Gerhard **Jagschitz**: Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich
(unter Mitarbeit von Alfred Baubin). Graz/Wien/Köln 1976 ; S. 190-197

Hochschülerschaft, in der bestimmte Positionen erst im Laufe ihrer Geschichte mehrheitsfähig wurden. Eine Institution hat somit ihr Geschichtsbild neu definiert.

Die durch die Geschichtswissenschaft vorbereitete Neubewertung von Traditionen und »Mythen« mischt sich hier allerdings mit einer politischen Tradition und mit politisch-parteiischem Kalkül: Die Wertung der Geschichte dient auch als Kampfmittel in der politischen Auseinandersetzung – mit taktischen Überlegungen und Positionen.

Geschichtsbewusstsein durch Methodisierte Wissenschaft

Das Geschichtsbild der ÖH soll zunächst einmal so stehen bleiben und methodisch-institutionell untersucht werden, denn das Geschichtsbild einer Institution wie der ÖH unterscheidet sich strukturell von dem der Geschichtswissenschaft:

Bodo v. Borries¹³ beschreibt mit Andreas Körber vier Ebenen der Codierung geschichtlicher Deutung, wobei die »Kulturelle Überlieferung« als offizielle Version von Institutionen wie der Hochschülerschaft oder der Rechts- und Glaubensgemeinschaften in ihren politischen und weltanschaulichen Deutungen der »Methodisierten Wissenschaft« gegenüber gestellt wird. Diese bemüht sich um eine kulturübergreifende und konsensfähige Betrachtung:

Die erste Schicht der Codierung des Geschichtsbewusstseins ist die »Biographische Erfahrung«, die nicht nur alleine aus Erinnern besteht, sondern auch aus Deutungen in Verbindung mit erwarteten Entwicklungen; eine weitere das »Soziale Gedächtnis«, das rückwärts über die eigene Lebenszeit hinaus konstruiert wird und vor allem durch mündliche Kommunikation vor sich geht – ohne in Institutionen eingebettet zu sein (deshalb gehe dieses »Soziale Gedächtnis« der Moderne bereits »in wenigen Generationen verloren«) – und eben die »Kulturelle Überlieferung«, die von Institutionen tradiert wird: Diesen »offiziösen kanonischen Deutungen« (etwa auch von Kirchen, Bildungsinstitutionen, Parteien, Armeen oder Ministerien) stehen gleichzeitig abweichende oder gar feindliche »Gegen-Geschichten« von Subkulturen gegenüber.¹⁴ Jene abweichenden »Gegen-Geschichten« bilden demnach ein institutionelles Rückgrat des »sozialen Gedächtnisses«.

Die »Methodisierte Wissenschaft«, also Geschichtswissenschaft, als vierte Ebene, steht unter dem normativen Anspruch auf relative »Freiheit gegenüber partikularen Interessen und verengenden Perspektiven«. Sie entwickelt »konsensfähige Methoden (»empirische«, »normative« und »narrative Triftigkeit«) und die Bereitschaft zum herrschaftsfreien Diskurs«, also zur

¹³ Bodo v. **Borries**/ Andreas **Körber**: Geschichtsbewusstsein als System von Gleichgewichten und Transformationen In: Jörn Rüsen (Hg.): Geschichtsbewusstsein: Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde. Köln/Weimar/Wien 2001 (=Beiträge zur Geschichtskultur 21), S. 239-280; hier S. 241f.

¹⁴ Borries/Körber (2001): Geschichtsbewusstsein, S. 242

»Multiperspektivität«. Damit verfügt die Methodisierte Geschichtswissenschaft nicht nur über »perfekionierte Plausibilisierungsinstrument[e] ihrer Narrationen«, sondern auch über eine »systematisch erweiterte und reflektierte Perspektivik«.

So könne sie den Anspruch stellen, universalistischer und pluralistischer als die jeweiligen kulturspezifischen Überlieferungen zu sein und eine kulturübergreifende Betrachtung ermöglichen.¹⁵ Im Gegensatz dazu tendiere die »kulturelle Überlieferung« zu umstandslosem Beurteilen oder Bewerten aus heutiger Sicht, während die Geschichtswissenschaft die Aufgabe hat, das komplexe Verstehen und Erklären aus zeitgenössischen Voraussetzungen zu vermitteln.¹⁶

Der oben erwähnte pluralistische Ansatz hat auch für Jürgen Straub¹⁷ eine wichtige Funktion: ja »Pluralismus« sei sogar zur »Selbstverständlichkeit« geworden, und zwar durch (Alltags-)Techniken der Selbst-Distanzierung, Selbst-Beobachtung und Selbst-Reflexion. Dem Leben im Pluralismus der Moderne stehen hier – sowohl den Individuen, wie auch den Institutionen – Instrumentarien zur Verfügung, die für das Operieren im Alltag wichtig sind: Die Absolutierung der eigenen oder die Ablehnung fremder Positionen (wie sie sich im untersuchten historischen Zeitraum dieser Arbeit immer wieder findet) reiche hingegen, so Straub, für ein gedeihliches, konstruktives und effektives Zusammenwirken nicht mehr aus, wenn nicht die Positionen der anderen (»universalistisch«) einbezogen werden. Diese Grundsätze können sowohl Geltung für das Zusammenleben in der Moderne im Allgemeinen als auch für den wissenschaftlichen Diskurs im Besonderen beanspruchen.

Die Methoden der »Methodisierten Wissenschaft« können dann in Gegensatz zu Teilen des »Sozialen Gedächtnisses« oder zur offiziellen »Kulturellen Überlieferung« geraten, die aus Angst vor Relativierung von Massenverbrechen oder ähnlichem zu einer differenzierteren universalistischen Sicht nicht immer bereit sind. Sie werden aber andererseits von außen stehenden Schichten des Erinnerns und der Wissenschaft wieder und wieder genährt und bereichert.

So können sich Kontinuitäten und Brüche für verschiedene Menschen in ihren Biographien und für verschiedene Institutionen grundsätzlich unterschiedlich darstellen: Einerseits wird etwa in der Biographie Bruno Kreiskys¹⁸ deutlich der Bruch 1933/34 erlebbar (neben mehrerer Inhaftierungen auch mit gravierenden Auswirkungen auf sein Studium, das ihm teilweise untersagt wurde), ein Bruch, der für Sozialdemokraten und Kommunisten (und auch für

¹⁵ Borries/Körber (2001): Geschichtsbewusstsein, S. 243

¹⁶ Borries/Körber (2001): Geschichtsbewusstsein, S. 251

¹⁷ Jürgen **Straub**: Temporale Orientierung und narrative Kompetenz. In: Jörn Rüsen (Hg.): Geschichtsbewusstsein: Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde. Köln/Weimar/Wien 2001 (=Beiträge zur Geschichtskultur 21), S. 15-44; hier S. 21

¹⁸ Bruno **Kreisky**: Zwischen den Zeiten. Der Memoiren erster Teil (hg. von Oliver Rathkolb, Johannes Kunz und Margit Schmidt). Wien/München/Zürich 2000

manche Nationalsozialisten) einen massiven Einschnitt bedeutet hat. Andererseits haben viele ehemals christlichsoziale Bürgerinnen und Bürger 1938 als *den* Einschnitt erlebt: Für den letzten Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Richard Lechner, hat es die Verhaftung durch Rollkommandos der Nationalsozialisten bedeutet.¹⁹

Es gibt also nicht *eine* stimmige Perspektive – *mehrere* dieser Sichtweisen können und sollen aus der Sicht verschiedener Gruppierungen dokumentiert und zu einem facettenreichen Bild zusammengefügt werden.

Damit soll nochmals die Rede Otto Habsburgs und die Resolution der ÖH-Funktionäre von 2008 angesprochen werden, nämlich zu ›Opfer‹, ›Täter‹ und der ›Opferrolle‹:

Das Problematische daran ist, dass Recht und Unrecht personell oder institutionell pauschalisiert werden: Nicht eine konkrete Schuld oder ein konkretes historisch erfasstes Unrecht, sondern ein persönlich empfundener Zustand wird mit diesem noch dazu vieldeutigen und unklaren Begriff angesprochen. Mag sein, dass sich viele nach 1945 aus unterschiedlichen Gründen als ›Opfer‹ empfunden haben, doch dieser Begriff hat sich weder in der historischen Diskussion noch im Alltag bewährt: Ausgebombte ›Opfer‹ und vertriebene ›Opfer‹ oder durch den Krieg verstümmelte ›Opfer‹ konnten so gegeneinander ausgespielt werden – mit der Folge, dass viele, die massives Unrecht erlebt haben, erst nach langer Zeit oder gar nicht rehabilitiert oder entschädigt wurden. Statt des pauschalisierenden »Opfer-Begriffs« wäre eine konkrete Verankerung zu versuchen, wo Unrecht konkret geschehen ist. Rollenbilder wie »das Opfer« und »der Täter« sind da wenig hilfreich; erst durch Benennen des jeweiligen Unrechts (von allen Seiten und ohne Einschränkungen) kann eine umfassende Sichtweise eröffnet werden.

Ebenso ist auch die ›Opferrolle‹ des Staates Österreich problematisch, aber es ist genauso problematisch, wenn die ÖH in ihrer Resolution zweimal von den »Verbrechen« der Österreicher 1938 spricht und die vielen Menschen, die den »Anschluss« der Nationalsozialisten verhindern wollten, nicht erwähnt. Denn auch dies verzerrt eine differenzierende Sichtweise²⁰:

¹⁹ Mitteilung von Dr. Richard Lechner (1992)

²⁰ 1988 hat sich, nur als ein Beispiel, der damalige Bischof von Tirol, Reinhold Stecher, der selbst wegen illegalen Wallfahrtens [!] in Gestapo-Haft gesessen und später gegen Antisemitismus in seiner Diözese vorgegangen war (»Anderl vom Rinn«) in diesem Sinn geäußert: »[...] ich weiß nur noch, dass über den Tagen eine große Spannung lag und, dass unser alter Professor in seiner nüchternen und etwas barschen Art sagte: ›In diesen Tagen entscheidet es sich, ob Österreich unabhängig bleibt. Wenn seine Freiheit fällt, wird es binnen kurzem einen zweiten Weltkrieg geben und er wird genauso katastrophal ausgehen wie der erste...‹ Und es kam der Abend des 11. März, wir saßen zu Hause am Radio und hörten – ich gestehe es offen – mit tiefer Ergriffenheit zum letzten Mal Österreichs Bundeshymne und das ›Gott schütze Österreich!‹ Schuschnigg's, das dann vom Sieg-Heil-Geschrei abgelöst wurde. Es waren viele, die diesen Abend so erlebten, aber von denen existieren keine Photos. Die gibt es nur von denen, die Hitler zuwinkten [...]«

Dass der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich im März 1938 ein gewalttätiger Akt war, ist auch aus heutiger Sicht unzweifelhaft. Dazu kommt, dass dadurch nicht zuletzt die Abstimmung über Österreichs Unabhängigkeit am 13. März verhindert wurde, die im Vorfeld zu 8 konstruktiven Gesprächen zwischen dem Regime und den Sozialdemokraten geführt hatte.²¹ Diese Abstimmung hat Hitler nicht abgewartet. Und während dann, gut inszeniert, auf dem Heldenplatz die Massen gejubelt haben, wurden längst in ganz Österreich Menschen festgenommen und abtransportiert. Und während die einen gegen die Herrschaft der Nationalsozialisten Widerstand leisteten²², führten andere unerhörte Verbrechen durch. Keines dieser Fakten sollte überhöht oder nivelliert werden.

Auch schon in der Zeit der Hochschülerschaft Österreichs lassen sich viele Abstufungen nachweisen, die von christlich-humanen Werten und der geplanten Einrichtung von Wahlen einerseits bis zu krudem Antisemitismus und relativ offen zur Schau getragendem national(sozialistisch)em Gedankengut andererseits reichen. Diese Vielschichtigkeit mit allen Schattierungen berechtigt weder, Österreich pauschal als Opfer, noch als Täter zu bezeichnen. Aus dieser Vielschichtigkeit, in der zwar konkrete Handlungen als recht oder unrecht benannt werden können (aber nicht Menschen oder gar Staaten mit emotional besetzten Rollen versehen werden sollen), entstehen die spannendsten Geschichten über die (Un-)Möglichkeiten menschlichen Handelns.²³ Einen Eindruck dieser Vielschichtigkeit zu vermitteln, das ist einer der Ansprüche dieser Arbeit.

vgl. Reinhold **Stecher**: »Denke an die Tage der Vergangenheit, lerne aus den Jahren der Geschichte!« In: Maximilian Liebmann (Hg.): Neunzehnhundertachtunddreissig. Kirche Österreich. Graz/Wien/Köln 1990, S. 108-124; S. 111

²¹ vgl. etwa Anton **Benya**: Der März 1938 und die Arbeiterschaft. In: Das jüdische Echo 1/35 (Oktober 1988), S. 10-11; Alfred Joachim Fischer: Wie es zum Anschluss kam. Ein Interview aus dem Jahr 1970 mit Kurt Schuschnigg. In: Das jüdische Echo 1/35 (Oktober 1988), S. 39-46; Erich **Fein**: Allen Gefahren zum Trotz – Widerstand. In: Das jüdische Echo 1/35 (Oktober 1988), S. 46-49; Rudolf Häuser: Das Ende einer Hoffnung. In: Das jüdische Echo 1/35 (Oktober 1988), S. 52 ; Otto **Leichter**: Die letzte Chance wurde vertan. In: Das jüdische Echo 1/35 (Oktober 1988), S. 57-59 oder Viktor **Matejka**: Anschluss anno 1918. Der Anschluss begann schon 1918 – und nicht vor 50 Jahren. In: Das jüdische Echo 1/35 (Oktober 1988), S. 63-67; Kreisky (2000): Zwischen den Zeiten, S. 282-284

²² Wie vielfältig der Widerstand in Österreich war, der von den monarchistischen Legitimisten über kirchlichen Widerstand, Widerstand von rechts und links in allen Schattierungen bis hin zu Widerstand etwa von den Zeugen Jehovas reicht, beschreibt jüngst sehr ausführlich: Wolfgang **Neugebauer**: Der österreichische Widerstand 1938-1945. Wien 2008

An den Universitäten gab es neben dem herausragenden Widerstand der Weißen Rose, im Zuge dessen Flugblätter auch nach Österreich kamen, auch Zirkel, in denen gegen die Nationalsozialisten konspiriert werden konnte; vgl. Angaben Walter Jambors über die Hochschulwochen der deutschen Wehrmacht 1943 in Brüssel und in Lille: »Das, was wir da sowohl in Brüssel als auch in Lille besprochen haben, genügte für jeden von uns, wenn es publik geworden wäre, unter Guillotine zu bringen, sofort. Es hätt' zwei Tage gedauert und wir wären um einen Kopf kürzer gewesen«

²³ Einen weiteren Einblick in diese sensible Materie, allerdings ohne endgültige Lösung von Täter- und Opferrollenbildern bietet:

Deutungskonstruktionen und »Wirklichkeit«

Deutungskonstruktionen der umgebenden »Wirklichkeit«, die, je nachdem wie ausgefeilt und angepasst sie sind, in günstigerem und ungünstigerem Ausmaß den Erfolg im Umgang mit der Realität (Wirklichkeit) bestimmen, zeigen eine maßgebliche Funktion von Erinnerung, die in weiteren Erfahrungen mit der Wirklichkeit auch Änderungen zulässt. Denn damit werden selbst die Konstrukte vergangener Wirklichkeiten durch spätere und vor allem gegenwärtige Erfahrungen und Deutungen der »Wirklichkeit« überlagert.

Eine vergangene Wirklichkeit ist daher nur über die Konstrukte unterschiedlicher Menschen (vielleicht auch in unterschiedlichen Zeitabschnitten ihres Lebens) näherungsweise erschließbar. Übrig bleiben also Deutungskonstruktionen (oder »biographische oder historiographische Konstrukte«²⁴), die miteinander in Bezug gesetzt werden, wobei die Methodisierte Geschichtswissenschaft umfangreiche Instrumentarien im Umgang mit verschiedenen Quellen entwickelt hat.

Durch die sich stets ändernden Deutungskonstruktionen entstehen daher immer neue Fragestellungen und Sichtweisen. Im rationalisierten Betrieb der Methodisierten Wissenschaft ist aber immer zu bedenken, dass die Deutungskonstruktionen emotional beeinflusst sind. Dies ist vor allem dann zu bedenken, wenn professionelle Konstrukte entstehen sollen.

In historischen Arbeiten haben wir oft zu diesen Konstrukten einen anderen Blick, einen aus der Zukunft des Zeitraums, den wir betrachten – durch die Determiniertheit des Historischen: Der ursprüngliche Zweck einer Handlung oder einer Deutungskonstruktion in eine offene Zukunft, die ganz anders erwartet worden sein kann, als das, was heute als Faktum feststeht, geht in dieser Determiniertheit leicht verloren. Jörn Rüsen formuliert die »Protention« der Geschichte so: »Wer die Zukunft vergisst, den bestraft die Vergangenheit«²⁵

Dieses teleologische Prinzip, nämlich das Konstrukt, »das vom Standpunkt der Gegenwart, aus deren Perspektive und nach den Relevanzsetzungen und Interessen der in der Gegenwart Handelnden gebildet wird«²⁶ und auch auf die Gegenwart und gedachte Zukunft des Individuums gerichtet ist, stellt Historiker vor die Aufgabe, die für ihn als Geschichte bereits festgelegte Zukunft wieder zu öffnen, um Handlungen, Zweckabsichten oder Tendenzen schlüssiger nachvollziehen zu können. Denn oft können kausale Bedingungen (die mit »weil« eingeleitet

Gertrud **Kerschbaumer**: Täteranteile und Opfermythen in den Lebensgeschichten ehemaliger Kriegsgefangener der GUPVI. In: Gertraud Diendorfer, Gerhard Jagschitz, Oliver Rathkolb (Hg.): Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtstage 1997. Innsbruck/Wien 1998; S. 369-375.

²⁴ vgl. Straub (2001): Temporale Orientierung und narrative Kompetenz, S. 20

²⁵ Jörn **Rüsen**: Einleitung: Geschichtsbewusstsein thematisieren – Problemlagen und Analysestrategien. In: Jörn Rüsen (Hg.): Geschichtsbewusstsein: Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde. Köln/Weimar/Wien 2001 (= Beiträge zur Geschichtskultur 21), S. 1-13; S. 6

²⁶ Straub (2001): Temporale Orientierung und narrative Kompetenz, S. 34

werden) treffender durch finale Bedingungen (für die »damit« steht) ersetzt werden, um so tiefer ins Verständnis der zugrundeliegenden Absicht von Handlungen vorzudringen – was freilich nicht immer möglich ist. Für die Anknüpfungen an die Kontinuität der Hochschülerschaft ist etwa daher nicht uninteressant, welche Visionen es für die Jahre nach 1938 gab.

Differenzierte Sichtweise

Ähnlich wie kürzlich zur Rolle der Studierenden der Universität 2008 von Posch, Ingrisch und Dressel beschrieben,²⁷ soll in Teilen dieser Arbeit ein »differenzierter Blick« sich nicht nur auf das Ganze, sondern auch auf individuelle Details richten, die vielschichtige Einblicke dieser Zeit geben. Diese sind notabene nicht repräsentativ, doch aus den Lebensgeschichten und den »biographischen Erfahrungen«, die vor allem in den Interviews und in geringerem Ausmaß auch in den Dokumenten der zeitgenössischen Quellen oder auch späterer Lebensbetrachtungen hervortreten, kann sich ein Gegengewicht zur offiziösen Geschichtsdarstellung der »kulturellen Überlieferung« zeigen. Tatsächlich stehen beide Betrachtungsweisen in enger Beziehung:

»Geschichte gestaltet sich stets im Wechselspiel von bereits vorgefundenen strukturellen Gegebenheiten (politischer, ökonomischer, sozialer usw. Art) und der jeweils strukturierenden Praxis (Deutung und Handlungen) der AkteurInnen (Individuen und sozialen Gruppen). Diese gestalten – ob bewusst oder auch nicht – ihren eigenen Biografieverlauf, ihre Lebensbedingungen (Lebenswelten) wie auch Kultur und Gesellschaft immer mit«²⁸

Jürgen Straub macht zudem darauf aufmerksam, dass es eine Funktion der Erzählung gibt, nämlich als »biographisches bzw. historiographisches Konstrukt«, die »Sinngehalte des gegenwärtigen Denkens, Fühlens, Wollens und Handelns von Menschen« erschließt und auch Strukturen im Umgang mit der Wirklichkeit.²⁹ Insofern entstehen hier auch »Prozeduren der Identitätsbildung und Formen menschlicher Selbstverständigung«.³⁰ Biographische Erfahrungen sind also nicht nur wertvoll durch ihre Ergänzung zu politischen Konzepten, Perspektiven und zu politischen Aktionen. Sie können auch zu diesen in Spannung stehen oder Motive der Identität herausarbeiten helfen.

Dabei steht jede Historikerin, jeder Historiker, vor einem Dilemma: Die vergangene Wirklichkeit in ihrer Vielschichtigkeit, Pluralität, in ihren verschiedenen Gesetzmäßigkeiten und Zufällen ist nicht fassbar, sondern durch Konstrukte näherungsweise erschließbar. Diese Konstrukte, die sich – wie bereits beschrieben – im Lauf der individuellen Lebensgeschichte gebildet haben,

²⁷ Herbert **Posch**/ Doris **Ingrisch**/ Gert **Dressel**: »Anschluß« und Ausschluss 1938. Vertriebene und verbliebene Studierende der Universität Wien. Wien 2008; S. 47

²⁸ Posch/ Ingrisch/ Dressel (2008): »Anschluß« und Ausschluss 1938; S. 48

²⁹ Straub (2001): Temporale Orientierung und narrative Kompetenz, S. 20

³⁰ Rüsen (2001): Geschichtsbewusstsein thematisieren, S. 10.

können Ideale für die Gegenwart schaffen, die Bilder von der Zukunft erzeugen und in die Zukunft gerichtetes Handeln leiten.

Ideal und Wirklichkeit sind Begriffe, wie sie Sigmund Freud³¹ in zentraler Weise verwendet - wobei das Ideal für Freud wesentlicher Beweggrund und Voraussetzung für eine hochstehende Kultur ist. Zum anderen aber ist für ihn das Ideal ein wichtiger Bestandteil der Persönlichkeit: nicht zuletzt bezeichnet er das »Über-Ich«, das dem »Ich« und dem »Es« entgegen steht, in frühen Schriften als »Ideal-Ich«. Der Begriff »Wirklichkeit« (»Realität«) macht, nach Freud, erst die Verwirklichung dieser Ideale relevant: denn erst die Einlösung in der Praxis mit dem Ergebnis rechtfertigt die Aufgabe des Lustprinzips zugunsten des Realitätsprinzips.

Abgesehen von diesen wichtigen Grundvoraussetzungen einer reifen Persönlichkeit hat Erik H. Erikson³², der auf Freuds Theorien aufbaut, auf die Tatsache des dynamischen deutschen Begriffes »Wirklichkeit« (engl. *reality*) hingewiesen: Denn im Wort steckt die Dynamik des eigenen Tuns und Gestaltens (»wirken«, »bewirken«). Der Gestaltung der Wirklichkeit gibt die Identität eine Perspektive - und Erik H. Erikson erwähnt diese Begriffe mit Bedacht, denn in seinem Werk ist Identität (oder Identitätskrise) ein zentraler Begriff.

Immer wieder wird etwa in den »Akademischen Nachrichten« oder in der »österreichischen Hochschulzeitung vor 1933 und ganz besonders intensiv nach 1945 vom »Einsatz« verschiedener Mitarbeiter berichtet (nach 1945 gab es auch ein »Einsatzreferat« der ÖH). Dieser »Einsatz« steht oft in engem Zusammenhang zu diesem Ideal-Ich, der Einsatz eröffnet neue Perspektiven durch eine neue Identität, neue Identitäten und eine neue Kultur. Diese Intentionen sind sowohl nach 1933 als auch nach 1945 bei den Studierendenvertretern nachweisbar.

Deutlich gegenüberzustellen und jedenfalls zu trennen ist diese objektive »Wirklichkeit« von der subjektiven »Außenwelt«. Denn Realität, wie sie individuell wahrgenommen wird, hat zunächst - entwicklungspsychologisch für die Entwicklung des »Ich« und des »Selbst«, der eigenen »Identität« und den späteren »reiferen« Umgang mit der Außenwelt unabdingbar - die Funktion, vom eigenen »Ich«, das ursprünglich alles enthalten hat, Störendes, Unangenehmes und Verletzendes, das der allumfassenden Integrität entgegensteht, in die Außenwelt zu projizieren:

»Es entsteht die Tendenz, alles, was Quelle solcher Unlust werden kann, vom Ich abzusondern, es nach außen zu werfen, ein reines Lust-Ich zu bilden, dem ein fremdes drohendes Draußen gegenübersteht.«³³

³¹ Sigmund **Freud**: Totem und Tabu. In: Sigmund Freud: Kulturtheoretische Schriften. Frankfurt am Main 1974. S. 285-444, hier S. 378

³² Erik H. **Erikson**: Lebensgeschichte und historischer Augenblick. Frankfurt am Main 1982. S. 106

³³ Sigmund **Freud**: Das Unbehagen der Kultur. In: Sigmund Freud: Kulturtheoretische Schriften. Frankfurt am Main 1974. S. 193-270, hier S. 199

Beide Mechanismen, die sich weitgehend der Bewusstheit entziehen, sind Faktoren, die nicht nur bei der Interpretation historischer Vorgänge, sondern auch bei der Bildung eigener Interpretationen oder Theorien zu berücksichtigen sind: Hier wir, die Guten – dort, außerhalb, der böse ›Feind‹. Insofern steht jenen Feindbildern einer »Sündenbock-Perspektive« die pluralistische differenzierende Sichtweise gegenüber und bietet ein Instrumentarium, die Feindbilder zu überwinden. Das von der Psychoanalyse beschriebene Modell der Übertragung und Gegenübertragung kann laut Georges Devereux explizit auch auf die Wissenschaft angewandt werden, wenn er postuliert: »[...] *verhaltenswissenschaftliche Daten erregen Ängste, die durch eine von der Gegenübertragung inspirierte Pseudomethodologie abgewehrt werden.*«³⁴

Die sich auf beide Stränge beziehende Ethnopschoanalyse hat den Forscher selbst noch weiter in den Blick genommen und den »Objektivitätsanspruch«, »vorschnelle Verallgemeinerungen und Kategorisierungen«, die »Akzeptanz der Standortgebundenheit jeder wissenschaftlichen Aussage«, die Aufwertung des »qualitativen Forschens«, des »Geschichten-Erzählens«, der »dichten Beschreibung« und der Selbstreflexion in die Diskussion der Sozial- und Kulturwissenschaften eingeführt.³⁵ Nadig und Reichmayr fordern daher »die wichtige Rolle von Fallgeschichten und Geschichtenerzählens« ein, »Transparenz der Forschungsbeziehung« durch Reflexion von Übertragungen und Standortgebundenheit und ein »Deuten der situationsspezifischen, subjektiven oder emotionalen Materialien« sowie das Betrachten im Kontext statt in einer Kategorie.³⁶

Orientierung an der »qualitativen Forschung«

Damit die Methodisierte Wissenschaft sich verstärkt der Biographischen Erfahrung und dem Sozialen Gedächtnis zuwenden kann, bietet die qualitative Forschung Möglichkeiten der Erfassung dieser Informationen: Indem sie »Lebenswelten ›von innen heraus‹ aus der Sicht der handelnden Menschen« beschreibt, trägt sie zu einem besseren Verständnis sozialer Wirklichkeiten bei und nutzt das »Abweichende«, das »Unerwartete« als »Erkenntnisquelle und Spiegel, der in seiner Reflexion das Unbekannte im Bekannten und das Bekannte im

³⁴ Georges **Devereux**: Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1976, S. 18

³⁵ vgl Maya **Nadig**/Johannes **Reichmayr**: Paul Parin, Fritz Morgenthaller und Goldy Parin-Matthèy. In: Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch Reinbek bei Hamburg 2000 (Rowohlts Enzyklopädie 55628) S. 72-84; hier S. 82

³⁶ Nadig/Reichmayr (2000): Paul Parin, Fritz Morgenthaller und Goldy Parin-Matthèy, S. 83

Unbekannten als Differenz wahrnehmbar macht und damit erweiterte Möglichkeiten von (Selbst-)Erkenntnis eröffnet«.³⁷

Auch für diese Arbeit wurden biographische Erfahrungen und Erinnerungen an die Hochschülerschaft (als Teil des sozialen Gedächtnisses) genutzt. Es ist ein unschätzbare Vorteil, dass für zeitgeschichtliche Untersuchungen in der Tradition der »Oral History« Zeitzeugen noch befragt werden können. Diese eröffnen einen Blick auf Haltungen und Emotionen, die hinter den einzelnen Handlungen stehen, persönliche Weltansichten, die die schriftlichen Überlieferungen ergänzen und individuell-farbiger erscheinen lassen. Durch ein »Nachspüren« der individuellen persönlichen Lebenswelten und Deutungskonstrukte der Wirklichkeit, der »subjektiven und sozialen Konstruktionen« können mit der qualitativen Forschung »auch Wahrnehmungen von Fremdheit in der modernen Alltagswelt« entdeckt und zugänglich gemacht werden: Dies ist in den heutigen Prozessen der »Pluralisierung« und Auflösung besonders gefragt.³⁸

Die Interviews mit früheren Vertreterinnen und Vertretern der Hochschülerschaft wurden offen angelegt. Es gab einen Fragebogen als Leitfaden bei allen Interviews, doch wurde dieser – der offenen Form entsprechend – nur so eingesetzt, dass der Fluss des Gespräches möglichst nicht unterbrochen wurde. Daher können die Interviews als Tiefeninterviews betrachtet werden.

»Die unstrukturierte Befragung zielt darauf ab, sehr in die Breite und die Tiefe zu gehen, daher wird sie auch als Tiefen- oder Intensivinterview bezeichnet. Dabei steht dem Interviewer methodisch - wenn überhaupt - nur mehr ein Gesprächsleitfaden zur Verfügung, in dem das Interviewziel, einige Themengruppen und eventuell ad hoc formulierte Fragen festgehalten sind. Es ist meist ein sehr freier aber dennoch gesteuerter Gesprächsverlauf, daher ähnelt seine Form am ehesten einem Alltagsgespräch.

Vorteilhaft bei dieser Vorgehensweise ist, dass viele Informationen und Detailwissen gewonnen werden können. Dadurch sind die hinter den Aussagen stehenden Bedeutungsstrukturierungen des Interviewten klar erkennbar.«³⁹

Dabei weisen die Strategien der Datenerhebung »selbst einen kommunikativen, dialogischen Charakter«⁴⁰ auf. Bei den Interviews der qualitativen Forschung werden die unterschiedlichen Perspektiven berücksichtigt, die Differenzen nicht verschliffen. Denn wenn ein Interviewer Gemeinsamkeiten mit dem Interviewten anspricht (die nur so empfunden werden, jedoch nicht wirklich Gemeinsamkeiten sein müssen), dann kann mit der ausgesprochenen Analogie der

³⁷ Uwe **Flick**/Ernst v. **Kardorff**/Ines **Steinke** : Was ist qualitative Forschung? In: Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch Reinbek bei Hamburg 2000 (Rowohlt's Enzyklopädie 55628) , S. 13-29; hier S. 14

³⁸ Flick/Kardorff/Steinke: Was ist qualitative Forschung? S. 17

³⁹ Werner **Stangl**: Das Interview. In: »Werner Stangls Arbeitsblätter«. Linz 1997; online unter <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/FORSCHUNGSMETHODEN/Interviews.html> (15.8.2008)

⁴⁰ Flick/Kardorff/Steinke: Was ist qualitative Forschung? S. 20

Interviewer dem Interviewten ein »Bündnis« anbieten, das den Interviewten bindet und eine freie »Übernahme anderer Rollen« womöglich verhindert.⁴¹ Bei Durchsicht und Analyse der Interviewsituationen hat sich anfangs gezeigt, dass während des Gesprächs an manchen Stellen sehr wohl solche emotionalen Bündnisse auch vom Interviewer angeboten werden. Auch wenn dies meist gegen Ende des Interviews war, ist es wichtig, sich diese Grundprinzipien immer wieder vor Augen zu halten.

Die Interviews liefen so ab, dass nach einem kurzen Briefing (Vorstellung der Person des Interviewers; Ziel des Interviews, neue Erkenntnisse über die damalige Zeit zu erhalten und verschiedene Phänomene besser zu verstehen; Verständigung über die Dauer des Interviews) eine offene Frage am Anfang gestellt wurde, etwa: »Erzählen Sie einmal, wie Sie zur Hochschülerschaft gekommen sind und wie Ihr Zugang dazu ist?«

Authentisch zu bleiben, neugierig zu bleiben und verschiedene Ansichten und individuelle »Wahrheiten« »auszuhalten«⁴² waren während der Interviews wichtige Prinzipien. Ebenso wichtig war ein detailliertes Hintergrundwissen, das hilfreich beim Nachfragen neuer, unerwarteter Schilderungen war – und in der Vermeidung suggestiver Fragestellungen⁴³ (wobei sich auch hier in der Feinanalysephase manchmal Tendenzen von suggestiven Fragestellungen zeigten, die beim nächsten Mal vermieden werden sollten). Auch Wiederholungen wurden zugelassen, weil sie oft zu neuen Ansätzen oder neuen Aspekten einluden. Dem anderen Raum zu geben, sich frei zu äußern, war eine der wichtigsten Grundbedingungen für das Interview.⁴⁴

Die Interviews können, nach Hopf, auch als narrative Interviews mit teilweiser Charakteristik von Experteninterviews (wenn es um Details in der Hochschülerschaft geht) und mit Elementen des »fokussierten Interviews« betrachtet werden.⁴⁵ So hatte sich bei den Interviews von Josef Klaus und Karl Leutgeb bewährt, Dokumente in die Interviewsituation einzubringen, die aus dem Archiv stammten. Daraufhin erzählte Josef Klaus relativ ausführlich über den Unterrichtsminister und späteren Bundeskanzler Schuschnigg und Karl Leutgeb über sein Verhältnis zu Rektor Adamovich und den Professoren.

⁴¹ Harry **Hermanns**: Interviewen als Tätigkeit. In: Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg 2000 (Rowohlts Enzyklopädie 55628) S. 361-368; hier S. 364

⁴² vgl. Hermanns: Interviewen als Tätigkeit, S. 368

⁴³ Christel **Hopf**: Qualitative Interviews. Ein Überblick. In: Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch Reinbek bei Hamburg 2000 (Rowohlts Enzyklopädie 55628) S. 349-360; hier S. 359

⁴⁴ vgl. Hermanns: Interviewen als Tätigkeit, S. 363

⁴⁵ Hopf: Qualitative Interviews, S. 353

Bevor ich näher auf die Interviews eingehe, möchte ich noch einmal die Kennzeichen qualitativer Forschungspraxis nach Flick/Kardorff/Steinke⁴⁶ zusammenfassen:

1. Methodisches Spektrum
2. Gegenstandsangemessenheit von Methoden
3. Orientierung am Alltagsgeschehen und/oder Alltagswissen
4. Kontextualität als Leitgedanke
5. Perspektiven der Beteiligten
6. Reflexivität des Forschers
7. Verstehen als Erkenntnisprinzip
8. Prinzip der Offenheit
9. Fallanalyse als Ausgangspunkt
10. Konstruktion der Wirklichkeit als Grundlage
11. Qualitative Forschung als Textwissenschaft
12. Entdeckung und Theorienbildung als Ziel

Als Grundanwendung der Sozialen Forschung könnte man auch formulieren: »Soziale Wirklichkeit lässt sich als Ergebnis gemeinsam in sozialer Interaktion hergestellter Bedeutungen und Zusammenhänge verstehen.«⁴⁷

Die Interviews mit den früheren Hochschülerschafts-Mitarbeitern haben insofern eine wichtige Ergänzung zu den Recherchen in Bibliotheken und Archiven ergeben, als sie Einblick in ihre biographischen Erfahrungen gegeben haben und dadurch auch Einblicke in gemeinsame Erfahrungen ihres sozialen Umfeldes (sozialen Gedächtnisses) gezeigt haben, die sich aus schriftlichen Quellen in der Regel nicht in gleicher Weise und in dieser Lebendigkeit erschließen ließen. Diese Interviews wurden großteils 1995/1996⁴⁸ durchgeführt

Bereits 1992 bis 1994 fanden die Interviews mit den Sachwaltern der Hochschülerschaft Österreichs Josef Klaus (1933-34) und Richard Lechner (1937-38) sowie dem Vorsitzenden der Österreichischen Hochschülerschaft Karl Leutgeb (1946-1947) statt. 2008 fand noch ein zweites Interview mit Norbert Burda (1951-1954), dem bisher längst dienenden ÖH-Vorsitzenden statt. Die ersten Interviews wurden noch nicht aufgezeichnet, sondern es wurden handschriftliche

⁴⁶ Flick/Kardorff/Steinke: Was ist qualitative Forschung? S. 24

⁴⁷ Flick/Kardorff/Steinke: Was ist qualitative Forschung? S. 20

⁴⁸ mit Norbert Burda, Walter Jambor, Hans Tuppy, Leon Zelman, Josefine Zlabinger (verheiratete Kriegler), Herbert Ziegler, Peter Pliem und Manfred Machold, Bernd Schilcher, Ernst Streeruwitz.

Notizen angefertigt, die unmittelbar nach dem Interview maschinell geschrieben wurden. Erst ab 1995 wurden die Interviews per Tonträger festgehalten und nachträglich transkribiert.⁴⁹

Zum historischen Hintergrund: Austrofaschismus oder Ständestaat?

»Am 11.September [1933] verkündete Dollfuß bei einer Massenkundgebung auf dem Wiener Trabrennplatz den christlichen Ständestaat als autoritäres Regime. Von Leopold Kunschak, dem christlichen Arbeiterführer, bis zu Julius Merkl, dem hervorragenden Staatsrechtslehrer, wurden allenthalben Bedenken geäußert. [...] Auf der einen Seite erlebten wir die Verfälschung der von Seipel, Ender und Funder befürworteten Ständestaatidee durch militant-faschistische Kräfte. Auf der anderen Seite wurden wir aus unseren Träumen von einem neuen Reich in Mitteleuropa unter deutscher Führung und maßgeblichen NS-Terror im ganzen Land gerissen. Den 12. Februar und den 25. Juli 1934 habe ich als tiefe Tragik empfunden. [...]

In dem Dilemma zwischen einem neuen Österreich, das, der Demokratie abschwörend, sich dem Abenteuer einer kleinkarierten faschistischen Diktatur statt einem Ständestaat nach dem Muster von Quadragesimo Anno näherte, und einem Dritten Reich, das alle negativen Vorzeichen eines ›Sacrum Imperium‹ in grauenhafter Weise aufwies, blieb uns nur die innere Emigration.[...] Ich hatte aber das Glück, einem Freundeskreis anzugehören, der sich aus Angehörigen des CV, des Neuland, der Burschenschaften zusammensetzte. Zum Teil waren es jüngere Wissenschaftler und Beamte, zum Teil Unternehmer, freiberuflich Tätige und Künstler, zum Teil auch noch Studenten.«⁵⁰

Dieser Befund stammt von Josef Klaus. Zwischen den Daten 11. September 1933 und 12. Februar 1934 lag seine kurze Karriere als erster Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien. In zwei Passagen macht Klaus klar, dass er das Regime nicht für einen Ständestaat, sondern für eine faschistische Diktatur gehalten hat.⁵¹ Ein Urteil, das knapp 75 Jahre nach diesen Geschehnissen auch die Österreichische Hochschülerschaft teilt. Bemerkenswerter Weise verzichtet diese auf den Begriff ›faschistisch‹, obwohl die Studierendenvertreter noch bis in die 1990er-Jahre vehement stritten, ob von ›Austrofaschismus‹ oder ›Ständestaat‹ gesprochen werden solle, wobei viele ›linke‹ Studierenden auf dem Begriff ›Austrofaschismus‹ bestanden, wäh-

⁴⁹ Fünf weitere Interviews (mit Erika Weinzierl, Kurt Schubert, Kurt Skalnik, Ludwig Koller und Gottfried Bieler), die als Vorbereitung für eine Publikation gedacht waren, gingen durch widrige Umstände bei einem Kollegen, der die Transkription im Rahmen des Projekts übernommen hatte, verloren.

⁵⁰ Josef **Klaus**: Macht und Ohnmacht im Staate Österreich. Konfrontationen und Versuche. Wien/München/Zürich 1971

⁵¹ Bei diesem Urteil ist natürlich zu bedenken, dass Klaus bestimmte Aspekte, zumal er ja in der Zweiten Republik Bundeskanzler war, im Sinne seiner immer schon demokratischen Sichtweise geglättet haben könnte. Dies trifft insbesondere für Sympathien für den Nationalsozialismus im Umfeld von Ministerialrat Wilhelm Wolf zu. Aber dies wird mit dem Ausdruck »aus unseren Träumen gerissen« angedeutet. Auch die Tatsache, dass Klaus nicht bereit war, das Führerprinzip in der Katholisch-deutschen Hochschülerschaft einzuführen, weist auf Authentizität hin.

rend die ›rechten‹ Studierenden den Begriff ›Ständestaat‹ verteidigten. Klaus hingegen hebt die »faschistische **Diktatur**« des Ständestaates deutlich vom »NS-Terror« in Deutschland ab.

An dieser Stelle können nur einige Aspekte zu dieser Begrifflichkeit umrissen werden, vor allem jene, die sich explizit mit den Universitäten und der Hochschülerschaft beschäftigen: Ganz im Geist der obigen Debatte positioniert sich Andrea Griesebner 1990 mit der Bezeichnung »Austrofaschismus« und verweist auf Emmerich Tálos⁵². Ähnlich wie auch Lichtenberger-Fenz betont sie für die Zeit des Austrofaschismus die Kontinuität zum Nationalsozialismus an der Universität: »Das ständestaatliche Regime bereitete [...] den Boden für einen nahtlosen Übergang von einer faschistischen Herrschaftsform in eine andere«. Der Begriff ›Ständestaat‹ stellt für sie eine »Verharmlosung« und »Relativierung« des »austrofaschistischen Herrschaftssystems« dar.⁵³ Wie in dieser Arbeit noch nachzuweisen sein wird, ist dieser Befund des »nahtlosen Übergangs« 1938 nur eingeschränkt zutreffend, zumal die Hochschülerschaft Österreichs ab 1937 einen neue Wege einschlug und zumal faschistische Strukturen, Führerprinzip, Antisemitismus und Gewaltexzesse schon vor 1933/34 die Deutsche Studentenschaft bestimmten und es unter den Professoren der Hochschulen viele betont Nationale gab. Diese sympathisierten teilweise offen mit dem Nationalsozialismus und wurden nach 1933 teilweise zwangspensioniert. So konnte die Reichsstudentenführung mit ihrer Sektion Südost nach 1938 auf direkte Nachfolge der Deutschen Studentenschaft verweisen, während die Hochschülerschaft Österreichs, die als ein österreichisches Gegenmodell eingerichtet worden war, sofort restlos beseitigt wurde.⁵⁴

Den Begriff »Austrofaschismus« hat Emmerich Tálos im vielfach aufgelegten Sammelband gleichen Namens, den er mit Wolfgang Neugebauer herausgegeben hat, in mehreren Aufsätzen umfassend argumentiert. Im abschließenden Aufsatz der 4. Auflage⁵⁵ im Kapitel »Erklärungen und begriffliche Bestimmungen« spricht er von der Österreich-Ideologie als eine nationalistische Ideologie, etwas, das sich in der völlig überarbeiteten und ergänzten 5. Auflage dann so nicht mehr findet:⁵⁶

⁵² Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): ›Austrofaschismus‹. Politik – Ökonomie – Kultur. Wien 2005

⁵³ Griesebner (1990): Politisches Feld Universität, S. 63

⁵⁴ Siehe zu dieser Problematik auch das Kapitel dieser Arbeit »Faschistische Strukturen und ›nahtloser Übergang‹«

⁵⁵ Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer: ›Austrofaschismus‹. Beiträge zur Politik, Ökonomie und Kultur. Wien 1988

⁵⁶ In der 5. Auflage hingegen spricht Tálos davon, dass im Gegensatz zum Nationalsozialismus »die Basis für eine imperialistische Ideologie [...] fehlte« und an ihre Stelle als »Binnenideologie« die ›Österreich-Ideologie mit ›merkbar kulturimperialistischen Zügen‹ trat: Diese habe »zur Legitimation der Selbständigkeit Österreichs gleichermaßen wie zur nationalen Identifikation beitragen«.

*Auf ideologischer Ebene lassen sich deutliche Übereinstimmungen zu anderen Faschismen konstatieren. Neben den bereits im Rahmen des politischen Veränderungsprozesses transparent gewordenen antidemokratischen, antimarxistischen berufsständisch-gesellschaftsharmonisierenden Vorstellungen ist hier vor allem auf die österreichische Variante einer **nationalistischen**⁵⁷ **Ideologie** zu verweisen. Die ›Österreich‹-Ideologie,*

Emmerich **Tálos**: Das austrofaschistische Herrschaftssystem. In: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): ›Austrofaschismus‹. Politik – Ökonomie – Kultur. Wien ⁵2005; S. 394-419; S. 400

⁵⁷ Die ›Österreich‹-Ideologie war definitiv keine nationalistische Ideologie, nachdem sich die Machthaber im Ständestaat klar zur Deutschen Nation bekannten und Österreich als zweiten deutschen Staat bezeichneten. Diese Haltung wurde nur von sehr wenigen, wie von Alfred Klahr in der kommunistischen Partei vehement kritisiert, aber auch insbesondere vom Legitimisten Ernst Karl Winter.

Darauf macht auch Anton Staudinger aufmerksam: Winter sei ein »Außenseiter« unter den Legitimisten gewesen. Selbst Österreichnationalisten wie Leopold von Andrian-Werburg »vermochten es mitunter nicht, sich von der Auffassung ›deutsch‹-instrumentalisierter kultureller Sendung zu lösen«. Dennoch unterschieden sich die Legitimisten vom Mainstream, weil sie die Bedeutung gegen Anschlusstendenzen instrumentalisieren. In diesem »jedoch reaktionären ›Österreichbewusstseins« betonten die Legitimisten, nicht wie die ständestaatlichen Institutionen, die Zugehörigkeit zur ›deutschen Nation‹, sondern stellten »diesem ›Deutsch-Nationalismus‹ gewissermaßen einen ›Österreich-Nationalismus‹, wenn auch nur verbal akklamierend entgegen«.

vgl.: Anton **Staudinger**: Austrofaschistische ›Österreich‹-Ideologie. In: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): ›Austrofaschismus‹. Beiträge zur Politik, Ökonomie und Kultur. Wien ⁵2005, S. 28-52; S. 42

Besonders pointiert an der deutsch-nationalen Gesinnung hat Alfred Klahr geübt:

»Man sagt oft: Wir Österreicher sind Deutsche. Schuschnigg sagt auch: Wir sind der zweite deutsche Staat. Stimmt dies? Natürlich sind wir auch Deutsche, aber man muss fragen, in welchem Sinne. [...] Das Wort ›deutsch‹ bezeichnet hier eine Sprache, die Abstammung, die Herkunft, aber sagt nichts über den nationalen Charakter, [...] ebenso wie man damit den Unterschied der Deutschschweizer gegenüber dem Italienisch- oder Französisch-Schweizer hervorhebt. [...]

Umso mehr müssen wir in unserer Agitation die Tatsache hervorheben, dass die Bestrebungen im österr. Volke zur Wahrung seiner Eigenstaatlichkeit immer sehr starke waren. Wenn diese Stimmungen in den Volksmassen nicht stark gewesen wären, dann wäre Österreich längst Beute des Hitlerfaschismus geworden. Dass Österreich nicht vom Hitlerfaschismus überrannt wurde, ist kein Verdienst von Dollfuß und Schuschnigg; die Hitlerwelle ist am österreichischen Volk gebrochen.«

Alfred **Klahr**: Zur nationalen Frage in Österreich. Von Rudolf (= Alfred Klahr). Reproduktion der 1937 verfassten Studie. Wien 1979, S. 6f

Doch letztlich war es die Achillesferse dieser ›Österreich‹-Ideologie, dass der Nationalismus vor allem der Eliten in Österreich, insbesondere an den Universitäten, der deutsche Nationalismus war. Ein österreichischer *Nationalismus* war zwischen 1918 und 1945 mit den erwähnten Ausnahmen ein verschwindendes Minderheitenprogramm.

Der Begriff der »österreichischen« Nation hat sich in der Zweiten Republik erst allmählich durchgesetzt, wobei kommunistische Kräfte oder linkskatholische Kräfte in der Tradition Ernst Karl Winters (auch in der Hochschülerschaft) einen maßgeblichen Impuls brachten. Durch diese Gemeinsamkeit und die Bekämpfung des Nationalsozialismus waren sich beide Lager nähergekommen.

vgl auch die folgenden Kapitel dieser Arbeit: »Deutsche Sehnsucht an den österreichischen Hochschulen« und »Wie sich die Hochschülerschaft Österreichs zu verschiedenen Themen positioniert hat: ›Österreich‹«

die einen engen Zusammenhang zur deutschen Volkstumsideologie aufweist, sollte nicht nur die Selbständigkeit Österreichs legitimatorisch nach innen und außen absichern und zur nationalen Identifikation beitragen. Das darin deklarierte Sendungsbewusstsein enthält merkbar kulturimperialistische Züge.»⁵⁸

Diese »kulturimperialistischen Züge« werden jedoch vielfach als ein Rückgriff auf die Donaumonarchie⁵⁹ verstanden – in den Schriften der Hochschülerschaft vermischt mit einer christlich-abendländischen Ideologie, wobei zumindest dieses Sendungsbewusstsein von anderen faschistischen Ideologien abweicht, die aus sich selbst und zumeist in Abgrenzung zur Vergangenheit und zum »Klerikalismus« ihren Sendungsauftrag postulierten.

In Tálos' breit angelegten Studien über den Faschismus und Faschismus-Theorien sucht man allerdings vergeblich authentische Materialien. Wohl zitiert er vereinzelt Zeitgenossen wie Miklas, jedoch nicht jene, die sich selbst als Faschisten, oder genauer als »Fascisten« definiert haben oder gar beschreiben, warum sie sie sich zum »Fasc(h)ismus« bekennen. Damit analysiert Tálos zwar sehr umfassend ein Phänomen, ohne allerdings, wie es im Sinne der »Multiperspektivität« der »Methodisierten Wissenschaft« wäre, die Betroffenen und ihre Aussagen einzubeziehen, womit eine wesentliche Stelle undefiniert bleibt und damit für das Gesamtverständnis fehlt.

Für den hier zu untersuchenden Bereich der Hochschülerschaft gibt es Dokumente, die die Geisteshaltung und die Emotionen hinter dem »Fasc(h)ismus« deutlich zeigen. Denn in ihrer Zeitschrift »Der Heimatschutz-Student« mit dem Motto »Pro Deo et patria – verbo ferroque«⁶⁰ beschreiben 1936 Studierende, die sich als »Fascisten« definieren, was »Fascismus« für sie bedeutet:

*»Fascismus ist keine Redeübung, er muss ein Lebensbekenntnis sein. Er ist, wie jede politische Auffassung, **zugleich Praxis und Gedanke**, ist ein Handeln, dem eine Lehre immanent ist.*

*Der Fascismus hat also eine den Zuständen des Ortes und der Zeit entsprechende Form, aber vor allem hat er einen **idealen Inhalt**, der ihn im **Range einer höheren Wahrheit** in der Geschichte des Gedankens erhabt [sic].*

*Es gibt keine Staatsauffassung, die nicht grundsätzlich Lebensauffassung ist. **Der Mensch des Fascismus ist zugleich Volk und Vaterland**. Er verkörpert ein Gesetz, das den Drang, ein Leben im engen Kreis des Genusses zu führen abschafft, um **in der Pflicht ein***

⁵⁸ Emmerich Tálos: Das Herrschaftssystem 1934-1938: Erklärungen und begriffliche Bestimmungen. In: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): »Austrofaschismus«. Beiträge zur Politik, Ökonomie und Kultur. Wien 1988

⁵⁹ vgl. Klahr (1937/1979): Zur nationalen Frage in Österreich, S. 10: »Gleichzeitig bekämpfen wir alle reaktionären Versuche auf Grund der objektiv gegebenen österreichisch nationalen Eigenart eine *chauvinistisch* durch und durch verlogene Ideologie des »österreichischen Menschen« zu schaffen, Versuche, die insbesondere in monarchistischen Kreisen geübt werden.«

⁶⁰ »Für Gott und Vaterland – mit Wort und Waffe«

*höheres, von den Grenzen der Zeit und des Raumes befreites Leben zu führen. Ein Leben, in welchem der Mensch durch **Selbstentsagung, durch das Opfer seiner eigenen Interessen**, ja selbst durch den Tod, jenes durchaus **geistige Dasein** verwirklicht, das seinen Wert als Mensch ausmacht.*

*Der Fascismus will, dass der Mensch tätig sei, an der **Tat mit all seinen Kräften** teilnehme, er will, dass der Mensch sich der realen Schwierigkeiten männlich bewusst sei, bereit, sie zu überwinden. Er fasst das **Leben als einen Kampf** auf, er meint, dass es zum Menschen gehört, sich ein Leben zu schaffen, das seiner wert sei, indem er zuerst in sich selbst das **Werkzeug schafft, es aufzubauen**.*

*Das Leben, wie der Fascismus es auffasst, ist daher ernst, streng, religiös. Es ist ein Leben, das gänzlich in einer von den moralischen und verantwortlichen Kräften des Geistes getragenen Welt gelebt wird. **Der Fascismus verschmäht das bequeme Leben**.*

*Der fascistische Staat, als höchste und mächtigste Form der Persönlichkeit, ist somit vor allem **eine geistige Kraft**. Eine Kraft, die zusammenfasst. Der Fascismus will nicht die äußere Gestalt, er **will den Inhalt des menschlichen Lebens umformen, den Menschen und Charakter**. Zu diesem Zwecke will er **Disziplin und Autorität**, die tief in den Geistern wurzeln und dort unbestritten herrscht [sic].*

Immer wollen die Völker im Grunde Autorität, Führung und Ordnung. Wenn jedes Jahrhundert seine Lehre besitzt, so weisen tausend Zeichen darauf hin, dass die Lehre der Gegenwart und Zukunft der Fascismus ist. Er ist eine Lebenslehre, er hat Glauben erzeugt und dieser Glaube hat die Seelen erobert. Wir haben unsere Toten und Märtyrer.«⁶¹

Dieser Artikel kann als Dokument dafür gewertet werden, dass es auch bei den Studierenden einen österreichischen und sogar einen religiös beeinflussten ›Fasc(h)ismus‹ gegeben hat. Er zeigt aber weit mehr: Er offeriert die Werte dieser jungen Leute, wie »Wahrheit«, »Pflicht als höheres, befreites Leben«, »Opfer bringen für seinen Wert als Mensch«, »männlicher Kampf, um das Leben aufzubauen«, »moralisch-verantwortliche Kräfte des Geistes wider das bequeme Leben« oder »Glauben«.

Wenngleich der Artikel kein akademisch ausgefeiltes und stimmiges Konzept beinhaltet, so weist er doch auf grundlegende Ideale hin. Gleichzeitig ist erkennbar, dass mit den Tugenden von Pflicht und Gehorsam, Disziplin und Autorität und dem Glauben an eine ideologische »geistige Kraft« dieser Idealismus und diese Einsatzbereitschaft der jungen Studenten sehr leicht missbraucht werden können. Andererseits weist diese Ideologie auf Umgestaltung und Erneuerung hin, die alte, nicht haltbare Strukturen zugunsten von »neuen«, »besseren« beseitigen will. Wie noch ausgeführt werden wird, waren es Gedanken wie diese, die auch den jungen Heinrich Drimmel Erwartungen in den Faschismus setzen ließen.

Doch diese idealistischen Bekenntnisse können nicht alleine gesehen werden, sondern müssen in Zusammenhang mit den Toten und Geschädigten des Faschismus gesehen werden. Dort

⁶¹ Der Heimatschutz-Student. Pro deo et patria – verbo ferroque, 21 April 1936, S. 2 ; Hervorhebungen *nicht original*

mutiert der Idealismus (für ein Leben in einer von moralischen und verantwortlichen Kräften des Geistes getragenen Welt) zu einem Fasc(h)ismus mit Wort und Waffe (»verbo ferroque«) und löscht bei der Durchsetzung der eigenen Wahrheit andere Wahrheiten (und auch Leben) aus. Am sichtbarsten ist dies im Februar 1934 geschehen, doch immer wieder auch dann, wenn undemokratisch Meinungen unterdrückt und andere Subkulturen zerstört worden sind. Und wer statt Dialog und Respekt für die Werte des anderen den Kampf wählt, kann schnell selbst (nach eigener Ideologie) zum »Toten« und »Märtyrer« werden. Das gilt nicht nur für den Faschismus dieser Zeit, sondern für jede Ideologie, die die Wahrheit nicht mehr sucht, sondern glaubt, sie zu besitzen.

Dass auch der Nationalsozialismus und der Kommunismus Idealisten für die Zwecke der eigenen Ideologie eingesetzt und missbraucht haben, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Dies ist ebenfalls Teil der Geschichte der österreichischen Studentinnen und Studenten und auch Teil dieser Arbeit. Mit der Bereitschaft der Jugendlichen, »Opfer« für geistige menschliche »Werte« zu bringen, ergibt sich noch ein anderer Aspekt der oben geführten »Opfer«-Diskussion. Denn manche begriffen erst zu spät, dass sie ihren Idealismus, ihre Interessen, ihre Arbeitskraft, ja nach dem Zweiten Weltkrieg auch oftmals ihre Unversehrtheit für ein verbrecherisches Regime eingesetzt hatten. Die Opferbereitschaft war nicht nur umsonst, sondern sogar kontraproduktiv gewesen und hatte viele Menschen entwertet.

Einige dieser oben aufgelisteten Ideale der »Fasc(h)isten« lassen sich zudem in Beziehung zur Jugend- und zur Abstinenzbewegung setzen, wie etwa die Sehnsucht nach »Reinheit«: »Rein« oder »wahr« sind Worte, die sich nach 1918 immer wieder finden. Teilweise finden sich solche Prinzipien mit Ursprung aus der katholischen Jugendbewegung⁶² im katholischen Bund »Neuland«⁶³ oder beim Pazifisten und Bundespräsidentenskandidaten 1951, Johannes Ude, der in einem Nahverhältnis mit dem ersten ÖH-Vorsitzenden nach 1945, Rudolf Wengraf, stand und ein vehementer Verfechter der Abstinenzbewegung war.

Brigitte Behal stellt 2009 einen Zusammenhang zwischen der Jugendbewegung und der Verführbarkeit durch den Faschismus her, für den es zwar nicht strukturelle, aber ideelle Anknüpfungspunkte gab:

»Vergleicht man häufig verwendete Gesellschaftsbegriffe und Schlüsselworte der Jugendbewegung, wie Führer und Gefolgschaft, Volk und Reich, Ehre und Treue, Blut und

⁶² Brigitte **Behal**: Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutschnationaler katholischer Eliten im Zeitraum 1930 -1965. Ihr Weg und Wandel in diesen Jahren am Beispiel Dr. Anton Böhms, Dr. Theodor Veiters und ihrer katholischen und politischen Netzwerke. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 2009; S. 54-59

⁶³ vgl.: Flugblatt **Neue Jugend 1919**: »Was wir wollen: wir wollen jung sein [...] Wir wollen wahr sein [...] Wir sehnen uns nach Besserem und Reinerem [...] nach Ganzem und Umfassendem«, zitiert nach:

Franz. M. **Kapfhammer**: Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung. Graz/Wien/Köln 1987; S. 31f

Boden, national und Sozialismus sowie Volksgemeinschaft mit jenen des Nationalsozialismus, so können viele Übereinstimmungen festgestellt werden. [...]

Die jugendlichen Erfahrungen in der Kombination von Führer- und Gefolgschafts-Ideal der Jugendbewegung und der falsch interpretierte Reichs- und Führermythos der katholischen Kirche haben ein Übriges zur Verführbarkeit d u r c h die, zur geistigen Bereitschaft f ü r die und letztlich z u r Akzeptanz der nationalsozialistischen Bewegung beigetragen.«⁶⁴

Johann Dworak macht auf eine andere Ebene, nämlich den Bezug des Faschismus auf die Arbeiterbewegung aufmerksam und macht Konstituenten des Faschismus in dieser Frage fest:

»Faschismus seinerseits ist keineswegs ausreichend definiert mittels einer Summe von Merkmalen wie z.B. Massenbewegung, Führerkult, antiliberales und antidemokratisches Denken, Antisemitismus[...] Von entscheidender Bedeutung ist die wesentliche gesellschaftliche Funktion des Faschismus – die möglichst dauerhafte Zerstörung der Arbeiterbewegung: Auflösung und Verbot ihrer Organisationen, Gefangenhaltung und physische Liquidation ihrer Funktionäre, die Auslöschung ihrer kulturellen Traditionen, die Zerstörung der Hoffnungen und Zukunftsperspektiven der einzelnen Arbeiter (die ja mit der Stärke ihrer Organisation eng verbunden waren), all das mit dem Ziel, die Arbeiterklasse als Ansammlung von atomisierten Individuen ohne kollektives Bewusstsein in die neue Volksgemeinschaft oder Ständeordnung aufgehen zu lassen.«⁶⁵

Diese dauerhafte Zerstörung der sozialdemokratischen und marxistischen Strukturen, die auch zu einem Verbot der jeweiligen Studierendenvertretungen geführt hat, ist evident und ist von vielen Betroffenen als ein maßgebliches Element des »Austrofaschismus« gesehen worden. Auch einige der Heimwehrstudenten haben direkt und persönlich am Bürgerkrieg in Gegnerschaft zu den Sozialdemokraten teilgenommen und haben bei der »Zerstörung der Arbeiterbewegung« mitgemacht.

Ernst Hanisch, selbst einer der Autoren im Sammelband ›Austrofaschismus‹, konstatiert 2007 grundsätzlich, dass mittlerweile in weiten Kreisen der Begriff ›Austrofaschismus‹ sich »als Typisierung der politischen Herrschaft in Österreich von 1934 bis 1938« durchgesetzt habe, was mit der Schwierigkeit zusammenhängt, »für dieses komplexe politische System eine Kurzbezeichnung zu finden«,⁶⁶ um dann jedoch zu relativieren:

⁶⁴ Behal (2009): Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutschnationaler katholischer Eliten, S. 58; Hervorhebungen *original*.

⁶⁵ Johann **Dworak**: Bemerkungen über Kontinuität und Diskontinuität in der Geschichte. 1945 In: Friedrich Stadler (Hg.): Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien/München 2004, S. 335-340; S. 338

⁶⁶ Ernst **Hanisch**: ›Christlicher Ständestaat‹ und autoritäre/faschistische Systeme. In: Werner Drobesch/Reinhard Stauber/Peter G. Trobber (Hg.): Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848-1938. Einblicke in Religion, Politik, Kultur und Wirtschaft einer Übergangszeit. Klagenfurt/Ljubljana/Wien 2007, S. 177-181; S. 177

»Austrofaschismus« trifft jedoch nicht den Kern der Herrschaft, weil der typologische Unterschied zwischen autoritären und faschistischen Herrschaften nicht gebührend beachtet wird. [...] Unbestritten ist die Charakterisierung des Regimes als österreichische Diktatur: als Regierungs- bzw. Kanzlerdiktatur von der mitte-rechts Seite, als Diktatur des Kapitals von der linken Seite.«⁶⁷

Vor allem die Grenzziehung der katholischen Kirche gegen den Vollfaschismus und die »Differenz zwischen autoritären Herrschaften«, die zu wenig berücksichtigt werde, lassen Hanisch vom Begriff des »Austrofaschismus« abrücken. Außerdem sieht er »Tendenzen einer möglichen begrenzten Rückkehr zur Demokratie innerhalb des Regimes«, die eine Wirkungsgeschichte in der christlichen Arbeiterbewegung entfalteten, zu wenig in dieser Theorie berücksichtigt. Ebenso kritisiert er die Qualifizierung der schon oben zitierten »forcierten Österreichideologie« als »Variante« der »deutschen Volkstumsideologie«, obwohl diese auf die Österreich-Identität der Zweiten Republik wichtige Auswirkungen hatte:

»Kurz, Emmerich Tálos, der führende Vertreter der Austrofaschismusthese, argumentiert zwar durchaus differenziert, setzt aber den Austrofaschismus als gegeben voraus, um ihn dann argumentativ zu begründen. Vor allem fehlt ein systematischer Vergleich des österreichischen Falles mit anderen autoritären und faschistischen Systemen.«⁶⁸

Gerhard Jagschitz hat bereits 1983 kritisch die Frage gestellt, wie faschistisch dieser Ständestaat sei und darauf hingewiesen, dass es einerseits Diskontinuitäten zwischen dem Dollfuß- und Schuschniggssystem gegeben hat, dass andererseits wichtige Elemente wie eine Massenbewegung oder ein autoritäres Zentrum fehlten und, dass nach der Übernahme von faschistischen Vorbildern »diese Art von Faschisierung nur an der Oberfläche blieb«.⁶⁹ Ebenso würden darüber hinaus wichtige andere Einflüsse zu wenig berücksichtigt:

»Ohne Zweifel bestanden in Österreich eine Anzahl von faschistischen Strukturelementen, doch wird man in allen Fällen die besonderen österreichischen Bedingungen und die bis weit in die österreichisch-ungarische Monarchie zurückgreifenden historischen Entwicklungen zu berücksichtigen haben [...]. Die Überheblichkeit der Bürokratie, auch den einzelnen zu reglementieren, stammt schließlich direkt aus dem Konformismus der Monarchie in der Fortführung des Herrscher-Untertanen-Verhältnisses, und die Rolle der Polizei geht schließlich in gerader Linie auf Metternich zurück, aus welcher Zeit sie einen ausgezeichneten Apparat zur Überwachung staatsfeindlicher Betätigungen entwickelt hatte.«⁷⁰

Einzelne, beispielhafte Fälle werden in dieser Arbeit jenes Vorgehen der Bürokratie erkennen lassen.

⁶⁷ Hanisch (2007): »Christlicher Ständestaat« und autoritäre/faschistische Systeme, S. 177

⁶⁸ Hanisch (2007): »Christlicher Ständestaat« und autoritäre/faschistische Systeme, S. 179

⁶⁹ Gerhard **Jagschitz**: Der Ständestaat 1934-1938. In: Erika **Weinzierl**/Kurt **Skalnik**: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Band 1. Graz/Wien/Köln 1983, S. 497-515; S. 500

⁷⁰ Jagschitz (1983): Der Ständestaat 1934-1938, S. 500

Ähnlich wie Jagschitz sieht auch Michael Gehler 1990 Elemente des Faschismus gegeben, die aber nicht für einen umfassenden definitiven Faschismusbegriff ausreichen. Mit Blick auf die Universität Innsbruck im Ständestaat kündigt er an, »nicht groß auf die Kontroverse, ob es sich beim österreichischen Ständestaat um ein echtes faschistisches System, ein Bündnis zwischen autoritärem Katholizismus und faschistischer Heimwehr (halbfaschistischer Staat) oder nur um eine traditionelle, konservativ- bürgerliche Diktatur gehandelt hat, einzugehen«, um dann doch zu einem Befund zu gelangen:

»Sicher dürfte sein, dass wesentypische Elemente radikal-faschistischer Systeme (Politik der ›Stärke‹ nach außen, imperialistische Expansionsbestrebungen, Bewegung mit Massenbasis, totale Identität von politischer und militärischer Organisation wie Staats- und Parteiapparat, verwirklichte Verfassung, eigenständiger Nationalismus) nicht gegeben waren, um von einem Austrofaschismus sprechen zu können«⁷¹

Dennoch spricht Gehler vom »(halb)faschistischen autoritären Ständestaat«.⁷²

Doch auch der von der anderen Seite forcierte Begriff ›Ständestaat‹, der einen Frieden zwischen den Klassen unter dem Dach eines Standes postulierte, wurde letztlich nicht verwirklicht. Dieter Stiefel⁷³ weist darauf hin, dass diese Utopie kein geschlossenes System darstellt, sondern, dass vielmehr die Widersprüchlichkeit systemimmanent sei. Immer wieder klingt in den theoretischen Schriften oder in den Reden der Politiker und Interessensvertreter die Tatsache des Provisoriums durch. Schon im Jänner 1934 schreibt etwa auch der ungarische Philosoph Aurel Kolnai:

»Die ständischen Ideologien leiden an einer scheinbar unbehebbarer Unklarheit. Es haftet ihnen scheinbar etwas Nebuloses, Vieldeutiges, Qualliges an. Sie stehen weit mehr zu Stimmungswerten in Bezug als zu einsichtigen, fassbaren Gedankengängen. [...]

Die Unklarheit ist somit kein zufälliges Gebrechen, sondern sie hat eine eigene Bedingtheit und Funktion. Sie ist die Unklarheit gegenrevolutionärer Ideologien überhaupt.«⁷⁴

So berief sich etwa die vormalige christlichsoziale Arbeitnehmervertretung im Zusammenhang mit der »neuen Ordnung« ständig auf die Enzyklika »*Quadragesimo Anno*«, die Heimwehr aber auf das Konzept Mussolinis, was zu manchen internen Gehässigkeiten und Machtkämpfen führte. Wieder andere sahen den Nationalsozialismus zumindest in Teilen nachahmenswert. Ein Konflikt brach etwa zwischen Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer, einem der führenden

⁷¹ Michael **Gehler**: Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938. Innsbruck 1990 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 6); S. 321

⁷² Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 329

⁷³ Dieter **Stiefel**: Utopie und Realität: Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. In: Thomas Albrich/Klaus Eisterer/Rolf Steininger: Tirol und der Anschluss. Voraussetzungen, Entwicklungen und Rahmenbedingungen, Innsbruck 1988 (=Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd.3), S. 403-433

⁷⁴ Aurel **Kolnai**: Die Ideologie des Ständestaates. In: Der Kampf, Jänner 1934, S. 13

Heimwehr-Ideologen, und den Repräsentanten der christlichen Arbeiterbewegung, Leopold Kunschak und Johann Staud, aus.

Odo Neustädter-Stürmer, der bis 1934 Sozialminister und nach 1936 Innenminister war, spricht in der Schrift »Die berufsständische Gesetzgebung in Österreich« selbst den nur ansatzhaften provisorischen Charakter des Systems an: Es seien ja überall schon Ansätze zum berufsständischen Aufbau dagewesen. »Diese Berufsverbände mussten bei Schonung alles Brauchbaren in eine Form gegossen werden«⁷⁵, und zwar in drei Etappen: der Organisation der Arbeitnehmer, der Organisation der Arbeitgeber und dem »Zusammenschluss der Arbeitnehmer mit denen der Arbeitgeber«, wie es in der Land- und Forstwirtschaft schon gelungen sei.⁷⁶ Neustädter-Stürmer konnte sein Konzept nie verwirklichen und wurde – nachdem er 1935 die christlich-soziale Spitze des Gewerkschaftsbundes abgesetzt hatte⁷⁷ – seinerseits entlassen und durch den gewerkschaftsfreundlicheren Minister Josef Dobretsberger abgelöst.⁷⁸

Von den sieben vorgesehenen Ständen wurden bis 1938 nur der »öffentliche Dienst« und die »Land- und Forstwirtschaft« verwirklicht. Außerdem hatten die 1934 eingerichteten Organe wie der Staatsrat, Bundeskulturrat, Bundeswirtschaftsrat und der Länderrat keine gesetzgebenden Befugnisse. Die Macht war in den Händen des Bundeskanzlers und der Regierung.⁷⁹

In den »Akademischen Nachrichten«, die von der Hochschülerschaft Österreichs herausgegeben wurden, wird im Mai 1934 in einem Artikel eindeutig nicht der Ständestaat, sondern der »moderne« »autoritäre« und »faschistische« Staat bejaht, der demokratische Staat hingegen abgewertet.

»Zum Wesen des modernen, autoritären, faschistischen Staates gehört die kraftvolle Bejahung der Staatsidee. [...] Dies im Gegensatz zur absterbenden demokratischen Staatsanschauung, deren einzig treibendes und erneuerndes Element nur eine rührige, das Kräfteparallelogramm erhaltende, ergänzende und ausgleichende Opposition bilden konnte.«⁸⁰

⁷⁵ Odo **Neustädter-Stürmer**: Die berufsständische Gesetzgebung in Österreich. Wien 1936 (=Der neue Staat 3), S. 12

⁷⁶ Neustädter-Stürmer (1936): Die berufsständische Gesetzgebung in Österreich; S. 13

⁷⁷ Das stand ihm laut vom Regime verabschiedetem Gesetz zu, allerdings musste er alsbald diese Entscheidung wieder zurücknehmen.

⁷⁸ Odo Neustädter-Stürmer kam 1936 -1937 wieder zu Ministerehren und wurde Innen- und Sicherheitsminister.

⁷⁹ Jagschitz (1983): Der Ständestaat 1934-1938, S. 502f.

⁸⁰ Akademische Nachrichten, Mai 1934, S. 2

Sinn des autoritären faschistischen Staates ist unbedingtes Ja, unbedingtes Bekenntnis zur Staatsidee, ja zur »Staatsseele« – ein gutes Beispiel, wie emotional aufgeladen und nicht pragmatisch an politische und rechtliche Fragen herangegangen wurde.

Wie bereits beim Begriff »Opfer« thematisiert, ist die Frage der Sprache und der (exakten) Begrifflichkeit eine sensible Thematik: Viele Begriffe, die verwendet werden, sind nicht von der Geschichtswissenschaft als ihr Instrumentarium geschaffen worden, sondern wurden von den politischen »Lagern« in Österreich als Kampfbegriffe gebraucht. Diese Begriffe sind teilweise noch immer emotional und politisch »besetzt«, was den Gebrauch dieser Begriffe zu einer diffizilen und sensiblen Sache macht, der im Sinne der »reflektierten Perspektivik«, Pluralisierung und möglichst universalistischen Betrachtung zunächst bewusst gemacht werden soll – gegen »verengende Perspektiven«: vor allem dann, wenn statt exakter Begrifflichkeit der Geschichtswissenschaft Begriffe in der politischen Alltagsauseinandersetzung fallweise noch immer auch als Kampfbegriffe eingesetzt werden. Wenn also die »Methodisierte Wissenschaft«, um nochmals Borries zu zitieren, sich mit konsensfähigen Methoden zu einem herrschaftsfreien und umfassenden Diskurs bereitmacht⁸¹, stößt sie hier einigermaßen auf Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten. Ein Ausweg könnte in der Pluralität der Begrifflichkeit liegen, die jedem der Begriffe seine partikuläre Berechtigung zuweist, ohne den einen der Begriffe pauschal über den anderen zu stellen.

Daher wird in dieser Arbeit, den unleugbaren faschistischen Bekenntnissen und Tendenzen einer maßgeblichen Gruppe der Studierenden vor allem in der Phase der Gründung der Hochschülerschaft und der Idee des berufsständischen Aufbaus der Gesellschaft Rechnung tragend, einerseits vom »austrofaschistischen Ständestaat« gesprochen, wenn faschistische und ständische Strukturelemente herausgestrichen werden sollen – auch wenn weder der Begriff »faschistisch« noch »Ständestaat« für die Regierungsform von 1933-1938 restlos zutreffen und das Österreich-Prinzip (»austro-«) gerade an der Universität ständig in der Defensive war. Alle Teilbegriffe sind jedoch Sinnbilder dessen, was vom Staat zu dieser Zeit erwartet wurde. Ansonsten wird andererseits von der »Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur« gesprochen, wenn es um Machtstrukturen geht, zumal dieser Begriff – wenngleich weniger originell – weitgehend konsensfähig ist.

82

⁸¹ Borries/Körber (2001): Geschichtsbewusstsein, S. 243

⁸² vgl. nochmals Hanisch (2007): »Christlicher Ständestaat« und autoritäre/faschistische Systeme, S. 177

Vorgeschichte: Von den mittelalterlichen ›Nationen‹ zur ›Deutschen Studentenschaft‹

Deutsche Sehnsucht an den österreichischen Hochschulen

Das Besondere und für viele Angehörige der Universität zu Anfang des 21. Jahrhunderts auch Befremdliche ist die ausgeprägte deutschnationale Orientierung der Studierendenvertretungen und des akademischen Betriebs an den österreichischen Universitäten der Zwischenkriegszeit. Während sich mittlerweile ein österreichisches Nationalbewusstsein⁸³ ausgeprägt hat, war das nach dem ersten Weltkrieg ganz anders: Weite Teile der Bevölkerung waren nach 1918 für einen Anschluss an Deutschland. Eine ganz besondere Tradition hatte diese Einstellung jedoch an den österreichischen Universitäten – und zwar bereits lange vor dem ersten Weltkrieg. Zudem haben die gemeinsamen Kriegserfahrungen der heimkehrenden Studenten-Soldaten mit den verbündeten Deutschen diese Entwicklung verstärkt, sind jedoch nur eine Erklärung für die begeisterte Wendung vieler Studenten und Akademiker hin zum Deutschen Reich. Tatsächlich reichen Anschlussgedanke, Antisemitismus und ein allgemein übersteigter Deutschnationalismus an der Universität bis weit ins 19. Jahrhundert zurück und sind in Zusammenhang mit den Ideen der Romantik, dem Jahr 1848 und mit den Nationalitätenkonflikten der Donaumonarchie zu sehen – während die Tradition der »wehrhaften« Studenten bis in die frühe Neuzeit zurückreicht. Wie sich dieser Deutschnationalismus an der Universität in den 1930er-Jahren ausgeprägt hat, soll zunächst anhand einiger Beispiele gezeigt werden:

1936, als die Nationalsozialisten in Österreich, unterstützt durch das Deutsche Reich wieder mehr Einfluss verlangten, beklagte etwa der Dritte Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter (1895-1959) fehlendes Österreichbewusstsein. Winter war Frontkamerad von Engelbert Dollfuß, der ihn trotz abweichender Gedanken schätzte. Er hatte im austrofaschistischen Ständestaat eine Außenseiterposition⁸⁴, war betont katholischer Legitimist und daher konsequenter Gegner der

⁸³ vgl. Dieter A. **Binder**/Ernst **Bruckmüller**: Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918 – 2000. Wien 2005 (= Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde); S. 110

⁸⁴ vgl. Kurt **Schuschnigg**: Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlussidee. Wien/München/Zürich 1969; S. 171:

»Dr. Winter galt als ›linker Konservativer‹; schon in jungen Jahren hatte er sich aus lauterstem christlichem Idealismus und mit beharrlicher Konsequenz die Parole zu Eigen gemacht: ›Wo es Stärkere gibt, immer auf Seiten der Schwächeren‹.« Nach der Bestellung Winters zum 3. Wiener Vizebürgermeister und seinen Bemühungen um eine Versöhnung zwischen Ständeregime und den Arbeitnehmern (Aktion Winter: Arbeiter-Aktions-Komitee), erntete er teilweise höhnische Kritik, wie Schuschnigg fortfährt: »Die dritte Ausgabe des im Untergrund verbreiteten Propagandablattes *Revolution* bezeichnete Winter in einer Schlagzeile als den ›Hofnarren des Faschismus‹, während er im Text als ›Dollfuß-Kreatur‹ hingestellt wurde, gekauft mit Ehrenstellen, Geld und Einfluss [...]« (Hervorhebungen *nicht* original)

Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Ernst Karl Winter wollte nach dem Februar 1934 mit dem Sozialdemokratischen Lager eine Versöhnung erreichen, wurde aber 1936 nach dem Juli-Abkommen von Schuschnigg wieder abberufen. Winter benannte vor allem die Universität, zumal er dort wegen seiner kritischen Sicht des Deutschnationalismus immer wieder Auseinandersetzungen hatte,⁸⁵ als ein Paradebeispiel dieses fehlenden Österreich-Bewusstseins:

»In Österreich kompliziert sich dieses Problem dadurch, dass ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz der Intelligenz den österreichischen Staat verneint: eine kleine Minorität davon als ideologische Nationalsozialisten, die große Mehrheit hingegen als »betont Nationale« (mit Wirkung bis weit in die katholischen und selbst jüdische Kreise) [...].

*Es geschieht in Österreich, z.B. an den Universitäten ebenso wenig, wie einst im ersten Jahrfünft des Bolschewismus in Russland geschah. Diese Passivität des Regimes hat gewiss auch seinen Grund darin, dass entscheidende Köpfe noch gar nicht wissen, was sie tun sollen, andere aber die akademischen Brücken, die nach Deutschland führen, nicht abbrechen wollen. Denn die österreichischen Universitäten sind der hartnäckigste Herd des Deutschnationalismus in Österreich«.*⁸⁶

Dieses Zitat stammt also bereits aus der Zeit nach dem Juli-Abkommen, mit dem die Regierung Schuschnigg eine Verbesserung des Verhältnisses zum nationalsozialistischen Deutschland erreichen wollte. Dies erleichterte die Unterwanderung österreichischer Institutionen durch Nationalsozialisten, die es auch davor schon gegeben hatte. Obwohl im austrofaschistischen Ständestaat der Österreich-Gedanke ja prinzipiell forciert wurde, wollten viele Protagonisten dennoch nicht von der deutschen Kulturgemeinschaft lassen. Bundeskanzler Kurt Schuschnigg ist selbst ein gutes Beispiel dafür: Noch nach seiner Begegnung mit Hitler am Obersalzberg bei

⁸⁵ In den Rektoratsakten (vgl. UAW, S.Z. 981, 1932/33) findet sich ein Hinweis, dass auf diesen Beitrag Winters in den Politischen Blättern eingegangen wurde und dieser als »Angriff von Dr. Ernst Winter« gegen die Universität gewertet wurde. Die Universität Wien und Winter waren in der Frage seiner Habilitation und des Deutschnationalismus immer wieder in Konfrontation geraten. Allgemein wurden ihm, der aus der katholischen Jugendbewegung um Anton **Orel** (1881-1959) und dem Legitimus kam, mangelndes Bekenntnis zum »deutschen Volkstum« vorgeworfen. Im Vordergrund treten hierbei immer wieder Professor für Nationalökonomie und Gesellschaftslehre Othmar **Spann** (1878-1950) und der ehemalige CS-Bundesrat und Professor für Deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte, Staatsrecht und Kirchenrecht Karl Gottfried **Hugelmann** (1879-1959) auf. In besonderer Weise engagierte sich der Rektor von 1934/35, Alexander **Hold-Ferneck** (1875-1955) Professor für Völkerrecht und Rechtsphilosophie: Eine Ehrenerklärung, die Winter gegeben hatte, genügte ihm nicht – anders als der Mehrheit der Professoren, die für die Habilitation zuständig waren. Jedenfalls schlug er Winter vor, er solle in der »DÖTZ«, der Deutschösterreichischen Tageszeitung, Organ der österreichischen NSDAP, einen Artikel für den Anschluss verfassen. Hold drohte auch dem späteren Universitätsprofessor August Maria **Knoll** (1900-1963), dieser werde solange nicht habilitiert werden, solange er mit Winter befreundet sei. Knoll fügte sich und konnte habilitieren.
Vgl.: Robert **Holzbauer**: Ernst Karl Winter (1895-1959). Materialien zu seiner Biographie und zum konservativ-katholischen politischen Denken in Österreich 1918-1948 Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 1992; S. 165+170

⁸⁶ Ernst Karl **Winter**: Österreichische Erziehungsprobleme. In: Wiener Politische Blätter 4 (1936), S. 243-249; S. 243f

Berchtesgaden hält er an Österreich als zweitem deutschen Staat fest. In seiner Rede »Österreich muss Österreich bleiben« vom 28. Februar 1938, die mit dem bekannten Satz »Bis in den Tod: Rot-Weiß-Rot!« endete, postulierte er noch die Möglichkeit, die Nationalsozialisten zur loyalen Mitarbeit gewinnen zu können und baute ihnen Brücken:

»Es ist nicht jeder, der nationalsozialistisches Gedankengut vertritt und sich die organische Fortentwicklung Mitteleuropas in der Schaffung eines neuen großen Reichs vorstellt, deshalb zugleich schon auch ein schlechter Österreicher. Welche Grundgedanken unvereinbar sind und unvereinbar bleiben und sich wie Wasser und Feuer entgegenstehen, das wurde genügend oft bis ins Detail erklärt und unterstrichen. Mit anderen Worten: Es ist nicht jeder, der im einzelnen anderer Meinung ist, welche politische Organisationskarte von früher er in Erinnerung trägt, sei es eine sozialistische, eine christliche oder eine nationale, schon deshalb allein der böse Feind, wenn er nur bereit ist, dem Gedanken des Vaterlandes zu dienen.«⁸⁷

Eben dieses Unterschätzen der Dynamik des Nationalsozialismus und der Möglichkeit, sich eine Zeitlang nur oberflächlich anzupassen, wurde dem autoritären Ständestaat Österreich zum Verhängnis.

Engelbert Broda (1910-1983), ab 1955 Professor für Physikalische Chemie an der Universität Wien und Bruder des bekannten Justizministers Christian Broda, hatte sich als Student im Widerstand gegen die Nationalsozialisten den Kommunisten angeschlossen und ging später ins Exil nach Großbritannien. Er sah in dieser Zeit in manchen Aspekten nicht nur Einigkeit zwischen christlichen und deutschen Studenten, sondern auch zwischen manchem Medien:

»Zu den immer wieder erhobenen Forderungen der Deutschen Studentenschaft zählten die Beschränkung der Zulassung ›nichtarischer‹ Studenten an den Hochschulen (›Numerus clausus‹) und die gänzliche Vertreibung ausländischer jüdischer Studenten. Jüdische Professoren sollten von akademischen Funktionen, etwa Rektorat und Dekanat, ausgeschlossen werden. Diese Forderungen wurden besonders aggressiv von der Deutsch-Österreichischen Tageszeitung erhoben, die vom ›jüdischen Asiatenklüngel‹ schrieb. Der Antisemitismus der ›Reichspost, die ebenfalls gegen die ›Galizianer‹ und die ›Kohnsorten‹ hetzte, stand dem der Deutsch-Österreichischen Tageszeitung wenig nach. Die Reichspost war die Tageszeitung der führenden Regierungspartei [...]«⁸⁸

Die ›DÖTZ‹ war die Deutschösterreichische Tages-Zeitung aus dem deutschnationalen Lager, in der die damals noch legalen Nationalsozialisten dominierten und die im Juli 1933 verboten wurde. Im Gegensatz dazu berichteten andere Zeitungen, etwa die ›Neue Freie Presse‹ kritisch über nationalistische Tendenzen an den Universitäten. Im November 1929, als es längst immer wieder tätliche Auseinandersetzungen der nationalen Studierenden zunächst mit

⁸⁷ Kurt **Schuschnigg**: Österreich muss Österreich bleiben. Die große Rede des Bundeskanzlers und Frontführers Dr. Schuschnigg im Bundestag am 24. Februar 1938. Wien 1938; S. 16

⁸⁸ Engelbert **Broda**: Wissenschaft, Emigration und Exil. Reflexionen und Erinnerungen. In: Friedrich **Stadler**: Vertriebene Vernunft: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, 1930-1940. Bd. 2. Wien 1987, S. 681-692; S. 682

sozialdemokratischen und jüdischen, später auch mit katholischen Kollegen und vereinzelt auch Kolleginnen gab, erklärten in der DÖTZ die nationalen Studierenden ihren Standpunkt:

*»Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass nur die marxistischen und die mit ihnen verbündeten sonstigen jüdischen Studentengruppen an unseren Universitäten Interesse an den Hochschulunruhen haben. [...] Rücksichtslose Bekämpfung der jüdisch marxistischen Schädlinge ist die einzige Möglichkeit, **um unsere Hochschulen deutsch und rein zu halten**. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, dass sowohl die Studentenschaft als auch die deutsche Professorenschaft tatkräftigst an der Arbeit sind.*

*Die Studentenschaft muss **straff und gut diszipliniert** organisiert sein, um jeden Angriff erfolgreich abzuschlagen. Das Studentenfreikorps im Wiener Heimatschutzverband hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Ziele der Heimatwehren in breite studentische Kreise zu tragen und im Besonderen für den Schutz unserer Hochschulen zu sorgen. Kein deutscher Student sollte in dieser **straffen militärischen Organisation** fehlen.*

Der von der Studentenschaft sehr verehrte derzeitige Rektor der Wiener Universität, Prof. Graf Gleispach, hat die besonderen Aufgaben des Studentenfreikorps richtig erkannt und sich nicht gescheut, sein Bekenntnis zu ihm öffentlich darzutun. Auch die Rektoren der Technischen Hochschule und der Hochschule für Bodenkultur, Prof. Schaffernak und O. Prof. Hellebrand, haben durch ihre Teilnahme an der Fahnenweihe des Studentenfreikorps bekundet, dass sie den Bestrebungen des Studentenfreikorps freundlich gegenüberstehen. Die deutschen Studenten werden es ihnen zu danken wissen.«⁸⁹

Diese Passage zeigt deutlich, dass dieses deutschnationale Lager nicht nur antisemitisch und gegenüber den linken Strömungen unversöhnlich war, sondern sich auch militärisch gerierte und zudem illustrierter Unterstützung der höchsten professoralen Kreise an den Universitäten erfreute.

Bruno Kreisky (1911–1990) entsprach in doppelter Weise dem oben geschilderten Feindbild dieses nationalen Lagers und berichtet in seiner Autobiographie von Auseinandersetzungen. Mit ihm und Josef Klaus (1910–2001) stehen zwei Bundeskanzler der Zweiten Republik als Zeitzeugen zur Verfügung, die aus verschiedenen Lagern stammen und aus völlig unterschiedlichen Blickwinkeln als Studenten auf den Deutschnationalismus der Universität gesehen haben: Bruno Kreisky berichtet von seiner Studienzeit in den frühen 1930er-Jahren unter anderem über die Ausschreitungen gegen jüdische Studierende und Professoren innerhalb der sehr national eingestellten Universität:

»Das Klima an der Universität war schon dadurch verpestet, dass man bei Professoren inskribieren musste, die aus ihrer antisemitischen Gesinnung überhaupt kein Hehl machten. Das gehörte offenbar zu jener Lehrfreiheit, die verfassungsmäßig garantiert war. Natürlich gab es auch Ausnahmen. [...]

Die Hörer jüdischer Professoren waren meist selbst jüdischer Herkunft oder kamen aus sozialistischen Kreisen. Im Allgemeinen gehörte es aber einfach zum guten Ton,

⁸⁹ DÖTZ, 7. November 1929; S. 1f; Hervorhebung **nicht** original

Vorlesungen jüdischer Professoren nur zu besuchen, wenn man sie stören wollte. Der Antisemitismus trieb kurioseste Blüten. [...]

Das österreichische Universitätsleben jener Jahre hatte nichts, aber auch gar nichts von dem legendären Gaudeamus igitur. Es war schlicht und einfach eine Hölle.

Hörer, von denen man wusste, dass sie jüdischer Abkunft waren, oder die so aussahen, wurden immer wieder aus den Universitäten hinaus geprügelt. Man saß in einer Vorlesung, und plötzlich stürmte ein Haufen Nazistudenten in den Hörsaal – meist in Stiefeln; sie sprangen auf die Bänke und riefen: ›Juden raus! und ›Rote raus!‹ Bei den Roten war die Herkunft natürlich nicht so deutlich sichtbar, aber wer sich profiliert hatte, zählte unumstößlich zu den ersten Opfern einer sogleich beginnenden Prügelei«. ⁹⁰

Anfang der 1930er-Jahre wurden die katholisch-deutschen Studierenden, die seit 1918 eng mit den Deutschnationalen zusammengearbeitet hatten, nun selbst in Prügeleien mit den National(sozialist)en verwickelt. Josef Klaus, der zuvor in der »Deutschen Studentenschaft« zunächst als Mitarbeiter im Grenzlandamt begann, dann als Vorsitzender des katholisch-deutschen Hochschulausschusses und im Deutsch-Akademischen Juristen-Verein mitgearbeitet hatte⁹¹ (bezeichnend, dass in keinem der angeführten Gremien das Wort »deutsch« fehlt, wurde später, als die Deutsche Studentenschaft verboten war, vom ersten Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Karl (von) Stein kurzzeitig als Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien eingesetzt. Klaus begründet den Wendepunkt 1932, als sich die katholischen Studenten wieder von der gemeinsamen Plattform ›Deutsche Studentenschaft‹ abwandten, mit der Tatsache, dass nun die Nationalsozialisten diese übernommen hatten und bestimmten.⁹²

Schon designierter Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs an der Universität Wien, berichtet er am 26. Oktober 1933 Unterrichtsminister Schuschnigg von Nazi-Ausschreitungen – übrigens noch auf Briefpapier des katholisch-deutschen Hochschulausschusses: Denn bei der ersten Vorlesung ›Nation und Staat‹, als »Professor Hugelmann seine Vorlesung beendet hatte, wurde das Deutschlandlied, nach einer zweiten Aussage auch das Horst Wessel-Lied gesungen, ›Heil Hitler‹-Rufe wurden gehört und man sah Studenten, die die Hand zum Hitlergruß erhoben hatten. Indem ich mir erlaube, hievon Herrn Minister umgehend in Kenntnis zu setzen und als Zeuge hiefür Herrn stud. jur. Dorek, Senior der C.V. Verbindung Bajuvaria, anzugeben, unterzeichnet mit dem Ausdrücke vorzüglichster Ergebenheit *Josef Klaus*«

Prof. Karl Gottfried Hugelmann, der 1935 einer Berufung ins Deutsche Reich folgt, antwortet dem Ministerium pikiert, beruft sich auf den Bundespräsidenten, was den Bearbeiter dieses Aktes im Ministerium jedoch ärgert und ihm Anlass gibt, eine Pensionierung des Professors nahezulegen.⁹³ Immerhin ist es bemerkenswert, welchen Einfluss Josef Klaus als Student und

⁹⁰ Kreisky (2000): Zwischen den Zeiten, S. 169f

⁹¹ vgl. Klaus (1971): Macht und Ohnmacht im Staate Österreich, S. 22

⁹² Klaus (1971): Macht und Ohnmacht im Staate Österreich, S. 24

⁹³ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1929-1933, 32631-I/1; vom 26.10.1933, 31.10.1933, 13.11.1933

Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs beim Minister gegenüber einem Professor der Universität und sogar ehemaligen christlichsozialen Bundesrat hatte.

Starke Studierendenvertretungen

Welche Traditionen haben nun zu dieser deutschnationalen Prägung der österreichischen Universitäten geführt und welche Kontinuitäten gibt es in der Entwicklung der Vertretung der Studierenden? Viele der Phänomene und auch viele im Universitätsleben bis in die Zeit der Ersten Republik und teilweise bis heute überlieferte Traditionen oder gebräuchliche Ausdrücke werden aus der langen Geschichte der Universitäten und ihrer Studierenden verständlicher. Eine für manche vielleicht überraschende Feststellung ist, dass es bis ins 20. Jahrhundert einen Abbau der Mitbestimmung der Studierenden und eine Einschränkung demokratischer Elemente gegeben hat, was in Österreich von 1849 bis 1918 zu einem Verbot jeglicher Körperschaften der Studierenden geführt hat. Die Universität des späten Mittelalters hatte also wesentlich mehr Elemente der studentischen Mitbestimmung als die der Neuzeit bis heute. Denn eine Stellung von Studierendenvertretern, die wichtigere Mitarbeiter des Rektors als die Dekane sind, wäre selbst heute undenkbar! 1965 hat Franz Gall, beauftragt durch die Österreichische Hochschülerschaft, die so ihren Beitrag für die 600-Jahr-Jubiläumsfeiern der Universität Wien leisten wollte, eine umfangreiche Darstellung über die Geschichte der Universität Wien und ihrer Studierenden gegeben und folgende Bewertung vorgenommen:

»In der Geschichte der europäischen Hohen Schulen sind die Grundkomponenten durch etwa 900 Jahre die gleichen geblieben: Obrigkeit, Lehrer und Schüler. Der entscheidende Unterschied aber zwischen der Vergangenheit und dem gegenwärtigen Jahrhundert liegt in der Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den an sich konstant bleibenden Trägern der abendländischen Bildungsgeschichte. Während nämlich in alter Zeit die Fakultäten der Lehrer den vom Studentenrektor regierten Universitäten der Schüler als gleichberechtigte Partner gegenüberstanden und die Obrigkeit bis weit ins 16. Jahrhundert hinein lediglich eine Art Schiedsrichteramt ausübte, war es seither dieselbe Obrigkeit, die langsam und beständig nicht nur die Autonomierechte der Hochschulen beschnitt, sondern

Tatsächlich ging Hugelmann 1935 nach Münster, später, nach 1945, nach Göttingen. »Das nationalsozialistische Deutschland begrüßte ihn mit einigem Propagandalärm und schon 1935 wurde er Rektor an der Universität in Münster.« [Heinrich **Schmidt**: Erinnerungen an drei Göttinger Historiker: Hermann Heimpel, Karl Gottfried Hugelmann, Siegfried A. Kaehler. In: Marlis Buchholz/Claus Füllberg-Stolberg/Hans-Dieter Schmid (Hg.): Festschrift für Herbert Obenaus zum 65. Geburtstag. - Bielefeld 1996. (=Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte 11), S. 15- 39; S. 20. (Hugelmann wandte sich als Professor für Rechtsgeschichte auch der mittelalterlichen Geschichte zu.) Nach dem Anschluss 1938 wurde er an der Universität Wien schnell Ehrenszenator. Vgl.: Herbert **Posch**: EhrenszenatorInnen der Universität Wien im 20. und 21. Jahrhundert; online unter <http://www.univie.ac.at/universitaet/forum-zeitgeschichte/gedenkkultur/ehrenszenatorinnen/> (23.2.2009).

auch den Studenten selbst für lange Zeit aus dem Kräftespiel der alten Dreieinigkeit Staat-Lehrer-Lernende ausschaltete.

Gleich wie die Universitäten selbst, musste auch der Student den ganzen langen politischen Weg aus der mittelalterlichen, weitgehend demokratischen Korporation heraus in die neue Ordnung des modernen Flächenstaates mit seinen durch Jahrhunderte hindurch absolutistischen Regierungsformen gehen. Erst in jüngster Vergangenheit hat sich, insbesondere im mitteleuropäischen Raum, wieder eine Gegenströmung – ebenfalls wieder im Gefolge der allgemeinen politischen Entwicklung – geltend gemacht, die schließlich auch in unserem Vaterland zur Begründung der Österreichischen Hochschülerschaft (1945) geführt hat.«⁹⁴

Gall würdigt hier die Gründung der Österreichischen Hochschülerschaft 1945, die sich 1946 durch Wahlen legitimieren konnte, als Rückkehr zu einer demokratischen Vertretung der Studierenden an der Universität. Eine österreichische Hochschülerschaft gab es jedoch schon von 1933 bis 1938, wie noch genauer ausgeführt werden wird. Breite Akzeptanz und demokratische Legitimation erhielt sie jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg.

Schon im Stiftbrief der Universität Wien 1365 war die Vertretung der Studierenden genau festgelegt worden, eine Einteilung der Studenten in *partes quattuor* vorgesehen. Wie an vielen anderen Universitäten auch (etwa 17 Jahre zuvor an der Prager Universität oder an der Universität von Paris) waren die Studierenden in vier »Nationen« gegliedert. Diese Nationen⁹⁵ haben mit dem heutigen Begriff Nation wenig zu tun, sie fassten Studierende mehrerer benachbarten Regionen zusammen und waren Schutzverbände ähnlich etwa den Gemeinschaften der Fernhandelskaufleute.⁹⁶

Ebenso wie an anderen Universitäten des Mittelalters gab es einen Prokurator pro Nation als Vertreter der Studierenden. Dieser wurde von jeder Nation frei gewählt. Er war »ihr **Sachwalter** gegenüber der Universität, den Fakultäten und nach außen hin.«⁹⁷ Die Prokuratoren wählten

⁹⁴ Franz **Gall**: Alma Mater Rudolphina 1365-1965. Die Wiener Universität und ihre Studenten. Wien ³1965, S. 77 (Hervorhebung nicht original)

⁹⁵ So waren etwa in Paris in der französischen Nation, neben der es auch die picardische, normannische und englische Nation gab, auch Spanier und Italiener zusammengefasst. Bologna hatte 17 Nationen, Oxford und Cambridge hatten nur zwei.

Die Nationen in Wien waren 1.: die **Österreichische** (sie war die größte: Österreich, Italien, Territorien jenseits der Alpen), 2.: die **Rheinische**: Rheinland, Bayern, Schwaben, Elsass, Franken, Hessen und den westlich und südlich an diese Länder angrenzenden Gebieten: Frankreich, den spanischen Königreichen, Holland, Flandern, Brabant, 3.: die **Ungarische** (Ungarn, Böhmen, Polen, Mährer und alle anderen Slawen, aber auch Griechen, 4.: die kleinste, die **Sächsische** (Sachsen, Westfalen, Friesen, Thüringer, Meißner, Brandenburger, Preußen, Livländer, Litauer, Pommeraner, Dänen und die überseeischen Königreiche, also England, Irland Schottland, Schweden, Norwegen) vgl. Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 78f

⁹⁶ vgl.: Rainer Albert **Müller**: Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule. Hamburg ²1996, S. 21

⁹⁷ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 80, *Hervorhebung nicht original*

anfangs den Rektor und wirkten in den Anfängen der Universitätsgeschichte – vor den Dekanen – »als die eigentlichen Berater und Gehilfen des Rektors«⁹⁸. Ebenso waren die Prokuratoren die ständigen Beisitzer des Universitätsgerichtes. Auch an der Erstellung der Universitätssatzungen oder etwa der Festsetzung der Mietpreise wirkten die Prokuratoren mit.⁹⁹ Die Amtszeit an der Universität Wien betrug anfangs ein Semester, ab 1629 ein Jahr. Innerhalb der Nationen war der Prokurator für die Disziplin zuständig, für das Nationsvermögen und auch für die Suche eines geeigneten Nachfolgers. Auch die Zuteilung der Matrikel, also die Aufnahme an die Universität erfolgte durch den Prokurator.

Wer als Mitglied einer Nation aufgenommen wurde, blieb dies nicht nur über das ganze Studium, sondern auf Lebenszeit. Das hatte auch finanzielle Vorteile für die Nationen, denn auch die ehemaligen Studierenden zahlten Taxen. Nur beim Verlassen des Universitätsortes schieden die Mitglieder automatisch aus.¹⁰⁰ Dies kam allerdings sehr oft vor, denn die *peregrinatio academica* (akademische Wanderreise) umfasste nicht selten bis zu fünf Universitäten pro Studium.¹⁰¹

Ursprünglich wohnten die Studenten in den *collegia* oder Bursen,¹⁰² wovon sich das Wort »Bursch« ableitet. Das Collegesystem an den angloamerikanischen Hochschulen weist eine kontinuierlichere Fortsetzung dieser alten *collegia* auf, während im deutschen Sprachraum die klosterähnliche keusche und unbewaffnete Lebensweise (die sich auch in der einfachen uniformen Kleidung äußerte) in den Bursen nach der Reformation allmählich aufgegeben wurde. Zwar fand sie in Wien während der Gegenreformation durch den Jesuitenorden eine Fortsetzung, doch der ökonomische Niedergang der Bursen war nicht aufzuhalten: Die Studenten verloren ihre geschützte Lebensumgebung und bekamen dubiose und gefährliche Nachbarn, die eine gewisse Bewaffnung ratsam erschienen ließen. Schließlich setzte sich allmählich eine individuellere Lebensweise in privaten Quartieren (der Studentenbude, die oftmals, wegen der Raumknappheit in der Stadt, Verschläge in Kellern oder Dachböden sein konnten) durch:

»Der deutsche Student der Frühen Neuzeit legte die klerikale Tracht ab und kleidete sich nach adeliger Manier. An die Stelle des schwarzen Scholarenhabits trat eine renaissancehaft-barocke Ausstaffierung. Das Kennzeichen des Scholaren war nicht länger

⁹⁸ Gall (1965): *Alma Mater Rudolphina*, S. 80

⁹⁹ Müller (1996): *Geschichte der Universität*, S. 21

¹⁰⁰ Gall (1965): *Alma Mater Rudolphina*, S. 82

¹⁰¹ Müller (1996): *Geschichte der Universität*, S. 29

¹⁰² »da das aber zu allen Zeiten Geld gekostet hat, brauchte man dazu Geld, für das man eine ›bursa‹ (das lateinische Wort für deutsch ›Börse‹, Geldbeutel) benötigte«: vgl.

Hans Albrecht Koch: *Die Universität. Geschichte einer europäischen Institution*. Darmstadt 2008; S. 153

das Studierbuch, sondern der Degen. Studentische Rituale wie die Deposition¹⁰³ kamen in Gebrauch, die Zahl der Duelle nahm sprunghaft zu. Dank eines kontinuierlichen Anteils an Adels- und Bürgerstudenten prägte der ›Bursche‹ bald das Alltagsbild der Universitätsstadt. Anders als in England und Frankreich, wo die Colleges bzw. die Collèges weiterhin eine entscheidende Rolle spielten, hatte in Deutschland die Reformation klaustrale Einrichtungen obsolet gemacht.«¹⁰⁴

Wie die Musik gehörte auch sportliche Betätigung immer schon zum Leben der Studenten: Wurde 1389 an der juristischen Fakultät noch vor Fechtschulen gewarnt, gehörten sie ab dem 17. Jahrhundert, ebenso wie Ballspiele, zum guten Ton. Dabei wurde allmählich das Stoßfechten durch das Hiebfechten abgelöst.

Studentenkrawalle kamen immer wieder vor, auch Duelle, wie wohl sie eigentlich verboten waren. Eine unruhmliche Kontinuität bis in die Zeitgeschichte findet sich an der Universität Wien bereits seit 1419: Exzesse der Studenten gegen Bewohner jüdischen Glaubens. Besonders schlimm war es während des Dreißigjährigen Krieges, wie Gall feststellt: »Eines der ›Hauptvergnügen‹ der Studenten des 17. Jahrhunderts lag offenbar darin, die Wiener Judenschaft zu verprügeln.«¹⁰⁵

Hans Albrecht Koch (2008) weist darauf hin, dass allerdings später, im 18. Jahrhundert, in Wien jüdische Akademiker im Bereich der Medizin bessere Möglichkeiten vorfanden: »An den österreichischen Universitäten hatten jüdische Studenten früher als in anderen Territorien des Reichs ›Chancengleichheit‹: Der aus Veitshöchheim gebürtige Mediziner Simon Höchheimer, der u.a. mit Moses Mendelssohn sowie Marcus und Henriette Herz bekannt geworden war und seit 1786 an der Universität Mainz Medizin studiert hatte, wurde 1791 an der Universität zu Freiburg im Breisgau als erster Jude promoviert, ehe er längere Zeit als niedergelassener Arzt in Wien praktizierte.«¹⁰⁶ Simon Höchheimer war ein Vorkämpfer der Gleichberechtigung jüdischer und christlicher Bürger.

¹⁰³ Die *depositio cornuum*, das Abstoßen der Hörner, war ein Ritual des Eintritts in die Universität und war oft mit Späßen und Streichen verbunden. Interessanter Weise findet sich eine Tradition dieser Zeremonien bis heute auch an ganz jungen Universitäten wie der von Aveiro in Portugal (gegründet 1973) oder Luxemburg (gegründet 2003). Eine besondere Unsitte war der Pennalismus, der dazu führte, dass neue Studierende von den älteren gequält oder ausgenutzt wurden. In einer milderen Variante musste der Pennal oder *foss* (Fuchs) als Bierkellner dienen und bei Trinkexzessen parat sein; Müller (1996): Geschichte der Universität, S. 48

¹⁰⁴ vgl. Müller (1996): Geschichte der Universität, S. 46f

¹⁰⁵ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 134

¹⁰⁶ Koch (2008): Die Universität, S. 145

Der »wehrhafte Student«

Während es also an den britischen Universitäten eine weitgehende Kontinuität der Colleges gibt, erwähnt Gall als »spezifische Eigenheiten der österreichischen Studentengeschichte« den wehrhaften Studenten »im soldatischen Sinne«¹⁰⁷ – etwa während der Türkenbelagerungen, des Dreißigjährigen Krieges und der Napoleonischen Kriege. Auch in Deutschland bildeten sich Freicorps und Landsmannschaften von Studierenden (im Gegensatz zu den mittelalterlichen, die »neuen« Nationen«), die gegen Napoleon in den Krieg zogen. Im berühmtesten Freicorps des Majors von Lützow trugen die Soldaten-Studenten schwarze Uniformen, rote Beschlüge und goldene Knöpfe – aus denen später die deutschen Nationalfarben entwickeln sollten (schwarz-rot-gold).¹⁰⁸ Dieses Corps entwickelte sich 1815 in Deutschland zur Jenaer (Ur-)Burschenschaft. Die Bezeichnung »Burschenschaft« wurde zum ersten Mal 1791 für die Studentenschaft einer Universität bezeichnet. Gebräuchlich wurde diese Bezeichnung seit dem Ende der Befreiungskriege 1815: Als »Burschenschaft« wurden solche Teile der Studentenschaft bezeichnet, die im neuen Geist der Leipziger Völkerschlacht (1813) gegen Napoleon für die Freiheit eintraten.

»In Anlehnung der Befreiungskorps der Lützowschen Jäger und Anhänger der von Ludwig Jahn begründeten Turnbewegung schlossen sich am 12. Juni 1815 in Jena die Landsmannschaften zur ersten Burschenschaft zusammen. Bald folgten dem Beispiel der Jenenser Studenten die Kommilitonen an den meisten anderen deutschen Universitäten. Die Ziele dieser neuen ›linken‹ Bewegung waren die staatliche Einheit des Reichs, sittliche Selbsterziehung der Studenten und die Verwirklichung einer politisch verstandenen Frömmigkeit.«¹⁰⁹

Eine wehrhafte Komponente steckt übrigens im Begriff *Kommilitone*¹¹⁰, der bis heute vornehmlich in der Bundesrepublik Deutschland anstatt *Kollege*¹¹¹ gebräuchlich ist.

Gerade an den deutschsprachigen Universitäten waren die Auswirkungen der Französischen Revolution und der napoleonischen Zeit deutlich zu spüren: Sie wurden Zentren der »Propagierung der Ideen von Freiheit und nationaler Identität, ja die Hochschulen wurden zu regelrechten Zentren der ›nationalen Idee‹«.¹¹²

¹⁰⁷ Gall (1965): *Alma Mater Rudolphina*, S. 139

¹⁰⁸ vgl. Müller (1996): *Geschichte der Universität*, S. 74

¹⁰⁹ Koch (2008): *Die Universität*, S. 153f

¹¹⁰ *commilito*, -onis: *lat.* für »Kriegsgefährte« oder abgeschwächt »Mitstreiter«.

¹¹¹ Hingegen leitet sich das ebenso gebräuchliche Wort »Kollege« einerseits vom *Collegium* ab, wo man gemeinsam gelesen hat, andererseits auch von *collega* (Amtsgenosse), was auf den Wahlakt (*colligere* = auswählen) verweist.

¹¹² Müller (1996): *Geschichte der Universität*, S. 74

Es gab aber auch andere Einflüsse, die das Leben der studentischen Verbindungen beeinflussten, etwa von freimaurerischen studentischen Orden: Das Prinzip der »Lebensfreundschaft« floss in die Verbindungen ein und wurde dann etwa auch vom katholischen CV aufgegriffen.¹¹³ Andererseits spielten noch immer der Protestantismus und die Person Martin Luthers eine wichtige Rolle, der ja die Wissenschaft und die Universitäten im deutschen Sprachraum geprägt hatte. Das war auch noch zu Beginn der Bewegung der Burschenschaften so: Deshalb gedachten die Studierenden des 300. Jahrestags der Reformation:

*»Martin Luthers mehrjähriger Aufenthaltsort, die Wartburg, war am 18. Oktober 1817 der Treffpunkt der Burschenschaftler zum **Wartburgfest**, das den Höhepunkt der Geschichte der Burschenschaften bildete [...]. Zwar gab es auch katholische Studentenverbindungen, doch war die Bewegung der Burschenschaft im Kern aus dem Protestantismus erwachsen.«¹¹⁴*

Die Bilanz dieses Festes, das in den nächsten Jahrzehnten großen Einfluss auf die Studierenden haben würde, ist ambivalent: Einerseits engagierten sich die Studenten für soziale Anliegen, für den Rechtsstaat und für bürgerliche Reformen, dann gab es auch eine nationale Gesinnung und Gegnerschaft zum Absolutismus. Andererseits wurden bereits beim Wartburgfest Bücher und Schriften verbrannt, die als reaktionär, antinational oder undeutsch eingestuft wurden – unter anderem vom Schriftsteller Kotzebue, der als Verbündeter Metternichs den Studenten verhasst war und später von ihnen getötet wurde.¹¹⁵ Die Feier war also – in Referenz zu Martin Luther – auch »eine Kampfansage an die absolutistischen Großmächte«¹¹⁶. Die Regierungen gingen dementsprechend – nach negativen Presseberichten – teilweise rigoros gegen die (geheimen) Burschenschaften vor, doch die Bewegung war nicht zu stoppen. Die »Allgemeine Deutsche Burschenschaft«, die 1818 als Bund sämtlicher Ortsburschenschaften gegründet wurde, sollte »Symbol sein für die ›Gleichheit und Freiheit‹ des deutschen Volkes. Erkennungszeichen der Urburschenschaft war nun schon die schwarz-rot-goldene Trikolore; sie symbolisierte fortan den nationalen Freiheits- und Einheitsgedanken, der religiös, germanisch und antijüdisch geprägt war. Nur wenige Katholiken waren daran beteiligt«.¹¹⁷ Dabei traten die Burschenschaften in ihrem Freiheitsdrang in strengen Gegensatz vor allem zu Fürst Klemens Metternich

¹¹³ Gerhard **Hartmann**: Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung. Graz/Wien/Köln 32001 (= Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und Kirchlichen Zeitgeschichte Bd.12; Schriftenreihe der Bildungsakademie des ÖCV Bd.4); S. 11

¹¹⁴ Koch (2008): Die Universität, S. 154

¹¹⁵ Auch hier gilt das Heine-Zitat, dass zunächst die Bücher, dann Menschen brennen: In einem Anfall von »nationaler Umnachtung« wurde Kotzebue 1819 von einem der Hauptproponenten des Wartburgfests erstochen: Vgl: Josef **Hochgerner**: Studium und Wissenschaftsentwicklung im Habsburgerreich. Studentengeschichte seit der Gründung der Universität Wien bis zum Ersten Weltkrieg. Wien 1983; S. 117

¹¹⁶ Hochgerner (1983): Studium und Wissenschaftsentwicklung im Habsburgerreich, S. 116

¹¹⁷ Müller (1996): Geschichte der Universität, S. 75

(1773-1859), der revolutionäre studentische Bewegung und deren Repräsentanten verfolgte. Dieser hatte in den »Karlsbader Beschlüssen« 1819 in die Universitäten eingegriffen, was zu Entlassungen liberaler Professoren, dem Verbot der Burschenschaften und einem Eingriff in die kontinuierliche Tradition der unabhängigen akademischen Gerichtsbarkeit führte.

Nach dem vorübergehenden Verbot der Burschenschaften organisierten sich auch Landsmannschaften, die weniger politisch waren. Die Burschenschaften oder ›Corps‹ (frz. für Körperschaft), ein Begriff, der sich seit ca. 1830 durchzusetzen begann, hielten am Duell und Satisfaktionsprinzip, sowie an einer ›Bestimmungsmensur‹ (ein Fechtkampf nach bestimmten Regeln) fest.

»Die für schlagende Verbindungen kennzeichnenden Mensuren (lat. für Maß; gemeint ist das Ausmaß des Abstands der beiden Fechter, die auch Paukanten genannt werden) werden mit blanker Hiebwaaffe gefochten, dem seit 1850 gebräuchlichen Schläger. Seit ihrem Aufkommen im 19. Jahrhundert war die Mensur auf Schläger rechtlich als strafbarer Zweikampf verboten, wurde jedoch selten verfolgt, ähnlich wie das Duell der Offiziere – hatten doch viele Juristen selbst die Mensur auf Schläger hinter sich. 1933 wurde sie [im Deutschen Reich (G.W.)] ausdrücklich gesetzlich straffrei gestellt.«¹¹⁸

Die ›Paukanten‹ waren durch eine sogenannte ›Paukbekleidung‹ geschützt. Allerdings war der Kopf nicht vollständig umfasst und so entstanden durch Hiebe Schnittwunden, die »Schmisse«.¹¹⁹ Diese Tradition hat sich bei den Burschenschaften bis heute erhalten.

Ebenfalls in der Tradition der Kriege gegen Napoleon, allerdings in einer Neubewertung der Stoßrichtung im Kampf für demokratische Freiheiten wie Lehr- und Lernfreiheit an den Hochschulen, oder Rede-, Presse- und Glaubensfreiheit, konstituierte sich in Wien 1848 die »Akademische Legion«¹²⁰

Als in Erinnerung an 1817 am 12. Juni 1848 ein ›zweites Wartburgfest‹ stattfand, als es für kurze Zeit so aussah, als sei die Revolution in Deutschland erfolgreich, nahmen die Studierenden Bezug auch auf Wien.

Dort »hatten sich am 12. März 1848 die Studenten einer Demonstration und einen Tag später auch die Professoren dem Begehren von Buchdruckern, ›Juridisch-politischem Leseverein‹ und Bürgerschaft angeschlossen und auch bürgerliche Grundrechte, kommunale Selbstverwaltung, Öffentlichkeit der Gerichtsverfahren, Abschaffung der Zensur und weitere demokratische Rechte gefordert. Die Demonstranten drangen zwar in das Niederösterreichische Landhaus ein, doch es kam zu Verhandlungen mit den Ständevertretern, die der Erzherzog Albrecht als Inhaber des militärischen Oberkommandos in Wien mit Waffengewalt unterband. Einige später als ›Märzgefallene‹ bezeichnete Tote führten zur Solidarisierung der Bürger mit den Aufständischen und zu

¹¹⁸ Koch (2008): Die Universität, S. 118

¹¹⁹ Müller (1996): Geschichte der Universität, S. 77

¹²⁰ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 154

Maschinenstürmerei, schließlich zum Rücktritt Metternichs. Die Aufständischen bewaffneten sich als ›Nationalgarde‹ der Bürger und als ›Akademische Legion‹ der Studenten und erreichten vom Kaiser die Aufhebung der Zensur und die Zusicherung einer liberalen Verfassung.»¹²¹

Während in diesen Märztagen der Revolution eher die Freiheitsfarbe Weiß dominierte, so wurde auch sie allmählich von der schwarz-rot-goldenen Trikolore ersetzt.

Als Hauptaufgabe sah die Legion damals noch den Schutz des (konstitutionellen) Monarchen und der Konstitution und der Gesetze. »Nationale Kundgebungen fehlten am Anfang der akademischen Bewegung vollkommen.«¹²² Die Standeslisten zeigen auch, dass es einen großen Anteil an Studierenden gab, die aus nichtdeutschsprachigen Teilen Österreichs kamen. Das änderte sich bald.

Von der Auflassung der Studentennationen zum Deutschnationalismus

In den Namen der verschiedenen Burschenschaften »lassen sich immer wieder Referenzen auf die ursprüngliche Herkunft aus den universitären Nationen erkennen. Doch die Bedeutung der alten ›Nationen‹ verblasste im aufkommenden Nationalismus neuer Prägung. Sie wurden im 17. und 18. Jahrhundert an den Hohen Schulen in Deutschland zu einem ›Auslaufmodell‹ [...]. In Italien behielten sie ihre Funktion, die Rechte und die Privilegien ihrer Angehörigen gegenüber den Kommunen zu wahren, wie etwa in Bologna, noch bis weit ins 18. Jahrhundert.»¹²³

An der Universität Wien wurden die Nationen gar erst 1849 aufgelöst und schieden aus dem Universitätsverband aus, nachdem sie bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts an Wirkungskraft verloren hatten und 1838 noch einmal reformiert worden waren.¹²⁴

Im Erlass des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 13.10.1849 wird überhaupt die Studierendenvertretung ersatzlos gestrichen, als eine der Folgen des studentischen Engagements von 1848. Im § 6 hieß es explizit: »Die Studierenden einer Universität oder Fakultät in ihrer Gesamtheit sind keine Korporationen, sie können daher weder regelmäßige Versammlungen halten, noch bleibende Geschäftsführer oder ständige Repräsentanten haben, noch andere nur einer Korporation zustehende Funktionen ausüben.«¹²⁵ Der Neoabsolutismus hatte an den Universitäten den Absolutismus noch übertroffen. Die Tatsache, dass eine

¹²¹ Koch (2008): Die Universität, S. 154

¹²² Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 156

¹²³ Koch (2008): Die Universität, S. 155f

¹²⁴ Statt der »sächsischen Nation«, die immer die schwächste war, wurde die »böhmische« Nation gegründet und es kam zu Umgruppierungen: vgl. Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 79f

¹²⁵ vgl. Brigitte **Lichtenberger-Fenz**: »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«. Österreichische Hochschulpolitik in der Ersten Republik. Wien/Salzburg 1990 (=Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften 19); S. 26

Studentenvertretung fehlte, zersplitterte auf längere Sicht die Interessen der Studierenden und begünstigte die Ausbreitung des Deutschnationalismus, sodass 70 Jahre nach Abschaffung der alten »österreichischen Nation« 1919 nur noch eine »Deutsche Studentenschaft« übrig blieb.

Zwar wurde nach dem Ausscheiden der Nationen aus dem Universitätsverband von den verbliebenen Mitgliedern versucht, die Nationen in Form von religiös-karitativen Vereinen weiterzuführen. 1854 wurde der *Gregorius-Verein der vier akademischen Nationen* gegründet, der meist soziale Aufgaben wahrnahm.¹²⁶ Die studentische Standesvertretung nach der Auflösung der akademischen Nationen ersetzen konnte dieser Gregorius-Verein freilich nicht. Als eine Art Ersatz dafür wurden seit 1880 die seit 1848 und 1859 (Schillerfeier) »flügge gewordenen studentischen Korporationen herangezogen. Sie fungierten bei Feierlichkeiten (Eröffnung des Hauptgebäudes am Ring 1884), Leichenbegräbnissen (Billroth, Bruckner) und naturgemäß auch bei den schweren Studentenkrawallen der Zeit um die Jahrhundertwende als Quasi-Standesvertretung der Wiener Studenten«.¹²⁷

Längerfristig minderte dies die Universitätsreform, wie sie von Leo Graf Thun-Hohenstein nach Vorbild Humboldts durchgeführt wurde, beträchtlich: Denn zunächst gelang es, aus den Universitäten eine Stätte der Wissenschaft zu machen und den Ausbildungs-Charakter der Studien zurück zu drängen. Die Anhänger des Liberalismus belebten die Wissenschaften. Aber der Ausschluss der Studierenden von der Partizipation an der Organisation der wissenschaftlichen Institution Universität führte alsbald dazu, dass sich die Studierenden konzentriert den nationalen Korporationen zuwandten. Sinnbildlich ist, dass nach wie vor der schwertartige »Schläger« und nicht Buch oder eigene Schriften das Auftreten der nationalen und später auch christlichen Verbindungsstudenten prägte. In der nächsten Generation bereits hatten die nationalen und teilweise auch antisemitischen Professoren die liberalen verdrängt.¹²⁸

Deutlich sichtbar wird der deutschnationale Einfluss auf die Wissenschaft schon 1865 bei der Feier zum 500. Universitätsjubiläum der Universität Wien: Während die österreichischen Wissenschaftler den Kontakt zu den anderen nichtdeutschsprachigen österreichischen Universitäten ebenso beachteten und auch Delegationen aus Paris und dem damals russischen Dorpat, heute estnischen Tartu¹²⁹ einluden, betonte der berühmte Historiker und Professor der Universität Göttingen, Georg Waitz¹³⁰ (1813-1886) die wissenschaftliche Hegemonie der

¹²⁶ vgl. Gall (1965): *Alma Mater Rudolphina*, S. 88f

¹²⁷ Gall (1965): *Alma Mater Rudolphina*, S. 89

¹²⁸ vgl. Hartmann (2001): *Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung*, S. 28

¹²⁹ Dorpat war die einzige deutschsprachige Universität Russlands mit einem medizinischen Schwerpunkt, daher war die Verbindung mit der medizinischen Fakultät der Universität Wien sehr intensiv.

¹³⁰ So arbeitete er u.a. bei *Monumenta Germaniae Historica* (MGH); er war Schüler Leopold von Ranke und Schwiegersohn des Philosophen Friedrich Wilhelm Schelling. 1848/49 wurde er als Mitglied in die Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche entsandt.

Deutschen, die er von den »Feinden« abgrenzt. Hier bereits findet sich eine Übersteigerung des deutschnationalen Gefühls, in dem der Begriff »rein« in Verbindung mit »deutsch« schon vorhanden ist:

»Vielleicht aber könnte es gerade auf historischem Standpunkte Wunder nehmen, dass nun Österreich den andern deutschen Stämmen vorangegangen ist, dieses Grenzland, diese Marke, ein dem Feinden wieder abgewonnenes Land..«¹³¹

»Umso mehr aber freuen wir uns, [...], dass vor einem halben Jahrtausend auf dem Boden unseres Volkes in einem rein deutschen Lande, eine umfassende Pflanz- und Bildungsstätte aufgerichtet, damit den Anfang gemacht, und ein Vorbild gegeben ist zu all jenen Gründungen, die [...] der Ruhm und der Stolz unserer Nation sind, ja die bei keinem anderen Volke ein solches Gedeihen und eine solche Entwicklung genommen haben wie bei uns Deutschen«¹³² (Stürmischer Beifall)

Dieser vereinnahmende Deutschnationalismus wurde jedoch später vor der Festversammlung bei der Jubiläumsfeier 1865 vom Vertreter der Universität Bern, Moritz Lazarus¹³³ (1824-1903) fast sarkastisch relativiert:

»Vielleicht, hochgeehrte Versammlung, wird es ihnen aufgefallen sein, dass in den sämtlichen bisher gehaltenen Ansprachen fortwährend von deutschen Universitäten die Rede war, ohne dass erwähnt wurde, dass wir drei schweizerische Universitäten hier vertreten sind. (Bravo!) Das, meine Herren, dieses Vergessen ist der Triumph des deutschen Geistes. (Lebhafter Beifall)«¹³⁴

In Wien selbst war zu diesem Zeitpunkt noch wenig vom 50 Jahre später so dominanten Burschenwesen zu bemerken: 1865 fanden erst die ersten Bestimmungsmensuren in Wien statt, ja es gab sogar eine österreichische Richtung, die gegen die Politik Preußens gerichtet war, wie Gall 1965 ausgeführt hat:

»Man sah in Preußen [...] die Hochburg des Antiliberalismus, des Junkertums und des Kadavergehorsams. Um die Mitte der sechziger Jahre scheint mit einer neuen Studentengeneration allerdings auch ein neuer Geist eingezogen zu sein.«¹³⁵

Denn 1866 wurden Strömungen, eine akademische Legion gegen Preußen zu bilden, bereits mit der Begründung abgelehnt, dass damit »dem Zersplitterer Deutschlands in die Hände« gearbeitet würde.¹³⁶ Der Krieg mit Preußen ging verloren, umso mehr wurde im deutschen

¹³¹ Carl Damian **Schroff**: Bericht über die fünfhundertjährige Jubelfeier der Wiener Universität im Jahre 1865. Wien 1866; S. 32

¹³² Schroff (1866): Bericht über die fünfhundertjährige Jubelfeier der Wiener Universität im Jahre 1865, S. 31

¹³³ Der Professor für »Völkerversychologie« Moritz (eigentlich Moses) Lazarus war zu diesem Zeitpunkt Rektor der Universität Bern und Dekan der Philosophischen Fakultät. Er wurde in Preußen geboren und war ein Vorkämpfer für die Rechte des Judentums in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

¹³⁴ Schroff (1866): Bericht über die fünfhundertjährige Jubelfeier der Wiener Universität im Jahre 1865, S. 36

¹³⁵ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 177

¹³⁶ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 178

Nationalgefühl, zumal Österreich auch wirtschaftlich und militärisch immer abhängiger vom Deutschen Reich wurde, ein Ideal im Gegensatz zum zunehmend von Nationalitätenkonflikten zerrissenen Österreich gesucht. Bereits zehn Jahre nach dem Universitätsjubiläum konnte daher bereits konstatiert werden:

*»Von allen Studentenvereinen der Wiener Universität befindet sich nicht ein einziger darunter, der schwarz-gelbe oder rotweiße Bänder als Abzeichen erwählt hätte; nicht ein einziger hat den nahe liegenden Titel **Austria** für sich erwählt. Dagegen finden sich viele darunter, welche die Farben Deutschlands vom Jahre 1848 und jene des deutschen Reiches von 1871 führen.«¹³⁷*

Katholische Verbindungen

Währenddessen trugen die in Ablehnung des Corps-Gedankens und der Mensur gegründeten CV-Verbindungen sehr wohl den Namen »Austria«: 1864 wurde etwa *Austria Innsbruck* als Verbindung des Cartellverbands gegründet, nachdem 1860 bereits Schweizer Studenten in Innsbruck die *Helvetia Oenipontana* als erste CV-Verbindung auf österreichischen Boden gegründet hatten. In der Schweiz war bereits 1841 als erste katholische Studentenverbindung der Schweizerische Studentenverein entstanden, dem sich bereits 1844 ein Zweigverein in München angeschlossen hatte.¹³⁸

Der Name »Cartellverband« stammt vom Begriff »Cartellabkommen« (= Freundschaftsabkommen) zwischen katholischen Vereinen. Schon früher hatte es lose Zusammenarbeitsformen katholischer Studenten, etwa bei Theologiestudenten gegeben. Der Cartellverband entstand aus dieser Gegenbewegung der katholischen Studenten gegen die nationalen Burschenschaften und Corps. In den nächsten Jahren entstanden an verschiedenen Universitäten katholische Verbindungen. An Einfluss konnte der CV die nationalen Studentenvertretungen allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg überflügeln. Die Cartellverbindungen ließen sich jedoch durchaus von den nationalen Burschenschaften beeinflussen, so trugen auch sie Farben (im Gegensatz zum KV), hielten Convente ab, die das höchste Entscheidungsgremium waren. Farben (Couleur) tragen bedeutet, Band, und Mütze tragen, in der Galaform auch den Paradeschläger (Degen). Wie wichtig die Farben als Erkennungszeichen in der Zwischenkriegszeit waren, und, dass die Farben der verschiedenen Verbindungen auch streng abgeprüft wurden, darüber berichtet etwa Viktor Matejka in seiner Autobiographie.¹³⁹

¹³⁷ zitiert nach Gall (1965): *Alma Mater Rudolphina*, S. 180

¹³⁸ Hartmann (2001): *Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung*, S. 13

¹³⁹ Viktor **Matejka**: *Widerstand ist alles. Notizen eines Unorthodoxen*. Wien 1984; S. 49-54

1876 entstand als erste CV-Verbindung in der Residenzstadt der katholische Studentenverein »Austria-Wien«, der 1893 in eine Verbindung umgewandelt wurde, bereits 1883 wurde als erste CV-Verbindung in Wien die »Norica« gegründet.¹⁴⁰

Die nationalen Verbindungen sprachen jedoch den CVern das Tragen von Farben und vor allem des Paradeschlägers ab, mit dem sie ja doch nicht kämpfen wollten. Selbst Kaiser Franz Josef teilte dieses Argument nicht mit den CVern, obwohl die CV-Verbindungen dem Kaiserhaus nahe standen: So wurde die CV-Verbindung »Rudolfina«¹⁴¹ 1898 anlässlich des 50-jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers gegründet und erhielt den Namen in Erinnerung an Rudolf IV, den *Stifter*.

Im Zuge der engeren Beziehungen Österreichs mit dem Deutschen Reich traten 1906 mehrere Wiener Verbindungen in den Cartellverband ein, der nun Mitglieder im Deutschen Reich, in Österreich-Ungarn¹⁴², Belgien und der Schweiz hatte.

Auch der Kartellverband (KV) jener katholischen Studenten, die keine Farben trugen, hatte, wie der farbentragende Cartellverband (CV), seinen österreichischen Ausgangspunkt in Innsbruck. CV und KV hatten sich 1865/66 geteilt.¹⁴³ Die älteste bestehende KV-Verbindung Österreichs, die AKV Tirolia wurde am 6. Dezember 1893 von sechs Innsbrucker Studenten gegründet, jedoch erst 1913 zur befreundeten Verbindung des KV erklärt und nach langem Schwanken zwischen dem KV und dem CV überhaupt erst 1923 als Mitglied des KV bestätigt. Der KV ging aus der vom Berliner Leseverein¹⁴⁴ 1853 gegründeten Katholischen Studentenverbindung Askania-Burgundia hervor, mit dem weitere Verbände sich 1865 zum nichtfarbentragender »Kartellverband der katholischen deutschen Studentenvereine (KV)« zusammenschlossen. Wie der ÖCV spaltete sich 1933 auch der ÖKV vom gesamtdeutschen KV und wurde nach dem Anschluss 1938 aufgelöst. Auch der 1921 in Freiburg/Schweiz entstandene internationale Studentenverband »Pax Romana« gehörte zum KV.¹⁴⁵

In Graz wurde die 1907 gegründete Akademische Vereinigung Winfridia 1922 erstes österreichisches Mitglied des KV. In Wien wurde als erste KV-Verbindung am 19. Juli 1921 die KStV Deutschmeister gegründet.

¹⁴⁰ Hartmann (2001): Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, S. 15

¹⁴¹ Aus der Rudolfina kamen prominente Studierendenvertreter wie Theodor Weiter, der in der Deutschen Studentenschaft und der KDHO tätig war, und schon vor ihm Engelbert Dollfuß oder die Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs Josef Klaus, Franz Hlouscha (Stv.) und Richard Lechner. Weitere prominente Mitglieder sind Kardinal Franz König, Heinrich Neisser, Rudolf Schambeck, Herbert Kohlmaier und der Vizerektor der Universität Wien, Arthur Mettinger.

¹⁴² jedoch nur in den österreichischen Ländern

¹⁴³ Müller (1996): Geschichte der Universität, S. 80

¹⁴⁴ Müller (1996): Geschichte der Universität, S. 80

¹⁴⁵ Koch (2008): Die Universität, S. 157

Sozialdemokratische Studierende

Auch wenn es bei den sozialistischen oder sozialdemokratischen Studierenden eine Tradition gab, die auf das Jahr 1848 verwies (z.B. die ›Akademische Legion oder Märsche im Gedenken der März-Gefallenen),¹⁴⁶ und die Gründerväter der Österreichischen Sozialisten wie Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer Mitglieder in Burschenschaften waren,¹⁴⁷ wurzelt die heutige studentische Bewegung in verschiedenen Studenten-Vereinen und Debattier-Klubs, die Anfang der 1890er-Jahre entstanden. Max Adler wurde 1893 Obmann der ersten Vorläuferorganisation des VSStÖ, der ›Freien Vereinigung Sozialistischer Studenten‹.¹⁴⁸ Diese war die erste Gruppe von Studierenden, die mit den Zielen der jungen Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung sympathisierte. Im Sozialwissenschaftlichen Bildungsverein, der 1895 gegründet wurde, wirkten u.a. Käthe Leichter, Karl Renner und Karl Kautsky. Später referierte dort auch Leo Trotzky.¹⁴⁹

»Doch die ArbeiterInnenbewegung betrachtete die Studierenden ihrerseits als Bestandteil jener Intelligenz, deren Beteiligung an den kapitalistischen Herrschaftsstrukturen die gesellschaftliche Trennung von Hand- und Kopfarbeit aufrecht erhielt. Diese Trennung unterschied die Studierenden grundsätzlich von der ArbeiterInnenklasse und begründete ein tief gehendes Misstrauen der Sozialdemokratie gegenüber ihrer ersten organisatorischen Anfänge im studentischen Bereich.«¹⁵⁰

Die Studierenden setzten sich bereits damals für einen offenen Bildungszugang und für Demokratie an der Universität ein. Sie kritisierten die ›bürgerliche Wissenschaft‹. »Innerhalb der Sozialdemokratie positionierten sich die sozialistischen Studierenden am linken Flügel rund um Personen wie Max Adler oder Friedrich Adler«.¹⁵¹

Karl Renner berichtet von einer Begegnung mit Viktor Adler während dieser Zeit, bei der Adler ihm ans Herz legte, es sei wichtig, dass es eifrige Studierende wie ihn gebe. Er solle sein Studium nur zügig abschließen. »Werfen Sie sich ganz auf ihr Studium, ohne jemals die Verbindung mit der Bewegung zu verlieren, erringen Sie eine bürgerliche Stellung und halten

¹⁴⁶ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 77,

Hans-Peter **Weingand**/Werner **Winkler**: Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919-1991 (VSH - Vereinigung Sozialistischer Hochschüler 1919 - 1934 ; VSSStÖ - Verband Sozialistischer Student/inn/en, 1945 - 1991) Graz 1992; S. 10

¹⁴⁷ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 11

¹⁴⁸ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 9

¹⁴⁹ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 9f

¹⁵⁰ Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ): In: Lilli **Bauer**/Werner T. **Bauer** (Hg.): dasrotewien.at. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Wien 2005ff; online unter: <http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=11873> (15.5.2009)

¹⁵¹ Bauer/Bauer (Hg., 2005) Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ)

Sie sich bereit, bis die Bewegung Sie ruft. Je mehr Sie können, umso mehr wird diese Sie brauchen, um so eher wird diese Sie rufen«.¹⁵²

1905 wurde in Graz der erste Studentenverein, die ›Rote Legio Academica‹ gegründet, auch hier gab es Verbindungen zu Korporationen. Dennoch waren die korporierten Studenten erbitterte Gegner der Sozialdemokraten und verhinderten in Graz vor dem Ersten Weltkrieg eine Vereinsgründung.¹⁵³ 1919 wurde dann in Graz die ›Vereinigung sozialistischer Hochschüler‹ (VSH) gegründet. Zur gleichen Zeit entstand auch in Innsbruck eine sozialdemokratische Studierendenorganisation. Bereits 1917 gab es eine Frau als ›Obmann‹ der ›Freien Vereinigung sozialistischer Studenten‹ in Wien. Ab 1924 schlossen sich die sozialdemokratischen Studierenden in Wien, Graz und Innsbruck zum bundesweiten ›Verband Sozialistischer Studenten‹ (VSStÖ) zusammen.¹⁵⁴

Antisemitismus und Selbstvertretungsanspruch jüdischer Studierender

1867 hatte nicht nur die Freiheit der Wissenschaft und Lehre für die Universitäten gebracht, sondern auch durch Vereinsfreiheit die Möglichkeit eines legalen Status studentischer Vereinigungen. In den nächsten Jahren erfolgten die Auseinandersetzungen der deutschnationalen Studierenden nicht nur mit den österreichisch gesinnten Studenten, sondern sie richteten sich auch gegen die katholische Kirche, insbesondere das Konkordat von 1855, und vor allem gegen die Stärkung der anderen Sprachen in der Monarchie, z.B. die slawischen Sprachen. »So entstand um die Wende der Siebziger-Jahre eine neue deutsch-völkische Bewegung an der Wiener Universität.«¹⁵⁵

In die gleiche Zeit fällt eine zunehmend antijüdische Einstellung in den Reihen der deutschnationalen Hochschüler in Österreich.¹⁵⁶ Nach Auseinandersetzungen zwischen

¹⁵² zitiert nach: Neue Generation, Jänner 1951, S. 3

¹⁵³ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 11f

¹⁵⁴ Bauer/Bauer (Hg., 2005) Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ)

¹⁵⁵ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 181

¹⁵⁶ Albert Lichtblau macht darauf aufmerksam, dass nach der Aufklärung und deren Gegenbewegungen, und der Nationsbildungsprozesse, die durch napoleonischen Kriegen ausgelöst wurden, die jüdische Bevölkerung nunmehr die Funktion des »Familiar Stranger« (Robins/Post 1997), also des »vertrauten Fremden« übernahmen. Für den Selbstdefinitions- und Abgrenzungsprozess einer Gesellschaft dienen Bevölkerungsgruppen, die in irgendeiner Weise von der gesellschaftlich definierten Norm abweichen, unbewusst einer Spiegelfunktion: »Wir« hören dort auf, wo die anderen beginnen. Über den anderen zu reden, bedeutet sich selbst zu beschreiben. Die jüdische Bevölkerung war eine wichtige Projektionsfläche im Selbstfindungs- und Orientierungsprozess der nichtjüdischen geblieben«.

Albert **Lichtblau**: Die jüdische Bevölkerung in Österreich im Spannungsfeld zwischen Religion, Politik und Nation. In: Werner **Drobesch**/Reinhard **Stauber**/Peter G. **Trobber** (Hg.): Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848-1938. Einblicke in Religion, Politik, Kultur und Wirtschaft

nationalen und zionistischen Studierenden an der Medizinischen Fakultät in Wien gab es danach einige Messuren zwischen Studierenden beider Lager. Alle Beteiligten wurden vor Gericht gestellt. Sie wurden freigesprochen. Daraufhin wurden drei jüdische Studierende vom Akademischen Senat relegiert – »wegen verhetzender Agitation unter der medizinischen Studentenschaft, welche zu großen Störungen der akademischen Ruhe und Ordnung führte«.¹⁵⁷

In den 1880er-Jahren sprachen die deutschnationalen Studierenden schon zunehmend ihren jüdischen Kollegen die Satisfaktionsfähigkeit ab. Dies wurde in den »Waidhofener Beschlüssen« festgelegt. Dieser »antisemitische Standpunkt« führte 1896 zu einem Verbot zahlreicher Burschenschaften.¹⁵⁸ Allerdings blieben in einigen Verbindungen noch jüdische Philister¹⁵⁹. In den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges kam es immer wieder zu Krawallen der Studenten, die national motiviert waren. Als Folge davon bildeten sich auch einige zionistische Burschenschaften, etwa die »Kadimah«¹⁶⁰ in Wien und bereiteten dadurch den Boden auf für den politischen Zionismus Theodor Herzls.

Immer wieder kam es nicht nur zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den nationalen schlagenden Verbindungen und den jüdischen Burschenschäftern, sondern auch mit den CV-Studierenden, die eben das Recht für sich in Anspruch nahmen, an der Universität Farben zu tragen. Dass sich die christlichen Studenten allmählich durchsetzen konnten, ist den steigenden

einer Übergangszeit. Klagenfurt/Ljubljana/Wien 2007, S. 51-67; S. 51;

Robert X. **Robins**/Jerrod M. **Post**: Political Paranoia. The Psychopolitics of Hatred. New Haven/London 1997; S. 91

¹⁵⁷ »Der akademische Senat der Wiener Universität mit seinem Janusgesicht, nach außen dynastisch, voll Unterwürfigkeit und Ergebenheit, im Innern aber durch und durch antisemitisch und deutschnational«.

vgl.: Isidor **Schalit**: 1890 bis 1904. Erinnerungen von Ehrenburschen Medizinalrat Dr. Isidor Schalit, Wien. In: Ludwig **Rosenhek** (Hg.): Festschrift zur Feier des 100. Semesters der akademischen Verbindung Kadimah (Wien). Wien 1933, S. 32-107; S. 47

¹⁵⁸ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW): Neues von ganz rechts - Mai 2002. Burschenschäfter versuchen Imagekorrektur; *online unter*: http://www.doew.at/frames.php?/projekte/rechts/chronik/2002_05/burschen.html (14. 3. 2009)

¹⁵⁹ Denn ähnlich wie bei den alten »Nationen« gibt es hier Mitgliedschaft auf Lebenszeit. Nach der aktiven Mitgliedschaft während des Studiums werden die nunmehrigen Akademiker zu »Philistern« oder »Alten Herren«. Dies gilt gleichermaßen für die nationalen Burschenschaften, ebenso für CV und KV.

¹⁶⁰ Die Kadimah ging zunächst als zionistischer Verein hervor, der sich gegen die Assimilierung und für eine eigene Identität und auch Nationalität der jüdischen Studierenden engagierte. So musste jeder neu Eintretende das Bekenntnis zur jüdischen Nation ablegen. Daher war die Kadimah auch unter den jüdischen Kollegen umstritten, da sie sich ohnehin mehr an der Universität bedrängt sahen. Im Namen Kadimah steckt das auf Fortschritt hindeutende »Vorwärts« und das nationale »Ostwärts«, das auf einen künftigen eigenen Staat in Palästina verwies:

vgl. Moritz T. **Schnirer**: Gründung der Kadimah. Nach Mitteilungen des Ehrenburschen, Medizinalrates Dr. M).T. Schnirer, Wien. In: Ludwig **Rosenhek** (Hg.): Festschrift zur Feier des 100. Semesters der akademischen Verbindung Kadimah (Wien). Wien 1933, S. 15-27; S. 17f

Zahlen der CV-Mitglieder und dem wachsenden Einfluss der christlichsozialen Partei zu danken. Bei diesen Auseinandersetzungen kam es immer wieder zu Prügeleien, die nicht selten von den Studierenden grimmig geführt wurden.¹⁶¹ Wenn also in der Ersten Republik katholische und deutschnationale Studierende in der Deutschen Studentenschaft kooperierten, so war dies eine relativ neue Entwicklung an der Universität, die im Gegensatz zu den Auseinandersetzungen in der Monarchie stand.

Gemeinsame Kriegskameraden im Ersten Weltkrieg

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, zogen Deutschnationale, Klerikale und Liberale gemeinsam begeistert in den Kampf – in Eintracht mit den deutschen Kameraden. Die geteilten Fronterfahrungen sollten für die nächste Studentengeneration prägend sein.

Im verbündeten Deutschen Reich begeisterten sich auch die Hochschullehrer: 1914 unterzeichneten 3016 von ihnen eine Resolution, die die eindimensionale Richtung, wie sie sich in der Zwischenkriegszeit und während des zweiten Weltkriegs auch in Österreich zeigen sollte, bereits andeuten:

»Unser Glaube ist, dass für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche ›Militarismus‹ erkämpfen wird, die Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einträchtigen freien deutschen Volkes.«¹⁶²

Die für die Wissenschaft und die Reputation verheerenden Folgen durch dieses überschwängliche nationale Gefühl zeigten sich sehr bald:

»Die politische und geistige Isolation Deutschlands nach dem Krieg war tiefgreifend. Der wissenschaftliche Dialog mit den führenden Ländern war verloren gegangen; die stimulierende Konkurrenz blieb aus. Die deutsche Universität wie auch die deutsche Wissenschaft waren als ›imperialistisch‹ decouvriert und konnten sich von diesem Stigma erst nach und nach befreien. Der in den romanischen und angloamerikanischen Ländern bewunderte Vorsprung der deutschen Forschung, Wissenschaftsorganisation und Hochschulstruktur verlor rapide an Akzeptanz.«¹⁶³

Walter Höflechner sieht unter dem Aspekt der Wissenschaftsgeschichte in den Jahren bis 1938 auch in Österreich »eine Geschichte des Niederganges des hohen wissenschaftlichen Ideals und schließlich der Unterwerfung von Wissenschaft, [...] durch Nationalismus, durch Ideologien.«¹⁶⁴

¹⁶¹ vgl. Hartmann (2001): Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, S. 41-53

¹⁶² zitiert nach Müller (1996): Geschichte der Universität, S. 89

¹⁶³ Müller (1996): Geschichte der Universität, S. 90

¹⁶⁴ Walter Höflechner: Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938. In: Christian Brünner, Helmut Konrad (Hg.): Die Universität und 1938. Wien/Köln 1989, S. 57-74; S. 57

Doch noch gab es Österreich-Ungarn. Erst das Ende des Ersten Weltkrieges in Österreich markierte den Zusammenbruch von Monarchie und Vielvölkerreich und den Wunsch des deutschsprachigen Rests, sich an das Deutsche Reich anzuschließen. Während des Krieges stand beides weitgehend nicht zur Debatte: Eine deutschnationale Stimmung, die den Zerfall Österreich-Ungarns herbeiführen wollte, gab es laut Gall nicht: »Dieser selbstmörderische Wunsch« war allein den damaligen Schönerianern vorbehalten«. ¹⁶⁵ Doch unter den ehemaligen deutschnationalen Studierenden gab es trotz Österreich-Bekenntnisses eine stark antihabsburgische Propaganda, die etwa »am Deutschen Volkstag vom 16. Juni 1918 in Wien beredten Ausdruck fand«. ¹⁶⁶

Die Kriegsbegeisterung an den Universitäten Österreichs führte zunächst zu einem ›Wir‹ und Gemeinschafts-Gefühl von Studierenden, die sich in Herkunft und Glauben völlig unterschieden. Jüdische Studenten wurden gleichermaßen wie deutschnationale und christliche Studenten von der Kriegsbegeisterung erfasst. ¹⁶⁷ Doch dieses Gemeinschaftsgefühl wurde durch den Krieg maßgeblich und nachhaltig verändert:

Im Zuge der russischen Offensive in Galizien flüchtete die dortige Bevölkerung. So erreichten 150.000 Menschen, darunter viele Juden, Wien. Der Begriff »Ostjuden« kam auf und war auch Ausdruck für eine sich verstärkende Fremdenfeindlichkeit und für den Antisemitismus. ¹⁶⁸ Noch während des Ersten Weltkriegs stieg daher der Anteil von jüdischen Studierenden aus Osteuropa an der Universität Wien, vor allem an der medizinischen Fakultät. Die Studierenden, die von der Front an die Universitäten kamen, fanden dort nun eine von ihnen »besonders angefeindete Personengruppe, nämlich die wegen ihrer anderen religiösen Orientierung, ihrer Kleidung, ihrer Sprache und der Armut propagandistisch als fremdartig abgestempelten ›ostjüdischen‹ Flüchtlinge«. ¹⁶⁹ Als Reaktion darauf reagierten auch die Studierenden mit einem abwehrenden Reflex, was eine weitere Annäherung der nationalen und katholischen Studierenden mit sich brachte:

»Der Anteil der Ostjuden am Studium [...] scheint tatsächlich während des Ersten Weltkrieges zeitweise über 80 % der Fakultätsfrequenz ausgemacht zu haben. In einer gewissen Abwehrhaltung gegen diesen jüdischen Zustrom fanden sich dann gegen Ende und nach dem Ersten Weltkrieg Waffenstudenten und Klerikale zu gemeinsamer Abwehrfront«. ¹⁷⁰

¹⁶⁵ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 188

¹⁶⁶ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 188

¹⁶⁷ Lichtblau (2007): Die jüdische Bevölkerung in Österreich im Spannungsfeld zwischen Religion, Politik und Nation, S. 54

¹⁶⁸ Hartmann (2001): Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, S. 167

¹⁶⁹ Lichtblau (2007): Die jüdische Bevölkerung in Österreich im Spannungsfeld zwischen Religion, Politik und Nation, S. 55

¹⁷⁰ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 188

Die Gegnerschaft wurde zudem dadurch gemildert, dass die christlichen Studierenden im Weltkrieg gezeigt hatten, dass sie, auch wenn sie aus religiösen Motiven die Mensur an der Universität verweigerten, trotzdem nicht feig, sondern im Gegenteil im Feld »schneidig« und »tapfer« sein konnten und deshalb höchste Tapferkeitsauszeichnungen errungen hatten. Die »Schlagenden« nahmen dies zur Kenntnis. Die äußerte sich bereits im Sommersemester 1918 durch einen gemeinsamen Farbenbummel der nationalen und katholischen Studierenden,¹⁷¹ um den es in der Monarchie immer wieder Prügeleien gegeben hatte: Noch sechs Jahre davor, im November 1912, hatten Mitglieder der deutschnationalen Innsbrucker C!Gothia einen jungen Medizinstudenten nach einem Tanzkurs der CV-Verbindung Raeto-Bavaria zu Tode geprügelt, nachdem er und seine Kollegen zuvor als »Klerikale Schweine« beschimpft worden waren.¹⁷² Den Begriff »klerikal« benutzten vor allem die Nationalen, auch die sozialdemokratischen Studierenden und nicht immer in freundlicher Konnotation für die katholischen Studenten. Doch 1918 war nun Einigkeit angesagt.

Als der Krieg zu Ende ging, fand eine allgemeine studentische Kundgebung im Großen Festsaal der Universität Wien am 30. Oktober 1918 statt, bei der in Anwesenheit des Rektors Friedrich Becke der Teutone Adolf Bauer und der Sozialdemokrat Dr. Frank sprachen.¹⁷³ Bereits zehn Tage zuvor war ein intrafraktioneller Hochschulausschuss eingerichtet worden, der von Vertretern der deutschnationalen, liberalen, katholischen und sozialistischen Studenten (jedoch nicht von zionistischen Studierenden) besetzt war und eben unter der Leitung des Rechtssozialisten Dr. Frank stand. Von ihm erwartete man sich, dass er die Ruhe und Ordnung auf den Hochschulen aufrecht erhalte.¹⁷⁴ Zum ersten und für weitere 27 Jahre einzigem Mal sollten auch sozialdemokratische Studierende an der Universität offiziell eingebunden werden.

In ebendieser Versammlung erklärte der Kaiserschützenoberleutnant Hans Ransmayer gegenüber dem Haus Habsburg: »Einem Manne gegenüber, der seinem Verbündeten die Treue gebrochen hat, fühlen auch wir uns nicht mehr verpflichtet, die Treue zu halten.« »Daraufhin steckten zahlreiche anwesende Uniformierte sich schwarzrotgoldene Rosetten statt ihrer schwarzgelben an. Nach Ende der Versammlung begab man sich gemeinsam, mit dem Rektor an der Spitze, zum Parlament, wo unter anderem Karl Renner, Franz Dinghofer und Gustav Groß zu den Studenten sprachen.

Noch bevor sich der »Allgemeine Deutsche Hochschulausschuss« an der Universität konstituierte, der aber bald wieder zerfiel, war als erste Organisation, ganz im deutsch-

¹⁷¹ Gerhard **Jagschitz**: Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß. Ein Beitrag zur geistig-politischen Situation d. sogenannten »Kriegsgeneration« des 1. Weltkrieges. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 1967, S. 165

¹⁷² Hartmann (2001): Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, S. 51

¹⁷³ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 189

¹⁷⁴ Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 165:

nationalen Fahrwasser, der »Deutsche Burschenbund, der schon am 16.März 1918 gegründet worden. Dieser stand »auf deutschvölkisch-antisemitischer Basis«.¹⁷⁵

1918: Ein neuer Anfang?

»Das gemeinsame Erlebnis von Krieg und Zusammenbruch (90 Prozent der männlichen Studenten kamen mit dem Kriegsgeschehen direkt in irgendeiner Form in Berührung) führte zu einer Aufbruchsstimmung bei den Studenten, die sich verpflichtet fühlten, an der Erneuerung von Hochschule, Staat und Gesellschaft mitzuwirken. [...]

Obwohl von einer Aufbruchsstimmung beseelt, erfuhren sie bei der Heimkehr das Chaos und identifizierten als Verursacher die ›Linke‹. Dadurch entstand in weiten Teilen der Studentenschaft auch eine Skepsis gegenüber demokratischen Formen.«¹⁷⁶

»Die Revolution drohte den akademischen Stand und die Institution der Hochschulen überhaupt in Frage zu stellen, die traditionelle bürgerliche Domäne schien durch eine revolutionäre Bewegung auf dem Boden der Hochschulen gefährdet.«¹⁷⁷

»Es sind damals jene Feindbilder geprägt worden, die heute noch unser politisches Leben prägen und im permanenten Unterstellen stereotyper Verhaltensweisen das Gespräch fürs erste oft genug geradezu unmöglich machen. Die grässliche österreichische Angewohnheit, jedermann in einer weltanschaulichen Schublade angesiedelt wissen zu wollen und erst gar nicht eine liberalere, ungebundene geistige Existenz in Rechnung zu stellen, sie ist damals entstanden und ist in den 1920er-Jahren so richtig verfestigt worden.«¹⁷⁸

All diese Faktoren förderten die Annäherung der deutschnationalen und der katholischen Studenten. Es gab also gemeinsame Feinde: die Revolutionäre und die »fremden« Studenten, die während des Ersten Weltkrieges aus den verschiedenen Teilen der Monarchie auf die Universitäten gekommen waren, hauptsächlich »Ostjuden« und Slawen. Dazu kam die traumatisierende Verkleinerung Österreichs, das nur die wenigsten für lebensfähig hielten. Für all dies hielten viele Studierende den Deutschnationalismus für eine gemeinsame Formel, mit der man auch eine Stärkung der Hochschulautonomie und Schaffung einer studentischen Selbstverwaltung herbeiführen könne. Die Aussicht auf eine Vereinigung mit dem Deutschen Reich ließ diese Pläne als besonders fortschrittlich und dynamisch erscheinen. Die Dynamik trat zumindest bei den katholischen Studierenden durch das Anschlussverbot im Vertrag von St. Germain – im Gegensatz zu den Deutschnationalen – wieder in den Hintergrund.¹⁷⁹ Dennoch sollten deutschnationale Strömungen die Universitäten der Ersten Republik dominieren.

¹⁷⁵ Gall (1965): Alma Mater Rudolphina, S. 189

¹⁷⁶ Hartmann (2001): Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, S. 89

¹⁷⁷ Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 166

¹⁷⁸ Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 60

¹⁷⁹ Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 167

Nun ging es um die Frage der legitimen Vertretung der Studierenden. 1918 wurde das Verbot einer studentischen Interessensvertretung zwar aus dem Gesetz gestrichen. Eine Neuregelung per Gesetz erfolgte jedoch nicht. Dies ließ einen breiten Interpretationsspielraum für verschiedene Formen der Studierendenvertretung, die jedoch entweder nicht in Kraft treten konnten, aufgehoben wurden oder zumindest in einem rechtlich nicht definierten Raum durchgeführt wurden. Auch die Professoren an den Universitäten wünschten sich eine Vertretung der Studentenschaft, und, dass es eine »Deutsche Studentenschaft« war, daran nahmen die Universitäten keinen Anstoß, im Gegenteil.¹⁸⁰

Der Unterstaatssekretär für Unterricht, Otto Glöckel (1874-1935) forderte zwar indes die Schaffung einer »aus der Gesamtheit der Studierenden der Hochschule hervorgegangene Interessensvertretung«. Doch während er »quasi-gewerkschaftliche« Strukturen mit gewählten Hochschulausschüssen entwarf, in denen die Professoren Macht abgeben und Studierende gleichermaßen vertreten sein sollten, und während einige der Kriegsheimkehrer ebenfalls »gemischte Ausschüsse«, einrichten wollten, lehnten die Professoren der Hochschulen – wenig verwunderlich – diese Vorschläge ab, die so am Widerstand der Hochschulen scheiterten.¹⁸¹

Stattdessen sahen die Universitäten eine eingeschränkte Mitwirkung der Studierenden an Wohlfahrtseinrichtungen, Disziplinaruntersuchungen gegen Studierende, Einfluss bei der Vergabe von Stipendien und das Recht, Wünsche oder Beschwerden vorzubringen als ausreichend an.¹⁸² Doch sollte dies nur für Deutschösterreicher gelten, also nur für Studierende deutscher Volkszugehörigkeit.

Nicht nur die akademischen Behörden, auch die deutsch-katholischen und deutsch-nationalen Studierenden hatten einen wichtigen Anteil am Scheitern der Pläne des Unterstaatssekretärs Glöckel. Denn diese hatten in den Verhandlungen die Durchführung der von Glöckel geplanten Wahl immer wieder verzögert und sagten schließlich ihre Beteiligung schließlich überhaupt ab. Stattdessen gründeten sie den deutsch-arischen Hochschulausschuss, in dem bei den nicht allgemeinen Wahlen ab nun meist die deutschnationalen Studenten eindeutige Mehrheiten hatten.¹⁸³

¹⁸⁰ vgl. Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«; S. 26f

¹⁸¹ vgl. Erika **Weinzierl**: Hochschulleben und Hochschulpolitik zwischen den Kriegen. In: Norbert Leser (Hg.): Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Ring-Vorlesung 19.Mai-20.Juni 1980 im Internationalen Kulturzentrum Wien. Wien 1981 (= Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Peter Heintel, Norbert Leser, Gerald Stourzh, Adam Wandruszka, Bd.1), S. 72-85; S. 73
und: Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 64

¹⁸² Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«; S. 26

¹⁸³ Weinzierl (1981): Hochschulleben und Hochschulpolitik zwischen den Kriegen, S. 73

Im Grunde war es eine nur logische Konsequenz aus der deutschnationalen Geschichte der Universitäten des 19. Jahrhunderts, wenn sich die österreichischen Studierenden anschlussfreudig an Deutschland orientierten. Als sie sich am 2. Juni 1919 auf die gemeinsame deutsch-österreichische Liste geeinigt hatten, verpflichteten sich beide Seiten auf eine Zusammenarbeit in »allen völkischen und Hochschulfragen«. Ebenso beinhaltete dies ein Bekenntnis zum »deutsch-österreichischen Freistaat, zum Zusammenschluss mit den Stammesgenossen im Deutschen Reich, zum Ausbau der Selbstverwaltung der Wiener Hochschulen und zum schärfsten Kampf gegen Judentum und jüdischen Studentengruppen.«¹⁸⁴ Aus diesem Grund kam auch kein allgemeines Wahlrecht aller Studierende zu einer Studentenvertretung zustande. Dabei meinte der »schärfste Kampf« gegen das Judentum« nicht nur die Studierenden, sondern genauso jüdische Professoren, vor allem dann, wenn diese akademische Ämter anstrebten. Selbst Josef Klaus wird in dieser Tradition aktiv werden. Von den Idealen blieb vor dem zweiten Weltkrieg weder ein freier Staat, noch gab es je einen Ausbau der Selbstverwaltung an den Hochschulen. Allerdings wird der »schärfste Kampf gegen das Judentum« umgesetzt werden und sich zu Terror und Auslöschung wandeln, und auch der Zusammenschluss mit den Stammesgenossen im Deutschen Reich wird Wirklichkeit werden. Dass manche Professoren 1938 zunächst begeistert waren und sich am Ziel ihrer Wünsche wähnten, wenn sie auch teilweise schnell wieder ernüchtert waren, mag an dieser Sozialisation liegen.

Noch eine Gemeinsamkeit gab es zwischen katholischen und nationalen Studierenden und den Professoren: die Überzeugung, dass die Studentenvertretung über den Parteien stehen sollte, weshalb keine Parteien im klassischen Sinn Fuß auf dem Boden der Universität fassen sollten. Diese Einstellung machte es vor allem sozialdemokratischen Studierende sehr schwer, an der Universität Fuß zu fassen. Eine Abkehr dieses Prinzips war das Auftreten der nationalsozialistisch organisierten Studierenden. Bewusst war das den meisten akademischen Gremien jedoch nicht; dass es sich bei den nationalsozialistischen Studierenden um Anhänger einer *Partei* handelte, wurde dann vor allem im austrofaschistischen Ständestaat immer wieder betont.

Die katholischen Studenten nun sahen 1919 grundsätzlich im gemeinsamen Vorgehen eine endlich erreichte Gleichberechtigung mit den nationalen Studierenden. Dennoch waren viele katholische Studierende skeptisch und sorgten dafür, dass all ihre katholischen Vereine nicht in der gemeinsamen Deutschen Studentenschaft aufgingen. Einige stellten sich überhaupt eine zeitlich nur begrenzte Zusammenarbeit vor.¹⁸⁵ Während in der katholischen Studierendenvertretung Österreichs der CV unzweifelhaft dominierte, hatte die Jugendbewegung und der »Bund Neuland« weniger Einfluss – vor allem, als sich Neuland 1927 aus der katholischen

¹⁸⁴ Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 169

¹⁸⁵ vgl. Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 168

Studentenbewegung zurückzog.¹⁸⁶ Somit wurde die Katholisch Deutsche Hochschülerschaft Österreichs (KDHÖ) und zuvor der Katholisch Deutsche Hochschul- oder Akademiker Ausschuss (KDHA/KDAA) der ursprünglich eine hochschulpolitische Plattform aller katholischen Studenten und Verbände sein sollte, vom CV völlig dominiert.¹⁸⁷ Jedoch hatte die christliche Jugendbewegung, mit einem starken sozialen Einschlag und mit den Priestern wie Michael Pfliegler und Karl Rudolf auch im CV starken Einfluss und wird diese Kontinuität auch in die Österreichische Hochschülerschaft der Zweiten Republik tragen.¹⁸⁸ Dabei lehnte der CV den Subjektivismus und Individualismus der Jugendbewegung ab, die paradoxerweise auch zum Führerprinzip führten (siehe späteres Kapitel dieser Arbeit: »Einflüsse christlicher Strömungen und der Jugendbewegung«). 1936 wurde die KDHÖ in die Katholische Aktion und die kirchliche Hierarchie eingegliedert. So wurde der Vorsitzende in Wien (der KDHW) vom Kardinal berufen, der Vorsitzende Österreichs »im Einvernehmen mit den übrigen österreichischen Bischöfen von der kirchlichen Behörde bestätigt«. Ähnlich wie die Sachwalter im austrofaschistischen Ständestaat dann vom Staat bestellt werden, sind es die Vorsitzenden der KDHÖ dann von der kirchlichen Hierarchie.¹⁸⁹ Die CV-Verbindungen wahrten bis 1938 das Prinzip, dass sie ihre Funktionäre wählten und setzten sich gegen faschistische Strömungen und gegen beabsichtigte kirchliche Eingriffe seitens der katholischen Aktion ebenso durch wie gegen Unterwanderung der Nationalsozialisten – wenngleich das in Einzelfällen dennoch gelang.¹⁹⁰

Wenige Wochen nach der historischen Einigung der katholischen und nationalen Studierenden in Österreich wurde in Würzburg der erste »Deutsche Studententag« abgehalten, bei dem die

¹⁸⁶ Wolfgang **Zaunbauer**: Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918-1934. Ungedr. phil. Dipl. Univ. Wien. Wien 2004; S. 20

¹⁸⁷ vgl. Zaunbauer (2004): Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918-1934, S. 21

¹⁸⁸ siehe auch das spätere Kapitel dieser Arbeit: »Christliche Strömungen in der Zwischenkriegszeit«

vgl. zur Arbeiterbewegung:

Katharina **Praschak-Mittlböck**: Neuland: Wurzeln und pädagogische Blüten einer Jugendbewegung. Ungedr. grund- u. integrativwiss. Dipl.-Arb. Wien 1996; S. 80:

»Pfliegler und Hauser näherten sich der Arbeiterbewegung an, um auch die Schichten derer zu erfassen. Dies entspricht dem Bild, das 1919 in der Neuen Jugend gefordert wurde, nämlich dem Hand in Hand Gehen zwischen Studenten und jugendlichen Arbeitern als ein erster Schritt zur Lösung der sozialen Frage.«

¹⁸⁹ Rudolfinenblätter, März 1936, S. 4:

In der KDHÖ wurde dann ein »Führerrat« eingerichtet, der mit der Katholischen Aktion und mit der Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs zusammenarbeitete und »für die reale Durchsetzung des katholischen Gedankengutes« sorgte.

Siehe auch: Karl **Strobl**: Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass. (hg. v. Alois Kraxner). Wien/München 1981; S. 128:

»Die »Katholische Aktion« [...] brachte keine Erneuerung, keine Verlebendigung des Organisationslebens, noch weniger de religiösen Lebens«

¹⁹⁰ vgl. das spätere Kapitel »Die Universitäten während der nationalsozialistischen Herrschaft«

›Deutsche Studentenschaft‹ gegründet wurde. Die österreichischen und Prager Hochschulen wurden als Kreis 8 angeschlossen. Während in Deutschland eine Gesamtvertretung aller Studierenden nach dem Staatsbürgerprinzip gebildet werden sollte, bestanden die österreichischen Studierendenvertreter auf dem rassistischen Volksbürgerprinzip.¹⁹¹

Bald bildeten sich Vertretungen dieser Deutschen Studentenschaft an den österreichischen Universitäten. Einen Zusammenschluss zwischen Nationalen und Katholiken in Abwehr gegen den Bolschewismus und Marxismus (inklusive der Sozialdemokratie)¹⁹², Liberalismus, Freimaurerei und Juden gab es nicht nur bei den Studenten: Die »Deutsche Gemeinschaft«, ein Zusammenschluss von anschlussfreudigen Nationalen und Katholiken war eine andere Manifestation des Gleichklangs zwischen beiden Lagern. Wichtige Mitglieder waren etwa Engelbert Dollfuß, der deshalb im nationalen Lager immer als »sicherer Mann« galt, Othmar Spann oder Arthur Seyss-Inquart. Zu Beginn der 1930er-Jahre löste sich diese Gemeinschaft dann auf.¹⁹³

Die geeinte katholisch-deutschnationale Bewegung war an der Universität so stark, dass auch der von Deutschfreiheitlichen gegründete ›Deutsche Studentenbund‹ wie die ›Sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung‹ oder die 1923 entstandene ›Akademische Legion im Republikanischen Schutzbund‹ ebenso wenig Chancen hatte wie der 1925 gegründete ›Verein für Sozialistische Hochschulpolitik‹ und erst recht zahlreiche linke Splittergruppen, die »trotz allem Engagements auf Hochschulboden fast keine Rolle spielten«.¹⁹⁴

¹⁹¹ vgl. Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 34f und Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß, S. 170

¹⁹² Doch eigentlich hatte die Sozialdemokratie mitgeholfen, eine Rätediktatur in Österreich zu verhindern: In der Tat gab es nach dem Ersten Weltkrieg auch in Wien eine Rätebewegung und 40.000 Anhänger der Kommunistischen Partei im Juni 1919. Doch die sozialdemokratische Partei, vor allem Friedrich Adler, wirkte auf die Arbeiterräte ein: »unter seiner Führung rangen sich die Arbeiterräte zu der Erkenntnis durch, dass der Versuch, der Errichtung der Rätediktatur in Deutschösterreich unter den gegebenen Umständen nichts anderes bedeuten konnte als den Selbstmord der deutschösterreichischen Revolution. [...] Die Rätediktatur wurde unvollziehbar, da die Räte selbst die Diktatur ablehnten.« – aus einem Brief von Otto Bauer an Karl Renner 1923, zitiert bei: Hannes **Leidinger**: »...von vornherein provisorischer Natur« Rätebewegung und Kommunismus in Österreich 1918-1924. In: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck/Wien/Bozen 2008; S. 91-99; S. 94+96.

¹⁹³ vgl. Wolfgang **Rosar**: Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluss. Wien/Frankfurt/Zürich 1971; v.a. S. 29-37
Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 168

¹⁹⁴ Weinzierl (1981): Hochschulleben und Hochschulpolitik zwischen den Kriegen, S. 73f

Kreis VIII der Deutschen Studentenschaft:

In der Studentenschaft war nun, im Gegensatz zum Staat, bereits der Anschluss vollzogen. Die österreichischen Studenten gehörten zum Kreis 8 der nun in Österreich »offiziösen«¹⁹⁵ (Gesamt-)»Deutschen Studentenschaft«, wobei die österreichischen Deutschen allerdings mit ihren deutsch-arischen Forderungen die Terminologie des Nationalsozialismus vorbereiteten. Dementsprechend zogen diese einen Antisemitismus mit sich, der zu dieser Zeit weit verbreitet war und bis ins liberale katholische Lager und zum Teil auch sozialdemokratische Lager reichte, sich aber mehr und mehr radikalisierte. Sozialdemokraten und vor allem jüdische Studierende wurden an der Universität immer öfter offen angefeindet und verprügelt.

Die Professoren an den Universitäten in Österreich nahmen die neue Studentenvertretung weitgehend freudig zur Kenntnis:

»Die Deutsche Studentenschaft hat an den österreichischen Hochschulen seitens der Professoren, seitens der Senate nahezu augenblicklich volle Anerkennung erfahren. So vollzog sich in den ersten Jahren nach 1919 ein Akkordierungsprozess, der an den Hochschulen eine einheitliche und immer wieder gut kooperierende Front der Professoren und der Studierenden schuf. [...]

Der wichtigste Gegner war die Sozialdemokratie. Es muss hier klar ausgesprochen werden, dass der Akademische Senat der Universität Wien – dieser Hochschule fällt in jeder Hinsicht die Führungsrolle zu – keine Gruppe auch nur annähernd so rüde behandelt hat wie die sozialdemokratischen Studierenden oder auch Professoren wie etwa Julius Tandler. [...] Man konnte die Sozialisten auch nicht rassistisch ausgrenzen, weshalb man sie als Verräter empfand, denen gegenüber keine Rücksicht angebracht schien, obgleich auch sie die Anschlussidee vertraten.«¹⁹⁶

Der deutsche Nationalismus, der dabei im Vordergrund stand, richtete sich auch an der Universität gegen jüdische Studierende. Auch dies unterstützten etwa die Dekane der Universität Wien 1922, indem sie forderten, dass die »zahlreichen, aus Osteuropa kommenden, ungebildeten Elemente« nur nach »sorgfältiger Prüfung« und nur »in beschränkter Zahl« zugelassen werden sollten. Auch sollten »Hörer jüdischer Nationalität« nicht außerordentliche Hörer sein dürfen. Dem schloss sich der Senat weitgehend und etwas modifiziert an. Für die Studenten der Deutschen Studentenschaft war dies freilich eine Enttäuschung. Denn nun sahen sie, wie sie in einem Schreiben an den Akademischen Senat vom 26.3.1923 formulierten, »keine befriedigende Sicherung gegen die Überjudung unserer Alma mater.«¹⁹⁷

¹⁹⁵ Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«; S. 37

¹⁹⁶ Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 65f.

¹⁹⁷ So ähnlich die Argumentation von Studenten und Professoren auch klingen mag, so sind doch in Nuancen Unterschiede zu sehen: Während die Professoren mit dem, was sie als »ungebildet« definieren, einen Schutz der Nomenklatura an der Universität zu beabsichtigen scheinen – die »sorgfältige« Prüfung, ob es wohl zu den herrschenden Ansichten und Kulturen an der Universität

In dieser Hinsicht spielten die »deutschen« Akademiker eine Vorreiterrolle in einer problematischen Volkstumsarbeit: Auch die »deutschen« Katholiken nannten sich katholisch-deutsch, und auch sie hatten vor Arierparagrafen keine Scheu. Auf die Gliederung und die Tätigkeitsschwerpunkte der Deutschen Studentenschaft hatte diese nationale Ideologie natürlich maßgeblichen Einfluss.

Aufbau und Organisation der Deutschen Studentenschaft

Analog zur Universität gibt es in der Deutschen Studentenschaft das **Fachamt** als Spitze der **Fachgruppen**, »die alle Studierenden der gleichen Fakultät oder desselben Studienganges umschließen. In ihm offenbart sich die berufsmäßige Gliederung der Studentenschaft«¹⁹⁸ Darunter gliedern sich die **Fachschaften**, die heute als Studienrichtungsvertretungen bezeichnet werden und deren Aufgaben von verschiedenen Vereinen wahrgenommen worden sind, die ihren Sitz meist an der Universität hatten. Bemühungen um Schaffung von Studienordnungen und der Vereinheitlichung des Ausbildungsganges sind neben der beruflichen Förderung Aufgaben dieses Amtes.¹⁹⁹ Daneben gab es an der Deutschen Studentenschaft verschiedene Referate, wie das **Auslandsamt**, das zum »Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit Studentenschaften und Hochschulen des Auslandes« anregen sollte – sowohl auf wissenschaftlichem wie auf politischem Gebiet.²⁰⁰ Ebenso gab es ein **Amt für politische Bildung**, das für Schulungswochen, Vorträge, Arbeitsgemeinschaften sowie für Bereitstellung von Fachliteratur für politische Bildung zuständig war. Fragen wie »Führerstaat, Kriegsschuld oder Jugendbewegung wurden im Amt für politische Bildung angesprochen.²⁰¹ Dazu gehörte auch das **Grenzlandamt**, denn das Grenzlanddeutschtum war der Deutschen Studentenschaft ein wichtiges Anliegen. In der Tat kamen für die Studierenden zur Forcierung des Deutschtums auch kämpferische Mittel in Betracht. Daher beteiligten sich Waffenstudenten an »deutschen Abwehrkämpfen« in Kärnten oder Oberschlesien. Es gab auch ein »akademisches Freikorps« das Teil der Heimwehr war.²⁰² In der Deutschen Studentenschaft erreichte das wehrhafte Prinzip der deutschen Studenten, das sich ja bereits seit der Frühen Neuzeit feststellen lässt, einen Höhepunkt.

passt, könnte auch als eine Abwehr gegen Fremdes, nicht Etabliertes verstanden werden – lässt sich in der Argumentation der Studierenden (»deutsch-arisch«) bereits eine biologistische Komponente erkennen.

¹⁹⁸ Herman **Haupt**: Handbuch für den Deutschen Burschenschafter. Im Auftrage der Deutschen Burschenschaft Frankfurt / Main ⁵1929; S. 278

¹⁹⁹ Handbuch für den Deutschen Burschenschafter, S. 279

²⁰⁰ Zaunbauer (2004): Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918-1934, S. 39

²⁰¹ Zaunbauer (2004): Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918-1934, S. 39f

²⁰² Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«; S. 47f

Heute, 2009, fast ein Jahrhundert später, zumal in einem neutralen Österreich, erscheint der Anspruch auf den wehrhaften deutschen Studenten, der seine Nation und seine nationale Wissenschaft allen anderen überlegen hält, oder der Anspruch auf eine Grenzlandwehr nachgerade als absurd: Wissenschaftlichkeit bedingt Internationalität. Diese fördert den wissenschaftlichen Fortschritt. Und gegenseitige militärische Auseinandersetzungen sind diesem internationalen Austausch abträglich. So gesehen kann der lange Weg des deutschen Studenten zum nationalen wehrhaften Studenten weg vom Buch hin zur Waffe als ein Irrweg betrachtet werden. Allerdings sollte in dieser Betrachtung der Zusammenhang von Grenzlandwehr, Heimwehr und Faschismus, die Verteidigung des ›Deutschtums‹, die damals selbstverständlich war, nicht außer Acht gelassen werden.

Eines der populärsten Referate der Deutschen Studentenschaft war das **Amt für Leibesübung**. Die deutschnationalen Verbände förderten die Zucht und Übung des Körpers, als Vorbereitung oder Ersatz für den allgemeinen Wehrdienst. Im Zuge dessen wurden auch sportliche Mindestanforderungen festgelegt.²⁰³

Für die Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Studentenschaft war das **Nachrichtenamt** zuständig, das einerseits alle Pressemeldungen, die sich mit studentischen Belangen befassten, archivierte und andererseits die Zeitung ›Der Student‹ herausgab.²⁰⁴

Die Deutsche Studentenschaft verfügte über ein gut ausgebautes Sozialsystem, das selbst Unterrichtsminister Schuschnigg, als er die Deutsche Studentenschaft verbot, ausdrücklich würdigte.²⁰⁵ Die »**Wirtschaftshilfe** der Deutschen Studentenschaft e.V.« war ein eingetragener Verein, der den Studierenden Service anbot: etwa Studienberatung, Berufsberatung, Mittagstische, Büchervergabe, Arbeitsvermittlung, Darlehensbeschaffung oder Krankenfürsorge. Zaunbauer macht darauf aufmerksam, dass sich genau an dieser unmittelbaren Arbeit für die Studenten die Geister schieden. Die nationalen Studierenden fanden die Serviceorientierung zu unpolitisch und zogen eine gesinnungsgemeinschaftliche Studentenschaft vor.²⁰⁶

Der Nationalismus faszinierte auch durch die Vision einer (im Sinne der Deutschen Romantik) »romantischen« schöneren Zukunft oder einer utopischen staatlicher Vision. Viele sehnten sich nach dem wieder vereinten Reich, und viele sahen es unmittelbar nach dem Anschluss auch verwirklicht.

²⁰³ Zaunbauer (2004): Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918-1934, S. 40f

²⁰⁴ Zaunbauer (2004): Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918-1934, S. 41

²⁰⁵ »[...] wertvolle Funktionen, insbesondere auf dem Gebiete der Leibesübungen und des Fürsorgewesens, denen sich die Deutsche Studentenschaft vor ihrem inneren Verfall mit gutem Erfolge unterzogen hatte« UAW, S.Z. 274 1933/34

²⁰⁶ Zaunbauer (2004): Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918-1934, S. 42

Auch in der Ersten Republik werden die deutschnationalen Studierenden von den Professoren unterstützt, vor allem im Kampf für das Volksbürgerschaftsprinzip. Abgelehnt wurde hingegen das Staatsbürgerschaftsprinzip, das in Preußen durch die Reformen des parteilosen Kultusministers und Hochschulreformers Carl Heinrich Becker (1876-1933) erwogen wurde, aber – nicht zuletzt durch den Widerstand österreichischer Studierender in der Deutschen Studentenschaft – scheiterte. Wolfgang Speiser, in den 1930er-Jahren sozialdemokratischer Studentenvertreter, beschreibt es so:

»An Stelle des demokratischen Staatsbürgerprinzips wurde allmählich der Begriff ›Volk‹ verwendet und dieser später durch den Begriff ›Rasse‹ ersetzt. Der Begriff ›Rasse‹ war damals in herrschenden Hochschulkreisen gang und gäbe [...] nicht nur bei der kleinen Minderheit der damaligen Nazistudenten.«²⁰⁷

In den 1920er-Jahren wurden an den österreichischen Universitäten Vertretungen der Deutschen Studentenschaft eingerichtet – mit Billigung der jeweiligen akademischen Gremien, die dies in Studentenordnungen festlegten. Dies war nicht einfach, da es einen rechtsfreien Raum gab und da die Konstruktion der Studierendenvertretung nicht der allgemeinen Vertretung nach Staatsbürgerschaftsprinzip entsprach. So gab es auch immer wieder Bedenken des Unterrichtsministeriums. Dennoch wurde eine Konstruktion nach Volkszugehörigkeit nicht grundsätzlich verboten, wenngleich sich das Ministerium durch »retardierende Behandlung« oft überhaupt um eine Behandlung der heiklen Studentenrechte drückte.²⁰⁸

Höflechner sieht die Wurzeln des Prinzips der Volksbürgerschaft in der Spätzeit der Donaumonarchie durch die Teilung der Universität Prag in eine deutsche und tschechische Universität, was die Nationalitätenteilung sanktionierte und fatale Folgen haben sollte:

Die Schaffung deutscher Universitäten – nicht als Idee im Sinne der strukturellen Konzipierung, sondern als Institution, etwa im Sinne der Deutschen Universität Prag [...] – hatte ja bereits zum Ausgang des 19. Jahrhunderts auf studentischer Ebene in aller Schärfe – vernehmlich gegenüber den Slawen – die Vorstellung aufkommen lassen, dass alle Nichtdeutschen nur ›Gäste‹ seien und sich als solche den Verfügungen der deutschen Hausherren zu unterwerfen hätten.²⁰⁹

Lichtenberger-Fenz sieht die weitere Entwicklung der deutschen »Volkszugehörigkeit« in Österreich insbesondere durch die Verankerung des Nationalitätenrechts im Staatsgrundgesetz der Donaumonarchie von 1867, durch höchstgerichtliche Entscheidungen und durch das »Mährische Ausgleichsgesetz« von 1905.²¹⁰

²⁰⁷ Wolfgang **Speiser**: Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938. Wien 1984 (=Materialien zur Arbeiterbewegung 40); S. 52

²⁰⁸ vgl: Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 66f

²⁰⁹ Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 60

²¹⁰ Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 29

Von den Rektoren durften sich die von den nationalen Studenten angegriffenen jüdischen und auch sozialdemokratischen Hörer keine große Unterstützung erwarten. Auch die Polizei griff nicht ein, obwohl der sozialdemokratische Bürgermeister Seitz die Polizei angewiesen hatte, »nötigenfalls auch auf akademischem Boden einzugreifen«, was zu noch heftigeren Angriffen gegen sozialdemokratische Studierende führte. Einzig Rektor Theodor Innitzer (1875-1955, Rektor 1928/29) griff gegen die immer heftigeren Übergriffe ein und widersetzte sich der »mehr und mehr sich ausformenden Brutalität, Unverschämtheit und Ungerechtigkeit [...], wenngleich er sich oft genug sehr ungeschickt verhalten hat.«²¹¹ Doch war dieser Rektor insofern eine Ausnahmeerscheinung, als er auch mit den sozialdemokratischen Studentengruppen das Gespräch suchte, ja sogar bei einem Ball der Sozialdemokraten erschien.²¹² Konkret nannte er das Unrecht der nationalsozialistischen Studierenden in ihren Exzessen gegen die jüdischen Mitstudenten beim Namen:

»Ich halte nicht damit hinter dem Berge, dass die angreifenden Elemente in den Reihen der nationalsozialistischen Studenten zu suchen sind. Die jüdisch-nationalen Studenten haben die Exzesse nicht provoziert. [...] Die Studenten haben zu lernen, und ich werde ohne Ansehen der Person und Abkunft der Exzedierenden durchsetzen, dass die an den Krawallen unbeteiligten Studenten ihre Aufgabe zu lernen, unbehelligt und unbeteiligt durchführen können.«²¹³

Kurz darauf kam es zur versuchten Erstürmung des Rektorats durch nationale Studierende, die nicht nur von der Universität Wien kamen. Im Zuge dessen gestattete der Rektor der Polizei das Betreten der Universitätsrampe.

Ausgerechnet der spätere nationalsozialistische Unterrichtsminister Oswald Menghin sollte 1936 in seiner Eigenschaft als Rektor anlässlich einer Ehrendoktorverleihung Kardinal Theodor Innitzer würdigen:

»Ihre akademischen Ämter fielen zum Teil in Zeiten schwerer Erschütterungen und großer Sorgen, aber Ihre Amtsführung hat Ihnen stets die Liebe der Studenten, den wärmsten Dank Ihrer Kollegen [...] eingetragen.«²¹⁴

²¹¹ Höflehner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 68

²¹² Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 26

²¹³ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 26f

²¹⁴ ÖHZ, 15.3.1936, S. 3

»Ein eigenartiges Gebilde sui generis«: Gleispach, Hugelmann und die Studentenordnung an der Universität Wien 1930

»Die Idee der Volksbürgerschaft hat sich in der Folge als der eigentliche Motor des Geschehens erwiesen und war deshalb Gegenstand schärfster Auseinandersetzungen.«²¹⁵

Schon in der Einleitung zu diesem Abschnitt wurde gezeigt, dass viele Professoren an der Universität Wien sehr aufgeschlossen und offen gerade gegenüber der Deutschen Studentenschaft eingestellt waren. Als 1924 wieder einmal wegen Auseinandersetzungen um den Numerus Clausus für jüdische Studierende Unruhen drohten, beruhigte etwa der Professor Hold-Ferneck, damals Dekan, die Masse, indem er nach Vertretern der Deutschen Studentenschaft fragte. Als diese sich zu erkennen gaben, rief er: »Ein Heil der Deutschen Studentenschaft!«. In einem Bericht an den Akademischen Senat setzt er fort: »Die Studenten stimmten ein, der Kontakt war aufs glücklichste hergestellt.«²¹⁶

Indessen erarbeitete ein Studentenrechtsausschuss unter Federführung des neuen Rektors an der Universität Wien, Wenzel Gleispach (Nachfolger des Rektors Innitzer) und unter Mitarbeit Karl Gottfried Hugelmanns 1930 eine neue Studentenordnung, die die Deutsche Studentenschaft endgültig sanktionieren sollte. Der Akademische Senat hatte die Studentenordnung für die Wiener Universität am 20. März 1930 einstimmig beschlossen.²¹⁷ Am 8. April wurde sie kundgemacht. Die (Neue Freie) Presse reagierte auf die Pläne Gleispachs mit dem Titel »Volksbürgerprinzip und Wissenschaft – eine seltsame Rede des Wiener Universitätsdirektors« [sic] und stellte die wissenschaftliche Reputation Gleispachs in Frage:

»Ist das, was Prof. Gleispach vorgestern bei einer Festsitzung der Kammer der Deutschen Studentenschaft gesprochen hat, noch Wissenschaft? Hat dies noch irgendetwas mit der Arbeit des Rechtsgelehrten zu tun? Der Rektor der Wiener Universität feierte die jüngste Studentenordnung, die bekanntlich in mehr als einer Hinsicht anfechtbar ist und ihren Urhebern durchaus nicht zum Ruhme gereicht [...]

Wie stellt sich der Rektor die praktische Anwendung des Volksbürgerprinzips vor, wie die rassenmäßige Scheidung? Die Auffassung über das, was unter Rasse im wissenschaftlichen Sinne zu verstehen ist, gehen ja weit auseinander und nichts deutet darauf hin, dass in absehbarer Zeit eine Verständigung zustande kommen werde.«²¹⁸

Ähnliche Studentenordnungen gab es bereits an den anderen österreichischen Hochschulen, nur selten übten Professoren offen Kritik, wie an der Hochschule für Bodenkultur der Legitimist Prof. Zeßner-Spitzenberg, indem er die Rechts- und Zweckmäßigkeit der auf Rasse beruhenden

²¹⁵ Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 61

²¹⁶ vgl: Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 85

²¹⁷ vgl: Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 90

²¹⁸ zitiert nach Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 59

Kriterien der Studenten vehement bestritt.²¹⁹ Hugelmann sprang Gleispach bei und veröffentlichte einen Artikel über jene Studentenordnung in der Gerichtszeitung²²⁰, deren Schriftleitung – außergewöhnlich – in einem Vorwort diesen Artikel lobte und die Studentenordnung ausdrücklich positiv hervorhob:

*Die klare Darstellung dieser ganz neuartigen Einrichtung von so berufener Seite wird jedenfalls starkem Interesse begegnen und dankbar begrüßt werden.*²²¹

Im Artikel geht Hugelmann sogleich auf die Vorgeschichte und juristische Bedenken ein, die nicht nur von den Tageszeitungen, sondern auch von anderen Studentengruppen und vor allem der Sozialdemokratie im Parlament geäußert wurde – insbesondere, ob die Universität im Rahmen ihrer Möglichkeiten überhaupt berechtigt wäre, diese Verordnung durchzuführen:

»Dieses zunächst dem inneren Hochschulbetrieb angehörige Ereignis hat eine wohl nur durch die Kämpfe um das sogenannte Studentenrecht, welche innerhalb der Studentenschaft und insbesondere in Preußen²²² auch in der politischen Arena geführt wurden, erklärliche Beachtung weit über die akademischen Kreise hinaus gefunden. Es ist sowohl der Inhalt dieser Studentenordnung als auch die Kompetenz des akademischen Senats zu dem Erlasse desselben angefochten worden. [...]

Nach dieser Fassung des Gesetzes bedarf es bei der Behandlung allgemeiner Angelegenheiten der Universität, welche Verwaltungs- Unterrichts- oder Disziplinargegenstände betreffen, keiner besonderen gesetzlichen Ermächtigung, weil sonst der Zusatz keinen Sinn hätte, dass andere Gegenstände insoweit in die Kompetenz des akademischen Senats fallen, als sie ihm durch besondere Gesetze zugewiesen werden. [...]

Die Frage ist also lediglich, ob die Schaffung von Studentenvertretungen, welche durch die akademischen Behörden anerkannt werden, eine solche allgemeine Angelegenheit, sei es der Verwaltung, des Unterrichtes oder der Disziplin ist. Die Frage aufzuwerfen, heißt sie bejahen. Gegen die Kompetenz des akademischen Senats kann also nach dem bestehenden österreichischen Recht ein begründeter Zweifel nicht erhoben werden.«²²³

Dem wollte aber im Juni 1931 der Verfassungsgerichtshof, in dem unter anderen Ludwig Adamovich (1890-1955) dieses VfGH-Erkenntnis bearbeitete, nicht folgen: »Selbst unter der Annahme, dass der Akademische Senat alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Disziplin

²¹⁹ Paulus **Ebner**: Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955. Ein Beitrag zur österreichischen Universitätsgeschichte. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 2001; S. 58

²²⁰ Karl Gottfried Hugelmann: Die neue Studentenordnung an der Wiener Universität. In Gerichtszeitung 16/1930, 81. Jg, S 241-243

²²¹ Hugelmann (1930): Die neue Studentenordnung an der Wiener Universität, S. 241

²²² Insbesondere der parteilose Kultusminister Preußens Carl Heinrich Becker (1876-1933), der um eine Demokratisierung der Universitäten unter Beteiligung der Studentenschaft bemüht war, geriet in Konfrontation mit der Deutschen Studentenschaft, wegen des Arierprinzips. Er löste die DSt schließlich auf, nachdem sie nicht den Staatsbürgergrundsatz akzeptieren wollte. Die Nationalsozialisten machten diese Entwicklung wieder rückgängig und führten die mittlerweile gleichgeschaltetet DSt wieder ein.

²²³ Hugelmann (1930): Die neue Studentenordnung an der Wiener Universität, S. 241f

unter den Studierenden treffen könne, dürfe keine solche Anordnung einem Gesetz, also auch nicht dem § 1 des Vereinsgesetzes widersprechen.[...] Die Bildung der Studentennationen müsste sich daher nach dem Vereinsgesetz von 1867 vollziehen.«²²⁴

In der Gerichtszeitung skizziert Hugelmann den Inhalt dieser Studentenordnung:

»Die ordentlichen Hörer der Universität Wien gleicher Muttersprache und Abstammung werden als eine Studentennation bezeichnet, wenn sie mindestens 1% der ordentlichen Hörer zählen. Erreichen sie diese Zahl nicht, so können sie sich durch eine andere Studentennation vertreten lassen. Die deutschen ordentlichen Hörer bilden die deutsche, die ordentlichen Hörer gemischter Abstammung die gemischte Studentenschaft.

Die von der Studentennation gewählte Vertretung wird von den akademischen Behörden als Vertretung aller ordentlichen Hörer der betreffenden Volkszugehörigkeit anerkannt, wenn die Studentennation eine vom Senat zu genehmigende Satzung und Wahlordnung aufstellt, die ihr vom Senat auferlegten Pflichten erfüllt und Fragen der Parteipolitik und des Glaubensbekenntnisses von der Beschlussfassung ausschließt. Dies gilt auch für die gemischte Studentenschaft. Die Vertretungen der Studentenschaften können für die Interessen ihrer Mitglieder bei den akademischen Behörden eintreten, nach Maßgabe besonderer Vorschriften an der Beratung und Durchführung von Angelegenheiten teilnehmen, die Studierende ihrer Studentenschaft betreffen, sie in kultureller wirtschaftlicher und sachlicher Hinsicht fördern und überdies mit deutschen Studentenschaften des In- und Auslandes sich zu einem größeren Verbands zusammenschließen. Die Vertreter der Studentenschaft haben die aus den akademischen Gesetzen sich ergebenden Pflichten zu wahren und die akademischen Behörden bei der Herstellung der Ruhe auf dem akademischen Boden zu unterstützen. Es wird den Mitgliedern der Studentenschaft empfohlen, einen Beitrag zur Erreichung ihrer Ziele zu leisten, dessen Höhe vom Senat genehmigt wird, ein Zwang zur Leistung besteht aber nicht. Der Akademische Senat kann jederzeit aus bestimmten Gründen, die bei der Aufhebung anzugeben sind, die Vertretung einer Studentenschaft auf höchstens vier Semester aufheben, insbesondere wegen wiederholter Verstöße gegen die allgemeinen und akademischen Gesetze.

Die Zugehörigkeit zu einer Studentennation – auch zur gemischten Studentenschaft – ergibt sich zunächst aus dem im amtlichen Nationale angegebenen Bekenntnis über die Volkszugehörigkeit und der Muttersprache; doch kann die Vertretung einer Studentennation gegen die Zugehörigkeit eines Studierenden zu derselben Einspruch erheben, worüber ein Schiedsgericht endgültig entscheidet, das aus drei vom Akademischen Senat bestellten Mitgliedern des Lehrkörpers, einem Vertreter der gemischten Studentenschaft oder nach der Lage des Falles einer anderen Studentennation besteht.«²²⁵

Auf den ersten Blick wirkt diese Studentenordnung, im Sinne der mittelalterlichen Studentenvertretung plausibel, da es damals ja auch nicht mehrere Nationen gegeben hatte – freilich

²²⁴ Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 128

²²⁵ Hugelmann (1930): Die neue Studentenordnung an der Wiener Universität, S. 242

waren diese regional und nicht national zu verstehen. Auch waren sie keineswegs einheitlich – und schon gar nicht aufgeladen mit einer derart emotionalen Energie, wie sie die völkischen Studierenden zeigten. Auf den zweiten Blick fällt auf, dass hier trotz aller Betonung der Gleichberechtigung dennoch an einer Stelle nur von »deutschen Studentenschaften« gesprochen wird: nämlich bei der Möglichkeit, sich mit anderen Studentenschaften zusammenzuschließen. Eine weitere Irritation, im Sinne der nationalen Idee, ist die »gemischte Studentenschaft«: Während eine deutsche Nation sofort zustande kam und später auch eine ungarische und eine jüdische, wurde die »gemischte« Studentenschaft nie gebildet. Das ist nicht verwunderlich, da in einer nach Nationen gegliederten Studentenschaft solch eine ›Mischlingsnation‹ überhaupt keine nationale Identität oder gar Attraktivität hätte entwickeln können. In einer Ideologie, die den Stolz auf die eigene Kultur und eigene Volkszugehörigkeit hochhielt, hätte solche eine ›Nicht-Nation‹ überhaupt keinen Wert gehabt. Ähnlich diskriminierend ist die Bestimmung, dass Mitglieder zwar zunächst nach dem Nationale bestimmt wurden, dass aber die Nationen selbst Einspruch dagegen erheben konnten – was natürlich gegen die jüdischen Studierenden gerichtet war – immerhin absurd genug, weil zur Argumentation, um die deutsche Zugehörigkeit zu bestreiten, das Religionsbekenntnis herangezogen wurde. Hier zeigt sich eine definitive Inkompatibilität der Vermischung von Abstammung und Nation mit dem Antisemitismus: Denn ein Religions**bekenntnis** hat per definitionem nichts mit Nationalität zu tun – und auch nichts mit Abstammung. Dies wird umso fragwürdiger, als ja Hugelmann ausdrücklich festhält, dass in den Satzungen der Nationen Fragen des Glaubensbekenntnisses von der Beschlussfassung ausgeschlossen werden sollen.

Aus all dem lässt sich leicht erkennen, dass hier eine maßgeschneiderte Studentenordnung für die Deutsche Studentenschaft und ihre Ideologie gezimmert worden ist. Immerhin genehmigte der Akademische Senat die Gremien der Deutschen Studentenschaft sofort, aber die der ungarischen und jüdischen Studentenschaft erst später, dafür schloss er sie von Rechten aus, die die deutsche Studentenschaft selbstverständlich genoss (z.B. von der Zuweisung von eigenen Räumlichkeiten, oder dem Farbentragen).²²⁶ Dies weist darauf hin, dass er die deutsche Gruppe bevorzugte.

Von Gleichbehandlung dieser »Volkszugehörigkeiten« nach dem Gleichheitsgrundsatz kann also keine Rede sein. Dennoch ist es erstaunlich, dass dies der Verfassungsgerichtshof nicht beanstandet hat. Wohl aber bemängelt er, dass es sich bei den Studentennationen um Zwangsorganisationen handle und diese nur durch Gesetz und nicht durch eine Verordnung geschaffen werden könnten:

»Die Anschauung des Bundesministeriums für Unterricht und des Akademischen Senates der Universität Wien, dass es sich bei den Studentennationen nur um ›innerakademische Gebilde‹ handle, die lediglich zur Mitwirkung in inneren Angelegenheiten der Universität

²²⁶ Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 106

berufen seien, kann im Hinblick auf den im Art. III der Studentenordnung geregelten Aufgabenkreis nicht als gerechtfertigt betrachtet werden.»²²⁷

Trotzdem wurde das Volksbürgerprinzip prinzipiell bejaht, worauf sich später auch die Deutsche Studentenschaft und die DÖTZ hoffnungsfroh berufen konnten.²²⁸ Hugelmann geht auf die heftige Kritik an genau diesem Prinzip ein:

Von den hier skizzierten Bestimmungen ist in der Öffentlichkeit eine einzige zum Gegenstand der Kritik, ja sogar heftiger Angriffe gemacht worden. Die Gliederung in Nationen und das System der Zuweisung zu einer bestimmten Studentennation. [...]

*Zugunsten der Gliederung gerade nach Studentennationen kann wohl schon der Umstand angeführt werden, dass sich unmittelbar nach dem **Umsturze**²²⁹ solche Studentennationen (die deutsche und die jüdische) ganz ohne Zutun der akademischen Behörden von selbst gebildet hatten und seit Jahren eine in vieler Hinsicht nützliche Tätigkeit entfalten. Es scheint damit wohl der Nachweis erbracht, dass, wie die Dinge heute liegen, das nationale Moment in der Studentenschaft die stärkste organisatorische Triebkraft aufweist, und es empfiehlt sich daher, bei der offiziellen Heranziehung der Studentenschaft an diese aus natürlichen Triebkräften erwachsenen Organisationen anzuknüpfen. [...]*

*Schließlich sage ich aber ganz offen, dass **die Universität meines Erachtens die Aufgabe hat, zu nationaler Gesinnung zu erziehen**. Es entspricht dieser Aufgabe einer Universität, die nach § 1 des Organisationsgesetzes eine deutsche ist, die deutsche Studentenschaft zu einer geschlossenen Gruppe zusammenzufassen und ihr eine einheitliche Vertretung zu geben dass allen anderen Nationen, wenn sie nur eine gewisse Mindestzahl von Hörern erreichen, dieselbe Möglichkeit geboten und, dasselbe Recht eingeräumt wird, ist ein Beweis **für die deutschem Wesen eignende Aufgeschlossenheit gegenüber dem Fremden** und für die Bereitwilligkeit der deutschen Universität Wien, auch der nicht deutschen Hörerschaft eine gastliche Stätte zu sein.»²³⁰*

In Wirklichkeit ist dies allerdings, wie von Höflechner beschrieben (siehe oben)²³¹ ein Ausdruck von Hegemonie, eine »Hausherrnmentalität«, die zwar für »Gäste« offen steht, aber sie nicht mitbestimmen lassen will. Schlimmer noch: Bürger des eigenen Staates werden durch eine fremde oder gemischte Nation somit zu Fremden, zu Gästen.²³²

²²⁷ zitiert nach Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 106

²²⁸ Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 107

²²⁹ Offensichtlich wurde das Kriegsende von Hugelmann als »Umsturz« erlebt.

²³⁰ Hugelmann (1930): Die neue Studentenordnung an der Wiener Universität, S. 242
(Hervorhebungen **nicht** original)

²³¹ vgl. Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 60

²³² Eine gewisse Heimatlosigkeit war zu Ende seines Lebens Hugelmann selbst beschieden: Nachdem seine großdeutschen Pläne durch die Nazis desavouiert worden waren, galt er in den 1950er-Jahren an der Universität Göttingen – allerdings weit entfernt von jeder Machtlosigkeit – als überkommener Professor einer anderen Zeit, nostalgisch an die versunkenen Wiener Zeiten denkend, und gerade von einer einstimmigen Zahl von Studierenden als Mittelalter-Experte geschätzt, obwohl er ja eigentlich Jurist war; vgl. Heinrich **Schmidt**: Erinnerungen an drei Göttinger Historiker: Hermann Heimpel, Karl

Als eine jüdische Studentin sich im Jänner 1931 tatsächlich bei der DSt. erkundigte, wie sie die arische Abstammung nachweisen solle, erhielt sie von einem jungen Kollegen der DSt. diese schriftliche Auskunft:

»Unter einem Beleg für die deutsche Abstammung im Sinne der Zuschrift des Vorprüfungsausschusses vom 21.1.1931 sind die Taufscheine beider Eltern zu verstehen, wenn daraufhin kein weiterer Zweifel in die nichtjüdische Abstammung der Angefochtenen besteht. Im Zweifelsfalle sind auch die Taufscheine der Großeltern beizubringen.«²³³

So wurde an den Universitäten (denn Wien war diesbezüglich keine Ausnahme) eine wichtige Bestimmung der Nürnberger Gesetze vorweggenommen. Mit Hilfe sozialdemokratischer Studierender wurde diese offensichtlich an der Religionszugehörigkeit orientierende Volkszugehörigkeit an die Öffentlichkeit im In- und Ausland gebracht. – Da, wie bereits verwiesen, den verschiedenen Nationen auch nicht gleiche Rechte eingeräumt wurden, kann also von einer Gleichstellung oder gar von »Minderheitenschutz«, wie von Hugelmann weiter behauptet, keine Rede sein:

»Im Einzelnen wäre nun besonders hervorzuheben, dass in der ganzen Studentenordnung die ausländischen Hörer prinzipiell denen österreichischer Staatsbürgerschaft gleichgestellt sind. Darin liegt die Anerkennung des volksbürgerlichen Prinzips, welchem in der Nachkriegszeit in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Nation und Staat eine steigende Bedeutung zukommt. Der völkerrechtliche Minderheitenschutz kann nur unter der Voraussetzung seiner Anerkennung wenigstens in gewissem Umfange theoretisch begründet werden. Darin allerdings, dass die Wiener Universität nicht nur Fremdsprachigen eigener Staatsbürgerschaft, sondern auch Fremdsprachigen fremder Staatsbürgerschaft nicht nur irgendwelche Minderheitenrechte, sondern dieselben Rechte einräumt wie der deutschen Studentenschaft, geht sie weit über das hinaus, was die weitgehendsten Minderheitenschutzverträge und die Minderheitengesetzgebung in irgendeinem europäischen Lande bisher getan haben.

Wenn trotz alledem die Bestimmungen der Studentenordnung gerade in dieser Beziehung da und dort angefochten wurden, so scheint bei näherem Zusehen sich die Missstimmung eigentlich nur auf die Voraussetzungen zu beziehen, welche die Studentenordnung für die Zugehörigkeit zu einer Studentennation aufstellt. Als Kriterium der Volkszugehörigkeit wird in Abs. 1 Abstammung und Muttersprache bezeichnet, dass für die Zugehörigkeit zu einem Volkstum auch die Abstammung in Betracht kommt, kann füglich nicht bestritten werden. Niemals ist bei einer rechtlichen Regelung des Zusammenlebens von Nationen ein freies und willkürliches Bekenntnis abgestellt worden. Immer ist die Bekenntnisfreiheit nur zwischen bestimmten in Betracht kommenden Nationen zugelassen worden. Es kann nun nicht scharf genug betont werden, dass die Studentenordnung keine kasuistischen Vorschriften darüber

Gottfried Hugelmann, Siegfried A. Kaehler. In: Marlis Buchholz/Claus Füllberg-Stolberg/Hans-Dieter Schmid (Hg.): Festschrift für Herbert Obenaus zum 65. Geburtstag. - Bielefeld 1996

²³³ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 62

enthält, in welchem Ausmaß und bis zu welchem Grad ein Nachweis der Abstammung erforderlich ist. Die Ausfüllung des Rahmens durch die Wirklichkeiten des Lebens und der Gesamtheit des nationalen Wesens angepasste Entscheidungen ist, wie aus der obigen Skizze hervorgeht, einer Kommission überlassen, in welcher die Professoren die Mehrheit besitzen, wodurch eine sachgemäße, wohl zielsichere, aber nicht über das Ziel schießende Spruchpraxis gewährleistet ist.»²³⁴

Es ist schon oben erwähnt worden, dass die Prinzipien der Volkszugehörigkeit, Nation, Abstammung und Muttersprache viele Fragen und Unvereinbarkeiten offen lassen (siehe auch die Definition über das Religionsbekenntnis). Für diese gibt es auch keine Regelungen, hier liegt zunächst die Interpretation bei den Nationen. Dass es zur Kontrolle ein Schiedsgericht geben soll, das mehrheitlich von Professoren besetzt wird, entspricht aber erst recht nicht einer Selbstverwaltungsorganisation der Studenten. So sah dies jedenfalls der Verfassungsgerichtshof:

»Selbst wenn man die Studentenordnung in ihrem sonstigen Inhalt als gesetzmäßig ansehen könnte, wären die Bestimmungen über die Errichtung eines Schiedsgerichtes mit bestimmten Entscheidungsbefugnissen durch kein Gesetz gedeckt.«

Dies sei den gesetzlichen Universitätsbehörden vorbehalten, nicht aber einem Schiedsgericht, an das hier behördliche Funktionen übertragen werden sollen. Daher, so kommt der Verfassungsgerichtshof zum Schluss, weil die angefochtene Studentenordnung weder vom Akademischen Senat verordnet, noch vom Unterrichtsministerium genehmigt hätte werden dürfen, »musste sie der Verfassungsgerichtshof zur Gänze aufheben«.²³⁵

Damit war der legale Status der deutschen Studentenschaft an der Universität Wien wieder dahin, was freilich weder zur Auflösung noch zur Entfernung der DSt.-Einrichtungen führte.

Weil die Klage beim Verfassungsgerichtshof »wegen grober Verletzung der Verfassung« von einem sozialdemokratischen Studenten und dem Parteianwalt eingebracht worden war, tobten nach Veröffentlichung des Urteils die nationalen Studenten:

»Es kam dabei zu wahren Schreckensszenen. Ein ungarischer Student, welcher verfolgt wurde, sprang aus dem Fenster, die Rettungsgesellschaft musste 19 Studenten verbinden, welche schwere Hiebwunden erhalten hatten. Die Hakenkreuzler waren mit Gummiknüppeln, Totschlägern und anderen Waffen ausgerüstet«²³⁶

Eine äußerst interessante, weiter reichende Frage aber spricht Hugelmann in einer Fußnote seines Artikels an, wie sie sich auch in Zukunft immer wieder stellen wird, nämlich die nach dem rechtlichen Status der Studentenvertretung:

*»Die Frage nach der Rechtsnatur der Studentennationen sei hier außer Betracht gelassen. Sicher sind sie keine Vereine. In Frage käme nur, ob sie **Körperschaften öffentlichen***

²³⁴ Hugelmann (1930): Die neue Studentenordnung an der Wiener Universität, S. 243; Hervorhebungen **nicht** original

²³⁵ Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 128

²³⁶ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 65

Rechtes darstellen oder ob nur das von der Studentenschaft verwaltete Vermögen als Sammelvermögen juristische Persönlichkeit hat²³⁷ oder ob ein eigenartiges Gebilde sui generis vorliegt, welches in keine der üblichen Kategorien eingegliedert werden kann.«²³⁸

Auch während des austrofaschistischen Ständestaats wird es ähnliche Überlegungen über die Körperschaft geben, heute ist die (Österreichische) Hochschülerschaft eine Körperschaft öffentlichen Rechts.²³⁹

Nach der Ablehnung durch den Verfassungsgerichtshof versuchte Unterrichtsminister Emmerich Czermak (1885-1965) in seiner Amtszeit 1930-1932 eine legitime Studentenvertretung zu schaffen. Weitgehend wurden in einem Entwurf die wichtigsten Punkte der Studentenordnung übernommen. Erstmals allerdings war von einer »allgemeinen Studentenschaft« die Rede (als Ersatz für die missglückte »gemischte« Nation) und erstmals wurden gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Studentenschaften festgelegt. Auch die exklusive Möglichkeit der deutschen Nation, sich mit anderen deutschen Studentenschaften zusammenschließen zu können, wurde gestrichen. Stattdessen war für alle Studentenschaften das Recht vorgesehen, sich mit anderen Studentenschaften zu einem Verband zusammenzuschließen.²⁴⁰ Doch auch in den vorbereitenden Stellungnahmen für diesen Entwurf prallten im Expertenkomitee die Meinungen Gleispachs und Adamovichs aufeinander:

Während das Unterrichtsministerium sich im Referentenentwurf um eine möglichst einheitliche österreichweite Lösung bemühte, wollte Adamovich am liebsten die Vertretung der Studierenden nur in Vereinen sehen, Gleispach wiederum wollte eine Ermächtigung der universitären Gremien, um ihre eigenen Studentenordnungen zu erlassen. Während Adamovich für einen möglichst begrenzten Kompetenzbereich der Studierenden plädierte (was er auch als Rektor nach 1945 erkennen ließ), war Gleispach für einen möglichst breiten Wirkungskreis der Studierenden, »wobei er«, so merkt Lichtenberger-Fenz an, »unter ›Studentenschaft‹ immer nur die ›Deutsche Studentenschaft‹ verstand«, wohingegen Adamovich »auf die aus verfassungsmäßigen Gründen notwendige Gleichheit aller bestehenden Studentenschaften« Wert legte.²⁴¹

Doch die Zeiten für dieses Gesetz waren ungünstig. Weder wollte die Sozialdemokratie im Parlament dem Gesetz zustimmen, noch, so zeichnete sich auch im christlichsozialen Lager

²³⁷ als eine Art »Fonds«

²³⁸ Hugelmann (1930): Die neue Studentenordnung an der Wiener Universität, S. 243
(Hervorhebungen *nicht* original)

²³⁹ § 1 des Hochschülerschaftsgesetzes: vgl:
Bundesgesetz vom 12. Juli 1950 über die Österreichische Hochschülerschaft
(Hochschülerschaftsgesetz); online unter:
http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1950_174_0/1950_174_0.html (15.5.2009)

²⁴⁰ vgl. Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 146f

²⁴¹ Lichtenberger-Fenz (1990): »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«, S. 148

immer deutlicher ab, wollte man der mittlerweile nationalsozialistisch dominierten Deutschen Studentenschaft entgegenkommen. Denn mittlerweile hatte sich das Klima zwischen nationalen und katholischen Studierenden in Österreich, nach Einführung des Führerprinzips der Deutschen Studentenschaft und der Dominanz der Nationalsozialisten derartig verschlechtert, dass es nun wieder zwischen diesen beiden Lagern, wie vor dem ersten Weltkrieg, zu Prügel Szenen und Gehässigkeiten kam. Außerdem wurde Unterrichtsminister Czermak im Mai 1932 abgelöst. Damit war an eine Umsetzung dieses Gesetzesentwurfs nicht mehr zu denken.

Die Deutsche Studentenschaft unter nationalsozialistischem Einfluss

1928 kandidierte bei Wahlen zur Deutschen Studentenschaft an den Hochschulen in Österreich erstmals der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB). Höflechner beschreibt ihn als eher kleine Zahl von radikalen Kämpfern, »die darauf abzielten, die Hochschulen unter totalen nationalsozialistischen Terror zu setzen«.²⁴² Schon 1930 wurden an der Technischen Hochschule Graz – als erster deutscher Universität überhaupt – alle Mandate erzielt. An der Universität Graz lag der Anteil 1930 bei immerhin 21,3 Prozent. In den nächsten Jahren feierte der NSDStB auch an anderen Universitäten große Erfolge, etwa an der Wiener Hochschule für Bodenkultur 1931/32 mit drei Vierteln aller Stimmen, an der Technischen Hochschule mit einer relativen Mehrheit von 49,5 Prozent und an der Universität Wien mit 37 Prozent der Stimmen.²⁴³

Sukzessive konnten die Nationalsozialisten nach der Deutschen Studentenschaft auch die Burschenschaften unterwandern, weil diese, die noch an dem einen oder anderen liberalen Element festhielten, unter Nachwuchsmangel litten.²⁴⁴ Schon 1928/29 sind nationalsozialistische Studierende trotz Verbots der Parteiuniform »im Marschtritt exerzierend aufmarschiert; eine Gedenkfeier zur Erinnerung an den Novemberputsch 1923 mit Ernst Röhm als Redner hatte Rektor Innitzer gerade noch rechtzeitig untersagen können.«²⁴⁵ Unterstützung erhielten die nationalsozialistischen Studenten meist auch durch reichsdeutsche Studenten, die in wachsender Zahl in den Sommersemestern ab 1928 und besonders 1931, 1932 und 1933 in Österreich studierten.

Dieter Binder erklärt den Aufstieg der Nationalsozialisten dadurch, dass der Deutschnationalismus, der Antisemitismus, soziale Ängste und der Antiklerikalismus in der Geschichte der Studentenschaft Strömungen darstellen, »die im Nationalsozialismus

²⁴² Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 68

²⁴³ Dieter Anton **Binder**: Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus. In: Christian Brünner, Helmut Konrad (Hg.): Die Universität und 1938. Wien/Köln 1989, S. 75-93; S. 76f.

²⁴⁴ vgl. Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 69 ; Juen (1994): Waffenstudenten und katholische Korporationen an der Universität Wien, S. 79

²⁴⁵ Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 69

zusammengefasst und radikalisiert wurden; die vorangegangene Sozialisation der Akademikerschaft an Universitäten und Hochschulen in diesem Umfeld hatte in weiten Teilen dieser Gruppe derartig prägend gewirkt, dass sie die militante Durchführung und Exekution jahrelanger, meist nur rhetorischer Formeln eher akzeptiert als abgelehnt hatten.«²⁴⁶

Einführung des Führerprinzips in der DSt

Ein Jahr nach dem fulminanten Sieg der Nationalsozialisten in Graz wurde dort im Juli 1931 der 14. Deutsche Studententag abgehalten und ein nationalsozialistischer Vorsitzender gewählt. Bereits ein weiteres Jahr später, im Sommer 1932, wurde in Königsberg auf dem 15. Deutschen Studententag das Führerprinzip in der Deutschen Studentenschaft beschlossen.²⁴⁷ Damit war die Hegemonie der nationalsozialistischen Studierenden manifestiert. Auch für Österreich als Kreis 8 der Deutschen Studentenschaft galt diese Entscheidung:

»Der 15. Deutsche Studententag nahm mit 155 Stimmen gegen 3 bei 24 Enthaltungen folgenden Antrag an:

Der 15. Deutsche Studententag ist grundsätzlich der Auffassung, dass eine Umgestaltung der Würzburger Verfassung und der Verfassungen der Einzelstudentenschaften vom demokratisch-parlamentarischen Aufbau zum Führerprinzip notwendig ist. [...] Eine weitere rechtliche Verselbständigung der einzelnen Arbeitsgebiete der Deutschen Studentenschaft und der Einzelstudentenschaften ist im Interesse einer vollen Erhaltung der studentischen Selbstverwaltung in Zukunft nicht mehr möglich.

Aufgabe des Vorstandes der Deutschen Studentenschaft und der Einzelstudentenschaften ist es, alles zu unternehmen, um bisher eingetretene Verselbständigung wieder voll und ganz rückgängig zu machen.«

Die ersten Schritte zur Gleichschaltung wurden gesetzt. Theodor Weiter war bei diesem letzten großdeutschen Studententag dabei, war sich *»aber dort in normaler Zivilkleidung unter fast ausnahmslos SA-Uniformen höchst deplatziert vorgekommen.«*²⁴⁸ Der Vorsitzende Gerhard Krüger erläuterte in seinem Referat die nun, 1932, gültigen Standpunkte der Deutschen Studentenschaft. So wird zunächst mit dem wissenschaftlichen System vor dem Ersten Weltkrieg abgerechnet, das man als die Folge eines **»entarteten Liberalismus«** einschätzte.

»Die Hochschule der Vorkriegszeit hielt es für ihre Aufgabe, eine möglichst große Zahl von Persönlichkeiten, oder mit anderen Worten, den vollkommenen Menschen zu züchten. Der Begriff Mensch wurde hier völlig selbständig gesehen, gänzlich losgelöst von allen Bindungen an Blut und Volkstum. Die Einzelpersönlichkeit galt als umso verehrungswürdiger und vollkommener, ein je tieferes Maß an Bildung sie besaß. Unter

²⁴⁶ Binder (1989): Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus, S. 92

²⁴⁷ Das österreichische Unterrichtsministerium hat einen Akt des 15. Deutschen Studententages in Würzburg angelegt, bei dem das Führerprinzip eingeführt wurde: AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2D2: 23257/1/32 (Sonderkorrespondenz Nr.3, Königsberg, den 16.7. 32)

²⁴⁸ Theodor Weiter: »Das 34er Jahr«. Bürgerkrieg in Österreich. Wien 1984; S. 117

Bildung verstand der entartete Liberalismus der Gründerzeit ein möglichst großes Einzelwissen.

War das Ausbildungsideal des klassischen Liberalismus etwa eines Humboldts, eine Persönlichkeit, wie man sie in Goethe sah, gewesen, so wurde in seiner Verzerrung nunmehr der Privatdozent als höchstes Erfolgsprodukt der Hochschule gewertet. Auch heute noch kann man bei den einzelnen Anhängern der liberalen Hochschule ein gewisses Erschrecken darüber feststellen, dass der Instinkt der Studentenschaft sich immer stärker gegen ein derartiges Zuchtungsideal zur Wehr setzt. Die von gewisser Dozentenseite oft beklagte, aber nie verstandene Opposition und Entfremdung der Studenten gegenüber der Hochschule und die Klage von einem Sinken des geistigen und wissenschaftlichen Niveaus der Studierenden sind hierauf zurückzuführen, wenn sie auch nicht allein dadurch zu erklären sind.«²⁴⁹

In diesem Text fällt zuallererst das nationalsozialistisch-biologistische Vokabular (»Menschen züchten«, »Blut und Volkstum«, »entartet«) auf, das für diese Rede über Bildung an der Hochschule gewählt wird. Wenngleich auch in gemäßigterem Tonfall und ohne Biologismen wird auch die Hochschülerschaft Österreichs in ihren Medien ähnliche Kritik am Individualismus betonen, der eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen vor allem mit dem »Volk(stum)« weitgehend verhindert habe.

Die Kritik am »Sinken des Niveaus« ist ambivalent: Einerseits ist sie in jeder Generation zu hören, andererseits wurden gerade in dieser Zeit Postulate erhoben, die einer erfolgreichen wissenschaftlichen Arbeit geradezu entgegenstehen: Statt des internationalen Austausches von Wissenschaft gilt nur »deutsche und reine Wissenschaft«, statt offenen Zugangs werden ein Numerus Clausus für Nichtdeutsche und rassistische Prinzipien gefordert, statt »konsensfähiger Methoden und Bereitschaft zum herrschaftsfreien Diskurs« und statt »Multiperspektivität« mit »reflektierender multipolarer Sichtweise«²⁵⁰ wird jeweils an der eigenen Ideologie festgehalten, die die andere Theorien als falsch bewertet und mit Gewalt korrigieren will.

Von diesem »entarteten« Liberalismus also wird die Hochschule und wird die Struktur der Studentenschaft nach 1918 klar abgegrenzt. Stattdessen kommt das »Erlebnis« ins Spiel:²⁵¹

Der Weltkrieg stellt in der Geschichte der Hochschule und der Studentenschaft einen der wichtigsten Einschnitte dar. Das tiefe seelische Erlebnis des einzelnen Frontsoldaten wurde zum Keim einer Neugestaltung aller Begriffe, die bisher Wissenschaft, Bildung, Hochschule und Studentenschaft ihre Form gegeben hatten. Der Weltkrieg brachte eine Neuwerdung der Studentenschaft. Soldaten, denen der Weltbrand aus Stahl und Blut die

²⁴⁹ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D2: 23257/1/32: »Hochschulpolitik im Rahmen der Gesamtpolitik«, S. 1

²⁵⁰ vgl. oben das Kapitel: »Geschichtsbewusstsein durch Methodisierte Wissenschaft«, siehe Borries/Körber (2001): Geschichtsbewusstsein, S. 243

²⁵¹ vgl. »Erlebnis« als ein Schlüsselwort im nachfolgende Kapitel dieser Arbeit: »Jugendbewegung«

Erkenntnis vom Sinn der Gemeinschaft gelehrt hatte, kehrten in die Hörsäle zurück und gründeten die Deutsche Studentenschaft.»²⁵²

Die »Neuwerdung« brachte jedoch nicht nur der Weltkrieg an sich, mit dem gemeinsamen Fronterlebnis von deutschen und österreichischen jungen Männern im Krieg, sondern vor allem auch die neuen demokratischen Möglichkeiten und Freiheiten, die der Systemwechsel gebracht und die man jetzt zur Durchsetzung nationalsozialistischer Interessen wieder beseitigt hatte. Nun aber werden diese Freiheiten – vor allem in Form der revolutionären Strömungen – als Gefahr wahrgenommen, ebenso wie die Gebietsverluste durch den verlorenen Weltkrieg, den Österreich und das Deutsche Reich ausgelöst hatten.

So sehr diese Anfänge gelobt werden sollten, fährt Krüger fort, so sehr müsse man für die Umsetzung der Reform »viel tiefer ansetzen«: Nun werde erkannt, dass in der demokratischen Struktur der Deutschen Studentenschaft deren Schwäche liege:

»Die Hochschule war auch in der Vorstellung des Studenten noch immer eine Glaskugel, eine in sich geschlossene Welt, die irgendwo in den Lüften schwebt. Man sah keine Bindungen und Beziehungen zu den Kräften des Volkstums, man sah nicht, dass auch die Hochschule und die deutsche Wissenschaft aus Blut und Boden empor gewachsen ist. Wissenschaft ist noch immer voraussetzungslos, ihr Forschungsziel ist noch immer die ›Wahrheit um ihrer selbst willen‹. Die Menschen dieser Entwicklungsstufe sprechen nicht von Selbstverwaltung der Hochschule, sondern von Hochschulautonomie. Alle Vorschläge, die in dieser Zeit zu einer Erweiterung des Studentenrechtes gemacht wurden, wollten dieses Einbauen in den schwebenden, beziehungslosen Dunstkörper Hochschule. Noch scheute die Mehrheit der Studenten vor dem Wort Sozialismus zurück. Hochschulpolitik war für sie ein Etwas, das im Zusammenhang mit der autonomen Hochschule, aber nur mit dieser, stand.«²⁵³

Auch hier ist wieder deutlich das ur-nationalsozialistische Vokabular erkennbar. Krüger nimmt die Kritik an der Abgehobenheit der Universität und ihrer Distanz zur Alltagskultur geschickt auf, verbindet sie jedoch mit einer leisen Kritik an der »Hochschulautonomie«, die vor allem die nationalen Professoren gerne im Munde führten. Der Schluss aus dieser postulierten Abgehobenheit, aus dem Forschungsziel der ›Wahrheit um ihrer selbst willen‹ und die Abkehr der Anschauung, dass Hochschulpolitik ausschließlich etwas mit Hochschulautonomie zu tun haben sollte, deutet schon auf Eingriffe in dieses System an, damit es der »völkischen Gesamtpolitik« entspreche. Dafür brauchen auch die Studenten einen Führer:

»Die studentische Jugend sucht unter der Professorenschaft Charaktere, Führer auf diesen Wegen und findet sie so selten, dass sie in Opposition auch zur Hochschule gerät. [...] Die einen sehen nicht nur die Hochschule, sondern auch die Hochschulpolitik als autonom an,

²⁵² AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D2: 23257/I/32: »Hochschulpolitik im Rahmen der Gesamtpolitik«, S. 2

²⁵³ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D2: 23257/I/32: »Hochschulpolitik im Rahmen der Gesamtpolitik«, S. 3

die anderen sehen die Hochschule entstanden aus der Tiefe des deutschen Volkstums. Für sie ist Hochschulpolitik damit auch aufs engste verbunden mit der völkischen Gesamtpolitik, sie ist Teil eines Ganzen. Ich darf bei dieser Gelegenheit [...] betonen, dass für mich in dem hier aufgezeichneten grundsätzlichen Auffassungsunterschied der eigentliche Kern und die tiefere Ursache der Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenschaft während des letzten Amtsjahres liegen. Alles andere sind nur Begleiterscheinungen.»²⁵⁴

1938, sechs Jahre später, wird sich Hubert Freisleben in vielen Passagen ähnlich positionieren und diese Inhalte, nach der unterbrochenen Kontinuität durch die Hochschülerschaft Österreichs, wieder aufnehmen und zur Gleichschaltung der Studentenschaft im Sinn des Nationalsozialismus beitragen.²⁵⁵ Diese Aussagen, im Zusammenhang der gesamten Deutschen Studentenschaft getätigt, die alle Studenten im Deutschen Reich, in Österreich und in den ›sudetendeutschen Gebieten‹ betreffen, haben natürlich auch Auswirkungen, insbesondere erklären sie teilweise die kommenden Auseinandersetzungen – nicht zuletzt auch mit den katholischen Studierenden in Österreich.

Die katholischen Studenten verlassen die DSt. in Österreich

Ab diesem Beschluss 1932 gab es also jene (teilweise) demokratische Deutsche Studentenschaft nicht mehr, die viele Professoren an der Universität noch immer zu sehen glaubten. Ja die früheren Standpunkte wurden von den nationalsozialistischen Führern bestritten und bekämpft. Wenn nun Griesebner in diesem Zusammenhang die teilweise blutigen Auseinandersetzungen 1932 und 1933 an den österreichischen Universitäten als »Zusammenstöße zwischen Dollfuß-Anhängern und nationalsozialistischen Studierenden«²⁵⁶ bezeichnet, so trifft dies zwar für einen Teil zu, greift jedoch insgesamt zu kurz. Denn die nationalsozialistischen Studierenden drangsalierten nicht nur katholische Andersdenkende sondern nach wie vor in erster Linie jüdische und sozialdemokratische Studierende.

Die Dynamik an den Universitäten ging dabei nach wie vor von den völkischen Studierenden aus, die sich lautstark, gewalttätig und zunehmend mit Terrormethoden in Szene setzten. Dagegen waren nun auch die christlichen Studierenden in der Defensive, die sich bisher allerdings nicht gegen solche Übergriffe gegen andere gewehrt hatten. Außerdem war das katholische Lager heterogen, weil viele noch eine Mitarbeit in der Deutschen Studentenschaft wünschten, weil ein Teil der katholischen Studierenden für und ein anderer Teil gegen das Führerprinzip eingestellt war und weil es bis 1938 Differenzen gab, ob nun die

²⁵⁴ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D2: 23257/1/32: »Hochschulpolitik im Rahmen der Gesamtpolitik«, S. 4

²⁵⁵ vgl. das spätere Kapitel dieser Arbeit: »Die Universitäten während der nationalsozialistischen Herrschaft«

²⁵⁶ Griesebner (1990): Politisches Feld Universität, S. 42

nationalsozialistischen Kameraden oder nach wie vor Juden und Sozialdemokraten die Hauptgegner waren. Jedenfalls aber fühlten sich die meisten katholischen Studenten »deutsch« und betonten das nach wie vor.

Dennoch keimte im Dezember 1932 der fast vergessene Konflikt zwischen »nationalen« und »katholischen« Studenten wieder auf. Die katholischen Studierenden wollten den totalen Führungsanspruch der völkischen Studenten nicht akzeptieren. Nunmehr gingen die nationalsozialistischen Studenten dazu über, nach Juden und Sozialdemokraten auch wieder gegen die katholischen Studenten in Kampfbereitschaft zu gehen. Die massiven Körperverletzungen auf allen Seiten nahmen zu. Somit war der Honigmond zwischen nationalen und katholischen Studenten, wie er seit 1918 die Universitäten geprägt hatte, endgültig vorbei.

Der damalige Vorsitzende der Katholisch-deutschen Hochschülerschaft, Josef Klaus, erklärt diese erneute Feindseligkeit durch die neue Vormachtstellung der nationalsozialistischen Studierenden.

»Bei den Studentenwahlen 1932 kandidierten die nationalsozialistischen Studenten und bildeten in der Kammer eine ansehnliche und lautstarke Fraktion. Wenn bis 1931 noch eine urbane, demokratische und akademische Gesprächsbasis zwischen der nationalen und der katholischen Gruppe - angeführt dort von der Burschenschaft, hier vom CV - bestand, so wurde es mit dem Auftreten des NS-Studentenbundes bald anders. In der Studentenschaft kam es zu ödem Geplänkel, die NS-Vertreter saßen im Braunhemd da und gefielen sich in martialischen Reden und Gebärden.

Im Wintersemester 1932/33 schien die Arbeit in der Studentenvertretung fast lahmgelegt, die nationale Seite wurde mehr und mehr radikalisiert, homogen nationalsozialistisch und tyrannisierte uns Andersdenkende [...]«²⁵⁷

Im Dezember kam es zum totalen Krach bei einer Versöhnungsfeier und zu Schlägereien, die auch an der Universität ihre Fortsetzung fanden.

»Die katholische Fraktion beschloss den Austritt aus der Deutschen Studentenschaft und verlangte deren Auflösung. Aus war's mit der Studenteneinigkeit, mit der Studentendemokratie, mit dem Hochschulfrieden.«²⁵⁸

Unruhen an den Universitäten

Der Auszug der katholischen Studenten aus der DSt. erfolgte am 3. Dezember 1932. Denn einen Tag nach einem Kreistag (des Kreises 8 der Deutschen Studentenschaft) in den Wiener Sophien-sälen eskalierte die Situation beim sogenannten Farbenbummel im Arkadenhof der Universität

²⁵⁷ Klaus (1971): Macht und Ohnmacht im Staate Österreich, S. 24

²⁵⁸ Klaus (1971): Macht und Ohnmacht im Staate Österreich, S. 26 (Hervorhebung nicht original)

Wien erneut. Das langdauernde Bündnis zwischen katholischen und nationalen Studenten zerbrach endgültig – auch wenn dies zunächst noch nicht allen bewusst war.

Der CVer Heinrich Drimmel (Nordgau) schildert, dass viele akademischen Würdenträger die Radikalität der Nationalsozialisten nach wie vor nicht durchschauten. Denn es hatte der Rektor der Universität Wien,

»der Paläontologe Othenio Abel, eine Weltkapazität seines Faches, die SA- und SS-Männer aus der Studentenschaft herangezogen. In Erinnerung an die Akademische Legion von 1848 sollten sie, wie der Rektor meinte, als eine unparteiische Legion Ordnung halten. [...] Es wäre nicht übler ausgegangen wie an hunderten Samstagen zuvor, hätte nicht der Rektor die SA- und SS-Männer in die Arkaden geschickt, die mit ihren Riemen und Stahlruten über die Katholen herfielen. Ich sehe, wie man den blutenden Josef Klaus, Vorsitzender der katholischen deutschen Hochschülerschaft Wiens, aus dem Getümmel bringt.«²⁵⁹

Jetzt wurden die radikalen Nationalsozialisten zu Gegnern der katholischen Studenten. Dennoch fällt auf, dass das persönliche Verhältnis trotz tätlicher Auseinandersetzungen zum Teil auch mit den Gegnern ein sehr gutes blieb: So schreibt Josef Klaus in seiner Autobiographie, dass manche Nationalsozialisten von den Folgen ihrer Radikalität erschrocken waren. Auf menschlicher Ebene wählt er hier durchaus positive Worte:

*»Auf meinem Kopf sauste eine[...] Stahlrute nieder, ich blutete, ließ mich aber nicht wegführen. Ein Semesterkollege, Roman Jäger, ein **idealistischer** Nationalsozialist, kam auf mich zu und wollte mir irgendwie helfen, bekam aber eine grimmige Abfuhr«²⁶⁰*

Doch nicht nur Josef Klaus wurde bewusstlos geschlagen und musste ins Rektorat gebracht werden, auch Klaus' und Drimmels späterer stellvertretender Sachwalter Rappolt und noch einige andere wurden schwer verletzt, unter ihnen auch der Sohn des Bundespräsidenten Miklas. Noch am selben Tag beschloss die KDHÖ den Austritt aus der DSt. Doch selbst zu diesem Zeitpunkt bekannte man sich nach wie vor zur gesamtdeutschen Gemeinschaft:

»Der Vorstand der katholischen deutschen Hochschülerschaft Österreichs [...] hat im Hinblick auf die gestern und heute in Wien stattgehabten Vorfälle einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Die KDHÖ bekannte sich stets und erklärt sich auch heute eindeutig für den Gedanken einer gesamtdeutschen über den Parteien stehenden studentischen Gemeinschaft. Mit tiefer Empörung nimmt daher die KDHÖ Stellung gegen die durch planmäßige Provokationen und Schlägereien erfolgte Zerstörung der Deutschen Studentenschaft von waffenstudentischer und nationalsozialistischer Seite.

Die KDHÖ sieht durch die in Wien erfolgten frechen Überfälle auf katholische Studenten in Zusammenhang mit ähnlichen Vorfällen aus jüngster Zeit in Graz und Innsbruck

²⁵⁹ Heinrich **Drimmel**: Die Häuser meines Lebens. Erinnerungen eines Engagierten. Wien/München 1990; S. 168f

²⁶⁰ Klaus (1971): Macht und Ohnmacht im Staate Österreich, S. 25

Verrat an der Idee der DSt. und die Zerstörung ihrer geistigen Grundlage. Sie betrachtet daher die Deutsche Studentenschaft als aufgelöst. [...]« ²⁶¹

Damit zeichnete sich bereits eine Entwicklung ab, die im Sommer 1933 zu einem Verbot der nationalsozialistischen Partei und die Auflösung von Organisationen führten, die ihr nahe standen, wie z.B. der DÖTZ – und schließlich auch zur endgültigen Auflösung der Deutschen Studentenschaft durch die Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur.

Der Terror, intensiviert ab dem Frühjahr 1933 nicht nur an den Universitäten, sondern in ganz Österreich, sollte den Herrschaftsanspruch der Nationalsozialisten unterstreichen – durch Aufmärsche, Schmierereien, Straßenraub, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, ja sogar Anschläge auf Polizei und Gendarmeriebeamte oder Sprengung von Telefonleitungen. Die Unruhen in den nächsten Monaten zeigen, dass die Universitäten einen Schwerpunkt der nationalsozialistischen Agitation bildeten.

Bereits zu Beginn des Sommersemesters hatte die Bundespolizei einzelnen Regierungsmitgliedern streng vertraulich mitgeteilt, dass »im kommenden Sommersemester die Österreichischen Hochschulen, vor allem die Wiener Universität besonders stark von nationalsozialistischen Parteigängern aus dem Deutschen Reiche besucht werden sollen, welche hier eine erhöhte Werbetätigkeit für die nationalsozialistische Bewegung entfalten werden. Es wird daher in nationalsozialistischen Kreisen damit gerechnet, dass das Sommersemester 1933 an den Wiener Hochschulen sehr unruhig verlaufen werde.«²⁶²

Bereits ein Jahr zuvor war es auch in Innsbruck zu Zusammenstößen zwischen nationalsozialistischen Studierenden und jenen der »Ostmärkischen Sturmsharen« gekommen.

»Von 1600 Personen waren etwa 400 Nationalsozialisten erschienen. Die Nationalräte Franz Kolb und Kurt Schuschnigg sollten über »Das zerrissene Tirol« und »Die legitimistische Gefahr« sprechen. Bei der Eröffnung der Versammlung inszenierten die Nationalsozialisten, hauptsächlich reichsdeutsche Hochschüler, ein Pfeifkonzert und intonierten Sprechchöre wie »Südtirol verrecke!« und »Deutschland erwache!«. Die Sturmshärler sangen das Andreas-Hofer-Lied, worauf die Nationalsozialisten das Deutschland- und das Horst-Wessellied anstimmten. Dabei kam es zu Tumulten.« ²⁶³

Mit der Machtübernahme Hitlers im Deutschen Reich hatten sich die Unruhen an den österreichischen Universitäten und Hochschulen weiter verstärkt. Doch nicht nur Studierende, selbst manche Professoren und Mittelbauer ließen an einigen Universitäten offen Sympathien für die Nationalsozialisten erkennen und forderten etwa noch im März 1933 den Anschluss ans Deutsche Reich. An der Hochschule für Bodenkultur etwa fand die Anmeldung einer Anschlusskundgebung einhellige Unterstützung des Professorenkollegiums – bis auf zwei

²⁶¹ Originalbrief abgedruckt in: Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 254

²⁶² AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1929-1933; 10169-I /1; 5.5.1933

²⁶³ Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 146

Professoren, die ein Separatvotum einbrachten. Es waren dies der Legitimist Prof. Hans Karl Freiherr von Zeßner-Spitzenberg (1885-1938), der später im Konzentrationslager Dachau den Tod finden sollte und Prof. Emmerich Zederbauer.

Ihre Bedenken waren, dass sich solch eine Kundgebung gegen die Souveränität und Eigenstaatlichkeit Österreichs wende, dass dies eine politische Kundgebung an der Hochschule sei, noch dazu eine parteipolitische Veranstaltung der NSDAP und »daher nicht frei von Taktlosigkeiten gegen parteipolitisch anders denkende Teilnehmer«. Dadurch werde zudem der Eindruck erweckt, die Hochschule als Ganzes würde sich für den Anschluss aussprechen, der dort anwesende Rektor werde nicht mehr als unparteilich gesehen werden.²⁶⁴ Die DÖTZ streicht diese »Anschlusskundgebung an der Hochschule für Bodenkultur« tatsächlich besonders heraus:

»Im Namen der »Deutschen Studentenschaft« sprach cand. Ing. forest. Helmut Riedl, der in begeisterten Worten darauf hinwies, dass dem deutschen Volke in Adolf Hitler ein Führer erstanden ist, der es nach vierzehnjähriger Nacht wieder zum Lichte führen wird und der jene Gemeinschaft wirklich schuf, von der schon so viel gesprochen, aber nur gesprochen wurde: die wahre Volksgemeinschaft. »Und die Aufgabe von uns Jungen ist es nun, dafür zu kämpfen, das wir Österreicher, die wir noch abseits stehen, den uns von unseren Feinden verwehrten Anschluss an unser Mutterland finden und es wahr werde: Ein Volk, ein Reich!«²⁶⁵

Die DÖTZ spricht offen vom Hitlergruß auch durch anwesenden Katholiken. In der Tat war die katholische Studentenschaft an der Universität gespalten, die CV-Verbindung »Pflug« ließ sogar entgegen der übergeordneten CV-Beschlüsse Mitglieder in die NSDAP eintreten.

In den folgenden Wochen wurden Werbeplakate für die SS angebracht, das Kulturanstaltete einen Vortrag zum Thema: »Der Einfluss der Juden auf die Kultur« und am 15. Mai 1933 wurde auf einem Turm der BOKU eine Hakenkreuzfahne angebracht. Nachdem an den Schlössern, die zum Turm führten, manipuliert worden war, dauerte es sehr lange, bis sie wieder entfernt werden konnte.²⁶⁶ An vielen Universitäten waren im Keller Schießstätten eingerichtet worden, in denen sich national(sozialistisch)e Burschen für den Kampf übten, auch an der Universität Wien.

Im März kam es am Wiener Anatomischen Institut zu massiven Ausschreitungen der Nationalsozialisten vor allem gegenüber jüdischen und sozialdemokratischen Studierenden. Dies sollte sich mehrmals wiederholen, auch am 9. Mai 1933: Unschuldig berichtet die DÖTZ:

²⁶⁴ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 91

²⁶⁵ DÖTZ 8.3.1933, S 5

²⁶⁶ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 92



Abbildung 1: Nationalsozialistischer Terror im Anatomischen Institut; Bild: Ernst & Hilscher; 1933; © VGA; ÖNB E2/451
Auseinandersetzung zwischen nationalsozialistischen und wahrscheinlich jüdischen Studierende am Anatomischen Institut der Universität Wien in der Währingerstraße: Studentinnen verlassen das Gebäude mit Leitern.

»Gestern sind nun die von der jüdischen und verwandten Systempresse heißersehnten Hochschulunruhen tatsächlich ausgebrochen, und zwar am Anatomischen Institut, wo es zu schweren Prügeleien kam. Ein Übergreifen der Unruhen auf das Hauptgebäude der Universität konnte dank der nationalsozialistischen Disziplin im Keime erstickt werden«²⁶⁷

Es ist symptomatisch, dass die DÖTZ die Unruhen gerne als spontan bezeichnet und dann die Nationalsozialisten als Ordnungskraft darstellt. Über eine Offensive an Aktionen im Mai informiert die DÖTZ ihre Leser sehr genau: So gab es am 6. Mai »größeren Unruhen« während eines Protestbummels der Innsbrucker Studentenschaft, »die gegen die Regierung Dollfuß gerichtet waren«,²⁶⁸ oder am 10. Mai eine »Austreibung der Juden aus der Technik« in Wien, in deren Verlauf »Heimwehr-Wichtigtuer [...] windelweich geprügelt« wurden.²⁶⁹

Am 27. Mai 1933 wurde sogar Bundeskanzler Dollfuß am Betreten der Universität gehindert. Am 29. Mai wurden die Wiener Hochschulen für mehrere Tage geschlossen. Danach herrschte Legitimationszwang. Im Juni wurden bei studentischen Krawallen in Wien auch amerikanische Staatsbürger verletzt. Die Täter konnten nur teilweise festgestellt werden.

Resigniert schreibt ein Beamter über diesen Vorfall auf den Umschlag des Aktes: »Es ist wohl zwecklos, die Angelegenheit bei den akademischen Behörden weiter zu betreiben, da bei den bisher von diesen Behörden geübten Methoden, Hochschulunruhen zu bekämpfen, wohl nur sehr selten Täter festgestellt worden sind.«²⁷⁰

Stattdessen beauftragten die Rektoren die Nationalsozialisten der Deutschen Studentenschaft mit Sicherungsmaßnahmen gegen die Nationalsozialisten, auch an der BOKU. Dies führte zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen national(sozialistisch)en und katholischen Studenten,

²⁶⁷ DÖTZ 10.5.1933, S. 5

²⁶⁸ DÖTZ 7.5.1933, S. 1

²⁶⁹ DÖTZ 11.5.1933, S. 5

²⁷⁰ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1929-1933, 16112-I-1: 7.6.1933, 13.7.1933

die ohnedies an der Hochschule für Bodenkultur zu dieser Zeit nur eine kleine Minderheit waren:

Daraufhin wurde ein Tordienst eingerichtet, den allerdings katholische Beobachter als »Naziordner« bezeichneten. Als schließlich die NSDAP verboten wurde, kam es am 20. Juni an der Hochschule für Bodenkultur zu neuerlichen Krawallen: Vertreter der Deutschen Studentenschaft riefen für 10 Uhr eine Versammlung ein. In der Aula wurde beschlossen, dass »CVer, Heimatschützer und andere österreichische Menschen«²⁷¹ das Gebäude ausschließlich durch Nebenausgänge verlassen durften, um zu zeigen, wer hier die Herr im Hause sei. Ein Katholik, der versuchte, doch den Hauptaussgang zu nehmen, wurde verprügelt. »Zum Abschluss der Versammlung sangen die Anwesenden das Horst-Wessel-Lied und das Deutschlandlied, wobei angeblich auch Rektor Porsch die Hand zum Hitlergruß erhoben haben soll.«²⁷²

Die Reichspost reagierte auf ihre Weise. Nun sollte sich der Antisemitismus der Reichspost mit dem der Nationalsozialisten und ihren vermuteten Verbündeten messen. Deshalb berichtet nun das Blatt am 21. Juni 1933 genüsslich von den Ausschreitungen und bezeichnet Porsch als

»merkwürdigen Rektor«:

»Während der Versammlung, bei der ›Heil Hitler!‹ und ›Dollfuß verrecke!‹ geschrien und Spottlieder auf die Regierung gesungen wurden, tat der Rektor fröhlich mit und hob – ohne durch seine Abstammung dazu Veranlassung zu haben – schließlich beim Horst-Wessel-Lied und zum Hitlergruß die Hand.«²⁷³

Der hervorgehobene Zwischensatz dieser der christlich-sozialen Partei und dann dem austrofaschistischen Ständestaat nahe stehenden Zeitung zeigt vorhandene antisemitische Tendenzen, die auch vor möglichen Sympathisanten Hitlers nicht halt machen.

Dementsprechend heftig fiel die Reaktion des Rektors aus: Er habe sich niemals aktiv politisch betätigt. »Man ist sogar auf Grund der Tatsache, dass ich niemals einer schlagenden nationalen Studentenverbindung angehörte, so weit gegangen, mich als jüdisch-liberal zu verdächtigen und [...] meine arische Abstammung anzuzweifeln.«²⁷⁴



Abbildung 2: Otto Porsch, 1939

Rektor der Hochschule für Bodenkultur.

Bild: Sammlung Zeitgeschichte © ÖNB; P 1451

²⁷¹ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 93

²⁷² Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 93

²⁷³ Reichspost 22.6.1933, *Hervorhebungen nicht original*

²⁷⁴ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 95

Doch auch der Bauernbund ging auf Distanz zum Rektor. Der niederösterreichische Landeshauptmann und spätere Ehrensensator der BOKU, Josef Reither, zog einen sehr deutlichen Schluss:

»Es ist untragbar und unverständlich, dass der Rektor der Hochschule für Bodenkultur und die ihm gleichgesinnten Professoren offen und eindeutig [...] zur nationalsozialistischen Partei sich bekannt haben. Wir dulden keine Stunde mehr, dass dieser Rektor die Hochschule wieder betritt und verlangen von der Regierung, dass er sofort entlassen wird.«²⁷⁵

Tatsächlich informierte das Unterrichtsministerium, dass ein Auftrag zur Untersuchung dieser Vorfälle ergangen sei. Der Druck der Politik und der Behörden auf die Universitäten verstärkt sich. Während dieser Untersuchung äußert sich Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, der gemeinsam mit August Maria Knoll und Ernst Karl Winter Mitglied der ›Österreichischen Aktion‹ gewesen war, kritisch über die Deutsche Studentenschaft. Sie sei ungesetzlich und trage die alleinige Verantwortung an den Vorfällen, die nach dem Auszug der katholischen Gruppe eine reine NS-Zweigvereinigung geworden sei und streng nach dem Führerprinzip vorgehe. Die Demonstration sei eindeutig nationalsozialistisch gewesen. Zeßner spricht sogar von »studentischem Terror.«²⁷⁶

Das Ministerium hat schließlich in einem eigenen Akt die Schließungen der Universität und der wichtigsten Hochschulen in Wien aufgrund der Unruhen zusammengefasst:²⁷⁷

Schließungen der Hochschulen im Studienjahr 1932/33

Universität Wien

17.10.- 20.10. 1932:	Einen Tag nach den »Simmeringer Vorfällen«, bei denen während eines Nazi-Aufmarsches von einem Arbeiterheim aus Nationalsozialisten erschossen wurden ²⁷⁸ , wurden Schließungen der Universitäten verfügt: am selben Tag wurde jedoch die Universität für Inskriptionen, Prüfungen und Institutsarbeiten (gegen Legitimation) geöffnet.
26. 10.-30.11. 1932:	Volle Schließung der Universität samt allen Nebengebäuden
27.2.-1.3. 1933:	Schließung in den Faschingsferien

²⁷⁵ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 94

²⁷⁶ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 96

²⁷⁷ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1933, 21652

²⁷⁸ vgl. Kurt **Bauer**: »... jüdisch aussehende Passanten«. Nationalsozialistische Gewalt und sozialdemokratische Gegengewalt in Wien 1932/33. In: Das jüdische Echo 54/2005, S. 125-139; S. 132: »Am 22. Oktober inszenierten die Nationalsozialisten das Begräbnis der beiden getöteten SA-Männer als politische Demonstration, an der laut Polizeiangaben 7500 Trauergäste teilnahmen. An der Spitze des Zuges fuhren 46 Motorräder und zwölf Autos; im Zug befanden sich 2000 SA-Männer, zahlreiche Hitlerjungen, 200 Mandatäre und Funktionäre der NSDAP sowie Vertreter von Hochschulkorporationen und **prominente Universitätsprofessoren**.«, Hervorhebung *nicht original*)

20.3.1933:	Sperre der anatomischen Institute
25.3.1933:	Schluss der Vorlesungen des Wintersemesters
24.4.1933:	Beginn der Vorlesungen des Sommersemesters
27.5. -12.6. 1933:	Sperre des Hauptgebäudes und aller Nebengebäude
8.6.1933:	Abhaltung von Prüfungen wird gestattet
ab 12. 6.1933:	Lehrbetrieb für Praktika, Übungen und Prüfungen eröffnet, außerdem werden an der medizinischen Fakultät alle Vorlesungen die für das II. und III. Rigorosum erforderlich sind, ebenso sämtliche Vorlesungen an den beide theologischen Fakultäten abgehalten; an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät wurden alle Pflichtübungen in vollem Umfange aufgenommen. Im Übrigen werden an <u>allen</u> Fakultäten zahlreiche Vorlesungen in der Form von Übungen abgehalten. Der beschränkte Unterrichtsbetrieb dauert bis Ende des Sommersemesters
22.7.1933	Verspätetes Ende des Sommersemesters an der Universität Wien

Technische Hochschule:

17. 10. 1932:	Vorlesungen und Übungen werden abgesagt, Prüfungen normal gehalten.
18./19.10.1932:	Nur Vorlesungen bleiben abgesagt,
22. 3. 1933	Nach dem freisprechenden Urteil im Simmeringer Prozess erwies es sich als notwendig, Vorlesungen und Übungen abzusagen, die Prüfungstätigkeit war normal.
10.5.1933	Der Vorlesungs- und Übungsbetrieb entfiel erneut

Hochschule für Bodenkultur: (außerordentliche Schließungen)

29.5.-6.6.1933:	<i>gehalten:</i> Prüfungen und Übungen, <i>nicht geh.:</i> Vorlesungen
7. 6.1933:	<i>ganz eingestellt</i>
8.-10. 6.1933:	<i>gehalten:</i> Prüfungen, <i>nicht geh.:</i> Vorlesungen und Übungen
12.-13. 6.1933:	<i>gehalten:</i> Praktika, Übungen und Prüfungen, <i>nicht geh.:</i> Vorlesungen
20. 6.1933, ab 11 h:	<i>ganz eingestellt</i>
21.6.- 2.7.:	<i>gehalten:</i> Übungen und Prüfungen, <i>nicht geh.:</i> Vorlesungen
Auf den Rektorstag wurde im Sommersemester 1933 verzichtet	

Die Auflösung der Deutschen Studentenschaft

Die Situation an den Universitäten war also so sehr eskaliert, dass an einen geregelten Lern- und Studierbetrieb kaum mehr zu denken war. Nochmals appellierte die KDHO am 14. Juni 1933 an die Universitäten und an den Wiener Rektor Abel als Vorsitzenden der Rektorenkonferenz für die Auflösung der ›Deutschen Studentenschaft‹ – allerdings nicht ohne grundsätzliches Bekenntnis zu einer gesamtdeutschen Studentenschaft:

Angesichts der letzten Ereignisse an den österreichischen Hochschulen erlaubt sich die K.D.H.Ö., die Hochschulbehörden auf die noch ausstehende Erfüllung der anlässlich der

Ausschreitungen im November und Dezember 1932 überreichten Forderungen hinzuweisen.

Durch die damaligen Vorfälle war der D.St. die Grundlage ihres Bestandes entzogen und sie dadurch praktisch aufgelöst. Die K.D.H.Ö. hat, um unliebsame Weiterungen hintanzuhalten und die Grundlage für eine Neugestaltung sicherzustellen, ersucht, dass im Sinne der richtigverstandenen Hochschulautonomie die zuständigen Hochschulbehörden die Übernahme der Räume und Ämter der DSt. durchführen mögen.

Die letzten Ereignisse an den österreichischen Hochschulen haben gezeigt, dass der NSDStB und die Völkische Front nicht in der Lage sind, die Aufrechterhaltung der Ordnung, die für eine gedeihliche Zusammenarbeit eine erste Voraussetzung ist, an den Hochschulen zu gewährleisten, und deshalb die Gefahr von Eingriffen in die Freiheit der Hochschulen heraufbeschwören könnten. Wir ersuchen die Hochschulbehörden, unseren damals geäußerten Forderungen möglichst bald nachzukommen und die Einrichtungen und Ämter der damaligen DSt. aufzulösen bzw. in einen neuen Rahmen überzuführen (Wirtschaftsverein und Amt für Leibesübungen).

Die K.D.H.Ö. bekennt sich nach wie vor zur Idee einer deutschen Hochschulgemeinschaft. Sie verabsäumt jedoch nicht, darauf hinzuweisen, dass sie im Zuge der Neuordnung die Berücksichtigung der katholischen Gruppe bei Vergebung von Räumen in derselben Weise, wie sie den anderen Gruppen gewährt wird und gemäß ihrer Stärke und Bedeutung erwartet.

Wir zeichnen mit dem Ausdruck der geziemenden Ehrerbietung ergebenst für die K.D.H.Ö.

*Josefine Reiter, Theodor Veiter*²⁷⁹

Offenbar dachten auch die katholischen Studierenden zu diesem Zeitpunkt nicht an eine endgültige Abschaffung der Deutschen Studentenschaft und die Einrichtung einer Österreichischen Hochschülerschaft, wie sie sehr bald kommen sollte. Drei Wochen später, am 5.7.1933 sagten sich nun auch die österreichischen CV-Verbindungen vom gesamtdeutschen, sich bereits in Gleichschaltung begriffenen Cartellverband los, weil sie nicht das Führerprinzip einführen wollten und auch nicht sich auf das großdeutsche Bekenntnis festlegen lassen wollten. Ein Österreichischer Cartellverband (ÖCV) wurde gegründet.

Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg, in dieser Funktion erst wenige Tage im Amt (er nahm dies als zweites Ressort zum Justizministerium dazu, dessen Minister er seit 1932 war), griff an der Universität hart durch, wo seine Vorgänger die postulierte Autonomie der Universitäten noch gewahrt hatten, obwohl bereits Gewalttätigkeiten an der Tagesordnung waren. Jedenfalls kam der Erlass des Unterrichtsministeriums im Juli 1933, der außer dem Verbot der Deutschen Studentenschaft auch Hochschulwachen vorsah, für die akademischen Behörden unerwartet:

»Die wiederholten Störungen der Ruhe und Ordnung auf akademischen Boden, die sich während des Studienjahres 1932/33 ereigneten, haben verschiedentlich Gesundheit und

²⁷⁹ UAW, S.Z. 941/1 aus 1932/33

Leben von Menschen in schwerster Weise gefährdet und zu strafrechtlich verpönten Handlungen geführt, so, dass es dringend geboten erscheint, die nunmehr beginnenden Ferien dazu zu benützen, geeignete Maßnahmen zu treffen, um derartigen Vorkommnissen wirksam zu begegnen, bzw. ihre Wiederkehr nach Möglichkeit auszuschließen.

Hierfür ist zunächst von Bedeutung, die Ursachen dieser Unruhen, soweit sie eben greifbar sind, zu erfassen und hinweg zu räumen. Es wird von diesem Gesichtspunkte aus notwendig sein, ein Verbot für alle nicht unmittelbar auf den Lehr- und Forschungsbetrieb der Hochschulen bezugnehmenden Ankündigungen zu erlassen, sowie eine strenge Zensur der übrigen Verlautbarungen durch den Rektor einzuführen. Die Ankündigungstafeln der verschiedenen Vereinigungen hätten zur Gänze zu verschwinden.

Des weiteren werden die noch immer de facto in Tätigkeit befindliche Studentenschaften, welche nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 20.Juni 1931, Z.V 2/3/12 keinen rechtlichen Bestand haben, endgültig aufzulösen sein, insbesondere die Deutsche Studentenschaft, Kreis 8 sowie die verschiedenen ›Ämter‹ derselben, welche ihre Lokale zu räumen haben werden. [...] Es sind daher alle Studentenschaften an den Hochschulen – insoweit sie nicht als Vereine bestehen – seitens der Rektorate aufzulösen«²⁸⁰

Dadurch, dass die Deutsche Studentenschaft in Innsbruck ein eigener Verein war, galt diese Verordnung für sie nicht – doch war auch sie schon seit 2. Mai 1933 wegen vereinsrechtlicher Mängel aufgelöst, woran eine Berufung nichts mehr änderte. Am 20.September wurde auch diese abgewiesen.²⁸¹

In der Argumentation des Ministeriums ist bemerkenswert, dass ausschließlich auf die Unruhen des Jahres 1932/33 verwiesen wird – als nämlich die Gewalttätigkeiten auch auf die katholischen Studenten ausgeweitet wurden, die bereits Jahre zuvor wiederholt gegen jüdische und sozialdemokratische Studierende angewandt worden waren. Auch wenn die Gewalttätigkeiten an Intensität zunahmen und die Sachbeschädigungen größer wurden, so lässt sich der Verdacht, hier würde die Klientel der Regierung geschützt, nicht gänzlich ausräumen.

Im Wintersemester 1933/34 mahnt das Ministerium immer wieder ein, dass die Universitäten nicht im Sinne seiner Erlässe tätig geworden waren seien.

*»Schon mit Erlass vom 6. Oktober 1933, Zl.26646/I-1933 ist die Entziehung jener Räume an allen Hochschulen, die dem Vereine ›Studentischer Arbeitsdienst‹ laut h.o. Vorakten Räume zugestanden hatten, angeordnet bzw. eingeleitet worden. **Das Verhalten der akademischen Behörden in dieser Angelegenheit, welches hierauf an den Tag gelegt wurde, muss als sehr befremdend bezeichnet werden.** Die Universität Graz hat bisher den eingeforderten Vollzugsbericht überhaupt nicht erstattet.«²⁸²*

Erstmals blitzt in diesem Erlass auch ein Programm auf, und es wird ein Ziel formuliert, wie die Hochschulen nun aussehen sollen. Die Maßnahmen wurden also erlassen, um

²⁸⁰ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1933, 21974/I-1

²⁸¹ Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 270f

²⁸² AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1933, 28535-I,1 (Hervorhebungen *nicht* original)

»die Hohen Schulen Österreichs unverzüglich aus der leidenschaftlich-politischen Atmosphäre herauszuführen und sie ihrer wahren Bestimmung, der ruhigen, durch eine skrupellose Agitation ungetrübten Pflege von Forschung und Lehre und der Heranbildung einer vaterlandstreuen zu strenger Sachlichkeit, ernster Pflichterfüllung und restloser Hingabe an Wissenschaft und Berufserzogenen akademischen Jugend wiederzugeben. [...]

Angesichts der Tatsache, dass die ›Deutschen Studentenschaften‹ in Österreich der im Deutschen Reiche bestehenden ›Deutschen Studentenschaft‹ organisatorisch eingegliedert sind, die sich in fortgesetzter Propaganda und sonstigen Treibereien gegen die österreichische Unabhängigkeit ergeht, sowie angesichts des verfassungsgerichtlich festgestellten Mangels einer zureichenden Rechtsgrundlage für derartige ›Studentenschaften‹ wurden die akademischen Behörden angewiesen, dieselben für den akademischen Bereich aufzulösen, ihnen die von ihnen benützten Hochschulräumlichkeiten noch vor Beginn des neuen Studienjahres zu entziehen und jede, wenn auch verschleierte Neubildung solcher Vereinigungen, mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern.«²⁸³

Was jahrelang toleriert worden war, nämlich, dass nicht rechtmäßige Vertretungsorgane der Studierenden an den Universitäten fungierten, wird erst jetzt, offenbar durch den Druck der Unruhen an den Universitäten durch die Nationalsozialisten, umgesetzt – obwohl Kundgebungen und »Treibereien« für den Anschluss an Deutschland an der Universität nun wirklich nichts Neues waren.

Für Marian Miehl (2008) stellt das Verbot der nationalsozialistisch unterwanderten Deutschen Studentenschaft »in einer Rückschau mit den innenpolitischen Ereignissen an den Universitäten einen einzelnen, und eigentlich den einzigen Schritt gegen den erstarkenden Nationalsozialismus dar. Es wurde von Regierungsseite aus versucht, der nationalsozialistischen Bewegung ihre wichtigsten Betätigungsfelder zu nehmen.«²⁸⁴

Somit sollte wieder die »ungetrübte« und von »Sachlichkeit« geprägte Forschung und Lehre im Mittelpunkt stehen, nicht mehr die Leidenschaftlichkeit politischer Ideologien. Damit wird die bislang weitgehend von allen geteilte Forderung, Parteipolitik von den Universitäten fernzuhalten, von Schuschnigg erweitert.

²⁸³ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1933, 24130-I,1

²⁸⁴ Allerdings ist Miehl in seiner Argumentation nicht ganz schlüssig: Drei Sätze zuvor hat ihn dieses Verbot gar an die »Selbstausschaltung des Parlaments« in Österreich erinnert, weil die katholischen Studierenden zuvor von ihren Funktionen zurückgetreten waren und »die Deutschnationalen die Organisation weiter am Leben halten wollten«, allerdings »daran gehindert« wurden und »ihnen durch die Auflösung des Vertretungsorganes das Betätigungsfeld genommen« wurde.

Miehl (2008): Studentische Vertretungsorganisationen und ihre Politik in der Zwischenkriegszeit, S. 84

Diesen Vergleich halte ich nicht für schlüssig, weil das Vorgehen gegen die im Parlament vertretenen Parteien, insbesondere gegen die Sozialdemokratie in keiner Weise mit den Maßnahmen gegen die antidemokratischen und von Anfang an rassistischen und gewalttätigen Nationalsozialisten vergleichbar ist. Diese hatten ja bereits mit dem Führerprinzip ihre Macht in der Deutschen Studentenschaft gefestigt.

Und noch eine andere Komponente erscheint hier erstmals: Die Sachlichkeit der Forschung und Lehre muss »vaterlandstreu« sein. Sie ist eine »ernste Pflichterfüllung« – im Gegensatz zur Freiheit von Wissenschaft und Lehre in § 17 des Staatsgrundgesetzes von 1867 – und soll für die Wissenschaft, aber auch für die darauf folgenden Berufe mit »restloser Hingabe« erfüllt werden.

Die Tatsache, dass also eine Erziehung zu restloser Hingabe an Wissenschaft und Beruf verordnet wird, erscheint in zweierlei Hinsicht interessant: Natürlich ist es kaum möglich, Gefühle und Haltungen zu verordnen. Andererseits passt diese Verordnung gut in das Bild des austrofaschistischen Ständestaates, in der einerseits immer wieder Forderungen wie diese oder die ebenso erwähnte Vaterlandstreue verordnet und andererseits gezielt durch Heuchelei und »so tun als ob« unterlaufen werden. Außerdem ist die verstärkte Orientierung der Studien an der Berufspraxis interessant. Sie wird 1937 zu Reformen der Lehramts- und Medizinstudien führen, die nun jeweils Praxiszeiten nach dem Studium vorsehen. Und diese Praxiszeiten, die als Verlängerung des Studiums wahrgenommen wurden, sollten zu studentischen Unruhen führen.

Wenn Lichtenberger-Fenz²⁸⁵ davon spricht, dass nach den »tätlichen Auseinandersetzungen zwischen nationalsozialistischen und katholischen Studenten als deren Folge« die Deutsche Studentenschaft verboten wurde und dass Hochschulen und Universitäten »in das sich konsolidierende klerikalfaschistische Regime« eingebunden wurden, macht sich dies hier bereits bemerkbar.²⁸⁶ Es gibt jedoch noch eine andere Komponente, die hier mitbedacht werden muss, nämlich, dass die Deutsche Studentenschaft längst von den Nationalsozialisten unterwandert worden (also selbst »faschistisch«) war und, dass sich der seit Beginn inhärente Antisemitismus und Antimarxismus – und nun auch (wieder) Antiklerikalismus – der DSt.-Funktionäre zu Terrormaßnahmen entfesselter nationaler Hassprediger weiterentwickelt hatte. Eine Beseitigung dieses Miss-Standes, den Lichtenberger-Fenz ja selbst ausführlich beschrieben hat, war also

²⁸⁵ Brigitte **Lichtenberger-Fenz**: Österreichs Universitäten 1930 bis 1945. In: Friedrich Stadler (Hg.): Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien/München 2004, S. 69-82; S. 71

²⁸⁶ vgl. Kurzdefinition: »Die christlich-autoritäre Politik der Regierungen Dollfuß und Schuschnigg, die auf Hochschulboden den neuen Studenten und die neue Elite für den neuen Staat schaffen wollte, schuf auch hier nichts als einen Faschismus, gekoppelt mit einer zweiten katholischen Gegenreformation«. Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 73

Allerdings muss schon gefragt werden, warum hier unbedingt den Kampfbegriff »Klerikalfaschismus« verwendet wird, zumal nicht intendiert war, die Wissenschaft wieder unter die Herrschaft des Klerus zu stellen, was auf die Wurzeln des Kampfbegriffes »klerikal« an der Universität verweist. Übrigens war der zeitgenössische Ausdruck der Sozialdemokraten meist »Klerikofaschismus«:

»Klerikofaschismus« findet sich beim Sozialdemokraten Otto Bauer 1936, wobei dieser die Formel prägte, dass »Heimwehrfaschismus« und »Klerikofaschismus« eben den »Austrofaschismus« ergebe. »Klerikal« war immer wieder ein Kampfbegriff vor allem der national(sozialistisch)en gegen die katholischen Studenten. Auch Hanisch hält diesen Begriff für einen politischen Kampfbegriff; vgl.: Ernst **Hanisch**: Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des »Austrofaschismus«. In: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): »Austrofaschismus«. Beiträge zur Politik, Ökonomie und Kultur. Wien 2005, S. 68-86; S. 68

überfällig. Tatsächlich führten diese Maßnahmen auch nach einiger Zeit dazu, dass der Terror gegen jüdische Studierende aufhörte – wenngleich freilich nicht gesagt werden kann, dass dadurch der Antisemitismus an der Universität gänzlich beseitigt worden wäre.

Damit hat nun Schuschnigg geschickt die aufkommende Ideologie des kommenden Regimes mit der Auflösung der DSt. verbunden. Höflechner sieht durch diese und weitere Maßnahmen, die im nächsten Kapitel besprochen werden, die Universitäten zu Beginn des Wintersemesters 1933/34, »in einem anderen Land«:

»Die ergriffenen Maßnahmen waren angesichts der wüsten Terrorakte der Nationalsozialisten verständlich, ja wohl nachgerade notwendig. Doch sie sind gleichzeitig der Beginn einer neuen Ära gewesen.«²⁸⁷

Auch der zunächst aufkeimende Widerstand der Professoren wurde im Herbst 1933 immer schwächer und erlahmte schließlich. Zur selben Zeit war die Sozialdemokratie zwar noch nicht verboten, hatte aber bereits einen schweren Stand und war zunehmend von Zensurmaßnahmen betroffen: etwa wenn die sozialdemokratischen Studenten auf einem Plakat postulierten, dass sich nun in Österreich »eine ganz neue Art des Faschismus entwickelt« habe – zwischen Bewunderung und Angst gegenüber dem deutschen Vorbild und gleichzeitig der deutschen Konkurrenz.²⁸⁸ Schon vor dem Februar 1934 wurden nun immer wieder auch sozialdemokratische Studenten verhaftet. Und den sozialdemokratischen Studenten wurde bereits im Sommer 1933 der Schaukasten seitens der Universität Wien ebenso entzogen wie den Nationalsozialisten.

Engelbert Broda, der sich während dieser Zeit den Kommunisten angeschlossen hatte, sieht genau hier die Schwächung des beginnenden Abwehrkampfes Österreichs gegen die Nationalsozialisten.

»Die Lage wurde ganz allgemein dadurch tragisch erschwert, dass die oft als klerikofaschistisch bezeichneten, jedenfalls diktatorisch-autoritären Regierungen Dollfuß und Schuschnigg, wenn sie auch versuchten, Österreich gegen die deutschen Übergriffe zu verteidigen, gleichzeitig auf ihrem antidemokratischen Kurs, auf der Verfolgung und Einkerkierung der Linksgesinnten, der Sozialdemokraten und Kommunisten beharrten. So bemühten sich diese Regierungen, gerade jene Kräfte auszuschalten, die die beste Gewähr für die Freiheit Österreichs gegeben hätte.«²⁸⁹

Die Universität Wien blieb im Sommer 1933 jedoch nicht untätig und versuchte, im Sinne dieses Erlasses zu handeln. Im Universitätsarchiv finden sich zwei Listen vom Herbst 1933, in der jene Vereine, die die Anschlagkästen verlieren, und jene, die »für die Führung von Anschlagkästen«

²⁸⁷ Höflechner (1989): Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938, S. 71

²⁸⁸ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 116

²⁸⁹ Broda (1987): Wissenschaft, Emigration und Exil. Reflexionen und Erinnerungen, S. 685

seitens der Universität empfohlen werden.²⁹⁰ Die Nationalsozialisten hatten eine wichtige Basis verloren, aber noch genügend legale Vereine, in denen sie ihre Wirkung entfalten konnten, wie sich noch zeigen sollte. Die »Deutsche Studentenschaft« und ihre Ämter verloren ebenso ihre Anschlagkästen wie etwa die »Völkische Arbeitsgemeinschaft«, der »Nationalsozialistische Studentenverband«, der »Verband deutscher Hochschülerinnen«. Ebenso gingen katholisch-deutsche Hochschulorganisationen ihrer Räumlichkeiten verlustig, aber auch der Verband der sozialistischen Studenten Österreichs. Hingegen wollte der Rektor Vereinigungen wie die Deutsche bzw. Wiener »Gesellschaft für Rassenpflege« ebensowenig untersagen wie das Österreichisch-Französische Hochschulkomitee, den Akademischen Skiklub, Musik- oder Fürsorgevereine.

²⁹⁰ AT-OeStA/AVA Unterricht 4D2/1933; 26037

zwei vollständige Listen finden sich im Anhang dieser Arbeit: Anhang 1 »Anschlagkästen an der Universität Wien haben verloren« und Anhang 2: »Nach Einschätzung des Rektorats sollten zugelassen bleiben«

Die Hochschülerschaft Österreichs (1933-1938): Sachwalter und Rahmenbedingungen

»...geordnete selbsttätige Mitwirkung verantwortungsfähiger und verantwortungswilliger Exponenten...«

»Als das Bundesministerium für Unterricht am Ende des vorigen Sommersemesters den akademischen Behörden den Auftrag erteilte, die Deutsche Studentenschaft für den Hochschulbereich aufzulösen und jede weitere Tätigkeit derselben auf akademischen Boden zu unterbinden, war sie zu diesem Schritte durch die Entwicklung genötigt, welche die Deutsche Studentenschaft in letzter Zeit genommen hatte, deren Fortsetzung zuzulassen mit den Staatsinteressen und der Verantwortung der Unterrichtsverwaltung für das Wohl der österreichischen Hochschulen nicht vereinbar gewesen wäre.«²⁹¹

Mit dieser Begründung für die Auflösung der Deutschen Studentenschaft beginnt jener Erlass, durch den der Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg die Umgestaltung der Studierendenvertretung durch die Einrichtung einer »Hochschülerschaft Österreichs« abschließt. Besonders betont er die Verantwortung seines Ministeriums für die Organisation einer österreichischen Studentenschaft und verwirft die früheren Bestrebungen der Universitäten, eine Selbstverwaltung »isoliert an den einzelnen Hochschulen« einzurichten. Vielmehr brauche es eine Zusammenfassung aller Universitätsvertretungen »in einer verantwortlichen Spitze«. Diese gesamtösterreichische Organisation gibt der Hochschülerschaft von Beginn an einen Status, der denen der Kammern ähnlich ist – allerdings wird die neue Vertretung nicht durch die Studierenden selbst bestimmt:

*»Da jedoch die Berufung eines solchen studentischen Funktionärs den Wirkungskreis der akademischen Behörden überschreiten würde und angesichts der außerordentlichen Zeitverhältnisse auch nicht ohne das besondere Vertrauen der Staatsgewalt stattfinden kann, da ferner studentische Wahlen im gegenwärtigen Zeitpunkte als mit den Staats- und Hochschulinteressen gänzlich unverträglich vorweg nicht in Betracht gezogen werden können, hat sich das Bundesministerium für Unterricht veranlasst gesehen, einen Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich in der Person des Dr. Karl **Stein**, Hauptmann i.R. zu berufen.«²⁹² Die Unterrichtsverwaltung war bei der Berufung des*

²⁹¹ Erlass vom 29. September 1933 ; UAW, S.Z. 274, 1933/34: Der vollständige Abdruck befindet sich im Anhang dieser Arbeit als Dokument 1.

²⁹² Klar ersichtlich ist, dass die neue Vertretung der Studierenden **nicht** im Rahmen der Deutschen Studentenschaft geschaffen wurde, auch nicht provisorisch. Die Ausführung Griesebners, es sei eine »Einsetzung sogenannter Sachwalter der ›Deutschen Studentenschaft‹« erfolgt, und Unterrichtsminister Schuschnigg habe nach Auflösung der Deutschen Studentenschaft »vorerst als deren Sachwalter für Wien den CVler Josef Klaus, für Gesamtösterreich den bis dahin angeblich parteilosen Funktionär der ›Deutschen Studentenschaft‹, Karl Stein« eingesetzt, ist daher nicht korrekt.

*Genannten zu dieser Funktion unter anderem auch von der Erwägung geleitet, dass er in seiner Eigenschaft als Funktionär der bestandenen Deutschen Studentenschaft seinerzeit Gelegenheit hatte, persönlich Arbeit an der studentischen Selbstverwaltung zu leisten und sonach auf jene ihrer in den letzten Jahren gebildeten Traditionen anzuknüpfen, die sich bewährt haben.»*²⁹³

Mit dieser »Berufung« hatte das Unterrichtsministerium unter Kurt Schuschnigg nun sehr rasch die Initiative an sich gerissen. Damit ist ab 29. September 1933 das Kapitel einer Studentenvertretung nach Volksbürgerschaftsprinzip in Österreich endgültig geschlossen. Die nunmehrige Hochschülerschaft Österreichs ist als eine Einrichtung aller österreichischen Studierenden geplant. Damit wird eine den akademischen Behörden entzogene österreichweite Zentral-Studentenschaft eingerichtet, die jetzt das »besondere Vertrauen der Staatsgewalt« genießt – allerdings »vorweg« ohne Wahl durch die Studierenden selbst, weil diese »im gegenwärtigen Zeitpunkte«, mit den »Staats- und Hochschulinteressen gänzlich unverträglich« sei.

Diese Formulierung lässt zwar offen, ob Wahlen zu einem späteren Zeitpunkt nicht doch stattfinden könnten – und unter dem Vorsitzenden Lechner war auch die Rede von möglichen Wahlen – Tatsache ist jedenfalls, dass sie in den fast fünf Jahren der Hochschülerschaft Österreichs nicht stattgefunden haben.

Theodor Weiter berichtet, dass noch im Juli 1933 Absichten bestanden haben sollen, »unter Umgehung der KDHO eine ›Österreichische Studentenschaft in der VF zu gründen«. Der spätere Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten und »glücklose« Bundespräsidentenskandidat 1963, Dr. Josef Kimmel, damals Stabschef der Ostmärkischen Sturmsharen (»eine Feldwebelnatur«) wollte diese Studentenschaft gründen. Weiters Interventionen bei Schuschnigg, um dies zu verhindern, »misslangen aber völlig«. Trotzdem wurden diese Pläne dann fallen gelassen.²⁹⁴

Dadurch, dass Minister Schuschnigg nun in den Vertretern der Hochschülerschaft Vertrauensleute einsetzen konnte, war die Position der Hochschülerschaft Österreichs innerhalb der Hochschulen relativ stark. Denn in den akademischen Gremien konnte sich die Regierung keineswegs der Loyalität der national denkenden Professoren sicher sein. So bekamen zwar die

Außerdem wurde Josef Klaus nicht vom Unterrichtsminister zum Sachwalter der Hochschülerschaft der Universität Wien ernannt, sondern durch den Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs. Der Unterrichtsminister musste dies allerdings genehmigen, ebenso wie die zuständigen akademischen Behörden. Der HÖ-Sachwalter an der Universität Wien bedurfte also der Zustimmung des Akademischen Senats. Die Bezeichnung »Sachwalter für Wien« ist in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht ganz korrekt – gab es doch innerhalb der Hochschülerschaft Österreichs tatsächlich auch einen Gebietssachwalter, nämlich für die steirischen Hochschulen, nicht jedoch in Wien, wo jede Universität ihren eigenen Sachwalter hatte.

vgl: Griesebner: Politisches Feld Universität, S. 44

²⁹³ Erlass vom 29. September 1933 ; UAW, S.Z. 274, 1933/34

²⁹⁴ Weiter (1984): ›Das 34er Jahr‹. Bürgerkrieg in Österreich, S. 135

akademischen Behörden ein Mitspracherecht bei der Ernennung der HÖ-Sachwalter an ihren Hochschulen und Universitäten. Die Hochschülerschaftsfunktionäre konnten nun jedoch dem Ministerium brisante Informationen zukommen lassen, oder Druck ausüben, wenn gegen »vaterländische Prinzipien« verstoßen wurde. Vier Tage nach der bereits erwähnten Information des Sachwalters Klaus über die Vorkommnisse in der Vorlesung Hugelmann²⁹⁵ gibt Minister Schuschnigg ein Rundschreiben »Demonstrative Kundgebungen in Hörsälen an den Hochschulen« an alle Rektoren heraus:

»Es ist mir zur Kenntnis gelangt, dass an einer Hochschule am Schlusse von Vorlesungen seitens einer Mehrzahl der anwesenden Studenten in offensichtlich demonstrativer Absicht das Deutschlandlied, bzw. nach manchen Aussagen das Horst Wessel-Lied gesungen und »Heil Hitler-Rufe« laut wurden.

Ich sehe mich daher veranlasst anzuordnen, dass [...] Vorsorge getroffen wird, jede Art von Beifalls- oder Missfallensäußerungen, Absingen von Liedern, Rufe und ähnliche demonstrative Kundgebungen auch in den Hörsälen unbedingt hintanzuhalten.

Zuwiderhandelnde stören die öffentliche Ruhe und Ordnung und setzen sich der Gefahr aus, im Sinne der Bestimmungen der Vdg. vom 16. Oktober 1933 G.Bl. 474 behandelt zu werden, ganz abgesehen von der ihnen gegebenenfalls drohenden polizeilichen Beanstandung.«²⁹⁶

Nicht nur Klaus, sondern auch Karl von Stein ist diesbezüglich initiativ geworden: Im Juni 1934 informierte er das Ministerium,

»aufgrund von Berichten einzelner Sachwalter, die als Hörer bei verschiedenen Vorlesungen und Übungen teilnehmen, dass die Herren Assistenten bzw. Demonstratoren die politischen Witzeleien über die derzeitige Bundesregierung, die dieser oder jener Hörer zum Besten gibt und gegen welche der einzelne Mitarbeiter oft gar nicht rechtzeitig einschreiten kann, in keiner Weise rügen bzw. ablehnen. Da durch ein solches Verhalten das Ansehen der Bundesregierung verunglimpft wird, stelle ich den Antrag, die Herren Dozenten, Assistenten usw. mittels eines besonderen Erlasses auf dieses ungehörige, passive Verhalten aufmerksam zu machen.«²⁹⁷

Dies tat das Unterrichtsministerium sogleich: Denn zu diesem Zeitpunkt, kurz vor der Ermordung von Dollfuß waren die Nationalsozialisten besonders aktiv. Schuschnigg verlangte »unverzügliche, radikale Abstellung«. Und: »Das Bundesministerium für Unterricht würde es bedauern, wenn es sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, gegen Hochschulangestellte – welcher Art immer – die in Hinkunft wider Erwarten ihre diesbezügliche Pflicht vernachlässigten sollten, mit allen zu Gebote stehenden dienstrechtlichen Mitteln vorzugehen.«²⁹⁸

²⁹⁵ vgl. d. frühere Kapitel dieser Arbeit: »Deutsche Sehnsucht an den österreichischen Universitäten«, S. 42

²⁹⁶ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1933, 30501 -I/1; 30.10.1933

²⁹⁷ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1933, 29676 -I/1; 13.6.1934

²⁹⁸ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 18666 - I / 1, 17.6.1934

Schuschnigg nennt in seinem Erlass zur Einrichtung der Hochschülerschaft Österreichs auch noch eine Komponente, die sich an dem ständestaatlichen Bild der konstruktiven Zusammenarbeit aller Beteiligten in einer Organisation orientiert:

*Andererseits kann von der Tatsache seiner bisherigen Freiheit von jeder Bindung an eine der bestehenden Gruppenbildungen innerhalb der Studentenschaft eine besondere Eignung zur Schaffung einer positiven, für die gutwilligen aufbaufreudigen Elemente aller Richtungen betretbaren Plattform gemeinsamer Arbeit erhofft werden.*²⁹⁹

Auch wenn also die Sachwalter und ihre Referenten und Mitarbeiter nicht durch Wahl legitimiert waren, hatten sie durch die enge Verbindung zum Ministerium eine relativ starke Position. Das Ministerium genehmigte den Hochschülerschaftsvertretern Dinge, die bisher an den Universitäten nicht denkbar gewesen wären. So beschwerte sich Hans Benndorf (1870 – 1953)³⁰⁰, der Rektor der Universität Graz im Ministerium, dass dieses dem Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Graz erlaubt habe, Flugschriften der Hochschülerschaft nicht länger dem Rektorat zur Genehmigung vorlegen zu müssen. Dies wäre sogar »in gewissem Sinne eine Stellung über dem Rektor«, monierte er und erhob »schwerwiegende Bedenken«, weil das zu »untragbaren Verhältnissen« führen könne:

*»Ich kann diese Bitte umso eher stellen, als durch deren Erfüllung der Tätigkeit der Sachwalter nicht der geringste Abbruch geschieht. Der Sachwalter ist dem Herrn Bundesminister für Unterricht direkt unterstellt und ist jederzeit in der Lage, ihn zur Entscheidung über von Seiten des Rektorates vorgebrachte Bedenken anzurufen und eine Verfügung in der betreffenden Angelegenheit von ihm zu erbitten, was erfahrungsgemäß in dringenden Fällen im Verlaufe weniger Stunden geschehen kann.«*³⁰¹

Der Grazer Rektor deutete also an, dass es bereits vorgekommen ist, dass die Sachwalter Entscheidungen des Rektorates vom Unterrichtsministerium aufheben lassen konnten. In der Regel war das Verhältnis zwischen den Sachwaltern und den Rektoren jedoch nicht schlecht,

²⁹⁹ Auch in dieser Formulierung schwingt die Hoffnung durch, durch die autoritäre Führung die politisch anders Denkenden einzubinden. Explizit gilt dieser Auftrag für die Fortsetzung der Tradition; (vgl. Kurt **Schuschnigg**: Österreich muss Österreich bleiben. Die große Rede des Bundeskanzlers und Frontführers Dr. Schuschnigg im Bundestag am 24. Februar 1938; S. 16 – siehe auch Zitat im obigen Kapitel »Deutsche Sehnsucht an den österreichischen Universitäten«). Die HÖ-Sachwalter Stein und Drimmel haben daher nachweislich im Sinne Schuschniggs versucht, eine Brücke zu den nationalen, meist jedoch tatsächlich nationalsozialistischen Studierenden zu schlagen (etwa bei Kontinuitäten der HÖ-Fachgruppe Philosophie an der Universität Wien), während Richard Lechner als Vorsitzender an der juristischen Fakultät einen Neuaufbau unternommen hatte und als Vorsitzender der Hochschülerschaft Österreichs seinen Hauptgegner in den Nationalsozialisten sah, die einen »Unruheherd« an den Universitäten bildeten. *Mitteilung Dr. Richard Lechners* (1992)

³⁰⁰ Hanns Benndorf war ab 1904 außerordentlicher und ab 1910 ordentlicher Professor an der Universität Graz. Seine besonderen Forschungsschwerpunkte waren Luftelektrizität und Erdbebenforschung. 1932–1934 war er Rektor der Universität Graz. 1936 wurde er in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

³⁰¹ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2 19215 -I/1, 18.6.1934, Hervorhebungen *nicht* original

was in den nächsten Kapiteln anhand der Zusammenarbeit der Wiener Rektoren und der Einrichtung der Sachwalterschaft gezeigt wird.

Dadurch, dass die Hochschülerschaft eine bundesweite Vertretung bekommen hat, die noch dazu vom Ministerium ernannt worden ist, erhält die Studierendenvertretung eine Autoritätsstellung gegenüber den akademischen Behörden. Die Sachwalter an den einzelnen Universitäten werden auf Vorschlag des österreichweiten Sachwalters bestellt. Sie bedürfen zwar der Zustimmung der Universitäten – was sowohl von Rektorenkonferenz als auch vom Akademischen Senat betont und herausgestrichen wird – können sich aber immer vertrauensvoll an das Unterrichtsministerium wenden. Die Sachwalter der verschiedenen Universitäten konnten weiters die Leiter der Fachgruppen (Fakultäten) und Fachschaften ernennen.

Zwei Dinge sind an der obigen Verordnung noch bemerkenswert: Es werden die politischen Motive, warum die Deutsche Studentenschaft »derart unmöglich geworden« sei und daher untersagt wurde, sehr offen dargelegt, ohne sich jetzt bei formaljuristischen Begründungen aufzuhalten.

»Es sei daran erinnert, dass die Deutsche Studentenschaft als Kreis 8 der Deutschen Studentenschaft im Deutschen Reiche eingegliedert war und somit einen organisatorischen Bestandteil einer Körperschaft bildete, die nunmehr als öffentlich-rechtliches Organ eines anderen Staatsgebietes und Machtinstrument einer fremden Staatsgewalt angesehen werden muss, einer Körperschaft, die sich zudem in fortgesetzter Propaganda gegen die österreichische Staatsgewalt und ihre Institutionen ergeht.

Es sei weiters daran erinnert, dass die Deutsche Studentenschaft in Österreich zuletzt der einseitigen Herrschaft einer Partei verfallen war, welche die Mitarbeit beachtlicher Gruppen staatsstreuer österreichischer Studierender unmöglich machte, so, dass die Deutsche Studentenschaft zu einer Rumpfstudentenschaft geworden, ihren ursprünglichen Grundgedanken der überparteilichen Zusammenfassung selbst preisgegeben hatte. Schließlich ist die sie beherrschende Partei dem gesetzlichen Verbote der politischen Betätigung in Österreich verfallen.«³⁰²

Damit wird die Gegnerschaft zum Deutschen Reich und zu den Nationalsozialisten klar formuliert. Zweitens wird klar der Wille postuliert, eine solche Vertretung einrichten zu wollen. Auf die zwar »geordnete«, aber immerhin »selbsttätige Mitwirkung verantwortungsfähiger und verantwortungswilliger Exponenten« wird Wert gelegt. Gäbe es keine Vertretung der Studierenden, wäre dies ein »Verlust«. Denn das Ministerium und die Regierung brauchen »verantwortliche studentische Funktionäre als Bindeglied zwischen den akademischen Behörden und der sonst angegliederten und unvertretenen Studentenschaft«. Damit handelt Schuschnigg gänzlich anders als 1849 Thun-Hohenstein und verordnet nach 85-jähriger Vakanz wieder eine Selbstvertretung der Studierenden.

³⁰² Erlass vom 29. September 1933 ; UAW, S.Z. 274, 1933/34

Im Unterschied zur »Deutschen **Studentenschaft**« heißt die Vertretung nun »**Hochschüler-**schaft«, so wie sich bereits die katholischen Studierenden nannten: »Katholisch Deutsche Hochschülerchaft Österreichs«. Mit dem Begriff *Sachwalter* griff das Ministerium auf den jahrhundertlang gebräuchlichen Titel des *Prokurators* der studentischen Nationen zurück: »Sachwalter« ist die deutsche Übersetzung.

Die Hochschülerchaft Österreichs und die österreichischen Hochschulen

Zu Beginn des Wintersemesters 1933/34 fand unter dem Vorsitz des Wiener Rektors Ernst Tomek³⁰³ (1879-1954) eine Sitzung der Rektorenkonferenz³⁰⁴ statt, in deren Mittelpunkt die geänderte Situation der Hochschulen stand. Denn es wurden nicht nur zahlreiche Vereine und die Deutsche Studentenschaft aufgelöst, nicht nur eine Hochschulwache auf universitären Boden errichtet, sondern es trat auch Anfang Oktober ein Erlass des Unterrichtsministers Schuschnigg in Kraft, in dem zahlreiche Professoren in den Ruhestand versetzt wurden. Dies hatte einerseits politische Gründe, denn zahlreiche dem nationalen oder sozialdemokratischen Lager zuzurechnende Professoren wurden nicht mehr länger beschäftigt. Andererseits gab es eine Pensionierung der Ordinarii mit bereits 65 Jahren aus wirtschaftlichen Gründen.

Betroffen davon war der frühere Rektor der Universität Wien, Prof. Wenzel Gleispach, der an der Rektorenkonferenz als Präsident des



Abbildung 3: Ernst Tomek, Rektor der Universität Wien 1933/34;
Bild: Atelier Cobé ©Archiv der Universität Wien 106.I.2556

³⁰³ Univ. Prof. Ernst Tomek war Theologe, seine Fachgebiete waren Kirchenrecht und Patrologie. An der Universität Wien war er außerdem dreimal Dekan der Theologischen Fakultät: 1924-25, 1932-33 und 1938-45. Dass er während der gesamten nationalsozialistischen Zeit Dekan blieb und, dass er einer der regelmäßig publizierenden Autoren in der »Schöneren Zukunft« war, zeigt ihn als Katholisch-Nationalen, von denen viele zu »Brückenbauern« zum Nationalsozialismus wurden, wie Glaise-Horstenau, Böhm, Hudal, Menghin, Nadler oder Srbik; vgl.:

Peter **Eppel**: Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Haltung der Zeitschrift »Schönere Zukunft« zum Nationalsozialismus in Deutschland 1934-1938. Wien/ Köln/Graz 1980
(= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 69); S. 326

³⁰⁴ vgl. UA. S. Z. 145 aus 1933/34

Verbandes der österreichischen Hochschulen teilnahm. Der Tagesordnungspunkt »Pensionierungen« wurde vorgezogen und als erstes behandelt. Gleispach war aus politischen Gründen zwangspensioniert worden, was aber im Protokoll der Sitzung mit keinem Wort erwähnt wird. Denn er war (als Jahrgang 1876) 1933 erst 57 Jahre alt und galt, wie bereits erwähnt als Exponent der betont Deutschnationalen. Bald wird er ins nationalsozialistische Deutsche Reich an die Berliner Universität gehen, wo er sogar als Rektor im Gespräch sein wird, zumal die NSDAP ihn als denjenigen bezeichnet werden wird, »den wir mit Fug und Recht und mit vollem Erfolg als Berliner Rektor herausstellen können«.³⁰⁵ In Wien, während der Rektorenkonferenz 1933, rechtfertigte er sich zunächst für einen Artikel, den er, »noch vor dem Verbote der Nationalsozialistischen Partei in Österreich« in der Druckschrift »Verwaltungsarchiv, Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit« veröffentlicht hatte. Bei den Pensionierungen, so kritisierte Gleispach in der Rektorenkonferenz, habe man sich auf das aus 1781 datierende, also 152 Jahre zurückliegende Pensionsnormale und auf alte Hofkanzlei- und Hofdekrete gestützt. Der Ständestaat agierte hier also nicht mit faschistischer »Gewalt«, sondern mit bürokratischen »Tricks«, mit denen der Schein der Legitimität gewahrt werden sollte. Eine Kommission der Universität wird zur Prüfung dieser Vorfälle eingesetzt, auch wenn man sich keinen großen Erfolg verspricht.

In derselben Sitzung wird, obwohl bereits Dr. Karl Stein zum Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs bestellt worden ist,

*»zum Ausdruck gebracht, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, dass der Rektor einer amorphen Studentenschaft gegenüberstehe; vielmehr bedürfe er eines Sprachrohres zur Studentenschaft, das eben durch die freie Wahl studentischer Vertreter hergestellt werde. In diesem Sinne werden sich die Rektoren der von der **Völkischen Front** nominierten Vertreter bedienen«.*³⁰⁶

Diese hatte nämlich in einem Schreiben vom 4. Oktober den Rektoren mitgeteilt, dass sie nach Auflösung der Deutschen Studentenschaft die Belange der nationalen Studenten nunmehr vertreten werde. Die Rektoren akzeptieren das, mehr noch: Rektor Benndorf aus Graz *»teilt hiezu mit, dass die Völkische Front in Graz bereits seit zwei Jahren anerkannt sei«*.³⁰⁷ Jedenfalls ist festzustellen, dass die Rektoren mit ihrem Beschluss zwar einerseits die Demokratie verwirklicht wissen wollten, andererseits mit der »Völkischen Front«, die nationalsozialistischen Studierenden, die längst das Führerprinzip verwirklicht hatten, weiter förderten.

³⁰⁵ Christoph Jahr: »Das »Führen« ist ein sehr schwieriges Ding«. In: Rüdiger vom Bruch/Christoph Jahr/Rebecca Schaarschmidt (Hg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. I: Strukturen und Personen. Stuttgart 2005, S. 17-36; S. 27

³⁰⁶ UAW, S. Z. 145 aus 1933/34: Protokoll der außerordentlichen Rektorenkonferenz vom 6.10.1933; S. 5 f; *Hervorhebungen nicht original*

³⁰⁷ ebenda: UAW, S. Z. 145 aus 1933/34: Protokoll der ao. Rektorenkonferenz v. 6.10.1933, S. 5

Dementsprechend reserviert gaben sich die Rektoren noch Anfang Oktober gegenüber dem vom Ministerium ernannten Sachwalter. Jedenfalls befürchteten sie Übergriffe in ihre Agenden und gaben daher »der Meinung Ausdruck, dass dieser Sachwalter in keiner Weise die akademischen Behörden übergehen dürfe«:

»Auch die Ernennung der Hochschulgruppen – und Untergruppen-Sachwalter müsse im Einvernehmen mit den akademischen Behörden erfolgen«. Der Wiener Rektor Tomek erhält den Auftrag, »den vom Ministerium bestellten Sachwalter Dr. STEIN zu sich zu berufen und in dem angedeuteten Sinne auf ihn Einfluss zu nehmen. Dr. STEIN wäre einzuladen, sich darüber zu äußern, in welcher Weise er sich die Durchorganisation der Studentenschaft denke; weiters wäre ihm mitzuteilen, dass seine Vorschläge den akademischen Behörden zu unterbreiten wären.«³⁰⁸

Deutlich wird Skepsis gegenüber Dr. Stein sichtbar: einem fremden, über die Köpfe der akademischen Behörden hinweg festgelegten Repräsentanten der Studierenden. Diese Skepsis änderte sich, zumindest an der Universität Wien durch Bestellung des Sachwalters Josef Klaus, den man kannte und zu dem man offenbar Vertrauen hatte, schnell.

Indirekt zeigt sich der Widerstand der Rektoren gegenüber einer weiteren Weisung Schuschniggs an die Universitäten, die Inaugurationsfeiern der Rektoren und Festsitzungen der Professorenkollegien sollten in diesem Semester entfallen. Es wird einstimmig auf Antrag von Gleispach beschlossen, dass

»die Rektoren angesichts der schweren Eingriffe in die Selbstverwaltungsrechte der Hochschulen, der Besetzung der Hochschulen durch die Polizei, der schweren, gegen die Hochschulen und einzelne Würdenträger erhobenen und ohne Abwehr durch die Regierung gebliebenen Angriffe und schließlich angesichts des Ernstes der Lage und der herrschenden Not an die Veranstaltung einer feierlichen Inauguration, die ein akademisches Freudenfest sein soll, ohnehin nicht gedacht haben.«³⁰⁹

Eine Woche später, am 13. Oktober 1933, fand wieder eine außerordentliche Rektorenkonferenz statt. Diesmal war Gleispach nicht mehr dabei. Rektor Tomek informierte seine Kollegen, dass der Akademische Senat der Universität Wien zwei Tage zuvor einhellig beschlossen hatte, dass die vorzeitige Versetzung von Hochschulprofessoren in den dauernden Ruhestand durch Artikel 17 des Staatsgrundgesetzes gerechtfertigt sei und er sich einer Stellungnahme bis zu einem Urteil des Verfassungsgerichtshofs enthalte. Einzig der Appell, »an dem Grundsatz der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre festzuhalten«, wird an das Ministerium gerichtet.³¹⁰ Damit hatte die Universität Wien die Entscheidungen des Unterrichtsministers Schuschnigg eindeutig anerkannt und ein Präjudiz für die Rektorenkonferenz gegeben. In der Frage des Ruhestands der 65-jährigen Professoren spricht sich der Dekan der Geisteswissenschaftlichen

³⁰⁸ UAW, S. Z. 145 aus 1933/34: Protokoll der ao. Rektorenkonferenz v. 6.10.1933, S. 6

³⁰⁹ UAW, S. Z. 145 aus 1933/34: Protokoll der ao. Rektorenkonferenz v. 6.10.1933, S. 9

³¹⁰ UAW, S. Z. 145 aus 1933/34: Protokoll der außerordentlichen Rektorenkonferenz vom 13.10.1933; S. 2

Fakultät der Universität Wien, Richard Meister³¹¹ noch dafür aus, dass solche Pensionierungen wenigstens am Ende des Studienjahres erfolgen mögen.

In dieser Frage wird es 1935 eine Allianz zwischen den Hochschülern und Professoren geben: Im Fall der Pensionierung von Professor Alfons Dopsch (1868 - 1953) setzte sich die Hochschülerschaft Österreichs für eine Aufschiebung ein: Er wäre zwar bereits im Pensionsalter, aber erfreue »sich noch größter Frische und ungebrochener Schaffenskraft«. Daher wollten die Studierenden, dass er nicht in Pension gehe. Hinweise auf internationale Anerkennung und Ehrendoktorate »darunter Oxford«, häufige Gastvorträge und die Tatsache, dass er 1921 trotz Berufung nicht nach Berlin gegangen sei, wurden angeführt. Tatsächlich verschob das Ministerium die Pension zunächst auf 31. Juli 1935.³¹² Letztendlich lehrte Dopsch bis 1937.

Auch in der Frage des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs hat sich das Klima seit der letzten Rektorenkonferenz gewandelt. Rektor Tomek berichtet von einer Unterredung mit dem neuen Sachwalter Dr. Stein und hebt hervor, dass dieser »ausdrücklich erklärt« habe, »dass er es als eine Selbstverständlichkeit betrachte, nur im Einvernehmen mit den Hochschulen vorzugehen«. Doch Rektor Tomek hat noch mehr getan. Er hat den Sachwalter zur Rektorenkonferenz bestellt und dieser wartet bereits, ob er »den Magnifizenzen vorgestellt werden könne«.³¹³

In der Rektorenkonferenz verspricht Stein einvernehmliche Zusammenarbeit mit den Hochschulen. Nach verschiedenen Anfragen bekunden die Rektoren das Interesse, dass »zwei, höchstens drei Stellvertreter an den einzelnen Hochschulen« (eigentlich Sachwalter an den Universitäten mit einem oder zwei Stellvertretern) ernannt werden sollten. »Dr. STEIN dankt für die Anregung und wird dem Minister hierüber berichten«.³¹⁴

Finanzierung

Über große Mittel verfügten die Funktionäre der Hochschülerschaft Österreichs zunächst nicht: Im ersten Semester, dem WS 1933/34 wurden als Vorschüsse aus dem Rektorat an Funktionäre der Hochschülerschaft Österreichs insgesamt S 8.657,75 ausbezahlt. Davon entfielen an den Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs Dr. Karl Stein S 5.500,-; an das Kultur- und Bildungsinstitut S 3.000,-; und an den Sachwalter der Universität Wien für Telefonkosten S 157,75 (Stand: 26.März 1934).³¹⁵ Zunächst mussten die Funktionäre mit jeder Rechnung ins

³¹¹ siehe biographische Angaben zu Richard Meister im Kapitel »Einflüsse aus christliche Strömungen und der Jugendbewegung - Hochschulseelsorge von der Hochschülerschaft Österreichs bis zur ÖH«

³¹² Akademische Nachrichten, Mai-Juni 1935, S. 3

³¹³ UAW, S. Z. 145 aus 1933/34:

Protokoll der außerordentlichen Rektorenkonferenz vom 13.10.1933; S. 4

³¹⁴ Protokoll der außerordentlichen Rektorenkonferenz vom 13.10.1933; S. 5

³¹⁵ UAW, S. Z. 512, 1933/34

Rektorat pilgern, um sie sich auszahlen zu lassen. Umfangreiche Akten und Listen dieser Auszahlungen wurden dafür ausgestellt und finden sich in den Archiven.

**Verteilung des Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrages
des Wintersemesters 1933/34
auf Grund der Verordnung vom 20. Dezember 1933**

Gesamteinnahmen	S 75.058,-
Anteil des Sachwalters	S 23.461,76
für die Universität	S 51.600,-

Im Sommersester 1934 wurde erstmals ein Pflichtbeitrag (»Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrag«) eingehoben, zunächst in einer Höhe von S 2,50 (Inländer) und S 3,13 (Ausländer). Aus diesen Mitteln konnten als Gesamteinnahmen von S 75.058,- eingenommen werden. Von dieser Summe war laut § 5 der Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 20. Dezember 1933³¹⁶ sowie eines Erlasses vom 24.2.1933 ein bestimmter Teil, nämlich 23.461,76 (ca. ein Drittel) der Sachwalterschaft gewidmet.³¹⁷ Der andere Teil wurde nach Anhörung des Sachwalters der Hochschülerschaft an der Universität Wien vom Akademischen Senat weitgehend jenen Zwecken gewidmet, die der Rektor in früheren Jahren durch den Zentralfürsorgefonds zur Verfügung hatte. Dieser Fonds war aus freiwilligen Beiträgen, die nunmehr durch das Ministerium untersagt waren, und aus Auditoriengeldern gebildet worden. Von den verbleibenden ca. S 51.600 schlug Rektor Tomek dem Akademischen Senat vor, S 30.000 an die großen Fürsorge-Institute (Studentenheime, Deutsch-akademisches Fürsorgeinstitut...) und an Fach- und Sportvereine wie das Amt für Leibesübungen zu verwenden. Das bedeutet, dass die ausgelagerten Institutionen um ein Viertel mehr Einnahmen aus diesen Geldern verbucht haben als die neugegründete Hochschülerschaft. Ein weiterer Betrag von S 9.741,11 erhielten die drei weltlichen Fakultäten (Jus, Medizin, Philosophie) für »Aufwandsbeiträge«, die erstmals von den Fakultäten der Universitäts-Gebäude-Inspektion abgetreten werden mussten. Den Rest von S 11.855,13 war für außerordentliche Fälle für besonders arme Studierende im Ermessen des Rektors vorgesehen, wie es von den Amtsvorgängern bereits traditionell gehandhabt worden war, etwa die Erlassung von Auszahlungshilfen für die Studiengebühren, Erlegung der Promotionstaxen und ähnliches.³¹⁸

³¹⁶ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und des Bundesministers für Handel und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vom 20. Dezember 1933, betreffend einen von den Studierenden an den Hochschulen zu entrichtenden Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrag. (BGBl. 568/1933, ausgegeben am 23. Dezember 1933)

³¹⁷ vgl. UAW, S. Z. 512/94 aus 1933/34; S. 1

³¹⁸ vgl. UAW, S. Z. 512/95 aus 1933/34; S. 1f

Stellt man diese Zahlen aus 1933/34 in der Anfangsphase der Hochschülerschaft Österreichs die Zahlen des letzten Semesters vor dem Anschluss gegenüber, so ist deutlich sichtbar, dass die Gesamteinnahmen – durch die geringere Anzahl der Studierenden – auf ungefähr 80 Prozent des ursprünglichen Wertes gesunken sind. Dadurch, dass die Hochschülerschaft mehrere Einrichtungen übernommen hat, ist der ihr zustehende Anteil der Einnahmen nur noch wenig geringer als der Anteil der Universität.

**Verteilung des Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrages des Wintersemesters 1937/38 ³¹⁹
auf Grund des Erlasses vom 15.I.1936**

Gesamteinnahmen	S 62.372,-
Anteil des Sachwalters	S 29.626,70
demnach für die Universität	S 32.745,30
Überschuss vom Sommersemester 1937	S 1.408,93
In der Verwaltung der Univ somit	S 34.157,23

Zur Entlastung der Aufwandsbeiträge stand ein Budget von S 14.000,- zur Verfügung. Weiterhin relativ hoch waren die Subventionen für Fürsorgeeinrichtungen, die diverse Einrichtungen, darunter die Mensa, die neue Abteilung 7 der Hochschülerschaft Österreichs »für Wirtschaft und Fürsorge – früher Deutsch-akademisches Fürsorgeinstitut DAFI – der Deutsche Studentenhilfsverein oder Studentenheime erhielten. Magere S 300,- gingen an den Jüdischen Hochschulausschuss und die Mensa judaica, das Amt für Leibesübungen erhielt S 9.000, und das Kuratorium zur Veranstaltung von Vereinshochschulkursen (Prof. Nadler) erhielt einen Betrag von S 29.550,-. Der Rest von S 4.604,23 verblieb beim Rektor für kurzfristige Hilfe. Durch die Umgestaltung der früheren verschiedenen Vereine in Abteilungen der Hochschülerschaft konnte diese 1937 auch die finanziellen Zuteilungen ihrer Einrichtungen auf zirka 50 Prozent steigern.

Bestellung von Sachwaltern

Von 1933 bis 1938 gab es drei Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs. In der Literatur wird Heinz Drimmel (1935-1937) am öftesten genannt, er übte dieses Amt auch am längsten aus. Karl Stein, der erste Sachwalter (1933-1935) wird wesentlich seltener erwähnt. Den letzten Sachwalter, Richard Lechner (1937-1938) sucht man in den Publikationen über die Hochschülerschaft Österreichs vergeblich. Dies liegt daran, dass der Stichtag der Liste in den Jahrbüchern der Hochschülerschaft Österreichs der 1. Juli 1937 ist und Lechner erst im September 1937 bestellt wurde und so oft Drimmel noch als Sachwalter aufscheint, obwohl er es

³¹⁹ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1938, 3903

nicht mehr war. In der Österreichischen Hochschulzeitung und in den Archiven der Universität Wien und des Unterrichtsministeriums gibt es aber zahlreiche Belege für Lechner und seinen neuen, moderneren Stil der Tätigkeit als Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs.

Oft hingegen wird als der Sachwalter der HÖ an der Universität Wien der spätere Bundeskanzler Josef Klaus genannt. Er hatte zwar als Vertrauensperson zu den akademischen Behörden eine wichtige Funktion, amtierte aber nur wenige Wochen von Herbst 1933 bis Jahresanfang 1934.

Die neue Struktur der Hochschülerschaft Österreichs brachte einerseits einen Durchgriff des Staates an der Universität. Außer einer eigenständigen Stellung gegenüber den akademischen Behörden brachte dieser neue Status trotz festgelegter Ernennung des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs durch das Unterrichtsministerium (die Sachwalter an den Universitäten brauchten ja zusätzlich zur Ernennung durch den Sachwalter der HÖ die Zustimmung des jeweiligen Akademischen Senats) auch eine neue Ausrichtung: Denn durch die Neueinrichtungen von Fakultätsvertretungen (»Fachgruppen«) und auch Institutsgruppen (»Fachschaften«) wollten die Studentenvertreter näher an die Basis rücken. Tatsächlich konnten auf diese Weise Studierende von unten nachrücken – »vaterländische Gesinnung« natürlich vorausgesetzt. Die Sachwalter wuchsen jeweils aus den eigenen Reihen nach und wurden, wie es Klaus explizit erwähnt, von ihren Vorgängern vorgeschlagen.

Eine Mehrheitsbewegung war die Hochschülerschaft Österreichs jedenfalls nicht. Sie musste mit Opposition und Gegnerschaft von links und von rechts rechnen. Vor allem Drimmel versucht deshalb, als er ab 1934 Sachwalter an der Universität Wien wurde, die Organisation der Fachgruppen und Fachschaften aufzubauen, um – ganz so, wie es Unterrichtsminister Schuschnigg intendiert hatte – so Schwerpunkte eher auf studienrelevante Inhalte zu legen. Auch in seiner Zeit als Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs blieb dies eines von Drimmels Hauptanliegen. Im Gegensatz zur immer wieder beklagten »Verpolitisierung« der Hochschulen zuvor, sollte nun verstärkt durch eine fachwissenschaftliche Komponente, in der auch Kontakte zu den Berufsorganisationen geknüpft werden sollten, eine pragmatischere Studierendenvertretung eingerichtet werden. Diese nun in die Hochschülerschaft eingebauten Institutionen, teilweise Nachfolgeorganisationen von Vereinen, standen den Studien am nächsten und punkteten teilweise durch ein gut ausgebautes Service für die Studierenden und wollten so ihr Vertrauen gewinnen. Mit Richard Lechner gibt es 1937/38 Zeichen für eine vorsichtige pluralistischere Öffnung, die durch den Anschluss im März 1938 jäh abreißen wird. Während dieser Zeit meldeten sich auch oppositionelle sozialdemokratische und kommunistische Studenten aus dem Untergrund mit spektakulären Aktionen zu Wort. Doch obwohl immer wieder die Nationalsozialisten als der Hauptfeind genannt werden, ist doch die Abgrenzung ihnen gegenüber nicht so scharf gezogen wie gegenüber den Sozialdemokraten und Kommunisten.

Andererseits wurde auch schon gezeigt, dass vor allem in der Anfangszeit der Druck vor allem vonseiten der akademischen Behörden groß war, einen Ausgleich mit den nationalen Studierenden herzustellen.

Die Regierung brachte die Universitäten Sommer um Sommer immer stärker unter ihre Kontrolle. An den Hochschulen wurde nun auch die Pflege vaterländischer Aufgaben, etwa durch Pflichtvorlesungen verlangt. Auch die Sachwalterschaft und ihre Einrichtungen profitierten davon. Mit der Aufhebung der Deutschen Hochschülerschaft wurden weitere Vereine, die nicht unmittelbar zur Deutschen Studentenschaft gehörten, aufgelöst. Vielfach übernahmen jetzt die »Abteilungen« (Referate) der Hochschülerschaft Österreichs diese Aufgabe, wie es ja auch die Fachgruppen und Fachschaften taten und führten so mehr und mehr zu einer Gesamtstudierendenvertretung unter einem Dach. Es gab nun eine bundesweite Vertretung der österreichischen Studenten und einzelne Vertretungen an den Universitäten, die wiederum an den Fakultäten und auch an größeren Studienrichtungen Hö-Einrichtungen hatten. Vielfach ersetzten diese die früheren Fachvereine. Diese Einigung und Zusammenfassung könnte man adäquat zur Bundeshandelskammer seit 1937 oder dem einheitlichen Gewerkschaftsbund sehen, die ebenfalls nach 1945 zu einer stärkeren Interessensvertretung – nunmehr allerdings demokratisch legitimiert – führen sollten. Dem berufsständischen Gedanken kam an den Hochschulen die alte »*universitas magistrorum et scholarium*« entgegen. In den Fachschaften sollte zudem der Kontakt mit den zukünftigen Berufsgruppen gepflegt werden. Im »Organisationsplan des studentischen Führungsapparates der Universität Wien für das Wintersemester 1934/35«³²⁰ wird die noch relativ übersichtliche Gliederung der Hochschülerschaft Österreichs und der Organisation an der Universität im vorgestellt, dem später die fertig ausgebaute Struktur im Studienjahr 1937/38 gegenüber gestellt wird. Dem Vorsitzenden Stein mit seinem Sekretariat sind zu diesem Zeitpunkt der Sachwalter der Universität Wien, Drimmel untergeordnet. Diesem unterstehen sowohl Referate als auch Fachgruppen (Fakultätsvertretungen) und beigeordnete Stellen der Universität.

Zweierlei ist auffällig: Einerseits, dass die Zentralorganisation unter dem Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs im Gegensatz zum Aufbau der Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs³²¹ noch über keine eigenen Abteilungen verfügt, und andererseits, dass diese Abteilungen an der Hochschülerschaft der Universität Wien 1935 noch, so wie auch wieder nach 1945, »Referate« genannt werden.

³²⁰ vgl. Anhang 4 dieser Arbeit

³²¹ vgl. Anhang 6 dieser Arbeit

Karl (v.) Stein (Sachwalter d. Hochschülerschaft Österreichs 1933-1935)

Hauptmann in Ruhe³²² Dr. Karl (von) Stein³²³ kam von der ›Vaterländischen Front‹ und dürfte der Heimwehr nahegestanden haben. Er wählte schließlich Josef Klaus als Sachwalter für die Universität Wien, der bald danach, wegen Abschluss seiner Studien, von Heinz Drimmel abgelöst wurde.

Auch wenn die Rektorenkonferenz am 13. Oktober 1933 Sachwalter Stein offiziell anerkannt hatte, äußerten die Rektoren am 9. Februar 1934 »schwere Bedenken gegen die Einrichtung des studentischen Sachwalters überhaupt, insbesondere aber gegen den jetzigen Funktionär Dr. Stein.« Doch erschien zum damaligen Zeitpunkt »ein Schritt gegen die Einrichtung als solche beim Bundesministerium für Unterricht als erfolglos. Allfällige Schritte gegen Dr. Stein werden einem späteren Zeitpunkt vorbehalten«.³²⁴

Dies zeigt, dass die Rektoren, und wohl auch viele Professoren an den österreichischen Universitäten sich großteils mit dem Verbot der Deutschen Studentenschaft nicht abgefunden hatten und einen günstigen Zeitpunkt abwarteten, um die Sachwalter wieder loszuwerden.

»Er passte nicht in das akademische Leben«, urteilt später Josef Klaus über ihn. Auch war Klaus' Verhältnis zu Stein »nicht sehr herzlich«.³²⁵

Räume für den Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs

Im Studienjahr 1933/34 trat eine vielfältige Rochade von Räumen ein, die zunächst durch die Auflösung der Deutschen Studentenschaft, später auch deren nachrangigen Vereinen, der Gründung der Hochschülerschaft Österreichs und durch den sukzessiven Aufbau von Gremien und Referaten an der Universität Wien (Referate, Fachgruppen und Fachschaften) notwendig wurde. Immer wieder wurden das Rektorat und die Gremien der Universität mit Neuwidmungen und Umsiedlungen von verschiedenen Räumen beschäftigt.

Der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs hatte zunächst Räumlichkeiten im Unterrichtsministerium. Mit Ende des Studienjahrs wurden diese jedoch dringend für anderes benötigt, wodurch es notwendig wurde, dass Dr. Stein eigene Räumlichkeiten an der Universität erhalten sollte. Möglicherweise ist dies auch einer der Gründe, warum die beiden Nachfolger

³²² vgl. AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2 29244 / I / 1, 13.11.33; handschriftliche Notiz am Umschlag

³²³ Die Mitteilung Dr. Richard Lechners, dass »Herr von Stein« »auf das ›von‹ [...] immer sehr großen Wert gelegt haben« soll, lässt sich durch die Akten verifizieren, in denen er mit *Dr. v. Stein* unterzeichnet (z.B. UAW, S.Z. 187 1933/34)

³²⁴ UAW, S.Z. 145/56 aus 1933/34, S. 1f

³²⁵ Mitteilung von Dr. Josef Klaus

Steins in Personalunion Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs und Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien waren.

Nach offenbar intensiven Telefonaten und Gesprächen des Rektorats³²⁶ mit betroffenen Stellen sowie dem Dekan der Philosophischen Fakultät Meister wurde dann doch eine Lösung gefunden. Bereits mit 14. Juni stand in der Liebiggasse 5 ein Lokal für die Unterbringung des Sekretariats der Hochschülerschaft Österreichs zur Verfügung. Das Rektorat und die akademischen Behörden mussten offenbar viel Energie in diese Sache stecken.

Der ab 2. März 1935 beurlaubte Sachwalter Stein wird seiner Ämter von Minister Pernter endgültig am 18. April 1936 enthoben. Der Sachwalter der HÖ an der Universität Wien Heinz³²⁷ Drimmel wird Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs und hält ab nun beide Ämter in Personalunion.

»Der Wille, der Weg, das Ziel«

Mit dieser Überschrift in seinem Leitartikel³²⁸ eröffnet HÖ-Sachwalter Stein die erste Ausgabe der »Akademischen Nachrichten. Wie viele andere beschwört auch er die Tage des Ersten Weltkriegs, »da die studentische Frontgeneration die Deutsche Studentenschaft auf Grund ihres Kameradschaftserlebnisses im Kriege begründet hatte, [es] ging jedoch in dem Maße mit ihr bergab, als die Zahl der Frontstudenten auf den Hochschulen immer geringer wurde.« Im Feber 1934 lag das immerhin bereits 15 Jahre zurück. Dabei zeigt sich Stein sogar aufgeschlossen für demokratische Formen: »Die Zeit war doch sicherlich reif geworden für eine klare Zielgebung auf parteiungebundener Grundlage, für die alle *wesensgleichen Kommilitonen* hätten eintreten können« »Wesensgleich« dürfte hier eine Anspielung an die Idee der Deutschen Nation mit dem Arierparagraphen der DSt. sein. Wiewohl die Zeit der menschenverachtenden Prügel-Exzesse der Nationalen nun vorbei war, heißt das nicht, dass bereits auch alle Vorurteile und Diskriminierungen gegen jüdische Mitstudierende nun plötzlich verschwunden waren. Bis ins Jahr 1938 wird es – noch immer wieder Statements gegen Juden geben, nachweisbar auch in den HÖ-Zeitschriften. Dennoch gibt es bereits Stimmen, die eine Wahrung der Werte und Gemeinsamkeiten mit dem Deutschen Volk herbeizuführen wollen.³²⁹ Doch solche differenzierende Stimmen werden erst unter Sachwalter Lechner ab 1937 laut werden.

³²⁶ Für den 11. Juni existiert ein zweiseitiger Aktenvermerk und ein einseitiger Nachtrag:
UAW, S.Z. 187/86+87 1933/34

³²⁷ Heinrich Drimmel wird in den Zeitschriften der Hochschülerschaft immer wieder »Heinz Drimmel«; genannt. Etwa in: Akademische Nachrichten, Mai 1934, S. 1

³²⁸ Akademische Nachrichten, Feber 1934, S. 1f

³²⁹ ÖHZ, 20.11.1937, S. 1f

Wenn gesagt werden kann, dass es »faschistische« Ansichten in der Hochschülerschaft Österreichs gegeben hat, dann trifft das für Karl Stein am ehesten zu. So schreibt er über den Niedergang der DSt., an dem die »Führer der Studentenschaft schuld daran gewesen« seien:

*»Tatsache ist, dass ein selbstsicherer, von soldatischem Verantwortungsgefühl getragener Führer gefehlt hat. Vorübergehende Unpopularität ist eben oft die Würze zu den Bissen, die ein Führer nun einmal schlucken muss.«*³³⁰

Ausdrücklich fordert er die völkischen Studenten auf, »mitzuarbeiten am Wiederaufbau studentischer Selbstverwaltung und Selbstverantwortung« – auch wenn daran nicht zu denken war, denn die Nationalen fühlten sich betrogen und hofften zu diesem Zeitpunkt auf ein schnelles Ende der ständestaatlichen Einrichtungen, ehe sie später scheinbar loyal mit Unterwanderung der Gremien reagierten – und da beeindruckte auch der Appell Steins wenig, dass dies »nicht politische Phrase, sondern Manneswort, Soldatenwort ist.«³³¹

Am Schluss des Artikels Steins fehlt auch nicht ein Lob auf Österreich, das heute nicht nur pathetisch, sondern vor allem durch den letzten Halbsatz als lächerlich übertriebene Sicht Österreichs anmutet, die der Ständestaat durch sein Ende schließlich selbst widerlegt hat:

*»Österreich, unser wundervolles Heimatland, soll leben – muss leben, damit an österreichischer Lebensfülle und Lebensfreude das Volk, die Welt genesen kann.«*³³²

Anders als seine Nachfolger war Stein in der Studentenpolitik nicht verankert. Er hatte offensichtlich keine Hausmacht hinter sich, so wie Klaus die KDHO, Drimmel den CV und Lechner die von ihm selbst aufgebaute juristische Fachgruppe der HÖ-Uni Wien. Das soldatische Element war zwar eine Kontinuität zur Deutschen Studentenschaft, aber als Basis zu wenig. Trotz unleugbarer Anstrengungen um den Aufbau der Hochschülerschaft bleibt er seltsam farblos und lässt kaum ein persönliches Profil erkennen.

Josef Klaus (Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien 1933-1934)

Als 23-jähriger Student wurde er auf Vorschlag von HÖ-Sachwalter Stein Sachwalter der Hochschülerschaft der Universität Wien. Er sollte Kontinuität in die neue Hochschülerschaft bringen, da er ein anerkannter Vertreter der DSt. und der KDHO war. Wiewohl bis heute immer wieder hauptsächlich die späteren Politiker Klaus (Bundeskanzler 1964-1970) und Drimmel (Unterrichtsminister 1954-1964) als Sachwalter genannt werden, blieb Josef Klaus nur wenige Wochen Sachwalter an der Universität Wien, nämlich von November 1933 bis Jänner 1934.

³³⁰ Akademische Nachrichten, Feber 1934, S. 1

³³¹ Akademische Nachrichten, Feber 1934, S. 2

³³² Akademische Nachrichten, Feber 1934, S. 2

Klaus Tätigkeit in der Deutschen Studentenschaft

Josef Klaus beschreibt selbst, warum er sich um Studierendenangelegenheiten gekümmert hat.

»Durch die Institution der ›Deutschen Studentenschaft‹, die auch an den österreichischen Hochschulen bestand, lernte ich während meiner Studienzeit eine Art parlamentarische Demokratie und Selbstverwaltung auf der Universität kennen, die mich zu interessieren begann. Im dritten Semester ergab sich für mich die erste Tätigkeit in diesem Selbstverwaltungskörper«³³³

Ursprünglich stand er der Studierendenvertretung kritisch gegenüber: Irgendwann zu Beginn der 1930er-Jahre fand »wieder einmal eine Feier beim Siegfriedskopf«³³⁴ statt, in dessen Verlauf sich Klaus nach eigenen Angaben »frech« über die Studentenvertreter äußerte: »Ihr leistet's überhaupt nix.« Daraufhin forderte ihn der Leiter des Grenzlandamtes Riedl zur Mitarbeit auf: »Besuch mich einmal unten im Grenzlandamt!«. Was dann Klaus prompt tat und sein Nachfolger als Leiter des Grenzlandamtes wurde.³³⁵ Das Grenzlandamt gehörte zur Ideologie der Deutschen Hochschülerschaft und des Deutschnationalismus, denn dort müsse die deutsche Kultur besonders mobilisiert werden³³⁶. Klaus, gebürtiger Kärntner, passte hier gut ins Bild der Deutschen Studentenschaft, da er aus einem



Abbildung 4: Siegfriedskopf in der Aula nach 1923

©Archiv der Universität Wien; 106.I.3550

³³³ Klaus: Macht und Ohnmacht im Staate Österreich, S. 22

³³⁴ Der Siegfriedskopf an der Universität Wien wurde 1923 für die gefallenen »Helden« des Ersten Weltkriegs von der Deutschen Studentenschaft gestiftet. Das romantisierende Bildnis eines Jünglings mit wallendem Haar und mythischem, deutschem Namen »Siegfried« (Anspielung auf die Dolchstoßlegende) wurde im November 1923 in der Aula des Hauptgebäudes am Ring enthüllt und war seitdem Treffpunkt der deutsch gesinnten Studierenden, zuletzt hauptsächlich rechtsextremer Burschenschaften und Farbe sprühender Gegendemonstranten. Dies veranlasste die Universität Wien dazu, den Siegfriedskopf 2006 in den Arkadenhof zu verlegen und ihn in Kontext mit Antisemitismus und Verfolgung zu stellen. vgl.: http://www.univie.ac.at/universitaet_forum-zeitgeschichte_projekte_siegfriedskopf/#c1140 (25. 4.2009)

³³⁵ Mitteilung von Dr. Josef Klaus

³³⁶ vgl. die Aussagen von Prof. Georg Waitz 1865 bei der 500-Jahrfeier der Universität Wien im vorangehenden Kapitel dieser Arbeit: »Von der Auflösung der Studentenorganisationen zum Deutschnationalismus«.

»Grenzland« stammte, das wenige Jahre zuvor einen »Abwehrkampf« der »Deutschen« gegen die Slowenen geführt hatte. Josef Klaus schildert in seiner Autobiographie seine studentischen Tätigkeiten so:

»[...] bald arbeitete ich als einer, der von der Staats- und Sprachgrenze kam, im Grenzlandamt mit und wurde schließlich dessen Leiter. Wenig später wurde ich in den Vorstand des Deutsch-Akademischen Juristen-Vereins gewählt und zum Vorsitzenden des Katholisch-Deutschen Hochschulausschusses sowie zum Sprecher meiner Fraktion in der Studentenkammer berufen. In dem Übergangsstadium zur autoritären Zeit war ich der erste »Sachwalter« an der Wiener Universität. Wir sahen damals die Welt im Umbruch [...]«

Als Vertreter der KDHÖ in der Deutschen Studentenschaft protestiert der Jusstudent Klaus 1932 gegen die Ernennung des Dekans Pick und unterzeichnet einen offenen Brief der Deutschen Studentenschaft an den Dekan mit:

»[...] Nach wie vor steht die D.St. auf ihrem 1923 kundgetanen Standpunkt, dass Professoren jüdischer Volkszugehörigkeit akademische Würdenstellen nicht bekleiden dürfen. Wollen Sie bedenken, dass Sie sich an einer deutschen Hochschule befinden und, dass die deutschen Studenten als ihre Führer nur deutsche Lehrer anerkennen! schon im Interesse eines ordnungsgemäßen Lehrbetriebs hoffen wir auf Ihre Einsicht!«³³⁷

Josef Klaus war damals 22 Jahre alt.³³⁸

Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs an der Universität Wien

Klaus wird am 21. November 1933 vom Unterrichtsministerium auf Antrag von Stein zunächst provisorisch vom Unterrichtsministerium bestätigt, weil der Akademische Senat als das höchste Gremium der Universität Wien noch nicht zugestimmt hat.³³⁹

³³⁷ Posch (2008): Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938, S. 95

³³⁸ Weinmann-Steinweis bezieht in ihre Dissertation Aussagen von Klaus als Bundeskanzler ein, dass er in dieser Frage seit drei Jahrzehnten »anderer Meinung« sei »als damals im Alter von 22 Jahren«:
Beatrice **Weinmann-Steinweis**: Josef Klaus, ÖVP-Reformer und Bundeskanzler. (Zum 85. Geburtstag des letzten ÖVP-Kanzlers. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 1995; S. 19

³³⁹ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK : 4 D 2: 1933; 31539-I/1; Bestellung des Sachwalters Klaus:

Neben dem Akt befindet sich auch eine Mappe mit folgendem Wortlaut: *Kursiv*geschriebene Eintragungen sind handschriftliche Ergänzungen:

»Laut Erlasses vom 29. September 1933, Z26773/ I /33 hat der Sachwalter der österreichischen Hochschülerschaft seine Vorschläge für die Berufung der Sachwalter an den einzelnen Hochschulen »im Wege der obersten akademischen Behörden desselben« zu erstatten.

Die oberste *akademische* Behörde der Univ. ist der akademische Senat. Aus dem vorliegenden Rektoratsberichte ergibt sich, dass der Vorschlag für den Sachwalter der Universität den akademischen Senat noch nicht passiert hat. Sohin wird beantragt: Das Bundesministerium für Unterricht sieht unter Hinweis auf den Erlass vom 29. September 1933, Z.26773/I/33 der ehesten Einbegleitung des Vorschlags zur Berufung des Studierenden der Rechte, Josef Klaus, zum Sachwalter der Hörserschaft der Wiener Universität seitens des akademischen Senates entgegen. Bis dahin wird vorläufig genehmigt, dass der Genannte diese Funktionen *provisorisch* versieht. 21. November 1933«

Klaus hatte schon am 3. November bei Rektor Tomek vorgesprochen, weil es ihm an Büromaterial mangelte. Die Möblierung für die Einrichtung stammte aus dem Fundus des Unterrichtsministeriums, jedoch gab es keine Ausstattung. Bereits am nächsten Tag konnte Klaus die geforderte Briefwaage, zwei Heftmaschinen (statt einer beantragten) einen Hebellocher, zwei Löschwiegen (statt einer geforderten) samt Einlageblätter und fünf Schachteln Klammern übernehmen. Nur die erbetene Schreibmaschine hatte das Rektorat nicht zur Verfügung. Auch im Unterrichtsministerium konnte keine Schreibmaschine erübrigt werden.³⁴⁰

Klaus erhält schließlich doch leihweise eine Schreibmaschine von Rektor Tomek, die dieser davor reparieren ließ.³⁴¹ Rektor Tomek setzt sich für Klaus auch bei der erforderlichen Zustimmung des Akademischen Senats am 21.11.1933 ein:

»Herr Klaus ist seit einer Reihe von Jahren als einer der führenden Vertreter des Katholisch-deutschen Hochschulausschusses im Rektorate bestens bekannt. Er hat jederzeit die Wünsche der eigenen Gruppe vor den akademischen Behörden in durchaus angemessener Weise vertreten, er verstand es aber auch, mit den Vertretern der anderen Gruppen stets das beste Einvernehmen herzustellen. Ich kann daher den Vorschlag des Herrn Dr. Stein Herrn stud.jur. Josef Klaus als Stellvertreter des Sachwalters³⁴² zu nominieren, nur wärmstens unterstützen. [...] Die Amtsführung des Herrn Dr. Stein und seines Stellvertreters jur. Klaus ist bisher vollkommen reibungslos vor sich gegangen, vor allem deswegen, weil beide Herren den nationalen Studenten aus ihrer früheren Tätigkeit in der bestandenen ›Deutschen Studentenschaft‹ bekannt sind.«³⁴³

Rektor Tomek erlangte eine einstimmige Zustimmung.

Von seinem unmittelbaren Vertreter, Rappolt, hatte Klaus nur einen sehr farblosen Eindruck, für Drimmel als sein Nachfolger sei er aber eingetreten. Jedenfalls sei er von Stein, dem ersten Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs dazu gedrängt worden, seinen Posten freizumachen, weil dieser mehr Engagement gewünscht habe.³⁴⁴

³⁴⁰ Antrag Klaus auf eine Schreibmaschine steht auf der Rückseite: UA SZ187 1933:

Die Präsidialabteilung verfügt über kein Schreibmaschinenmaterial; auch steht kein Kredit zur Verfügung. Eine Zuweisung von Maschinen durch den Mobiliarvertretungsausschuss erfolgt nicht mehr. Deshalb: Abt.1 zur weiteren Verfügung abgetreten am 22. Nov. i.V. Klöckl **33193**

³⁴¹ UAW, S.Z. 1935/187 aus 1933/34; 7.12.1933

³⁴² Die Rektorenkonferenz und die Akademischen Senate gingen 1933 davon aus, dass es Stellvertreter des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs an den einzelnen Hochschulen gebe. Tatsächlich bildeten die Sachwalter der Hochschülerschaften der Universitäten eigene Einheiten. Mit der Amtsübernahme des Sachwalters der Hochschülerschaft an der Universität Wien, Drimmel, auch der Hochschülerschaft Österreichs trat 1935 eine Personalunion dieser zwei Tätigkeiten ein, die auch nach 1945 ihre Kontinuität fand und 1957 erstmals wieder aufgegeben wurde.

³⁴³ UAW, S.Z. 18722 aus 1933/34, S. 1f

³⁴⁴ Mitteilung von Dr. Josef Klaus

Mit 1. Februar 1933 ist ein Schreiben datiert, dass er nunmehr als Rechtsanwaltsanwärter seine Praxis angetreten habe und als Stellvertreter Franz Rappolt bekannt gibt.³⁴⁵

Josef Klaus wurde als Sachwalter der Hochschülerschaft der Universität Wien Ende März 1933 von Heinrich Drimmel abgelöst, wirkte danach noch bis November als Leiter der Auslandsstelle, die für internationalen Studierendenaustausch zuständig war.

Klaus sagt selbst über seine Zeit als Studentenvertreter: »Aus der Arbeit der Hochschülerschaft Österreichs ist immerhin ein Unterrichtsminister und ein Bundeskanzler der zweiten Republik hervorgegangen. Dabei stellte aber vor allem die deutsche Studentenschaft eine ›demokratische Schulung‹ dar, da man für die ›Realisierung‹ der eigenen Pläne ›kämpfen‹ musste. Diese Schulung schloss bezeichnenderweise aber das gute Verhältnis, auch zu den andersdenkenden Menschen ein.«³⁴⁶

Josef Klaus war außerdem Mitglied bei der CV-Studentenverbindung Rudolfina.

Nach 1934 wandte sich Klaus der Arbeitnehmerbewegung zu, die im Ständestaat mehr die sozialen Miss-Stände beklagen als verändern konnte. Er wurde persönlicher Sekretär Johann Stauds, Präsident des ständestaatlichen Gewerkschaftsbundes.

Klaus Verhältnis zu Unterrichtsminister Schuschnigg

In verschiedenen Dokumenten lässt sich immer wieder feststellen, dass das Vertrauensverhältnis zum Unterrichtsministerium seitens der Sachwalterschaft sehr gut gewesen ist.

Zum Minister Schuschnigg waren die Beziehungen »ausgezeichnet« und »haben durch persönliche Verehrung ihren Ausdruck gefunden«:

*»Ich war schon als junger Student von Schuschniggs rhetorischem Talent, seiner begeisternden und oft hinreißenden Diktion, aber auch vom hochgeistigen Inhalt seiner Reden fasziniert; so sehr, dass ich mich z.B. 1932, von Oberkärnten aus, mit einem Freund aufs Rad setzte und über Salzburg, Bayern und Franken ins Rheinland fuhr, um Schuschnigg, beim deutschen Katholikentag in Essen zu hören, wo er in einer riesigen Halle vor tausenden Menschen zum Thema Christi Auferstehung in der Großstadt sprach.«*³⁴⁷

Einen anderen Aspekt auf das damalige Verhältnis von der Studentenschaft zum Minister erhellt folgende Anekdote: Klaus schrieb einen Brief an den Rektor und schloss wie üblich: »... mit der Magnifizenz geziemenden Ehrerbietung«, eine Kopie erging an Schuschnigg, die

³⁴⁵ UAW, S.Z. 184/47 aus 1933/34

³⁴⁶ Mitteilung von Dr. Josef Klaus

³⁴⁷ Mitteilung von Dr. Josef Klaus

bloß mit »besten Grüßen« schloss. Schuschnigg sprach Klaus daraufhin eine Rüge aus: er lege Wert auf einen ebenso geziemenden Gruß. Klaus hat sich dann entschuldigt.³⁴⁸

Heinrich Drimmel (Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1937, Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien 1934-1937)

Klaus und Drimmel kamen vom Katholisch Deutschen Studentenverband. Doch schon 1929 wird Drimmel mit 17 Jahren Mitglied der Heimwehr. 1930 trat er auch in die CV-Verbindung Nordgau ein.

Den Vorsitz der KDHÖ übernahm Drimmel von Klaus 1933, legte ihn aber bereits kurz darauf »während einer kritischen Phase der nationalsozialistischen Terroranschläge« nieder und rückte in das Freiwillige Schutzkorps ein.³⁴⁹

»Auch als Sachwalter nahm ich also einen Posten ein, den vorher Josef Klaus innegehabt hatte. Diesmal ohne seine Intention.³⁵⁰ So bekam ich meine erste politische Aufgabe. Die Vaterländische Front hatte keine Studentenorganisation. Gleichgültig, ob man in mir den Exponenten des Heimatschutzes oder der Katholischen Hochschülerschaft sah: ich stand als Sachwalter jedenfalls in den Reihen einer Minorität, die, in sich gespalten, keineswegs in allem für Drimmel war. Es gab angesichts des wachsenden Drucks der in die Illegalität verdrängten Nationalsozialisten nur zwei Möglichkeiten einer Studentenpolitik: entweder mit den militanten Methoden der Vaterländischen Wehrformation (Heimwehr, Ostmärkische Sturmcharen usw.) die Herausforderung zur Gewalttätigkeit anzunehmen und den damit im ganzen Land geübten Terror auch an die Hochschulen zu bringen oder mit Unterstützung einsichtsvoller Professoren aller Richtungen diesen Skandal von der Hochschule fernzuhalten. Ich entschloss mich für den letzteren Weg [...]

Ohne die Jugendfreundschaft, die mich mit vielen Nationalsozialisten verband, wäre es mir nicht möglich gewesen, den offenen Kampf von der Hochschule fernzuhalten. Die



Abbildung 5 Heinrich Drimmel als Sachwalter

Bildquelle: Akademische Nachrichten,
Mai-Juni 1935, S.1 aus der Zeitung gescannt

³⁴⁸ Mitteilung von Dr. Josef Klaus

³⁴⁹ Heinrich Drimmel: Die Häuser meines Lebens. Erinnerungen eines Engagierten. Wien/München 1975; S. 179

³⁵⁰ Hier widersprechen sich die Aussagen von Klaus und Drimmel. Offiziell wurde er allerdings von Stein ernannt. Möglich ist, dass Klaus tatsächlich Drimmel vorgeschlagen hat. In der Regel wurde der Vorschlag eines Nachfolgers akzeptiert. So schlug Drimmel eben Lechner vor, der auch sein Nachfolger wurde. Das Ministerium hat dies offenbar immer akzeptiert und nicht vom Recht Gebrauch gemacht, selbst einen anderen Kandidaten zu ernennen.

Skandalszenen, die im Semester zuvor die Schließung der Universität und die Sistierung der Vorlesungen zur Folge gehabt hatten, durften sich nicht wiederholen.«³⁵¹

Drimmel war genau der richtige Mann für Schuschnigg, denn er verfügte sowohl über die gleiche Kontinuität der KDHÖ wie Klaus, aber darüber hinaus auch über Erfahrungen in der Heimwehr. Man könnte sagen, dass er sowohl katholische als auch faschistische Erfahrungen einbrachte.³⁵² In der Tat hatte Drimmel immer eine gewisse Toleranz zu den National- (sozialist)en. Offensichtlich bewahrten diese »Jugendfreunde«, die vor 1938 »auf der anderen Seite gestanden waren«, den als ehemaligen Sachwalter der Hochschülerschaft und später als Schulungsreferenten der Vaterländischen Front doch exponiert Tätigen vor Inhaftierung, »Existenzlosigkeit« und härterem »Gesinnungszwang« nach dem Anschluss.³⁵³ Einer von ihnen war Drimmels eigener HÖ-Geschäftsführer der Abteilung für körperliche Ertüchtigung und der frühere Referent des Amtes für Leibesübungen, Leopold Raffelsberger. Von »anderer Seite« kann da allerdings kaum die Rede sein.

Dies weist auf eine maßgebliche Schwachstelle hin, dass nämlich die Hochschülerschaft Österreichs zwar die Nationalsozialisten von den Universitäten fernhalten wollte, aber in Wirklichkeit durch die Versöhnungspolitik mit den Nationalen und durch die Unterwanderungspolitik der Nationalsozialisten vieles wieder konterkariert wurde.

Dabei, so betont Drimmel, war das Anziehende an der Heimwehr für ihn, dass es seiner Meinung nach den aufgeschreckten bürgerlichen Politikern Anfang der 1930er-Jahre, die »nicht mehr aus und ein wussten und anfangen, auf der Stelle zu treten«, an der notwendigen Courage

³⁵¹ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 179f

³⁵², dass er zur Zeit der Regierung Kreisky als »Faschist« bezeichnet wurde, kommentierte er später ebenso bitter, wie, dass er unter der Regierung Klaus als verzopfter »Koalitionspolitiker« gegolten hatte:

»Nach dem, was ich in den Dreißiger-Jahren gewesen bin, bin ich im Alter, im sozialistischen Österreich ein Faschist« - Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 186

*»Für mich waren die langen Jahre, praktisch meine ganze Jugendzeit, die ich dem **opferte**, was jetzt als Klerikofaschismus in einer Linie mit dem Hitlerismus gesehen wird, nicht ein einziger Irrtum, dessen ich mich schamvoll entledigen konnte.«* - Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 330f, Hervorhebung **nicht** original

Dass ihn aber als Minister, als es um seine ÖVP-Parteimitgliedschaft ging, auch Bundeskanzler Julius Raab auch bereits eher selbstironisch als Faschisten bezeichnet hat, zumal dieser ja selbst (wenn auch gemäßigter) Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr gewesen war, beschreibt Drimmel ebenfalls. Drimmel spricht immer respektvoll von Raab, gibt jedoch in seiner Autobiographie die direkten Reden Raabs durchweg im Dialekt wieder: *»Für so an' alten Faschisten und jungen Minister, wie Du einer bist, ist der Arbeiter- und Angestelltenbund g'rad recht [...] Schamst di' leicht, bei uns zu sein?« [...] Und so sagte ich: »Woher denn, du bist ja selber Obmann der Partei.«* - Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 334

³⁵³ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 338: Drimmel musste nur vom Unterrichtsministerium ins Finanzministerium wechseln und eine Außentätigkeit in Berlin aufnehmen.

fehlte – »und Courage fanden wir bei den neueren Männern, bei den starken Männern, von denen einige übrigens bessere Vorstellungen hatten«.³⁵⁴

Zu dieser Courage gehörte unter anderem, die himmelschreienden Miss-Stände und Exzesse der Nationalen an der Universität endlich zu beenden. Jahrelang hatten Professoren und Minister zugeschaut, wie es an der Tagesordnung war, dass Juden und linke Studenten der Hatz der Nationalen ausgesetzt waren. Erst Schuschnigg machte damit Schluss. Zur »Courage« gehörte aber offenbar auch, gegen die seit 1918 gefürchteten Sozialdemokraten und Kommunisten loszugehen, durch Verbote von Parteien und Organisationen ebenso wie Pensionierungen im Hochschulbereich. Denn nicht nur nationale Professoren, die mit der NSDAP sympathisierten, wurden relegiert, sondern auch einige der wenigen sozialdemokratisch oder liberal gesinnten Professoren.

Im Mai 1936 erfolgte unter Drimmel auch eine Reorganisation der Heimatschutz-Studenten an der Universität Wien, die in der »Akademischen Legion«, die 1918 als Reminiszenz an 1848 auf universitärem Boden gegründet, aber kaum Erscheinung getreten und im Studentenfreikorps vertreten waren. Das Studentenfreikorps ging auf Studentenbataillone der Jahre 1919/20 zurück, war straff organisiert und hatte eine starke Organisation in der Steiermark. 1928 schloss es sich der Heimwehr an und stand Starhemberg (1899-1956) nahe. »Die Mitgliederzahl war zunächst gering, aber durch seine straffe Organisation kam das Korps zu hohem Ansehen.« Seit 1932 leitete es als Freikorpsführer Oberleutnant Bulla »ein Oberschlesien-Kampfgenosse Starhembergs«.³⁵⁵ Oberleutnant a.D. Adolf Bulla war übrigens der Leiter Abteilung (4) für Körperliche Ertüchtigung der Hochschülerschaft Österreichs und der Vorgesetzte des schon erwähnten Leopold Raffelsberger. Ab 1932 waren Austritte vieler Nationalsozialisten aus den Freikorps erfolgt. 1935 gab es wieder 570 Mitglieder, »zum Teil aus Überzeugung, zum Teil, weil sie den Beitritt als für ihr berufliches Fortkommen nützlich ansahen«, wobei die Führungsstellen durch CVer besetzt wurden, nur vereinzelt blieben Nationale in Spitzenfunktionen.³⁵⁶

Mit der Reorganisation wurde nun Drimmel 1936 als HÖ-Sachwalter auch der Leiter der »Heimatschutz-Studentenschaft«, als Dachverband, der sich in das Studentenfreikorps als militärische Einheit und den »Heimatschutz-Studentenbund« als zivile Einheit sowie in eine »Altherrenschaft« gliederte. Die arische Abstammung »bis in das 3. Glied« war

³⁵⁴ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 266

³⁵⁵ Walter **Wiltschegg**: Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? 1985 (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7), S. 334
Walter Wiltschegg war übrigens selbst Mitglied der Hochschülerschaft Österreichs an der Hochschule für Welthandel. Er leitete dort das Amt für Leibesübungen und gleichzeitig in der Fachschaft für Fremdsprachen die Arbeitsgemeinschaft für Italienisch.

³⁵⁶ Wiltschegg (1985): Die Heimwehr, S. 334f

festgeschrieben.³⁵⁷ Doch kurz nach dieser Reorganisation wurde das Studentenfreikorps aufgelöst.

Drimmel spielte auch im CV eine immer wichtigere Rolle. Wiederholt waren Gerüchte aufgetaucht, dass die Hochschülerschaft in die Vaterländische Front integriert werden sollte. Auch war zu hören, dass – ähnlich wie in Deutschland – der CV auch in Österreich aufgelassen werden oder unter Kuratel der Kirche in der Katholischen Aktion gestellt werden sollte.

Die Ereignisse eskalierten anlässlich der 80-Jahresfeier des Cartellverbands am 6.12.1936 in der Hofburg. Vor den festlichen Ehrengästen wie Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, Unterrichtsminister Hans Pernter, Staatssekretär Guido Schmid, Emmerich Czermak, dem Mediziner und Rektor der Universität Wien Leopold Arzt, Dr. Rehl (Landeshauptmann) und Kardinal Innitzer kritisierte Drimmels Bundesbruder Bruno Simlinger die Pläne der Vaterländischen Front, »sich den ÖCV im Rahmen einer ›Vaterländischen Hochschülerschaft‹ einzugliedern und verteidigte die Unabhängigkeit des Verbandes«.³⁵⁸ Wie Drimmel war Simlinger Mitglied der CV-Verbindung Nordgau, die gerade den Vorsitz im Gesamt-CV (»Vorort«) hatte. In seiner Eigenschaft als »Vorortspräsident« war er Vorsitzender des gesamten Österreichischen Cartellverbands. Der angesprochene Bundeskanzler aber wandte sich gegen eine Auflösung oder Eingliederung in andere Organisationen und »wies jedweden Gedanken daran schärfstens zurück. Er betonte die christliche Grundhaltung des CV, der auch hierin mit dem Staate, »wie wir ihn wünschen«, übereinstimme. Nach diesen mit ungeheurer Begeisterung aufgenommenen Worten des Kanzlers wurde die Feier mit der Bundeshymne und dem Lied der Jugend geschlossen.«³⁵⁹ Für Simlinger jedoch hatte diese unbotmäßige öffentliche Kritik Folgen: Schuschnigg kritisierte Simlinger persönlich – und dieser trat als Präsident zurück. Nachfolger als neuer Vorortspräsident des CV wurde – Heinrich Drimmel.

1934, wenige Tage, bevor er sein Amt als Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien antrat, war er noch als wehrhafter Student der Heimwehr im Bürgerkrieg und sah, wie Schutzbündler und auch ein Major auf der eigenen Seite erschossen wurden. Bei allen Worten der Nachdenklichkeit in seiner Autobiographie – explizit als Unrecht wird der Bürgerkrieg von Drimmel nicht bezeichnet. Und hier liegt ein zweiter, gravierender Mangel des Kampfes gegen Hitler, dem sich der austrofaschistische Ständestaat ja auch an der Universität verschrieben zu haben glaubte: Den langjährigen demokratischen Mitbewerber, die Sozialdemokraten zu verfolgen, einzusperren und sie von der Universität zu relegieren (was bei einigen Studenten, zum Beispiel bei Kreisky der Fall war) war Unrecht. Und es hatte keinen Nutzen dafür, Österreich zu fördern und zu erhalten. Das Abdrängen in den Untergrund hatte nur einige

³⁵⁷ Wiltschegg (1985): Die Heimwehr, S. 335

³⁵⁸ Katholische Österreichische Hochschulverbindung Nordgau Wien: Geschichte 1933 - 1938: Der Ständestaat, *online unter*: <http://www.nordgau.at/geschichte3.html> (15.5.2009)

³⁵⁹ ÖHZ, 15.12.1936/ S. 2

sozialdemokratische Studierende radikalisiert und in den Kommunismus getrieben. Statt für den Abwehrkampf gegen Hitler einen verbündeten Partner zu haben, verfolgte das Regime die Sozialdemokraten. Doch sollten die sozialdemokratischen Studierenden noch während der Zeit der Hochschülerschaft Österreichs, allerdings nach Drimmels Zeit als Sachwalter, ein kräftiges Lebenszeichen von sich geben.³⁶⁰

Zweifellos ein Erfolg war die Einrichtung von Fakultäts- und Institutsvertretungen im Rahmen der HÖ-Arbeit. Drimmel resümiert in seiner Autobiographie »Die Häuser meines Lebens« über seine Tätigkeit als Sachwalter zunächst der HÖ an der Universität Wien und dann als Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs:

»In den von mir aufgezogenen Fachschaften fand ich den Grundriss einer neuen Organisation der studentischen Selbstverwaltung. Die Fachschaften waren nicht auf den Verbindungen und Vereinen der Studenten aufgebaut [wie zuvor in der Deutschen Studentenschaft, G.W.], sondern als Universitas studentium gedacht, die einmal zu der bereits bestehenden Universitas magistrorum, den Professorenkollegien, hinzutreten sollte, um eine neue Universität zu bilden. Wie gut das Projekt der Fachschaften in diesen turbulenten Zeiten geriet – ich will es nicht nachher rechtfertigen. Jedenfalls gelang es mir ohne Preisgabe der Grundsätze, den erhofften Beitrag zur Aufrechterhaltung des akademischen Lehrbetriebs zu leisten. Und das war auch für die Regierung Schuschnigg von Wert.«³⁶¹

Der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs Stein ernannte Drimmel als Nachfolger von Klaus als Sachwalter der Universität Wien mit 1. April 1933.³⁶² Die Universität Wien bestätigte dies am 7. April 1933.³⁶³ Das Unterrichtsministerium genehmigte am 13. April Drimmels Bestellung »vorläufig«, das offizielle Dekret war mit 25. Mai 1934 datiert.³⁶⁴ Von Rektor Tomek erfuhr Drimmel, dass das Unterrichtsministerium nach der Befürwortung des Senats die

³⁶⁰ Zu diesem Zeitpunkt war Drimmel bereits »als junger Doktor« Schulungsreferent der Vaterländischen Front für die Soziale Arbeitsgemeinschaft (SAG), die sich um eine Verständigung mit den vormals sozialdemokratischen Arbeitern beschäftigte. Als wieder ein Sozialdemokrat verhaftet wurde, verließen die Arbeiter die Diskussion nach dem Vortrag, und einer sagte zu ihm: »Alsdern Herr Doktor, so geht's net. Wenn s' weiter unsere Leit einnah'n, derweil mir [...] dischkutier'n, dann geht's halt net«. Wie wichtig gegenseitiger Respekt und Dialog gewesen wäre und in der Großen Koalition in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg dann war, spricht Drimmel in diesem Zusammenhang selbst an: »Die in der SAG hatten es nicht leicht; jene von ihnen, die 1945 überlebten, bekamen ihren verdienten Lohn erst nach Jahren in der Zweiten Republik, als man nach Haftgemeinschaft und Verfolgungen im Dritten Reich endlich miteinander sprechen konnte.« vgl.: Heinrich **Drimmel**: Vom Kanzlermord zum Anschluss. Österreich 1934-1938. Wien/München 1987; S. 316f

³⁶¹ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 180

³⁶² UAW, S.Z. 187, 1933/34 -72

³⁶³ UAW, S.Z. 187, 1933/34-73

³⁶⁴ UAW, S.Z. 187, 1933/34-75

Berufung genehmigt habe. Im Herbst 1936 wurden dann die Ämter und die Büros der Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich und der Universität Wiens zusammengelegt.³⁶⁵

Zunächst führte Drimmel in seiner Eigenschaft als Sachwalter an der Universität, später in Personalunion auch als Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs die Bemühungen um einen Aufbau einer anerkannten Studierendenvertretung fort und suchte hier auch den Rektor als Verbündeten. So erbat er, um umfassend informiert zu sein, den Rektor, alle Kundmachungen über studentische Belange auch ihm zuzusenden. In seinem Schreiben an den Rektor berief er sich auf § 6 der Vorschrift über die Gliederung und den Wirkungskreis des Studentischen Führungsapparates an den Hochschulen und betonte das einvernehmliche Vorgehen mit dem Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Stein. Rektor Tomek stimmte diesem Ersuchen zu und unterstützte dadurch den Sachwalter an der Universität Wien.³⁶⁶

Weil selbst ein Jahr nach Gründung der Hochschülerschaft Österreichs noch immer andere Vertreter von der Universität herangezogen wurden, »erlaubt sich« Drimmel als Sachwalter der Universität Wien, »die akademischen Behörden aufmerksam zu machen, dass nur solche Legitimationen der Sachwalterschaft Gültigkeit haben, welche die Unterschrift und den Stempel des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs **und** des jeweiligen örtlichen Sachwalters tragen.«³⁶⁷

Wie schon erwähnt, war es Drimmels größtes Anliegen, hochschülerschaftsintern die Fachgruppen (Fakultätsvertretungen) und Fachschaften (Studienrichtungsvertretungen) zu stärken. Nach einem Jahr waren sie an allen Universitäten bereits eingerichtet. Drimmel formulierte die nächsten Ziele:

»Jetzt geht es darum, die praktischen Einrichtungen auszubauen: unsere Büchereien, unsere Arbeitsgemeinschaften und – darauf kommt es im besonderen an – die ersprießliche Zusammenarbeit mit der Professorenschaft.

Kameraden! In dieser Stunde, da wir darangehen, das Aufbauwerk studentischer Selbstverwaltung bis zur Dachgleiche zu vollenden, ergeht an Euch der Ruf. Mitarbeiten in den Fachschaften! Mitarbeiten in den Einrichtungen, die Studenten geschaffen haben und die für Studenten bestimmt sind!

Machen wir uns da mit hohem Verantwortungsgefühl an die Arbeit und wirken wir in aufrichtiger und ehrlicher Zusammenarbeit – einer für alle, alle für einen – dann wird, dann muss die neue Organisation der Studentenschaft den Bedürfnissen entsprechen, für die sie geschaffen wurde: denen der Studentenschaft, denen unserer Heimat.«³⁶⁸

Übrigens ist dieser Artikel in den ›Akademischen Nachrichten‹ einer der wenigen persönlich gezeichneten. Es ist für Drimmel übrigens charakteristisch und Nachwehen des »wehrhaften

³⁶⁵ ÖHZ, 15.9.1936, S. 6

³⁶⁶ UAW, S.Z. 187/92 aus 1933/34 (3. Juli 1934 und Amtsvermerk vom 7. Juli 1934)

³⁶⁷ UAW, S.Z. 166/4 (Hervorhebungen original)

³⁶⁸ Akademische Nachrichten Mai-Juni 1935, S. 1

Studententums«, dass er die Mitstudenten gerne mit ›Kameraden‹ anspricht. Andererseits ist für Drimmel das Wort »Zusammenarbeit« sehr wichtig. Immer wieder gebraucht er es. In dieser Passage sogar zweimal. Drimmel verwendet diesen Begriff in Abgrenzung zur Gleichschaltung der deutschen nationalsozialistischen Studentenführung.

Dass es für die soziale Situation der Hochschüler inmitten der Wirtschaftskrise nicht so leicht war, Erfolge herzustellen, weil es praktisch vom Staat überhaupt keine Unterstützung gab, schildert er später in seiner Autobiographie so:

»Meine Freunde und Mitarbeiter in der Sachwalterschaft kämpften beharrlich gegen die verhängnisvolle Entwicklung der Lage der Akademiker in Österreich. So wie nach 1945, erwies sich auch damals die Formel: zuerst die Wirtschaft, als eine Sperre, gegen die anzukämpfen leicht den Vorwurf ›jugendlicher Idealismus und Überschwang‹ eintrug. Und eckten wir mit unseren Vorschlägen und Forderungen in Regierungskreisen an, dann bekamen wir prompt die Vorwürfe derer, die das System durch dick und dünn treiben wollten und denen alles andere nur Anfang für Appeasement, Kapitulation und Übergabe an den Feind bedeutete. Zugleich hörten wir auch aus dem Untergrund den Hohn der Feinde, die uns als bezahlte Hampelmänner des Systems hinstellten.«³⁶⁹

Aus diesen Worten sind Drimmels Vermittlungserfolge zwischen seinem Vorgänger als Unterrichtsminister, Ernst Kolb und der ÖH zu sehen.³⁷⁰ Ab März 1937 hatte Drimmel einen Stellvertreter an der Universität Wien, Heinrich Jandl, der ihn einerseits entlastete und andererseits, in Abwesenheit Drimmels, seine Vertretung wahrnahm.³⁷¹ Dass Jandl als Ansprechperson für die Universität Wien aufgewertet wurde, äußert sich darin, dass nun er im Jahrbuch 1937/38 das Vorwort für die Sachwalterschaft an der Universität Wien schrieb.³⁷²

Drimmels Toleranz gegenüber den Nationalen:

Dass Glückwunsch- oder Beileidstelegramme in der Diplomatie selbstverständlich sind, ist eine Tatsache. Dass auch Hochschülerschafts-Funktionäre solche austauschen, kommt vor. Dass aber solche Telegramme wörtlich in den Zeitschriften abgedruckt werden, ist seltsam. Im Juni 1937 aber geschah genau das. Die ÖHZ druckte ein Beileidstelegramm des Reichsstudentenführers Scheel aus Deutschland ab, in der er von »großer Genugtuung« spricht, mit der er von der »Anteilnahme Kenntnis« genommen hat, »die Sie, geehrter Herr Dr. Drimmel, gelegentlich der Luftschiffskatastrophe, die das deutsche Volk betroffen hat, im Namen der österreichischen Hochschülerschaft zum Ausdruck gebracht haben«.³⁷³

³⁶⁹ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 182

³⁷⁰ vgl. das spätere Kapitel dieser Arbeit »Ausblick 3: Protest und Konsens«

³⁷¹ ÖHZ, 18.3.1937, S. 6

³⁷² Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38 – Universität Wien. Wien 1937, S. 69

³⁷³ ÖHZ, 1.6.1937, S. 5

Kurz darauf, Anfang August, berichtet die ÖHZ ein weiteres Mal von einem Austausch zwischen dem HÖ-Sachwalter und dem Reichsstudentenführer, anlässlich einer internationalen Studententagung in Heidelberg:

»Die Hochschülerschaft Österreichs war durch den Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs Dr. Heinz Drimmel und den mit der Leitung der Auslandsstelle betrauten IUC Adolf Mädel vertreten. Die österreichische Delegation fand als Gast der deutschen Studentenschaft eine herzliche Aufnahme.«³⁷⁴

Andere Abordnungen kamen aus Lettland, Großbritannien, Belgien, Deutschland. Geschickt stellte sich das Deutsche Reich ins Zentrum der internationalen Studierenden. Waren unter dem Auslandsreferenten Joseph Klaus und Leo Octavio Wildner immer die Beziehungen zu allen anderen Staaten als Gegengewicht zu Deutschland wichtig, standen für den Noch-Sachwalter Drimmel und den provisorischen Leiter der Abteilung für den Auslandsdienst Mädel ein Gespräch mit Scheel und seinem Auslandsreferenten im Zentrum, wobei die »Zusammenarbeit der Studentenschaften sichergestellt« und »manche erstrebenswerte Klarstellung der unmittelbaren Zusammenarbeit der beiden Studentenschaften erzielt werden« konnte. Nach der Rückkehr aus Heidelberg richtete der Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich folgendes Schreiben an den Führer der Deutschen Studentenschaft:

»Sehr geehrter Herr Doktor Scheel!

Nach meiner Rückkehr nach Wien ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen für die freundliche Aufnahme in Heidelberg, welche die österreichische Abordnung in Heidelberg gefunden hat, herzlichen Dank zu sagen. Ich darf daran noch die aufrichtige Hoffnung knüpfen, dass die in Heidelberg geführten Besprechungen erfolgreicher Anfang einer fruchtbaren Wechselbeziehung der Studentenschaften des Deutschen Reiches und Österreichs sind. Indem ich Sie gleichzeitig ersuche, den Kameraden der Reichsstudentenführung für ihr anlässlich der Heidelberger Tagung erwiesenes freundliches Entgegenkommen meinen Dank zu übermitteln verbleibe ich

Ihr sehr ergebener Dr. Drimmel«³⁷⁵

Solch ein Naheverhältnis ist irritierend, insbesondere dann, wenn Drimmel nicht müde wird zu betonen, dass er vor 1938 einen Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten geführt hat. Deutschland war nun einmal nationalsozialistisch. Wenn man zu den Repräsentanten ein solch herzliches Verhältnis hat, wie will man dann die nationalsozialistischen Umstürzler im eigenen Land bekämpfen?

Auf Seite 4 derselben Ausgabe erscheint noch ein anderer Bericht über die Nationalsozialisten in Deutschland, quasi als Ausgleich. In Zusammenhang mit diesem Artikel erscheint es noch fragwürdiger, warum Drimmel solch ein Kotau vor Scheel gemacht hat. Unter der Überschrift »Quo vadis, Germania?« »von unserem Berliner Mitarbeiter« wird resümiert:

³⁷⁴ ÖHZ, 1.6.1937, S. 5

³⁷⁵ ÖHZ, 10.8.1937, S. 1

»Niemand aber weiß heute zu sagen oder zu erraten, wie es wirklich kommen wird. Denn immer wieder widerspricht sich die politische Führung des Deutschen Reichs in den einzelnen Problemen. Einmal heißt es, dass man sich keineswegs in die innerpolitischen Angelegenheiten Österreichs einmischen will, während man dann wenige Tage später gegen die katholischen Führer und jüdischen Theaterbesitzer in Wien polemisiert. [...] und noch immer ist noch keine Antwort erfolgt auf die immer dringlichere Frage: ›Quo vadis, Germania?‹«³⁷⁶

Während an der juristischen Fakultät der Universität Wien deren Leiter Richard Lechner in den Jahren eine gut funktionierende Organisation mit vielen Serviceeinrichtungen für die Studierenden aufbaut, und ein absoluter Neuanfang vorgenommen wird, gibt Sachwalter Heinz Drimmel dem »Ring³⁷⁷ philosophischer Fachvereine«, der Vorschläge zur Eingliederung des Ringes in die neuen Fachschaften machte, nach. »Das Eigenleben der einzelnen Vereine möge nach Möglichkeit gewahrt bleiben, da der Ring in den einzelnen Hörsälen bereits so gefestigt sei, dass eine Neugründung kaum den gewünschten Erfolg bringen würde. Die einzelnen Vereine mögen daher als Glieder der neuen philosophischen Fachschaft angesehen werden. Die Einzelheiten der Einordnung müssten mit dem Sachwalter noch besprochen werden.«³⁷⁸

Tatsächlich berichten die Akademischen Nachrichten zwei Monate später: »Am 12. Juli löste sich der bisherige Ring der philosophischen Fachvereine auf und konstituierte sich als Fachgruppe im Rahmen der Sachwalterschaft. Die bestehenden Fachvereine verwandeln sich in die notwendigen einzelnen Fachschaften. Die Eingliederung in die Sachwalterschaft ist eine vollständige.«³⁷⁹ Dies geschah, obwohl immer wieder die Erfahrungen gemacht worden waren, dass dort, wo die Kontinuitäten zur Deutschen Studentenschaft blieben, die Aktivitäten der Nationalsozialisten fortgesetzt wurden. Wenn Drimmel also schreibt, er habe sich dafür entschieden, den Skandal und den offenen Kampf mit den Nationalen von der Hochschule fernzuhalten, so spricht seine Toleranz an der Philosophischen Fakultät für eine Art von Agreement, das hier gefunden wurde. Freilich hatte es die Auswirkung, dass an der philosophischen Fakultät vom neuen Geist überhaupt keine Rede sein konnte. Im Gegenteil: Service wurde abgelehnt, die rechte Ideologie weiter gepflegt. Ressentiments und Klüngel wurden immer wieder moniert. Offen wurde sogar in Leserbriefen der Österreichischen Hochschulzeitung dieser Fachschaft vorgeworfen, eine »Clique« zu sein. Im November 1936 berichtet die ÖHZ von unfreundlicher Behandlung gegenüber jüdischen Studierenden seitens dieser Fachschaft. Diese sollten sich gefälligst an die »Studienberatung der ›Judäa‹« wenden: Es würde »ja auch die Studienberatung der Ausländer von der Studienberatung der Auslandsstelle

³⁷⁶ ÖHZ, 10.8.1937, S. 4

³⁷⁷ die Bezeichnung ›Ring‹ weist auf eine nationale Tradition, vgl. das Kapitel »Die nach 1933 in die Illegalität gedrängte linke Opposition«

³⁷⁸ Akademische Nachrichten, Mai 1934, S. 15

³⁷⁹ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 15

der Hochschülerschaft Österreichs erteilt und nicht von den örtlichen Studienberatungsstellen der österreichischen Hochschülerschaft [sic]«. »Wenn sich die jüdischen Hörer stets an ihre Auskunftsstelle wenden würden, könnten sich angebliche Zwischenfälle, wie sie die ›Stunde‹ zitiert, leicht vermeiden lassen.«³⁸⁰

Immerhin aber erschien diese Reaktion der Fachschaft für die ÖHZ erwähnenswert. Es zeigt sich also, dass das Rassenprinzip nicht mehr restlos geteilt wird, auch wenn der Antisemitismus allenthalben Diskriminierungen salonfähig macht. Auch in einem weiteren Leserbrief wird mit der Fachgruppe scharf ins Gericht gegangen.

Im Sinne der oben erwähnten Aufgaben der Fachgruppen und Fachschaften ist das Ziel der HÖ nicht erreicht worden, aber dafür eine nationale Stelle an der Universität verblieben, die etwa zu Weihnachten offen Jul- statt Weihnachtsfeiern veranstaltet habe. Auffallend sei die »unangenehme Bürokratisierung«, heißt es weiter,

»die sich darin äußert, dass die verschiedenen Funktionäre, die mit schwarzem Clothmantel äußerst beschäftigt herumspazieren, wohl ihre Amtsstunden haben, die sie aber fast wie in einem wirklichen Büro nicht besonders einzuhalten pflegen.[...] Gelingt es nun einmal, wirklich zu den Spitzen vorzudringen, findet man sie fast immer in derart aufreibender Tätigkeit, dass eine Störung nicht allzu höflich quittiert wird. [...] So gelingt es leicht, die Masse der Studierenden in respektvoller Entfernung zu halten und der Herr »Kollege«, der sich von dem ›Leben‹ der Fachschaft ausgeschlossen sieht, wird sich wie bisher in der Universitätsbibliothek um Plätze und Bücher herum raufen...

So steckt eben in einzelnen Fachschaften noch viel von dem, was an die ehemaligen »deutschen« Fachvereine erinnert. Es blieb mehr davon erhalten, als die alten Anschlagkasten, die frisch überstrichen wurden und die Herren Obmänner, die von einem bestimmten Zeitpunkte an ›Fachschaftsleiter‹ hießen. ›Julkneipen‹ zu Weihnachten zeigen deutlich, dass der christlich-vaterländische Geist bei manchen offiziellen akademischen Stellen sich noch nicht restlos durchgesetzt hat.«³⁸¹

In der nächsten Ausgabe der ÖHZ rechtfertigt sich zwar der Fachschaftsleiter Herbert Fischer und zählt umständlich die Struktur der Fachschaft auf, doch in manchen Dingen ist auch dieser Artikel verräterisch, etwa wenn er die Fachschaft so definiert: »Die Zusammenfassung **der bodenständigen deutschen Hörerschaft** an der Philosophischen Fakultät geschieht in den Fachschaften« An eine Fakultätsvertretung für alle Studierenden wird hier also offensichtlich überhaupt nicht gedacht. Und noch eine Einschränkung gibt es an der Philosophischen Fachschaft: »Mitglied der Fachschaft wird man durch persönliche Anmeldung beim Leiter, **dem das Recht zusteht, die Aufnahme ohne Angabe des Grundes abzulehnen.**«³⁸²

Auch durch dieses Beispiel wird deutlich, dass die mangelnde Abgrenzung gegenüber den Nationalen letztendlich die eigenen Ziele desavouierte. Von offener Vertretung aller

³⁸⁰ ÖHZ, 1.11.1936, S. 4

³⁸¹ ÖHZ, 5.1.1938, S. 7 (Hervorhebungen **nicht** original)

³⁸² ÖHZ, 20.1.1938, S. 2

Studierenden ist diese Fachschaft noch weit entfernt, und von »einer für alle, alle für einen«, wie es Drimmel formuliert hatte, erst recht. Und für welche »aufreibende Tätigkeit« die nationalen Studentenvertreter Anfang 1938 »äußerst beschäftigt herumspazieren«, kann nur vermutet werden in einer Fachschaft, in der die Beschäftigung und Durchsetzung der eigenen Ideologie mehr zählt als die Erleichterung des Studiums der Kolleginnen und Kollegen. Illegale nationalsozialistische Tätigkeit kann keineswegs ausgeschlossen werden.

In diesem Punkt ist also stellenweise tatsächlich eine Diskrepanz zwischen den von Drimmel stets vertretenen Ideen für die Fachschaften und Einrichtungen der Hochschülerschaft Österreichs und deren Umsetzung an einigen dieser Einrichtungen zu bemerken.

Zeitgenössische Beurteilungen des Hochschülerschafts-Sachwalters Drimmel

Alles in allem war Heinrich Drimmel als Sachwalter ein Vertreter der Ideale der Deutschen Studentenschaft wie etwa militärische Erziehung, auch in seiner Überzeugung von der deutschen Nation und Kultur der Österreicher. Als Studentenpolitiker versuchte er, die Kräfte (Heimwehr, CV, Fakultätsvertretung) zu bündeln und außerdem die ideologischen Ideen zu »überwinden« und eine wissenschaftlich-berufsrelevante Seite der Studierendenvertretung in den Fachgruppen und Fachschaften aufzubauen. Gleichzeitig war er um Ausgleich bemüht, auch wenn dies im Umgang mit den Nationalen letztlich kontraproduktiv war. Zu einem korrekten Verhältnis mit den Sozialdemokraten kam er als Koalitionspolitiker erst nach dem Zweiten Weltkrieg.

Durch diesen Ausgleich an der Universität konnte er die Interessen vertreten und wurde sowohl von den Politikern des Ständestaats als auch von den Professoren an der Universität geschätzt. Denn nach anfänglichen Protesten des Akademischen Personals fanden die Hochschülerschaft und die Professoren bald einen Modus Vivendi und kamen korrekt miteinander aus – vor allem mit Drimmel. Als er als Sachwalter abberufen wurde, erhielt er ein herzliches Dankeschreiben des Rektors der Universität Wien:

»Sehr geehrter Herr Doktor! Heute ist im Rektorate eine Abschrift [...] eingelangt, womit Sie der Herr BMinflU über Ihr eigenes Ansuchen von der Funktion des Sachwalters der Hochschülerschaft in Österreich abberufen und von der interimistischen Führung der Geschäfte des Sachwalters der Hochschülerschaft an der Universität Wien enthoben hat.

Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Doktor, nun auch auf diesem Wege für Ihr ausgezeichnetes und höchst verdienstvolles Wirken nicht allein im Interesse der österreichischen Hochschülerschaft [sic], sondern auch in einsichtsvoller Berücksichtigung der Wünsche der akademischen Behörden den wärmsten Dank unserer Universität zum Ausdruck bringen. Mit Versicherung der vorzüglichen Hochachtung. Späth, dzt. Rektor der Universität in Wien«³⁸³

³⁸³ UAW, S.Z. 166/I -2a aus 1937/38

Auch Alfred Twaroch, der Schriftleiter der ÖHZ, würdigt die Arbeit Drimmels in einem Artikel und fasst die seiner Meinung nach größten Verdienste Drimmels zusammen:³⁸⁴

Er »wird [...] wohl immer in bester Erinnerung bleiben. Sein liebenswürdiges und doch energisches Verhalten war gewiss angetan, in allen Kreisen der Hochschülerschaft große Sympathien, zumindest aber Schätzung und Achtung zu erringen.

[...] Schon in seiner Tätigkeit an der Universität, besonders aber später als Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich unternahm Dr. Drimmel alles, um die nötigen organisatorischen Voraussetzungen für ein gedeihliches und klagloses Arbeiten des studentischen Selbstverwaltungsapparates zu schaffen. Im Rahmen dieser Bemühungen ist wohl die Gründung und der Ausbau der Fachgruppen und der Fachschaften sein größtes Verdienst. Hier gab es wohl Widerstand, der oft unüberwindbar erschien, aber dennoch gelang es seiner Tatkraft, die von dem unbedingten Glauben an den Wert und die Notwendigkeiten dieser Einrichtungen getragen war[...]. Ein weiterer Schritt in dem Ausbau der studentischen Selbstverwaltung war die Einrichtung der Abteilungen. Auch hier unterließ es Dr. Drimmel nicht, in vielen Fällen - bei voller Wahrung der Eigenständigkeit seiner Mitarbeiter - initiativ vorzugehen. In schweren Zeiten der österreichischen Hochschülerschaft [sic] Führer zu sein, erforderte abgesehen von organisatorischen Fähigkeiten viel Klugheit und Takt. Wer Gelegenheit hatte, Dr. Drimmel persönlich zu kennen, der weiß, dass diese Eigenschaften einen Teil seiner ganzen Persönlichkeit darstellten. «

Auch die Beurteilung Theodor Veiters, des früheren Vorsitzenden der KDHÖ, ist weitgehend positiv und betont nochmals die Stärke der Nationalsozialisten, die Drimmel offenbar in seiner Aufbauarbeit nicht unbeeindruckt gelassen hat:

»Er hat dieses Amt, das natürlich eine autoritäre Note trug, mit Umsicht und Sorgfalt verwaltet und war lediglich darüber erschüttert, wie stark die NSDAP an den österreichischen Hochschulen bereits damals war«³⁸⁵

³⁸⁴ ÖHZ, 8.10.1937, S. 1

³⁸⁵ Veiter (1984): »Das 34er Jahr«. Bürgerkrieg in Österreich, S. 117

Richard Lechner (Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs 1937-1938)

Der letzte Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Richard Lechner wird in allen im Literaturverzeichnis angeführten Aufsätzen und wissenschaftlichen Arbeiten nicht erwähnt. Nicht nur im Universitäts- und im Staatsarchiv, sondern vor allem auch in der Österreichischen Hochschulzeitung finden sich aber zahlreiche Belege seiner Tätigkeit, auch das nebenstehende Photo.



*Abbildung 6: Richard Lechner; Sachwalter 1937-1938
Bildquelle: ÖHZ, 8.10.1937, S.3; aus der Zeitung gescannt*

Bevor Lechner der Nachfolger Drimmels wurde, war er der Leiter der juristischen Fachgruppe, zu dem ihn bereits Sachwalter Stein bestellt hatte. 1936/37 vertrat Lechner schon Drimmel einige Male als Sachwalter, obwohl es eigentlich einen stellvertretenden Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs gab, nämlich Franz Hlouscha von der Technischen Hochschule, der wie Klaus und Lechner Mitglied der CV-Verbindung »Rudolfina« war. So übernahm Lechner schon kurzzeitig im Jänner 1937 beide Sachwalterschaften Drimmels³⁸⁶ und bereits zuvor, im September 1937 die Stellvertretung als Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs an der Universität Wien³⁸⁷. Am 1. Oktober 1937 trat Richard Lechner nun seine neuen Ämter an. Heinrich Drimmel betont in seinem Abschiedsschreiben in der ÖHZ, dass die Ernennung Richard Lechners auf seinen Vorschlag erfolgt sei.³⁸⁸ Zum Stellvertreter Lechners wird der bisherige stellvertretende Sachwalter der HÖ der Universität Wien, Heinrich Jandl, der so wie Lechner Jus studierte.

Während Drimmel von der zweiten Ebene, nämlich von der Universitätsebene als Sachwalter nachgerückt war und dieses Amt auch behalten hatte, kam Richard Lechner nun bereits von der dritten Ebene der Hochschülerschaft Österreichs (Leiter der Fachgruppe einer Fakultät). Er hatte aus dem früheren Juristenverein die juristische Fachgruppe an der Universität Wien aufgebaut

³⁸⁶ UAW, S.Z. 166/11 aus 1936/37

³⁸⁷ UAW, S.Z. 166/2 aus 1936/37

³⁸⁸ ÖHZ, 8.10.1937, S. 2:

Besonders hingewiesen sei auf das Vorschlagsrecht des Vorgängers, von dem noch die Rede sein wird.

und war hatte zudem im Vermögensbeirat der Hochschülerschaft Österreichs und im Disziplinarausschuss Erfahrungen gesammelt.³⁸⁹

Der Pressereferent und Herausgeber der ÖHZ, Alfred Twaroch, würdigte Lechner so:

»Kamerad Lechner ist kein Neuling in der Studentenorganisation. Sein bisheriges Wirken erstreckte sich auf die Fachgruppenarbeit. Unter den schwersten Verhältnissen gelang es ihm mit zäher Energie und Ausdauer aus den Trümmern des aufgelösten Akad. Juristenvereins eine neue Organisation studentischer Gemeinschaft der Juristen aufzubauen. Wie schwer diese Arbeit war, kann nur derjenige ermessen, der Kamerad Lechner in seinem Arbeitseifer kennt. Dank seiner in der Sache selbst aufgehenden Energie gelang es ihm in verhältnismäßig kurzer Zeit, der Fachgruppe einen schnellen Aufschwung zu geben. Wie sehr seine Ziele und Bestrebungen in der breiten Masse der Hörschaft Anklang fanden, beweist die Tatsache, dass die juristische Fachgruppe, deren Leiter Kamerad Lechner bis zu seiner Ernennung zum Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs gewesen ist, die zahlenmäßig stärkste Fachgruppe an der Universität Wien ist. Obwohl Kamerad Lechner nun in einer weit größeren und verantwortungsvolleren Stelle seine Kräfte in den Dienst der Hochschülerschaft Österreichs stellt, wissen wir alle, dass er mit derselben Energie und mit derselben Ausdauer die Hochschülerschaft führen wird, zum Gedeihen der studentischen Gemeinschaft unseres Vaterlands Österreichs. [...]«

Durch seine zielstrebige Neuorganisation der juristischen Fachgruppe zog er sich die Gegnerschaft der früheren Deutschen Studentenschaft zu. Schon im Wintersemester 1934/35 erhielt Lechner immer wieder anonyme Droh-Anrufe, nämlich »dass ein Anschlag gegen ihn von den unterhalb seines Büros befindlichen Klosetts unternommen werden würde«. Daraufhin ließ der damalige Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Stein, anfragen, ob man das WC nicht prinzipiell sperren könne. Das war den Akademischen Behörden zwar nicht möglich, doch die Universität führte daraufhin einen Überwachungsdienst durch.³⁹⁰

Richard Lechner war Mitglied der Rudolfini. Er trat in die Verbindung am 20. Oktober 1932 und wohnte damals in der Scheidlstraße in Wien Währing.³⁹¹

Neue Tendenzen unter dem Sachwalter Lechner

Der Stil Lechners klingt heute wesentlich moderner als der Drimmels. Während Drimmel stets von »Kameraden« gesprochen hatte, spricht Lechner als neuer Sachwalter seine Leserinnen und Leser zunächst mit »Mitarbeiter und Kollegen«³⁹² an. In der ÖHZ vom 22. Oktober ist dies

³⁸⁹ ÖHZ, 8.10.1937, S. 3

³⁹⁰ UAW, S.Z. 605/1 aus 1934/35

³⁹¹ Engelbert Siegl (Hg.): Der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen. Die Ehrenmitglieder, Alten Herren und Studierenden des ÖCV, des österreichischen Cartell-Verbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen, nach dem Stande vom 1. April 1935 mit Nachträgen. Wien 1935; S. 111

³⁹² Das heißt aber nicht, dass dieser Begriff bei Lechner schon verschwunden ist. Im weiteren Verlauf findet sich der Gebrauch auch dort.

augenfällig. Richard Lechner gebraucht einen ähnlichen Stil wie seine Nachfolger in den 1950er-Jahren. Dies gilt auch für Begriffe wie »staatsbürgerliche und soziale Verpflichtungen« (was er dreimal betont), wo zuvor von »vaterländischen Pflichten« oder »Volksgemeinschaft« gesprochen wurde. Insgesamt ist der Ton nicht mehr militaristisch, sondern klingt teamorientierter als zuvor. Auch gebraucht Lechner bereits den heute so geläufigen Begriff »Wirtschaft« als die WU noch »Hochschule für Welthandel« hieß. Ebenso auffallend ist, dass der Begriff »deutsch« nicht mehr vorkommt, sich Lechner mehrmals an alle Studierenden wendet und von einem »einheitlichen organisierten Vollbetrieb« spricht, in dem, wie es scheint, nicht nur die deutschsprachigen Studierenden ihren Platz haben.

*»An alle **Mitarbeiter und Kollegen!***

Es ist mir eine besondere Freude, wenn ich an alle Mitarbeiter und Kollegen an dieser Stelle einige Worte anlässlich meines Amtsantrittes richten kann. Ich will nicht viele Worte machen, denn es kommt nicht auf lange Abhandlungen und Versprechungen an, sondern auf das Maß dessen, was wir an gemeinsamer Arbeit leisten.

*Alle, die bisher an der gemeinsamen Sache mitgearbeitet haben, wissen genau, welche Schwierigkeiten überwunden werden mussten, welches ungeheure Ausmaß an Opferbereitschaft jedes Einzelnen, wie viel Energie und Arbeitsaufwand notwendig waren. Wir alle wissen, dass das Erreichte nur zufolge der tatkräftigen, beispiellos aufopfernden Tätigkeit meines Vorgängers, Herrn Dr. Heinz Drimmel, möglich war. **Ich bin mir selbst von Beginn an im Klaren gewesen, dass eine noch so tatkräftige Führung allein die gesetzten Ziele nicht erreichen kann, wenn nicht alle Mitarbeiter und Kollegen geschlossen und einheitlich hinter dieser Führung stehen.***

Es wurde bisher Gewaltiges geschaffen und die Anfangsschwierigkeiten, welche ja die größten sind, überwunden. [...]«³⁹³

Richard Lechner spricht weiteres von einer »mitten im Leben stehenden Hochschülerschaft« und erweist sich als kollegialer Teamplayer, wenn er sich »der Tatsache bewusst« ist und es »immer nur wiederholen« kann, dass er »auf die Mitarbeit der Kameraden voll und ganz rechte und, dass ohne dieselbe eine Zielerreichung unmöglich ist«. Deshalb betrachte er sich auch als Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs »als nichts anderes als einen Mitarbeiter an der gemeinsamen Sache«. Wenn er gegenüber seinen Mitarbeitern doch noch das Wort »Kamerad« gebraucht, so in dem Versprechen, dass alle »dass volle Bewusstsein mit sich nehmen« könnten, dass »er ihnen stets sachlich und persönlich der Kamerad bleiben« werde, der er bisher war.

Das neue Vokabular zeigt sich noch an einer weiteren Stelle, wenn er von »sozialen Verpflichtungen« spricht. Es ist zwar ganz in der Tradition des pflichtbewussten und dem Volksganzen dienenden Staatsbürger, aber es wird mit Worten gesagt, wie wir sie auch heute noch gebrauchen:

³⁹³ ÖHZ, 22.10.1937, S. 1; siehe den ungekürzten Artikel im Anhang 5 dieser Arbeit

»Was wir durch unsere weitere positive Aufbauarbeit in unserem Bereiche leisten müssen, ist vor allem, jedem Einzelnen das Bewusstsein seiner sozialen Verpflichtungen, sich und der Gesamtheit gegenüber zu geben. Der Einzelne muss ebenso auch das Bewusstsein erlangen, dass er unter dieser Voraussetzung auch den Anspruch darauf hat, die ihm zukommende Funktion im wissenschaftlichen und politischen Organismus des Staates einzunehmen. Wir betrachten es daher als unsere Aufgabe, nicht nur im eigentlichen studentischen Bereiche tätig zu sein, sondern darüber hinaus den Studierenden den Weg nach dem Verlassen der Universität zu ebnen und sie nach dem Studium nach Möglichkeit davor zu bewahren, nach einem langen und schweren Studium erwerbs- und existenzlos dazustehen.«³⁹⁴

Auch die verstärkte Betonung der Wissenschaft setzt die Abkehr von den wehrhaften und deutschnationalen Gedanken der Deutschen Studentenschaft weiter fort. Die Sprache erscheint viel moderner, viel klarer. Während Drimmels Artikel in den Medien der Hochschülerschaft manchmal nicht nachvollziehbare Anspielungen und Andeutungen hatten, ist die Sprache hier wesentlich klarer. Das Verhältnis zwischen Kollegialität und Kameradschaft wurde noch unter Stein und Drimmel in den Akademischen Nachrichten 1935 ganz anders dargestellt. Kollegialität wurde damals gegenüber der Kameradschaft abgewertet, auch wenn hier, ähnlich wie bei Lechner, vom Gemeinsamen vor allem in der Arbeit in der Fachschaft gesprochen wird:

»Der Gedanke der Zusammenarbeit, der Arbeitsgemeinschaft, welcher Begriff mit Vorbedacht an die Spitze aller Bestreben der Fachschaft gestellt worden ist, muss und wird in allen Teilen des studentischen Führungsapparates lebendig werden. Er wird es dann sein, wenn die am äußerlichen schon haften bleibende kollegiale Zusammenarbeit dem kameradschaftlichen Zusammenwirken weicht. Jener Kameradschaft, die gemeinsamer Not, gemeinsamen Kämpfen und Erfolgen entsprungen ist.«³⁹⁵

Deutlich sichtbar ist in der Formulierung in der Zeit von Lechners Vorgängern noch der Nachklang der Soldatengeneration der Weltkriege, bzw. die Erfahrungen der Heimwehrstudenten. Der verstärkte Gebrauch von »Kollege« statt »Kamerad« weist deutlich auf eine Verlagerung vom wehrhaften Element zum studienspezifischen Element hin. In diesem Zusammenhang ist es wohl kein Zufall, dass Richard Lechner, der die Juristische Fachgruppe aufgebaut hat, einen kommenden Studentenvertretungstypus andeutet, der sich mehr mit fachlich-wissenschaftlichen Fragen als mit wehrhaften Dingen auseinandersetzt. Obwohl Drimmel von Wehrhaftigkeit überzeugt war, ist dies sein Erbe: denn Drimmel hatte ja genau dieses Gegengewicht der Fachschaften und Fachgruppen als wissenschaftlich-politische Komponente der politisch-nationalen Komponente gegenüber stellen wollen. Und während Drimmel sehr gerne von »Zusammenarbeit« gesprochen hat, verwendet Lechner das Wort »Mitarbeiter« und »Mitarbeit« besonders häufig; alleine im Vorstellungsartikel sechsmal.

³⁹⁴ ÖHZ, 22.10.1937, S. 1

³⁹⁵ Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 3 f

Ebenso kann die »Aufgabe«, die er sich selbst stellt, nämlich sich auch in der Berufssuche um die Studierenden zu kümmern, nicht nur mit der Wirtschaftskrise und mit der berufsständischen Idee begründet werden, in der diese Frage einen größeren Stellenwert hatte, sondern vor allem durch seine frühere Arbeit in der Fachgruppe der juristischen Fakultät an der Universität Wien. Während Drimmel, wie bereits ausgeführt, mit den nationalen Studenten, aber auch mit dem deutschen Studentenführer Scheel einen umgänglichen Verkehr hatte, betrachtet Richard Lechner die Nationalsozialisten als den Hauptgegner. Bei seiner Arbeit hatte er, nach eigenen Angaben, mit seinen Kollegen und auch den Professoren ein gutes Verhältnis:

»Zu Drimmel war das Verhältnis gut, wenngleich es nach dem Zweiten Weltkrieg keinen engeren Kontakten mehr kam. Auch das Verhältnis zum damaligen Minister, Rektor und den universitären Einrichtungen war bestens.

Ursachen: Die Hochschülerschaft sah sich durch den ›gemeinsamen Unruheherd‹ der Nationalsozialisten mit den universitären Stellen verbunden, und auch die gemeinsame Zugehörigkeit zu katholischen Verbindungen gewährleistete ein gutes Klima.

Denn durch die von den Nationalsozialisten angezettelten Unruhen war es erstmals notwendig geworden, die Polizei auf akademischen Boden zu rufen. ³⁹⁶

Diese ist, nach Angaben Dr. Lechners, vom Rektor persönlich gerufen worden. Die Auffassung, eine Interessensvertretung im Sinne der Mitglieder wahrzunehmen, ist besonders in zwei Punkten ähnlich zu den Gewerkschaftsvertretern, vor allem zu Leopold Kunschak. Denn auch sie sahen, ähnlich wie E.K. Winter, mit dem sie kooperierten, den Nationalsozialismus als den Hauptfeind, wie Georg-Hans Schmit (2009) in seiner Untersuchung über die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung im politischen und sozialen System des austrofaschistischen Ständestaates ausführt.³⁹⁷

Die zweite Parallele sind demokratische Überlegungen einer Wahl der Hochschülerschaft unter der Sachwalterschaft Lechners. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit ließ er die Studierenden wissen, dass »daran gedacht« sei, »das System der Ernennung durch das Prinzip der freien Wahl zu ersetzen«, wovon in einem späteren Kapitel noch genauer berichtet wird.

Der Kampf der erbitterten Gegner des Nationalsozialismus wurde jedoch, durch die mangelnde Abgrenzung des Regimes zu nationalsozialistischen Sympathisanten erschwert – und durch die unrealistische Hoffnung, gutwillige Kollegen auf die eigene Seite ziehen zu können.

³⁹⁶ Mitteilung von Dr. Richard Lechner

³⁹⁷ Georg-Hans **Schmit**: Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung im politischen und sozialen System des austrofaschistischen Ständestaates. Ungedr. Dipl.-Arb. d. Fakultät f. Sozialwissenschaften d. Univ. Wien. Wien 2009

Nach dem Einmarsch Hitlers »1938 wurde sofort alles mit Rollkommandos besetzt.«³⁹⁸ Der Hochschülerschafts-Sachwalter Dr. Richard Lechner, der kurz zuvor sein Studium beendet und geheiratet³⁹⁹ hatte, wurde umgehend von den Nationalsozialisten abgeführt.

Richard Lechner scheint danach, anders als Drimmel und viele seiner Kollegen, keinerlei Aktivitäten in der Politik, ja nicht einmal in seiner Verbindung Rudolfina entfaltet zu haben. Während Drimmel, zuvor dort gar nicht Mitglied, nach 1945 das Ehrenband empfing und immer wieder erwähnt wurde, gibt es in den Zeitschriften der Rudolfina von 1945 bis in die 1970er-Jahre keine Erwähnung des ehemaligen Spitzenfunktionärs Lechners mehr.

Proteste der nationalsozialistischen Studierenden 1933/34

Neun Semester vor der Festnahme Lechners, unmittelbar nach dem Verbot ihrer Partei und dem Verbot der Deutschen Studentenschaft, gaben sich die nationalsozialistischen Studierenden noch lange nicht geschlagen. Dass die Einschätzungen Drimmels um die Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten natürlich nicht einer realen Grundlage entbehrt haben und welches Potential die nationalsozialistischen Studenten trotz des Verbots ihrer Einrichtungen noch hatte, zeigen zahlreiche Vorfälle zu Beginn des Wintersemesters 1933/34. Als der neue Sachwalter Stein gerade dabei war, seine Arbeit aufzunehmen, gab es erneut Unruhen an der Universität Wien. Doch diesmal war die Polizei, nachdem – unter Protest des Rektors der Universität Wien – im Hauptgebäude am Ring eine Polizeiwachstube eingerichtet worden war, schnell zur Stelle. In einem Protokoll⁴⁰⁰ des Bezirkspolizeikommissariats Innere Stadt in Wien vom 18.10.1933 ist zu lesen:

»Am 6. Oktober um ½ 12 Uhr vormittags sammelten sich in der Aula etwa 200 Studenten. Um die angeführte Zeit explodierte plötzlich auf dem Gange, welcher die Aula mit der philosophischen Fakultät verbindet, ein Papierböllner. Die Sicherheitswache schritt sofort ein und räumte die Aula unter Gebrauch des Gummiknüppels. Während dieser Aktion explodierten in der Aula noch weitere zwei Papierböllner, ebenso im Arkadenhof und im Hofe 5. Während der Räumung der Universität riefen größere Gruppen von Studenten mit erhobenen Händen wiederholt: »Heil Hitler«. In der Aula wurden nach der Räumung noch acht weggeworfene Papierböllner und drei Blechdosen mit einem chemischen Verqualmungspräparat gefunden.«

Vor und in der Universität wurden dann mehrere Studierende festgenommen, vier von der philosophischen und drei von der medizinischen Fakultät. Die Polizei warf ihnen das Mitbringen von Papierböllnern bzw. eines Stilletmessers vor, demonstrative »Heil Hitler«-Rufe, »Störung der Ordnung durch Ärgernis erregende Äußerungen« oder »Nichtfolgeleistung« der

³⁹⁸ Mitteilung von Dr. Richard Lechner

³⁹⁹ Rudolfinenblätter, Juli 1937, S. 7

⁴⁰⁰ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1933; 26955

polizeilichen Anordnungen. Auch eine Studentin der Philosophie war unter den Festgenommenen.⁴⁰¹

Eines Tages im Oktober 1933 wehte an der Universität Wien aus einem Fenster der juristischen Fakultät eine Hakenkreuzfahne. Um 10 Uhr hing diese Provokation über den Dekanatsräumlichkeiten vom Protokollzimmer des juristischen Seminars herab. Der Pedell beeilte sich, den abgelegenen Raum über eine Wendeltreppe zu erreichen, konnte die Fahne jedoch nicht entfernen, weil offenbar eine Tränengasphiole zertreten worden war. Deshalb wurde die Fahne von unten heruntergerissen. Professor Othmar Spann⁴⁰² und sein Mitarbeiter Pawek fanden die Phiole und öffneten die Fenster.⁴⁰³ Der Dekan der rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, Degenfeld-Schonburg, gab vor der Polizei an, dass dieser Teil des ›Alten Seminars‹ nur wenig benutzt und abgelegt sei. Nur an einige Studierende seien Schlüssel vergeben worden. Eine Schlüsselliste wurde der Polizei übergeben. Der Tat verdächtig war jener Doktor der Philosophie, Pawek, der als einer der ersten den Raum betreten hatte. Eine Überprüfung wurde durch das Ministerium ersucht. Der Dekan bezeichnet den Verdächtigen jedoch als »vertrauenswürdig«.⁴⁰⁴ Pawek war dort, »im alten Spann-Seminar« Bibliothekar.

Im Hörsaal 33 der juristischen Fakultät wurde ein andermal »gegen Schluss der Vorlesung des Prof. Dopsch« ebenfalls eine Tränengasphiole zertreten, sodass der Professor seine Vorlesung »nur mit Mühe« zu Ende führen konnte; er hat das »Bubenstück« entsprechend gerügt und die Studierenden zur Ruhe und Ordnung ermahnt.⁴⁰⁵

Auch in der Nähe der Quästur, auf dem Gang vor der Aula zur rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät »wurde eine Rauchbombe geworfen, die eine Zeitlang den Raum mit Rauch erfüllte.« - Die Polizei führt auch hier Erhebungen gegen unbekannte Täter.«⁴⁰⁶

An der Hochschule für Bodenkultur eskalierten im Studienjahr 1933/34 die Unruhen. Nach zahlreichen Kundgebungen und Tätigkeiten von Studierenden und Professoren an der Hochschule für Bodenkultur für die NSDAP, wird am 3. Mai 1934 ein für Unterrichtsminister Schuschnigg verlässlicher Bundeskommissär aus seinem Haus, Hofrat Otto Skrbensky (1887-1952) eingesetzt, dem ab nun Rektor Vogel unterstellt war. Vogel wird mit anderen im

⁴⁰¹ Drei der Studierenden stammten übrigens aus dem Gebiet der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (Krakau und Budapest), zwei aus Wien und je einer aus Niederösterreich und der Steiermark. Siehe auch »Protokoll zum Disziplinarvergehen von Studierenden der Universität Wien am 16. Oktober 1933« vom 8. Dezember 1933: AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4D2/1933; 35231

⁴⁰² Othmar Spann (1878 - 1950); vgl. das vorangehende Kapitel »Deutsche Sehnsucht an den österreichischen Universitäten«

⁴⁰³ UAW, S. Z. 31538-I-1; 7.11. 1933

⁴⁰⁴ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1933/34, 2296/353; 23.12.1933

⁴⁰⁵ siehe ebenfalls: AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1929-1933: 31538-I-1; 7.11. 1933

⁴⁰⁶ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1929-1933: 31538-I-1; 7.11. 1933

Studienjahr 1934/35 wegen seiner Tätigkeit für die Nationalsozialisten des Amtes enthoben werden.⁴⁰⁷ Darauf antwortete am 16. Mai die von Nationalsozialisten dominierte Studentenschaft erstmals mit Bomben: Insgesamt acht Böller und zahlreiche Stinkbomben (vor allem vor den Räumlichkeiten unliebsamer Professoren) explodierten vor und an der Hochschule. Außerdem wurden zahlreiche Flugblätter gefunden:⁴⁰⁸

»Kameraden! Man hat die Deutsche Studentenschaft zerschlagen, ihre Einrichtungen enteignet und eine unfähige Sachwalterschaft auf die Hochschule gesetzt; [...]

Kameraden! Dieses Mal geht es ums Ganze und wir setzen das Ganze ein. Wir haben nichts mehr zu verlieren. Wir nicht, und alles, was an den Hochschulen deutsch fühlt und deutsch denkt. Jetzt schließen wir uns fest und enge zusammen und zeigen der Welt, dass Österreichs Hochschulen noch deutsch sind!

***Wir wolln die verlorne Rotte sein und harren der Sturmsignale**«⁴⁰⁹*

Kurz darauf explodieren an der BOKU weitere Bomben, so in der Nacht vom 24. zum 25. Mai eine Bombe im Festsaal. Am 4. Juni setzt sich eine Hilfskraft ins Deutsche Reich ab. Am 8. Juni kommt es zu weiteren Explosionen, das Turmzimmer wird durch eine Metallflasche mit Sprengstoff zerstört. Danach wurde eine Polizeistation im Hauptgebäude untergebracht, die 1934 sogar zu einem regulärem Wachzimmer wurde, alle Schlösser wurden ausgetauscht, der Eingang erfolgte nur noch durch den Haupteingang und es wurden (auf eigenen Wunsch) sogar die Taschen der Professoren durchsucht.⁴¹⁰

Zu Anfang des Sommersemesters tauchten Flugblätter im Hörsaal X auch der Technischen Hochschule in Wien auf. Sie hatten offenbar den Zweck, »gegen geldgierige Sachwalter Stimmung« zu machen, die nun ein »bebagliches Leben« führten. In einer Replik, die in den Akademischen Nachrichten veröffentlicht wurde, die auf die »Weisung eines unbekannten Führers an deutsche Studenten« antwortet, fehlt es nicht an Polemik: »Sie haben also deine Ämter zerstört! [...] wer früher, allerdings mit sogenannten »freiwilligen Beiträgen und Rektorats- und sonstigen Subventionen - ein solches Dasein geführt [...], Flugzeuge benützt und Tagungsgelder bezogen« habe, »wer »Angestelltenstudenten« großgezogen« habe und wessen Abrechnungen hie und da nicht gestimmt« hätten, gegen den könne die neue Hochschülerschaft Österreichs mit besten Vergleichsergebnissen abschneiden.⁴¹¹

Dieter Binder sieht die Stärke der nationalsozialistischen Studierenden im austrofaschistischen Ständestaat durch ihren Aktionismus, auch wenn es etwa nur um den Boykott der weltanschaulichen Zwangsvorlesungen ging – jene von Knoll in Wien oder von Hantsch in

⁴⁰⁷ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 100

⁴⁰⁸ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 101

⁴⁰⁹ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 102f

⁴¹⁰ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 103f

⁴¹¹ Akademische Nachrichten, März-April 1934 S. 2f:

Graz. Gleichzeitig besuchten diese Studierenden demonstrativ sichtbar betont nationale Professoren – selbst wenn sie nicht nationalsozialistisch waren.⁴¹²

Im Jahr 1936 sollten die deutschen Korporationen aufgelöst werden, in denen, wie die ÖHZ feststellte, sich noch immer NSDAP- »Amtswalter« befanden, »denen es gelungen war, sich [...] einzunisten«. Doch die Korps weigerten sich »trotz wiederholter Mahnungen und Appelle hartnäckig«, auseinander zu gehen und machten »ohne organisatorische Verbindung auf eigene Faust weiter«.

Auch der Verein deutscher Studenten weigert sich, sich aufzulösen und propagiert in Zeitschriften den »Widerstand bis zum letzten«⁴¹³ Noch im Oktober 1937 ist in der ÖHZ zu lesen:

*Im Gegensatz zu der Entwicklung in anderen Ländern nimmt die Sachwalterschaft das Bestehen der einzelnen studentischen Bünde nicht als bloße Gegebenheit hin, sondern wird ständig trachten, ihr wertvolles Gedankengut für die Arbeit der Gesamtstudentenschaft zu verwerten, sofern das Bekenntnis dieser Verbände zum neuen Österreich sich nicht in bloßen Worten erschöpft. Mit aller Schärfe wird aber in Hinkunft dafür zu sorgen sein, dass Gemeinschaften, denen eine solche grundsätzliche einsatzbereite Haltung für ihr Vaterland abgeht, irgendwelchen Einfluss auf die akademische Jugend ausüben können.*⁴¹⁴

Das zeigt einerseits deutlich die Gängelung, Beaufsichtigung und den Bekenntniszwang zur vaterländischen Ideologie aller Vereine. Aber andererseits gab es eben gerade für die oppositionellen nationalsozialistischen Kräfte genügend Schlupflöcher. Schließlich sah auch Markus Juen (1994) die Haltung Drimmels gegenüber den nationalen Korporationen kritisch:

*»Der Auflösung ihrer Korporationen entgingen die ›Völkischen‹ nur durch die tolerante Haltung des Sachwalters Dr. Heinrich Drimmel, der zwar nicht ihre politische Auffassung teilte, jedoch die Rolle der ›nationalen‹ Studentenschaft an der und für die Universität anerkannte. Die Nicht-Zerschlagung dieser Keimzelle des Nationalismus an den Universitäten sollte sich später bitter rächen. Sie führte dazu, dass der Nationalsozialismus unmittelbar nach dem Anschluss auch in der ›Ostmark‹ bereits über eine gut organisierte intellektuelle ›Elite‹ verfügte.«*⁴¹⁵

Dass die Nationalsozialisten 1937/38 mehr Einfluss in der Regierung und somit auch auf die Hochschulen ausüben wollten, zeigen zahlreiche Interventionen Glaise-Horstenaus, für nationalsozialistische Studenten, die Ende 1937 begannen.⁴¹⁶

Glaise Horstenau intervenierte immer wieder, unter anderem für einen Studenten, der illegal der NSDAP Gelder weitergegeben hatte und stellte dies in einem Brief als »altruistische« Handlung dar, »die durch das herannahende Weihnachtsfest eine Steigerung« erfuhr. Er habe

⁴¹² Binder (1989): Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus, S. 82

⁴¹³ ÖHZ, 15.1.1936, S. 1

⁴¹⁴ ÖHZ, 8.10.1937, S. 1

⁴¹⁵ Juen (1994): Waffenstudenten und katholische Korporationen an der Universität Wien, S. 80

⁴¹⁶ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1937, 29216

bloß einer mittellosen Familie geholfen. Eine Entscheidung ist nicht ersichtlich, der Akt wurde am 18. Feber 1938 geschlossen⁴¹⁷

Die nach 1933 in die Illegalität gedrängte linke Opposition

Nachdem der kommunistische Studentenverband ›KOSTRUF‹ bereits im Mai 1933 gemeinsam mit allen anderen kommunistischen Organisationen verboten wurde und der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund‹ im Juni folgte, wurde nun auch der VSStÖ aufgelöst und das Vermögen beschlagnahmt.⁴¹⁸

Anfang der 1930er-Jahre hatte die sozialdemokratische Studentenorganisation mehr als 2.000 Mitglieder gezählt. Nun wurde die Infrastruktur der Sozialdemokraten von den offiziellen HÖ-Einrichtungen übernommen. So versuchte die Fachgruppe der Mediziner, auf Materialien nicht nur vom früheren Verein deutscher Mediziner zu zurückzugreifen, der von der Polizei gesperrt worden war, sondern es waren nun 1934 seitens der neuen Hochschülerschaft Österreichs »Bemühungen [...] im Gange«, das Material »wie Mikroskope und ähnliche Hilfsmittel«, des aufgelösten Sozialistischen Vereins Wiener Mediziner für den wissenschaftlichen Betrieb zu erhalten.⁴¹⁹

Die Anschlagtafeln an der Universität Wien hatte der Verband der sozialistischen Studenten Österreichs ja schon ein Jahr zuvor, 1933 gemeinsam mit der DSt. und den Nationalsozialistischen Studenten verloren, nun auch alle seine Räumlichkeiten und die Infrastruktur.⁴²⁰

Das Verbot bedeutete aber für die sozialdemokratischen Studierenden, dass nicht nur ihr politisches Betätigungsfeld und ihre fachlichen Vereinigungen wie etwa die staatswissenschaftliche Fachgruppe oder die in Wettstreit dazu tätige ›Sozialistische Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaft und Politik‹ verboten wurden.⁴²¹ Verboten waren nun auch die Freizeiteinrichtungen, die sich die sozialdemokratischen Studierenden aufgebaut hatten: Noch im Geiste der Jugendbewegung hatten auch sie Wanderungen im Wienerwald, Klettertouren oder Zeltlager durch die Naturfreunde organisiert oder Vorträge und Veranstaltungen mit dem Arbeitersportverein. Es hatte ein Sportkartell der Arbeiterstudenten Österreichs gegeben, in dem die Studierenden Fußball, Leichtathletik, Handball, Schwimmen, Schach, Paddeln oder Tischtennis betreiben konnten. All dies, auch die soziale Unterstützung durch die

⁴¹⁷ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1938, 3740-I-1

⁴¹⁸ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 117

⁴¹⁹ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 15

⁴²⁰ vgl. AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1929-1933, 26037-1/1; 20.9.1933

⁴²¹ Helge **Zoitl**: »Student kommt von studieren!« Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien. Wien 1992 (=Materialien zur Arbeiterbewegung 62); S. 460

Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten, sowie die Studentenheime mit Bibliothek, Küche und Studierräumen wurden nun verboten.⁴²²

Damit brach für viele sozialdemokratische Studenten und Studentinnen ihre Lebenswelt weg. Bruno Kreisky hat dies in seinen Memoiren deutlich zum Ausdruck gebracht:

»Der 12. Februar hat für Zehntausende eine unvorstellbare Wende gebracht: das Gefühl plötzlicher Heimatlosigkeit. Nichts konnte ihnen die illegale Partei mehr bieten, nicht einmal mehr die ideologische Grundlage. Die Sozialdemokratie musste ihre Einstellung von Grund auf ändern und sich in eine Rolle fügen, mit der sie sich in ihrem Legalitätsdenken nicht einmal theoretisch abzufinden wusste.

Ganz anders als die Kommunisten. Schon beim Studium ihrer Parteigeschichte lernten sie, was Illegalität bedeutet. [...] Den Kommunisten blähte damals ein starker Wind die Segel. Sie haben uns viele gute Leute abspenstig gemacht, und viele unserer Besten haben mit ihnen zu sympathisieren begonnen.«⁴²³

Die Sozialdemokraten verloren zwischen März 1933 und Januar 1934 bundesweit fast ein Drittel ihrer Mitglieder.⁴²⁴ Zu diesem Zeitpunkt kam es zu vermehrter Zusammenarbeit mit den kommunistischen Studierenden, vor allem nachdem 1931 der kommunistische Jugendverband, erst recht nachdem auch die Kommunistische Partei verboten worden war. Gemeinsame Unzufriedenheit mit der Staatsführung und gemeinsame politische Interessen führten dazu, dass sie mit Sozialdemokraten in deren Einrichtungen zusammenkamen.⁴²⁵

»Während vorher die kommunistischen Studenten der ›KOSTRUF‹ kaum mehr als zwei Dutzend waren [...], unternahm nun eine große Anzahl unserer früheren Mitglieder den Schritt zu den Roten Studenten. Die KOSTRUF reagierte äußerst geschickt, und der Rote Studentenbund wurde zu einer mächtigen Organisation. Er enthielt nun nicht nur kommunistische Mitglieder, sondern auch viele Studenten, welche sich noch immer als Sozialisten empfanden.«⁴²⁶

Einige Sozialdemokratische Studierende suchten ihre Berufung im Kampf des wehrhaften Studenten, der für die gerechte Sache kämpft, ein Bild, das seit der frühen Neuzeit immer wieder die Studierenden begleitet hat und zu dieser Zeit noch in allen Lagern zu finden war: Als im Februar 1934 der Verband verboten wurde, standen VSStÖ-Kämpfer auf der einen Seite Heimwehr-Studenten im österreichischen Bürgerkrieg des Jahres 1934 gegenüber und wurden teilweise verwundet oder getötet. Später zogen einige der ehemaligen VSStÖ-Studenten auch als Angehörige der Internationalen Brigaden in den Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939), viele

⁴²² Zoitl (1992): »Student kommt von studieren«, S. 462f

⁴²³ Kreisky (2000): Zwischen den Zeiten, S. 215f

⁴²⁴ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 55

⁴²⁵ Walter **Göhring**: Der Geeinte Rote Studentenverband 1934–1938. In: Österreich in Geschichte und Literatur (1973/5) S. 298–309; S. 298

⁴²⁶ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927–1938, S. 119

wurden auch dort getötet. Und auch in den Jahren der NS-Diktatur wurden zahlreiche VSStÖler weiter politisch oder aus rassistischen Gründen verfolgt vertrieben oder getötet.⁴²⁷ Und auch in der Sowjetunion fanden viele Emigranten, die dort Sicherheit gesucht hatten, den Tod.

Einer der sozialdemokratischen Studenten im Bürgerkrieg 1934 war Otto Fischer aus Graz. Er war noch in der k. und k. Marineakademie zum Offizier ausgebildet worden und »einer der wenigen Schutzbündler, die wirklich mit Waffen umgehen konnten«, was er schon beim Pfrimer-Putsch bewiesen hatte. In Graz-Eggenberg wollte er mit anderen Schutzbündlern das



Abbildung 7: Der junge Ernst Fischer Foto: VGA; Bildquelle:
http://www.dasrotewien.at/bilder/d25/Fischer_Ernst_TF_VGA.jpg

Bundesheer von hinten angreifen. Dabei stoppten ihn Gebirgsjäger:

»Plötzlich kam ein Soldat mit einer Pistole hinter einem Baum hervor: ›Halt, Bundesheer!‹ Ich hab sofort reagiert. Das heißt, ich hab ihn niedergeschossen.« [...]

»Die Gebirgsjäger konnten die Schutzbundgruppe überwältigen. Otto Fischer wurde in beide Beine getroffen. Zusammen mit dem von ihm angeschossenen Soldaten musste er lange auf einen Rettungswagen warten, der Soldat starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Otto Fischer wurde das Bein amputiert.«⁴²⁸

Mit Glück konnte er schließlich überleben, und als er vom Standgericht erfuhr, gab er sich als »geistesgestört« aus, wobei ihn seine behandelnden Ärzte unterstützten. »Wie das Standgericht aufgehört hat, bin ich wieder normal geworden.«⁴²⁹

Zusammen mit seiner Frau Philippine Fischer gelang ihm nach seiner Enthftung die Flucht mit dem Auto in die Tschechoslowakei und später in die Sowjetunion.

»Dass die Technische Hochschule seinenwegen disziplinarrechtliche Überlegungen anstellte und er schließlich vom Unterrichtsminister von jedwedem Studium an einer österreichischen Universität ausgeschlossen wurde, dürfte Otto Fischer gar nicht erfahren haben.«⁴³⁰

⁴²⁷ Bauer/Bauer (Hg., 2005) Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ)

⁴²⁸ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 65

⁴²⁹ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 66

⁴³⁰ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 66

Einige der sozialdemokratischen Studenten gingen auch in die CSR und konnten in Prag weiter studieren,⁴³¹ andere emigrierten in die Sowjetunion, unter ihnen mit seinem oben erwähnten Bruder Otto auch Ernst Fischer (1899-1972).⁴³²

Andere der Studierenden blieben jedoch im Lande und übten sich im ›legalen‹ Widerstand, indem sie entweder in die ›Soziale Arbeitsgemeinschaft‹ (SAG) gingen oder Vereine⁴³³ gründeten, mit Inhalten, die im austrofaschistischen Ständestaat legitimiert wurden. Dennoch wurden auch diese Aktivitäten mitunter von der Polizei enttarnt.⁴³⁴

⁴³¹ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 72

⁴³² Ernst Fischer war mit 19 Jahren am Ende des Ersten Weltkriegs zum Soldatenrat gewählt worden. 1920 wandte er sich der Sozialdemokratie zu, publizierte in sozialdemokratischen Zeitschriften und war »ab 1933 einer der wichtigsten Exponenten der Linksoption innerhalb der Sozialdemokratie« und auch einer derjenigen, die sich den Kommunisten zuwandten, um »den Faschismus aufzuhalten«.

Nach seiner Rückkehr nach Österreich im Jahr 1945 wurde Ernst Fischer Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ (bis 1969), Abgeordneter zum Nationalrat (bis 1959) und wirkte von April bis Dezember 1945 in der Regierung Renner als Staatssekretär für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten. Als Pragmatiker setzte Fischer zunächst auf Konsens mit den anderen politischen Parteien. Erst mit dem Scheitern einer dauerhaften Regierungsbeteiligung der Kommunisten erfolgte seine doktrinaire ›zweite stalinistische Wende‹. 1969 wurde Ernst Fischer nach heftiger Kritik an der Niederschlagung des ›Prager Frühlings‹ aus der KPÖ ausgeschlossen.

Vgl.: Fischer, Ernst. Pseudonyme: Peter Wieden, Pierre Vidal. 3.7.1899, Komotau / Chomutov (Böhmen) - 31.7.1972, Deutschfeistritz (Stm.) In: Lilli **Bauer**/Werner T. **Bauer** (Hg.): dasrotewien.at. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Wien 2005ff; *online unter* <http://www.wien.spoe.at/online/page.php?P=11447> (29.7.2009)

vgl. zur Emigration in die Sowjetunion auch: Hilde **Koplenig**: Emigration in die Sowjetunion. In: Friedrich Stadler: Vertriebene Vernunft: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, 1930-1940. Bd.2. Wien 1987, S. 976-979; S. 977

⁴³³ vgl. Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 144f:

So wurde etwa die ›Lese- und Redehalle‹ deutscher Studenten, einer Vereinigung deutsch-liberaler Studenten aus Mähren und Böhmen wiederbelebt, von der ursprüngliche liberalen Vereinigung war »ein Großteil Juden. Verständlicherweise hatte diese Organisation keinen Nachwuchs. Das Aktivum war eine große Anzahl von Zeitschriften«. Die Zeitschriften wurden an die Urania weiterverkauft und dadurch gab es Geld für ein »Schulungslager in Plescherken bei Reifnitz« in Kärnten. →

Döblinger Studierende schlossen sich im Geselligkeitsklub ›Jadran‹ zusammen, der allerdings 1936 von der Polizei aufgelöst wurde. Von den festgenommenen 92 Personen waren 46, also genau die Hälfte, früher Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und zwei zuvor bei der Kommunistischen Partei. Von den insgesamt 673 Mitgliedern des ›Geselligkeitsvereins Klub Jadran‹ waren 103 ehemalige VSSStöler und 19 Mitglieder der ebenfalls aufgelösten sozialdemokratischen Vereinigung ›Wiener Mediziner‹. Bei der Polizeiaktion wurden drei illegale Ausgaben der sozialdemokratischen Flugschrift ›Der rote Student‹ und auch kommunistische Schriften beschlagnahmt.

In Neubau gab es außerdem »getarnte Gruppen [...] im Rahmen der Jung-Urania und des Jung-Pfadfinderbundes«.

⁴³⁴ vgl. auch Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 77

Indessen formierten sich die sozialistischen Studenten zu einer eigenen Organisation, der ›Roten Vorhut‹, die im Rahmen des Geeinten Roten Studentenverbandes lose mit den Kommunisten zusammenarbeitete, jedoch – wie die kommunistische KOSTRUFÄ – Eigenständigkeit bewahrte. Die Einheitsfront mit dem stramm organisierten kommunistischen Verband war für die Sozialdemokraten allerdings gefährlich. Denn »begrenzte Aktionsgemeinschaften«⁴³⁵ standen für die KP-Studierenden der angestrebten »völligen organisatorischen Verschmelzung« unter »vorbehaltlose[r] Verteidigung der Sowjetunion als des einzigen Friedensgaranten« gegenüber.⁴³⁶ Die Kommunistische Partei wollte also neue Kader für sich und die Sowjetunion gewinnen. Und bei Studenten wie Ernst Fischer, der als für die Hochschulen zuständiger KP-Staatssekretär im Range eines Ministers zurückkehrte, ist nur *ein* Beispiel für die gelungene Absicht. Die Anwerbung ging nach einer eigenen Strategie vor sich:

»In zunächst unverfänglichen Gesprächen trachteten die Werbenden den Adressaten in seiner politischen Einstellung freizulegen, um ihn dann zu einer prosowjetischen Haltung vorzubereiten. Stieß so ein Gespräch seitens des Adressaten auf Widerstand, brach der GRSV-Student alle Kontakte zu diesem sofort ab. Eine weitere Methode mit der geschulte GRSV-Mitglieder versuchten, ihre politische Einstellung unter den Studenten zu verbreiten, bildete das Bemühen, legale Studentenorganisationen zu unterwandern, »um auf diesem Wege alle Antifa-Kräfte zu einigen.«⁴³⁷

Es bildete sich tatsächlich ein gemeinsamer, ein »Geeinter Roter Studentenverband« zwischen revolutionären Sozialisten und den Kommunisten heraus. Während erstere einen möglichst losen Dachverband haben wollten und darauf sahen, eine eigene Zeitung und Plattform für ihre Standpunkte zu haben, ging es den Kommunisten in erster Linie um die Rekrutierung der ehemaligen Sozialdemokraten für die Bewegung. Doch die revolutionären Studierenden konnten sich immer eine gewisse Eigenständigkeit erhalten. Die Kommunisten waren zwar nun zahlenmäßig weitgehend stärker, aber sie hatten viele frühere Sozialdemokraten in ihren Reihen, was die Zusammenarbeit erleichterte.⁴³⁸

1936 registriert auch die Heimwehr die Existenz dieser Vereinigung und reagiert teilweise ziemlich sarkastisch auf die Gründung dieses Studentenverbandes mit einem Artikel im ›Heimatschutz-Student‹. Der Autor dürfte Adolf Mädels, der HÖ-Leiter für den Arbeitsdienst gewesen sein. Unter dem Titel »Der geeinte ›Rostubu«« schildert er aus Sicht der Heimatschutzstudenten die Aktivitäten der Konkurrenz:

»Wieder einmal ist uns ein lieber Gruß, ein Pamphlet des ›Rostubu‹ in die Hände geflattert. An dieser Stelle gratulieren wir vorerst einmal der Leitung des Roten Studentenbundes zu seiner neuen Firmenmarke ›Geeinter roter Studentenbund‹. Diese

⁴³⁵ Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934–1938, S. 300

⁴³⁶ Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934–1938, S. 301

⁴³⁷ Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934–1938, S. 303f

⁴³⁸ vgl. Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927–1938, S. 122

neue Bezeichnung verrät uns, dass es mit dem Bund erfreulicherweise bergauf geht. Zwischen den hellen Schafen seiner 3-4 galizianischen Mitarbeiter scheint, wie der Name nun andeutet, eine Einigung zustande gekommen zu sein. Diese ›Einigung‹ lässt ungeahnte Möglichkeiten offen. In diesem Zusammenhange müssen wir jedoch der von Optimisten ausgestreuten Meinung, dass der ›Rostubu‹ bereits 16 Mitglieder habe, entgegentreten. Ebenso ist unwahr, dass die Vereinsstauten bereits von der Polizei genehmigt sind. Richtig ist allerdings, dass man sich für den ›Rostubu‹ bereits um ein Vereinsheim umgesehen hat. Hoffentlich werden die Mitglieder nicht durch die vergitterten Fenster des Lokales irritiert.

[...] Durch ein von Zeit zu Zeit an gewissen Orten spontan erscheinendes getarntes Pamphletchen bemüht sich der ›Rostubu‹ Unruhe in die Hörschaft zu bringen. Dieses Pamphlet wird von der Studentenschaft seiner zweckbestimmten Verwendung zugeführt. Der Inhalt, der aus Lügen, Verleumdungen und hetzerischen Notschreien aus gequälter galizischer Brust besteht, lässt uns klar erkennen, wie gut der ›Rostubu‹ über verschiedene interne Vorgänge unterrichtet wird. Er weiß z.B., aus welcher Quelle ist uns rätselhaft, dass im Mai des Jahres eine Regierungsumbildung stattgefunden hat, dass die Bundesdienstpflicht eingeführt wurde usw. – also das Intimste vom Intimen.

Inzwischen werden in den Instituten und Laboratorien Flugzettel gestreut, deren Inhalt den primitivsten Regeln der menschlichen Gesellschaftsordnung Hohn spricht. Wenn dieses Treiben, das von ein paar Bochern der chemischen und medizinischen Institute ausgeht, auch im höchsten Grade lächerlich ist, so werden wir doch daran gehen, uns einige dieser zweifelhaften Figuren herauszufangen, um ihnen das zuteilwerden zu lassen, was sie sich ehrlich verdient haben. A. M. [=Adolf Mädelski]»⁴³⁹

Abgesehen vom auf den ersten Blick harmlosen Witz dieses Artikels, liegt im Begriff »galizianisch« sowohl eine rassistische als auch antisemitische Abwehr, die dem Verband implizit auch Rückständigkeit vorwirft. »Verband« statt »Bund«: wäre übrigens die korrekte Bezeichnung gewesen: Mädelski ist offenbar nicht aufgefallen, dass sich die linken Studierenden lieber als »Verband« zusammenschlossen, die Katholischen Studierenden lieber die Bezeichnung »Bund« wählten, während andererseits die nationalen Studierenden sich gerne mit der Bezeichnung »Ring« zusammenfassten.⁴⁴⁰

Der harmlose Unterton wird jedoch schnell ernst, wenn für den Gegner für seine politische Tätigkeit vergitterte Zellen oder die verdiente Strafe angedroht wird. Andererseits ist die

⁴³⁹ Der **Heimatschutz-Student**. Pro deo et patria – verbo ferroque!; 18. Juni 1936, S. 2

⁴⁴⁰ So heißen die Hochschülerschaftsorganisationen bis heute »Kommunistischer StudentInnen**verband**« oder »**Verband** Sozialdemokratischer Studierenden Österreichs«, außerdem gibt es etwa einen »**Verband** sozialdemokratischer Ingenieure Wiens« oder den »Sozialdemokratischer Wirtschafts**verband** Österreichs« in der ÖVP heißt es bis heute »Wirtschafts**bund**« oder »Österreichischer Arbeiter- und Angestellten**bund**«; bis heute gibt es auch den »Akademischer **Bund** katholisch-österreichischer Landsmannschaften (KÖL)«, auch der »**Ring** Freiheitlicher Studenten« oder der »**Ring** Freiheitlicher Jugend« existiert bis heute. Die ÖVP-nahen Studierendenparteien nahmen den Begriff »Bund« nach 1945 jedoch nicht mehr auf, sondern gebrauchten lieber die Begriffe, »**Union**«, »**Aktion**« (wohl beeinflusst von der Katholischen Aktion) oder »**Gemeinschaft**«

Erwähnung in Zeitschriften des politischen Gegners der beste Beweis für die Aktivitäten des Roten Studentenverbandes.

Die oppositionellen Untergrund-Studentenorganisationen strukturierten sich nach Universitäten und Fakultäten. So waren in der ›Roten Vorhut‹ jeweils einzelne Personen für diese verantwortlich, von fünf Gruppen (Jus, Medizin, Philosophie, Technik, Bodenkultur) gab es mit der Technikerin Anna Steinitz und der Philosophin Claire Kollmann zwei Frauen, also einen hohen Frauenanteil, vor allem im Vergleich mit der Hochschülerschaft Österreichs, in der fast überhaupt keine Frauen wirkten. Aktionen wie Zettelverteilen wurden dann von weniger bekannten Studierenden durchgeführt.⁴⁴¹

Auch der ›Geeinte Rote Studentenverband‹ war nach Fakultäten und Universitäten gegliedert.⁴⁴² Beide linken Oppositionsgruppen mussten an ihrer Universität dafür sorgen, dass im Falle einzelner Verhaftungen nicht große Teile in Gefahr kämen.

Der GRSV hatte Hochschulgruppen an der Technischen Hochschule, der Veterinärmedizin und an der Universität Wien mit juristischen, philosophischen und medizinischen Fakultätsgruppen, wobei es Kontaktleute zu anderen inländischen Organisationen wie den illegalen Gewerkschaften, der illegalen Schutzbundgruppe, der KPÖ, den Revolutionären Sozialisten sowie deren Jugendgruppen gab. Ebenso pflegte man Auslandskontakte vor allem zur Sowjetunion, aber auch nach Deutschland, der Tschechoslowakei und nach Frankreich)

Die Tendenz, auch in legale Organisationen und Verbindungen zu gehen und dort Basiszellen zu bilden, stieß auf Opposition der Revolutionären Sozialisten, weil diese eine Gefährdung ihrer Mitglieder befürchtete. Die kommunistischen Studierenden taten dies aber, um einerseits Kontakte herzustellen und ihre Basis aus diesen »Basiszellen« durch Unterwanderung zu verbreitern.⁴⁴³

Nach Speiser (1986) standen die Revolutionären Sozialisten dem Stalinismus mit Skepsis gegenüber. So setzten sich die RS-Studierenden auf Schulungen nicht nur mit dem Nationalsozialismus oder den Wurzeln des Klerikofaschismus »in Gegenreformation und Vormärz« auseinander, sondern beschäftigten sich intensiv auch mit dem Stalinismus, wobei vor allem der »Mangel an innerparteilicher Demokratie und die von der Sowjetführung diktierte ultralinke Politik in Deutschland« kritisiert wurde. Vor allem aber der Begriff des ›Sozialfaschismus‹, »der eine wirkliche Einheitsfront mit dem Nationalsozialismus unmöglich machte und zu dessen Triumph beitrug«, wurde von ihnen heftig kritisiert. Die plötzliche Kursänderung auf dem 7. Komintern-Kongress 1935 wurde zwar von den Sozialisten prinzipiell begrüßt, allerdings unter der Voraussetzung, dass es eine »ehrliche Einheitsfrontpolitik gegen

⁴⁴¹ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 142

⁴⁴² vgl. Grafik Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934-1938, S. 302

⁴⁴³ Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934-1938, S. 302f

den Faschismus« geben sollte, »solange sie ohne Hinterhalt war und nicht auf die Liquidierung der sozialistischen Organisationen« abziele.⁴⁴⁴ Für Irritationen sorgten jedoch die ständig wechselnden unberechenbaren Ausrichtungen:

»Die Ideologie der kommunistischen Studenten wandelte sich ebenso wie ihre Taktik natürlich je nach der Moskauer Parteilinie: von der Theorie des ›Sozialfaschismus‹ zur Einheitsfront nach dem Februar 1934, vom ›Geeinten Roten Studentenverband‹ bis zur Volksfront auch mit CVern.«⁴⁴⁵

Besonders die Moskauer Schauprozesse gegen die Kampfgefährten Lenins erschütterten die jungen Studierenden, und sie schrieben in den Medien der ›Roten Vorhut‹ dagegen an.⁴⁴⁶ Als die Nachrichten 1936 von den Schauprozessen gegen Kamenew oder Sonowjew eintrafen, die mit Selbstbeschuldigungen und ihrer Erschießung endeten, als 1937 Generäle der Roten Armee als Verräter hingerichtet wurden, als 1938 Prozesse gegen Bucharin, Radek und die ›Rechte‹ stattfanden, die mit deren Tod endeten, waren viele »aufs Tiefste betroffen«:

»Bucharin, ›das Gehirn des Bolschewismus‹ und Radek, die ›Zunge des Kommunismus‹, sollten Verräter sein? In Österreich gab es unter den Jung-Kommunisten eine starke Abwanderungsbewegung zum Trotzismus.«⁴⁴⁷

Einer, der innerhalb der Kommunistischen Partei diese kritische Haltung einnahm, war Christian Broda, der spätere Justizminister unter Bruno Kreisky. Zusammen mit anderen wurde er von der Kommunistischen Parteiführung öffentlich enttarnt⁴⁴⁸ und »wegen trotzkistischer Schädlingarbeit«⁴⁴⁹ ausgeschlossen.⁴⁵⁰

Die Revolutionären Sozialistischen Studenten bekannten sich zwar zur Räterediktatur »als Mittel zur Zertrümmerung des bürgerlichen Herrschaftsapparates und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft« und sahen im »schwarz-grüne[n] Austrofaschismus« und im »braune[n] Nazifaschismus« gleichwertige »Rettungsversuche der todgeweihten kapitalistischen Gesellschaftsordnung« und sahen sich auch als Vorkämpfer für eine Einheitsfront, trotzdem gab es Unterscheidungen zu den kommunistischen Studenten:

»Von den Kommunisten unterscheiden sich die R[evolutionären] S[ozialistischen] S[tudenten] vor allem durch ihre Kritik an der zwischen Sektierertum und Opportunismus schwankenden Katastrophenpolitik der Komintern; durch ihre grundsätzliche Ablehnung des Sozialfaschismus in jeder Form, durch ihre Kritik an der blinden Unterwerfung der

⁴⁴⁴ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 129

⁴⁴⁵ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 133

⁴⁴⁶ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 133f

⁴⁴⁷ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 150

⁴⁴⁸ dh. die Decknamen wurden öffentlich bekannt gegeben.

⁴⁴⁹ vgl. Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 154, Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934-1938, S. 306

⁴⁵⁰ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 152f

Kommunistischen Parteien unter die russische Bürokratie und an der mangelnden Demokratie innerhalb der KP. [...]

Sie erkennen die Gefahren der Bürokratisierungserscheinungen in der SU. Sie betrachten aber die UdSSR als Bollwerk des Weltproletariats, das mit allen Mitteln verteidigt werden muss.«⁴⁵¹

Eine grundlegende Unterscheidung sahen die Revolutionären Sozialistischen Studenten auch in der Abgrenzung zur »Burgfriedenspolitik mit der imperialistischen Bourgeoisie, auch wenn sie unter dem Vorwand der »Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus« erfolgt« und lehnten dies als »Verrat am Sozialismus« ab.⁴⁵² Hingegen vertraten die kommunistischen Studenten die Idee der österreichischen Nation und suchten Verbindungen zu katholischen Gruppen durch den »Nachweis der »Österreichischen Nation« im Klahrschen Sinn«⁴⁵³ Doch es formierte sich auch innerhalb der KP Widerstand: Die »Trotzkisten« hätten diese Linie als »stalinistische Erfindung« abgelehnt und den Standpunkt vertreten, »dass in der Wahrung der nationalen Eigenständigkeit und der Unabhängigkeit zwar ein gewisses Nationalgefühl erweckt werden« könne, »dies allein aber noch nicht mit dem Begriff einer eigenen Nation identisch sei«.⁴⁵⁴

Die Kommunisten unternahmen sogar Unterwanderungsversuche bei den Nationalsozialisten. Sie nutzten gemeinsamen Widerstand gegen das »Hochschulerziehungsgesetz« 1935 aus, wollten eine Plattform gegen die Studienreform aufbauen und gleichzeitig »eine intensive Aufklärungsarbeit unter den nationalsozialistischen Studenten« beginnen.⁴⁵⁵ Nach 1938 wurde diese Unterwanderung noch verstärkt und »Widerstandszentren in der Hitlerjugend entwickelt«, die jedoch bald durch die Gestapo ausgehoben und mit Todesurteilen der Beteiligten beendet wurden.⁴⁵⁶ Andererseits kooperierten die Kommunisten genauso in Ausnutzung gemeinsamer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus mit katholischen Gruppen, was bei den Sozialisten regelmäßig auf Irritationen stieß:

»Je näher der Zusammenbruch kam, umso verzweifelter versuchten vor allem die Kommunisten, durch Zusammenarbeit mit allen möglichen Gegnern des Nationalsozialismus dem Untergang Österreichs zu entgehen. Die von den R[evolutionären] S[ozialisten], aber auch von der Gruppe »Ziel und Weg«⁴⁵⁷ bekämpfte Volksfrontlösung trieb in Österreich sonderbare Blüten. Die »Katholikenarbeit« war eine von ihnen.«⁴⁵⁸

⁴⁵¹ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 137f

⁴⁵² Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 138

⁴⁵³ Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934-1938, S. 305

⁴⁵⁴ Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934-1938, S. 306

⁴⁵⁵ Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934-1938, S. 304

⁴⁵⁶ Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934-1938, S. 305

⁴⁵⁷ Broda und die später als Trotzkisten ausgeschlossenen KPl'er

⁴⁵⁸ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 160

Speiser zitiert Philipp Rieger, den »Polleiter« des Geeinten Roten Studentenverbandes an der Universität, der von seiner Tätigkeit in »diversen legalen Frontorganisationen pazifistischer und kultureller Art« spricht:

»Vor allem die ›Kulturelle Arbeitsgemeinschaft‹ (KAG) erlangte unter fortschrittlichen Studenten eine solide Reputation. Es gab auch Verbindungen zum Kreis von Ernst Karl Winter... Ich kann mich erinnern, dass ich im Vorzimmer des Vizebürgermeisters Ernst-Karl Winter in Ruhe fast alle illegalen Schriften lesen konnte. Es gab Verbindungen zu den linkskatholischen Leuten und Monarchisten.«⁴⁵⁹

Im Gegensatz dazu hatten die Revolutionären Sozialistischen Studenten schon 1935 beschlossen, »jede Zusammenarbeit mit Faschisten« abzulehnen. Und sie gingen noch darüber hinaus: »Es gibt keine bürgerliche Studentengruppe, mit der wir uns verbinden können!«⁴⁶⁰

Es gab also einige Gegensätze zwischen den Polen der Sozialisten und Kommunisten. Die Zusammenarbeit im Geeinten Roten Studentenverband prägte ein ständiges Auf und Ab: So wurde, da die Kommunisten fortgesetzt versuchten, die Revolutionären Sozialisten »zu unterwandern und durch Einheitsfrontorganisationen deren Mitglieder an sich zu ziehen«, 1936 ein »Bündnisantrag« gestellt. Es wurde festgestellt, dass die Revolutionären Sozialisten und die Kommunisten nun eigene Wege gehen und »vollkommen autonom bleiben« müssten. Daher sollte es nur noch partielle gemeinsame Aktions-Komitees geben, die von je einem Mitglied beider Parteien besetzt werden sollten.⁴⁶¹

Auch die Abspaltung der »Trotzkisten« 1937 und deren Ausschluss schwächten den Gemeinsamen Roten Studentenverband, zumal ja die Sozialdemokraten ähnlich dachten wie die Ausgeschlossenen.⁴⁶² Schließlich konnte die Polizei zu diesem Zeitpunkt einige Bereiche dieser Organisation enttarnen.

Doch das Erstarken der Nationalsozialisten führte zu einer steigenden Auseinandersetzung und einem Wiederaufleben der Prügeleien bereits im Wintersemester 1937/38⁴⁶³. Gemeinsame studienrelevante Proteste und die Gefahr des drohenden Anschlusses trugen ebenso zu einer gewissen Konsolidierung der gemeinsamen Plattform bei.

Als Schuschnigg 1938 die Volksabstimmung ausgerufen hatte, waren nun auch die sozialistischen Studierenden bereit, Solidarität mit dem bislang abgelehnten Ständestaat zu zeigen:

⁴⁵⁹ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 160

⁴⁶⁰ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 126

⁴⁶¹ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 140

⁴⁶² Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934-1938, S. 306,
Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 154

⁴⁶³ Göhring (1973): Der Geeinte Rote Studentenverband 1934-1938, S. 307

»Überall wurden rot-weiß-rote VF-Abzeichen auch von den Kommunisten und Sozialisten getragen und in den Straßen gemeinsame Sprechchöre gerufen. Besonders nach der Ankündigung einer Volksabstimmung für die Unabhängigkeit Österreichs am 13.März durch Kurt Schuschnigg war ein Zustand der Halblegalität gegeben, in welchem offen demonstriert wurde.«

So gab es auch hier in den Stunden vor dem Anschluss ein Aufeinander-Zugehen der verschiedenen Lager durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus, ehe die für alle vernichtende Nachricht der Kapitulation und des Rücktritts Schuschniggs zu einer raschen Sicherung verschiedener Unterlagen vor den Nationalsozialisten führte.

Gesetzliche Bestimmungen für die Hochschülerschaft

Mit verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen wurden ab 1933 Regelungen erlassen, die einerseits die zunehmend den akademischen Behörden entglittenen Gewaltexzesse an den Universitäten beenden, jedoch gleichzeitig Durchgriffe des austrofaschistischen Ständestaates auf die Universitäten garantieren sollten. Dennoch wollte man eine gewisse Autonomie der akademischen Kollegien (nicht zuletzt nach außen) aufrecht erhalten, allerdings gab sich in verschiedenen Belangen die Regierung ein Durchgriffsrecht und verschiedene Druckmittel auf die Universitäten in die Hand. Nicht zuletzt wurde auch die Situation der Hochschülerschaft institutionell verfestigt und vieles, wie der heute noch bestehende Hochschülerschaftsbeitrag (ÖH-Beitrag), fand hier seine Anfänge.

Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrag

Ein verpflichtender HÖ-Beitrag wird ab 1934 jeweils zu Semesterbeginn von den Studierenden eingehoben. In der Zeit des austrofaschistischen Ständestaats heißt dieser ›Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrag,⁴⁶⁴ und ersetzt einen ›freiwilligen‹ Beitrag der Deutschen Studentenschaft, der aber – legistisch umstritten, wie beschrieben – schon automatisch bei der Inskription durch die akademischen Behörden eingehoben worden ist. Die Verordnung wurde kurz vor Weihnachten 1933 kundgemacht und sie betraf erstmals das Sommersemester 1934, nachdem für das Wintersemester 1933/34 eine Übergangsregelung in Kraft war.

Der Hochschülerschaftsbeitrag wird ab dann, wie in § 1 geregelt, von einer Angelegenheit der universitären Behörden zu einer Angelegenheit des Staates (mit Anhörungsrecht der obersten akademischen Behörde). Das hat einerseits die direkte Einflussnahme des Unterrichtsministers (und somit eine weitere Konzentration der Macht bei der Regierung) zur Folge, andererseits

⁴⁶⁴ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und des Bundesministers für Handel und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vom 20. Dezember 1933, betreffend einen von den Studierenden an den Hochschulen zu entrichtenden Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrag. (BGBl. 568/1933, ausgegeben am 23. Dezember 1933)

bedeutet es für die Studierendenvertreter eine Aufwertung. Denn der Status ist an den Hochschulen nun staatlich geschützt, eine Mindesteinnahmequelle der Hochschülerschaft, unabhängig von den Universitäten, garantiert. Im § 4 ist festgelegt, dass der Beitrag »ausschließlich der Förderung gemeinnütziger Einrichtungen und Veranstaltungen für die Hochschülerschaft einschließlich jener, deren Betreuung dem Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich obliegt«. Außerdem legt § 4 explizit fest, dass der Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrag »keine Einnahme des Bundes« ist und auch nicht »zur Bestreitung von Ausgaben des Bundes herangezogen werden« darf. Die Verrechnung und Rechnungskontrolle regelt – laut § 6 – der zuständige Unterrichtsminister und nicht die Universitäten.

Der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Dr. Karl Stein begrüßt diese Regelung:

»Von dem Gedanken ausgehend, dass für die studentische Selbstverwaltung die Hörschaft selbst die Mittel aufzubringen hat und dem studentischen Gemeinsinn entsprechend, jeder Hörer dazu heranzuziehen ist, wurde dieser Beitrag für alle Hochschulen und alle Hörer verpflichtend vorgeschrieben. Die Gelder für jede rein studentische Organisation und Fürsorgetätigkeit aber müssen – schon allein aus Gründen des akademischen Ansehens – in erster Linie durch die Hörschaft selbst aufgebracht werden können. Auf diesem Grundgedanken baute auch seinerzeit die Deutsche Studentenschaft ihre Organisation auf und eines ihrer allerdings nur sehr schwach verwirklichten Postulate war der obligatorische Beitrag ihrer Mitglieder. [...]

Da eine solche obligatorische Kontrolle aber auch die Sachwalter der Hörschaft in besonderer Weise verpflichtet, wurde von der bisherigen Form der gemischten Kontrolle durch Professoren und Studenten abgegangen und beim Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs [...] die Art der Verrechnung und Kontrolle des Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrages im Einvernehmen mit dem Obersten Rechnungshof besonders vorgeschrieben. Es unterliegt daher der Sachwalter der Kontrolle seitens der höchsten Stellen im staatlichen Erziehungs- beziehungsweise Finanzwesen. [...]

Für den das volle Kollegiengeld zahlenden inländischen Hörer S 2,50; für den in irgendeiner Form vom Kollegiengeld befreiten Hörer 1,25; für Ausländer S 3,13 «.⁴⁶⁵

Letztendlich wurde so die Einnahme der Gelder den Professoren entzogen und allein den Studenten überlassen. Unter Aufsicht des Unterrichts- und Finanzministeriums erhielt die Hochschülerschaft dadurch – im Unterschied zur früheren Deutschen Studentenschaft – eine vom Staat garantierte Finanzautonomie und behielt diese auch nach 1945.

Gliederung und Wirkungskreis des »studentischen Führungsapparates«

Der Erlass vom 29. September 1933 zur Einrichtung der Hochschülerschaft Österreichs wurde am 23. Mai 1934 in einem weiteren Erlass des Unterrichtsministeriums »Über die Gliederung und den Wirkungskreis des studentischen Führungsapparates«⁴⁶⁶ weiter präzisiert. Im § 1 wird

⁴⁶⁵ Akademische Nachrichten, März -April 1934, S. 2f

⁴⁶⁶ vgl. Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Wien 1937; S. 45-48

die Struktur der Hochschülerschaft Österreichs festgelegt. Außer dem Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs gibt es weitere zehn Sachwalter an den anderen österreichischen Hochschulen bzw. im Bundesland Steiermark.⁴⁶⁷ Allen Sachwaltern sind Leiter und Sachbearbeiter von verschiedenen ›Referaten‹⁴⁶⁸ oder ›Stellen‹,⁴⁶⁹ wie der Auslandsstelle oder dem Studentischen Arbeitsdienst, beigegeben. Dies galt für die Hochschülerschaft Österreichs genauso wie für die Sachwalter der einzelnen Hochschulen. Diese zwei Gliederungsebenen werden heute Bundesvertretung und Universitätsvertretungen genannt, und vor 2001 Zentrallausschuss und Hauptausschüsse. Die beiden unteren Ebenen der Fakultäten und der Studien(ein)richtungen, nämlich Fachgruppen und Fachschaften, werden in diesem Erlass 1934 noch nicht exakt beschrieben, sie sollten erst in den nächsten Semestern »ihre genauere Ausformung erfahren«. Während die Fachschaften in § 1 (3) bereits erwähnt werden (*»Insbesondere können die Sachwalter der Hochschülerschaften der einzelnen Hochschulen Mitarbeiter berufen, denen die Führung von Fachschaftsgeschäften obliegt«*⁴⁷⁰), sind die Fachgruppen⁴⁷¹, nämlich die Fakultätsvertretungen noch nicht geregelt – waren jedoch bereits im Wintersemester 1934/35 an der Universität Wien eingerichtet (siehe Kapitel »Organisationsplan des studentischen Führungsapparates an der Universität Wien«⁴⁷²)

In § 2 wurden die ministeriellen Zuständigkeiten geregelt, nämlich, dass das Bundesministerium für Unterricht den Sachwalter der HÖ beruft und abberuft, und auch die übrigen in § 1 genannten Leiter und Sachbearbeiter »nach Anhörung des Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich [sic]« durch das Bundesministerium für Unterricht berufen

⁴⁶⁷ Der Aufbau entspricht bereits exakt dem, wie er sich bis 1938 erhalten hat und im Kapitel »Aufbau der Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs« (S. 280-291 dieser Arbeit) beschrieben wird.

⁴⁶⁸ vgl. oben »Organisationsplan des studentischen Führungsapparates an der Universität Wien«: UAW, S.Z. 166 (Sachwalterangelegenheiten)/23 aus 1934/35

⁴⁶⁹ In der österreichischen Hochschülerschaft der Zweiten Republik werden sich aus diesen ›Stellen‹ die ›Referate‹ entwickeln und deren Leiter ›Referenten‹ genannt werden.

⁴⁷⁰ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Wien 1937; S. 46

⁴⁷¹ Obwohl im Frühjahr 1945 die Einteilung der Hochschülerschaft in Fachgruppen an den Fakultäten (die, in Vorwegnahme späterer Gliederungen an der Philosophischen Fakultät in eine Geisteswissenschaftliche, Naturwissenschaftliche und, wie schon seit 1934, die Pharmazeutische Fachgruppe unterteilt wird) und Fachschaften an den Studieneinrichtungen, findet sich in der »Verordnung des Staatsamtes für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 3. September 1945 über die studentische Selbstverwaltung an den Hochschulen wissenschaftlicher und künstlerischer Richtung« StGBL. 170 /1945 die Bezeichnung »Fachgruppe« nicht mehr. Diese wird nun »Fachschaft«, später Fakultätsvertretung genannt, was alsbald zu einer Begriffsverwirrung führt: vgl. BGBl. vom 1. Dezember 1947/249 (»2. Hochschülerschaftsverordnungsnovelle«): § 6 (2): »An Hochschulen, die in mehrere Fakultäten (Abteilungen) gegliedert sind, wird für jede Fakultät (Abteilung), beziehungsweise bei einer weiteren Unterteilung in Studienrichtungen für jede solche ein Fachschaftsausschuss bestellt, der unter Leitung eines Fachschaftsvorsitzenden steht.«

⁴⁷² UAW, S.Z. 166 (Sachwalterangelegenheiten)/23 aus 1934/35

werden. Einzig der Sachwalter der Hochschule für Welthandel wird durch das Bundesministerium für Handel und Verkehr berufen. § 2 (3) regelt die Mitwirkung der Universitäten:

»Der Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich erstattet die Anträge auf Berufung und Abberufung der Sachwalter der einzelnen Hochschülerschaften dem zuständigen Bundesministerium im Wege der obersten akademischen Behörde der obersten Hochschule.«⁴⁷³

Die weiteren Mitarbeiter werden auf Widerruf bestellt, die Letztentscheidung hat hier der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, der zustimmen muss. § 3 regelt die Verantwortlichkeiten. In § 4 werden spezielle ›Beiräte der Sachwalterschaft‹ benannt:

Für den Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs werden ein ›Führungsbeirat‹ und ein ›Verbändetag‹ eingerichtet. Den örtlichen Sachwaltern soll ein ›Verbändebeirat‹ (mit Vertretern der offiziell zugelassenen Studentenverbindungen), den Fachgruppen ein ›Fachgruppenbeirat‹ und den Fachschaften ein ›Fachschaftsbeirat‹ zugeordnet sein.

»Aufgabe dieser Beiräte wird es insbesondere sein, innerhalb des autoritär geführten studentischen Führungsapparates dem Grundsatz einer notwendigen Willensbildung und Willenskundgebung der Studentenschaft Rechnung zu tragen und die Anteilnahme bzw. den Einsatz der Studentenschaft Rechnung zu tragen und die Anteilnahme bzw. den Einsatz der studentischen Bünde für die Belange der Gesamtstudentenschaft sicherzustellen.«⁴⁷⁴

Die erste Ausgabe der Akademischen Nachrichten des Jahres 1935 beschäftigt sich mit der »Aktivierung der Fachschaftsbeiräte.«⁴⁷⁵ Es sei eine »Notwendigkeit« beim gegenwärtigen »Stand des organisatorischen Aufbaues der verschiedenen Fachschaften und Fachgruppen«, diese Beiräte zu aktivieren. Denn diese sollen das fehlende demokratische Moment ersetzen. Dabei wurde bereits im Jänner 1935 der »Aufgabenkreis« der Beiräte »weit über den bei der Gründung gesteckten Rahmen hinaus« erweitert:

»War ihnen damals nichts als Beratung der Fachschaftsleitung in allen beruflich-wissenschaftlichen Fragen zgedacht, so wird in Zukunft der Fachschaftsbeirat das Mittel sein, um die Fühlung des autoritär bestellten Fachschaftsleiters mit der Masse der Hörschaft möglichst enge zu gestalten. Der Fachschaftsbeirat wird in Zukunft eine - und sicherlich nicht die unbedeutendste - Form der Interessensvertretung darstellen.

Dass eine solche Vertretung von der der früheren Stimmzetteldemokratie verschieden sein wird, darf niemand verwundern. Dass aber zum gegebenen Zeitpunkt, und das bedeutet dann, wenn der Aufbau der Fachschaften die Gewähr für eine fachlich ausgezeichnete Arbeit bietet, die Hörschaft das gewichtige Wort bei der Bestellung der Beiräte sprechen wird, ist selbstverständlich.«⁴⁷⁶

⁴⁷³ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Wien 1937; S. 46

⁴⁷⁴ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Wien 1937; S. 47

⁴⁷⁵ Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 3 f

⁴⁷⁶ Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 3

In den neuen Beiräten sollte alles besser werden als in demokratischen Gremien: »Unnötiges Ausschusswesen« sollte durch »geschultes Verantwortungsbewusstsein« verhindert werden, sodass die Diskussionen in den Sitzungen nicht »in einen zusammenhanglosen Wortschwall ausarten«. »Ohne Verschleierung der Gegensätze, die sich aus den verschiedenen Gesichtspunkten ergeben« sollten Probleme »klar und gründlich« »herausgestellt und gelöst werden«. Ob alleine die geänderte Auswahl all dies verhindert hat, ist nicht überliefert, es darf aber bezweifelt werden, dass die ständischen Gremien effizienter funktioniert haben als die demokratischen. Allerdings klingt es so, als seien Teile in der HÖ tatsächlich um Rückmeldungen bemüht gewesen. Immerhin waren die ausgeschlossenen Nationalen bei allen Wahlen in der Ersten Republik in der Überzahl gewesen, und auch die linken Studierenden hatte man verboten und zu Gegnern gemacht. Daher war es existenziell wichtig, eine Kommunikationsebene zur Basis der Studierenden zu finden – allerdings nur systemkonform:

»Die Leitung der Fachschaft wird eine Kritik, wenn sie gerechtfertigt ist, bestehen können. Vermag sie indes nicht, dann ist es umso berechtigter, solche Mängel aufzuzeigen und deren Beseitigung in die Wege zu leiten. Die Kontrollfunktionen der Beiräte – es ist notwendig, dass die Funktion klar herausgestellt wird – stören keineswegs den Grundsatz der autoritären Führung der Studentenschaft. Kritik um ihrer selbst willen ist abgeschmackt geworden, Kritik aus Übelwollen wird keine Aussicht auf Bestand haben, eine Kritik aber, die ohne Nebengedanken, nur aus dem einzigen Zweck – den gemeinsamen Zielen der Studentenschaft zu dienen – angestellt wird, ist fruchtbar und wird von den verantwortlichen Personen nicht mit Bitterkeit, sondern mit Befriedigung aufgenommen werden.«⁴⁷⁷

Wie so oft wird auch hier die Idee der Gemeinsamkeit beschworen: »Der Gedanke der Zusammenarbeit, der *Arbeitsgemeinschaft*, müsse Zentrum der Arbeit in der Fachschaft sein und »in allen Teilen des studentischen Führungsapparates lebendig werden«. In der nächsten Passage gibt es einen schönen Vergleich, wie Mitte der 1930er-Jahre Kollegialität im Gegensatz zu Kameradschaft gesehen wird. Bei Richard Lechner, dem letzten HÖ-Sachwalter wurde schon erläutert, dass allmählich der Begriff »Kollegialität« im Zentrum steht und »Kameradschaft« verblasst.

Schon 1935 wird darauf verwiesen, dass die Erstellung dieser Beiräte nicht »in autoritärer Form« erfolgen solle: Dass die »erstmalige Bestellung der Fachschaftsbeiräte« allerdings sehr wohl durch Ernennung zustande kam, solle »nicht die Regel sein«. Die künftige Lösung solle »vielmehr die sein, dass das Recht der Fachschaftsmitglieder, ihren berechtigten Einfluss in die Zusammenstellung der Interessensvertretungen geltend zu machen, Anerkennung findet«.⁴⁷⁸

Keinesfalls solle dies aber wie in der Deutschen Studentenschaft oder nach einem »genau verklausulierten Proporzsystem« erfolgen. Wer hingegen erwarte, »dass in *würdiger* Weise sein

⁴⁷⁷ Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 3

⁴⁷⁸ Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 3

Interesse und das der Gesamtheit« vertreten werde, der werde »seine Erwartungen erfüllt sehen«. Klar und nachvollziehbar, was dies in der Realität bedeuten soll, ist das allerdings nicht: Offensichtlich wollte man nicht erneut den Nationalsozialisten das Feld überlassen, die bereits viele Gremien der Burschenschaften, Korps und auch der Deutschen Studentenschaft infiltriert hatten – und, wie hier schon gezeigt worden ist, vermutlich auch in einigen Fachgruppen wie jener der Philosophen Einfluss hatten. Allerdings macht Werner Wiltschegg, der selbst als HÖ-Funktionär an der Hochschule für Welthandel und in der Heimwehr tätig war, darauf aufmerksam, dass mitunter prononciert nationale Positionen aus taktischen Gründen gepflogen wurden:

»Das vielfach überzeichnete und demonstrative Deutschbekenntnis, mit dem sicher nicht alle Unterführer einverstanden waren, sollte zum Teil den illegalen Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln nehmen und der Beschuldigung, die Heimwehr sei deutschfeindlich, begegnen, zum Teil aber auch eine Abgrenzung von den in manchen Bundesländern heimwehrgegnnerischen Kreisen in der Vaterländischen Front demonstrieren.«⁴⁷⁹

Auch, schließt der Artikel der Akademischen Nachrichten 1935 zu den Fachschaftsbeiräten, wolle man nicht Plattform für »Interessenskämpfe der einzelnen Bünde oder Gruppen« sein: Man wolle »aber der Hörschaft die Möglichkeit bieten, die mit der Interessenvertretung zu betrauen, welche die Gewähr bieten, dass ihre Stellungnahme nicht durch den Anhang in der Masse und durch den Augenblickserfolg, sondern durch die objektiv richtige und der Gemeinschaft nutzbringende Leistung bestimmt ist«.⁴⁸⁰ Es geht zwar aus den Dokumenten nicht eindeutig hervor, wäre aber in Parallelität zu den anderen Einrichtungen schlüssig, dass eine Mitgliedschaft in der Vaterländischen Front für die aktive Mitarbeit vorausgesetzt wurde.⁴⁸¹ Allerdings wird sichtbar, dass im Laufe der Zeit die Mitarbeiter der Hochschülerschaft Österreichs, die anfangs von der Heimwehr, der Vaterländischen Front und der KDHO kamen, nun auch von der Basis »hinaufwachsen« konnten und aus den Fachschaften und Fachgruppen kamen.

⁴⁷⁹ Werner **Wiltschegg**: Österreich – Der ›zweite deutsche Staat? Der nationale Gedanke in der Ersten Republik. Graz/Stuttgart 1992; S. 152

⁴⁸⁰ Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 3f, *Hervorhebungen original*

⁴⁸¹ So findet sich etwa in den ›Rudolfinenblättern‹, die als Informationsquelle der Mitglieder der CV-Verbindung ›Rudolfina‹ fungierte, die folgende Nachricht über die »Mitgliedersperre der V. F.«: Diese »setzt am 1. November 1937 ein. Die Mitgliedskarten müssen in Ordnung sein. Achtet genau darauf! Wir Rudolfinen müssen nicht nur selbstverständlich Frontmitglieder sein, wir haben in der Front besondere Pflichten zu erfüllen. Das Frontabzeichen ist immer und überall zu tragen, natürlich auch neben dem C.V.-Abzeichen.« Der Rudolfina gehörte zum damaligen Zeitpunkt ja der Sachwalter der Hochschülerschaft, Lechner, der frühere HÖ-Wien-Sachwalter Klaus, der ehemalige stv. Sachwalter der HÖ, Hlouscha oder Theodor Veiter an und waren in der Rudolfina aktiv.

Vgl.: Rudolfinenblätter, 1. November 1937, S. 8

§ 6 des Erlasses »über die Gliederung und den Wirkungskreis des studentischen Führungsapparates« vom 23. Mai 1934 postuliert den Alleinvertretungsanspruch der Hochschülerschaft Österreichs, um sich klar von den vielen Vereinen abzugrenzen, die, in Ermangelung der fehlenden Gesamtvertretung von 1849 bis 1933 meist an den Instituten und Fakultäten vertreten waren und für die Studentenschaft auftreten wollte:

»(1) Dem studentischen Führungsapparat allein obliegt es, die vaterländischen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, fachlichen sowie alle sonstigen Belange der Hochschülerschaft in allen ihren Teilen unter besonderer Berücksichtigung des Fürsorgewesens, des Leibesübungswesens und des studentischen Arbeitsdienstes im Namen der Hochschülerschaft wahrzunehmen und zu vertreten.

(2) Die ausschließliche Vertretung obliegt dem studentischen Führungsapparat, insbesondere auch vor den akademischen Behörden und der Unterrichtsverwaltung.

(3) Den Fachschaften obliegt die Wahrnehmung und Vertretung der den Studierenden gleicher Fachrichtung gemeinsamen Belange: insbesondere haben sie auch die Verbindung zwischen den Studierenden ihrer Fachrichtung und den betreffenden berufsständischen Körperschaften herzustellen und zu pflegen.«⁴⁸²

Von intensiverer institutioneller Zusammenarbeit wird nicht berichtet. Sie findet auch nach 1945 nur vereinzelt statt. So gibt es zwischen der Berufsvertretung der Apothekerkammer und der Studienrichtungsververtretung Pharmazie gute Kontakte. In der Regel kommt es aber kaum zum Austausch zwischen den Interessensvertretungen der Berufsfelder und den Vertretern berufsvorbildenden wissenschaftlichen Studienrichtungen, selbst wenn diese klar definiert sind wie bei den Lehrer/innen, Mediziner/innen oder Jurist/innen. Wie so viele Ankündigungen und Ideen des austrofaschistischen Ständestaates scheint auch diese Forderung keine ausgeprägte Verwirklichung gefunden zu haben.

Die Beschreibung der Verordnung im Jahrbuch 1935 schließt mit zwei grundsätzlichen Betrachtungen, nämlich, dass erstens den Fachschaften als den »Zellen« der Hochschülerschaft Österreichs eine »besondere Bedeutung« zukomme und die Fachschaft dadurch »hauptsächlicher Träger der Entwicklung des studentischen Gemeinschaftswesens« werde und, dass andererseits die Hochschülerschaft Österreichs grundsätzlich »durch eine Fülle von Detailmaßnahmen« des Unterrichtsministeriums unterstützt werde: So hätten eben die Beauftragten der Hochschülerschaft »eine Anzahl von Vollmachten zur wirksamen Vertretung der Interessen der Gesamtstudentenschaft« erhalten – etwas, dass nach 1945 partiell anders sein wird.⁴⁸³

⁴⁸² Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Wien 1937; S. 47

⁴⁸³ Dies wird sich beim Machtkampf zwischen dem Rektor Adamovich und dem ÖH-Chefredakteur der Akademischen Rundschau, Heribert Husinsky illustrieren (vgl. das spätere Kapitel dieser Arbeit »Die ›von mir immer bekämpften Organisation der Studentenschaft‹: Rektor Adamovich und der ÖH-Vorsitzende Karl Leutgeb«)

»Aufrechterhaltung der Disziplin«

Das »Bundesgesetz vom 6. September 1934, betreffend die Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Studierenden an den Hochschulen«⁴⁸⁴ betrifft zwar nicht unmittelbar die Agenden der Hochschülerschaft, jedoch die oppositionell tätigen Studierenden, die ab nun vom Hochschulstudium ausgeschlossen werden können. Denn durch dieses Gesetz kann *»jede mit einer gerichtlichen oder einer Verwaltungsstrafe geahndete Handlung oder Unterlassung eines Hochschülers, die nach dem 30. Juni 1934 offenbar zur Förderung der Ziele einer mit Betätigungsverbot belegten Partei erfolgt ist oder weiterhin erfolgt [...] als akademisches Disziplinarverfahren mit Verweisung von allen österreichischen Hochschulen bestraft«* werden, wobei diese »Verweisung« für zwei Semester, »für längere Zeit oder für immer« erfolgen kann. Dafür wird ein »Kommissär für die Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Studierenden an den Hochschulen« ernannt, der nach den Weisungen der zuständigen Bundesminister handelt. Bereits bei Verdacht, *»staatsfeindliche oder sonstige, die öffentliche Sicherheit gefährdende Handlungen vorzubereiten oder die Begehung oder die Vorbereitung solcher Handlungen zu begünstigen, zu fördern oder dazu zu ermutigen«*, konnte der Kommissär gegen Hochschüler einen bedingten Verweis aussprechen (§ 8).

Wohl einer der prominentesten Betroffenen dieser Maßnahmen war der Sozialdemokrat Bruno Kreisky, es traf aber genauso kommunistische oder nationalsozialistische Studierende.

Der frühere regimetreue Sachwalter der Universität Innsbruck Dr. Oswald Peterlunger machte das Unterrichtsministerium darauf aufmerksam, dass durch einen Erlass alle diejenigen, die mehr als eine Woche in Haft waren, egal ob in Untersuchungshaft oder regulärer Haft, generell das jeweilige Semester verlieren. Er führt zwei Beispiele der Ungerechtigkeit an: jene, die in Untersuchungshaft waren und freigesprochen wurden und jene, die sich mit einer Geldstrafe von der Haft freikaufen konnten, was eine soziale Benachteiligung darstellt. Erst 1936 wurde der Akt abgelegt, weil die Bestimmungen »obsolet« geworden waren.⁴⁸⁵

Hochschulerziehungsgesetz

»Der Bundestag hat beschlossen:

§ 1. Den wissenschaftlichen Hochschulen obliegt außer der Pflege der Forschung und Lehre auch die Erziehung der Studierenden zu sittlichen Persönlichkeiten im Geiste vaterländischer Gemeinschaft.

§ 2. Diese Erziehung zur vaterländischen Gemeinschaft dient insbesondere die Verpflichtung der Studierenden

1. zum regelmäßigen Besuche von Vorlesungen zur weltanschaulichen und staatsbürgerlichen Erziehung und über die ideellen und geschichtlichen Grundlagen des österreichischen Staates,

⁴⁸⁴ BGBl 232/1934, ausgegeben am 17. September 1934

⁴⁸⁵ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1936, 36086 -13.11.36 (eingel. am 22.11. 1934)

2. zur Teilnahme an vormilitärischen Übungen,

3. zur Ableistung einer Schulungsdienstzeit im Hochschullager. [...]

§ 5 [...] (3) Die zuständigen Bundesminister können zur Erfüllung des vaterländischen Erziehungszweckes, dem die vormilitärischen Übungen der männlichen Hörer dienen, für die weiblichen Studierenden anderweitige Veranstaltungen in besonderer Anpassung an die weibliche Eigenart und unter Vermeidung jeder Beeinträchtigung des wissenschaftlichen Hochschulbetriebes treffen. Angehörige von Orden und religiösen Kongregationen können jedoch zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen nicht verpflichtet werden.«⁴⁸⁶

Mit diesem Gesetz versucht die Regierung des austrofaschistischen Ständestaats, an den Universitäten vaterländische Gesinnung festzuschreiben. Somit wurden die staatsbürgerlichen Pflichten und vaterländischen Aufgaben für die Studierenden klar definiert: die »richtige« weltanschauliche Erziehung, vormilitärische Übungen und Hochschullager. Sowohl Lager als auch militärische Übungen gab es auch schon in der Deutschen Studentenschaft, die an den meisten Universitäten Schießstätten eingerichtet hatte. Nun aber werden die Lager verpflichtend – mit Ausnahme von geistlichen Studierenden. Weitere Ausnahmen sind für bestehende »akademischen Wehrverbände« vorgesehen, deren Hochschullager und militärische Übungen »mit Genehmigung des für die betreffende Hochschule zuständigen Bundesministers« (§ 5, Abs.2) angerechnet werden können. Auch der Ablauf dieser Hochschullager wird genau geregelt (siehe Kapitel Sport und Wehrsport – Hochschullager).

Sachwalter Drimmel bewertet dieses Gesetz positiv, dient es nach seiner Meinung doch zur »Erziehung zu sittlichen Persönlichkeiten im Geiste vaterländischer Gemeinschaft« Das Gesetz stelle somit »diese Aufgabe bewusst der Pflege der Forschung und der Lehre gleich.« Es werde deshalb »vornehmste Aufgabe der nächsten Zukunft sein, die kulturellen Einrichtungen der Studentenschaft diesem neuen Aufgabenkreis der hohen Schulen anzugleichen und ihre Leistungsfähigkeit zu steigern.«⁴⁸⁷

Hochschulermächtigungsgesetz

Ist mit dem Hochschülerziehungsgesetz der ideologische Zugriff auf die Studierenden geregelt, ist es im Hochschulermächtigungsgesetz⁴⁸⁸ der strukturelle Zugriff auf die Universitäten. Insbesondere wird in § 1 die »körperschaftliche Zusammenfassung der Hochschülerschaft und die Bestellung ihrer Organe« geregelt, die Disziplinarordnungen für Hochschüler,

⁴⁸⁶ Bundesgesetz, betreffend die Erziehungsaufgaben der Hochschulen (Hochschülerziehungsgesetz), BGBl 267/1935, ausgegeben am 1. Juli 1935

⁴⁸⁷ Akademische Nachrichten, Mai-Juni 1935 S. 1

⁴⁸⁸ Bundesgesetz über die Ermächtigung der zuständigen Bundesminister zur Regelung einiger Angelegenheiten der Hochschulen durch Verordnung (Hochschulermächtigungsgesetz), BGBl. 266/1935, ausgegeben am 1. Juli 1935

Prüfungskandidaten und Bewerber um akademische Grade, die Zulassung von Vereinen zur Betätigung an den Hochschulen sowie über das Farbentragen und die Führung aller sonstigen Abzeichen auf akademischen Boden und die Einrichtungen des studentischen Fürsorgewesens inklusive der weltlichen Studentenheime. Sogar die Bedingungen für Studien- und sonstige Gruppenreisen, »die nicht von den Hochschulbehörden selbst geleitet werden«, oder Auslands- und Ferialkurse wurden geregelt, um Agitation von anderen Staaten zu unterbinden.

Die in § 2 geregelten Strafen konnten bis zu 5.000 S oder Arrest bis zu sechs Monaten ausmachen.

1937 wird mit der Hochschulvereinsordnung⁴⁸⁹ die in § 1 D 3 geregelte Zulassung von Vereinen detailliert ausgeführt. Studentische Vereine dürfen sich ab nun an einer Hochschule »nur betätigen, wenn sie zu dieser Betätigung zugelassen worden sind«. Sie dürfen in den Satzungen keine Bestimmungen haben, »die in die Befugnisse des studentischen Führungsapparates« (Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs) eingreifen. Dieser »Führungsapparat« der HÖ hat dabei ein Anhörungsrecht. Diese Bestimmung ist einerseits als Maßnahme zu sehen, die vier Jahre nach dem Verbot der von den Nationalsozialisten dominierten Deutschen Studentenschaft auch endgültig Durchgriff auf die zahlreichen noch bestehenden akademischen Vereinigungen schaffen will, die in Wirklichkeit Tarnorganisationen waren, aber andererseits ermöglichte dies eben einen Durchgriff auf alle Vereinigungen. Insbesondere die Passagen »nach freiem Ermessen« demonstrieren, dass an eine Rechtssicherheit nicht mehr zu denken war:

*»[§. 1. (2):] Über eine solche Zulassung beschließt die oberste akademische Behörde der Hochschule nach Anhörung des Sachwalters ihrer Hochschülerschaft **nach freiem Ermessen**. [...] (3) Die oberste akademische Behörde der Hochschulen haben jeden Zulassungsbeschluss sogleich dem für ihre Hochschule zuständigen Bundesminister anzuzeigen; ein solcher Beschluss wird rechtswirksam und ist dem zugelassenen Vereine durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen, wenn der Bundesminister bis zum Ende des auf das Einlangen der Anzeige folgenden Kalendermonates keinen Einspruch erhoben hat. (4) Der Bundesminister erhebt seinen **Einspruch nach freiem Ermessen**. Erfolgt ein Einspruch des Bundesministers, so hat die akademische Behörde den Verein durch schriftlichen Bescheid zu verständigen, dass der Bundesminister die Zulassung versagt hat. **Gegen einen solchen Bescheid findet kein Rechtsmittelzug** statt.«⁴⁹⁰*

Außer den Abzeichen der Vaterländischen Front, dem Hochschullagerabzeichen und von »den vom studentischen Führungsapparat ausgegebenen Abzeichen« müssen alle Abzeichen und Verbindungsfarben genehmigt werden. Ausländische Abzeichen und Farben werden verboten.

⁴⁸⁹ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und des Bundesministers für Handel und Verkehr über die Betätigung von studentischen Vereinen an den Hochschulen (Hochschulvereinsverordnung), BGBl. 348/1937, ausgegeben am 16. Oktober 1937

⁴⁹⁰ Hervorhebungen *nicht* original

Doch auch die Zugelassenen sind nicht geschützt, denn »die Zulassung des Tragens von Abzeichen und Farben auf akademischem Boden kann jederzeit ohne Angabe von Gründen von der obersten akademischen Behörde oder von dem für die Hochschule zuständigen Bundesminister widerrufen werden«. Alle Vereine, die an den Hochschulen Österreichs tätig waren, mussten innerhalb von sechs Wochen bei den obersten akademischen Behörden um eine Bestätigung ansuchen. Insbesondere wurde geprüft, ob die Satzungen Passagen enthielten, die in die Tätigkeiten des »Führungsapparates« der Hochschülerschaft Österreichs eingriffen. Diese Verordnung konnte ihre Wirkung gegen die Nationalsozialisten, die zu Beginn des folgenden Sommersemesters die österreichischen Hochschulen übernahmen, nicht mehr nachhaltig behindern. Die Frage ist offen, warum eine Regelung für die Vereine an den Universitäten, von denen man wusste, dass sie immer wieder unterwandert wurden, erst mehr als vier Jahre nach dem Verbot der Deutschen Studentenschaft erfolgte. Denn so hätte der Sachwalter der Hochschülerschaft an der jeweiligen Hochschule ein entscheidendes Mitspracherecht bei der Zulassung von akademischen Vereinen gehabt. »Damit wäre es möglich gewesen, gegen »nationalsozialistische Umtriebe unter dem Deckmäntelchen der ›völkischen‹ Vereine vorzugehen.«⁴⁹¹. Da deren Betätigungsfelder offenbar ausreichend waren, wurden die Universitäten im März 1938 zu einer Drehscheibe und Ausgabestelle für Nazi-Uniformen wurden (siehe Kapitel: »Die Universitäten während der nationalsozialistischen Herrschaft«).

Die Ziele des Ministers Pernter

Hans Pernter (1887-1951) übernahm, nachdem Kurt Schuschnigg Kanzler geworden, jedoch Unterrichtsminister geblieben war, am 29. Juli 1934 das Staatssekretariat im Bundesministerium für Unterricht. Am 14. Mai 1936 wurde er Bundesminister für Unterricht und nach dem 11. März 1938 von Oswald Menghin abgelöst.⁴⁹² Stolz stellte Pernter 1935 fest: »Mit Genugtuung kann ich feststellen, dass im abgelaufenen Studienjahre keine Störung der Ruhe und Ordnung auf akademischen Boden erfolgt ist«

Als eines der Ziele des Hochschulerziehungsgesetzes führt er an, dass an »die Stelle des liberalen Relativismus mit seiner Forderung nach schrankenloser akademischer Freiheit und seiner Zerstörung der geistigen Einheit des Wissens durch Überspitzung der Spezialforschung [...] nunmehr das Prinzip der sittlich gebundenen Autorität und der universelle Erziehungsgedanke der alten ›universitas literarum‹ [sic]⁴⁹³ treten solle. Nicht die selbstverständliche Bewaffnung der Studierenden, nicht die ständige Diskriminierung von

⁴⁹¹ Juen (1994): Waffenstudenten und katholische Korporationen an der Universität Wien, S. 89

⁴⁹² Hans Pernter (1887 - 1951) war nach seiner Ministerkarriere 1938-1941 im KZ, danach in der Widerstandsbewegung. 1945 war er Mitgründer der ÖVP als geschäftsführender Obmann und bis 1949 Nationalratsabgeordneter.

⁴⁹³ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935/36, S. 6-8; S. 6

Gruppen der Studierenden, nicht die absolut gesetzten und der Wissenschaft entgegen stehenden Ideologien, die Österreichs Forschung im 20. Jahrhundert großen Schaden zugefügt hatten, werden erwähnt, sondern zuvorderst der Liberalismus und die Demokratie. In diesem Zusammenhang sei auch der Gegensatz zwischen Pernter und Drimmel zum Grundgedanken der Universität gesehen: Während Pernter die Gesamtheit der Wissenschaften (»universitas litterarum«) zum Konstitutum erhebt, wird Drimmel 1937 von der »universitas magistrorum et scholarium« sprechen, der Gemeinsamkeit der Lehrenden und Studierenden an der Universität, etwas, das dem emotionalen Bild sowohl der Stände-Idee und auch dem ursprünglichem mittelalterlichen Begriff des Zusammenlebens dieser Gruppen an der Universität weit mehr entsprach und so besser als Rechtfertigung für diese Form der Hochschülerschaft Österreichs verwendet werden konnte.⁴⁹⁴

Trotz aller Skepsis gegenüber Liberalismus und Demokratie wollte Pernter aber die Verfassung über die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre keineswegs durch die »Erziehung der Studierenden zu einer einheitlichen Kulturauffassung und vaterländischem Gemeinschaftsgeiste« eingeschränkt sehen:

*»Die österreichische Staatsführung ist durchaus gewillt, die Freiheit des Geistes auf allen Gebieten der Wissenschaft, solange sie sich innerhalb der Grenzen streng wissenschaftlicher Auffassung hält, zu schützen, dafür muss sie aber auch fordern, dass die Wissenschaft sich zum Staate bekennt und die Hochschulen die ihnen anvertraute akademische Jugend im Geiste dieses Staates erziehen. Dazu sollen nun alle die Maßnahmen dienen, welche das Hochschulerziehungsgesetz vorsieht, einerseits die Pflichtvorlesungen zu weltanschaulicher und staatsbürgerlicher Erziehung und über die vaterländische Geschichte, andererseits die der akademischen Jugend gewiss auch zuzugende Wehrerziehung durch vormilitärische Übungen sowie die Gemeinschaftserziehung im Hochschullager«.*⁴⁹⁵

Im darauf folgenden Jahr sieht Pernter als Minister die Ziele der neuen Gesetze verwirklicht. Pathetisch beschwört er Bilder des »neuen Österreich« an der Universität. Er spricht von »Liebe«, »Vaterland« und dem »Herz des christlichen Abendlandes«, dem »Donauraum«, der »Deutschen Kultur« und der »Volksgemeinschaft«:

»Das Hochschulerziehungsgesetz hat die Grundlagen geschaffen, die der akademischen Jugend die Richtung weisen sollen für die Arbeit im neuen Staat. In den Vorlesungen zu weltanschaulicher und staatsbürgerlicher Erziehung werden die tragenden Gedanken des neuen Österreich klargelegt. Die Vorlesungen über vaterländische Geschichte führen dem jungen akademischen Bürger die Größe unserer Vergangenheit, Werden und Leistung unseres Vaterlandes, seine schönen und seine schweren Tage vor Augen, prägen die Taten

⁴⁹⁴ Heinz **Drimmel**: Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft an den österreichischen Hochschulen. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Wien 1937, S. 8-15; S. 6

⁴⁹⁵ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935/36, S. 6-8; S. 7

seiner großen Söhne dem Gedächtnis ein und stärken die Erkenntnis, dass der Österreicher ein Vaterland hat, das wahrhaft wert ist, dass er es liebe.

Gerade die Jugend muss sich mit heißer Liebe zum Vaterland bekennen und an Österreichs geschichtliche Sendung glauben. Es ist seine alte Sendung als Herz des christlichen Abendlandes, zugleich eine hohe deutsche Sendung im Donaauraum als selbständiger Träger deutscher Kultur, Bekenntnis zum neuen Österreich, das ist Bekenntnis zum christlichen Kulturideal, Bekenntnis zu deutscher Heimattreue und sozialer Volksgemeinschaft.»⁴⁹⁶

Vielleicht kann diese Stellungnahme sogar einen Schlüssel zum Verständnis für vieles geben, was in der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur nur schwer verständlich ist. Hier wird ein Hochschulerziehungsgesetz geschaffen – und der Minister wünscht sich als Ergebnis Liebe zum Vaterland? Die Tendenz des austrofaschistischen Ständestaates, Einstellungen und Gefühle zu verordnen und gesetzlich zu reglementieren, war wohl von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Denn diese verordnete Liebe zum Vaterland forderte Heuchelei und Verstellung geradezu heraus.⁴⁹⁷ Als dann die Zeit für die Nationalsozialisten gekommen war, ihre wahren Absichten auf den Tisch zu legen, waren viele Österreichpatrioten völlig entgeistert. Auch das Hochschulerziehungsgesetz konnte dies nicht verhindern.

Gleichzeitig zeigt es das Bild des »neuen Österreich«: christlich, deutsch, mit einem Blick zum Donaauraum im Osten und mit historischen Reminiszenzen und gleichzeitig einer sozialen Volksgemeinschaft. All diese Aspekte werden in nachfolgenden Kapiteln noch ausführlicher behandelt.

Die Österreichische Hochschulzeitung berichtete weiters im November 1937 über die Ziele Hans Pernters in der Hochschulpolitik, die er beim Herbstappell der V.F. in St. Pölten dargelegt hatte. Dabei fasst Pernter vieles zusammen, was in den Gesetzen der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur grundgelegt wurde: Durchsetzung der ständisch-vaterländischen Ideologie, bei Wahrung einer gewissen Selbstverwaltung. Dennoch hätten die Gesetze genug Handhabe für ein Einschreiten und eine Einschränkung dieses Freiraums gebracht, wenn es als gegen das Regime gerichtet identifiziert wurde. Pernters Einschätzung über die Durchsetzung dieser Maßnahmen und auch der Personalpolitik gegenüber den Nationalsozialisten erwies sich jedenfalls als Irrtum:

»Der Weg der Durchsetzung des Geistes des neuen Österreich an unseren Hochschulen ist gewiss nicht so leicht als man glaubt, aber nimmt seinen zielsicheren Fortgang. Man wollte nicht unnötig mit Gewalt eingreifen, um nicht die geistige Freiheit der Hochschulen zu zerstören. Niemals aber kann die Freiheit der Lehre der Freibrief für das sein, was gegen das österreichische Staatsprogramm oder die religiös-sittliche Ordnung gerichtet ist. Solche Fälle hat die Unterrichtsverwaltung stets energisch durch Pensionierung des Lehrers erledigt und wird es auch rücksichtslos in Hinkunft so halten! Im heurigen

⁴⁹⁶ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37,
(»Zum Geleit ins neue Studienjahr, 2. Vorwort, keine Seitenangabe)

⁴⁹⁷ vgl. Jagschitz (1976): Der Putsch, S. 19; Jagschitz (1983): Der Ständestaat 1934-1938, S. 504

*Studienjahr sind die Rektorenwürden an sämtlichen österreichischen Hochschulen durchweg von echt österreichischen Professoren besetzt, die diesmal bereits von der Professorenschaft bestellt und nur vom Minister bestätigt sind. Es ist also auch auf den Hochschulen nur mehr eine Frage weniger Jahre, bis das Ziel des neuen Österreich erreicht sein wird.»*⁴⁹⁸

Bereits ein halbes Jahr später gab es Österreich jedoch nicht mehr.

⁴⁹⁸ ÖHZ, 20.11.1937, S. 2

Ideologie:

Wie sich die Hochschülerschaft Österreichs zu verschiedenen Themen positioniert hat...

Anfang 1935 wurde in den ›Akademischen Nachrichten‹ definiert, was das »Studententum von heute« ausmache. Man positionierte sich gleichzeitig »gegen zu starren Konservatismus und gegen Revolution«. Diese Abgrenzung nach zwei Seiten, nach links und rechts, findet sich in den Publikationen der Hochschülerschaft Österreichs immer wieder. Oft auch wurde dies in Zusammenhang mit der Überwindung extremer Positionen der Parteien gebracht: sowohl der Nationalsozialisten als auch zu den Sozialdemokraten.

In Anspielung auf den Dogmatismus mancher akademischer Kreise einerseits und auf revolutionär-ideologische Umtriebe an den Universitäten andererseits stellte sich die Situation vor dem Ständestaat laut Akademischer Nachrichten so dar:

*Es hat sich des Öfteren an unseren hohen Schulen zugetragen, dass eine Gruppe von Studenten sich allein **fortschrittliche** Gedanken zubilligte, die ihr blutschäumendes **Leben in abstrakten Theorien** erfüllen zu können glaubte. Es hat anderseits konservative Kreise gegeben, die an Heiligtümern zu freveln vermeinten, wenn man sie dazu berief, an Dingen mitzuarbeiten, die **neuen Methoden und Lösungen** erheischten.*

*Der moderne Akademiker, das Studententum von heute bedarf dieser Kompetenzstreitigkeiten nicht, seine Aufgabe ist es, **Werte zu schaffen, deren Weiterentwicklung auf dem Boden des Seienden** ruht und die Bedingungen von den vorhandenen Möglichkeiten abhängig machen.*«⁴⁹⁹

Der neue Weg wurde also in einem verordneten Pragmatismus gesucht. Damit will man auch eine Abgrenzung zur Deutschen Studentenschaft herstellen. Das moderne Studententum sei weiters »von dreierlei Bedingungen abhängig: von seiner Einstellung zur Kultur, von seinem Verhältnis zu Volk und Staat und von seiner Beziehung zum Mitmenschen«. Deutlich sind ein soziales Element und auch ein emanzipatorisches Element der (Volks-)Kultur zu bemerken, zu dem die Wissenschaft in Beziehung gesetzt werden solle: Die Vertretung der Studierenden sei kein Selbstzweck, sie laufe auch nicht »fortschrittlichen« Chimären nach, sondern sie habe ihre Aufgabe im Dienst der Wissenschaft *und* des Volkes.

Vaterländische Gesinnung bedeute daher für die Studierenden, sich der Verantwortung des »Studententums« über seinen Platz in der Gesellschaft bewusst zu werden:

»Soferne es sich bewusst als wertvolles Glied einer Volksgemeinschaft fühlt, aus deren Mitte die Kultur und die Ordnung des Lebens auf einem bestimmten Raum erwächst, ist

⁴⁹⁹ Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 2f; Hervorhebungen *nicht* original

es weder konservativ noch revolutionär in der herkömmlichen Bedeutung, sondern steht auf dem Boden des Entwicklungsgedankens.

*[...] Die Aufgabe ist umso größer, als die Studentenschaft herangeht, sich einen neuen Bau der Selbstverwaltung zu zimmern und in ihrem Gesetz den Spiegel einer größeren Lebensgemeinschaft trägt. Gerecht vermag man den Anforderungen nur zu werden, wenn man jene zwei großen Hemisphären menschlichen Daseins in Einklang bringt, die eine segensreiche Entwicklung erhoffen lassen: **Wissen und Leben.**«⁵⁰⁰*

Die Synthese dieser beiden Begriffe soll in der verstärkten fachlichen Arbeit der Hochschulvertreter erfolgen. Durch den Aufbau der Fachgruppen und Fachschaften soll ein Bezug zur Wissenschaft und zu den Professoren rückerworben werden, andererseits soll durch Veranstaltungen die Geselligkeit, der Kontakt zur Bevölkerung und zu den künftigen Berufsfeldern nicht zu kurz kommen. Durch die neue Konzentration auf die Fachgruppen und Fachschaften und ihren Einbezug in die gesamte Hochschülerschaft Österreichs hebt diese sich vor allem von der Deutschen Studentenschaft ab. Auch wenn die Österreichische Hochschülerschaft nach 1945 die Strukturen weitgehend beibehielt, wurde einerseits die vierstufige Ebene im Gesetz zunächst nicht übernommen, zum anderen war durch die Demokratisierung der Druck nicht so groß wie in der Hochschülerschaft Österreichs, sich durch Basisarbeit und Aufwertung dieser Ebene besser zu legitimieren. Eine Wiederherstellung dieser vier Ebenen, wie sie in der Hochschülerschaft Österreichs geschaffen wurden, ist paradoxer Weise gerade unter Bruno Kreisky erfolgt, der dem austrofaschistischen Ständestaat zeitlebens »unversöhnlich«⁵⁰¹ gegenüberstand – durch die Einführung der Mitbestimmung der Studierendenvertreter in den universitären Gremien⁵⁰² und durch die Wahl der Studienrichtungsververtretungen.

Dabei war es den Funktionären der Hochschülerschaft ernst mit der Aufgabe, für »alle Volksteile« Österreichs da zu sein – wenn man von antijüdischen Tendenzen absieht. In diesem Sinn werden auch die Worte »Pflichterfüllung« und Arbeit für das Volk in den Vordergrund gestellt, nicht ohne sich zunächst eine Spitze gegen die Gewaltbereitschaft der früheren nationalsozialistisch dominierten Deutschen Studentenschaft zu verkneifen:

»Eine Volksgemeinschaft, wie wir sie wollen, lässt sich nicht erzwingen. Sie basiert auf der gegenseitigen Achtung aller Volksteile. Geben wir zu, dass Volksgemeinschaft im Grunde gar nicht so romantisch ist, wie sie heute von vielen gesehen wird. Die Achtung vor dem Hochschüler ging in weiten Kreisen verloren. Seien wir ehrlich: Mit den Fäusten kann sich vielleicht ein Boxer Achtung und Wertschätzung erringen, aber kein Student. Wir müssen wohl nicht deutlicher werden: Ein Stubenhocker-Studententum predigen wir nicht, verlangen vielmehr, dass der Student zunächst dort seine Pflicht erfüllt, wohin er gestellt

⁵⁰⁰ Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 2f

⁵⁰¹ vgl. Kreisky (2000): Zwischen den Zeiten, S. 287

⁵⁰² Bundesgesetz vom 20. Juni 1973 über die Österreichische Hochschülerschaft (Hochschülerschaftsgesetz 1973), ausgegeben am 29. Juni 1973, 68. Stück 309.

ist. Erfüllen auch die anderen Volksgruppen die ihnen gestellten Aufgaben, dann sind wir schon ein großes Stück jener Volksgemeinschaft näher gekommen, für die wir arbeiten.«⁵⁰³

Ihre »vaterländischen Aufgaben« versuchte die Hochschülerschaft Österreichs aber auch durch kulturelle Arbeit wahrzunehmen, wie die Akademischen Nachrichten schon 1934 beschreiben:

*»So sind die ersten Aufgaben der Sachwalterschaft vaterländische Belange, und in diesen ist wieder die Schulungs- und Aufklärungsarbeit an erste Stelle zu setzen. Diese Arbeit fällt im Wesentlichen dem Kultur- und Bildungsinstitute zu. Vielfach angefeindet und negiert, wissen jetzt selbst die wildesten Gegner, dass sich das Institut bewährt hat. Freilich muss man noch auf ein Vielfaches des bisher Geleisteten kommen, aber es wird gelingen, das gesteckte Hochziel zu erreichen, wenn zum unbeugsamen Willen das gediegenste Wissen hinzutritt.«*⁵⁰⁴

Wieder wird an dieser Stelle betont, dass die Arbeit der Hochschülerschaft mit Wissenschaftlichkeit vereinbar sein müsse. Wichtig erscheint auch der Gedanke des Einordnens, wobei anklingt, dass die Studenten eine Vision für den ganzen Staat und seine Bürger haben sollten:

*»Die Wesensaufgabe der Sachwalterschaft ist die Eingliederung der Hochschulen in das gesamte Aufbauwerk unseres Vaterlandes. Die Zeit, Hochschulpolitik um ihrer selbst willen zu machen, ist vorbei. Jetzt müssen wir trachten, sie in ganzer Arbeit der Studentenschaft an den ihr gebührenden Platz zu stellen.«*⁵⁰⁵

Auch die faschistischen Heimatschutzstudenten formulieren den Auftrag des Staates und zeigen dabei offenbar ihre klassische Bildung, die jedoch mit fanatischer Ablehnung der Sozialdemokratie gepaart war: Die Schulung »im Heimatschutzgeist« müsse die Aufgabe wahrnehmen, »politische Durchbildung im weitesten Sinne des Wortes, im Sinn der »politeia« des griechischen Altertums« durchzuführen. Fragen des Staatsaufbaues, der Überwindung des Sozialismus und des kapitalistischen Liberalismus sollten im Mittelpunkt stehen, damit »eine neue Gesellschaftsordnung geschaffen werden« könne.⁵⁰⁶ Immerhin ist interessant, dass offenbar nicht unbeeindruckt von der schweren Wirtschaftskrise auch die bürgerlichen Studenten im austrofaschistischen Ständestaat zumindest verbal antikapitalistisch eingestellt waren.

Berufsständische Positionen an der Hochschülerschaft Österreichs

» [...] es fehlt daher nicht an Stimmen, die der Einbeziehung des noch Studierenden in die berufsständische Organisation seines späteren Lebensberufes das Wort reden. Alle diese Tendenzen gehen von der richtigen Grundauffassung aus, dass zum gegenwärtigen

⁵⁰³ Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 1

⁵⁰⁴ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 15

⁵⁰⁵ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 15

⁵⁰⁶ Der Heimatschutz-Student, 7.Mai 1936, S. 1f

Zeitpunkt im Leben des Akademikers zwischen Studium und Beruf eine tiefe Kluft liegt, die zu überbrücken oft über die Kräfte des Einzelnen hinausgeht.«⁵⁰⁷

Viel intensiver als heute waren Fragen nach Verbindungen von Studium und Beruf der HÖ im Ständestaat ein Anliegen: »Richtigerweise wird im Zusammenhang damit die Notwendigkeit unterstrichen, dass schon der Studierende während seiner theoretischen Ausbildung an der Hochschule sich in sein späteres Berufsleben einfühlen muss.« Deshalb gab es sogar den Plan, die »Körperschaft der Studierenden technischer Studienrichtung im Rahmen einer Hochschulgruppe in der Gewerkschaft den Angestellten der Industrie und Bergbau zusammenzufassen« um dadurch für die Technik-Studierenden »eine Schutzorganisation zu schaffen, die außer der Interessensvertretung insbesondere den Übertritt des Einzelnen in die Praxis ermöglicht«. Wirtschaftliche Nöte und ständestaatliche Konzepte flossen wohl als Motive in solche Konzepte ein. Doch auch im Sinne einer Jobvermittlung gab es die Idee neuer Verbindungsformen von Praxis und Studium im Sinne des berufsständischen Systems:

*»Dass es an solcher Einsicht nicht gefehlt hat, beweisen u.a. die zuletzt [...] erscheinen Aufsätze über die Organisation der Stellenvermittlung für Akademiker, was in letzter Zeit Gegenstand des Vorschlages des Gewerkschaftsbundes wurde: [..., dass ...] Studium und Praxis keine zusammenhanglosen Lebensabschnitte bedeuten dürfen, dass aber doch beide Abschnitte in ihrem Aufgabengebiet naturgemäß eine sehr weitreichende Eigenständigkeit haben müssen [...] wir sind damit wieder bei der Frage der Vereinfachung des Übertrittes des Studierenden in das Berufsleben angelangt. Von der Wichtigkeit dieser Bestrebungen überzeugt, wird in diesen Tagen von den zuständigen Stellen (Ministerien) das Erforderliche unternommen werden, um einerseits das Verhältnis der Organisationen der studierenden Akademikerschaft zu denen der bereits berufstätigen festzulegen und andererseits geeignete Organisationen (Einrichtungen) für die Vertretung gemeinsamer Belange ins Leben zu rufen.«*⁵⁰⁸

1936 muss es eine Zeit gegeben haben, als die Hochschülerschaft selbst in Gefahr war, im Sinn einer berufsständischen Neukonzeption der Interessensvertretungen aufgelöst zu werden. In einem eigenartigen Artikel (»Zeitgemäßes zum Aufbau der Hochschülerschaft Österreichs«), der sich zunächst mit dem »Spintisieren über die Zukunft der Sachwalterschaft« beschäftigt, oder mit der Frage, ob die Sachwalterschaft der Liquidator der DSt. sei, wird dann sogar von einer möglichen Auflösung oder Rollenänderung auch der Bünde (auch – wie bereits erwähnt– des CV) gesprochen. Der Artikel ist zwar nicht namentlich gekennzeichnet. Allerdings entspricht er dem nicht immer leicht zugänglichen Schreibstil und den besonderen thematischen Anliegen Drimmels.⁵⁰⁹

»Die Ablösung der Sachwalterschaft – als gegenwärtige Trägerin studentischer Selbstverwaltung an den österreichischen Hochschulen – durch eine eigenständige und

⁵⁰⁷ ÖHZ, 1.12.1936, S. 3

⁵⁰⁸ ÖHZ, 1.12.1936, S. 3

⁵⁰⁹ ÖHZ, 1.2.1937, S. 1; alle folgenden Zitate aus diesem Artikel

körperschaftlich organisierte österreichische und vaterländische Studentenschaft ist in jüngster Zeit erneut Gegenstand verschiedener Erörterungen gewesen. Dabei war teilweise die Ansicht wahrnehmbar, als hätte die Sachwalterschaft als Liquidator der »Deutschen Studentenschaft« in Österreich ihren Zweck erfüllt und wäre es an der Zeit, an ihren geeigneten Ersatz zu denken. Über die Beschaffenheit des Ersatzes waren die Meinungen sehr geteilt.«

Im Gegensatz zu diesen Anmutungen sei die HÖ »vielmehr gestaltende Trägerin einer Neuentwicklung, deren Ziel die Neuordnung studentischen Gemeinschaftswesens an den Hochschulen – unter Berücksichtigung der inzwischen in Staat und Gesellschaft eingetretenen Umschichtungen – ist«. Von Beginn habe es die Hochschülerschaft Österreichs seit September 1933 als »ihre ureigenste Aufgabe« betrachtet, »die aufbauenden Kräfte in der Hochschülerschaft zusammenzufassen und deren Einsatz an richtiger Stelle anzubahnen [...] in Bedacht-nahme der realen Gegebenheiten«. So sei »das Weitestmögliche erreicht« worden:

*»Die **Fachschaftseinrichtung** als Zellsystem der Hochschülerschaft ist trotz aller Unkenrufe keine dürre Konstruktion, sondern lebendige Wirklichkeit geworden. [...] Wer an ihr vorübergehen zu können glaubt, setzt sich leicht dem Verdacht aus, den Gang der Entwicklung in dieser Richtung in seiner Betrachtung vernachlässigt zu haben.*

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Organisation der Hochschülerschaft Österreichs in der Einrichtung der Fachschaften – deren straffste Zusammenfassung übrigens unmittelbar bevorsteht – und in jener zur Betreuung der einzelnen Arbeitsgebiete der studentischen Selbstverwaltung (Abteilungen) zwei lebenskräftige Wurzeln zukünftiger Entwicklung besitzt, erübrigt es sich, lediglich das Verhältnis der Sachwalterschaft zu den studentischen Bünden und Verbänden einer letzten Revision zu unterziehen.

Doch auch die verschiedenen studentischen bündischen Vereinigungen, die zu dieser Zeit in Deutschland verboten wurden, verteidigte dieser Artikel. Dies galt allerdings nicht gegen jene Korporationen, in denen die Nationalsozialisten mittlerweile still die Macht übernommen hatten und dabei in Opposition zum Regime des austrofaschistischen Ständestaates, und natürlich auch zur Hochschülerschaft Österreichs standen. Doch der CV war jedenfalls eine der letzten Einrichtungen, in der nicht das Führerprinzip oder eine Herrschaft durch Ernennung durchgeführt worden war – und vor allem nach wie vor eine große Stütze der katholischen Eliten des Ständestaates, vor allem an der Universität und für die Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs:

»Hierbei sei vorweg der Grundsatz herausgestellt, dass die Sachwalterschaft wie jede Organisation der Gesamtstudentenschaft die selbständigen studentischen Verbände ohne Schaden für sich selbst niemals entbehren kann. In diesem Zusammenhang sei insbesondere die Bedeutung dieser Bünde und Verbände als Erziehungsgemeinschaften herausgestellt.

Dennoch wird es in einzelnen Fällen notwendig sein, die Gründe einer zuwartenden oder ablehnenden Haltung einzelner Bünde und Verbände zur jüngsten Entwicklung an den Hochschulen einer Untersuchung zu unterziehen und gegebenenfalls nicht

zurückzusehen, im Falle des unbefriedigenden Ergebnisses Folgerungen zu ziehen, an deren Vermeidung der Sachwalterschaft in Hinblick auf den soeben erwähnten Grundsatz vieles gelegen, deren Inangriffnahme im Interesse der Neuordnung in Hochschule, Volk und Staat aber geboten ist.

Andererseits steht es unmittelbar bevor, dass die maßgeblichen Sprecher jener Bünde und Verbände, die zum Einsatz ihrer Kräfte in den Dienst der Gesamtstudentenschaft bereit sind, in verstärktem Maße als bisher anlässlich der Willenskundgebungen der Hochschülerschaft berücksichtigt werden und in den entsprechenden beratenden und beschlussfassenden Beiräten der Sachwalterschaft mit Sitz und Stimme vertreten sind.«

Demnach sei es müßig, »Erörterungen dahingehend anzustellen, ob eine so geformte Hochschülerschaft eine österreichische oder eine vaterländische« sein solle, oder über die Zugehörigkeit der Sachwalterschaft zu grübeln. Denn die Sachwalterschaft habe sich doch eine »eindeutige Stellung« erarbeitet:

»Wenn es an der Zeit ist, letzte Hand an die Herstellung der äußeren Form dieser studentischen Gemeinschaft – denn nur das hat sich erübrigt – zu legen, ist eine Frage, die niemals aufgrund organisatorischer Erwägungen gelöst werden darf. Der umfassende und wohlgegliederte Zusammenschluss der Hochschülerschaft eines Landes war niemals Ergebnis spintisierender Betrachtungen, sondern erwuchs stets aus Bewegungen in der Studentenschaft, die stark genug waren, die Gesamtheit mit sich zu reißen. Man täuscht sich darin, wenn man glaubt, durch äußere Maßnahmen den Gang der Entwicklungen dahin zu beschleunigen. Die Studentenschaft im Deutschen Reiche, die vor kaum drei Jahren das Geschenk einer ›Verfassung‹ erhielt, ist heute erneut so weit, unter Beiseitelegung dieser eine neue Gemeinschaftsform für sich zu suchen. Ersparen wir es uns darum, die letzten Ausgliederungen der studentischen Gemeinschaft an den österreichischen Hochschulen zu erzwingen, bevor die letzten Voraussetzungen hiefür gegeben sind. [...] In einer Zeit, da die Worte ›Pflicht und Dienen‹ wieder ihren guten alten Klang bekommen haben, kommt einer so geformten Hochschülerschaft eine sehr bedeutsame Aufgabe zu: Sie bietet mit eine Voraussetzung dazu, dass der Jungakademiker seinen Pflichten gegen Hochschule, Volk und Staat gerecht werden kann!«

Wie leicht die hehren Gedanken und der gute Klang der Worte ›Pflicht und Dienen‹ missbraucht werden konnte, das zeigen wenig später viele Handlungsweisen unter dem Regime der Nationalsozialisten, die gerne auf diese Tugenden rekurrierten. Und wie sehr solche Einstellungen allerdings einem Wandel unterlegen waren, wie sehr in der Gesellschaft bereits des ausgehenden 20. Jahrhunderts neben ›Pflicht und Dienen‹ auch ›Eigenverantwortung‹ gefordert wurde, zeigte die für den ehemaligen UN-Generalsekretär und Bundespräsidenten Kurt Waldheim überraschende Reaktion auf seine Aussage, er habe im Zweiten Weltkrieg nur seine »Pflicht erfüllt«.

Einen ganz anderen Aspekt des Dienens zeigt im Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreich Alfred Twaroch in seinem Artikel über »Soziales Studententum«:

»Nur wirkliche Persönlichkeiten erzeugen eine Atmosphäre der Bildung und des Geistigen, imponieren, führen und wenden die Dinge. So ist er Diener der Gesamtheit und unentwegter Kämpfer für sie. Er muss sein Wissen, sein Können und seine ganze

Arbeitskraft anderen leihen. Um dies zu können, muss er ganzer Mensch sein. Zum ganzen Menschen gehört aber unbedingt soziales Wissen, soziales Verstehen und soziale Tat.«⁵¹⁰

Faschistische Strukturen und »nahtloser Übergang«

*»Auch war ich nicht sehr glücklich vom Übergang von einem demokratischen zu einem autoritären System und eigentlich grundsätzlich damit nicht einverstanden.«*⁵¹¹

Josef Klaus nennt mit diesem Satz einen wichtigen Grund, warum er nicht wie etwa Karl Stein oder Heinz Drimmel und auch Richard Lechner noch als Doktor nach seinem Studium im Amt geblieben ist. Diese Entwicklung hatte sich schon davor abgezeichnet. Über das allgemeine »Umbruch-Klima« im Vorfeld zur Gründung der Sachwalterschaft der Österreichischen Hochschülerschaft gibt die folgende Szene in der Klaus-Autobiographie Einblick:

*»Im Frühjahr 1933 suchte Bruno Schmitz, der Sohn des späteren Bürgermeisters Richard Schmitz, mich auf und forderte meinen Rücktritt als ›noch immer‹ demokratisch gewählten und tätigen Vorsitzenden des Katholischen Hochschulausschusses, dem CV, KV, UV, Neuland, Verein der Hochschülerinnen u. a. angehörten. Ja er verlangte sogar die Übergabe meiner Funktionen auf kürzestem Wege an ihn, den Exponenten der Ostmärkischen Sturmscharen auf den Hochschulen. [...] Gleich dem den Heimwehren angehörenden Studentenfreikorps vertraten die Sturmscharen das neue autoritäre Prinzip, das die Amtsträger nicht mehr wählen, sondern von ›Führern‹ ernennen ließ. Was meinen Rücktritt betraf, stimmte ich gerne zu. Ich stand vor den letzten Staatsprüfungen und Rigorosen und kam mir im Studentenschafts-Getriebe längst abgenützt und auswechslungsbedürftig vor. Die von Schmitz vorgeschlagene Form aber wies ich zurück. Ich war demokratisch gewählt worden [...] und, von einem ungeschriebenen Recht Gebrauch machend, einen Nachfolger vorschlagen. Ich hatte den um zwei Jahre jüngeren Heinz Drimmel in petto, der mir seit längerem gut gefallen hatte und mir geeignet schien, einmal die führende und verantwortliche Position zu übernehmen.«*⁵¹²

So kam es auch. Drimmel wurde vom Katholisch-Deutschen Hochschulausschuss gewählt und Schmitz musste sich mit dem gewählten Amt des Sportreferenten begnügen. Klaus trat allerdings noch im selben Jahr die Sachwalterschaft der HÖ an der Universität Wien an. Drimmel hingegen war wie einige seiner späteren HÖ-Mitarbeiter selbst in der Heimwehr und mit den autoritären faschistischen Strukturen bestens vertraut. Abgesehen von der Heimwehr waren auch weite Kreise der Universität vom wehrhaften deutschen Gedanken überzeugt. So ist es auch zu verstehen, dass ein Theologe als Rektor gerade im Februar 1934 eine nationale Heldengedenkfeier zelebriert:

⁵¹⁰ Twaroch (1937): Soziales Studententum, S. 41

⁵¹¹ Mitteilung von Dr. Josef Klaus

⁵¹² Klaus (1971): Macht und Ohnmacht im Staate Österreich, S. 26 f:

Rektor Tomek hielt eine Rede vor der Akademischen Wehrformation des österreichischen Heimatschutzes, des Studentenfreicorps Wien gemeinsam mit den Ostmärkischen Sturmsharen vor dem mit einem Kranz geschmückten Siegfriedskopf in der Aula des Hauptgebäudes am Ring.⁵¹³ Er spricht von der Gefahr des Bolschewismus »mit allen seinen furchtbaren Auswirkungen«. Er spricht vom Schutz »der deutschen Ostmark«, für den die Waffen des Geistes und des Schwerts zu gebrauchen sind.

Gegen wen diese Waffen eingesetzt worden sind, steht gleich auf der gegenüberliegenden Seite der Akademischen Nachrichten. Dort berichten die Studentenfreikorps:

»Die Heimatschutzstudentenschaft an den Wiener Hochschulen, militärisch organisiert im Studentenfreicorps, war am 12. Februar begeistert dem Alarmbefehl gefolgt und schon in den Abendstunden standen vier Kompagnien marschbereit. [...] kein einziger der in Wien anwesenden Kameraden fehlte. Die Feststellung dieser Tatsache allein bezeugt die Treue jedes Freicorpsmannes zur Idee und zum Führer [Ernst Rüdiger Starhemberg].«

Danach wird geschildert, wo die Studierenden überall die Sozialdemokraten bekämpften: in Steyr, Linz, Wien-Meidling, Altmannsdorf, Neu-Kagran, Ottakring, Stadlau oder Hirschstetten.

Hier tritt noch einmal das zum Faschismus gewandte Zerrbild der deutschen studentischen Tradition voll zutage: das Ideal des Schwertes, das angeblich zum Studenten gehört. Und es wurde nicht gegen den eigentlichen Feind, der vier Jahre später Österreich überrennen sollte, gewandt, sondern gegen die Sozialdemokratie, die mit dem Bolschewismus gleichgesetzt wird. Es kann also für 1934 keinesfalls bestritten werden, dass es an der Hochschülerschaft Österreichs und an den Hochschulen faschistische Tendenzen gegeben hat, zu diesem Zeitpunkt treten sie ganz offen zutage, auch wenn diese Tendenzen sich später immer mehr abschwächen werden – schon unter Drimmel, erst recht unter Lechner. Ganz verschwinden werden sie freilich nie.

Während übrigens die Heimwehrstudenten auf Starhemberg ausgerichtet waren⁵¹⁴, waren es die studierenden Mitglieder der Ostmärkischen Sturmsharen auf Schuschnigg. Dieser faschistische Einfluss äußert sich als antiliberal, national, volks(tums)verbunden und führerergläubig:

»Und so ist es auch das besondere Streben des ›Ostmärkischen Studentenbundes‹, aus den Hochschulen den liberalen Geist, der sich unter einer falschen akademischen Freiheit breit gemacht hat, zu entfernen und dahin zu wirken, dass die Hochschulen dem heimattreuen Volke erhalten bleiben. Dem Volke, in dem auch unsere Bewegung Fuß gefasst hat, wollen die Kameraden und Kameradinnen des Ostmärkischen Studentenbundes Führer sein.

⁵¹³ Akademische Nachrichten, März 1934, S. 4

⁵¹⁴ So gliederte sich das 1922 gegründete »Wiener Studentenfreikorps« sich 1930 dem »Jägerfreikorps Starhemberg« ein. Auch der HÖ-Referent für wehrstudentische Angelegenheiten, Oblt. a.D. Adolf Bulla war als ehemaliger Kampfgefährte Starhembergs dessen enger Vertrauter.

vgl. Wilschegg (1985): Die Heimwehr, S. 334

Das ›Studentenfrenkorps‹ und der ›Ostmärkische Studentenbund kämpfen weiter für das gottgewollte, freie, glückliche Österreich!«⁵¹⁵

Im November 1934 sah man es dann als notwendig an, an die Tradition der wehrhaften Studenten auch in der Vaterländischen Front zu verankern:

»Als im Laufe des letzten Jahres die Verbindung der österreichischen, freiwilligen Wehrverbände immer enger wurde, entstand im Rahmen der Vaterländischen Front die Wehrfront. [...] Sie hat die Aufgabe, die Hochschülerschaft in großem Ausmaße für den Gedanken der Wehrhaftigkeit zu interessieren und gewinnen. [...] Österreich muss wehrhaft sein, wenn es bestehen will.«⁵¹⁶

Weil Österreich im entscheidenden Moment 1938 eben nicht wehrhaft war und daher auch nicht länger bestehen blieb, war diese Militarisierung der Universitäten eigentlich sinnlos. Was an soldatischer Ausbildung für Österreich geübt wurde, wurde nun erst recht für das Deutsche Reich genutzt. Dies dient Lichtenberger-Fenz als Anlass festzustellen, dass »auch im Hochschulbereich ein nahtloser Übergang von einer faschistischen Herrschaftsform in die andere zu beobachten«⁵¹⁷ gewesen sei:

*»Den Nationalsozialismus mit seinen eigenen Waffen schlagen, der zweite deutsche Staat, wenn nicht gar die besseren Deutschen sein zu wollen, wurde zum schnellsten Weg zur Kapitulation vor dem Nationalsozialismus und zum besten für seine Vorbereitung. Das, womit die Studenten konfrontiert wurden, unterschied sich **nur graduell** von der deutschen Variante: **eine von oben eingesetzte Einparteien-Studentenvertretung und Verbot aller oppositionellen Studentenorganisationen, ein ›gesäuberter‹ Lehrkörper und ein mit paramilitärischen und ideologischen Pflichtübungen durchsetzter Betrieb**«.⁵¹⁸*

Allerdings ist der These des nahtlosen Übergangs nur bedingt zuzustimmen: Zunächst mag der Begriff »Einparteien-Studentenvertretung«, wie ihn Lichtenberger-Fenz für die Hochschülerschaft Österreichs gebraucht, für den Nationalsozialismus und Kommunismus weniger problematisch sein, im austrofaschistischen Ständestaat steht er jedoch diametral zur ständischen Ideologie: Die Studierendenfunktionäre verstanden sich nämlich nicht als Mitglieder einer Partei, im Gegenteil: Immer wieder wollten sie sich von der nationalsozialistischen Partei übernommenen Deutschen Studentenschaft und ganz grundsätzlich von der Parteienherrschaft und dem Parteienstreit abgrenzen.⁵¹⁹ Immer wieder auch wird betont, dass der Ständestaat die Überwindung des Parteienstreits bedeutete. Dies gilt ganz besonders für die

⁵¹⁵ Akademische Nachrichten, März 1934, S. 4

⁵¹⁶ Akademische Nachrichten, November 1934, S. 8

⁵¹⁷ Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 74

⁵¹⁸ Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 73f, *Hervorhebungen nicht original.*

⁵¹⁹ vgl. Akademische Nachrichten, Jänner/Feber 1935, S. 1; ÖHZ, 22.10.1937, S. 1f; 6. 12.1937, S. 5; 5.1.1938, S. 7;

Fachschaften und Fachgruppen, die ja als ein wichtiges Standbein der HÖ aufgebaut wurden und sich fachwissenschaftlichen, fachspezifischen Fragen zuwandten und ein basisnahes Service bieten wollten.

Die Hochschülerschaft Österreichs war auch keineswegs gleichgeschaltet wie Deutsche Reichsstudentenföhrung. Denn Reichsstudentenföhrer Gustav Adolf Scheel vereinigte 1936 bis 1945 in Personalunion den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund und die Deutsche Studentenschaft. Auch wenn Drimmel als Integrationsfunktionär die Heimwehr- und katholischen Strömungen zusammenfasste, so ist dieser Status nicht zu vergleichen. Denn die Sachwalterschaft war kein Parteiamt. Anders als Scheel gab Drimmel 1937 auch sein Amt an einen Nachfolger weiter, nämlich an Richard Lechner. Doch von diesem hat Lichtenberger-Fenz keine Kenntnis, behauptet sie doch, dass die Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs und der Hochschülerschaft der Universität Wien »bis 1938 Drimmel innehatte.«⁵²⁰.

Immer wieder lassen sich zudem Gegensätze zwischen Heimwehr- und katholischen Gruppen feststellen – ähnlich wie es im austrofaschistischen Ständestaat Gegensätze zwischen den christlichen Gewerkschaftsvertretern und der Heimwehr gab. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht kein Zufall, dass sich sowohl Drimmel und mehr noch Klaus nach ihrer Tätigkeit an der Hochschülerschaft mit der Arbeitnehmersvertretung befassten, Drimmel als Schulungsreferent der Vaterländischen Front und Klaus als Mitarbeiter im Gewerkschaftsbund. Jedenfalls genoss Drimmel, der sowohl im CV als auch in der Heimwehr gut verankert war, in beiden Gruppen Vertrauen.

Weiters steht das von Josef Klaus zu Beginn dieses Kapitels erwähnte ungeschriebene Gesetz dem Lichtenberger-Fenz-Postulat der »von oben eingesetzte Einparteien-Studentenvertretung« entgegen: Die Bundesminister für Unterricht haben nämlich die Vorschläge der Amtsvorgänger für die Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs stets beachtet. Unberücksichtigt bleibt bei Lichtenberger-Fenz auch, dass in der »zentralistische[n] Hochschulpolitik des Ständestaates«⁵²¹ die Akademischen Senate an den einzelnen Hochschulen in Österreich bei der Ernennung ihrer HÖ-Sachwalter ein Mitbestimmungsrecht hatten, da sie der Nominierung zustimmen mussten. Diese etwas größeren Freiräume als im nationalsozialistischen Deutschen Reich gelten auch für das Verbot oppositioneller Studierendenorganisationen: Denn einerseits konnten die national(sozialistisch)en Studenten nicht nur als Folge des Juli-Abkommens ihren Spielraum erweitern – im Gegensatz zu den sozialdemokratischen oder kommunistischen Studierenden. All diese drei Gruppen fanden andererseits Möglichkeiten, im geduldeten Vereinswesen Tarnvereine und Tarnorganisationen zu etablieren, die den Parteien zumindest nahe standen, um so gewissen Einfluss auszuüben.

⁵²⁰ Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 71

⁵²¹ Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 72

Michael Gehler merkt im Vergleich dazu an, dass die Gleichschaltung der österreichischen Universitäten »unter reichsdeutscher Anleitung in weniger als einem Semester« erfolgt sei. Die Frage, ob Österreichs Universitäten und Hochschulen Wegbereiter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft seien, wäre in diesem Sinne eher zu verneinen, zumal das Deutsche Reich ganz andere Strukturen aufbaute und nichts von den österreichischen Einrichtungen des Ständestaats übernahm. Gehler fährt fort:

*»Lichtenberger-Fenz [...] irrt, wenn sie schreibt, dass im Ständestaat alle bestehenden studentischen Vereinigungen aufgelöst und alle oppositionellen Organisationen verboten worden seien. Es markiert im Unterschied zum totalitären Dritten Reich die besondere Qualität des autoritären, aber eben nicht totalitären Ständestaates, regimefeindliche und eindeutig pronazistisch eingestellte Corps, Burschenschaften, Landsmannschaften und Sängerschaften, die als Tarnorganisationen des illegalen NS-Studentenbundes fungierten, in den Jahren 1933-1938 nicht aufgelöst zu haben. Auch für den »nationalen« Lehrkörper gab es in dieser Zeit andere »Überlebensmöglichkeiten« als für die »vaterländischen« Professoren nach dem »Anschluss«.*⁵²²

Wenn Georg Hans Schmit (2009)⁵²³ feststellt, dass sich die christliche Arbeiterbewegung als loyale Opposition empfunden hat, so kann dies zu einem gewissen Ausmaß, und vor allem in der Ära Lechner, auch für die Hochschülerschaft Österreichs gelten. Immerhin gelang es, sogar bereits beschlossene gesetzliche Bestimmungen zur Verlängerung der Ausbildungszeiten, begleitet von Streiks auch der illegalen Opposition, wieder rückgängig zu machen.

Ähnlich wie die Arbeitnehmervertreter »in einigen Bereichen [...] – unter Beachtung der Systemgrenzen – ein verstärktes Mitbestimmungsrecht sowie die Umsetzung sozialpolitischer Forderungen durchsetzen« und sich dabei »weder offen gegen die neue Verfassung noch gegen das damit begründete System« stellen wollten, sondern vielmehr »eine Umgestaltung des austrofaschistischen Ständestaates von innen her« versuchten,⁵²⁴ verstanden auch die Studierendenvertreter ihre Aufgabe:

Im Wintersemester 1937/38 schreibt der HÖ-Sachwalter Richard Lechner über den »Fachgruppenbeirat« eine Art Jahrgangsvertretung der Studierenden einer Fakultät, für die auch eine Wahl angedacht wird. Dabei hatten »die einzelnen Jahrgangs- bzw. Semestervertreter [...] die Aufgabe, im Rahmen des Beirates die Wünsche, Sorgen und Beschwerden ihres Jahrganges bzw. Semesters der Fachgruppenleitung bekanntzugeben« und zeigt sich, unter gewissen Bedingungen für »konstruktive« Kritik durchaus aufgeschlossen:⁵²⁵

⁵²² Michael **Gehler**: Neuere Literatur zur Geschichte der Universitäten, Wissenschaften, Studenten und Korporationen in Deutschland und Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1918-1945. In: Archiv für Sozialgeschichte (34/1994), S. 300-332; S. 305

⁵²³ Schmit (2009): Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung, S. 84f

⁵²⁴ Schmit (2009): Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung, S. 85

⁵²⁵ ÖHZ, 22.10.1937, S. 1f

»Wir sind auch für jede sachliche Kritik zu haben, soweit - und, das sei betont - sie aufbauend ist. Für destruktive Bestrebungen und Kriterien haben wir allerdings nichts übrig, da man die große Aufbauarbeit, die notwendig war, um der Hochschülerschaft Österreichs das heutige Antlitz zu geben, nicht alten demokratischen Überlieferungen gemäß niedertreten lassen wird! Daher muss jeder, der glaubt, das Recht zur Kritik zu haben, wieder voll und ganz die Gemeinschaft, ihr Wohl und Wehe vor Augen haben.«⁵²⁶

Diese Stellungnahme weist Ähnlichkeiten zum Befund Schmits auf, der die Kritikmöglichkeiten in der ›Sozialen Arbeitsgemeinschaft‹ untersucht:

Auf der einen Seite bemühte man sich, festzuhalten, dass das Recht auf Kritik durch das Recht auf freie Meinungsäußerung im austrofaschistischen Ständestaat durchaus gewahrt war. [...] Weiters war Kritik an das Prinzip der Sachlichkeit und das Wohl des Staates gebunden.«⁵²⁷

Auch was den »nahtlosen Übergang« durch einen ›gesäuberten‹ Lehrkörper betrifft, so gibt es hier nicht zu vergleichende Unterschiede sowohl in der Zahl als auch in der Qualität: Denn es ist ein Unterschied, ob etwa 1933 Wenzel Gleispach als Anhänger des Nationalsozialismus, dessen Studentenordnung Lichtenberger-Fenz ja selbst mit den Begriffen »verdeckter Rassenantisemitismus« und »Weg in den Faschismus« versah,⁵²⁸ mit Hilfe des Beamtenabbaugesetzes relegiert wird, oder 1938 beispielsweise Charlotte Bühler aus rassistischen Gründen (und wohl auch aus politischen wie ihr Mann Karl Bühler) enthoben wurde und in die USA emigrieren musste, wo sie ihre wissenschaftliche Laufbahn fortsetzte. Es ist erst recht ein Unterschied etwa zum Professor für Neurologie an der Medizinischen Fakultät der Universität Wien, Alexander Spitzer⁵²⁹, der aus rassistischen Gründen 1938 seines Amtes enthoben und 1943 im Konzentrationslager Theresienstadt getötet wurde.

Wenn nun vom austrofaschistischen Ständestaat zwei liberale und ein sozialdemokratischer Professor zurückgestellt wurden, so war dies ungerechtfertigter Machtmissbrauch, zumal, wie Gleispach selbst im Akademischen Senat sarkastisch angemerkt hatte, der Schein der Legitimität durch das 1781 datierende Pensionsnormale und auf alte Hofkanzlei- und Hofdekrete gestützt werden sollte.⁵³⁰ Wenn jedoch noch weitere zehn Professoren – unter ihnen Gleispach selbst und auch Hugelmann – zwangspensioniert wurden, die offen für den Nationalsozialismus und den sofortigen Anschluss an Hitlerdeutschland oder für rassistische Prinzipien eintraten,⁵³¹ gab es dafür weit plausiblere Gründe. Auch heute müssen Universitätslehrer, die offen den Anschluss

⁵²⁶ ÖHZ, 22.10.1937, S. 1

⁵²⁷ Schmit (2009): Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung, S. 73f

⁵²⁸ Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 8

⁵²⁹ vgl. Herbert Posch: Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938. Wien 2009, online unter <http://gedenkbuch.univie.ac.at> (4.7.2009)

⁵³⁰ UAW, S. Z. 145 aus 1933/34: Protokoll der ao. Rektorenkonferenz vom 6.10.1933; S. 5

⁵³¹ Posch (2008): Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938, S. 96

Österreichs an Deutschland fordern, sich zum Nationalsozialismus bekennen oder für eine Diskriminierung von jüdischen Universitätsmitgliedern eintreten, mit disziplinarrechtlichen Schritten und mit Relegation rechnen. Daher sind diese Pensionierungen in keiner Weise mit den Zwangsmaßnahmen der Nationalsozialisten vergleichbar.

Zudem stehen die Zahlen in keinem Vergleich zu den Vorgängen der Nationalsozialisten nach dem Anschluss: »1938 wurden an der Universität Wien im Zuge der nationalsozialistischen Neuorganisation der Universität rund 350 Lehrende [...] verfolgt und vertrieben, davon über 200 aus ›rassischen‹ und rund 130 auch aus ›politischen‹ Gründen.«⁵³² Wie auch Lichtenberger-Fenz selbst beschreibt, wurde im Schnitt »an der Universität Wien die Hälfte des Lehrkörpers entlassen«⁵³³

In diesem Sinn ist es nicht nur ungenau, eine Kontinuität der beiden faschistischen Systeme im ›gesäuberten‹ Lehrkörper zu konstatieren und von »nur graduellen« Unterschieden zu sprechen: Vor allem verwischt dieser Befund die Unterschiede und somit die unvergleichbare menschenverachtende Vertreibungswelle der Nationalsozialisten – aus politischen, insbesondere aber aus rassistischen Gründen, die ihre Wurzeln ja schon im Antisemitismus der 1933 in Österreich aufgelösten Deutschen Studentenschaft hatte.

Auch in ihrer Formulierung vom »mit paramilitärischen und ideologischen Pflichtübungen durchsetzter Betrieb« übertreibt Lichtenberger-Fenz die eigentlichen Fakten: Denn die Anzahl jener »ideologischen« Pflichtvorlesungen, die den Studienbetrieb der vielen hunderten anderen Lehrveranstaltungen der Universität Wien »durchsetzten«, betrug *zwei*⁵³⁴. Und paramilitärische Einrichtungen gab es längst seit der Zeit der Deutschen Studentenschaft: An der Universität Wien beispielsweise wurde bereits 1926, ähnlich wie an anderen Universitäten, eine Schießstätte im Keller eingerichtet und seit 1928 gab es dort Universitätslager. Die Schießstätte wurde 1933 nur vorübergehend geschlossen. Auch die Hochschullager konnten den Lehrbetrieb der Universitäten nur schwerlich »durchsetzen«, denn sie fanden laut § 7 des Hochschulerziehungsgesetzes außerhalb des Studienjahres »in den Sommermonaten ohne Beeinträchtigung des wissenschaftlichen Hochschulbetriebes« statt. Es ist also in vielerlei Hinsicht problematisch, pauschal eine Nahtlosigkeit von einem Faschismus zum anderen zu postulieren, wenn dadurch die Unterschiede und jeweiligen Charakteristika nicht berücksichtigt werden.

⁵³² vgl. Einrichtung eines »Gedenkbuches für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938« am 30. Juni 2009, insbesondere das Kapitel »Vertriebene Lehrende und Forschende«, *online unter* <http://gedenkbuch.univie.ac.at/index.php?id=429#c1987> (4.7.2009)

⁵³³ Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 4

⁵³⁴ So wurde etwa im Wintersemester 1937/38 je eine von August Maria Knoll »Zur weltanschaulichen und staatsbürgerlichen Erziehung« und eine von Heinrich Kretschmayr »über die ideellen und geschichtlichen Grundlagen des österreichischen Staates« gehalten.

vgl. Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38 – Universität Wien. Wien 1937, S. 5

Nahtlosigkeit hat jedoch immer auch etwas mit dem Standpunkt der jeweiligen Betrachter zu tun. Sozialdemokratische Studierende konnten sehr wohl Kontinuitäten vor und nach 1938 wahrnehmen: Sie wurden während des austrofaschistischen Ständestaats verboten und in die Illegalität gedrängt, was sich nach 1938 unter nationalsozialistischer Herrschaft fortsetzte. Zweifellos aber hatten sich die Mittel, wie sie verfolgt wurden, geändert.

Für jüdische Studierende war dies hingegen ganz anders: Nach 1933 besserten sich die Bedingungen leicht, auch wenn es immer noch Diskriminierungen gab – zumindest hörten die national(sozialistisch)en Prügelexzesse auf. Ab 1938 jedoch wurden die jüdischen Studierenden und Professoren aus rassistischen Gründen vertrieben und viele in Konzentrationslagern getötet. Die nationalsozialistische Führung der Deutschen Studentenschaft und die antisemitischen Exzesse setzten also nach 1938 noch brutaler dort fort, wo sie 1933 unterbrochen worden waren. Es gab notabene wesentlich mehr Kontinuitäten der nationalsozialistischen Studentenschaft zur bei ihrer Auflösung bereits unter nationalsozialistischem Einfluss stehenden Deutschen Studentenschaft als zur Hochschülerschaft Österreichs. Die Deutsche Studentenschaft wurde ja in Österreich formell 1938 wieder eingerichtet.

Wohl gab es aber auch einige Kontinuitäten zwischen der Deutschen Studentenschaft und der Hochschülerschaft Österreichs. Die paramilitärischen Gepflogenheiten waren eine solche, das Bekenntnis zur deutschen Nation trotz Forcierung des Österreich-Gedankens eine andere. Beides wurde nach 1945 nicht mehr fortgesetzt.

Österreich

Thema dieses Kapitels ist das Bild Österreichs, wie es im Umfeld der Hochschülerschaft Österreichs und vor allem in deren Publikationen vermittelt wurde. Wie bereits mehrfach beschrieben, ist von 1933 bis 1938 immer wieder eine prekäre Diskrepanz zwischen der Forcierung des Österreich-Gedankens und dem gleichzeitigen Festhalten an Österreich als Teil der Deutschen Nation festzustellen. Damit war im Versuch der Abwehr gegen eine nationalsozialistisch-deutsche Hegemonie der Keim des Scheiterns von Anfang an inhärent.

Dollfuß' und Schuschniggs Abkehr vom Anschluss an Deutschland

Sowohl Justizminister Kurt Schuschnigg als auch Kanzler Engelbert Dollfuß waren zur Zeit der Machtübernahme Hitlers auf großdeutschem Kurs. Noch im April sandte Schuschnigg einen »blumigen Ostergruß« nach Deutschland, in dem er »gemeinsam mit dem großen Reich und allen Auslandsdeutschen« die Vision eines gemeinsamen Neubaus in Mitteleuropa erhoffte.⁵³⁵

⁵³⁵ Franz **Müller**: Gemeinsam oder getrennt zum »Neubau in Mitteleuropa«? Das »Dritte Reich« im Kampf gegen den »Ständestaat«. In: Michael Gehler/Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger: Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung.

Gerade Engelbert Dollfuß war ja dem prononciert deutschnationalen Lager bereits seit seiner Studentenzeit aufgeschlossen⁵³⁶ – bald auch als Mitglied der klandestinen und nicht unbedeutenden »Deutschen Gemeinschaft« (DG), einer Plattform katholischer und deutschnationaler Politiker im Geiste des Antimarxismus, in der unter vielen anderen auch Othmar Spann und Arthur Seyss-Inquart einflussreiche Mitglieder waren.⁵³⁷

Ernst Karl Winter, der ja Dollfuß durch den Ersten Weltkrieg kameradschaftlich verbunden war, notiert über die deutschnationalen Avancen des jungen Studentenvertreters Dollfuß kurz nach dem Ersten Weltkrieg:

*»Dollfuß arbeitete in der (wie mir immer und auch ihm später wieder verderblich genug erscheinenden) ›Deutschen Studentenschaft‹ mit den deutschnationalen Burschenschaftlern zusammen und hatte sich im Zuge der Zeit zu einem glühenden Großdeutschen entwickelt – ich war aber gegen nichts mit leidenschaftlicherer Abneigung eingestellt, als gegen den beabsichtigten Anschluss«.*⁵³⁸

Am deutlichsten trat der Unterschied zwischen Winter und Dollfuß bei der 51. Cartellversammlung in Regensburg zutage: Dort forderte Dollfuß 1920 den Arierparagraphen im CV, Winter war dagegen. Der Arierparagraph kam schließlich nicht zustande. Und auch bei der abschließenden Haydn-Hymne sangen beide unterschiedliche Versionen, wie Winter notiert:

*»Am Schlusskommers in Regensburg saßen Dollfuß und ich einander gegenüber. Ich erinnere mich, dass er über mich wild war, weil ich sein begeistertes ›Deutschland, Deutschland über alles‹ mit den um nichts weniger leidenschaftlich gesungenen Worten des alten ›Gott erhalte‹ störte, was er mir lange nachgetragen hat.«*⁵³⁹

Es war Adolf Hitler, der Engelbert Dollfuß zu einem Richtungswechsel zwang: Als Dollfuß nach dem Machtantritt Hitlers ein Zusammengehen mit Deutschland anregte, indem Deutschland statt Frankreich als Kreditgeber hätte einspringen können – statt der Lausanner Anleihe, die wieder das Anschlussverbot bekräftigte – fand man im deutschen Vizekanzler Van Papen schnell einen willigen Vermittler. Doch Hitler lehnte das überraschend brüsk ab. Zwar stehe er dem Vorschlag positiv gegenüber, aber:

»Verhandlungen mit Dollfuß müsse er völlig ablehnen. Statt dessen stellte Hitler die kühne Forderung auf, Dollfuß [...] müsse zurücktreten und einem Übergangskabinett Platz machen, dessen erste und einzige Aufgabe es sei, Wahlen auszuschreiben, auf deren

Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1996 (=HMRG Beiheft 15) S. 481-496; S. 481

⁵³⁶ Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 143

⁵³⁷ vgl. Rosar (1971): Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluss. ; v.a. S. 29-37

⁵³⁸ zitiert nach Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 56

⁵³⁹ Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 59

Grundlage dann eine neue, nunmehr vom Volk legitimierte Regierung als Verhandlungspartner auftreten könne.»⁵⁴⁰

Was Hitler anstrebte, war auch in der DÖTZ Anfang 1933 deutlich zu lesen: Triumphal feierte man dort Sieg um Sieg der Nationalsozialisten und verhöhnte die anderen Parteien, insbesondere die Christlichsozialen, deren baldige Niederlage auch österreichweit erwartet wurde. Und erst danach entwickelte Dollfuß sein österreichpatriotisches Gebilde des »Ständestaats« in strategisch enger Anlehnung an Italien, das die Heimwehrfaschisten in Österreich förderte.

Wie bereits gezeigt, hatten die österreichischen Universitäten eine jahrzehntelange Tradition des Deutschnationalismus. So wurde nun im Gegensatz dazu der Österreichgedanke immer wieder publizistisch in Artikeln der Hochschülerschaft forciert.

»Österreich und der Anschluss« (Feber 1934)

Gleich in der ersten Ausgabe der ›Akademischen Nachrichten‹ werden im Artikel »Österreich und der Anschluss« von Pius Michael Prutscher (1913 - 1995)⁵⁴¹ österreichische und deutsche (preußische) Gegensätze gegenüber gestellt. Zunächst nimmt Prutscher in der Einleitung indirekt auf die großdeutsche Begeisterung Bezug – und auf jene Bedeutung Österreichs, die alleine aus der Geschichte argumentiert wird. Prutscher geht noch einmal auf die verbreiteten Zweifel der Lebensfähigkeit des kleinen Österreichs ein. Dabei soll die Jugend fast in missionarischer Absicht zum Österreichertum bekehrt werden:

»Eine Idee, eine Aufgabe aber, die wenn auch schon Jahrhunderte bestehend, neu hervortritt, muss vor allem die Jugend erfassen. Denn alle jene, die ein halbes Leben einer anderen Überzeugung gehuldigt haben, können sich sehr wohl zu einer anderen Anschauung bekehren, ihre Erfahrungen in den Dienst der Sache stellen, aber der Schwung, der Berge versetzende Glaube an eine Sache, kann nur von der Jugend ausgehen, die neue Ideale zu verwirklichen trachtet. Bei aller Achtung und Liebe, die selbst die Jugend heute für die Tradition hegt, kann die Vergangenheit allein kein Ideal bilden, liegt es doch im Wesen der Jugend, in die Zukunft zu schauen. Daher hat es ein beliebtes und auch wirksames Werbemittel unserer Gegner gebildet zu sagen, dass die österreichische Sendung wohl eine große Geschichte habe, aber keine Zukunft besitzt.«⁵⁴²

Nun wird der Artikel »Zuletzt wird doch Österreich sein« (erschieden im »christlichen Ständestaat« 1/4) von Leo Octavio Wildner, dem späteren Leiter der Abteilung Auslandsdienst

⁵⁴⁰ Müller (1996): Gemeinsam oder getrennt zum »Neubau in Mitteleuropa«? Das »Dritte Reich« im Kampf gegen den »Ständestaat«, S. 483

⁵⁴¹ Pius Michael Prutscher studierte 1934 an der Hochschule für Welthandel und wurde im selben Jahr Diplomkaufmann. 1936 wurde er Doktor der Rechte, 1937 Doktor der Handelswissenschaften. Außerdem legte er im selben Jahr die Tischler-Gesellenprüfung ab, 1940 dann die Meisterprüfung. 1945 wurde er Wiener Innungsmeister und war als ÖVP-Kommunalpolitiker in Wien tätig.

⁵⁴² Akademische Nachrichten, Feber 1934, S. 3

der Hochschülerschaft Österreichs und der Leitartikel der Neuen Zeitung vom 23.12.1933 eines »in Wien studierenden Preußen« gegenübergestellt.

Mit Wildner resümiert der Autor, dass jeder, der seine Ordnung in Mitteleuropa durchsetzen wollte, deshalb auch Österreich besitzen wollte. All diese Versuche seien jedoch an Österreich gescheitert. Lange Zeit habe dieses anschließend »seine Aufgabe erfüllt«, bis es »preußische Eigensucht« aus dem deutschen Reich gedrängt habe. Den Untergang Österreich-Ungarns schreibt der Autor dem Deutschnationalismus zu:

»Dann kam der Zusammenbruch, eine Folge davon, dass Österreich selbst seine Aufgabe nicht mehr begriff. Denn bei der deutschen Bevölkerung Österreichs, die Träger[in] der Idee, d.h. des wahren deutschen Reichsgedankens hätte sein sollen, überwog die preußische Ideologie, die für die großen und wichtigen Aufgaben Österreichs nicht mehr das richtige Verständnis aufbrachte.«

Dieses »richtige Verständnis« wäre für Prutscher ein ausgleichendes gewesen: Damit schreibt er gegen jenen Deutschnationalismus an, der sich als etwas Besseres dünkte und so in Gegensatz zu anderen Nationen geriet – während die österreichische Einstellung »jedem Chauvinismus abhold« gewesen sei, mit dem Grundsatz: »Leben und leben lassen.« Am Beispiel Polens, so der Autor Prutscher, könne der Gegensatz des Fanatismus und des Vertrauens sowie der »Achtung der umwohnenden Völker« als ein Schulbeispiel betrachtet werden: So sei in den ehemals preußischen Teilen die deutsche Sprache verpönt, während in den österreichischen Teilen »Deutsch neben Französisch [als] die Sprache des gebildeten Volkes« gesprochen werde und Österreicher »überall gerne gesehen« seien.⁵⁴³

Im Artikel des deutschen Kollegen verurteilt Prutscher die Forderung, dass nach der Einkreisungspolitik Frankreichs gegen Deutschland und Österreich das Deutsche Reich Zugang zum agrarischen Südeuropa und daher »freie Hand« gegenüber Österreich brauche, also auch den Anschluss wollte. »Bloß«, merkt Prutscher an, »dass die Stellung, die man hiebei Österreich zgedacht hat, ›das freie Hand lassen‹ gegenüber einem anderen deutschen Stamm, seltsam für eine in Wien erscheinende Zeitung anmutet.«

Die Schaffung eines großen Wirtschaftsgebietes sollte also nicht »als wirtschaftliche Eroberung« stattfinden – und auch ohne »Gleichschaltung« durch das »Deutschtum«:

»Es geht darum, ob man mit Verständnis und Achtung vor der Eigenvolklichkeit der Randvölker diese mit der deutschen Kultur vertraut macht, oder ob ein von Berlin aus ernannter Landesinspekteur mechanisch ›germanisieren‹ will und das Deutschtum im Südosten genauso verhasst macht, wie es als Preußentum in der ganzen übrigen Welt schon ist.«

Prutscher schließt daraus, dass zunächst einmal Österreich im eigenen Hause Ordnung machen, sich weiterhin »unabhängig erhalten« und seine »eigene österreichische und darum deutsche

⁵⁴³Akademische Nachrichten, Feber 1934, S. 3

Politik machen« müsse. Dies heiße keineswegs, »dass Österreich sich nunmehr auf immer vom Reiche trennen wolle oder gar verschweizern werde«. ⁵⁴⁴

Dieser Schluss ist etwas verwirrend, weil er der gesamten oberen Argumentation widerspricht. Es ist genau jene schon oft beobachtete Gespaltenheit, die den Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten schwächt. Sollte allerdings eine Hegemonie Österreichs über Deutschland wie einst, als schlüssige Lösung, angedacht gewesen sein, so hat der Autor hier, das – zugegeben – noch junge nationalsozialistische Regime in Deutschland gründlich unterschätzt, wenn er fortsetzt:

»Bis dahin werden wir dem deutschen Volk im Reiche treue Bundesgenossen sein, allüberall wo der Schandfrieden von Versailles und St. Germain ihm und uns unerträgliche Fesseln auferlegt. Wir wollen die im Weltkrieg mit unserem eigenen Verderben bezahlte Nibelungentreue weitererkennen.« ⁵⁴⁵

Dieser Satz passt überhaupt nicht zur Argumentation davor, klingt aber wie vieles andere prophetisch und nimmt auch die spätere österreichische Politik Schuschnigg vorweg, die durch die Anlehnung an Deutschland und der mangelnden Suche nach anderen Verbündeten geradewegs in die Auslöschung des Staates Österreich durch den Anschluss führte, genau das, was der Autor doch augenscheinlich verhindern wollte.

»Österreichs deutsche Sendung« (März 1934)

Auch in der nächsten Ausgabe der Akademischen Nachrichten ⁵⁴⁶ wird dieses Thema nochmals behandelt. Im Leitartikel fordert der ehemalige Außenminister Heinrich Mataja ⁵⁴⁷ (1877-1937), eine Abgrenzung zur Politik Hitlers im Deutschen Reich:

⁵⁴⁴ Akademische Nachrichten, Feber 1934, S. 4

⁵⁴⁵ Akademische Nachrichten, Feber 1934, S. 4

⁵⁴⁶ Akademische Nachrichten, März -April 1934, S. 1

⁵⁴⁷ Heinrich Mataja war Politiker der Christlichsozialen Partei, schon im Reichsrat, in der konstituierenden Nationalversammlung und im Nationalrat. Er war Außenminister von 1924 bis 1926. Als Mitglied der Burschenschaft Olympia trat er wegen einer Meinungsverschiedenheit 1900 kurzzeitig aus und dann wieder ein. Diese Mitgliedschaft ist für einen christlichsozialen Politiker ungewöhnlich, weist aber darauf hin, dass es einerseits CS-Politiker gab, die in Burschenschaften waren, und andererseits, dass die Olympia noch keineswegs einen derart radikalen Kurs verfolgte wie in der Zweiten Republik. So verhandelte Otto Berger von der Olympia 1919 gemeinsam mit dem damaligen Rektor Becke mit kommunistischen Studenten und Soldaten und verhinderte auf dem Verhandlungsweg durch umsichtiges Verhalten eine bewaffnete Auseinandersetzung auf Universitätsboden. Auch hielt sich die Olympia ab 1923 nicht mehr an die Waidhofener Beschlüsse und erklärte Juden wieder für satisfaktionsfähig. 1929 traten die Olympier auch der Heimwehr bei und waren Mitglieder der Studenten-Freicorps. Obwohl die österreichischen Burschenschaften 1933 die Burschenschaften Österreichs aus der Deutschen Burschenschaft ausschieden, orientierten sie sich seitdem am nationalsozialistischen Deutschland. Sichtbarer Ausdruck dessen ist die Einführung des »Führerprinzips« und die Rückkehr zu den Waidhofener Beschlüsse durch die Olympia 1934.

»[...] Unsere Politik ist Verständigungspolitik, die des Nationalsozialismus: Machtpolitik. Beide stimmen überein, dass dem deutschen Volke schweres Unrecht geschehen ist, aber sie unterscheiden sich in der Auswahl der Methoden, mit denen die Gutmachung dieses Unrechts angestrebt werden soll.«

Während im Deutschen Reich die militärische Rüstung im Mittelpunkt stehe, vertrete Österreich »Verständigungspolitik« deshalb werde »es keinen Anschluss und keine Gleichschaltung« geben. Mataja konstatiert mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund eine Isolierung und analysiert die Haltung der Nationalsozialisten als eine Folge von Demütigungen, angefangen vom »Friedensdiktat von Versailles« bis zur Ruhrbesetzung.

»Der Nationalsozialismus sagt nun: ›Warum können sich die anderen europäischen Nationen sich das uns gegenüber herausnehmen? Weil sie militärisch gerüstet sind und weil unsere Rüstung zerbrochen wurde. In dem Augenblick, in dem wir wieder gerüstet sein werden, wenn die deutsche Armee wieder die Bedeutung haben wird wie vor dem Krieg, wird der alte Respekt wieder da sein und niemand wird uns die Gleichstellung verweigern.«⁵⁴⁸

Mataja ist 1934 überzeugt, dass selbst bei einem besseren militärischen Zustand Deutschland der bestehenden »Weltkoalition« nicht gewachsen wäre.

Zwar habe er »in der österreichischen Unabhängigkeit niemals eine apriorische Formel erblickt«, »und die Artverschiedenheit der Österreicher und der Norddeutschen würde mir als kein zureichender Grund erscheinen«, doch die im Friedensvertrag von St. Germain enthaltene Unabhängigkeit Österreichs »ist für uns ein Vorteil, aber keine Legitimation«⁵⁴⁹ Mataja geht dann noch einen Schritt weiter und sieht in dieser Unabhängigkeit sogar eine gesamtdeutsche Notwendigkeit:

*»Wir bekennen uns zum Volke der Dichter und Denker. Das können wir nur, wenn wir denken dürfen, was **wir** wollen!«⁵⁵⁰*

Mit seinem Abschluss-Statement weist Mataja bereits in die Richtung Österreichs als besserer Deutscher Staat und beschwört Uhlands Aussage in der Paulskirche 1848:

»Österreich ist nicht nur die Laterne des Ostens, es ist auch die Pulsader am Herzen des deutschen Volkes.«

Vgl.: Helge **Dvorak**: Olympien-Chronik. 1859 bis heute; online unter http://web.archive.org/web/20050923200328/http://olympia.burschenschaft.at/chronik_text.html (15.2.2009)

⁵⁴⁸ Akademische Nachrichten, März -April 1934, S. 1

⁵⁴⁹ Akademische Nachrichten, März -April 1934, S. 1f

⁵⁵⁰ Akademische Nachrichten, März -April 1934, S. 2; Hervorhebung original.

»Juli 1914/1934/1936. Die Frage ›Nation und Staat in Österreich« (Dezember 1936)

Wenn »August Knoll (Privatdozent)« in der Österreichischen Hochschulzeitung schreibt,⁵⁵¹ dann tut er das nicht nur als Universitätslehrer, sondern auch als Vortragender der staatsbürgerlichen Pflichtvorlesungen und gleichzeitig auch als Leiter der der HÖ beigeordneten Abteilung 1 für Schulungswesen. Vom früheren Nahverhältnis zu Ernst Karl Winter und den Legitimisten hatte er sich bereits, wie es Hold-Ferneck verlangt hatte, losgesagt und konnte mit der angestrebten Dozentur seiner Familie ein Auskommen sichern. Mehr noch: Als Winter fortfuhr, gegen den Deutschnationalismus aufzutreten und er auch einen Abwehrkampf mit Hilfe der Kommunisten andachte, schrieb Knoll gegen seinen ehemaligen Freund den Leitartikel in der Reichspost, was einer der Anlässe war, dass Winter seinen Posten als Dritter Wiener Vizebürgermeister verlor:

*»Es wird auf die Dauer unerträglich und unmöglich sein, unbedachte Jungen zu verhaften, die illegale Zettel streuen, wenn der Dritte Vizebürgermeister der Stadt Wien offen für den Bolschewismus Propaganda machen und gegen die christlichen und deutschen Grundlagen dieses Staates hetzen darf.«*⁵⁵²

Anders als Winter, der als strikter Legitimist Seipel als den »Hauptverräter der Vergangenheit«⁵⁵³ sah, näherte sich Knoll der Persönlichkeit Seipels positiv an. In der Österreichischen Hochschulzeitung bezieht er sich nun auch zunächst auf Seipel:

*»Die Nation – eine kulturelle, der Staat – eine politische Schicksalsgemeinschaft! Beide, Nation und Staat, in einer nationalstaatlichen Einheit vermählt, seien wert, so Seipel, angestrebt zu werden.«*⁵⁵⁴

Nach Knoll »schlussfolgert der große Staatsmann«, es folge aus dieser Erkenntnis jedoch nicht, dass der österreichische Patriotismus ein österreichischer Nationalismus sei. Vielmehr müsse man guter Deutscher, guter Magyar, guter Kroatte usw. sein, um auch guter Österreicher sein zu können und umgekehrt.«⁵⁵⁵

Schon in der »historisch-soziologischen Studie« ›Von Seipel zu Dollfuß‹ hatte Knoll 1934 in Seipels Unterstützung der Heimwehr und der Stände-Idee mit antiparlamentarischen Tendenzen eine Brücke zu Dollfuß gesehen – zumal dieser mit dem »Gedanken einer überparlamentarischen Autorität« eine »Auflösung der Zweiklassegesellschaft durch eine Ständeordnung« im Sinne von ›Quadragesimo Anno‹ zu Ziel gehabt habe und auch »in der Verfassungsreform von

⁵⁵¹ ÖHZ, 1.12.1936, S. 1

⁵⁵² Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 177

⁵⁵³ Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 67

⁵⁵⁴ ÖHZ, 1.12.1936, S. 1

⁵⁵⁵ ÖHZ, 1.12.1936, S. 1

1929 unterzubringen« vermochte.⁵⁵⁶ Diesem »letzten Ziel« von »Quadragesimo Anno« durch das Wort des Papstes habe sich Seipel auch als Kleriker besonders verpflichtet gefühlt. Knoll bekräftigt dies in der oben erwähnten »historisch-soziologischen Studie« bildreich mit der »letzten Freude« am Totenbett des Altkanzlers Seipel über den Ausgang der Lausanner Konferenz während eines Besuchs von Kanzler Dollfuß. Dramaturgisch gibt Knoll durch zweimalige Erwähnung der »letzten Freude« Seipels mit dessen Ausspruch »Die Welt wird gesund!« einen Rahmen für »das Zeugnis Seipels für Dollfuß«: Seipel »- dem Tode nahe - mag in jener historischen Stunde Dollfuß als seinen Erben und Statthalter erkannt haben«.⁵⁵⁷

Heute würden solch emotional aufgeladene Bilder, wie sie in mittelalterlichen Hagiographien ihren Platz hätten, in einer »historisch-soziologischen Studie« vermutlich unterbleiben. Bundeskanzler und Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg nahm 1935 gerne dieses Bild im Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs auf:

»Schmerzlich erinnern wir uns daran, wie es die politischen Verhältnisse des wahrhaft zum Führertum berufenen Gestalt des Ignaz Seipel verwehrt haben, das Land, das er angekündigt und für das er gekämpft hat, zu betreten. Dollfuß war zum Vollstrecker seines Testaments ausersehen.«⁵⁵⁸

Eine Kontinuität zu Seipel postuliert Knoll nun auch im Artikel der Österreichischen Hochschulzeitung 1936 über die Frage von »Nation und Staat in Österreich«. Denn auch Dollfuß habe gefordert:

»Wir in Österreich haben immer die Aufgabe gehabt und haben uns dazu gewissermaßen die Eignung verschafft, zwischen den einzelnen Nationen ein Verbindungsglied zu sein, Brücke zu sein, und wir haben diese Vermittlungstätigkeit zwischen den Nationen als deutscher Staat zu erfüllen.«⁵⁵⁹

Österreich zwar als deutscher Staat, aber als Brücke und Vermittler zwischen den verschiedenen Nationen? Es scheint nur ein kleiner Schritt von dieser Idee der Vermittlungstätigkeit zwischen den Nationen zur Neutralitätspolitik der Zweiten Republik zu sein. Tatsächlich aber hätten sich Dollfuß oder Knoll 1936 kaum vorstellen können, dass das kleine Österreich 20 Jahre später sehr wohl ein österreichisches Nationalbewusstsein⁵⁶⁰ haben würde und durch seine Neutralitätspolitik im Kalten Krieg Verbindungsglied und Brücke zwischen den Völkern, vor

⁵⁵⁶ August Maria **Knoll**: Von Seipel zu Dollfuß. Eine historisch-soziologische Studie. Wien 1934; S. 10

⁵⁵⁷ Knoll (1934): Von Seipel zu Dollfuß, S. 11

⁵⁵⁸ Kurt **Schuschnigg**: Jugend und Staat: In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1936. Wien 1935.

⁵⁵⁹ ÖHZ, 1.12.1936, S. 1

⁵⁶⁰ So spricht Bundeskanzler Julius Raab anlässlich der Beschlussfassung des Neutralitätsgesetzes 1955 bereits vom »österreichischen Nationalbewusstsein«.

Zitiert aus: Gottfried Franz **Litschauer**/Walter **Jambor**: Österreichische Geschichte. Wien 1970; S. 415f (Walter Jambor war nach 1945 in der ÖH Funktionär der christlichen Studentenfraktion FÖST und hat sich später für den Begriff der Österreichischen Nation und den Staatsfeiertag eingesetzt)

allem den zwei »Supermächten« sein würde. Stattdessen klingt in Knolls Artikel als Schlussfolgerung eine sehr zeitgeistige Märtyrerverehrung für den »verewigten« Kanzler Dollfuß durch, die heute auch inhaltlich nur noch schwer nachvollzogen werden kann: »Der Kanzler ist, als er für Österreich starb, auch für Deutschland gestorben!«

Martin Auer zeigt im Umfeld von August Maria Knoll, dass das Jahr 1933, das für andere wie etwa Kommunisten, Sozialdemokraten und auch Nationalsozialisten einen tiefen, existenzverändernden Einschnitt brachte, für viele Menschen »grundsätzlich katholischer Weltgesinnung« jedoch einen »nahtlosen Umbruch« bedeutete.

»Tief beeinflusst von den ständischen Theorien der Sozialromantik und der Vogelsangschule, beseelt von der Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden, erzogen in einer skeptischen Haltung gegenüber der demokratischen Staatsordnung, war ein guter Teil dieser Generation von sozialkritisch gestimmten katholischen Intellektuellen davon überzeugt, dass die von Engelbert Dollfuß vorbereitete – und in vieler Hinsicht durch die Sozialenzyklika ›Quadragesimo anno‹ von Papst Pius XI (1931) indirekt gedeckte und beeinflusste – ständische Neuordnung von Staat und Gesellschaft auf christlicher Grundlage eine größere soziale und geistige Revolution darstelle als die sozialistischen Revolutionen es je gewesen waren«⁵⁶¹

Knoll gehört zu dieser Gruppe und beurteilt selbst das Juliabkommen 1936 positiv: »Heute beginnt man auch in den Kreisen, die Dollfuß früher nicht verstanden haben, zu erkennen, welches Unrecht den Verewigten traf«. In Dollfuß habe Tradition, »ein Erbgut, religiöser und politischer Glaube seiner Heimat, seiner Väter« gelebt. Diese sei sowohl deutsch als auch europäisch. Dass aber mit Bindung an Deutschland mittelfristig eine fatale Isolation Österreichs, ganz im Gegensatz zu den obigen Ausführungen von Dollfuß absehbar war, das analysiert Knoll nicht, sondern schwenkt auf religiöse Argumente um: Genauso wichtig sei »aber auch der christliche Sendungsgedanke in Österreich, ein deutscher und christlicher Hort in der europäischen Mitte zu sein«. Somit sei Schuschnigg mit dem Juliabkommen 1936 »die Erfüllung des nationalistischen Vermächtnisses des großen Vorgängers« gelungen: Österreich als ein *deutscher Staat* – »im Bunde mit dem gesamtdeutschen Volk.«⁵⁶²

Es ist die Frage, ob Knoll das aus echter Überzeugung oder aus karrieristischer Anbiederung an das System gesagt hat. In der Zweiten Republik hat ihm dieses Engagement jedenfalls nicht geschadet. Knoll wurde 1950 Ordinarius und später sogar einer der Gründer des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands und er galt als »Linkskatholik«. Wie oben geschildert, hatte jedoch Knoll ein problematisches Naheverhältnis zum austrofaschistischen Ständestaat, das offenbar auch seine wissenschaftliche Arbeit beeinträchtigt

⁵⁶¹ Martin **Auer**: August Maria Knoll (1900 bis 1963). Ein katholischer Sozialphilosoph in Zeiten des Umbruchs. Ein Beitrag zur österreichischen Geistesgeschichte im 20. Jahrhundert. Ungedr. grund- u. integrativwiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 1989; S. 35

⁵⁶² ÖHZ, 1.12.1936, S. 1, Hervorhebungen original

hat. Zwar ist dies und auch sein Bild Österreichs im Zusammenhang mit sozialen Anliegen zu verstehen, jedoch in teilweise unkritischem Verhältnis zur Politik.

Das sah er später auch selbst ähnlich: Denn nach dem Scheitern des austrofaschistischen Ständestaates und dem Zweiten Weltkrieg revidierte er seinen Standpunkt teilweise: »Nicht die Idee einer ständischen Gesellschaftsordnung als Mittel zur Überwindung des Kapitalismus sei



an sich zum Scheitern dieses Experimentes ›Ständestaat‹ verurteilt gewesen, sondern seine mangelhafte politische und soziale Legitimation. Die ständische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an sich hätte immer ihr ›für und wider‹ gehabt, nicht aber das Zustandekommen der Ständeverfassung, die doch nur zu einer antidemokratischen und autoritären Dollfuß-Diktatur geführt habe«⁵⁶³ Im Übrigen setzte sich Knoll in diesem Aufsatz 1948 mit dem Standpunkt eines anderen Funktionärs im Ständestaat, nämlich Josef Dobretsberger, auseinander, der 1935 Sozialminister war, 1948 jedoch, wie manch andere ›Linkskatholiken‹, von denen es in der Zweiten Republik einige gab und gibt, in einem Naheverhältnis zu den Kommunisten stand.⁵⁶⁴

Abbildung 8: Josef Dobretsberger Bildquelle: © ÖNB; 95.956 - B

»Politische Aufgaben des Hochschülers« (April 1937)

Doch sogar auch Heimwehr-Mitglieder sahen Nachahmenswertes im Sowjetkommunismus für den austrofaschistischen Ständestaat, wie ein anderer Beitrag der ÖHZ zeigt: Auch Alexander

⁵⁶³ Auer (1989): August Maria Knoll, S. 38

⁵⁶⁴ Obwohl christlich geprägt und sozialisiert, wandte sich Dobretsberger nach seiner Rektorentätigkeit in Graz, wo er als Gegner des Nationalsozialismus wütend bekämpft wurde und nach dem Exil in Istanbul nach 1945 wieder der Politik zu. Doch in der ÖVP hatte er einen schweren Stand, so gründete er eine eigene Liste, die Demokratische Union, die ihn zu einer Zusammenarbeit mit der KPÖ führte. Nach Viktor Matejka ist er der prominentere Funktionär des Austrofaschismus, der sich vertrauensvoll den Kommunisten zuwandte, wenngleich Dobretsberger nie Kommunist wurde. Eine ihm nachgesagte vorgesehene Funktion als Bundeskanzler im Falle eines erfolgreichen Streiks 1950 ist nicht erwiesen. Jedenfalls wurde er in den 1960er-Jahren, als er sich aus allen politischen Ämtern zurückgezogen hatte, in der ÖVP wieder salonfähig – vor allem unter der Mitwirkung Alfred Maletas, der Dobretsberger noch von seinem Studium, dann von seiner Arbeiterkammerfunktion in Graz kannte und schätzte. Zudem macht Hartmann darauf aufmerksam, dass auf der Liste der DU hauptsächlich CVer kandidiert hatten, die sicherlich nicht einen kommunistischen Kurs unterstützt hätten.

Dieter Anton **Binder**: Josef Dobretsberger (1903-1970). Ein heimatloser Bürgerlicher. In: Geschichtsforschung in Graz. Festschrift zum 125-Jahr-Jubiläum des Instituts für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Graz 1990, S. 297-304

vgl.auch : Hartmann (2001): Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, S. 203f

Novotny⁵⁶⁵ wendet sich der österreichischen Identität zu und rückt den Blick zunächst auf frühere Zeiten. Anlässlich des 200. Todestages von Prinz Eugen von Savoyen wurde ab 1936 immer wieder dieser Persönlichkeit gedacht. Auch hier ist, wie bereits in den obigen Artikeln, eine großdeutsche Sichtweise mit einer gleichzeitigen europäischen Perspektive gekoppelt:

*»Österreich hat schon einmal ein großes Programm verwirklicht: seine **Großmachtbildung** im 17. Jahrhundert. Damals freilich bildete der glänzende Kaiserhof Anziehungskraft genug für Kräfte aus Gesamtdeutschland, oder, wenn wir an **Prinz Eugen** denken, aus ganz Europa.«*⁵⁶⁶

Bei Alexander Novotny gibt es für diese europäische Sichtweise freilich auch biographische Hintergründe. Sein Vater war zweisprachig in Böhmen aufgewachsen, seine Mutter deutschsprachig in Ungarn. Geboren ist er in Pola in Istrien. Nach dem ersten Weltkrieg lebte er als Kind außerdem einige Monate in Schweden, wohin seine Verbindungen niemals abrissen. Vor allem geht es Alexander Novotny um die (vaterländische) politische Bildung der österreichischen Hochschüler – und hier sieht er Verbesserungen.⁵⁶⁷ Denn:

*»Im Vorkriegs-Österreich lebte ein Geist, der geeignet war, gerade die wertvollsten Menschen dem Politischen abspenstig zu machen und rein kulturellen Interessen zuzuführen. Das darf nie wieder kommen. Aber auch in der Nachkriegszeit zeigte sich oft bei den wahrhaft staatsaufbauenden Konservativen, denen auf alle Fälle die Ordnung als Ideal höher steht als die individuelle Freiheit, oft ein gewisser Mangel an politischer Bildung verglichen mit der ihrer Gegner. Wir können in diesem Punkte sicher noch von unseren Feinden lernen: Die ersten Führer Sowjetrusslands wussten nicht nur in den Fragen des sozialistischen Aufbaues, sondern auch in den Gedankengängen ihrer ideologischen Gegner (französische Philosophie, preußische Strategie usw.) genau Bescheid und das hat ihrem Werke nur genützt.«*⁵⁶⁸

⁵⁶⁵ Als Alexander Novotny (1906 - 1986) diesen Artikel schrieb, war er Lehrer im Wiener Bundesrealgymnasium Diefenbachgasse für Geschichte und Geographie; er war im Studentenfreicorps der Heimwehr gewesen und CV-Verbindungsmitglied in der ›Nordgau‹, somit Bundesbruder Heinz Drimmels; außerdem war er Vizepräsident des Pax-Romana-Kongresses. 1928 promoviert er bei Heinrich von Srbik, 1947, von Hugo Hantsch ermuntert, habilitiert er sich. Nach einer Dozentur an der Universität Wien wird er 1959 Außerordentlicher, 1963 Ordentlicher Professor der Allgemeinen Neueren Geschichte an der Universität Graz bis 1976: Er forschte und publizierte über politische Geschichte der Neuzeit, insbesondere Mitteleuropas und der Donauländer; er arbeitete maßgeblich – und auf dieses Interesse verweist auch schon der Ausschnitt 1937 – in der Lehrer- und Erwachsenenbildung. 1968-74 war er auch Präsident des Instituts für Österreichkunde.

Vgl.: Alfred **Ableitinger**: Professor Alexander Novotny. In: Hermann **Wiesflecker**/Othmar **Pickl** (Hg.): Beiträge zur allgemeinen Geschichte. Alexander Novotny zur Vollendung seines 70. Lebensjahres gewidmet. Graz 1975 (=Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 4), S. XV-IX

Erich **Zöllner**: Alexander Novotny †. In: Österreich in Geschichte und Literatur 30/1986; S. 91-93

⁵⁶⁶ ÖHZ, 15.4.1937, S. 1; Hervorhebungen original.

⁵⁶⁷ Ableitinger (1975): Professor Alexander Novotny, S. XV

⁵⁶⁸ ÖHZ, 15.4.1937, S. 1

Novotny, der 1937 feststellte, dass »Österreichs politische Entwicklung [...] trotz mancher Unterschiede in einzelnen Zügen [...] nur die konsequente Durcharbeitung des einen Hauptgedankens [...], der Durchsetzung der göttlichen Idee von Österreich« im Blickpunkt haben sollte, beschäftigte sich als Universitätsprofessor in Graz und Präsident des Instituts für Österreichkunde auch nach 1945 mit ähnlichen Themen und deren didaktischer Anwendung weiter.

Kritik Alfred Klahrs (1937) am Österreich-Konzept der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur

Wie standen die gerade angesprochenen Sympathisanten der Sowjetunion, die Kommunisten, zur Österreichkonzeption? 1937 hat Alfred Klahr, wie bereits im Kapitel »Austrofaschismus oder Ständestaat« erwähnt, eine Trendwende in der Kommunistischen Partei Österreichs eingeleitet, indem er eine Abkehr von der Idee der österreichischen Nation forcierte.

»1848 war der großdeutsche Gedanke fortschrittlich, revolutionär; daher ist Marx für die Bildung einer großdeutschen Republik eingetreten [...] Heute ist der großdeutsche Gedanke reaktionär, heute sind die deutschnationalen Bewegungen nur der Vorposten des Hitlerfaschismus, des Hauptfeindes des internationalen Proletariats, der internationalen Demokratie überhaupt. Daher müssen sie bekämpft, der Anschluss an Deutschland überall abgelehnt werden. [...] Die nationale Frage in Österreich ist eben nicht ein Teil der allgemeinen deutschen nationalen Frage in den verschiedenen Gegenden Europas. Gerade um diese konkrete Eigenart der nationalen Frage in Österreich geht es aber, wenn die Kommunistische Partei Österreichs ihr nationales Programm gegenüber allen verschiedenen faschistischen Gruppen in Österreich herausarbeiten will.«⁵⁶⁹

Mit Stalin argumentiert Klahr, dass »die Gemeinschaft des Wirtschaftslebens, des Territoriums« fehle⁵⁷⁰, ebenso begründet er anhand der Beispiele von Serben und Kroaten oder Briten und Amerikanern, dass zwei Völker, die dieselbe Sprache sprechen, »sich sehr wohl zu verschiedenen Nationen entwickelt haben« können.

Doch auch vom Österreich-Patriotismus des austrofaschistischen Ständestaates grenzt er sich ab und stellt die These auf, Dollfuß und Schuschnigg hätten erst damit geschickt die eigene Position verbessert. Allerdings verknüpft Klahr damit den Vorwurf, sie hätten »die national österreichischen Gefühle der Massen für ihre reaktionären Zwecke missbraucht.«⁵⁷¹ Und er steigert die Kritik noch, wenn er darauf hinweist, dass die Kommunisten diese Gefühle für sich nutzen können:

»Die aufgezeigte Linie in der nationalen Frage ist eine scharfe Waffe gegen die reaktionäre österreichische Schuschnigg-Diktatur. Im Interesse ihrer Herrschaft über das

⁵⁶⁹ Klahr (1937/1979): Zur nationalen Frage in Österreich, S. 3

⁵⁷⁰ Klahr (1937/1979): Zur nationalen Frage in Österreich, S. 4

⁵⁷¹ Klahr (1937/1979): Zur nationalen Frage in Österreich, S. 7

österreichische Volk treiben die reaktionären Cliques um Schuschnigg jeden beliebigen Schacher mit dem nationalen Geschick des Landes. Wir zeigen, dass ihre Politik des Ausgleiches mit dem Nationalsozialismus Verrat an der nationalen Unabhängigkeit des Landes ist, dass sie nicht die Beschützer, sondern die Totengräber dieser Unabhängigkeit sind. Wir machen so die nationalen österreichischen Gefühle in breiten, insbesondere katholischen Volkskreisen zu einer Waffe gegen die herrschende Diktatur. Gleichzeitig bekämpfen wir alle reaktionären Versuche auf Grund der objektiv gegebenen österreichisch nationalen Eigenart eine chauvinistisch durch und durch verlogene Ideologie des ›österreichischen Menschen‹ zu schaffen, Versuche, die insbesondere in monarchistischen Kreisen geübt werden. Diese reaktionären monarchistischen Professoren wollen den Österreicher als einen Menschen besonderer Art, als einen Deutschen mit besonderen Fähigkeiten darstellen, die ihn dazu vorbestimmen, deutsche Kultur den Völkern des Donaupraumes zu übermitteln. Unsere Anerkennung der Entwicklung einer österreichischen Nation hat nichts mit diesen ideologisch verhüllten Träumen und Bestrebungen eines kleinen Imperialismus zu tun, auf dem Wege über die ›Kultur‹ alte verlorene Positionen im Donaupraum wieder zu erobern.«⁵⁷²

Unschwer lässt sich hier Kritik an jenen Argumentationslinien finden, wie sie auch in den ›Akademischen Nachrichten‹ und der ›Österreichischen Hochschulzeitung‹ formuliert wurden. Klahrs hier geübte Kritik an den »monarchistischen Professoren« mit ihrem »kleinen Imperialismus« und damit der indirekten Absage an eine Wiederherstellung einer multinationalen Donaukonföderation war sicher auch im Sinne Stalins – quasi als strategische Alternative einer Habsburg-Restauration oder einer anderen staatlichen Konstruktion im Donaupraum. Bei aller Kritik an den Legitimisten baut Klahr jedoch in das katholisch-legitimistische Lager Brücken mit jenem Konzept der »österreichischen Nation«, das nach 1945 auch weitgehend verwirklicht wurde.

Klahr kommt zur Schlussfolgerung, dass »die Kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterklasse die Entwicklung der österreichischen Nation offen anerkennen und fördern« könne: »Wir können es nicht nur, wir müssen es heute tun und haben es bisher faktisch bereits getan.« Dies erleichterte auch das Vordringen in bürgerliche Kreise. Und so wurde 1937 auch bei der Verbandskonferenz des illegalen Jugendverbandes in Prag beschlossen:

» [...] die Verlegung unserer Betriebs- und Straßenzellen in gutorganisierter Form in gewerkschaftliche, bürgerliche und faschistische Jugendorganisationen [...] heißt: [...] jede legale Möglichkeit, die der Faschismus offen lässt [...] auszunützen zur legalen und halblegalen Massenarbeit [...]. Es ist selbstverständlich, dass der KJV bestehen bleibt [...]. Es geht darum, dass der KJV eine illegale antifaschistische Massenorganisation wird, die sich legale Massengliederung schafft und sie politisch führt und leitet.«⁵⁷³

⁵⁷² Klahr (1937/1979): Zur nationalen Frage in Österreich, S. 9f

⁵⁷³ Walter Göhring: Der illegale kommunistische Jugendverband Österreichs. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 1971; S. 162f:

Auf diese Weise versuchten die Kommunisten, auch innerhalb des katholischen Ständestaats wieder aktiv werden zu können. Übrigens ist das Programm der Hegemonisierung von bestehenden Strukturen durch kommunistische Studierende, wie es nach 1945 immer wieder kritisiert wurde, hier bereits angelegt.

Ernst Karl Winter und die Idee einer österreichischen Nation (1936)



Abbildung 9: Ernst Karl Winter
Bild: © ÖNB; Pf 13.594:D (1)

An dieser Stelle soll nochmals auf Ernst Karl Winter verwiesen werden, der 1936 bereits vor Klahr den Gedanken der Österreichischen Nation im Aufsatz »Monarchie und Arbeiterschaft«⁵⁷⁴ veröffentlicht hatte – unter damals für ihn schon schwierigen Umständen.

»Zwei Auffassungen von Österreich stehen sich kontradiktorisch gegenüber. Nach der österreichischen Theorie von Österreich ist Österreich wie jeder andere Staat, wie insbesondere auch Belgien, Holland, die Schweiz, die Tschechoslowakische Republik und andere Nachfolgestaaten, in denen deutschsprachige Volksteile leben, der politische Träger eines nationalen Volkstums sui generis, des österreichischen Volkes, oder politisch gesprochen nach westeuropäischer Terminologie: der österreichischen Nation. Nach dieser Auffassung ist Österreich aus sich selbst frei und unabhängig. Nach der deutschnationalen Theorie von Österreich, der eine kleine, aber rührige Gruppe nationaler Katholiken anhängt, die von Deutschland stark beeindruckt sind, ist Österreich ein deutscher Stamm, der geistig, historisch und ethnisch im Grunde zu Deutschland gehört. Ein österreichisches Volk existiert nicht, sondern nur ein deutsches Volk, eventuell österreichischer Prägung. Ebenso

existiert keine österreichische Kultur, sondern nur eine deutsche Kultur, eventuell in österreichischerer Nuancierung.«⁵⁷⁵

Die Argumentation Winters und Klahrs ist in wesentlichen Punkten ähnlich, es ist also durchaus denkbar, dass es in der Aktion Winter oder auch in anderen Zirkeln Gesprächskontakte gegeben hat. Die Kommunisten verstanden es mittlerweile, »ihre Volksfrontgedanken auch in Monarchistenversammlungen« einzuschleusen.⁵⁷⁶ Offenbar nutzten die Kommunisten geschickt, wie schon von Walter Göhring beschrieben, die verstreuten Strömungen aller Richtungen, die besonders gegen den Nationalsozialismus eingestellt waren und in diesem den Hauptfeind

⁵⁷⁴ Ernst Karl **Winter**: Monarchie und Arbeiterschaft. Wien 1936 . (= Politische Blätter. Beiheft 1)

⁵⁷⁵ Ernst Karl **Winter**: Monarchie und Arbeiterschaft. Wien 1936 . (= Politische Blätter. Beiheft 1), S. 4f

⁵⁷⁶ Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 314

sahen, um wichtige Kontakte und Verbindungen zu knüpfen. Auch Ernst Karl Winter lässt laut Robert Holzbauer für Zusammenarbeit selbst mit der Sowjetunion zur Rettung Österreichs Sympathien erkennen – ein Tabubruch:

In seiner Opposition zu den Nationalsozialisten »beurteilt Winter die Sowjetunion als potentiellen Gegner des Nationalsozialismus eher positiv, was ihm von seinen katholisch-konservativen Zeitgenossen besonders übel genommen wurde«.⁵⁷⁷

»Winters Konzeption einer Volksfront »gegen den einzigen möglichen Friedensbrecher, gegen das anarchische, irrationale, mystizistische Element in Europa, den deutschen Nationalsozialismus«, bei der er sich auch nicht versagte, auf das spanische Beispiel hinzuweisen, löste im bürgerlichen Lager Österreichs, in dem Konsens über die Anti-Bolschewismus, nicht aber über Anti-Nationalsozialismus herrschte, im freundlichsten Falle Befremden aus.«⁵⁷⁸

Genau diese Positionen brachten auch den endgültigen Bruch mit Knoll und den Verlust seines Dritten Vizebürgermeisteramts. Friedrich Funder ist hier im Vergleich ein geradezu verständnisvoller Kritiker, wenn er einräumt:

»Christliche Wahrheitsliebe verlangt trotzdem, so scheint es uns, zu sagen, dass das, was im Dritten Reiche zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit, für den sozialen Schutz der Familie, die Säuberung von Theater, Literatur und Film, wenn auch nicht überall mit ganzem Erfolge, geschehen ist, sich neben jenem »Neo-Konservativismus« Moskaus sehen lassen kann, der den angesehenen Verfasser zu seinen weitgehenden Folgerungen verleitet. Aber nicht darum handelt es sich hier, sondern vielmehr um die ungeheuerliche Verkennung, die im Bolschewismus ein aufbauendes, zu gemeinsamer Front grundsätzlich sich eignendes Element erblickt.«⁵⁷⁹

Dies ist auch ein gutes Zeugnis dessen, in welchem Ausmaß nicht nur Schuschnigg, sondern breite Kreise der Intellektuellen das nationalsozialistische Deutsche Reich unterschätzten. Für Winter hatte diese Publikation weitere Konsequenzen: Unterrichtsminister a.D. Emmerich Czermak beantragt seinen Ausschluss aus dem CV. Ein Verfahren wurde begonnen, zog sich jedoch in die Länge. Winter wurde schließlich wegen »Beitragsrückstände« im Jänner 1938 (!) ausgeschlossen.⁵⁸⁰ Erst 1955 kam es zu einer Rücknahme und der Versöhnung zwischen Knoll und Winter. Andererseits ist dies jedoch auch ein Beispiel für die Berührungspunkte von Katholiken, Legitimisten und Kommunisten in der Abwehr gegen den Nationalsozialismus und im Versuch zur Bewahrung der Souveränität Österreichs. Aus strategischen Gründen im außenpolitisch mittlerweile isolierten Österreich war dies immerhin ein pragmatischer Ansatz.

⁵⁷⁷ Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 312

⁵⁷⁸ Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 323

⁵⁷⁹ Holzbauer zitiert Friedrich Funder im Leitartikel der »Reichpost« am 23.8.1936: Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 328

⁵⁸⁰ Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 331

Auch Heinrich Drimmel stellt solche Berührungspunkte vor allem kurz vor dem Anschluss fest, diesmal von weiteren Kreisen:

»Nach den im Gefolge des Nationalsozialismus auftretenden Rechtsüberholern, wurden in der Spätkrise vor 1938 eine Avantgarde von Linksüberholern sichtbar, die auf eine Solidarisierung der Katholiken mit den revolutionären Sozialisten und Kommunisten aus waren, um zusammen mit diesen den bereits mit aller Macht hereinbrechenden Nationalsozialismus zu bekämpfen.«⁵⁸¹

Jüngst hat auch Barbara Lipp (2008) Ähnlichkeiten im Österreichbewusstsein der Kommunisten, des Ständestaates oder im Umkreis von Ernst Karl Winter untersucht und Kontinuitäten etwa beim Kommunisten Ernst Fischer, dem Staatssekretär für Unterricht 1945 (im Range eines Ministers) festgestellt⁵⁸² – oder bei Winters Weggefährten in der ›Österreichischen Aktion‹⁵⁸³ 1927, Alfred Missong (1902-1965), der nach 1945 die Verschmelzung der Begriffe österreichisches »Staatsvolk« und »österreichische Nation« forcierte.⁵⁸⁴

Hugo Hantsch, Österreich und Europa

Hugo Hantsch (1895 - 1972)⁵⁸⁵, der unter anderem in Graz und Innsbruck für die staatsbürgerlichen Vorlesungen zuständig war, publiziert im Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37 den Eröffnungsaufsatz: »Österreich und Europa«. Ganz im Gegensatz zu damals immer wieder vertretenen volkskundlich-bodenständigen Tendenzen erklärt er:

»Wer Österreichs Geschichte als Landesgeschichte, als Geschichte eines Territoriums erfassen wollte und nicht über staatspolitische Grenzen hinauszusehen vermag, wer in der

⁵⁸¹ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 172

⁵⁸² Barbara **Lipp**: Von kulturpolitischen Metaphern der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur zur Funktionalität in der Identitätskonstruktion der Nachkriegsjahre – personelle und institutionelle Fallbeispiele. Ungedr. phil. Dipl. Univ. Wien. Wien 2008; S. 47

⁵⁸³ Die ›Österreichische Aktion‹ wollte den Österreich-Gedanken forcieren. Unter anderem gehörten ihr auch Knoll, Zeßner-Spitzenberg und Wilhelm Schmidt an. Unter Winter wurde auch Tuchföhlung mit den Sozialdemokraten in Wien aufgenommen. Bei einer Rundfahrt zu den sozialdemokratischen Gemeindebauten in Wien waren neben Prof. Rudolf Pfliegler (1891 – 1972), der sich in der Kirche am Petersplatz u.a. um abseits stehende Christen, den Bund Neuland und die Hochschuleseelsorge ab 1936 kümmerte) und die späteren Universitätsprofessoren Ernst Lagler sowie der spätere mit dem Nationalsozialismus sympathisierende und 1966 suspendierte Wirtschaftsprofessor Taras Borodajkewycz dabei.

vgl.: Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 82

⁵⁸⁴ Lipp (2008): Von kulturpolitischen Metaphern der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur zur Funktionalität in der Identitätskonstruktion der Nachkriegsjahre, S. 78

⁵⁸⁵ Hugo Hantsch war ab 1935 Universitätsprofessor an der Universität Graz. Seine ›Geschichte Österreichs‹ (1937) wird von den Nationalsozialisten verboten, Hantsch selbst wurde 1938 von der Gestapo verhaftet und kam in verschiedene Konzentrationslager, unter anderem nach Buchenwald. Ab 1939 wurde er Pfarrer in Niederösterreich.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt er eine Professur für neuere Geschichte an der Universität Wien.

engeren Heimatgeschichte verharret und aus ihr allein Österreichs Wesen zu ergründen glaubt, wird seiner Wirklichkeit niemals gerecht werden können [...] immer begegnet man in Österreich Europa, immer bestimmt die Beziehung zu Europa das Leben und Wirken des Landes entscheidend mit. Dieser europäischen Stellung entspricht Kraft und Leistung der österreichischen Deutschen. So viele Sonderheiten sich ergaben, so stark Heimatgefühl und Eigenart zum Ursprünglichen und Bodenständigen neigen und sich hingezogen fühlen zu wurzelechtem Wachstum: aus Blut und Boden allein sind die bildenden Kräfte des Österreichertums nicht vollgültig zu erklären.»⁵⁸⁶

Damit stand Hantsch in krassem Gegensatz zu den nationalen, vor allem den nationalsozialistischen Studenten. In Graz hatte er damit eine unversöhnliche Gegnerschaft, die auch nicht davor zurückschreckte, seine Vorlesungen und Vorträge zu boykottieren oder zu stören. So berichtet die ›Österreichische Hochschulzeitung‹, dass ein von Sachwalter Berger in Graz »organisierter Vortrag von Prof. Hugo Hantsch [...] von Nationalen gestört« wurde. Es ging um Österreich und das Auslandsdeutschtum, beim Stichwort ›Südtirol«⁵⁸⁷ brach der Wirbel los, worauf die Nationalen den Saal verließen. »Erst jetzt konnten alle positiv eingestellten Hörer einen Platz finden und der Saal war sofort wieder überfüllt.«⁵⁸⁸

Diese Schmach wollte die HÖ in Graz nicht auf sich sitzen lassen: Als Antwort auf die Störaktionen gegen Hantsch wurde eine Veranstaltung »Schach den Saboteuren des vaterländischen Aufbauwerkes« als eine große Kundgebung geplant. Schon eine Viertelstunde vor Beginn, wird dann wieder in der ÖHZ berichtet, sei der Vortragsaal des Hygienischen Instituts so überfüllt gewesen, dass manche keinen Einlass mehr fanden.⁵⁸⁹



Abbildung 10: Hugo Hantsch; Bild: Photo-Studio Fayer
© Archiv der Universität Wien, 106.I.2983

⁵⁸⁶ Hugo **Hantsch**: Österreich und Europa. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37. Wien 1936, S. 1-12; S. 7

⁵⁸⁷ Michael Gehler schildert heftige Auseinandersetzungen zwischen katholischen und nationalsozialistischen Studenten zu diesem Thema auch in Innsbruck, weil ja die Nationalsozialisten die Aufgabe Südtirols vertraten: vgl. Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 130-145

⁵⁸⁸ ÖHZ, 15.12.1936, S. 4

⁵⁸⁹ ÖHZ, 7.1.1937, S. 7

In Anwesenheit von Sachwalter Berger, von Rektor Prof. Zauner, dessen Vorgänger, Exminister und Dekan der juristischen Fakultät Dr. Dobretsberger und Prof. Dr. Hantsch selbst sprach »zunächst ein stürmisch umjubelter Redner Dr. Gorbach«

Alfons Gorbach (1898-1972)⁵⁹⁰ forderte, »es müsse dafür Sorge getragen werden, dass das eigene Volk nicht beschmutzt und herabgesetzt, die eigene Vergangenheit nicht besudelt und in den Kot gezerzt und die eigene Freiheit und Unabhängigkeit gewahrt bleibe«.

»Der Redner erwähnte, dass rund tausend Hörer der Grazer Hochschulen der Vaterländischen Front beigetreten seien. Er geißelte dann in scharfen Worten die Falschspielerei und Unaufrichtigkeit gewisser Kreise, die wohl aus bestimmten Gründen die vaterländische Mitgliedskarte, aber keine vaterländische Gesinnung sich zu eigen machen wollen und damit den erhabensten deutschen Tugenden, der Aufrichtigkeit und der Ehrlichkeit, Hohn sprechen.«⁵⁹¹

Während sich in dieser Rede die Unterwanderung nationalsozialistischer Kreise in Österreich unverhohlen deutlich zeigt, postulierte Hantsch in der Einleitung zum ›Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37‹ bereits ganz zu Beginn seines Aufsatzes die enge Verbindung Österreichs zu Europa, nämlich durch das Zusammenleben von vielen Nationen und Völkern:

»Das alte Österreich-Ungarn, als die erstmalige politische Gestaltung eines völkisch komplizierten Menschheitsraumes in Europa, erweist sich schon nach seinen physischen Voraussetzungen als ein Kern- und Verbindungsglied Europas.«⁵⁹²

Diese im austrofaschistischen Ständestaat vertretene Ansicht eines offiziell in vaterländischer Schulung Bevollmächtigten dieses Systems, nämlich Hantsch, mutet 2009, 14 Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union, geradezu aktuell an. Zwar streift Hantsch als Ausgangspunkt auch das »alpenländische Deutschtum«, um es aber sofort in europäischer Perspektive zu relativieren:

»Das alpenländische Deutschtum wurde [...] das Instrument zur Verwirklichung allgemeiner europäischer Kulturideale im Südosten des Kontinents [... :] Je mehr Österreich in dieser Hinsicht leisten konnte, desto sicherer konnte sich die kulturelle Geschlossenheit Europas entwickeln«.⁵⁹³

Auch war die Position von Hugo Hantsch weder, wie von Klahr einigen Professoren vorgeworfen wurde, »imperialistisch« noch expansiv: Mit der Methode der Verschiebung des

⁵⁹⁰ Gorbach war 1933-1938 Landesführer der Vaterländischen Front in der Steiermark und Landesrat 1937-1938, 1938- 1945 in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg. In der Zweiten Republik Nationalratsabgeordneter (und Dritter Nationalratspräsident), 1960-1963 Bundesparteioobmann der ÖVP und 1961-1964 Bundeskanzler

⁵⁹¹ ÖHZ, 7.1.1937, S. 7

⁵⁹² Hantsch (1936): Österreich und Europa, S. 1

⁵⁹³ Hantsch (1936): Österreich und Europa, S. 2

Blickwinkels aus der Sicht anderer Kontinente kommt er zum Schluss: Österreich müsse gleichzeitig als »Lehrmeister der Völker« und »auch Schüler der Völker«⁵⁹⁴ auf dem Gebiet der Musik, Architektur verstanden werden, sodass die österreichische Musik von anderen Kontinenten gesehen europäische Musik und österreichische Architektur europäische Architektur sei.

»Oft ist Österreich, wie es einmal war, als Europa im Kleinen bezeichnet worden. Seine Vielgestaltigkeit in völkischer und kultureller Hinsicht, seine problematische Vieldeutigkeit, die dennoch große einheitliche Linien nicht verkennen ließ, setzten es in offenbare Beziehung zu den Problemen des auf verhältnismäßig engem Raum so ungemein ausdrucksreichen und mannigfaltigen europäischen Gesamtschicksals, das eben doch dem Nichteuropäer in der Zusammenschau des Weltganzen als ein einheitliches Schicksal erscheint«⁵⁹⁵

Dass die Nationalsozialisten wütend gegen Hantsch protestierten, ist in diesem Zusammenhang nicht überraschend, postuliert er doch genau das Gegenteil des national dominanten einheitlichen Deutschland, was hier als Preis der Vielfalt und Kreativität angedeutet wird. Andererseits nimmt diese Konzeption dieses nicht expansiven Ansatzes auch Ideen der Europäischen Union vorweg. Zudem war es offenbar möglich, 1936, knapp drei Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, auf gesamteuropäische Perspektiven zu verweisen.

»Darin liegt einer der Gründe, warum Österreich bestehen muss. Nicht nur als Erinnerung an eine große Zeit, nicht als eine Gnade, sondern als ein wesentlicher Teil Europas im gesamteuropäischen Schicksal [...]«⁵⁹⁶

Österreich, Deutsches Reich und austrofaschistischer Ständestaat

Immer wieder wird der Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus und die Forcierung des Österreich-Gedankens als Rechtfertigung für den Ständestaat angeführt. Vor allem die in Wahlen immer stärker werdenden Nationalsozialisten werden als Argument für ein gewisses Verständnis der Ausschaltung des Parlaments und der Bekämpfung der Sozialdemokratie angeführt. So argumentiert etwa Gerhard Hartmann, und fügt hinzu, dass auch das faschistische Italien »auf eine Ausschaltung der Sozialdemokratie« drängte:

»Die Wahlergebnisse der Jahre 1932/33 haben auch ohne die damals existierende Meinungsforschung signalisiert, dass bei den nächsten fälligen Nationalratswahlen, spätestens im Herbst 1934, die NSDAP so stark werden könnte, um die Regierung auch in Österreich auf (halb)legalem Weg zu übernehmen. Der Anschluss wäre dann bereits lange vor 1938 erfolgt«.⁵⁹⁷

⁵⁹⁴ Hantsch (1936): Österreich und Europa, S. 3

⁵⁹⁵ Hantsch (1936): Österreich und Europa, S. 3

⁵⁹⁶ Hantsch (1936): Österreich und Europa, S. 8

⁵⁹⁷ Hartmann (2001): Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, S. 133

Auch bei einem ›linken‹ Regime, das »die verfassungsmäßige Ordnung in vollem Umfang« hergestellt hätte, sei wegen »des Verbalradikalismus in den Programmen«, der sich bald »in Realität umgesetzt hätte«, kein langes Leben beschieden gewesen:

»Weder Deutschland noch Italien hätten zwischen sich auf Dauer ein ›linkes‹ Regime geduldet, so, dass es ebenfalls über kurz oder lang zu einem Anschluss gekommen wäre.«

Das nun ist wirklich nur Spekulation. Tatsache ist: Die Ausschaltung des Parlaments erfolgte noch vor der endgültigen Machtergreifung Hitlers in Deutschland. Sie ist in erster Linie gegen die Sozialdemokraten gerichtet gewesen. Die Sozialdemokratie wurde immer wieder als Gegner erwähnt, wenn von Parteien gesprochen wurde, dann waren sowohl die Sozialdemokratie als auch die Nationalsozialisten gemeint. Wie bereits ausgeführt, wollte noch im Jänner 1933 Dollfuß mit Hitler kooperieren. Nur die Gegnerschaft Hitlers zur Dollfuß-Regierung und unverhohlene Avancen der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nach vorgezogenen Neuwahlen ließen das Verhältnis und zugleich Dollfuß' heiß ersehnte großdeutsche Konzeptionen rasch abkühlen.

Obwohl christlich-soziale Politiker aus der Arbeitnehmersvertretung oder den Bundesländern vor der Konfrontation mit den Sozialdemokraten gewarnt hatten, wurde dieser Weg dennoch gegangen. Ja es gab viele, die während des ganzen ständischen Regimes eine größere Affinität und einen Ausgleich mit den Nationalen anstrebten, jedoch klar gegen die Sozialdemokraten, die eine Stütze hätten sein können, auftraten. Genau diese Affinität nutzten die Nationalsozialisten aus, um das Regime zu unterwandern, bis es zusammenbrach und sich dann viele der Katholisch-Nationalen als Nationalsozialisten entpuppten.

Dazu kam, dass die Nationalsozialisten nach dem Bürgerkrieg durch Aktionen wie die Befreiung des Schutzbundführers Bernaschek und seiner Mitarbeiter aus dem Linzer Gefängnis 1934 zusätzlich auch bei den sozialdemokratischen Anhängern punkten konnten.⁵⁹⁸ Obwohl diese sich gegen den Nationalsozialismus resistenter als erwartet herausstellten, gab es immer wieder ehemalige Sozialdemokraten, die zu Nationalsozialisten wurden. Bruno Kreisky schildert einige Beispiele in seiner Autobiographie und zeigt für diese sogar ein gewisses Verständnis für diese.⁵⁹⁹ Die Aufgabe, alle dem Nationalsozialismus feindlichen, staatsbejahenden Kräfte zu einigen, war dem Regime jedenfalls nicht gelungen. Erich Zöllner zweifelt, ähnlich wie Hartmann, an der Vermeidung des Anschlusses durch ein demokratisches Österreich:

»Es ist freilich unwahrscheinlich, dass ein demokratisch geführtes Österreich, in dem ja auch die Nationalsozialisten freie Entfaltungsmöglichkeiten gehabt hätten, in der bedrängten Lage

⁵⁹⁸ Bernaschek wurde nach Deutschland gebracht; dasselbe nationalsozialistische Deutschland, das ihn 1934 befreit hatte, tötete ihn 1945, kurz vor Kriegsende, durch einen Schuss im KZ Mauthausen.

⁵⁹⁹ etwa sein früherer Freund und Mitschüler Felix Rinner, der ihn am 14. März 1938 davor bewahrte (wie so oft bis 1933) verprügelt zu werden: Kreisky (2000): Zwischen den Zeiten, S. 298f

zwischen Mussolini und Hitler, ohne gemeinsame Grenze mit einer demokratischen Großmacht, auf die Dauer dem Dritten Reich hätte erfolgreicher Widerstand leisten können, mit keiner anderen Hilfe als platonischen Sympathien des Westens. So hatte man immerhin fünf Jahre standgehalten.«⁶⁰⁰

Dies alles sind Annahmen. Wir wissen nicht, ob das Überleben Österreichs, so gering die Chancen auch immer gewesen sein mögen, mit einer entschlosseneren und konsequenteren Bekämpfung des aggressiv-nationalen Lagers in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bessere Chancen gehabt hätte – und ob die Unterwanderung durch Nationalsozialisten, wie sie 1938 evident wurde, schwieriger gewesen wäre. Eines ist jedenfalls sicher: Die Bekämpfung des Anschlusses rechtfertigte keinesfalls die Ausschaltung der Sozialdemokratie und ihrer Vorfeldorganisationen.

Stattdessen kündigte sich der Zusammenbruch des unterwanderten Österreich vor dem März 1938 immer deutlicher an: Der Vaterländischen Front, die im Führerrat zu fast einem Drittel aus ehemaligen Adeligen bestand und der es – im Unterschied zum faschistischen Typus – nicht gelungen war, die Integration der Arbeiterschaft zu gewährleisten⁶⁰¹ und die nur eine »Karikatur einer faschistischen Massenpartei« war⁶⁰², zudem ab 1936 unterwandert von Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten, konnte die Souveränität Österreichs auf die Dauer nicht wahren. Selbst der eigene Nachrichtendienst lieferte »nur endlose Klagen wie wenig sich die VF durchsetzen konnte und wie die Nazis ihr Spiel mit ihr trieben. [...] Die Versuche nach 1936, zwischen Nationalen, betont Nationalen und Nationalsozialisten zu unterscheiden, erwies sich als unmöglich«.⁶⁰³

Kreiskys Bitterkeit bezüglich des Nachgebens Schuschniggs nach den Worten »Ich weiche der Gewalt«, wird verständlich, wenn nach den vielen Verfolgungen der Sozialdemokraten, nach der Zerstörung ihrer Strukturen, nach der halbherzigen Abwehr gegen den fanatischen deutschen und antisemitischen Nationalsozialismus nun auch die Souveränität Österreichs verloren ging, insbesondere auch deshalb, weil das Regime nicht bereit war, ähnlich, wie es Winter gefordert hatte, mit Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam einen Abwehrkampf zu führen:

»[...] die sogenannten Patrioten haben keineswegs für Österreich gekämpft. Sie versagten dem Augenblick, wo sie sich hätten bewähren müssen, obwohl ihnen die Sozialisten und auch die Kommunisten, die in dieser Frage zur Zusammenarbeit bereitstanden, die Zusage gegeben hatten, in allem zurückzustecken und sich ihnen im Kampf um die Behauptung der Unabhängigkeit anzuschließen. Die Zurückweisung dieses Angebots war die große

⁶⁰⁰ Erich **Zöllner**: Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart Wien ⁸1990, S. 523f.

⁶⁰¹ Hanisch (2007): »Christlicher Ständestaat« und autoritäre/faschistische Systeme, S. 178

⁶⁰² Wolfgang **Maderthaner**: Kultur Macht Geschichte. Studien zur Wiener Stadtkultur im 19. und 20. Jahrhundert. Wien 2005, S. 175-196

⁶⁰³ Hanisch (2007): »Christlicher Ständestaat« und autoritäre/faschistische Systeme, S. 180

politische Untat des Kleriko-Faschismus am österreichischen Volk. Ich bin diesem Regime gegenüber deshalb so unversöhnlich, weil es nichts, aber einfach nichts gegeben hat, was die Diktatur wenigstens im Nachhinein gerechtfertigt hätte.

Dieses Regime erwies sich als stark nur uns gegenüber, nur brutal gegenüber den Arbeitslosen, von arrogantem Übermut. Überall aber, wo es der echten Stärke bedurfte, Hitler gegenüber oder Mussolini gegenüber, war es unterwürfig und servil, immer zu Kapitulationen bereit.«⁶⁰⁴

Doch auch wenn das Konzept Österreichs als zweiter besserer deutscher Staat scheiterte und damit auch der austrofaschistische Ständestaat eines seiner zentralen Postulate nicht einhalten konnte, auch wenn das Bewusstsein, Mitglied der Deutschen Nation zu sein, nach wie vor dominierte, wurden insbesondere in den Artikeln der HÖ bereits einige Ansätze angedacht, an denen in der Zweiten Republik fortgesetzt werden konnte:

Die europäische Perspektive, die sich nicht nur auf die Erfahrungen der Vielvölkermonarchie bezieht, die gelernt hat, mit den unterschiedlichen nationalen Interessen umzugehen, sondern auch die Perspektive des nunmehr kleinen Österreichs als »Verbindungsglied« und »Brücke« zwischen den einzelnen Nationen aufzutreten, kann nach 1945 für ein neues Identitätsbewusstsein Österreichs genutzt werden. Selbst der Außenseitergedanke einer österreichischen Nation, wie er in legitimistischen katholischen Kreisen und auch von Kommunisten entwickelt wurde, konnte sich dann bis zu unserer Zeit vollkommen durchsetzen.

Ausblick: Das Österreich-Verständnis nach 1945

Das Österreichbewusstsein war jedoch bis 1945, darauf macht der VSStÖ-Vorsitzende von 1947 bis 1949, Heinz Damian aufmerksam, in weiten Kreisen bis in die Kriegstage, selbst bei Gegnern der Nationalsozialisten, nicht ausgeprägt: »Irgendwie dachte die Jugend in dieser Zeit noch nicht österreichisch, sondern weitgehend deutsch.«⁶⁰⁵ Das Entstehen eines eigenen österreichischen Nationalbewusstseins fiel für Damian und viele seiner Generation erst in die Nachkriegszeit. Sogar die sozialdemokratische Emigration in Großbritannien bekannte sich zum Deutschtum und sah Österreich genauso wie Schuschnigg als »zweiter deutscher Staat« – im Unterschied zu den Schwedischen Emigranten wurde, »unter der vorausplanenden Lenkung eines Bruno Kreisky, das österreichische Nationalbewusstsein gepflegt«.⁶⁰⁶

Bereits im schmalen ÖH-Mitteilungsblatt im Juli 1945 gab es einen Artikel, der sich wieder mit dem »Österreichertum« auseinandersetzt, nachdem dieses sieben Jahre lang im Nationalsozialismus verleugnet werden musste und begann mit dem stolzen Bekenntnis: »Wir sind Österreicher!«

⁶⁰⁴ Kreisky (2000): Zwischen den Zeiten, S. 287

⁶⁰⁵ Heinz **Damian**: Der rote Advokat – Schulwege, Politisches, Skurriles. Wien 2004; S. 23

⁶⁰⁶ Damian (2004), Der rote Advokat – Schulwege, Politisches, Skurriles, S. 24

»Wenn wir nun dieses auferlegten Zwanges endgültig ledig sind, ist es notwendig, sich wieder daran zu erinnern, dass der Österreicher ein ›homo sui generis‹ ist, ein Mensch, geformt durch seine Landschaft, seine Lage, seine eigene Geschichte und der sich aus diesen Komponenten ergebenden eigenen Kultur, ein Mensch, der zufällig Deutsch spricht. Es waren nicht nur die verflossenen sieben Jahre allein, die den österreichischen Menschen diese Erkenntnis zum Teil vollkommen entschwinden ließen. Es ist die Folge einer nachlässigen und falschen Erziehung durch Jahrzehnte, man kann fast sagen durch Jahrhunderte. Die Verwirklichung des großdeutschen Traumes, die Vorstellung, dass Österreich nur ein Teil des Deutschen Reiches sei, hat wohl die Fanatiker geheilt und die ewig Uninteressierten aus ihrem Schlaferweckt.«⁶⁰⁷

Einige Gedanken klingen an Gedanken und Artikel der HÖ in den 1930er-Jahren an: An Hantsch, dass Österreich durch die Kultur geformt wurde und diese auch geformt hat, auch Gedanken Klahrs und Winters finden sich hier: wenn die Österreicher »zufällig Deutsch« sprechen oder, dass der großdeutsche Traum sich als Albtraum entpuppt hat. Der Gedanke der »falschen Erziehung« erinnert an Pius Michael Prutscher und Alexander Novotny. Selbstbewusst werden in diesem Artikel Menschen angesprochen, die diesem neu entstandenen Land Identität geben können:

»Wir sind nicht so arm, dass wir uns scheuen müssten, die kulturellen und geistigen Leistungen der Deutschen anzuerkennen. Wir haben aber selbst genügend Gelehrte, Dichter, Musiker, Maler, Künstler, Erfinder, Techniker, Unternehmer, Organisatoren usw., die denen aus dem Reiche gleichwertig sind, deren Werke nicht aus der Zugehörigkeit zu einem Deutschtum, sondern einzig und allein daraus zu verstehen sind, dass sie Österreicher waren, in Österreich lebten und hier ihre Werke schufen.«⁶⁰⁸

Die Studenten sehen sich nun selbst in dieser Tradition und thematisieren ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der erst wenige Wochen gestürzt worden ist. Die Studierenden »haben gezeigt, dass die Österreicher genauso wie die Hochschüler anderer vom Hitlerismus unterdrückter Völker für ihre Freiheit und die Menschenrechte zu kämpfen bereit sind. Sie sind die sichersten Garanten der Einheit, die für einen erfolgreichen Aufbau unserer Heimat unbedingte Notwendigkeit ist. Sie vor allem haben bewiesen, dass es aller Opfer wert ist, Österreicher zu sein«.

Einige der oben erwähnten Kontinuitäten, wie die Brückenfunktion finden sich in einem Artikel der ›Akademische Rundschau‹, bezeichnenderweise am 26. Oktober 1946, zu einer Zeit also, da noch keine Rede vom Österreichischen Nationalfeiertag sein konnte. In der Tat sind in diesem Artikel viele Ansätze vorweggenommen, die Österreich in der Zweiten Republik bis zum Beitritt zur EU so oder ähnlich verwirklichen wird. Im Artikel »Die neue Mission Österreichs.

⁶⁰⁷ Mitteilungsblatt, 4.7.1945, S. 1

⁶⁰⁸ Mitteilungsblatt, 4.7.1945, S. 1

Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Hans Thirring (1888-1976)⁶⁰⁹, anlässlich der 950-Jahr-Feier Österreichs«,⁶¹⁰ gibt es zwar auch in vielen Punkten Kontinuitäten zu den obigen Ansätzen, dennoch ist einiges anders. Die Erlebnisse der Weltkriege werden als Katastrophe geschildert, anders als in der heroischen Sichtweise der Heimwehrzeiten wird auch der Erste Weltkrieg kritisch gesehen und zum ersten Mal beschäftigt sich eine Studentenzeitung zumindest andeutungsweise mit österreichischem Schuldverhalten:

»Österreich lag in beiden Kriegen im Mittelpunkt der Handlung, es hat unter ihnen gelitten, ist durch sie verarmt und ins Elend gestürzt worden. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, dass an der Entstehung des ersten Weltkriegs neben anderen Urhebern auch österreichische ehrgeizige Generäle und Politiker schuld waren und, dass weiter der Hauptbrandstifter des zweiten Weltkrieges der Österreicher Adolf Hitler gewesen ist.

Hat also Österreich eine Schuld zu sühnen?»

Diese Frage habe keinen Sinn, denn sie personifiziere die Nation »als ein Individuum«, »dem man solche Gesinnungen andichtet und dem man die Verantwortung für genaues Unrecht auferlegt«. Wie selbstverständlich spricht Hans Thirring dann von ›Nation‹, etwas, das vor 1938 von den meisten Eliten Österreichs abgelehnt worden ist.

Was die Schuld einer personifizierten Nation betreffe, so argumentiert er, dass »in der überwiegenden Mehrzahl Unschuldige« durch Schuld des Staates dies als Strafe ausbaden müssten, aber jene Eliten, die dies verursacht hätten, diese Strafe kaum bemerken würden. Denn »gerade die ärmsten Klassen hätten mit der Entfesselung des ersten und zweiten Weltkrieges nicht das Geringste zu tun«.

Besser nach vorne schauen, ist das Motto: Wenn Österreich einen »ehrvollen Platz in der Gemeinschaft der Völker wieder einzunehmen« möchte, dann sei es wichtig, dass wieder produktiv gearbeitet und etwas geschaffen werde. Von den Früchten dieser Arbeit sollten alle Österreicher profitieren. Und an die »geistige Elite« richtet Thirring seinen dritten Appell:

»Tragt das Eurige dazu bei, damit Österreich nicht etwa zu einem Bollwerk des Westens gegen den Osten und ebenso wenig ein Bollwerk des Ostens gegen den Westen werde, sondern ein Mittler, eine Brücke zwischen West und Ost.«⁶¹¹

⁶⁰⁹ Hans Thirring war Physiker, der sich bereits in der Monarchie an der Universität Wien habilitiert hatte, wurde 1921 Ao.Prof und 1927 Ordinarius am Institut für Theoretische Physik. Er war Pionier des Tonfilms durch eine Erfindung und war mit dem Generaldirektor der RAVAG Teilhaber der Tonfilmgesellschaft ›Selenophon‹. Von den Nationalsozialisten wegen seiner Beschäftigung mit der Relativitätstheorie relegiert, kehrte er nach 1945 an die Universität Wien zurück und war 1946/47, also bei Abfassung des vorliegenden Artikels Dekan der Philosophischen Fakultät. Thirring war 1957 bis 1963 Bundesratsabgeordneter der SPÖ.

⁶¹⁰ Akademische Rundschau, 26.10.1946, S. 1f

⁶¹¹ dieses und die folgenden Zitate siehe: Akademische Rundschau, 26.10.1946, S. 1

Bereits 1946 erahnt er offensichtlich den kommenden Ost-West-Konflikt und die einzige Chance Österreichs, hier als Vermittler zu wirken »zwischen den Ideologien der westlichen Demokratien und der sozialistischen Staaten Osteuropas«.

In dieser Entwicklung sieht Thirring sogar »eine große Chance für die geistige Elite Österreichs«, wobei er ein kulturelles Motiv verwendet, das ähnlich auch Hantsch 1936 erwähnt hat:

»[...] in vielen materiellen Dingen sind wir nicht der gebende, sondern nur der nehmende Teil. Was aber Österreich der Welt bieten kann, sind geistige Werte. Österreichs Musik war durch anderthalb Jahrhunderte einer seiner Aktivposten; ein neues Aktivum kann daraus entstehen, dass von Österreich aus eine Wissenschaft des Friedens erwächst, eine Art medizinische Schule, die dem Bazillus der Kriegspsychose nachspürt und an seiner Unschädlichmachung mithelfen kann.«

Denn leicht könne dies geschehen, wie die für die meisten damals präsenten und selbst erlebten Entwicklungen im 20. Jahrhundert in Österreich gezeigt haben:

»Wir wissen vom ersten Weltkrieg her, dass die Völker blind und unverständlich in ihn hineingeschlittert sind und im zweiten Weltkrieg war der Wahn eines Psychopathen zusammen mit dem Götzendienst des zu einer Religion erstarrten Nationalismus der treibende Faktor. Gegen Ende dieses letzten Krieges sind Millionen Menschen aus ihrer Hypnose erwacht, schlugen sich an den Kopf und bekannten offen: »Wenn wir das alles von Anfang an gewusst hätten, wären wir niemals Anhänger Hitlers geworden.«

Diese nun so präsenten Lehren müssten Allgemeingut bei den Gebildeten werden. Dazu gehöre, dass diese Erkenntnisse auch in die Allgemeinbildung einfließen müssten, sodass eine Zivilisation und Kultur entsteht, die diese lebenswichtigen Erkenntnisse weitergibt, um »Wahnvorstellungen der breiten Massen zu entlarven«, oder »unbegründetes Misstrauen zu zerstreuen, das aus Hypervorsicht vor einer Gefahr einen oder mehrere andere Gefahrenherde aufzutut«. Wenn dies nicht gelingt, und der Konflikt zwischen den USA, der Sowjetunion und ihren Verbündeten eskalieren sollte, »wird Österreich das, was Karl Kraus schon viele Jahre vor der Erfindung der Atombombe seherisch genannt hat: Eine Versuchsstation für den Weltuntergang«.

Im Angesicht der realen Gefahr und der Erfahrungen zweier Weltkriege entwickelt Thirring eine Vision und »wirklich weltgeschichtliche Mission Österreichs« in einer Vermittlungsfunktion zwischen den Völkern, wie sie tatsächlich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgreich wurde und wie sie teilweise auch die Aufsätze von Mataja, Knoll und Hantsch angedeutet haben. Denn auch »ein militärisch wehrloser Staat« könne »zu Weltgeltung gelangen« wenn »er der Ausgangspunkt segensreicher Ideen wird, vor allem dann, wenn er »Pioniere des Weltfriedens« hervorbringen kann. Solche Gedanken bereiten bereits Teile der Neutralitätspolitik Österreichs vor: Österreich hat später eine Gesprächsplattform geboten, die im Sinne der obigen Ideen Thirrings gewirkt hat. Interessant ist jedenfalls, dass bereits 1946 sich der geänderte Ansatz eines zwar kleinen und militärisch schwachen Österreich zeigt, das durch

Diplomatie und Friedenssicherung trotzdem in der Weltpolitik punkten und seine Existenz sichern kann.

Walter Jambor berichtet von seinen Kollegen, dem VSStÖ-Vorsitzenden Dr. Raoul Schmiedek, der ein »Labourist«, also ein »ein liberaler Sozialdemokrat« gewesen sei, ähnlich wie sein Nachfolger Dr. Heinz Damian: Über die Fraktionsgrenzen seien sich die Studierenden der FÖSt und des VSStÖ einig im gemeinsamen österreichischen Geschichtsbild gewesen:

»Die Republik Österreich, die Österreichische Nation: wir haben uns alle [...] dazu bekannt. Das war eigentlich der Humus und das Ferment, das uns bei aller Anerkennung politischer Unterschiede immer verbunden hat.«⁶¹²

Viele Positionen, die in den Zeitschriften der Hochschülerschaft 1945 aufgenommen werden, wurden bereits vor 1938 vorbereitet. 1945 war die Bereitschaft, die österreichische Nation und ein kleines Österreich zu akzeptieren, jedenfalls wesentlich größer. Der Aufsatz von Thirring ergänzt diese Konzepte durch Friedenssicherung und spricht wesentliche Punkte an, die für die Identität der österreichischen Nation in der Zweiten Republik bestimmend wurden.

Antisemitismus?

»Zwar dauerte der Antisemitismus der österreichischen politischen Kultur an, das Regime stand sicherlich nicht auf der philosemitischen Seite, aber die Israelitische Kultusgemeinde unterstützte es, wenn auch nur als kleineres Übel. Sie war in den politischen Institutionen des ›Ständestaates‹ vertreten [...]«.⁶¹³

Ein ähnlicher Befund kann auch für die Hochschülerschaft gelten. Nun hatten die Heimwehrverbände an der Universität, wie bereits erwähnt, sehr wohl Arierparagrafen. Auch ist in den Jahrbüchern der Hochschülerschaft Österreichs in den Artikeln der Fachgruppen und Fachschaften immer davon die Rede, dass sie »bodenständigen« oder »deutschsprachigen« Studierenden offenstehe, dass es also offensichtlich Arierparagrafen und Diskriminierung bei der Teilhabe an der Mitbestimmung von jüdischen Studenten weiterhin gab. Somit kann nicht ausgeschlossen werden, dass, wie an der Philosophischen Fachgruppe der Universität Wien, eine Kontinuität des Antisemitismus der Deutschen Studentenschaft auch nach 1933 fortlebte. Zwar verstand sich die Hochschülerschaft prinzipiell als eine Vertretung aller Studierenden: Als jedoch, wie bereits oben erwähnt, die Studentenvertreter der Philosophischen Fakultät jüdische Studenten nicht beraten wollten, sondern sie zu einem jüdischen Verein schickten, wurde dies zwar in der Österreichischen Hochschulzeitung vermerkt, jedoch ohne gegen diese Apartheid anzuschreiben.⁶¹⁴

⁶¹² Mitteilung von Dr. Walter Jambor

⁶¹³ Hanisch (2007): ›Christlicher Ständestaat‹ und autoritäre/faschistische Systeme, S. 178

⁶¹⁴ vgl. ÖHZ, 1.11.1936, S. 4

Ebenso sei auf die antisemitischen Anspielungen des Referenten für den Studentischen Arbeitsdienst Adolf Mädels im ›Heimwehrstudent‹ verwiesen, der in den Vertretern des Vereinten Roten Studentenbundes »galizianische Mitarbeiter« wittert, was eine Anspielung auf die aus Galizien geflohenen ›Ostjuden‹ war.⁶¹⁵

Ein Redakteur der ÖHZ,⁶¹⁶ der nach dem Juliabkommen auftaucht und vermutlich keine große Bedeutung zu haben schien, weil er immer nur in Kleinspalten publizierte, konnte sich dort insofern ausleben, als er immer wieder Negatives über Juden notierte. Sein sonderbares Lieblingsthema war die Verquickung zweier Feindbilder: die Sowjetunion als Judenstaat:

So erscheint etwa ein Artikel unter der Überschrift »Verjudung der höchsten Regierungsstellen der Sowjetunion«: »Laut des diplomatischen Jahrbuches« der Sowjetunion seien im Rat der Volkskommissäre leitende Funktionäre Juden, worauf eine Aufzählung von hohen Funktionären folgt⁶¹⁷ oder unter der Überschrift: »Die jüdischen Hörer an den Sowjet-Hochschulen«, wobei er festzustellen glaubte, es erhöhe sich »die Tatsache, dass das jüdische Volk in der Sowjetunion es verstanden hat, in breiter Masse in allen führenden geistigen Berufe einzurücken«⁶¹⁸ [sic], ebenso wurde in derselben Spalte gleich darunter eine Notiz publiziert, dass es »Zu viele Juden in Ungarn« gebe. Ein anderes Mal fabuliert er: »Jüdische Kunst steht Sowjetspanien besonders nahe.«⁶¹⁹

Ein auf den ersten Blick sachlicher Artikel beschreibt im Sommer 1937 die schwierige Situation auf dem Arbeitsplatz. Doch auf den zweiten Blick scheint die »Warnung der jüdischen Abiturienten vor dem Medizinstudium in Österreich« (in der Rubrik: »Dies zuerst lesen«) verdächtig. Denn auch dieses »Warnung«, soll genauso wie die Maßnahme selbst zu einer Verdrängung der jungen jüdischen Mediziner führen. Der austrofaschistische Ständestaat führte also 1937 Maßnahmen ein, die zu einer prekären Situation für jüdische angehende Ärzte führen sollte und diese existenziell benachteiligte:

»Die Vereinigung jüdischer Ärzte in Wien versendet – wie wir dem neuen Wiener Tagblatt entnehmen – eine Zuschrift, in der sie vor allem die jüdischen Abiturienten und ihre Eltern vor der Wahl des Medizinstudiums in der jetzigen Zeit auf das nachdrücklichste warnt. In der Zuschrift heißt es unter anderem: »Während in früheren Jahren jeder österreichische Staatsbürger nach seiner Promotion zum Doktor der gesamten Heilkunde sich einfach in einem beliebigen öffentlichen Spital zur Praxis, bzw. als Hilfsarzt anmelden

⁶¹⁵ Der Heimatschutz-Student, 18. Juni 1936, S. 2

⁶¹⁶ Es ist allgemein das Problem der ›Akademischen Nachrichten‹ und der ›Österreichischen Hochschulzeitung‹, dass ein Großteil der Meldungen nicht namentlich gekennzeichnet oder mit Namenskürzeln versehen ist. Daher ist es auch eine Vermutung, dass es sich immer um den gleichen Autor handelte, der allerdings aufgrund ähnlicher Formulierungen angenommen werden kann.

⁶¹⁷ ÖHZ, 15.4.1937, S. 4

⁶¹⁸ ÖHZ, 1.5.1937, S. 5

⁶¹⁹ ÖHZ, 22.10.1937 S2

konnte, worauf seine Ernennung zum Aspiranten bzw. Sekundararzt genau turnusmäßig erfolgte, ist seit dem 1. April 1933 dies nicht mehr der Fall [...] Die Folge dieser Neueinführung ist, dass seit dem 1. April 1933 bis auf ganz vereinzelte Ausnahmen keine Ernennungen von jüdischen Aspiranten und Sekundärärzten in den Fondsspitalern erfolgten; ähnliches gilt auch für die städtischen Krankenanstalten.

[...] Man sieht also, dass die Aussichten für Juden unter diesen Umständen katastrophal sind, abgesehen davon, dass auch die allgemeine Lage der Ärzteschaft durch Überfüllung des Standes usw. überaus traurig ist.«⁶²⁰

Wie prekär die Situation der Aspiranten im Medizinstudium war, wird in späteren Kapiteln noch weiter erörtert. Es gab sogar Protestmaßnahmen der offiziellen HÖ und Streiks, die von den Revolutionären Sozialisten organisiert wurden.

Doch diskriminierende Maßnahmen gegen jüdische Mitstudenten setzten sich auch nach 1933 fort: So wurden etwa die Mitteilungen über Sozialleistungen und -einrichtungen der Abteilung für Wirtschaft und Fürsorge der Hochschülerschaft Österreichs zwar allen Studierenden kostenlos ins Haus zugestellt, aber nur den »nichtjüdischen« Hörern.⁶²¹

Dennoch erscheint im November 1937 unter dem Sachwalter Richard Lechner und dem Chefredakteur Alfred Twaroch ein unter diesen Umständen außergewöhnlichen Artikel mit dem Titel »Gedanken zur Judenfrage«⁶²² in der ÖHZ, übrigens der letzte vor dem Anschluss, der dieses Thema behandelt. Der Artikel auf der Titelseite ist um Versöhnung und Gleichbehandlung bemüht, allerdings mit der offiziösen Distanzierung: »Unter Vorbehalt der eigenen Stellungnahme entnehmen wir einer Zuschrift folgende interessante Ausführungen«. Inhaltlich wird kritisiert, dass die Existenz jüdischer Mitbürger »nicht ein Helotendasein werden« dürfe. Ebenso müssten unbedingt »Möglichkeiten, bestehende Spannungen zu mildern und ganz zu beseitigen«, gesucht werden.

Der Artikel bemüht sich, eine Wahrung der Werte und Gemeinsamkeiten mit dem Deutsche Volk herbeizuführen, sinniert mit Martin Buber fast psychologisch (»In jenen stillsten Stunden, in denen wir uns auf Unaussprechliches besinnen, fühlen wir eine tiefe Zwiespältigkeit unserer Existenz«) und schließt mit einem Gleichnis:

*Eine Lösung der Judenfrage ist nur in einem Sinn denkbar. [...] diesen Weg zeigt vielleicht eine alte chassidische Legende: »Vor den Toren Roms sitzt ein aussätziger Bettler und wartet. Es ist der Messias«*⁶²³

⁶²⁰ ÖHZ, 10.8.1937, S. 2 (Hervorhebungen original)

⁶²¹ ÖHZ, 20.12.1937, S. 9

⁶²² ÖHZ, 20.11.1937, S. 1f

⁶²³ ÖHZ, 20.11.1937, S. 1f

Bereits hier, noch vor der Besetzung Österreichs durch die Nationalsozialisten und vor dem Holocaust, ist also eine Sichtweise zu finden, die auf die Neubewertung des Judentums durch die katholische Kirche im Zweiten Vatikanischen Konzil, aber auch auf Strömungen in der Hochschülerschaft um den späteren Judaistikprofessor Schubert verweist.

Jüdische Korporationen

In den Jahrbüchern werden auch die Aktivitäten der Jüdischen Vereine angeführt.⁶²⁴ Der aktivste war der ›Gesamtverband jüdischer Hochschüler Österreichs‹, die ›Judäa‹ in Wien. Dieser Verband war in mehreren Fachschaften organisiert und wird im Jahrbuch auch ›Jüdischer Hochschulausschuss‹ genannt. Ihm gehörten ein Juristenverein, ein Medizinerverein, ein Philosophenverein, ein Technikerverband und ein Fachverein jüdischer Hörer an der Hochschule für Welthandel an. Mindestens zweimal in der Woche wurden Amts- und Bibliotheksstunden wahrgenommen, die Mediziner boten drei Termine an. Der Sitz befand sich in der Nähe des Allgemeinen Krankenhauses in der Alser Straße 26 und beherbergte einen großen Lesesaal.

Weitere Vereine waren der Jüdisch-Akademische Verein ›Theologia‹ in der Tempelgasse, die bereits erwähnte ›Kadimah‹, die ›Unitas‹, ›Ivria‹, ›Makkabäa‹, ›Libanonia‹, ›Emunah‹, ›Zephira‹. Dann gab es noch eine Lese- und Redehalle für jüdische Hochschüler und den Verein zionistischer Hochschüler ›Theodor Herzl‹. Diese Institutionen hatten eine eigene Mensa, ein Studentenheim in Grinzing, Kranken-, Not-, Darlehens-, Prüfungs- und Inskriptionsfonds, ein Rechtsbüro, Krankenfürsorge, unentgeltliche ärztliche Hilfe, eine Stellenvermittlung, eine Wirtschafts- und Sportsektion.

Außerdem war die ›Judäa‹ Mitglied des ›Weltverbandes der jüdischen Studentenschaft‹ (›World Union of Jewish Students‹) die dem Völkerbund angegliedert war.

Auch in Graz gab es eine Vereinigung, die ›Charitas‹, die ebenfalls dem Verband zionistischer Verbindungen angehörte. Für Innsbruck – und erwartbarer Weise auch nicht an der Theologischen Fakultät in Salzburg – sind keine jüdischen Studentenverbände angeführt.

Frauenstudium

»Die Studentinnen hatten eine Reihe großer Schwierigkeiten zu beseitigen. Gab es doch viele Vorurteile gegen das Frauenstudium. [...] Mit der Zeit erkannte man, dass aus dem akademischen Studium für die Frau selbst, im weiteren Ausmaße aber für die gesamte Volksgemeinschaft, große geistige Vorteile erwachsen. Nun mussten die Frauen nicht mehr in dem Maße Bahnbrecher sein und durften sich in ungestörter Ruhe dem Studium widmen. [...]

⁶²⁴ Sämtliche Angaben dieses Abschnitts sind entnommen aus:
Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935/1936. Wien 1935, S. X-XI

Gleichzeitig mit der wissenschaftlichen Ausbildung hat die Hochschule auch eine Erziehungsarbeit zu leisten. Leider ist sie dieser Aufgabe nicht immer und gerade an der Frau wenig gerecht geworden. Trotzdem soll nicht verkannt werden, dass durch sie immer eine Bereicherung des Wesens der Frau erfolgte. Die wissenschaftliche Arbeit verlangt ruhige Überlegung, planmäßiges Vorgehen, Geduld und Ausdauer. Der Blick darf nicht von der Hauptsache abgelenkt werden, aber auch Nebensächliches nicht übersehen werden. Dem vagen Gefühl ist der Spielraum beschränkt, der Phantasie sind in ihrer Entfaltung Grenzen gezogen. Darum muss die akademische Frau notwendigerweise klarer, ruhiger, aber auch objektiver und großzügiger werden. Sie wird größere Selbständigkeit entfalten, leichter einen Überblick gewinnen. Freilich besteht daneben noch die Gefahr, dass die studierende Frau sich in abstrakten Gedanken verliert, zur Theoretikerin wird, ihre Mütterlichkeit in lebensfremder Arbeit erstickt [...]«⁶²⁵

Im ersten Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934 findet sich ein Artikel, aus dem das obige Zitat stammt, der sich mit dem Frauenstudium beschäftigte. Offensichtlich hatte sich die HÖ zwar damit abgefunden, konnte es jedoch mit dem konventionellen Rollenbild der Frau nur schwer vereinbaren.

Frauen konnten nun in den 1930er-Jahren mit Ausnahme der Theologischen an allen Fakultäten studieren.⁶²⁶ Die Situation der Frauen verschlechterte sich jedoch nach 1933 im Vergleich zur Ersten Republik eindeutig. Es ist bezeichnend, dass in den drei weiteren Jahrbüchern der Hochschülerschaft Österreichs dieser Artikel, der sich an die Studentinnen wendet, keine Fortsetzung und Studentinnen überhaupt nicht mehr erwähnt werden. Dem Frauenstudium wurde zwar noch eine »Bildungsfunktion«, jedoch nicht mehr die Ausbildungsfunktion zur beruflichen Qualifikation zugesprochen.

Die Politik des austrofaschistischen Ständestaates und die Wirtschaftssituation erschwerten Frauen in Beruf und Studium ihre Situation: Bereits Anfang der 1930er-Jahre war in Österreich unter dem Begriff »Kampf gegen die Doppelverdiener« eine Entwicklung eingeleitet worden, die sich später auf die Frauen diskriminierend auswirken sollte.

*»Die Ansicht, dass in Zeiten der Arbeitslosigkeit dem Doppelverdienst etwas Unmoralisches anhaftet, war ebenso populär wie umstritten. Nur scheinbar ging es um Gerechtigkeit, wenn einzelne versuchten, sich besser zu stellen und damit den Arbeitslosen den Arbeitsplatz wegnahmen.«*⁶²⁷

Auch an den Hochschulen und Universitäten machte sich diese Einstellung bemerkbar. Die Hochschulstatistiken belegen eindeutig, dass die Zahl der Hörerinnen von 1918/19 bis 1931/32

⁶²⁵ Frauenstudium einst und jetzt. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35. Wien 1934, S. 38-40; S. 39

⁶²⁶ Eine Ausnahme war die Vertreterin des Bundes Neuland Charlotte Leitmaier, die mit Spezialerlaubnis des Kardinals Innitzer 1933 Theologie inskribierte, um Lehramt Religion zu studieren.

⁶²⁷ Dieter Stiefel: Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit. In: Alice Teichová u.a. (Hg.): Der Markt im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Prag 1997, S. 191-211; S. 209

um 15,5 Prozent stieg, dann, im Zuge der Wirtschaftskrise und der Maßnahmen des Austrofaschismus im Jahr 1937/38 um 33 Prozent sank. Noch aussagekräftiger sind die Werte, die das Verhältnis von Studenten und Studentinnen betreffen: 1918/19 waren nur 8,85 Prozent⁶²⁸ aller Studierenden weiblich, dann stieg der Anteil schon im Studienjahr 1927/28 auf 13 Prozent und erreichte 1934/35 19,6 Prozent. Danach sank der Frauenanteil wieder leicht und fiel 1937/38 auf 18,1 Prozent zurück. Auch die Erwerbsquote der Frauen sank, sogar noch stärker als die Quote der Studentinnen. 1910, noch vor dem 1. Weltkrieg betrug sie noch 40 Prozent, 1934 jedoch nur noch 37 Prozent! Zudem wurde nun die Arbeitslosenunterstützung bei Frauen restriktiver gehandhabt.⁶²⁹

Insgesamt mussten auch die bürgerlichen Frauenvertreterinnen nach zahlreiche Maßnahmen, die ihre Stellung verschlechterten, im austrofaschistischen Ständestaat »diese Niederlage nur resignierend als Ausdruck der politischen Ohnmacht der Frauenbewegung [unter anderem in der Vaterländischen Front] hinnehmen«. ⁶³⁰ Bald griff die Diskussion auch auf die Studentinnen über, die nun auch Nachteile im Studium zugunsten ihrer männlichen Kollegen erfuhren. So berichten die Akademischen Nachrichten 1934 von den schlechten Aussichten etwa für angehende Ärztinnen:

»Das Professorenkollegium der Wiener medizinischen Fakultät hat in seinen Sitzungen vom 28. Februar und 15. Mai 1934 unter anderem nachstehende Verfügung getroffen: Mit Rücksicht auf die Aussichtslosigkeit des Frauenstudiums sollen weibliche Studierende in den ersten zwei Semestern keine Befreiung (weder ganz noch halb) erhalten.« ⁶³¹

Wie leicht jedoch eine Minderheit gegen die andere ausgespielt werden kann, beweist die Fortsetzung dieses Artikels mit antijüdischen Ressentiments:

»Damit ist praktisch gerade für die arischen Hörerinnen kaum mehr die Möglichkeit zum Studium gegeben. Es wird also gerade das Gegenteil dessen erreicht, was man doch sicherlich beabsichtigt. Zu dieser Einschränkung des Frauenstudiums sollen einige Zahlen gebracht werden:

An der medizinischen Fakultät inskribierten im Sommersemester 1934 zirka 363 Hörerinnen, davon sind 260 Jüdinnen. Von diesen gehören 209 zur anerkannt wohlhabenden Gesellschaftsklasse, 43 stammen aus Beamtenkreisen und 11 Hörerinnen scheinen mittellos zu sein. Von den arischen Hochschülerinnen sind gut 70 Prozent aus Kreisen, die man ohne weiteres als mittellos bezeichnen kann. Es wird also unbedingt

⁶²⁸ Allerdings ist zu bedenken, dass durch die Kriegsheimkehrer der Anteil der männlichen Studierenden höher war als sonst.

⁶²⁹ vgl. Posch (2008): Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938, S. 77 (Grafik)

⁶³⁰ Irene **Bandhauer-Schöffmann**: Der »christliche Ständestaat als Männerstaat?«. In: Emmerich **Tálos**/Wolfgang **Neugebauer** (Hg.): »Austrofaschismus«. Politik – Ökonomie – Kultur. Wien ⁵2005; 254-280, S. 273

⁶³¹ Akademische Nachrichten. Kultur u. Bildungsinstitut d. Wiener Hochschulen. Wien 1934-35; S. 15

notwendig sein, eine gerechtere Form der Auslese zu finden, um nicht ein an sich richtiges Prinzip, gerade in sein Gegenteil zu verkehren.«

In der Ära Richard Lechner, als die Österreichische Hochschulzeitung immer wieder auch Standpunkte bringt, die nicht dem Mainstream entsprechen, fordert eine Studentin gleichberechtigte Kameradschaft und Respekt ein: Unter dem Titel »Hochschule ist Gemeinschaft, ist gemeinsames Zielstreben«, macht sich die Leserbriefschreiberin »M.F.« aus Wien Gedanken über das Verhältnis und Verhalten zwischen Männern und Frauen an der Universität.

»Die Kollegin musst du gleichwertig behandeln, du bist ihr zur Achtung und Höflichkeit verpflichtet. Dass du ihr beim täglichen Sehen die Hand küsst, wird sie gar nicht erwarten – ja auch nicht einmal wünschen. Aber, dass du ihr nicht die Türe vor der Nase zuschlägst, dass du ihr dienstbereit begegnest, dafür wird sie dir dankbar sein, selbst wenn sie es für selbstverständlich hielte. [...] Kurz gesagt, behandle sie so, dass sie sich in eurer Mitte nicht als Gast vorkommt, sondern als Kameradin. Und nun die Kolleginnen [...]

Wenn man als gleichwertig angesehen werden will, muss man sich dem Ganzen einordnen. Und das können manche nicht. Hier kommt es nicht darauf an, zu w i r k e n , sondern zu s e i n . Darum, Kolleginnen, stellt keine übertriebenen Anforderungen in punkto Ritterlichkeit und Gewandtheit an eure Kollegen, sondern übt euch ein bisschen in Selbsterleugnung. Ich gebe ja zu, dass es schwer ist, Kameradin zu sein. Aber gerade die Schwierigkeit dieser Aufgabe, die Selbsterziehung und Einordnung in sich schließt, ist es, die uns allen nottäte, die allein zur vollen Gleichheit auf der Hochschule führt. Durch solches Verhalten wird den Studenten ihre Sicherheit wiedergegeben, die sie oft nur zu leicht in einem übertriebenen lauten Benehmen vortäuschen wollen, und den Kolleginnen die Verkrampftheit genommen, die sie nicht zu Unrecht oft befällt. [...]

Beginnen mit dem Richtigmachen, so schreibt sie weiter, müssten die Frauen, denn die Männer hätten schließlich zuerst jene Institution »besessen, wenn auch nur aufgrund überholter Tradition und Sitte.« mehr Kollegin und nicht in erster Linie Frau sein, bei Wahrung ihrer Fraulichkeit.

In der nächsten Ausgabe führt dies zu einer bestimmten Reaktion eines gewissen Winfried Franke und es wird – ganz im Sinne der Zeit – klar ausgesprochen, dass man(n) eine Konkurrenz fürchtet – und sich berechtigt fühlt, sich den Vorrang zu nehmen:

Die Kollegin »hat in dem Augenblick aufgehört, Kameradin zu sein, als das Berufsstudium der Frauen derart überwiegend wurde, dass die männlichen Akademiker in der Berufsergreifung in einen gefährlichen Wettbewerb eintraten. Es wird heute keinem Menschen mehr einfallen, der Frau das Recht auf Bildung – auch auf die akademische Bildung – streitig zu machen, oder diese Berechtigung vollends zu verneinen. Aber die Frau soll eben nur der Bildung halber studieren. Wenn schon Brotstudium, dann in solchen Fällen, wo es sich um einen ausgesprochenen Frauenberuf oder um einen Erwerbszweig handelt, bei dem die Frau mit dem Manne nicht im Wettkampf steht. Und hier liegt die Wurzel des Übels. Die Kollegen sehen in jeder Frau rein gefühlsmäßig – meistens nicht einmal bewusst – den Feind ihrer gesicherten Zukunft. So ist es verständlich, dass sie sich dem »Feind« gegenüber nicht immer ausgesucht höflich benehmen. Noch einmal sei es gesagt: Die männliche Jugend will kein Bildungsmonopol, aber sie will die

*Sicherung ihres Lebensraumes. Kann der Mann ruhig in die Zukunft blicken und sind die Berufsverhältnisse auf eine gesunde Grundlage gebracht, so ist damit auch für die Frau das Beste erreicht: sie kann dann ihren naturgegebenen Beruf erfüllen.»*⁶³²

Trotz dieser Gegenposition in einem Leserbrief ist es jedoch ausgesprochen bemerkenswert, dass einerseits eine Frau in der Hochschülerschaft in den 1930er-Jahren von »voller Gleichheit«⁶³³ an der Hochschule spricht, und dies auch veröffentlicht wird.

Denn im austrofaschistischen Ständestaat waren Frauen weitgehend von der politischen Mitsprache durch die berufsständische Vertretung ausgeschlossen und konnten sich überhaupt nicht durchsetzen. Durch Einführung einer Hauswirtschaftskammer nach Vorbild Estlands, zu der ein Internationales Frauentreffen 1936 in Wien den Impuls gab, wollten die Frauen in der Vaterländischen Front eine Möglichkeit ihres Einflusses schaffen. Diese kam jedoch nie zustande. Dem Ansinnen auf eine Kompetenzerweiterung wurde damals vom Sozialministerium ein Riegel vorgeschoben, indem eine Beschäftigung mit »Fragen des berufsständischen Aufbaues« und der »Hauswirtschaft im allgemeinen« kategorisch verboten wurde.⁶³⁴ Viele Frauen hatten also im Ständestaat keine adäquate Interessensvertretung.

An den Universitäten wurden da und dort sogar Pläne entworfen, die für Frauen ein maßgeschneidertes verkürztes Studium vorsahen. Weil diese ja oft » ihre Hochschulzeit weniger als Vorbereitung auf einen zukünftigen Beruf als vielmehr als Abschluss ihrer Bildung betrachten«, könnte eine Studienreform dieses Bedürfnis anerkennen und ihm entgegenkommen. Somit hätten Frauen die Möglichkeit, sich »im Rahmen zusammenfassender zyklischer Darstellungen innerhalb einiger Semester ein wissenschaftliches Weltbild zu erarbeiten, ohne sich mit Spezialfragen auseinandersetzen zu müssen«. Dadurch könne eine Entlastung der Institute und anderer Arbeitsstätten erfolgen und in Zeiten der »Überfüllung der Hochschulen«⁶³⁵ und des »Anschwellens des Intelligenzproletariats« eine »Steuerung der Akademiker durch Berufsberatung in den Maturajahrgängen vorzunehmen, um weniger gefragte Studienrichtungen, wo es Akademikermangel gibt, zu forcieren, und andere überfüllte

⁶³² Österreichische Hochschulzeitung, 20.11.1937, S. 5

⁶³³ Erst 1945 wurde in der Vorläufigen Verfassung vom 1. Mai 1945 (BGBl. 5/1945) in §6 (1) festgelegt: »Vorrechte der Geburt, **des Geschlechts**, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen«. Somit konnten auch Frauen an den Universitäten auch Theologie studieren, was ihnen davor verwehrt war.

⁶³⁴ Schöffmann (1988): Frauenpolitik im Austrofaschismus, S. 329

⁶³⁵ Von einer Überfüllung konnte 1937 bereits nicht mehr die Rede sein, zumal die Hörerzahlen ab 1932/33 kontinuierlich sanken. 1936/37, dem besagten Studienjahr, war sie nur geringfügig höher als im letzten Vorkriegsjahr 1913/14

vgl. Posch (2008): Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938, S. 77 (Grafik)

zu entlasten«. Damit bräuchte man auch keinen ›Numerus clausus‹, zumal »aus den ärmsten Schichten die bedeutendsten geistigen Persönlichkeiten entstanden sind.«⁶³⁶

Einen hohen Frauenanteil an der medizinischen Fakultät gab es wegen der hohen Qualität der Ausbildung. So erinnert sich Else Pappenheim⁶³⁷, dass viele Studentinnen aus den früheren Kronländern kamen, da diese Fakultät damals, vor der Vertreibung der jüdischen Professoren und Dozenten durch die Nationalsozialisten, noch einen erstklassigen Ruf hatte.

Übrigens findet sich auch kaum eine Frau als Mitarbeiterin der Hochschülerschaft Österreichs, im »studentischen Führungsapparat« gar keine. Welch disparates Verhältnis die Nationalsozialisten in dieser Frage hatten, zeigt sich an sehr widersprüchlichen Handlungen: Einerseits gab es im Deutschen Reich nach 1933 eine Frauenquote an Universitäten, die nicht über 10 Prozent steigen durfte, da ein Studium den »Mutterpflichten« abträglich war. Andererseits gab es in Österreich einen Verein Nationalsozialistischer Studentinnen. Noch vor dem Anschluss wurde der ›Numerus Clausus‹ für Studentinnen wegen Akademikermangel wieder gelockert und hatte daher in Österreich nach dem Anschluss keine Auswirkungen mehr.⁶³⁸ Im Übrigen gab es in der Deutschen Studentenschaft nach dem Anschluss in jeder Fachgruppe ›Referentinnen für Studentinnen‹.

Ausblick 1: Die liebe Kollegin

Im Dezember 1945 beschäftigt sich die ›Akademische Rundschau‹ mit dem Frauenstudium.⁶³⁹ Das Rollenbild ist noch immer nicht ganz geklärt, immerhin scheinen sich die Männer nun einigermaßen mit einem neuen Verständnis abgefunden zu haben:

»Die Wählerlisten haben es aufgedeckt: Die Frauen sind in der Mehrheit im Staate und – bald auch schon an der Uni. [Es wird über 50 Jahre dauern, bis sich dieses »bald« bewahrheiten wird; GeW.] Da sind die Vielinteressierten, die drei bis vier Sprachen zugleich studieren, die Gewissenhaften, die sich die Finger wund schreiben, da ist die Lehramtskandidatin, ganz Wille und Person gewordene Pädagogik, da ist das Mädel, das in der ersten Bank süß und unbekümmert in die Semmel beißt.«

Deutlicher als noch im austrofaschistischen Ständestaat gibt es nach dem Zweiten Weltkrieg eine größere Bandbreite an Rollenbildern auch für Frauen als Studentinnen. Doch bereits im zweiten Absatz wird schon die Frage gestellt, warum Frauen eigentlich studieren. Warum Männer studieren, allerdings nicht. Und mehr als nur angedeutet werden auch die Rollenbilder, die einem Frauenstudium, wenn nicht entgegenstehen, so doch noch immer thematisiert werden

⁶³⁶ ÖHZ, 15.2.1937, S. 6

⁶³⁷ vgl. Posch (2008): Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938; S. 86

⁶³⁸ Sabine **Obermayer**: Frauen im tertiären Bildungsbereich. Zur Situation der Studentinnen an der Universität Wien und der Hochschule für Welthandel in der Zwischenkriegszeit. Ungedr. wirtschaftswiss. Dipl.-Arb. Wirtschaftsuniversität Wien. Wien 1992, S. 93

⁶³⁹ Akademische Rundschau, 22.12.1945, S. 9

müssen: etwa »ob sie kochen kann«, oder: »Die Männer sagen: Eine Frau kann nicht wissenschaftlich arbeiten, sie denkt immer subjektiv. [...] Ihrem Nachbarn fehlt ein Knopf, doch seine Gedanken gehen über diesen Raum hinaus in die reiche Welt der Wissenschaft. Ihr Blick bleibt in der Wirklichkeit, weil ihn die ungeputzten Fenster nicht durchlassen«.

Es handelt sich um eine Glosse, die flott und witzig wirken soll und sich im Grunde auch von den Stereotypen ein wenig distanziert, jedoch sie nicht in Frage stellt. Vielleicht ist es jedoch die Qualität dieses Artikels, dass er die Fragen nach einer Wissenschaftskarriere für Frauen offen und nicht endgültig fixiert lässt:

»Ob ihr die Wissenschaft wirklich ein Ziel sein kann, wenn sie mit beiden Füßen im Leben stehen will? Aber sie könnte durch ihren Beruf die Wissenschaft ins Leben tragen: als Lehrerin junge Herzen formen, als Dolmetscherin das Verständnis für Österreich wecken, als Kinderärztin die Kleinen betreuen, als Chemikerin und Physikerin der Hausfrau mit praktischen Neuerungen das Leben erleichtern. Aber wiegt da nicht überall die Frau ebenso schwer wie das akademische Wissen?

Ich kann es dir nicht sagen, Kollegin! Nimm die Feder zur Hand und sag du es uns, Vielleicht öffnest du manchem ›bösen Kollegen die Augen – und mancher Kollegin«.

Ausblick 2: Die erste Hochschülerschafts-Vorsitzende

1949 trat Josefine Zlabinger für die FÖSt an der früheren Musikakademie an, heute ›Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien‹ und wurde mit großem Erfolg zur ersten weiblichen Vorsitzenden eines Hauptausschusses gewählt.⁶⁴⁰

»Ich bin dann [...] mit dem Wahlergebnis in die Kolingasse gefahren. Da haben mich die abgeküsst, wie ich gekommen bin – weil wir einen überwältigenden Sieg eingefahren haben. Sie werden glauben, ich bin verrückt, weil ich sage: ›Ich‹. Aber an den Akademien hat man schon die Person gewählt«.⁶⁴¹

Zur Hochschülerschaft war sie durch ihren Cousin gekommen, der vor ihr zum Vorsitzenden gewählt und seinerseits einem Kommunisten nachgefolgt war. Durch ihn wurde ihr Interesse für die Hochschülerschaft geweckt. In der ÖH galt die ›Akademie für Musik und Darstellende Kunst‹ nur halb als Hochschule. Zu dieser wurde sie erst später als »Hochschule für Musik und Darstellende Kunst« und mittlerweile als »Universität für Musik und Darstellende Kunst«.

An der Musikakademie gab es einen sehr beliebten und gut vortragenden Professor. Plötzlich wurde er, aus universitätsinternen Gründen, in die Pension geschickt, obwohl er gar nicht wollte. Die damals erst kurz im Amt befindliche ÖH-Vorsitzende der Akademie für Musik und Darstellende Kunst, Zlabinger ging ins Unterrichtsministerium, um anzuzeigen, dass die Studierenden großes Interesse an diesem Professor hätten. Sie war dazu auch von vielen Mitstudierenden gebeten worden und konnte schließlich das Ministerium überzeugen.

⁶⁴⁰ Der Student 13/1949 (Wahlnummer), S. 13

⁶⁴¹ Mitteilung Josefine Kriegler, geborene Zlabinger

Es kam auch zu einem Austausch mit anderen Universitäten: *»Ich habe sehr viel mit den Technikern zu tun gehabt. Die haben mir oft Sachen verschafft, die wir gar nicht gekriegt haben – weil wir eben eine kleine Hochschule waren. Da haben wir zum Beispiel – da war irgendein Brucknerfestival in Oberösterreich – im Stift St. Florian. Die haben uns mitgenommen, in Bussen sind wir dorthin gefahren und es waren tolle Veranstaltungen«.* Andererseits konnte in anderen Fällen auch die Musikakademie interessante Karten bieten: Denn sie konnten leichter als andere Studierende zu Musik- und Theaterkarten kommen. *»Aber für uns, für die Leute, die studiert haben, war es natürlich interessant, dass sie in Konzerte gehen konnten, zum Beispiel Instrumentalisten, zum Beispiel hat damals Cerha ⁶⁴² da studiert, der ja ein bekannter Komponist geworden ist. [...] Und sie sind immer zu mir um Karten gekommen«.*

Josefine Kriegler, früher Zlabinger gibt an, als Frau keine Schwierigkeiten gehabt zu haben: *»Ich finde, in meinem ganzen Leben bin ich nie benachteiligt worden, weil ich eine Frau war«.* Und wenn es Leute gegeben hat, die das versucht haben, dann *»sind sie bei mir an die falsche Adresse gekommen! Und darauf kommt es nämlich an: Auf die Frau selbst. Denn ich kann nicht emanzipiert sein, wenn ich immer nur davon rede!«*

Und im Studentenparlament im Zentralausschuss war sie gleichberechtigt: So gab unter anderem ihre Stimme den Ausschlag, denn ohne sie wäre der umstrittene Generalsekretär unter dem ÖH-Vorsitzenden Norbert Burda, Fritz Aigner, *»nie«* gewählt worden.

Für ihr späteres Leben hat es ihr sehr genützt, dass sie *»dort reden gelernt«* hat:

»Das muss man. Vor allem wenn man mit Professoren zusammensitzt, in Kommissionen, da kann ich mich ja nicht blamieren... Da hat man erstens einmal reden gelernt, man hat gelernt, mit den Leuten umzugehen, zu hören, was sie eigentlich wollen... auch wenn sie es nicht direkt gesagt haben – das lernt man auch. Also ich habe dort sehr viel, sehr viel für mein Leben gelernt – muss ich ehrlich sagen. Ich finde, man lernt überhaupt viel, wenn man mit vielen Leuten zusammenkommt. Da lernt man nämlich seine Freunde kennen! Das war eigentlich eine fundierte Freundschaft damals!«⁶⁴³

Mit den meisten ihrer ÖH-Kolleginnen war sie bis an ihr Lebensende freundschaftlich verbunden. Josephine Zlabinger bzw. Josephine Kriegler machte keine große berufliche Karriere, sondern war zeitweise Hausfrau und Mutter und arbeitete kurz vor ihrer Pensionierung in der Rechtsanwaltskanzlei ihres Sohnes, wo auch das Interview mit ihr stattfand. Politisch arbeitete sie in den 1970er- und 1980er-Jahren als Parteisekretärin der ÖVP-Bezirksvertretung Wien-Währing.

⁶⁴² Friedrich Cerha, Komponist.

⁶⁴³ Mitteilung Josefine Kriegler, geborene Zlabinger

Der soziale Student

Was in den Publikationen der Studierenden und Funktionäre der Hochschülerschaft auffällt, ist – für konservative Strömungen ungewöhnlich – eine eingeforderte soziale Einstellung der Studierenden. Bürgerliche Studierende stellten den Kapitalismus in Frage und forderten ein Verständnis für die arbeitende Bevölkerung. Gleichzeitig wollen sie Wissenschaftlichkeit und Engagement verbinden. Heute ist solch eine Einstellung an der Universität eher unrealistisch: Wissenschaftliche Theorie und soziales Engagement werden gemeinhin als unterschiedliche Dinge mit klaren Grenzen zueinander gesehen. Umso mehr erstaunen die Ansichten von Studierenden, die zum Teil in der Zweiten Republik in der ÖVP Karriere gemacht haben:

»Der Student weiß zu gut, dass aus dem Egoismus unserer Zeit die gegenwärtige Wirtschaftskrise und Not entstand und, dass dieser nur durch selbstlosen Dienst an der Gemeinschaft⁶⁴⁴ begegnet werden kann. Wenn auch die Studentenschaft von der Notwendigkeit einer lebendigen Verbundenheit mit allen Teilen des Volkes überzeugt ist, so steht sie denn doch vor der Tatsache, dass ihr kaum die Möglichkeit gegeben ist, diese Gemeinsamkeit wirklich kennenzulernen. Wenn sie auch in manchen Verbänden mit Arbeitern zusammensteht, so bildet sie doch dort schon wieder eine Auslese, von der sich die anderen ausgeschlossen fühlen. So findet der Klassenhass immer neue Nahrung. Fast alle von uns Hochschülern werden einmal im Leben in Berufen stehen, die ein gesteigertes Maß sozialen Verständnisses voraussetzen. Arzt, Priester, Ingenieur, Richter, Beamter und Rechtsanwalt, können sie je ohne ein solches Mitfühlen auskommen?«⁶⁴⁵

Die Passage stammt vom Heimwehrstudenten und Leiter der Abteilung Arbeitsdienst, Adolf Mädels⁶⁴⁶ im Artikel ›Student und Arbeitsdienst‹ im HÖ-Jahrbuch 1936/37. Dieser Arbeitsdienst

⁶⁴⁴ Dass diese Haltung nicht alleine eine österreichische war und auch nicht alleine auf die katholischen Studenten beschränkt war, sondern einen durchaus europäischen Zug hatte, findet sich bei Sonja Levsen:

»Der Weltkrieg delegitierte in beiden Studentenschaften [gemeint sind hier Tübingen und Cambridge] das Prinzip, Elite auf der Basis von Klassenzugehörigkeit zu definieren; er favorisierte dagegen Argumentationsstränge, die auf Gemeinschaft und Nation beruhten. Inwiefern es sich bei dieser Entwicklung um ein Modernisierungsphänomen handelte, ist debattierbar; eindeutiger ist dies für den Umgang mit sozialen Fragen, die an Gewicht gewannen, auch wenn die praktische Konsequenz dessen gerade in Cambridge eher gering blieb.«

vgl. Sonja **Levsen**: Elite, Männlichkeit und Krieg. Tübinger und Cambridger Studenten 1900-1929. Göttingen 2006; S. 364

⁶⁴⁵ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37, S. 45

⁶⁴⁶ Adolf Mädels ist, obwohl im Hintergrund, einer der wichtigen Weggefährten Drimmels. Er war nicht nur in der Heimwehrstudentenschaft aktiv und zeichnete für den eloquenten, aber polemischen und teilweise antisemitischen Artikel gegen die den Geeinten Roten Studentenbund (Rostobu) verantwortlich, er war nicht nur Referent für den Arbeitsdienst, sondern im Sommer 1937 auch Referent für den Auslandsdienst, wo er Heinrich Drimmel zu seiner denkwürdigen Reise zum Reichsstudentenführer Scheel begleitete, vor dem Drimmel damals ja den Kotau machte. (siehe oben). Eine genauere Untersuchung dieser offenbar vielschichtigen Persönlichkeit wäre durchaus interessant.

der Hochschülerschaft war ein freiwilliger Arbeitsdienst, viele Studierende nahmen daran allerdings nicht teil. Jeden Sommer⁶⁴⁷ fuhrten ungefähr 150 von zirka 10.000 Studierenden in das freiwillige Arbeitslager – das ist ein Anteil von nur 1,5 Prozent aller Studierenden. Deshalb gab es auch die eine oder andere Stimme, den Arbeitsdienst verpflichtend zu gestalten, da »einige ›durch das Leben in den Arbeitsdienst hineingezwungen sind‹«, einige seien »Idealisten, doch die meisten stehen abseits.«⁶⁴⁸

Offenbar hatte zu diesem Zeitpunkt noch der Begriff ›Lager‹, geprägt von den Folgen der Jugendbewegung, einen positiven Nachklang. Eben zu dieser Zeit machte sich auch die Wirtschaftskrise besonders stark bemerkbar, sodass manche Jugendliche froh waren, wenn sie überhaupt eine Arbeit bekamen – auch wenn es nur im Arbeitsdienst war. Wenn nun auch Studierende bereit waren, ihr soziales Engagement nicht nur im Geiste und in der Ideologie, sondern auch tatkräftig auszuführen, so brachte das soziale Modell des austrofaschistischen Ständestaats insgesamt, trotz verbaler Verbesserungsbemühungen der machtlosen christlichen Gewerkschaften, für viele Jugendliche prinzipiell keine Fortschritte, im Gegenteil.

Denn die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen sollte generell, nicht nur an der Universität, durch den Freiwilligen Arbeitsdienst bekämpft werden. Das hatte übrigens 1932 noch die sozialdemokratische Partei im Parlament verhindert, weil sie die Nähe zu einer paramilitärischen Ausbildung ablehnte.⁶⁴⁹ 1933 mussten – in Folge der Wirtschaftskrise – dann bereits 13.000 arbeitswillige Jugendliche vorläufig vertröstet werden. Der Grund lag darin, dass für den Empfang der Arbeitslosenunterstützung die Altersgrenze auf 25 Jahre angehoben worden war, sodass die arbeitslosen Jugendlichen kaum eine andere Alternative hatten, als beim ›Freiwilligen‹ Arbeitsdienst mitzumachen, der ihnen wenigstens Unterkunft, Verpflegung und Taschengeld garantierte. Weil aber selbst dieser Arbeitsdienst teurer war als veranschlagt, unter anderem, weil die Arbeitszeit täglich nur 6 statt 8 Stunden ausmachte, wurde dieser 1935 von der Schuschnigg-Diktatur wieder deutlich eingeschränkt.

In der Österreichischen Arbeiter-Zeitung, dem »Zentralorgan der Christlichen Arbeiter- und Angestellten-Bewegung« waren immer wieder die hilflosen Aufrufe der Christgewerkschafter zu lesen, denn oft konnten sie sich nicht durchsetzen. Beispielsweise wurde eine Novelle zur Gewerbeordnung gefordert: Diese sollte die »soziale Lage der Arbeiterjugend in Österreich«⁶⁵⁰ verbessern helfen. Denn »die Möglichkeit, den Lehrling bei schlechtem Geschäftsgang vierzehntägig zu kündigen, als Folge der Novelle der gewerblichen Sozialversicherung, schloss denselben jugendlichen Arbeiter praktisch aus der Arbeitslosenfürsorge aus«. Man hatte zwar

⁶⁴⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37, S. 47

⁶⁴⁸ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 8

⁶⁴⁹ Vgl. Stiefel (1997): Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit, S. 210

⁶⁵⁰ Österreichische Arbeiter-Zeitung, 5. September 1936, S. 5

prophezeit, praktisch werde sich dies »nicht so krass auswirken«, doch diese Prophezeiung hielt nicht: Viele Lehrlinge wurden aufgrund dieser Bestimmung gekündigt, noch eine viel größere Zahl von Jugendlichen wurde aus dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. »Eine gesetzliche Arbeitszeit gibt es einfach nicht, eine Lehrlingsentschädigung, so etwas gehört zurück in das Land der Sagen und Märchen. Freilich nur, solange die Gewerkschaft von solch einem Übelstand nichts weiß.«⁶⁵¹

Längst war also unter den christlichen Gewerkschaftern, die sich ursprünglich mit dem austrofaschistischen Ständestaat arrangiert hatten und einen »Nutzen aus dem Weg der Diktatur«⁶⁵² gezogen hatten, Ernüchterung eingeleitet. Anlässlich der »Vertrauensmännerwahl« konstatierte die Österreichische Arbeiterzeitung bloß »formale Verbesserungen« der Arbeiterinteressenvertretung. Die »Geduld der Arbeiter« werde »auf eine harte Probe gestellt«:

»Sehen wir doch, dass das Zeitalter der faschistisch-korporativen Experimente überwunden ist, dass die Standesordnung, wie es ihrem Sinn entspricht, nicht mehr von ›oben‹ sondern von ›unten‹ her aufgebaut wird. [...] Arbeitsinteressenvertretung im Betrieb: [...] dieser richtige Grundgedanke kann sich nicht durchsetzen, wenn nicht die Rechtsstellung der Vertrauensmänner entscheidend reformiert wird. Der Entlassungsschutz ist einfach unzureichend. Das Werksgemeinschaftsgesetz ist allzu kurz nach der autoritären Abschaffung des Klassenkampfes geschaffen worden. Man hatte allzu leichtgläubig auf das Wunder des Klassenfriedens gehofft und gemeint, dass mit der berufsständischen Versöhnungsideologie die soziale Frage, die leider die Frage der sozialen Gegensätze war, gelöst sei. Es war eine schwere Enttäuschung.«⁶⁵³

Hier zeigt sich zwar das Bemühen der Gewerkschaft, aber die Aussichtslosigkeit dieser zahnlos gemachten Organisation, etwas Gravierendes zu ändern, lässt sich nicht verleugnen. Publizistische Kritik gibt es zwar immerhin, doch das nützt den Arbeitnehmern, die ungerecht behandelt werden, kaum etwas. Die Stellung der Jugendlichen besserte sich daher nicht – und dass unter diesen Umständen unter den Jugendlichen keine Aufbruchsstimmung für die ständische Ordnung des Austrofaschismus aufkommen wollte und der Nationalsozialismus sich auch bei Jugendlichen außerhalb der Universität größerer Attraktivität erfreut hat, verwundert nicht.

Dennoch wurde, vor allem aus katholischen Kreisen, die sich auf die Sozialenzykliken der Päpste beriefen, aber auch aus der Heimwehr unverzagt weiter das soziale Engagement der Studenten eingefordert, auch im CV:

⁶⁵¹ ÖAZ, 5. September 1936, S. 5

⁶⁵² vgl. Anton **Pelinka**: Christliche Arbeiterbewegung und Austrofaschismus. In: Emmerich Talos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): ›Austrofaschismus‹. Politik – Ökonomie – Kultur. Wien ⁵2005, S. 88-97; S. 91

⁶⁵³ Österreichische Arbeiter-Zeitung, 5. September 1936, S. 3

»Wir sind weit davon entfernt, die Pflege des sozialen Gedankens, wie wir sie uns vorstellen, damit bewenden zu lassen, dass wir uns mit einer möglichst salbungsvollen, zu möglichen und unmöglichen Gelegenheiten wiederkehrenden Zitierung der sozialen Enzykliken befleißigen, ohne, wie dies manchmal sogar vorkommen soll, die päpstlichen Rundschreiben auch nur gesehen zu haben. Unsere Aufgabe wird es sein, uns ein wirklich tiefes Wissen um die soziale Frage der Gegenwart und ihre historischen Grundlagen zu verschaffen. Erst dann, wenn wir die Sozialgeschichte lebendig erfasst haben, wird es uns gelingen, in den profunden Sinn der Enzykliken einzudringen und ihren Gedankeninhalt zu erfassen. [...] Das soziale Gebiet ist heute nicht mehr Terrain des Spezialisten, es ist Allgemeingut geworden [...] also die Stände, die nicht mehr auf der Gegensätzlichkeit der Interessenslagen, der Klassen aufgebaut sind, sondern auf den gesellschaftlichen Funktionen des Staatsbürgers. Wir selbst werden bald das Mitbestimmungsrecht innerhalb der Stände erreichen und haben als katholische Akademiker eine durchaus eindeutige Haltung allen Ideologien gegenüber einzunehmen, die den Gedanken der ständischen Verpflichtung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verfälschen wollen.«⁶⁵⁴

Doch ideologische Theorie und Verwirklichung in der Praxis klafften auseinander. Und dies beweist eigentlich, dass diese hehren und wahrscheinlich auch ernst gemeinten Ansätze verpufften, weil die Arbeitnehmer kaum Rechte hatten, durch die Wirtschaftskrise verarmten, weil das »Mitbestimmungsrecht innerhalb der Stände nicht in Kraft« trat und die Nationalsozialisten Arbeit in Aussicht stellten. Da half es auch nichts, wenn in den ›Akademischen Nachrichten‹ eingestanden wurde, »dass wir selbst den größten Teil der Schuld tragen, wenn uns ein großer Teil des Volkes, der Arbeiterstand entfremdet wurde, wenn wir sein Vertrauen verloren haben«, da half es nichts, »auf die soziale Volksgemeinschaft zu bauen«,⁶⁵⁵ wenn sie nicht kam. Auch wenn August Maria Knoll die Idee des »christlicher Sozialismus« im Sinne Karl von Vogelsangs⁶⁵⁶ verwirklichen wollte und es ehrliche Bemühungen⁶⁵⁷ gab, die Situation der Arbeitnehmer zu verbessern, auch wenn

⁶⁵⁴ ÖHZ, 18.6.1937, S. 6: ›Der soziale Gedanke im katholischen Korporationsstudententum von heute‹

⁶⁵⁵ Akademische Nachrichten, Mai/Juni 1935, S. 7

⁶⁵⁶ Auer (1989): August Maria Knoll, S. 35-37

⁶⁵⁷ vgl. Auer (1989): August Maria Knoll, S. 37; Schmit (2009): Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung, S. 8 u. S. 66:

Es gab einen Arbeitskreis für die Probleme der Arbeiterfrage: August Maria Knoll, Karl Maria Stepan, Leopold Kunschak, Karl Lugmayer und Ernst Karl Winter, u.a. auch: Josef Dobretsberger, Alfred Maleta, Karl Kummer, Hans Bayer, Erich Hula, Viktor Matejka, Pfarrer Rudolf Hausleithner, Kalasantinerpater Anton Maria Schwartz (der sich der Betreuung von jungen Arbeitern und Lehrlingen widmete) und Pfarrer August Schaurhofer, der sich zum Auftrag gesetzt hatte, den Sozialismus mitzudenken und Bündnis mit den Linken gegen den Nationalsozialismus auszuloten. Von diesen Mitgliedern waren viele der Mitglieder politisch oder wissenschaftlich in Österreich tätig. Erich Hula emigrierte u.a. aus Gründen der Rassenverfolgung der Nationalsozialisten 1938 in die USA und lehrte und publizierte in New York. → Dieser Arbeitskreis ist ein Beispiel für das Zusammenwirken von ›Linkskatholiken‹ und späteren Kommunisten bzw. ihnen Nahestehenden wie Dobretsberger und Matejka.

Heimatschutzstudenten es als ihre Pflicht sahen, »sich mit den wesentlichsten Arbeitnehmerfragen zu befassen, um so ein innigeres Verständnis für die damit zusammenhängenden Probleme aufzubringen«, es gab eine Diskrepanz zwischen Wort und Realität. Immerhin postulierten auch die Heimatschutzstudenten, kurz vor ihrer Auflösung, für ihre Mitglieder:

»Will also der Student in seinem späteren Leben wirklich sozial fühlen und Verständnis für gesellschaftliche Vorgänge besitzen, so hat er innerhalb seiner Studienzeit die Aufgabe, sei es im Rahmen seines Studiums, sei es in freiwilligen Arbeitsgemeinschaften, sich mit diesen Fragen zu befassen. Darüber hinaus wird aber sein richtiges Verhältnis zum Arbeitnehmer, dem er im Berufsleben wirtschaftlich meist vorsteht, vor allem durch eine ständische Geisteshaltung bedingt sein.«⁶⁵⁸

Auch der letzte Vorsitzende der Hochschülerschaft Österreichs vor dem Anschluss, Richard Lechner, fordert, dass »jeder von uns jungen Akademikern das absolute Bewusstsein« haben müsse, dass er »in erster Linie dazu berufen ist, Träger und Vorkämpfer staatsbürgerlicher und sozialer Verpflichtungen gegenüber der gesamten Bevölkerung zu sein« und er setzt diese Forderung für die Universität in der Fachschaft fort. Unermüdlich macht Lechner auf die Verantwortung der Akademiker »für das Ganze« aufmerksam – »im Staatsleben, in der Wissenschaft, in der Wirtschaft«.⁶⁵⁹

Auch der Herausgeber der Jahrbücher und Pressereferent Alfred Twaroch, äußert sich zum »sozialen Studententum«:⁶⁶⁰ Für ihn ist die Hochschule ein großes »Ausgleichsbecken der sozialen Spannungen in unseren Tagen«, weil durch das gemeinsame Erlebnis das »Gefühl der Verbundenheit untereinander« später »aus dem engeren Kreis in die große Welt hinaus« wachse:

»Hier muss betont werden, dass das Wort sozial keineswegs, wie es heute vielfach geschieht, nur in Beziehung auf die Einstellung zu einem bestimmten Volksteil gebraucht werden darf, sondern die Wechselbeziehungen zwischen allen Gliedern des Volksganzen bezeichnet. Um diesen Wechselbeziehungen voll und ganz gerecht werden zu können, ist die volle Kenntnis der Lebenshaltung sämtlicher Volksteile notwendig. Dies umso mehr, als der Student zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Brücken schlagen kann. Theoretische und praktische Schulung tut hiezu not.«⁶⁶¹

Auch wenn das System des Ständestaates nicht wie postuliert und erhofft funktionierte und auch nicht den gewünschten Effekt des Klassenfriedens und Ausgleichs der Interessen brachte, so haben doch soziale Gedanken wie diese dazu beigetragen, dass auch Vertreter der Wirtschaft

⁶⁵⁸ Der Heimatschutz-Student. Pro deo et patria – verbo ferroque!, 4. Juni 1936, S. 1f

⁶⁵⁹ ÖHZ, 22.10.1937, S. 1, siehe oben das Kapitel »Richard Lechner«

⁶⁶⁰ Alfred **Twaroch**: Soziales Studententum. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Wien 1937, S. 39-41

⁶⁶¹ Twaroch (1937): Soziales Studententum, S. 40

in der ÖVP offen für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Arbeitnehmerfunktionären der SPÖ in der Sozialpartnerschaft in der Zweiten Republik waren.

Drei Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Hochschülerschaft schreibt Josef Klaus noch einmal, nach einem sehr erfolgreichen Vortrag zu diesem Thema, über den berufsständischen und sozialen Aufbau Österreichs in einer Zeitschrift seiner CV-Verbindung, der *Rudolfina*.⁶⁶² Während meist, wie gerade beschrieben, sehr allgemeine soziale Forderungen gestellt wurden, erscheint dieser Artikel mit äußerst konkreten Forderungen, verglichen mit anderen Publikationen in Studentenzeitschriften. Dies mag einerseits daran liegen, dass die *Rudolfinenblätter* eine interne Zeitschrift waren, die nicht so in der Öffentlichkeit verbreitet war wie etwa die *Österreichische Hochschulzeitung* und für ihr Zielpublikum deutlicher formulieren konnte, oder daran, dass Klaus sich zu diesem Zeitpunkt bereits seit Jahren mit Arbeitnehmerfragen auseinandergesetzt hatte:

»Die berufsständische Neuordnung erfordert gewiss neue Menschen und neue Formen, aber auch tatsächliche Besserung im wirtschaftlichen und sozialen Leben: bessere Einkommens- und Besitzverteilung, Sicherung des Rechtes auf Arbeit, gerechte Arbeitsverhältnisse, gesunde Wohnungen, Siedlungsförderung, Schutz der Familie [...]«⁶⁶³

Konkret ging es auch weiter: Josef Klaus forderte etwa, dass die »Gewährung des bezahlten Urlaubes durchgesetzt werden« solle, »da dies nicht bloß gesetzlich vorgeschrieben, sondern auch von großer sozialer und im Sinne des Fremdenverkehrs auch von großer wirtschaftlicher Bedeutung« sei. Während in vielen anderen Artikeln immer wieder der Eindruck einer gewissen Sozialromantik gewonnen werden kann, werden hier sehr grundsätzliche Positionen formuliert:

»Als direkte Wege zur Entproletarisierung müssen dringende Maßnahmen der Familienhilfe und der sozialen Wohnhausbau- und Siedlungsförderung genannt werden. Die Familienhilfe erfordert Gewährung des Familienlohnes, Einrichtung der Familienversicherung fühlbare Vorteil für Kinderreiche. [...]«

Besonders muss die Herstellung billiger Wohnungen, deren Mietpreise auch von Arbeitern und Angestellten getragen werden können, gefordert werden. Wo trotz der bisherigen staatlichen Förderung solche Mietzinse nicht erstellt werden konnten, muss durch Zinsenzuschüsse der Mietzins für die Minderbemittelten erschwinglich gemacht werden.«⁶⁶⁴

Hier wird also vom ehemaligen Kurzzeit-Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien fundierte Sozialkompetenz gezeigt, die sich von vielen nur im Weltanschaulichen bleibenden Artikeln abhebt.

⁶⁶² *Rudolfinenblätter*, Juli 1937, S. 1f

⁶⁶³ *Rudolfinenblätter*, Juli 1937, S. 1

⁶⁶⁴ *Rudolfinenblätter*, Juli 1937, S. 2

Gremien und Vertretungen der Hochschülerschaft Österreichs im Spiegel der eigenen Medien

Exemplarisch soll hier ein Überblick über die verschiedenen Gremien der Hochschülerschaft Österreichs, ihre Abteilungen, Fachgruppen und Fachschaften gegeben werden, die einen Einblick in die tägliche Arbeit der verschiedenen Aufgabenbereiche an verschiedenen Universitäten bieten soll. Die Gewichtung folgt dann auch der Publizistik der Hochschülerschaft. Während die Hochschulen in Wien sehr viel Platz einnehmen, sind die Universitäten in der Steiermark noch seltener erwähnt als etwa die Universität Innsbruck. Dass die Hochschülerschaft in der Steiermark einen schweren Stand hatte, das zeigen auch die zeitgenössischen Nachrichten in der Hochschulzeitung. Dennoch lassen diese Berichte einen Eindruck über die vielfältige Arbeit zu und geben die Antwort, warum sich die Hochschülerschaft Österreichs in manchen Fachgruppen und Fachschaften gut etablieren konnte. Im Anhang dieser Arbeit findet sich dann auch eine mehrseitige Aufstellung aller Einrichtungen der Hochschülerschaft Österreichs mit dem Stand März 1938.

Bilanz der Sachwaltertagung 1937

Vor dem Wintersemester 1937/38 fand wie jedes Jahr Ende September eine Sachwaltertagung, die »Führertagung des studentischen Selbstverwaltungsapparates« statt. Bei dieser hatten die Sachwalter der einzelnen Hochschulen und die Leiter der Abteilungen Gelegenheit, sich mit den aktuellen Fragen der Hochschülerschaft zu befassen. Der Rektor der Universität Wien, Prof. Dr. Ernst Späth würdigte in seiner Begrüßungsansprache die Aufgabe des studentischen Führungsapparates, »Bindeglied zwischen Professorenschaft und Hörschaft« zu sein, »Härten zu vermeiden und doch zum Bekenntnis zu erziehen«. Unterrichtsminister Hans Pernter betonte, dass die Hochschülerschaft auf »weitgehendes Verständnis und größtmögliche Unterstützung von Seiten der zuständigen staatlichen Stellen rechnen kann.« Keine »Halbheiten« sollten bestehen bleiben, »bestehende Fehler und Mängel« müssten kritisch »im Interesse der Sache offen aufgezeigt werden, nicht aus Freude an bloßer Kritik, sondern um durchgreifende Abhilfe zu schaffen.«⁶⁶⁵

»Als wertvollstes Ergebnis der Tagung« wurde in der ÖHZ die Klarstellung der Beziehungen der Sachwalterschaft zu den Hochschulgruppen der Vaterländischen Front und zu den sonstigen studentischen Verbänden, sowie die Darlegung der Grundzüge des akademischen Fürsorgewesens gewertet. Der scheidende Sachwalter Dr. Heinz Drimmel fasste diese

⁶⁶⁵ ÖHZ, 8.10.1937, S. 1

Entwicklung zusammen und gab auch Ausblick und Programm für die Hochschülerschaft der Zukunft:

»Die neue Studentische Gemeinschaft an den Hochschulen baut sich grundsätzlich auf die einzelnen Fachschaften auf, die die Zusammenfassung der Studierenden gleicher Studienrichtung zur Wahrung der fachlich beruflichen Interessen darstellen. Die Errichtung solcher Fachschaften im Bereich aller österreichischen Hochschulen ist heute Tatsache geworden, mag es auch noch bedeutender Verbesserungen bedürfen, um die letzten Ausgliederungen dieser neuen Organisationsform zu vollziehen. Die Hochschülerschaft erscheint hiermit als körperschaftlich organisierte Gemeinschaft, der vor allem die studentische Interessensvertretung, aber auch die Wahrnehmung der studentischen vaterländischen Belange im Bereich der Hochschulen obliegt. Um jedoch einen schlagkräftigen Einsatz der Jungakademikerschaft in der österreichischen Erneuerungsbewegung organisatorisch vorzubereiten und den abwegigen Bestrebungen verhetzter illegaler Studentengruppen zu begegnen, wurden im abgelaufenen Jahr im Bereich der jeweiligen Landesführung der VF eigene Hochschülergruppen aufgestellt. Ihre besondere Aufgabe ist es, die bereits durch die Gebietsorganisation der VF erfassten Jungakademiker an den einzelnen Hochschulen enger zusammenzuschließen und sie vor allem für ihre späteren Führeraufgaben zu schulen. Die im Zusammenhang damit in letzter Zeit in der Öffentlichkeit öfters erörterte Frage der Schaffung einer akademischen Legion kann als noch nicht spruchreif bezeichnet werden.«⁶⁶⁶

1937 hatte sich die Sachwaltertagung auch einen Schwerpunkt zur Neuregelung des Fürsorgewesens gesetzt: Studenten, die aus wirtschaftlichen Gründen diese Fürsorge in Anspruch nehmen mussten, sollten »keineswegs den Eindruck haben, Empfänger eines Almosens zu sein«. Andererseits sollten diese Unterstützungen auch an Kriterien ihrer Begabungen und ihrer Leistungen gemessen werden. In den Jahren 1934 bis 1937 waren die grundlegenden Strukturen weitgehend, jedoch noch nicht völlig abgeschlossen:

»Ein weiterer Ausbau ist im Lauf des Jahres zu erwarten. Es würde über den Rahmen dieser Ausführungen hinausgehen, alle jene wertvollen Gedanken aufzuzeigen, die der Sachwaltertagung der Hochschülerschaft Österreichs zugrundegelegt wurden und ihr das Gesicht studentischen Tatwillens gaben. [...]«⁶⁶⁷

Abteilungen der Hochschülerschaft Österreichs

Schulungswesen

Ähnlich wie heute gab es verschiedene Referate mit zum Teil anderen Namen und Aufgaben. So musste die Abteilung für Schulungs- und Erziehungsaufgaben die vaterländischen staatsbürgerlichen Aufgaben fördern. Ansonsten fungierte es ähnlich wie heute das Kulturreferat – die politischen Bildungsthemen werden heute in »Referaten für Bildung und

⁶⁶⁶ ÖHZ, 8.10.1937, S. 1

⁶⁶⁷ ÖHZ, 8.10.1937, S. 1

Politik«, oder »für Bildungspolitik« betreut – allerdings war das Angebot damals nicht so vielfältig und forderte auch eigene Aktivitäten. »In Ergänzung zu den Schulungs- und Erziehungsaufgaben« der Hochschulen, heißt es im Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38,⁶⁶⁸ umfasst diese Abteilung drei Schwerpunkte:

»Dem staatsbürgerlichen Schulungswesen obliegt es, in Ergänzung zu den Pflichtvorlesungen an den Hochschulen den einzelnen Studenten mit den Baugesetzen des neuen Staates vertraut zu machen. Vielfältiger ist der Aufgabenbereich des kulturellen Schulungswesens, das alle Bestrebungen umfasst, die auf eine Anregung und Vertiefung der allgemeinen Erziehungsarbeit – soweit der studentischen Selbstverwaltung ein Anteil daran zukommen kann – abzielen. Vortrags- und Führungswesen, Volkslied und Volkstanz, Laienspiel und schließlich Theater- und Kunstwesen machen einen Hauptteil dieser Bestrebungen aus. Das volkswirtschaftliche Schulungswesen rundet den Aufgabenbereich der Gesamtbestrebungen in dieser Richtung ab und vermittelt gleichzeitig einen Übergang zu den verschiedenen Teilaufgaben der Fachschaftsarbeit.«⁶⁶⁹

»Durch die Richtlinien Nr. 2-1936/37 wurde eine einheitliche Geschäftsführung für alle drei Arbeitsgebiete der Abteilung (kulturelles, staatsbürgerliches und volkswirtschaftliches Schulungswesen) der Hochschülerschaft in Österreich festgelegt«.⁶⁷⁰

1. Der Leiter des kulturellen Schulungswesens der Hochschülerschaft Österreichs; ihm sind beigegeben:
 - a) der Referent für Vorträge und Führungen
 - b) der Referent für Volkstumspflege
 - c) der Referent für Laienspielwesen und
 - d) der Referent für Theater und Kunst.
2. der Leiter des staatsbürgerlichen Schulungswesens der Hochschülerschaft Österreichs,
3. der Leiter des volkswirtschaftlichen Schulungswesens der Hochschülerschaft Österreichs,
4. der Geschäftsführer der Abteilung 1 — Schulungswesen der Hochschülerschaft Österreichs; ihm sind beigegeben: 2-3 studentische Mitarbeiter für die Versorgung der Kanzleigeschäfte⁶⁷¹

Zu Beginn des Sommersemesters 1936 veranstaltete etwa das kulturelle Schulungswesen ein Weiterbildungsseminar für Mitarbeiter der Hochschülerschaft Österreichs, »die kulturelle Führerschulung«, in welcher Themen zur »Rassenfrage«, »Idee der Nation« und »christlichen Humanitas« durchgenommen wurden.⁶⁷²

⁶⁶⁸ Drimmel (1937): Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft, S. 11

⁶⁶⁹ Drimmel (1937): Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft, S. 11f

⁶⁷⁰ ÖHZ, 15.10.1936, S. 2

⁶⁷¹ ÖHZ, 15.10.1936, S. 2

⁶⁷² August M. **Knoll**: Abteilung 1: Schulungswesen. Der Neue Student im Neuen Staat. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37. Wien 1936, S. 29-38; S. 35

Somit waren für diese wichtigen Schulungen unter anderem für vaterländische (= österreichische) Erziehung zwei spätere Minister des nationalsozialistischen Kabinetts unter Seyss-Inquart zuständig: nämlich der damalige Rektor der Universität Wien, Oswald Menghin (Unterrichtsminister), dessen Vorwort für das Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs zwar weltmännischen Habitus erkennen lässt, wenn er von Verantwortungsbewusstsein der Wissenschaften spricht, von der »Einsicht in die Beziehung des eigenen Faches zum Ganzen der Wissenschaft« oder über die Verpflichtung, »die Grundlagen der christlichen Philosophie kennen zu lernen und dazu innerlich Stellung zu nehmen« und in keiner Weise auf seine nationalsozialistische Karriere hindeutet.⁶⁷³ Der andere war Erich Wolf (Außenminister). Von diesen fünf wissenschaftlichen Referenten musste Erich Vögelin 1938 in die USA auswandern, wo er seinen Namen in Eric Voegelin (1901-1985)⁶⁷⁴ änderte, August Maria Knoll erhielt Berufsverbot und Leo Gabriel (1902-1987)⁶⁷⁵, der übrigens Schüler von Moritz Schlick⁶⁷⁶ war, blieb weiter Gymnasiallehrer und war deutsch-katholisch gesinnt. Kurz darauf fand auch mit dem späteren Vizekanzler unter Seyss-Inquart, Glaise-Horstenau, der die Festrede hielt, eine Prinz-Eugen-Gedenkfeier von Mitgliedern der Regierung mit den HÖ-Vertretern statt. Diese

⁶⁷³ vgl. Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935/36 – Universität Wien, S. 33f

Ebendieses Geleitwort an die Studierenden beginnt er mit dem Motto: *»primum vivere, deinde philosophari«*. Vielleicht ist dieses Motto ein Schlüssel zu Menghins politischer Wendigkeit und späterer Karriere: vgl. Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935/36, S. 33

⁶⁷⁴ 1958 wurde er an den Lehrstuhl Max Webers an der Universität München berufen und kehrte nach Europa, zurück, wo er das »Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft« gründete. Nach seiner Emeritierung kehrte er in die USA an die Stanford University zurück.

⁶⁷⁵ Leo Gabriel wurde 1950 außerordentlicher und 1951 ordentlicher Professor für Philosophie an der Universität Wien.

⁶⁷⁶ Moritz Schlick wurde nur wenige Wochen nach diesem Schulungsseminar an der Universität Wien von einem Studenten ermordet. Die Hochschülerschaft (vermutlich Gabriel selbst) würdigt in der ÖHZ Schlick als bedeutenden Denker, »von dessen Darstellung eine leuchtende Klarheit ausgeht«. Als ein »genauer Kenner der Relativitätstheorie hat er durch seine »Allgemeine Erkenntnistheorie« einen tiefgreifenden Wandel in Wien herbeigeführt: »Schlick untersuchte [...] die Sprache als Ausdruck der Gedanken«, mit Blick auf die klassische Philosophie, die in Richtung einer philosophischen Grammatik weisen. Schlick »arbeitete an einer »völligen Neubegründung der Philosophie«. »Diese Hoffnungen werden nun mit ihm zu Grabe getragen.« Die ÖHZ spricht von einem »[...] schweren Verlust für die Universität »Alle, die das Glück hatten, ihn zu kennen, sind erschüttert über den Schicksalsstreich, der diesen vornehmen und gütigen Menschen gefüllt hat.« ÖHZ, 1. 7. 1936, S. 2

1946 schreibt der Mitarbeiter des ÖH-Kulturreferats für Wissenschaft und Literatur, Karl Löbl, über den Philosophen Schlick in der Akademischen Rundschau: Er würdigt dessen Zweifel gegen den »gesunden Menschenverstand« und sieht einen Wesenszug echten Philosophierens. Dieser »besteht eigentlich in nichts anderem, als darin, dass man beharrlich und überall, wo etwas unklar ist, wo Meinungsverschiedenheiten auftauchen, wo Probleme als unlösbar beiseite gestellt werden, durch Zurückgehen auf den eigentlichen Sinn der zugrunde liegenden Fragen und Behauptungen die Klärung herbeiführt«. Akademische Rundschau, 2.2.1946, S. 4-6; S. 4f

Beispiele beschreiben besonders deutlich die Diskrepanz und Ambivalenz der vaterländischen Schulungen.⁶⁷⁷

Ähnliches gilt wohl für Pflichtvorlesungen zur staatsbürgerlichen Erziehung, die zwar *nicht* in die Abteilung Schulungswesen der HÖ fallen, aber teilweise von denselben oder ähnlichen Referenten besetzt wurden: Posch (2008)⁶⁷⁸ macht etwa darauf aufmerksam, dass eine der beiden Vorlesungen der Universität Wien »über die ideellen und geschichtlichen Grundlagen« Österreichs« (die andere hielt August Maria Knoll) vom »illegalen Nationalsozialisten« Heinrich Kretschmayr gehalten wurde – »wohl mit ein Grund, dass deren Absolvierung an der pronazistischen Einstellung vieler Studierenden nichts änderte«.⁶⁷⁹

Auf dem kulturellen Gebiet gab es immer wieder Veranstaltungen, etwa vom 12.-24. November 1934 »im Senatssaale der Wiener Universität eine Ausstellung, die unter dem Ehrenschatze des Rektors der Wiener Universität, Sr. Magnifizenz Prof. Dr. A. Hold-Ferneck« stand.⁶⁸⁰ Eine andere Veranstaltung führte zur neuen Musikästhetik Ernst Kreneks: mit einem Vortrag über die moderne Musik. »Der streng logisch entwickelte Vortrag wurde mit starkem Interesse aufgenommen«, schreibt die ÖHZ.⁶⁸¹

Laienspielwesen

Mitte Februar 1936 startete das »Theater der Hochschüler«. Ungefähr 40 Hochschüler wirkten im »Marinusspiel« von Prof. Hans Nüchtern mit und führten dies vor lokalen Größen und »künstlerischen Persönlichkeiten« Ende Juni am Stiftsplatz von Klosterneuburg auf.

⁶⁷⁷ Knoll (1936): Der Neue Student im Neuen Staat, S. 36

⁶⁷⁸ Posch (2008): Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938, S. 95f

⁶⁷⁹ Kretschmayr war angesehener Archivar, seit der Monarchie an der Universität tätig: 1898 wurde er Privatdozent für allgemeine Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Universität Wien, 1907 tit. Ao. Prof., 1925 tit. O.Prof. 1921 wurde er korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Wien. Kretschmayr war ausgesprochen populär und er hielt volkstümliche Vorlesungen in der Wiener »Urania«, Volksheimen und sogar im neuen österreichischen Rundfunk. 1936 gab er eine »Geschichte von Österreich« heraus, war jedenfalls in Kontakt mit Srbik und Glaise-Horstenau.

Leider führt Posch nicht die Quelle an, auf die er sich bezüglich der illegalen nationalsozialistischen Tätigkeit beruft. Nachdem Kretschmayr schon 1939 starb, konnte er keine große Wirkung mehr an der nationalsozialistisch geprägten Universität entfalten. Auffallend ist, dass die Akademie der Wissenschaften in ihrer Beschreibung Kretschmayrs dessen illegale nationalsozialistische Tätigkeit nicht erwähnt. Vgl.: Kretschmayr Heinrich, *online unter* http://epub.oeaw.ac.at/oebl_4/263.pdf (7.7.2009)

⁶⁸⁰ Akademische Nachrichten, November 1934, S. 2

⁶⁸¹ ÖHZ, 15.11.1936, S. 7

Diese Tradition wird sehr erfolgreich der erste Kulturreferent der Österreichischen Hochschülerschaft, Friedrich Langer wiedereinführen, dann wird er aber nicht auf das Laienspiel, sondern modernes Theater setzen.⁶⁸²

Referat für Lichtspieldienst

Während zur Einrichtung der Sachwalterschaften an der Technischen Hochschule ein Lichtspieldienst schon »mehrere Jahre bestanden hatte« und im ersten Jahr 14 Vorträge abgehalten wurden,⁶⁸³ sah es die Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs als die nächste Aufgabe, auch an allen anderen Hochschulen und Universitäten ähnliches einzurichten. Damit wollte die Hochschülerschaft einen innovativen Schwung ins Universitätswesen bringen, um »so den Studierenden die Möglichkeit zu geben, aus der Praxis zu hören, wie auch dem fertigen Akademiker die Möglichkeit zu bieten, Neuerungen und Fortschritte, die ihm sonst nur schwer zugänglich wären, bei diesen Vorträgen zu hören«.⁶⁸⁴ Die andere Aufgabe sah man im Festhalten von akademischen Veranstaltungen in Bild und Ton.

Am 19. Mai 1934 teilte der Sachwalter der Universität Wien, Heinz Drimmel Rektor Tomek mit, dass er »im Einvernehmen mit Dr. v. Stein stud. med. Hubert Klestil« mit dem Referat für Lichtspieldienst der Hochschülerschaft für die Universität Wien betraut habe.⁶⁸⁵

Schon zuvor wurde ein Referat für Lichtspieldienst (geleitet von Ing. Willi Grohe)⁶⁸⁶ auch in der Hochschülerschaft Österreichs unter Sachwalter Stein im Einvernehmen mit dem Unterrichtsministerium für die Hochschülerschaft eingerichtet gewesen.

Hier wurden als weitere Ziele genannt, den »Kontakt zwischen Hörschaft und Bevölkerung zu festigen« – durch WOCHENSCHAU-Berichte, Filme aus Laboratorien, Werkstätten, Übungsplätze und Feierlichkeiten. Auch die Senate der Hochschulen wurden um Mitarbeit gebeten. Der Rektor der Universität Wien leitet ein Schreiben des Sachbearbeiters an die Dekane weiter; der medizinische Dekan schlägt daraufhin »Aufnahmen im Allgemeinen Krankenhaus, z. B. an einer Unfallstation, eine chirurgische Operation, ferner eine Vorlesung im Hörsaal des histologischen Institutes, auch Aufnahmen von der Radiumstation« vor.

Auch die evangelisch-theologische Fakultät zeigt Interesse, ebenso wie die Chemie: So ist Hermann Mark, der in den 1970er-Jahren eine Fernsehserie (»Alles Leben ist Chemie«) moderieren wird, an einer Experimentalvorlesung im chemischen Laboratorium interessiert. Auch das Institut für Meteorologie und Geodynamik wünscht Kontaktaufnahme in dieser

⁶⁸² Knoll (1936): Der Neue Student im Neuen Staat, S. 36

⁶⁸³ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935. Wien 1934, S. 12

⁶⁸⁴ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 12; *Hervorhebungen original*

⁶⁸⁵ UA-SZ, 187-1933/34

⁶⁸⁶ UA-SZ, 187-1933/34

Hinsicht. Die innovative Initiative der Hochschülerschaft Österreichs scheint also bereits ganz zu Anfang ihres Bestehens auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein.

Auf Ersuchen der Hochschülerschaft setzte sich sogar Unterrichtsministerium bei der Stadt Wien für die Finanzierung vergünstigter Kinokarten für Studierende ein, allerdings zunächst erfolglos.

Internationaler Austausch: Auslandsdienst der Hochschülerschaft Österreichs

»Der Studentische Auslandsdienst umfasst alle Bemühungen, um eine geistige und praktische Zusammenarbeit mit der akademischen Jugend in [...] anderen Staaten zu fördern, das Ausländer- und Auslandsstudium und den damit verbundenen studentischen Reiseverkehr aber zu erleichtern und auszudehnen. In die zwischenstaatlichen studentischen Beziehungen ist die Hochschülerschaft Österreichs erst in der jüngsten Zeit als Neuling eingetreten. [...]

Obwohl es die Hochschülerschaft Österreichs nicht als ihre Aufgabe betrachten kann, all den sich ständig an Zahl vermehrenden überstaatlichen studentischen Verbänden anzugehören, hat sie es mit Rücksicht auf ihre Eigenständigkeit als selbstverständlich erachtet, jenen Verbänden dieser Art beizutreten oder zumindest die praktische Anteilnahme an der Arbeit dieser Verbände anzumelden, deren bisheriges Leistungsergebnis ein solches Interesse rechtfertigt.«⁶⁸⁷

Solch eine Organisation war die ›Confédération Internationale des Étudiants‹ (C.I.E.). Österreich wurde zu Jahresanfang 1936 in London in die C.I.E. aufgenommen. Der damalige Leiter, Leo Octavio Wildner betonte: »Wir bekennen uns zur Gemeinschaft der nationalen und internationalen Zusammenarbeit«.⁶⁸⁸ Wildner war es ernst damit, denn er wollte die Isolation Österreichs mit einer internationalen Vernetzung durchbrechen.⁶⁸⁹

Zuvor war 1934 die Auslandsstelle der österreichischen Hochschulen mit Josef Klaus nach seinem Ausscheiden als Sachwalter der Universität Wien besetzt. Auch Klaus äußerte sich mit einem ähnlichen Österreichbild, wie es auch in der Zweiten Republik anwendbar war und setzt es in Beziehung zur internationalen Studentenarbeit:

»[...] Als Erbe des österreichischen Donaureiches birgt es in sich noch immer jene Kräfte, die einstmals zum Segen der mitteleuropäischen Völkerwelt wirksam waren und hat noch heute eine große Aufgabe zu erfüllen: Österreich will dem Frieden dienen, Gegensätze überbrücken und Zusammenarbeit anbahnen. [...] Österreich hat dem fremdländischen Studenten sehr viel zu bieten. [...] Aber eines fehlt: Wir laden zu wenig ein.«⁶⁹⁰

⁶⁸⁷ Drimmel (1937): Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft, S. 12

⁶⁸⁸ ÖHZ, 1.2.1936, S. 1

⁶⁸⁹ vgl. das frühere Kapitel dieser Arbeit »Österreich und der Anschluss«.

⁶⁹⁰ Akademische Nachrichten, März -April 1934, S. 7

Als nach einem halben Jahr Klaus dieses Amt an Leo Octavio Wildner abgegeben hatte, versuchte Wildner, eine Zentralauslandsstelle und lokale Auslandsstellen an den Universitäten aufzubauen. Wildner wollte sich Unterstützung der Studierenden aus dem Ausland holen und ihnen gleichzeitig »durch begleitende Vorträge und Veranstaltungen« Österreich näher bringen. Werbung (»Propaganda«) wurde in diesem Bereich als sehr wichtig angesehen. In diesem Sinne wurde auch Plakate gedruckt.

Ein erster Höhepunkt war um die Jahreswende 1936/37 die Tagung der C.I.E.-Ratsversammlung in Wien: Der studentische Reise- und Austauschverkehr sollte ausgebaut und technisch erleichtert werden. In der ÖHZ zog man stolz Bilanz:

»Heute kann man sagen, dass trotz aller Schwierigkeiten, die sich aus jeder übernationalen Zusammenarbeit ergeben, es gelungen ist, an dieser Organisation eine leistungsfähige Studentengemeinschaft zu schaffen, die auch wertvolle Arbeit für den Weltfrieden leisten will.«⁶⁹¹

Ebenso war Österreich der Austragungsort der V. Akademische Weltwinterspiele in Zell/See und Igls 1937. Im Mai gab es einen »Besuch der ungarischen Studentenführung in Wien«, zu der bereits seit 1933 Kontakte aufgenommen worden waren und das Verhältnis besonders gut war. Die ÖHZ berichtete ausführlich auf den Seiten 1 bis 4, Drimmel persönlich schrieb »Unseren ungarischen Kameraden« eine Grußadresse.⁶⁹²

Bei der Internationalen Studententagung in Heidelberg hatte Adolf Mädels als provisorischer Leiter Leo Octavio Wildner abgelöst. Dort und danach kam es zu den bereits erwähnten Grußadressen an Gustav Adolf Scheel, den Führer der Deutschen Studentenschaft (siehe auch die Ausführungen im obigen Kapitel über Drimmel), und auch die Studentenpresse schwärmte:

»Die österreichische Delegation fand als Gast der deutschen Studentenschaft eine herzliche Aufnahme. [...] Abordnungen aus: Lettland, England, Belgien, dem Deutschen Reich.«⁶⁹³

Beim Kongress der C.I.E. vom 6. bis 19. August 1937 in Paris nahmen 320 Delegierte aus 39 Staaten teil. Ein Schwerpunkt der Abteilung sollte 1937/38 die Förderung des Medizinaustausches werden. Deshalb wurde auch ein Internationales Sanatorium in der Schweiz am Comosee geplant.⁶⁹⁴ Im Jahr 1936/37 konnten sieben Mediziner Praxisstellen in Budapest übernehmen und Medizinstudenten aus Polen, Ungarn und Lettland kamen nach Wien.⁶⁹⁵

⁶⁹¹ ÖHZ, 7.1.1937, S. 1

⁶⁹² ÖHZ, 1.6.1937, S. 1

⁶⁹³ ÖHZ, 10.8.1937, S. 1

⁶⁹⁴ ÖHZ, 8.10.1937, S. 2

⁶⁹⁵ Leo Octavio **Wildner**: Abteilung 2: Auslandsdienst. Von studentischer Auslandsarbeit. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37, S. 38-44; S. 42

Im Sommer hatte es auch Besuche österreichischer Studenten in der Batscha (Jugoslawen) und der Filmakademie der Hochschülerschaft in Italien gegeben. Im Jänner 1938 freute sich die Hochschülerschaft Österreichs über den Erfolg, dass der Leiter der Auslandsabteilung der Hochschülerschaft Österreichs nun Vize-Präsident des C.I.E. wurde⁶⁹⁶ – die Freude war von nur kurzer Dauer.

Der Auslandsdienst der Hochschülerschaft engagierte sich zudem in der Weltarbeitsgemeinschaft der Hochschulverbände in der katholischen Aktion mit Sitz in Fribourg in der Schweiz. Theodor Veiter wurde dort 1937 Präsident.⁶⁹⁷ Ebenso engagierte sich der Auslandsdienst im Welt-Studentenwerk, das sich der sozialen Lage widmete oder der ›Internationalen Vereinigung für studentische Völkerbundarbeit‹.⁶⁹⁸

Das heute geläufige Ost-West-Gefälle des Studentenaustauschs, nämlich, dass ›Incomings‹ mehrheitlich aus osteuropäischen Universitäten kommen und ›Outgoings‹ mehrheitlich an westeuropäischen Universitäten studieren wollen, gab es auch bereits in den 1930er-Jahren:

»Es hat sich gezeigt, dass das Interesse des jeweiligen Sprachstudiums die Studenten der Oststaaten wohl nach Österreich lenkt, die Österreicher aber ihrerseits England und Frankreich aufsuchen, so, dass für die Gegenseitigkeit eine verhältnismäßig geringe Anzahl übrigbleibt.«⁶⁹⁹

Immerhin konnten 1936 alleine nach England 150 Studenten gebracht werden. Außerdem wurden Praxisstellen ins Ausland vermittelt – und auch studentische Reisen.⁷⁰⁰

Sozialstudentische Abteilung – Studentischer Arbeitsdienst

»Zwei Aufgaben sind es vor allem, die der Arbeitsdienst verwirklichen soll, eine ideelle und eine materielle. Beide sind jedoch aus der Gegenwartsnot entstanden: die Erziehung aller Volksteile zu einem lebendigen Gemeinschaftsbewusstsein, zur Volksgemeinschaft und die Bereitstellung geeigneter Mittel zur möglichsten Behebung der wirtschaftlichen Not. Damit hat der Arbeitsdienst eine große Verantwortung auf sich genommen, denn die Verwirklichung dieser Ziele bedeutet gleichzeitig die Schaffung eines Fundamentes unserer Zukunft.«⁷⁰¹

Adolf Mädel, Heimatschutzstudent, Vertrauter Drimmels und Leiter des studentischen Arbeitsdienstes, formuliert hier fast pädagogische Ziele für die Einrichtung des Arbeitsdienstes.

⁶⁹⁶ ÖHZ, 20.1.1938/ S. 1

⁶⁹⁷ Wildner (1936): Von studentischer Auslandsarbeit, S. 39

⁶⁹⁸ Wildner (1936): Von studentischer Auslandsarbeit, S. 40

⁶⁹⁹ Wildner (1936): Von studentischer Auslandsarbeit, S. 42

⁷⁰⁰ Wildner (1936): Von studentischer Auslandsarbeit, S. 43

⁷⁰¹ Adolf **Mädel**: Abteilung 3: Arbeitsdienst. Student und Arbeitsdienst. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37. Wien 1936, S. 44.-48, S. 44

Nimmermüde macht er Werbung für »seinen« Arbeitsdienst, in dem er Grundprinzipien des Ständestaates verwirklicht sieht:

»Dem akademisch gebildeten Menschen fällt - nicht nur, aber vor allem - im ständisch geordneten Staat die verantwortungsvolle Stellung zu, die Sorgen und Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen am ehesten übersehen zu können und richtig einschätzen zu sollen [...] Darum, Studenten, seid Werkstudenten! Der Werkstudent wird das Leben eines Arbeiters, eines Bauern kennen lernen können, eine Kaffeehauspflanze nie! Der Werkstudent wird sich in gemeinsamer Arbeit mit Bauern und Arbeitern deren Vertrauen erwerben können, er wird damit die Einheit der Volksgemeinschaft, die jetzt durch vielfältiges Misstrauen und durch Vorurteile der einzelnen Bevölkerungsgruppen zerstört ist, herbeiführen helfen! Der Tanzabend-Gigolo nie! Der Werkstudent wird die Aufrüstung der Arbeit vorwärtstragen, der Werkstudent gibt das Beispiel des Dienstes am Volk!«⁷⁰²

Bereits im Wintersemester 1936/37 hatte Mädel auch über eine »Stellenvermittlung für Akademiker« nachgedacht:⁷⁰³ Für ihn umfasste diese Aufgabe »nicht nur die Befürsorgung der Studierenden selbst«, sondern vor allem eine Hilfe für jene, »die den akademischen Boden bereits verlassen haben«. Dies sei eine »dringende Notwendigkeit«: Zwar gäbe es Stellen, die in dieser Richtung arbeiten, »die aber noch nicht dem wünschenswerten Verhältnis nahekommen«, etwa das Arbeitsamt. Auch die Vermittlung des »Deutsch-Akademischen Fürsorgeinstitutes« erweist sich für diese Zielgruppe als ungenügend, weil es »über einen kleinen Rahmen nicht hinauskommt und in Folge der außerordentlich schwierigen Verhältnisse ebenfalls ungeeignet scheint«, die Studierwilligen in finanziellen Schwierigkeiten adäquat zu unterstützen. »Die wirtschaftlich so schwer ringende Akademikerschaft braucht mehr – viel mehr«: Die Hochschülerschaft Österreichs muss daher »darangehen, gemeinsam mit den zuständigen Bundesministerien bzw. mit den Arbeitsämtern in Wien und den anderen Hochschulstädten eine Organisation zu schaffen, welche den Anforderungen, die die Akademikerschaft an sie stellt, mehr als bisher nachkommen kann.« Denn das Arbeitsamt warte nur auf Angebote, dies sei den Berufsbedingungen von Akademikern nicht angemessen: Deshalb schlägt Mädel ein Institut vor, in dem sowohl die Hochschülerschaft als auch das Arbeitsamt mit der bestehenden akademischen Berufsberatung geeignete Maßnahmen finden könnten. »Der amtliche Charakter und die Ausschließlichkeit dieser Organisation geben ihr die Möglichkeit, ihre Arbeit mit allen jenen Vorbedingungen auszustatten, welche eine gedeihliche Entwicklung gewährleisten.« Diese Aufgaben wären beispielsweise ein Überblick über das Arbeitsangebot »mit genauer Katalogisierung und Evidenzhaltung« der zu vermittelnden Stellen »in Verbindung mit den Organen der Industrie, des Gewerbes usw.«:

»Vereint mit einer Berufsberatung, welche allen Akademikern zur Verfügung steht, sehen wir in dieser hier grob umrissenen Form vielleicht die derzeit einzige Lösung dieser ebenso

⁷⁰² ÖHZ, 5.7.1937, S. 5

⁷⁰³ ÖHZ, 15.10.1936, S. 3

schwierigen wie brennenden Fragen. Wir hoffen, dass es [...] möglich sein wird, hier einen Weg zu finden, der eine wirksame Hilfe für die notleidende Akademikerschaft darstellt«. ⁷⁰⁴

Doz. Dr. Vinzenz Neubauer⁷⁰⁵ führt ergänzend aus, dass der Student im Gegensatz zu den anderen Arbeitslosen am Ende seiner Ausbildung noch nicht erfasst sei: Daher werden die Arbeit suchenden Akademiker »von keiner Stelle evident« gehalten, »weshalb auch keine systematische Berufszuführung für sie besteht.« In Zeiten wirtschaftlicher Depression ist der Akademiker vielfach gezwungen, eine Berufstätigkeit auszuüben, die seiner langjährigen Vorbildung nicht entspricht, wodurch die Ausgaben für sein Studium letzten Endes keinen wirtschaftlichen Effekt erzielen.« Durch eine »Zentrale Vermittlungsstelle für Akademiker« könnte eben eine planmäßige Bearbeitung des gesamten Arbeitsmarktes, Verbindungen mit dem Auslande »größtmöglichen wirtschaftlichen und persönlichen Erfolg [...] verbürgt werden«. ⁷⁰⁶

Die Aufgaben des Arbeitsdienstes waren nicht nur die Vermittlung in Arbeitslager, in denen sich die Studierenden »als Freizeitgestalter oder Sportlehrer auszeichneten«⁷⁰⁷, sondern es gab auch einen »Wissenschaftlichen Arbeitsdienst«, in denen Akademiker in verschiedenen Archiven, Bibliotheken und Instituten beschäftigt wurden, was bereits »eine Institution von großer wissenschaftlicher und auch wirtschaftlicher Bedeutung darstelle«. ⁷⁰⁸

Im September 1937 kündigte der scheidende Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Drimmel an, dass der »studentische Arbeitsdienst – bisher Abteilung 3 der Hochschülerschaft Österreichs – [...] in Erkenntnis seines wahren Wesens in nächster Zeit eine Ausgestaltung in der Richtung eines eigenen **sozialstudentischen Referates** erfahren« sollte.⁷⁰⁹ Tatsächlich wurde in ebendiesem Jahrbuch (die Aufzählung der Abteilungen der Hochschülerschaft Österreichs hier hat diese als Vorlage genommen)⁷¹⁰ diese Einrichtung bereits »sozialstudentische Abteilung« genannt. In der Österreichischen Hochschülerschaft wird diese Einrichtung dann bis heute ›Sozialreferat‹ heißen:

Sport und Wehrsport

»Die Pflege der Leibesübungen, für welche innerhalb der Studentenschaft seit langem vorzüglich eingerichtete Institutionen zur Verfügung stehen, konnte in den letzten Jahren

⁷⁰⁴ ÖHZ, 15.10.1936, S. 3

⁷⁰⁵ Vinzenz Neubauer war 1936 auch Sachwalter der Hochschulen im Bundesland Steiermark; vgl. ÖHZ, 1.3.1936, S. 1

⁷⁰⁶ ÖHZ, 15.10.1936, S. 3

⁷⁰⁷ Mädel (1936): Student und Arbeitsdienst, S. 47f

⁷⁰⁸ Mädel (1936): Student und Arbeitsdienst, S. 48

⁷⁰⁹ Drimmel (1937): Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft, S. 13

⁷¹⁰ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38, S. 48

gleichfalls intensiviert werden. Die Erfolge auf diesem Gebiete beweisen in erster Linie die Ergebnisse der diesjährigen akademischen Weltwinterspiele, die, wenn auch nicht in gleichem Ausmaß, vielleicht anlässlich der Wetsommerspiele in Paris ihre Wiederholung finden können; dennoch muss es als das Wesen der studentischen Leibesübungen bezeichnet werden, für die besondere Herausstellung des mannschaftlichen Charakters der Leibesübungen und die Förderung der einheitlichen Durchschnittsleistung auf breiteste Linie Sorge zu tragen. Die Erfolge in dieser Richtung können naturgemäß nicht in gleichem Maße augenscheinlich belegt werden, sind jedoch als durchaus ansprechend zu bezeichnen. Die vom Amte für Leibesübungen herausgegebene Zeitschrift ›Treibt Leibesübungen!‹ bietet ein stets anschauliches Bild dieser Bestrebungen.«⁷¹¹

Das Interessanteste an dieser Passage von Drimmels Abschiedsartikel im Jahrbuch der Hochschülerschaft 1937/38 ist jedoch das, was nicht drinnen steht. An dieser Darstellung der »Pfleger der Leibesübungen« konnte tatsächlich das Sportreferat nach 1945 leicht anschließen. Doch diese Töne waren neu: kein Wort von einer wehrhaften Komponente oder von Wehrsport. Noch ein Jahr zuvor war der Titel des jeweiligen Kapitels im Jahrbuch 1936/37 wesentlich deutlicher: »Leibesübungen – körperliche Erziehung – Wehrhaftmachung«⁷¹²

Was könnte diesen Umschwung bewirkt haben? Zu Beginn des Wintersemesters 1936/37 wurden die Wehrverbände aufgelöst. Die ÖHZ informierte die Studierenden: »Der Beschluss des österreichischen Ministerrates, die Wehrverbände aufzulösen, hat weit über die Grenzen Österreichs Beachtung gefunden«. Dies sei eine logische Entwicklung einer neuen Situation. Aufgelöst wurden der Österreichische Heimatschutz, die Ostmärkische Sturmsharen, der Freiheitsbund und die Christlich-deutsche Turnerschaft«.⁷¹³

Damit hatte auch der Wehrsport ein wichtiges Terrain verloren, und ist es erstaunlich, wie schnell er überhaupt nicht mehr aufscheint. Tatsächlich ist diese wehrhafte Komponente – die 1934 auf dem Höhepunkte war und, wie Drimmels Zusammenfassung und auch durch das Fehlen ähnlicher Artikel in der ÖHZ 1937/38 zeigen, dann völlig verschwand – eine Kontinuität zur Deutschen Studentenschaft. Wenn Lichtenberger-Fenz und Griesebner Kontinuitäten zwischen der Österreichischen Hochschülerschaft und der Nationalsozialistischen Deutschen Studentenschaft sehen, dann resultieren diese aus den fortbestehenden Strukturen der DSt. vor 1933. Der Unterschied zwischen der Hochschülerschaft Österreichs und der Nationalsozialistischen Deutschen Studentenschaft war demnach 1938 größer als 1933.

Heute fällt es schwer zu verstehen, warum die Universität in den 1920er- und 1930er-Jahren manchmal eher einem Militärcamp glich als einer Lernstätte, zumal dies überhaupt nichts mit

⁷¹¹ Drimmel (1937): Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft, S. 13

⁷¹² Leopold **Raffelsberger**: Abteilung 4: Körperliche Ertüchtigung. Auslandsdienst. Leibesübungen – körperliche Erziehung – Wehrhaftmachung.
In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37, S. 49-54; S. 49

⁷¹³ ÖHZ, 15.10.1936, S. 1

dem Studium zu tun hatte – und es erscheint heute verwunderlich, dass niemand etwas dabei fand, Wehrsport und Schießstätten an den Universitäten einzurichten. Gerade, was die Wiedereinrichtung der Schießstätte 1933/34 betrifft, stapeln sich die Akten im Universitätsarchiv.⁷¹⁴

Mit 1. Jänner 1934 wurde Oblt. a.D. Adolf Bulla von Sachwalter Stein zum Referenten für wehrstudentische Angelegenheiten bestellt. Er war »für folgende Belange dem Rektorate, resp. dem Sachwalter verantwortlich«:

- a. »Die Interessen der staatlich anerkannten Wehrverbände, bzw. der ihnen angehörigen studentischen Mitglieder zu vertreten und zusammenzufassen
- b. Die Wehrausbildung, sowie sie im Rahmen der Staatsverträge gestattet und auf Hochschulboden überhaupt möglich ist, zu vereinheitlichen. [...]
- c. Die Leitung der Schießstätte zu übernehmen [...]
- d. Bei Feiern, Aufzügen u.ä., militärischen Charakters, auf Hochschulboden mit dem Sachwalter die Organisation zu übernehmen und für die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin Sorge zu tragen.«⁷¹⁵

Am 1. Februar 1934 wurde den Rektoren ein neues Programm vorgelegt, das sieben Punkte umfasste:

- I. **Waffenlehre**
- II. **Schießwesen**
- III. **Erklärung der Faustfeuerwaffen**
- IV. **Das Maschinengewehr**
- V. **Die Kanone, Haubitze und der Mörser**
- VI. **Minenwerfer und Handgranaten**
- VII. **Flugzeugbomben**

Genauer ausgeführt wurde die Geschichte und Entwicklung und der Aufbau der Waffen, Zerlegen und Zusammenbau derselben, Konservierung und Aufbewahrung, Visitieren (Kontrolle) der Waffen und über Gewehre, Munition, Zielen, Flugbahn usw.

Der Akademische Ausschuss für Leibesübungen der Wiener Hochschulen nimmt am 8.2.1934 zur geplanten Wiedereröffnung der Schießstätte Stellung: Die Wehrausbildung »ist eine durchgreifende körperliche Erziehung, diese schafft erst die Voraussetzungen für eine spätere rein militärisch-fachliche Ausbildung«. So nimmt »abseits des modernen Sportbetriebes die körperliche Ertüchtigung im Sinne einer fest umrissenen Zielsetzung die Wehrhaftmachung der

⁷¹⁴ Universitäts-Schießstätte: z.B. UAW, S.Z. 187 /39 (5.1) , 40, 41,43, 50, 52 aus 1933/34 SZ 1005/166 (10) aus 1934/35, SZ 166/11, SZ166/12, 13, 14, 15, 16, 18 (akademischer Senat), 19; 20, 20a, 20b (Versicherung) aus 1934/35

⁷¹⁵ UAW, S.Z. 187/42 aus 1933/34

studierenden Jugend« einen wichtigen Platz ein. Es wird darauf verwiesen, dass die Schießstätte bereits 1926 eröffnet worden ist und es seit 1928 Universitätslager gibt: »Das österreichische Studentenlager an der Ostsee hat die heute modern gewordenen Lagerbewegung ausgelöst, hat den Begriff ›Lager‹ in der Durchführung und Ziel festgelegt: »die Erziehung zu Kameradschaft, Gemeinschaft und Unterordnung«.⁷¹⁶

Daher stimmt der Akademische Ausschuss für Leibesübungen einer Wiedereröffnung zu, allerdings nur, wenn der gesamte Betrieb weiter den akademischen Behörden untersteht und wenn zur Teilnahme »alle Studierenden und anerkannten akademischen Körperschaften« zugelassen werden. Das Amt für Leibesübungen wollte der Sachwalterschaft außerdem übergeordnet sein, was diese ablehnte.⁷¹⁷ So zog sich die Eröffnung noch weiter hin.

Jedenfalls wird aus diesen Vorgängen sichtbar, dass nicht nur die Organe des austrofaschistischen Ständestaates, sondern vor allem auch die universitären Gremien für diese Militarisierung gesorgt hatten. Erst 1936 ging dann das Amt für Leibesübungen unter Oberleutnant a.D. Adolf Bulla »in die Organisation studentischer Selbstverwaltung« über.

Über die »körperliche[n] und moralische[n] Grundlagen der Wehrhaftigkeit«⁷¹⁸ informiert ein Artikel in den Akademischen Nachrichten Ende des Sommersemesters 1934:

»Die Voraussetzungen, die echte Wehrhaftigkeit an den einzelnen und an eine organisierte Gemeinschaft stellt, sind sowohl körperlicher als auch mit ebensolcher Wichtigkeit geistiger, beziehungsweise moralischer Natur. Höhere Durchschnittswerte an körperlicher Leistungsfähigkeit sind die rein äußerliche Vorbedingung für wehrhafte Qualitäten. Wege dazu sind dem Studenten heute durch die verschiedenen Zweige der Körperausbildung gegeben. Diese sportliche Tätigkeit wird nun durch die militärische Erziehung in eine bestimmte, für den wehrhaften Beruf zweckmäßige Richtung gebracht [...] durch gleichmäßige Körperausbildung den Körper für Dauerleistungen fähig und brauchbar zu machen [...]. Dabei ist für den studierenden Akademiker besonders zu bedenken, dass er für Führertätigkeit vorgesehen ist, daher muss er in erster Linie mit gutem Beispiel vorangehen ... Wenn auch dem Akademiker die geistig eintönige Arbeit, der Drill, der ein unbedingtes Erfordernis militärischer Schulung ist, nicht sympathisch erscheint, darf gerade er - eben des guten Beispiels wegen - diesen Drill nicht als lästigen Ballast empfinden. Denn nur mit seiner Hilfe lassen sich die sehr hohen moralischen Anforderungen an den Soldaten leichter erfüllen. In kritischen Augenblicken, wenn die schwere Belastung in seelischer und moralischer Hinsicht den Soldaten, und da besonders den einfachen Mann, aus dem Gleichgewicht zu bringen droht, ist die mechanisch erlernte Tätigkeit oft das einzige Mittel, dass die Kampfkraft selbst nicht erlahme«.

Weil die Unterordnung (»**Subordination**«) den Studenten ganz besonders schwer falle, weil sie die Maßnahmen »vernunftgemäß beurteilten und kritisieren«, müsse »aber bei aller

⁷¹⁶ UAW, S.Z. 187/52 aus 1933/34; S. 1

⁷¹⁷ UAW, S.Z. 187/52 aus 1933/34; S. 2

⁷¹⁸ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 7

Gedankenfreiheit« bedacht werden, dass »hier der bedingungslose Gehorsam die Grundlage für ein erfolgversprechendes Zusammenarbeiten« sei:

»Disziplin ist eigentlich Selbstbeherrschung. Sie besteht in der Ausschaltung all der nicht zum Zweck der Handlung gehörenden Momente und ermöglicht daher konzentrierte Aufmerksamkeit«.

Denn der Kampf fordere die »unbedingte Autorität des Führers«. Außerdem habe der jeweilige Führer »in der Mehrzahl der Fälle einen besseren Einblick in die Situation« und kenne sämtliche »Begleitumstände der Lage genau«.

*»Die **Pflichterfüllung** hängt mit Subordination und Disziplin eng zusammen, nur hat sie eine militärisch höhere Qualität, weil sie besonders dann zu Tage tritt und treten muss, wenn der Mann unbeaufsichtigte selbständige Aufgaben durchführen muss.«*

Tapferkeit schließlich sei jene militärische Eigenschaft, »die am wenigsten anerzogen werden kann«. Sie ermögliche »die Ausschaltung von Angstzuständen, welche oft rein physisch lähmend wirken und den Kämpfer unbrauchbar machen«.

Hochschullager

Schon 1928 wurde das erste Ferienlager in Lüchentin an der Ostsee abgehalten. Damit, so das Jahrbuch 1934/35, schuf das Amt für Leibesübungen »einen neuen Weg, es schuf die Form des großen Lagers, das der Gemeinschaftserziehung dient und bewusst den Teilnehmern ein einfaches, naturverbundenes und körperfrohes Leben gerade zu einer Zeit vermittelt, wo sie vollkommen aus der Umwelt herausgerissen werden können. Das Zeltlager in Lüchentin war das erste große Lager auf deutschem Boden, [...] und heute braucht man über die Lagerbewegung und ihre Werte für die Volkserziehung keine Worte mehr zu verlieren.«⁷¹⁹ Die Kontinuitäten zur Jugendbewegung sind unübersehbar (siehe späteres Kapitel in dieser Arbeit), heute sind all diese Begriffe durch den Missbrauch des Faschismus diskreditiert.

Bereits 1926 fand, »in Bejahung der Erziehung zur Wehrhaftigkeit« erstmalig ein Gepäcksmarsch durch das Amt für Leibesübungen statt, das nach 1933 Teil der Hochschülerschaft wurde. Im Mai 1937 wird Luigi Ranzoni Referent für Hochschullager und bleibt es bis zum Anschluss.⁷²⁰

Den Lesern der ÖHZ wird auf Seite 1 ein Bild des Hochschullagers vermittelt, in dem Reihen von jungen Männern zu sehen sind, davon musizieren in der ersten Reihe junge Männer mit einer Gitarre, Ziehharmonika und Mandoline: Die »Zerklüftung kameradschaftliche Sammlung« wollte man dadurch überwinden und warf dem »Liberalismus des 19. Jahrhunderts an den

⁷¹⁹ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 25

⁷²⁰ ÖHZ, 1.5.1937, S. 6

Hochschulen« vor, diese gefördert zu haben, weil er angeblich »nur widerwärtige Gesinnungsgruppen duldete.«⁷²¹

Stattdessen sei ein Bekenntnis zur Aufklärung und zur Humanität notwendig: nicht abstrakt sondern konkret im »Mutterboden des Volkstums«. Daher läge es »im Wesen jedes Jugendführers, einerseits in der Denk- und Gestaltungswelt der Jugend mitzuleben, andererseits diese Welt mit höheren Gesichtspunkten umgreifend sich eine Autorität zu sichern, die die Gefolgschaft freiwillig anerkennt«.

»Sollte er merken, dass dieses lebendige Wechselspiel von Aufgeschlossenheit und innerer Autorität ihm zu erlahmen beginnt, dann möge er ehrlich genug sein, von der Jugendführung zurückzutreten.«⁷²²

Sport wurde in diesem Sinn nicht nach amerikanischem akademischen Vorbild (wie es sich jedoch nach 1945 durchsetzen sollte) als Höchstleistung, sondern nach dem Motto: »Mens sana in corpore sano« gesehen. »Sportliche Höchstleistung hat nur einen Sinn, wenn sie aus sportlicher Kameradschaft erwächst.« Andererseits wird das Hochschullager auch als ein Mittel zum Beweis der eigenen »Leadership«-Fähigkeiten gesehen: »Hinter jedem einzelnen Wort« (Befehl bei den sportlichen Morgenübungen) müsse die große Gefolgschaft den Führerwillen spüren. So sollten die Hochschullager neben der »Kameradschaft« einen Ausgleich zwischen Ernst und Spiel, Autorität und Freiheit für den Studenten »Ferien vom Ich und Ferien für das Ich« bringen.

Insgesamt kostete das Hochschullager etwa 1938 S 161.581,- Dies war zwar bereits unter nationalsozialistischer Herrschaft, doch der »Gelderfordernisplan« wurde noch in der Hochschülerschaft Österreichs konzipiert.⁷²³

Studierende, vor allem jene aus dem Widerstand, haben es verstanden, dem Hochschullager zu entgehen, dies beweist etwa der Student Karl Altmann.⁷²⁴ Weil er erkrankt war, beantragte er die Rücküberweisung des Kadettengelds des Ausbildners. Allerdings war den Behörden bekannt, dass es sich bei Karl Altmann »um einen Kommunisten« handelte.⁷²⁵ Die Nationalsozialisten setzten übrigens den Akt des späteren Ministers fort:

»Der Disziplinarakt Karl Altmann [...] wurde von mir zur Bearbeitung von Zl. 39.697/36 gebraucht und ist seither unauffindbar geblieben. Lt. kurzwegiger Rücksprache [...] wird der Disziplinarakt nicht mehr gebraucht, weil das im Rektorate eingebrachte Ansuchen

⁷²¹ ÖHZ, 1.3.1937, S. 1

⁷²² ÖHZ, 1.3.1937, S. 2

⁷²³ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1937; 45253-1/1

⁷²⁴ Karl Altmann (1904-1960), nach 1945 in der provisorischen Regierung Renner Unterstaatssekretär für Justiz (KP). Vom 20. Dezember 1945 bis zum 20. November 1947 war er der einzige kommunistische Minister in der Dreiparteien-Koalition, und zwar für Elektrifizierung und Energiewirtschaft.

⁷²⁵ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 43 487/1937

Altmann, in Wien statt in Innsbruck weiterstudieren zu können, auf jeden Fall schon deshalb abgewiesen wird, weil Altmann bei den Bediensteten der Universität als prominenter Rockdieb (ca. 20 Winterröcke) sehr gut bekannt ist und die Erinnerung an die Angelegenheit, die damals wegen der großen Anzahl der Winterröcke viel Staub aufgewirbelt hat, neuerlich aufgefrischt werden würde, was auch im Interesse Altmanns vermieden wird. (siehe 26.192/35).«⁷²⁶

Auch Otto Neururer aus Innsbruck, Student der Medizin wurde wegen Kinderlähmung als nur bedingt tauglich für das Hochschullager ausgewiesen.⁷²⁷

Für Lichtenberger-Fenz (1989) sind Hochschullager und vormilitärische Übungen Maßnahmen einer »beginnende[n] Militarisierung«: Sie bringt diese mit einem Senatsbeschluss der Universität Wien vom November 1938 in Verbindung, »mit dem eine Vortragsreihe über Luftschutz eingerichtet wurde«.⁷²⁸ Jedoch hat diese Militarisierung eben bereits wesentlich früher begonnen: Die Universitäten waren durch das Bild des wehrhaften Studenten seit Jahrhunderten militarisiert, insbesondere auch die Universität Wien. Gerade die Deutsche Studentenschaft vor 1933 hat diese militärische Einstellung im Sinne des Kriegserlebnisses gefördert, insbesondere im Wehrsport. Und andererseits waren viele Studierende bereits seit 1918 in Wehrverbänden tätig.⁷²⁹

Sonja Levsen hat 2006 Sozialisation, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Selbst- und Weltbilder von Studenten aus Tübingen und Cambridge zwischen 1900 und 1929 verglichen und kommt zu interessanten Unterschieden der deutschen und britischen Studenten in den späten 1920er-Jahren:

»Ohne Vorkriegstradition der Verbindungen, die dem Studenten eine militärische Aufgabe zuschrieb und das Opfer für das Vaterland idealisierte, ist die verstärkte Militarisierung der deutschen Studentenschaft in den 1920er-Jahren nicht zu erklären. In Deutschland hatte das Militär im gesamten 19.Jahrhundert einen wichtigen Einfluss auf Männlichkeitsbilder ausgeübt«.⁷³⁰

Die Einstellungen der Tübinger Studierenden gleichen denen der Studierenden in Wien. Demgegenüber zeigt sich in Cambridge, an den britischen Universitäten, die noch eine ungebrochene Tradition der mittelalterlichen Collegia ohne das Intermezzo der wehrhaften Studenten hatten, eine andere Tendenz: »Einer verstärkten Militarisierung der Tübinger Studentenschaft stand in den 1920er-Jahren eine deutliche Abkehr von militärischen Idealen in

⁷²⁶ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1939; 317798

⁷²⁷ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1937; 41056

⁷²⁸ Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 73

⁷²⁹ vgl. Wiltschegg (1985): Die Heimwehr, S. 334; Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 175-215

⁷³⁰ Levsen (2006): Elite, Männlichkeit und Krieg, S. 359

Cambridge gegenüber«.⁷³¹ Zudem lässt sich in Cambridge wesentlich deutlicher eine Individualisierung feststellen, in Deutschland hingegen eine »kollektive Identität«.

»In Cambridge hingegen verlor die Vorstellung einer soldatischen Pflicht des Studenten im Verlauf der 1920er-Jahre an Überzeugungskraft. Aufgabe der Jugend, hieß es hier zunehmend, sei es, für Frieden und Völkerbund einzutreten.«⁷³²

Sport und Wettkämpfe

Abseits von den wehrhaften Komponenten wurden auch Wettkämpfe gefördert: Schimeisterschaften, Schießmeisterschaften, Fechtmeisterschaften – auch für Frauen, Hochschulwettkämpfe, Schwimmwettkämpfe u.a.⁷³³

In der Hochschülerschaft Österreichs gab es aber auch Veranstaltungen für Geräte- und Bodenturnen, allgemeine Körperausbildung, Leichtathletik, Hallen- und Rasenspiele, Boxen, Fechten, Hallen- und Freiwasserschwimmen, Reiten, Tennis, Rudern. Ebenso gab es Schikurse und Hochalpine Ausbildungslehrgänge.

»Neben diesen Kursen mit großen Teilnehmerzahlen wurden Ausbildungslehrgänge für Volkstanzen, Bewegungskunst, Wasserspringen, Kraulschwimmen, Paddeln, weiter für Kooperationsturn- und Sportwarte neben und im Rahmen der Übungsbetriebe durchgeführt«.⁷³⁴

Diesen Aktivitäten waren die Sportreferate der ÖH in den 1980er- und 1990er-Jahre sehr nahe, in dem dort neben Fitness-Karten auch zur Förderung des Gemeinschaftsgefühls zahlreiche Camps wie Reit-, Tennis-, Surf- oder Segelcamps im Sommer und Schikurse im Winter angeboten wurden. 2009 wird an der ÖH der Universität Wien ein anderer Schwerpunkt gesetzt und erhält eine neue Interpretation:

»Selbstverteidigungskurse für Frauen und die Förderung von Frauen im Sport; bspw. Frauenfußball, etc...; Integrationsfördernde Sportveranstaltungen; z.B. Antirassismusarbeit, Sport für Menschen mit besonderen Fähigkeiten; Auseinandersetzung mit Sport im Gender-, Nationalismus-, Kommerzialisierungskontext, u.v.m.; Förderung von nachhaltigen Fortbewegungsmethoden; bspw. Fahrräder«⁷³⁵

So spannt sich der Bogen von den ideologischen Anfängen des Wehrsports über Wettkämpfe und Meisterschaften oder Freizeitsport hin zu einer alternativen Sichtweise von oder über Sport.

⁷³¹ Levsen (2006): Elite, Männlichkeit und Krieg, S. 358

⁷³² Levsen (2006): Elite, Männlichkeit und Krieg, S. 360

⁷³³ Raffelsberger(1936): Leibesübungen – körperliche Erziehung – Wehrhaftmachung, S. 53

⁷³⁴ Raffelsberger(1936): Körperliche Ertüchtigung: Leibesübungen – körperliche Erziehung – Wehrhaftmachung, S. 53

⁷³⁵ Sportreferat der Hochschülerschaft der Universität Wien; online unter: <http://www.oeh.univie.ac.at/arbeitsbereiche/sport.html> (26.9.2009)

Presse- und Werbe-Abteilung

Während in anderen Ländern die Studenten außer einer starken studentischen Presse auch Hochschulrubriken in namhaften Tageszeitungen haben, ist dies, wie die Hochschülerschaft 1934 schreibt, in der »Wiener Presse leider nicht so«.⁷³⁶

»Die wenigen Aufsätze, die in einigen Zeitungen über die Arbeit des Studenten, seinen Kampf um die Selbstverwaltung und seinen Nöte erschienen, gingen für die Allgemeinheit verloren. [...] Sprechchöre und Schlägereien haben scheinbar die Presse in dieser Funktion nicht ersetzt. Die Selbstausschaltung des Studenten nahm ihren Weg, zuerst aus der öffentlichen Meinung, dann aus dem öffentlichen Leben überhaupt, indem er als Akademiker eine treibende Kraft sein sollte.«⁷³⁷

Mit neuen Pressestellen in allen Universitätsstellen und einem Aufbau in »zäher Kleinarbeit«, sollte schließlich auch »die große Schranke fallen, die heute noch den Akademiker vom Volke trennt [...]«.⁷³⁸ So kündigt das Jahrbuch 1934/35 an:

*»Jedes Blatt dieser Zeitung soll zeigen, dass nicht im Sinn einer Gruppe, einer Partei, sondern für die große Idee des Vaterlandes gearbeitet wird. Die Nachrichten sollen jedem **einzelnen** vor Augen führen, wie viel mehr noch geschehen könnte, wenn er seine Gleichgültigkeit, ja vielleicht seine Gegnerschaft beiseite stellte und sich zum Dienst am Ganzen melden würde.*

*Jeder, der an leitender Stelle steht, der **Führer** sein darf, ist nicht allein, weiß nun, dass auch an anderer Stelle Kameraden ihre Pflicht tun [...], wird gezwungen, in kurzen Abständen Rechenschaft zu geben über sein Wollen und sein Tun. Einige Folgen ermöglichen meist einen anschaulichen Vergleich zwischen dem ursprünglichen Plan und dem tatsächlich Erreichten.«⁷³⁹*

Gegen Ende dieser Entwicklung kann Drimmel 1937 stolz notieren:

»Das studentische Pressewesen hat mit der erfolgreichen Ausgestaltung der Österreichischen Hochschulzeitung in jüngster Zeit einen schönen Erfolg errungen. Die umfangreiche Tätigkeit der Studentenschaft auf dem Gebiete des Pressewesens (Herausgabe mehrerer Zeitungen und Zeitschriften, Auflage des Jahrbuches, des Abiturientenführers usw. sowie Drucklegung verschiedener Broschüren und dergleichen), lässt eine verstärkte Heranziehung von Mitarbeitern aus den Reihen der Hochschülerschaft geboten erscheinen.«⁷⁴⁰

Noch kurz vor Drimmels Abgang scheint auch das gesamte Team der ÖHZ gewechselt zu haben, denn 1936/37 war noch Dr. Hans Jilek Schriftleiter, Hans Brunner für die Verwaltung zuständig, und Oskar Kilian für die Anzeigen. Am 10.12.1935 wird Alfred Twaroch zum Leiter

⁷³⁶ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 19

⁷³⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 17

⁷³⁸ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 19

⁷³⁹ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 18

⁷⁴⁰ Drimmel (1937): Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft, S. 13

berufen.⁷⁴¹ Unter Twaroch und Lechner wurde das gesamte Pressewesen, wie bereits ausgeführt, pluralistischer.

Akademische Nachrichten und Österreichische Hochschulzeitung



Abbildung 11: Erste Ausgabe der Akademischen Nachrichten mit Siegfriedskopf und Hochschulen

Wie sehr sich die Hochschülerschaft bei ihrer Einrichtung 1933 und kurz vor Einmarsch der deutschen Truppen 1938 unterscheidet, kann am leichtesten im inhaltlichen und äußeren Erscheinungsbild der Hochschülerschaftszeitungen, nämlich der ›Akademischen Nachrichten‹ (Feber 1934 bis Dezember 1935) und der ›Österreichischen Hochschulzeitung‹ (15. Jänner 1936 bis 15. März 1938) ersehen werden. Wie oben schon öfter ausgeführt, dominierten anfangs die wehrstudentischen Vereinigungen die Hochschülerschaft, während danach, vor allem durch den Aufbau der basisnahen Fachschaften und Fachgruppen, aber auch aufgrund der politischen Verhältnisse (Auflösung der Wehrstudentengruppen) ein größerer Pluralismus und ein

Zurückdrängen des anfangs dominierenden militärischen Moments fassbar wird. Einen Eindruck der Vielfalt der Artikel wird aus den verschiedentlich zitierten Artikeln der vorliegenden Arbeit ersichtlich, deshalb seien hier nur einige grundlegende Strukturen und Konzeptionen wiedergegeben.

Die Akademischen Nachrichten erscheinen zunächst in einem Magazinformat (Quartformat), vergleichbar dem, wie es später auch die ähnlich klingende ›Akademische Rundschau‹ (1945-1947) haben wird – allerdings mit nur zweispaltigem Grundlayout, jenes der Akademischen Rundschau wird dreispaltig sein. Ab Folge 4, Mai-Juni 1935, erscheinen die Akademischen Nachrichten erstmals im neuen größeren Zeitungsformat, wie es dann auch die ÖHZ haben wird – und mit vier Spalten.

Die Subventionen für die Akademischen Nachrichten laufen zumindest teilweise über das Unterrichtsministerium. Der Bundeskommissär für den Heimatdienst teilt dazu mit, dass er gerne bereit ist, die Zeitschrift zu fördern, dass aber das Kultur- und Bildungsinstitut dies nicht

⁷⁴¹ vgl. UAW, S.Z. 166, 1936/37 -9

tun kann.⁷⁴² Dies kommt daher, dass das Bundesministerium selbst den Antrag um Subvention der Akademischen Nachrichten stellt.⁷⁴³

Als die »Österreichische Hochschulzeitung. Wien-Graz-Innsbruck-Salzburg-Leoben« 1936 gegründet wurde, begrüßten die Rektoren die neue Zeitschrift in Nachfolge der von 1934-1936 erscheinenden »Akademischen Nachrichten.« Die ÖHZ erschien in einer Auflage von 5.000 Exemplaren⁷⁴⁴ und erfreute sich, an den Abos nachweisbar, steigender Beliebtheit. Mit zahlreichen katholischen Bünden hatte man gute Kontakte und arbeitete auch mit CV, KV, Landsmannschaften, Neuland und den Hochschulgruppen der VF zusammen.

Ein Charakteristikum, das besonders während der Sachwalterschaft Drimmels ausgeprägt ist, ist, das namentlich gezeichnete Artikel die Ausnahme sind. Wie ist die ÖHZ nun aufgebaut? Auf der ersten Seite gibt es den Leitartikel, der aus Politik, Kultur oder anderen für Studenten relevanten Themenbereichen kommen kann und meist mit einem Bild ergänzt wird.⁷⁴⁵ Auf der zweiten und dritten Seite gibt es meist politische oder kulturelle Artikel.⁷⁴⁶ Auf der vierten Seite fanden die Leser einen allgemeinen Artikel und eine Rubrik.⁷⁴⁷ Die Berichte über aktuelle Entwicklungen »Von den Hochschulen«⁷⁴⁸ sind auf Seite 5 zu finden. Auf Seite 6 wird »aus den Verbänden« berichtet.⁷⁴⁹

Auf den Seiten 7 und 8 gibt es regelmäßig kulturelle Themen oder auch allgemeine Themen.⁷⁵⁰

⁷⁴² AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1934; 34795- I /1

⁷⁴³ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1934; 33534 -I/1

⁷⁴⁴ Hans **Jilek**: Abteilung 5: Presse und Werbewesen: Student und Presse. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37, S. 55-58, S. 56

⁷⁴⁵ z.B.: ÖHZ, 15.5.1937, S. 1: »Berufsständische Gesellschaftsordnung« von Staatssekretär Hans Rott mit dem Bild Schuschnigg, der die die Reihen des Österreichischen Arbeitsdienstes abschreitet (vgl. Abb. 9 dieser Arbeit)

⁷⁴⁶ z.B.: »Österreich, deutsches Land« von Alexander Novotny: ÖHZ, 15.5.1937, S. 2. und Helmut K. Hurich: »Der Laienspielgedanke« und » Unser Arbeitsdienst« (mit Bildern von Baustellen und Werden eines Kanals, darauf bezieht sich auch das Photo von S. 1): ÖHZ, 15.5.1937, S. 3

⁷⁴⁷ z.B. Artikel: »Religiöses Ringen der Zeit« , daneben: Rubrik »Dies zuerst lesen«, u.a.: »Vorlesungen Dr. Brünings an der Harvard-Universität«: ÖHZ, 15.5.1937, S. 4

⁷⁴⁸ z.B. »Ausländische Studenten als Feriengäste« oder Berichte aus Wien: »Fachschaft der Geographen - Sportbetrieb der Juristischen Fachgruppe«; oder Graz: »Nachweis von Menschenblut«, das im Dunkeln aufleuchtet von der medizinische Fachgruppe«: ÖHZ, 15.5.1937, S. 5

⁷⁴⁹ Daneben gibt es z.B.in der ÖHZ, 15.5.1937, S. 6 einen einspaltigen Artikel über die »7. Salzburger Hochschulwochen«.

⁷⁵⁰ z.B.: ÖHZ, 15.5.1937, S. 7: Einfluss des Christentum auf das »Corpus Iuris Civilis« (eine Spalte: Bücher mit Fortsetzung auf der letzten S. 8 und eine Spalte: Wirtschaft; S. 8 Fortsetzung Bücher, Film, Theaterkunst, Anzeigen, Impressum: Hauptschriftenleiter Dr. Alfred Twaroch, Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Josef Schott.

Dass die HÖ sich mit innovativen Artikeln ein modernes Image geben und gleichzeitig ihren Auftrag erfüllen wollte, »in engster Fühlung« mit den Professoren und der Wissenschaft zu arbeiten, zeigte sie mit Artikeln über moderne Forschungsergebnisse wie etwa »Die Entwicklung des Fernsehens in den letzten Jahren« (siehe Abbildung 12).

Als weitere Zeitschrift gab es auch »Die Technik«; sie erscheint zehnmal jährlich, der Herausgeber ist Richard Wolf.⁷⁵¹ Ebenso erscheinen Publikationen aus aktuellem Anlass, etwa zum Tod von Universitätsprofessoren oder für Publikationen nahestehender Funktionäre, wie beispielsweise Doz. A. M. Knoll.⁷⁵²

Jahrbücher der Hochschülerschaft Österreichs

Die Jahrbücher der Hochschülerschaft Österreichs waren sehr populär und eines der Markenzeichen der Hochschülerschaft Österreichs. Sowohl die Nationalsozialisten 1938 und 1939 als auch die Österreichische Hochschülerschaft 1945 und 1947 nahmen diese Tradition wieder auf. Wie noch näher ausgeführt wurde, behielt die Österreichische Hochschülerschaft sogar den Namen bei: »Jahrbuch der *Hochschülerschaft Österreichs*« und stellt damit sichtbare Kontinuität her.

Verbände-Abteilung

Als Sachwalter der Universität Wien beschreibt Drimmel den Erstsemestrigen 1934 die Notwendigkeit von Wehrverbänden:

»Zu den bereits im vergangenen Wintersemester höchst aktiv gewesenen Studentenfreikorps des österreichischen Heimatschutzes war inzwischen die akademische Wehrorganisation der Ostmärkischen Sturmsharen getreten, deren ziffernmäßige Stärke alsbald sehr anwuchs. Es war dem Sachwalter selbstverständlich, die Interessen beider Wehrverbände in gleicher Weise zu berücksichtigen, eine Aufgabe, welche dem Leiter des nicht aktivierten Wehrreferates zugefallen wäre. Dies zeigt den großen Einfluss der faschistischen Organisationen in der Hochschülerschaft Österreichs 1934.«⁷⁵³

Ein eigenes Wehrreferat kam nicht zustande, aber alle legalen Verbände wie CV, KV, katholische Landsmannschaften fanden wie die Wehrorganisationen Platz in der HÖ. Die Einbindung in einer eigenen Abteilung sollte gewährleisten, dass alle Studierenden an einem Strang zögen, sie sollte außerdem der HÖ eine gewisse Legitimität geben. Daneben gab es ja außerdem noch die Hochschülerorganisationen der Vaterländischen Front, die sich ebenfalls als Sammelbecken sahen. Anders als in der Hochschülerschaft war dort ein stärkerer Schwerpunkt auf politisches Handeln gegeben, wie Gehler (1990) ausführt:

⁷⁵¹ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37, S. 70

⁷⁵² Jilek (1936): Student und Presse, S. 57

⁷⁵³ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 57

»Besondere Aufgabe der VF-Hochschulgruppe war es, die Erziehungs- und Schulungstätigkeit der Jugendorganisation (»Österreichisches Jungvolk«) zu ergänzen und »den Einsatz des Akademikers in die politische Tätigkeit vor dem Eintritt ins Berufsleben sicherzustellen und den Jungakademiker auf seine spätere Führeraufgabe vorzubereiten. [...] Wie aus einem vertraulichen Lagebericht vom Juli 1935 über das österreichische Hochschulwesen hervorgeht, gab es innerhalb der Sachwalterschaft zwischen den einzelnen Gruppen Reibungen, so zwischen den katholischen Verbänden, unter denen der CV die Führungsrolle beanspruchte, oder dem Studentenfreikorps der OSS [Ostmärkischen Sturmsharen] und dem Studentenfreikorps des Heimatschutzes«.⁷⁵⁴

Drimmel ging aus dieser Situation gestärkt hervor. Denn er hatte zu allen drei Gruppen gute Beziehungen und wesentlichen Anteil an einem gedeihlichen Nebeneinander, wie seine danach gefestigtere Position bewies: Denn er war gleichzeitig zum Vororte-Präsidenten des CV und kurzfristig zum obersten Führer der Wehrstudenten geworden. Diese hatten sich dann aufgelöst – und allfällige Pläne einer Auflösung der Hochschülerschaft oder des CV standen überhaupt nicht mehr zur Debatte. Also gab es ein neues Verhältnis zwischen der Hochschülerschaft und den Verbänden, wobei mittlerweile klar war, dass es immer noch illegale nationalsozialistische Tätigkeit in den Verbänden gab, wodurch durch die Hochschulvereinsordnung den Universitäten und auch der Hochschülerschaft eine stärkere Stellung gegenüber den Vereinen gegeben war. Dementsprechend anders äußert sich Drimmel 1937. Von »faschistischen Organisationen«, wie noch 1934, ist keine Rede mehr:

»Anlässlich des Neuaufbaues der Hochschülerschaft Österreichs wurde der Bestand der verschiedenen studentischen Korporationen und Verbände nicht als bloße Gegebenheit hingenommen, sondern alles versucht, um eine fruchtbare Wechselbeziehung zwischen der Gesamtstudentenschaft und den Bünden sicherzustellen. Unter der Voraussetzung, dass sich die Zielsetzung und Tätigkeit des Einzelbundes sinnvoll in die Bestrebungen der Gesamtstudentenschaft einfügt, wird die Sachwalterschaft den ungeschwächten Fortbestand der Tätigkeit der Bünde stets fördern und unterstützen. Die Einrichtung von bündischen Beiräten im Bereiche der Sachwalterschaft soll mit dazu beitragen, den Einsatz des Einzelbundes für die Gesamtstudentenschaft sicherzustellen und andererseits die Anteilnahme der Bünde an den Einrichtungen und Bestrebungen der Hochschülerschaft zu gewährleisten.«⁷⁵⁵

Studentische Fürsorge

Bevor die Hochschülerschaft Österreichs versuchte, die sozialen Agenden an den Hochschulen zusammenzufassen, gab es eine unübersichtliche Vielzahl von Stellen, an die sich die Studierenden wenden konnten. Es gab Fürsorgestellen an verschiedenen Fakultäten der Universitäten, es gab studentische Vereine, es gab das Deutsch-Akademische Fürsorgeinstitut: Die

⁷⁵⁴ Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 325

⁷⁵⁵ Drimmel (1937): Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft, S. 13f

Folge war »eine Kräftezersplitterung«.⁷⁵⁶ Vor allem die Wirtschaftskrise »zwang die akademische Jugend«, studentische Selbsthilfe zu organisieren und die sozialen Angelegenheiten in ihrer Selbstverwaltung »auf eine neue Grundlage« zu stellen,⁷⁵⁷ wie Drimmel 1937 ankündigt. Vor allem sollte die längst notwendige »Vereinheitlichung der akademischen Fürsorgeeinrichtungen« in Angriff genommen werden.⁷⁵⁸ Die gesetzlichen Bestimmungen bei der Einführung der Hochschülerschaft Österreich wären dafür schon eine ausreichende Basis.

Medizinische Versorgung 1933/34

Die Studierenden und die Vertretung wünschen sich seit längerem eine obligatorische Krankenversicherung. Schon Sachwalter Stein setzt Initiativen und spricht unter anderem in der Rektoratskanzlei bei Regierungsrat Dr. Wagner vor. Dort erklärt Stein, dass er, weil diese Versicherung schwer durchführbar sein, auch an eine Alternative gedacht habe, nämlich »wenigstens eine obligatorische ärztliche Untersuchung zu erreichen«. Das Amt für Leibesübungen hatte indes eine ähnliche Idee entwickelt. Dr. Stein nahm daher auch mit dem Dekan der medizinischen Fakultät Prof. Kerl und mit den Professoren Durig und Denk Kontakt auf, die solch einer Idee zustimmten. »Es handle sich bei der Durchführung lediglich darum, den in Frage kommenden Kliniken eine entsprechende Anzahl von Hilfsärzten zur Verfügung zu stellen, weil die Kliniken eine derartige Mehrbelastung ohne Vermehrung des Personals nicht ertragen könnten«.⁷⁵⁹ Doch die erforderlichen Geldmittel gibt es weder im Unterrichtsministerium noch an der Universität. Dr. Wagner sieht einen Spielraum von 50 Groschen im Hochschülerschaftsbeitrag. So könnte diese Untersuchung mit Beginn des nächsten Studienjahres aufgenommen werden. »Dr. Stein nahm diese Ausführungen zur Kenntnis und teilte mit, dass er mit den genannten Professoren der medizinischen Fakultät weiter in Kontakt bleiben werde.«

Zu einer umfassenden Krankenfürsorge kam es in der Hochschülerschaft Österreichs nicht mehr. Wohl gab es an manchen Hochschulen Schritte in diese Richtung: Im Kapitel über die Einrichtungen der Wiener Technischen Hochschule wird ausführlich über ihre Fürsorgeeinrichtungen, auch über noch eingeschränkten Hilfestellungen für erkrankte Studierende, berichtet.⁷⁶⁰ Doch eine umfassende Lösung gab es erst in der Zweiten Republik: Die Österreichischen Hochschülerschaft konnte bereits 1947 wesentliche Verbesserungen erreichen: Es gab dann tatsächlich einen Studierendenarzt mit kostenloser Behandlung, Krankenhilfe, Gesundheitsförderung, Unfallversicherung, Zahnbehandlung, Bestrahlungen, Tuberkulose-

⁷⁵⁶ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 57

⁷⁵⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs, S. 60

⁷⁵⁸ Drimmel (1937): Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft, S. 13

⁷⁵⁹ UAW, S.Z. 187/81 aus 1933/34

⁷⁶⁰ UAW, S.Z. 187/81 aus 1933/34

betreuung, Hilfe für unterernährte Studierende – und bis in die 1990er-Jahre gab es an den Universitäten für Erstsemestrigende auch obligatorische Röntgenuntersuchungen. Die Österreichische Hochschülerschaft baute 1947 auch ein Erholungsheim auf.⁷⁶¹ Später wurde dann die Mitversicherung bei den Eltern und eine eigene Studentische Versicherung geschaffen. Im Grunde wurden sehr bald nach der Einrichtung der Österreichischen Hochschülerschaft auf diesem Gebiet Ziele verwirklicht, die sich die Hochschülerschaft Österreichs gesteckt hatte.

Die Hochschülerschaft an der Universität Wien

Durch die gleichen Abteilungen der Hochschülerschaft Österreichs und der Hochschülerschaft der Universität Wien gab es Überschneidungen, sodass die Abteilungen in erster Linie von der Hochschülerschaft Österreichs eingesetzt wurden und die meisten Referenten der Abteilungen an der Universität Wien vakant blieben. Die Personalunion des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs und der Universität Wien trug noch zusätzlich dazu bei. Dies blieb bis in die 1950er-Jahre auch bei der Österreichischen Hochschülerschaft so, bei der die Personalunion sogar zunächst kurzzeitig gesetzlich festgelegt war. Umso wichtiger waren jedoch die Fachgruppen und Fachschaften der Hochschülerschaft an der Universität.

Fakultäten, Fachgruppen und Fachschaften

»Das österreichische Hochschülerziehungsgesetz des Jahres 1935 stellt den Anfang des Beginnens dar, auch die Hochschulen bei aller Anerkennung ihres fachlichen Gehaltes auf neue Grundlagen zu stellen, indem es vor allem zwei Aufgaben der Hochschulen unterstreicht: die Pflege der Forschung und Lehre und die Erziehung der Studierenden zu sittlichen Persönlichkeiten.«⁷⁶²

Sachwalter Drimmel ging es in einer grundsätzlichen Ausführung zum Aufbau und Wesen der Fachschaft um einen Neuaufbau studentischer Gemeinschaftsformen innerhalb und außerhalb der Hochschule mit »einer organisatorischen Zusammenfassung der Studierenden gleicher Studienrichtung zur Wahrung und Vertretung ihrer fachlichen Belange«. Was bisher in kleineren Fachvereinen »gepflegt« wurde, sollte nun als offizielle Arbeit und Teil der Hochschülerschaft Österreichs ausgewiesen werden und zur politischen Betätigung der Hochschülerschaftstätigkeit auch eine fachwissenschaftliche stellen. Das Ziel dieser Entwicklung sollte sein, »dass Hochschulen und Beruf, Wissenschaft und praktisches Leben in engere Beziehung treten müssen als dies bisher der Fall war.« Mehr noch, die Studierenden sollten die Möglichkeit haben, eine »Bildung von schöpferischer Persönlichkeit zu entfalten«. Ein weiteres Ziel war es, die Zusammenarbeit zwischen Lehrer und Student »fester [zu]

⁷⁶¹ Akademische Rundschau, April 1947, S. 1

⁷⁶² ÖHZ, 1.10.1936, S. 3

knüpfen«. So formulierte es Drimmel auch als das erste Ziel der Fachschaften, ein »lebendiges Verhältnis zwischen Professoren und Hörerschaft« zu entwickeln und ebenso einen Kontakt zu jenen zu bekommen, »die schon im praktischen Leben stehen«. Das dritte Ziel ist jenes klassische, das die Studierenden bis heute kennen, nämlich »Studien- und Berufsberatungsstellen in Ergänzung zu dem an der Hochschule gebotenen« sowie die »Wahrung und Vertretung der sachlichen Belange der Hörerschaft«.

Die Fachschaft sah man als wesentlich für die »organisatorische Einheit der künftigen körperschaftlichen österreichischen Hochschülerschaft« an und als den »Träger der Entwicklung der studentischen Selbstverwaltung, gemeinsam mit bestehenden studentischen Bündnen«. Die Fachschaften und Fachgruppen sollten als basisnahe inhaltliche und personelle Ressourcen für die künftige Arbeit der Hochschülerschaft Österreichs aufgebaut werden.

Mit der Einführung der Fachgruppen und Fachschaften entwickelten sich auch neue Formen der Kommunikation und Kooperation: So wurden Fachgruppentagungen eingeführt, die »eine Interessensgemeinschaft« von Hörern gleicher Fakultät darstellen und »ein Bindeglied zwischen Professoren und Hörern, aber auch – und das ist besonders wichtig – ein Bindeglied zwischen der Hochschule und dem praktischen Leben« sind. Wie sich in den Berufen »stets Menschen mit gleichen Interessen zusammengefunden« haben, um verschiedene notwendige Aufgaben gemeinsam zu lösen, so tun dies ab nun die Fachschaften und Fachgruppen innerhalb der Hochschülerschaft. Das verschafft ihnen gegenüber den Einzelvereinen einen Vorteil.⁷⁶³

Außerdem sollen die Fachschaften und Fachgruppen im unübersichtlichen wissenschaftlichen Betrieb den Studierenden eine Möglichkeit geben, gemeinsam »mit älteren Kollegen oder auch mit fertigen Akademikern in Form von Studiengemeinschaften seine Studien zu ergänzen, bzw. Dinge, die den Rahmen einer Vorlesung sprengen würden, auf diesem Wege zu erfahren.« Abgesehen davon bietet die Fachschaft die Hilfsmittel hierzu, die Standardwerke und andere Lehrbehelfe je nach der Art der Fakultät: »Dinge, die der Einzelne sich in den meisten Fällen nie anschaffen kann.« Die Tagungen boten die Möglichkeit vom Austausch guter Praxis oder gemeinsamen Projekten.⁷⁶⁴

Die Einrichtung der Fachgruppen und Fachschaften ist noch aus einem anderen Grund interessant, umso mehr, als die Einteilung mit der Fachgruppe Pharmazie nicht mehr der universitären Abteilung der Fakultäten entsprach und zudem noch Subeinheiten aufwertete: Was mit der Hochschülerschaft Österreichs begann, setzte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zum Universitätsgesetz 2002 an den Universitäten fort: in einer Diversifizierung der universitären Strukturen und einer Auflösung der alten Philosophischen Fakultät.

⁷⁶³ ÖHZ, 15.11.1936, S. 3

⁷⁶⁴ ÖHZ, 15.11.1936, S. 3

Bereits vor der Zeit der Hochschülerschaft Österreichs hatte sich dort die Anzahl der verschiedenen Studienrichtungen, ständig weiter spezialisiert. Eine Fülle neuer Forschungsrichtungen war dazugekommen und die große Fakultät war nunmehr alles andere als einheitlich. Diese »immense Ausdehnung des universitären Fächerkanons« hatte bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen.⁷⁶⁵ In der ÖH wird die Spaltung der Philosophischen Fakultät in eine Naturwissenschaftliche und Geisteswissenschaftliche Gruppe weitergeführt, eine Einteilung die die Universitäten ebenfalls später nachvollzogen.

Juridische Fachgruppe

Nachdem 1933/34 der Deutsch-akademische Juristenverein »wegen seiner verschiedenen Unzukömmlichkeiten aufgelöst worden« war, wollten die Sachwalter zunächst »alle Kräfte, die für die Zusammenarbeit in Frage kommen«, zusammenfassen.⁷⁶⁶ Ende April schien es, als ob die »Frage der tatsächlichen Konstituierung« nunmehr gelöst worden sei«:

»Der gemäßigte Flügel der nationalen Gruppen schien die Oberhand gewonnen zu haben, die Aussicht einer Verständigung schien nicht mehr völlig ausgeschlossen. Da erfolgte eine völlige Umkehrung der Sachlage durch die Einsetzung des Regierungskommissärs an der Hochschule für Bodenkultur. Verschwunden war die Sphäre des Verständnisses, Kampf herrschte wieder auf allen Linien. Fast zur gleichen Zeit zogen sich die betont nationalen Professoren von der zu gründenden Fachgruppe zurück.

Die Sachwalterschaft zögerte keinen Augenblick [...]. Schon zwei Tage nachher war die Arbeitsgemeinschaft auf die immer zu positiver Arbeit bereiten Gruppen verkürzt und aus ihren Reihen der Fachgruppenleiter bestellt.«⁷⁶⁷

[So] »sah sich der Sachwalter veranlasst, lediglich mit den vaterländischen Gruppen aufzubauen. Herr cand. jur. Lechner wurde damit betraut, als Fachgruppenleiter vorläufig die Liquidierung durchzuführen und die materiellen Grundlagen der neuen Fachschaft zu schaffen.«⁷⁶⁸

Diese rasche und kompromisslose Neugründung sollte später den Erfolg der Fachgruppe ausmachen – im Unterschied zu jenen, wo mit den Nationalen ein Ausgleich gesucht worden war. Das Ziel war, bis zum nächsten Wintersemester die Fachgruppe arbeitsfähig für die Studierenden zu machen. Die »chaotischen Zustände« des Juristenvereins wurden geordnet, und vorhandene Einrichtungen wurden für die neue Fachgruppe »dienstbar gemacht«.

⁷⁶⁵ Müller (1996): Geschichte der Universität, S. 85

⁷⁶⁶ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 59

⁷⁶⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 59

⁷⁶⁸ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 15

Unter der Rubrik »Hochschulberichte« erfuhren die Studierenden im November 1934, dass die Fachgruppe mit der Eröffnung des Lesesaals und mit Inskriptionsberatung bereits den Betrieb aufgenommen hatte.⁷⁶⁹

In der nächsten Ausgabe fand sich bereits ein Programm der Juristische Fachschaft für das Wintersemester 1934/35: Vorträge, Kurse, Begünstigungen für Dianabad, Gratis Eintritt zu Schwurgerichtsprozessen; kaufmännische Kurse, ein Französischkurs, Führungen in verschiedene Firmen wie Meinl, Siemens, zum Grundbuch, der Gerichtsmedizin, ins Strafgefangenenhaus, zu Ankerbrot, dem Brauhaus Schwechat, der Firma Kunerol, zum Flugfeld Aspern oder zum Gaswerk Simmering fanden statt.⁷⁷⁰

Im Sommersemester 1935 gab es an der Juridischen Fachgruppe Vorträge zu den Themen »Ständische Ideen der Gegenwart« (Prof. Dr. Walter Heinrich) und »Quadragesimo Anno« (Prof. Messner). Außerdem wurden »eifrige Mitarbeiter« gesucht, »die in der Lage sind, für die staatsbürgerliche Erziehung der Hochschüler eingesetzt werden zu können«.⁷⁷¹

Im Wintersemester 1935/36 gab es Vorträge in der Bundeserziehungsanstalt Kaiser-Eberstorf zu den Themen »Abstammungslehre« oder »Die Stellung der Frau im französischen Recht«.⁷⁷² Außerdem gab es 20 bis 30 Arbeitsgemeinschaften mit Professoren. Dort wurden Vorlesungen besprochen.⁷⁷³

1936⁷⁷⁴ konnte die juristische Fachgruppe eine positive Bilanz ziehen und sah »den ihr vorgezeichneten Arbeitsplan zur Gänze durchgeführt«. Mittlerweile gab es für fachliche Veranstaltungen wie Vorträge und Arbeitsgemeinschaften »tatkraftige Unterstützung von Seiten der Professorenschaft«. Nicht zuletzt dadurch wurde die juristische Fachgruppe zu einem »wichtigen und stark besuchten Institute« ausgebaut. Allein für die Studienberatung zu Beginn des Wintersemesters wurden über 800 Studierenden Erstsemestrigenberatung geboten.

In der Bücherei, die vom Vorgängerverein übernommen wurde, waren immer wieder alle 1500 Werke bis zum letzten Band an die Mitglieder der Fachgruppe ausgegeben. Außerhalb der Amtsstunden konnten die Mitglieder der juristischen Fachgruppe die Bibliothek auch als Studierraum nutzen. Bis zu 150 bis 200 Mitglieder täglich lasen im Lesezimmer die »reiche Auswahl an Tageszeitungen, illustrierten Blättern und Fachzeitschriften«. Insgesamt 890 Hörer nahmen im Studienjahr 1935/36 auch das Service in Anspruch, »Pflichtübungsanmeldungen

⁷⁶⁹ Akademische Nachrichten, November 1934, S. 15

⁷⁷⁰ Akademische Nachrichten, Dezember 1934, S. 8

⁷⁷¹ Akademische Nachrichten, Mai/Juni 1935, S. 7

⁷⁷² ÖHZ, 15.2.1936, S. 6

⁷⁷³ ÖHZ, 1.5.1936, S. 7

⁷⁷⁴ ÖHZ, 1.5.1936, S. 7

einen Tag vor dem offiziellen Einreihungstermin durch die Juristische Fachgruppe vornehmen zu lassen«.

Außerdem besorgte die Fachgruppenleitung für interessante Prozesse Eintrittskarten. Ins Strafgefangenenhaus und »in größere moderne Betriebe und Fabriken wurden Führungen veranstaltet, welche bei allen Teilnehmern regstes Interesse hervorriefen«. Dazu kamen zahlreiche Kurse, wie Stenographie-, Maschinschreib- und allgemeine Handelskurse. Diese Kurse waren sehr beliebt, »immer stark besucht und haben neuerdings erwiesen, mit welchem Verständnis die Hörschaft die Wichtigkeit dieser Einrichtung als Ergänzung ihrer praktischen Ausbildung würdigt. In gleichem Maße erfreute sich auch der erstmalig im Wintersemester abgehaltene Autokurs großer Beteiligung.«⁷⁷⁵

1936 konnte die Fachgruppe auch bereits wieder von verständnisvoller Förderung »durch die Professorenschaft in jeder Hinsicht« sprechen. Um den Studenten Zusatzinformationen für Vorlesungen zu geben, richtete sie Arbeitsgemeinschaften ein, in denen sich die jeweiligen Professoren und die Studierenden über die Inhalte besprechen konnten.

»Auf diese Weise ist es möglich, einen persönlichen Kontakt zwischen Lehrer und Schüler herzustellen, da sich der Vortragende mit jedem einzelnen Teilnehmer beschäftigen kann. Von besonderem Wert für den Hörer ist vor allem, dass sich der Vortragende bei der gemeinsamen Arbeit ein klares Bild von der Arbeitsleitung und dem Wissen der Teilnehmer machen kann, ein Vorteil, der erst später ersichtlich wird, wenn sich Vortragender und Teilnehmer bei Staatsprüfungen und Rigorosen gegenüber treten.

In der Erwartung, dass durch die vorstehenden Ausführungen die Vorteile der Arbeitsgemeinschaften verständlich gemacht wurden, ladet die Juristische Fachgruppe ihre Mitglieder und die, die es werden wollen, zum Besuche folgender Arbeitsgemeinschaften ein:

Aus Volkswirtschaftslehre: Prof. Lagler [... 2 Stunden]

Aus Kirchenrecht: Prof. Plöchl [...]

Aus praktischem Recht: Dr. Bennheim [...]

Eventuell bei genügender Anmeldung: aus bürgerlichem Recht: Prof. Dr. Fischer-Colbrie, nach Übereinkommen. Sämtliche Arbeitsgemeinschaften sind selbstverständlich kostenlos und finden in den Räumen der juristischen Fachgruppe statt.«⁷⁷⁶

Im Wintersemester kamen noch Kurse in Buchhaltung, Rechnungswesen oder in »Wechselkunde« hinzu. Vor allem Juristen, die in der Wirtschaft tätig werden wollten oder die Stenographie- und Maschinschreibkenntnisse im Gerichtsjahr brauchten, nutzten diese Kurse. Immer wieder betont die Hochschülerschaft Österreichs an der Juridischen Fakultät der Universität Wien, dass sie »ihren Mitgliedern Gelegenheit geben« wolle, sich »praktische Kenntnisse anzueignen.«⁷⁷⁷

⁷⁷⁵ ÖHZ, 1.5.1936, S. 7

⁷⁷⁶ ÖHZ, 1.5.1936, S. 7

⁷⁷⁷ ÖHZ, 15.10.1936, S. 4

Die Juridische Fachgruppe veranstaltete im Studienjahr 1936/37 Führungen ins städtische Grundbuch und ins Polizeimuseum im Herbst 1936,⁷⁷⁸ im Sommersemester durch das Filmatelier der Tobis-Sascha, »eines Wiener Bundesbahnhofs«, der Heil- und Pflegeanstalt Steinhof, des Gaswerkes Leopoldau, der Simmeringer Waggonfabrik und des Gerichtsmedizinischen Institutes.⁷⁷⁹ Außerdem gab es gemeinsam mit dem katholisch-deutschen Juristenverein eine Führung in der Wiener Staatsoper.⁷⁸⁰

Eine Arbeitsgruppe Deutsches Recht startet am 23. Februar 1937 (Prof. Mitteis)⁷⁸¹, sonst gab es »infolge früher Staatsprüfungen keine Arbeitsgemeinschaften.« Die Fachgruppe bot auch eine Ermäßigung beim Bezug der Taschenbuchausgabe Österreichischer Gesetze beim Verlag Manz an.⁷⁸² Für die Fachgruppe wurde die Einführung eines Sportbetriebs »nicht nur für Sportskanonen, sondern auch minder Begabte«, die »an dem Sportbetrieb ihre Freude haben« wollten, zum unerwarteten Erfolg.⁷⁸³ Denn die Anmeldungen für die neue Sportgruppe waren sehr hoch. Auch die Fußballtermine erfreuten sich großer Beliebtheit.⁷⁸⁴

Die Bilanz der Juristischen Fachgruppe der HÖ während des Studienjahres 1936/37 gestaltete sich für sie zufriedenstellend: Sie hatten 1.395 Hörer als Mitglieder, an 853 Studierende wurden Inskriptionsauskünfte erteilt und 22 Hörer nahmen nun erstmals auch kostenlose Rechtsberatung in Anspruch.⁷⁸⁵

Im Herbst teilte die Juridische Fachgruppe mit, dass nun alle Fachgruppenbeiräte bestellt würden. Von den 21 Vertretern waren alle männlich, keine einzige Frau schaffte es in den Beirat.⁷⁸⁶

Als der langjährige Fachgruppenleiter Richard Lechner nun zum Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs wurde, folgte ihm Kurt Fritsche⁷⁸⁷ als Leiter der Fachgruppe nach.

Im Wintersemester 1937/38 gab es nun auch gesellschaftliche Veranstaltungen der Juridischen Fachgruppe: Auch die Kollegen und Kolleginnen von anderen Fakultäten wurden eingeladen, mitzutun:

⁷⁷⁸ ÖHZ 15.11.1936 S. 4

⁷⁷⁹ ÖHZ, 15.2.1937, S. 7

⁷⁸⁰ ÖHZ, 18.3.1937, S. 6

⁷⁸¹ ÖHZ, 15.2.1937, S. 7

⁷⁸² ÖHZ, 1.5.1937, S. 6

⁷⁸³ ÖHZ, 15.5.1937, S. 5

⁷⁸⁴ ÖHZ, 1.6.1937, S. 5

⁷⁸⁵ ÖHZ, 18.3.1937, S. 6

⁷⁸⁶ ÖHZ, 22.10.1937, S. 4

⁷⁸⁷ vgl. ÖHZ, 20.2.1938, S. 5

Abbildung 12: Bildquelle: ÖHZ, 22.10.1937, S.4



»Es ist uns sehr recht, dass der Student zu uns um Rat kommt, noch lieber wäre es uns aber, wenn die Kollegen untereinander in engere Bindung und Berührung kommen würden. [...] Zu diesem Zwecke veranstaltet die Juristische Fachgruppe gesellschaftliche Abende, deren Hauptaufgabe es sein wird, neben Tanz und Vorträgen die Hochschulkameradschaft zu pflegen.«⁷⁸⁸

Im Feber 1938 gratulierte namens der Juridischen Fachgruppe Kurt Fritsche dem neuen Bundesminister für Justiz, Prof. Ludwig Adamovich:

»Mit großem Bedauern sehen wir Exzellenz als unseren verehrten akademischen Lehrer von der Alma Mater Rudolfina scheiden und erlauben uns der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass Exzellenz auch weiterhin der Studentenschaft ihr Wollwollen angedeihen lassen werden.«⁷⁸⁹

Im Arbeitsbericht über das Wintersemester 1937/38 der Juristischen Fachgruppe Wien wird vermerkt, dass 1102 Hörer bzw. Hörerinnen die Dienste der Fachgruppe in Anspruch genommen hatten, 29 Fachgruppenbeiräte tagten in sechs Sitzungen. Die kostenlose Rechtsberatung nahmen es 33 Hörer in Anspruch, den Autokurs absolvierten 27 Hörer. 223 Studierende nahmen an acht Führungen teil (u.a. ins Polizeimuseum, Münzamt, Brauerei Schwechat, Grundbuch, Strafgefangenenhaus, Likörfabrik Wolfrum, Erziehungsanstalt Kaiser-Ebersdorf, Werk Ellida). An den vier Tanzabenden hatten insgesamt 240 Mitglieder teilgenommen.⁷⁹⁰

Außerdem wurde noch angekündigt, dass Dekan Mitteis eine Arbeitsgemeinschaft Deutsches Recht für das Sommersemester anbieten sollte. Doch dazu kam es nicht mehr. Wenige Tage nach Erscheinen dieser Mitteilung war das Land und die Universität bereits in der Hand der Nationalsozialisten.

Staatswissenschaftliche Fachschaft

Für die Staatswissenschaften und ihre Aufgaben sorgte eine eigene Fachschaft. Auch hier gab es Arbeitsgemeinschaften für gesellschaftswissenschaftliche Fragen, für Ständewesen, für volkswirtschaftliche Fragen, über den Reichsgedanken. Diese begannen im November 1934. Jeweils Dienstag und Freitag von 10 bis 11 Uhr konnten sich die Studenten an ihre Staatswissenschaftliche Fachschaft im Juristischen Fachgruppenlokal wenden.⁷⁹¹ Später kamen außerdem staatswissenschaftliche und philosophische Arbeitsgemeinschaften dazu.⁷⁹²

⁷⁸⁸ ÖHZ, 5.11.1937, S. 5

⁷⁸⁹ ÖHZ, 20.2.1938, S. 5

⁷⁹⁰ ÖHZ, 5.3.1938, S. 6

⁷⁹¹ Akademische Nachrichten, Dezember 1934 S. 8

⁷⁹² Akademische Nachrichten, Mai/Juni 1935, S. 7

Medizinische Fachgruppe

Auch die Einrichtung der Fachschaft der Mediziner an der Universität Wien gestaltete sich zunächst kompliziert:

*»Dadurch, dass der Verein deutscher Mediziner von der Polizei gesperrt werden musste, sind die Verhandlungen wegen der Bildung einer medizinischen Fachschaft in Stocken geraten. Der sozialistische Verein Wiener Mediziner wurde aufgelöst. Die Bemühungen, das Material dieses Vereins, wie Mikroskope usw. dem wissenschaftlichen Betrieb zu erhalten, sind im Gange«.*⁷⁹³

Im Sommersemester 1936 fasste die Medizinische Fachgruppe ihr bisheriges Wirken zusammen:⁷⁹⁴ Um sich »in den Dienst jedes einzelnen Kollegen zu stellen«, schuf sie einzelne Referate, die die Wünsche der Hörer erfüllen sollten.

Auch an der medizinischen Fachgruppe wurden Führungen in Heilanstalten und Krankenhäuser durchgeführt, auch hier nahmen die Kolleginnen und Kollegen gerne daran teil. Zur Ausübung der medizinisch spezifischen Tätigkeiten stellte die Fachgruppe in Kursen für die Teilnehmer weitgehende Ermäßigungen zur Verfügung, etwa »beim Kauf von Sezierzeugen« oder durch Verleih von wichtigen Büchern.

*»Durch die Eröffnung der Bibliothek wurden den Kollegen Bücher zur Verfügung gestellt, die sonst für einen Studenten wohl unerschwinglich wären. Mit ungefähr 800 Bänden haben wir unsere Bibliothek begonnen, und seit ungefähr einem Jahre den Bestand derselben um 120 Bände vermehrt. Die Mikroskope, deren uns acht zur Verfügung stehen, wurden sämtlich repariert und sind stets zur Gänze verliehen.«*⁷⁹⁵

Es wurde auch eine Büchertauschbörse eingeführt, die die Studierenden gerne annahmen, um sich teure Ausgaben zu sparen oder sie zumindest zu einem Teil wieder zurückzubekommen.

Außerdem richtete die Fachgruppe einen Feriendienst ein, damit »Kollegen in Provinzspitälern als Hospitanten tätig sein können. Ebenso haben wir schon öfters fertigen Ärzten Vertreterstellen und andere Anstellungen vermitteln können«.

Auch in der Fachgruppe wurde die Studentinnen- und Studenten-Fürsorge als notwendige Aufgabe wahrgenommen, »denn es gibt wohl eine übergroße Anzahl von Kollegen, die sehr bedürftig wären, aber aus rein formellen Gründen einer solchen nicht teilhaftig werden konnten«.

Die Medizinische Fachgruppe sah es als eine zentrale Aufgabe, »Anregungen und Ideen im Interesse der Allgemeinheit zum Gesamtwohle zur Durchführung zu bringen«. Dabei stießen

⁷⁹³ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 15

⁷⁹⁴ ÖHZ, 1.5.1936, S. 8f

⁷⁹⁵ ÖHZ, 1.5.1936, S. 8

die Studierenden bei den Professoren meist auf Interesse, »indem unsere Bestrebungen eingesehen und als berechtigt gefunden wurden. Wir konnten in Anatomie Gratiskurse für minderbemittelte Studenten erreichen, wir konnten in Institutskursen eine Herabsetzung des Kurshonorares erzwecken«. ⁷⁹⁶ Auch sonst zeigte sich das gute Verhältnis von Studierenden und Professoren: Nach dem Tod des Professors Maresch veranstaltete die Fachgruppe eine »Gedächtnisfeier für unseren verstorbenen Lehrer«.

Als eine große Veranstaltung erwies sich auch der Mediziner-Gesellschaftsabend im Parkhotel Schönbrunn im Fasching 1936. Ebenso wie die Fachgruppe Jus betont auch die medizinische Fachgruppe das Ziel, den »Studenten der medizinischen Fakultät in einer gemeinsamen Einheit zum Wohle aller zusammenzufassen und zu Besten unserer Heimat für ihren künftigen Beruf zu erziehen«. ⁷⁹⁷

Im November 1936 bekam die Fachschaft Besuch von Kollegen aus Innsbruck und unternahm Exkursion ins Rokitsansy-Museum der Landes-Irrenheilanstalt Steinhof, ⁷⁹⁸ und im Sommersemester 1937 nahmen an einer Führung in die Hygieneausstellung dreißig Kolleginnen und Kollegen teil. Die Aktivitäten der Medizinischen Fachgruppe scheinen jedenfalls wesentlich geringer gewesen zu sein wie die ihrer Juristen Kollegen, die fast in jeder Ausgabe der Akademischen Nachrichten oder der Österreichischen Hochschulzeitung mit neuen Aktivitäten aufwarteten.

Philosophische Fachgruppe

Ähnlich war es an der Philosophischen Fachgruppe. Über Aktivitäten dieser Fachgruppe wurde bereits in früheren Kapiteln berichtet. Sie war jedoch jene Fachgruppe mit den meisten Fachschaften. Zum ersten Fachgruppenleiter wurde 1934 Karl Starzacher von Drimmel ernannt. »Organisatorische Einheiten«, wie im Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934 beschrieben, »sind die einzelnen Fachschaften, deren Geschäfte vorderhand von den seinerzeitigen Fachvereinen betreut werden. 1934 gab es bereits acht dieser Fachschaften. Später kam noch die Fachschaft der Chemiker und der Turnstudenten hinzu. Eine Sonderstellung nahm zunächst die Fachschaft der Pharmazeuten ein, die bald zu einer selbständigen Fachgruppe wurde.

Fachschaft der Anglisten

Die Fachschaft konnte erst nach dem Wintersemester 1935/36 mit der Arbeit beginnen, weil zuvor die Leiter ständig wechselten. Im Frühjahr 1936 hatte die Fachschaft »dank einer eifrigen Mitgliederwerbung« bereits 80 Mitglieder. Auch erste Aktivitäten begannen:

»Altenglische und neuenglische Grammatik- und Literaturkurse, die nach den Osterferien begannen, hatten vollen Erfolg. Das nächste Bestreben der Fachschaft wird es sein, eine

⁷⁹⁶ ÖHZ, 1.5.1936, S. 8

⁷⁹⁷ ÖHZ, 1.5.1936, S. 9

⁷⁹⁸ ÖHZ, 15.11.1936, S. 4

*vollwertige Bibliothek und Skriptensammlung zu schaffen, und den persönlichen Kontakt zwischen den Mitgliedern untereinander und der Professorenschaft durch eine gesellige Zusammenarbeit zu heben».*⁷⁹⁹

Durch Vereinbarungen auch mit Privaten, wollte die Fachschaft ab dem Studienjahr 1936/37 erreichen, dass Fachschaftsmitglieder Veranstaltungen auch außerhalb der Universität zu günstigeren Preisen besuchen könnten. Im November 1936 berichtet die ÖHZ von einem Phonetikkurs.⁸⁰⁰

Fachschaft der Germanisten

Der Mitgliederstand betrug im Sommersemester 1936 204 Studierende, von denen 143 »im laufenden Studienjahre geworben werden konnten«.⁸⁰¹

*»Dieser Erfolg ist auf die rege Kurstätigkeit sowohl des Winter- als auch des Sommersemesters zurückzuführen. Im Wintersemester wurden zwei Mittelhochdeutschkurse, ein Althochdeutschkurs und ein Volksliederkurs abgehalten, daneben kann auch die Theatergruppe auf eine rege und erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Im Sommersemester läuft ein Mittelhochdeutschkurs, ein mittelhochdeutscher Lektürekurs und eine Arbeitsgemeinschaft für neuere Literatur«.*⁸⁰²

Es gab auch Exkursionen der Fachschaft, etwa in die Akademie der Wissenschaften oder einen Vortrag des Burgtheaterdirektors Robbeling über die »Universelle Sendung des Theaters«. »Neben den wissenschaftlichen Veranstaltungen werden auch die geselligen als für den Fachschaftsbetrieb unbedingt notwendig nicht außer Acht gelassen«: So wurden Ausflüge, eine »Antrittskneipe« und eine Weihnachtsfeier veranstaltet.⁸⁰³

Im Wintersemester 1936/37 berichtet die ÖHZ auch von musikalischen Veranstaltungen (Orchester und Gesangsquartett).⁸⁰⁴

Fachschaft der Historiker

*»Die Fachschaft der Historiker soll jedem Studierenden des Faches Geschichte Führerin und Beraterin sein, vom Eintritt in das akademische Leben, bis zum Abschluss des Studiums. Jedes Mitglied findet in der Bibliothek, in den Führungen und in allen unseren wissenschaftlichen Veranstaltungen Anleitung und Wegbereitung seines Studiums.«*⁸⁰⁵

Teil der Fachschaft war eine »reichhaltige Bibliothek«, als Teil der Seminarbibliothek, die »im besonderen Maße den Fachschaftsmitgliedern zur Verfügung steht«. Diese Bibliothek

⁷⁹⁹ ÖHZ, 1.5.1936, S. 8

⁸⁰⁰ ÖHZ, 15.11.1936

⁸⁰¹ ÖHZ, 1.5.1936, S. 7

⁸⁰² ÖHZ, 1.5.1936, S. 7

⁸⁰³ ÖHZ, 1.5.1936, S. 7

⁸⁰⁴ ÖHZ, 15.11.1936, S. 4

⁸⁰⁵ ÖHZ, 1.5.1936, S. 8

beinhaltete auch Einführungsbücher für Studienanfänger. Es war auch in den Dienststunden der Fachschaft möglich, Bücher zu entleihen, der Verleih der Bücher und auch Skripten war unentgeltlich. Wissenschaftliche und gesellschaftliche Veranstaltungen waren Teil des Programms der Fachschaft.

So fanden 1935/36 eine Führung durch die Kaiser-Franz-Josef-Ausstellung mit 25 Teilnehmern statt (26. Oktober), oder eine Studienfahrt nach Carnuntum »mit ihren verehrten Herren Professoren« (Dr. W. Bauer, Dr. O. Brunner, Dr. R. Egger, Dr. H. Hirsch) am 10. November: »Die Fahrt ging ab Wien – II. Amphitheater – Petronell – I. Amphitheater – Deutsch Altenburg – Hainburg – Wien«. Unmittelbar in Anschluss daran fand am Abend in Hainburg die »Semester-Antrittskneipe« statt, »die alle 60 Teilnehmer der genussreichen Fahrt vereinigte«. Weiters wurden durchgeführt: ein Ausflug nach Klosterneuburg (24. November), Weihnachtsfeier mit über 110 Mitgliedern (14. Dezember, gemeinsam veranstaltet mit dem »Akademischen Verein deutscher Historiker«: »Die Feier wurde durch die Anwesenheit der verehrten Herren Professoren geehrt, welche durch ihre wertvollen Geschenke unsere Bücherei bereicherten«.)

Das Jahr 1936 startete mit einem eigenen Proseminarkurses mit 40 Teilnehmern für die Fachschaft (10. Jänner), setzte sich mit einem zwölf­tägigen Schikurs in den Semesterferien für 25 Fachschaftsmitglieder, mit einer Exkursion ins Dom- und Diözesanmuseum (Anfang Mai), oder ins Haus- Hof- und Staatsarchiv (Mitte Mai) und schließlich in die weltliche und geistliche Schatzkammer (Juni).

»Das Studienjahr wird mit dem Proseminarkurs beschlossen, der die Erstsemestrigen auf die Endprüfung vorbereiten soll, die ja Vorbedingung für eine Aufnahme in die Seminarübungen ist.«

Im Studienjahr 1936/37 gab es Vorträge über »Österreich, das Reich und der Osten im späten Mittelalter« von Prof. Otto Brunner und »Der Aufstieg des Hauses Österreich« von Prof. Heinrich Kretschmayr.⁸⁰⁶ Im Studienjahr 1935/36 hatte die Fachschaft 210 Mitglieder, und konnte sich um 25 % gegenüber dem Vorjahr steigern.

Die Fachschaft der Historiker stellte auch eine Sportgruppe mit einer erfolgreichen Handballmannschaft.

Adam Wandruszka scheint 1936/37 als Fachschaftsbeirat auf.⁸⁰⁷ Er und Ludwig Jedlicka waren beide Schüler von Heinrich Ritter von Srbik, den Jedlicka 1955 »mein verehrter Lehrer« nennt.⁸⁰⁸ In diesem Kreis betont Nationaler sind ebenso Taras Borodajkewycz, Otto Brunner, der Bundesminister ohne Portefeuille ab 1936 und Vizekanzlers des Anschlusskabinetts von Seyss-Inquart, Edmund Glaise von Horstenau oder der Leiter der Fachgruppe der Historiker 1935,

⁸⁰⁶ ÖHZ, 15.11.1936, S. 4

⁸⁰⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37, S. 72

⁸⁰⁸ vgl. Ludwig **Jedlicka**: Ein Heer im Schatten der Parteien. Die militärpolitische Lage Österreichs 1918-1938«, Graz-Köln 1955; S. IX.

Emmerich Ofczarek zu finden.⁸⁰⁹ Im Falle dieser Gruppe der betont nationalen Katholiken gilt der von Lichtenberger-Fenz propagierte »nahtlose Übergang«⁸¹⁰ vom Austrofaschismus in den Nationalsozialismus, im Unterschied zu den meisten anderen österreichbewussten Vertreter des austrofaschistischen Ständestaats: Der Historiker Hugo Hantsch etwa wurde 1938 verhaftet und relegiert. Die Hinweise der ÖHZ auf eine Nähe der Philosophischen Fachgruppe zum Nationalsozialismus werden durch die Karrieren jener »betont [deutsch]nationalen« Historiker bestätigt.⁸¹¹ In der Zweiten Republik war die Arbeit jener auch nationalen Mitarbeiter an der Philosophischen Fakultät, die in der Hochschülerschaft Österreichs unter Sachwalter Heinz Drimmel gearbeitet hatten, nicht von Nachteil, zumal Drimmel von 1954 bis 1964 der für Hochschulen und Wissenschaft zuständige Unterrichtsminister wurde und auch seine ehemaligen Kollegen der Historischen Fachschaft fördern konnte.⁸¹²

Fachschaft der Romanisten

1936 führte die Fachschaft der Romanisten ihre »zielbewusste und anerkannt erfolgreiche Arbeit« auf das gute »Einvernehmen mit dem Akademischen Verein deutscher Romanisten« zurück, »der von Anfang an seine Kräfte und Erfahrungen in den Dienst des Neuaufbaues stellte und so der jungen Fachschaft eine fruchtbare Traditionsübernahme ermöglichte«.

Dabei wird betont, die wissenschaftliche Arbeit sei, ganz im Sinne Drimmels, immer im Vordergrund gestanden und habe den größten Teil der Mitglieder erfasst. Einführungsvorträge »für die rechtzeitige Orientierung der Anfänger«, regelmäßig stattfindende Französischabende, Altfranzösischkurse und Fachabende, die dem Studienfortgang der Fachschaftsstudierenden dienen sollten, gehörten zur Arbeit der Romanistik-Fachschaft.

»Größte Bedeutung fällt auch der umfangreichen Fachbücherei zu, die als Teil der Seminarbücherei den Mitgliedern kostenlos zur Verfügung steht, und schließlich dem

⁸⁰⁹ vgl. Günter **Fellner**: Die Österreichische Geschichtswissenschaft vom »Anschluß« zum Wiederaufbau. In: Friedrich Stadler (Hg.): Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien/München 2004, S. 135-155; S. 141

⁸¹⁰ Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 74

⁸¹¹ Laut Hans Weiss und Krista Federspiel wären Adam Wandruszka, der seit 1933 bei der SS beigetreten sei, und sein Bruder Mario Wandruszka zwar erst 1941, dafür, weil vom Gauleiter befürwortet, rückwirkend mit 1.5.1938 in die NSDAP aufgenommen, obwohl für eine/n der acht Urgroßeltern der Ariernachweis nicht erbracht werden konnte. Allerdings fehlt der Quellenhinweis. Auch Ludwig Jedlicka sei HJ-Mitglied und »ehrenamtlicher V-Mann der Abteilung III bei der Gestapo Wien gewesen. Hier fehlen jedoch ebenso die genauen Quellenangaben.

vgl.: Hans **Weiss**/Krista **Federspiel**: Wer? Wien 1988. S. 85; S. 206f

⁸¹² vgl. z.B. nochmals: Jedlicka (1955): Ein Heer im Schatten der Parteien, S. XI:

»Das österreichische Bundesministerium für Unterricht hat diese Untersuchung zur österreichischen Zeitgeschichte gefördert und unterstützt, wofür ich dem Herrn Bundesminister Dr. Heinrich Drimmel – einem der besten Kenner der jüngsten Geschichte Österreichs – meinen verbindlichsten Dank schulde.«

Fachschafts-Auslandsdienst, der einerseits mit der studentischen Auslandsstelle zusammenarbeitet und andererseits eigene Verbindungen aufrechterhält«. ⁸¹³

Um alle Studierenden unterschiedlicher Sprachstudien vollständig zu erfassen, wurden auch »gesellschaftliche« Veranstaltungen wie Unterhaltungsabende, Ausflüge, Schikurse und Studienreisen angeboten. Diese erfreuten sich »einer Beachtung, die schon über unseren Fachkreis hinausgeht und ein wichtiges Glied der zwischen-fachschaftlichen Verbindung darstellt«:

»So bildet unsere Fachschaft ein wohlgefügte Einrichtung, eine Pflegestätte fachlicher Interessen, von der bewusst jeder Amtston ferngehalten wird und in der nur die wahre Kameradschaft, die uns so nützt, ihren Platz hat«. ⁸¹⁴

Fachschaft der Geographen

Wie die anderen Fachschaften und Fachgruppen veranstaltet die Fachschaft der Geographen Führungen, etwa in die Bundesanstalt für Meteorologie ⁸¹⁵ oder ins Donaufeld. ⁸¹⁶

Fachschaft der Altphilologen

Den Klassischen Philologen gelang es, wie vielen anderen im Studienjahr 1935/36, den Mitgliederstand signifikant zu steigern. Auch hier wurden den Mitgliedern Studienberatung, Kurse und Arbeitsgemeinschaften geboten.

»Die fünf im laufenden Jahre von Lehrern und Alten Herren gehaltenen Vorträge fanden in weitesten Kreisen Anklang und gestalteten sich durch zahlreichen Besuch zu einem vollen Erfolg«. ⁸¹⁷

Daraus geht hervor, dass in den aus den Vereinen entstandenen Fachschaften Absolventen früherer Generationen zur Verfügung standen und es somit – ähnlich wie in der mittelalterlichen Universität – eine Verbindung aller aktiven und früheren Studierenden einer Studienrichtung gab. Was heute mühsam in Alumni-Verbänden zaghaft wieder angegangen wird, war 1936 an dieser Fachschaft offenbar selbstverständlich. Auch die Altphilologen wollten das Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder »und den innigen Kontakt mit der Lehrerschaft« durch Veranstaltungen wie einer Weihnachtsfeier oder einer Feier für scheidende akademische Lehrer stärken.

⁸¹³ ÖHZ, 1.5.1936, S. 8

⁸¹⁴ ÖHZ, 1.5.1936, S. 8

⁸¹⁵ ÖHZ, 15.5.1937, S. 5

⁸¹⁶ ÖHZ, 18.6.1937, S. 5

⁸¹⁷ ÖHZ, 1.5.1936, S. 8

Fachschaft der Mathematiker und Physiker

Ähnlich wie auch bei den anderen Fachschaften ist die Beratung in Studienangelegenheiten und Hilfestellung bei Studienproblemen Hauptzweck der Dienststunden. Ebenso gibt es Kurse, Vorträge und Führungen (z.B.: Sternwarte oder städtische Brauerei). Das Besondere der Mathematiker- und Physiker-Fachschaft ist, dass der Geschäftsführer der Fachschaft Jaschensky selbst »einen vorzüglich besuchten Kurs zu Vertiefung der [...] Hauptvorlesung Prof. Furtwänglers« hielt. Auch andere Mitglieder der Fachschaft, wie Fachschaftsleiter Hubert Canaval hielten Vorträge. Den vollen Erfolg bewertet die Fachschaft selbst vor allem nach dem Besuch der Studenten und der wissenschaftlichen Qualität ihrer Vortragenden. Die Bücherei wurde auch hier durch den Vorgängerverein, den ›Akademischen Verein deutscher Mathematiker und Physiker‹ »auch heuer wieder der Fachschaft in selbstloser Weise zur Verfügung« gestellt, wobei der »Bücherstand [...] durch einige wertvolle Neuanschaffungen ergänzt« wurde.

»Zusammen mit den Fachschaften der Naturwissenschaftler und der Chemiker wurde ein Krampusabend veranstaltet, der einen glänzenden Verlauf nahm. Das größte gesellschaftliche Ereignis war aber auch heuer wieder der Philosophen-Gesellschaftsabend, bei dem die Fachschaft der Mathematiker und Physiker am stärksten vertreten war. Schließlich sei noch auf unsere Schachsektion verwiesen, die unter der erfolgreichen Leitung des Herrn Kollegen Repp bereits ein großes Schachturnier veranstaltet hat.«⁸¹⁸

1936 hatte die Fachschaft der Mathematiker und Physiker 230 Mitglieder.

Fachschaft der Turnstudenten

Die Fachschaft der Turnstudenten wurde als zehnte Fachschaft im Rahmen der Philosophischen Fachgruppe neu gegründet und nahm im Wintersemester 1937/38 ihren Dienst in der Sensengasse 3, in der Nähe des Universitäts-Sportplatzes auf.⁸¹⁹

Pharmazeutische Fachschaft

Diese wurde bis SS 1934 noch als Fachschaft bezeichnet⁸²⁰, danach wurde sie zur Fachgruppe.

Pharmazeutische Fachgruppe

Der Fachverein der Pharmazeuten wurde ab dem Wintersemester 1934/35 als eigene Fachgruppe wie sonst nur Fakultäten in den Rahmen der Sachwalterschaft eingegliedert.⁸²¹

1936 stellte sich die pharmazeutische Fachgruppe in einem ÖHZ-Artikel als »die vom Bundesministerium für Unterricht einzig anerkannte Vertretung der Pharmaziestudierenden an

⁸¹⁸ ÖHZ, 1.5.1936, S. 8

⁸¹⁹ ÖHZ, 8.10.1937, S. 4

⁸²⁰ vgl. UAW, S.Z. 166 (Sachwalterangelegenheiten) 23 aus 1934/35

⁸²¹ Akademische Nachrichten, November 1934, S. 15

der Universität Wien« unter dem Leiter Eduard Hofbauer vor.

Als erste der Aktivitäten wird die Bücherei der Fachgruppe vorgestellt, »die alle Wissensgebiete« umfasste, wie sie die Studierenden für ihre Prüfungen benötigten. Darüber gab es auch weiterführende Literatur zu einzelnen Schwerpunkten. Bücher ausborgen konnten sich alle Mitglieder der Fachgruppe, wenn sie mit ihren Beiträgen nicht im Rückstand waren. Dann konnten sie auch das Fachgruppenlokal mit in- und ausländische Fachzeitschriften nutzen oder kostenlos während der Dienststunden Bücher entleihen. Schließlich beriet die Pharmazeutische Fachgruppe in allen Studien- und Berufsangelegenheiten.⁸²² Außerdem veranstalteten auch die Pharmazeuten Führungen in verschiedene Betriebe.

Als Extra wurden vor jedem Prüfungstermin im Fachgruppenzimmer Kurse abgehalten, wenn sich genügend Studierende dafür anmeldeten.⁸²³

Theologische Fachgruppe

Herbert Heiny, der Leiter der HÖ-Fakultätsgruppe der Katholischen Theologen 1935/36, die ihren Sitz in der Boltzmanngasse 9 hatte, macht darauf aufmerksam, dass anders als an anderen Fachschaften durch die große Anzahl von Mitgliedern, die einem Priesterseminar oder einer Ordensgemeinschaft angehören, Tätigkeiten in der Fachschaft nur beschränkt in Frage kommen. Mit dem Professorenkollegium scheint es hingegen bestes Einvernehmen gegeben zu haben.

An erster Stelle der Aufgaben nennt der Fachschaftsleiter die Fürsorge für bedürftige Mitglieder, vor allem als Inskriptionsbeihilfe.⁸²⁴ Im folgenden Studienjahr 1936/37 wurden etwa »aus den Mitteln der Fachgruppe, aus dem Fürsorgefonds der Fakultät und aus Spenden insgesamt 80 Stipendien als Studienbeihilfen für bedürftige Hörer ausgeschrieben.«⁸²⁵

Als »Bildungsdienst« werden die Führungen in »Ergänzung der rein fachlichen Ausbildung« bezeichnet: etwa in die Schatzkammer, die Schauräume der Wiener Hofburg, die Kapuzinergruft, in das Dom- und Diözesanmuseum und durch die Wiener Frühjahrsmesse. An diesen Veranstaltungen nahmen jeweils 70 bis 150 Personen teil. So standen auch die Besichtigung verschiedener Museen und Fabriksbetriebe, der Bühnenanlagen der Bundestheater stand auf dem Programm – ebenso wie Vorträge, »die mit anderen Wissenschaften gemeinsame Grenzfragen behandeln«. Auch die Theologen sorgten für ihre sportlichen Veranstaltungen durch Förderungen für ihre Fachschaftsmitglieder für Aktivitäten in Turnen, Schwimmen, oder bei Mannschaftsspielen. Mitglieder der Fachschaft wurden die Hörer durch ihre Immatrikulation.⁸²⁶

⁸²² Im Übrigen ist als einer der wenigen Studienrichtungen der ÖH die Pharmazie bis heute in ständigem und intensivem Kontakt mit ihrer Berufsvertretung, der Apothekerkammer.

⁸²³ ÖHZ, 1.5.1936, S. 9

⁸²⁴ ÖHZ, 1.5. 1936, S. 7

⁸²⁵ ÖHZ, 15.11.1936, S. 4

⁸²⁶ ÖHZ, 1.5. 1936, S. 7

Evangelisch-theologische Fachgruppe der Universität Wien

Dr. Sepp Müller, der Fachschaftsleiter 1936/37 berichtet, dass die »evangelisch-theologische Hörerschaft [...] die Zweckmäßigkeit einer organisierten Einrichtung im Rahmen der Sachwalterschaft« erkannte und »aus eigener Initiative« die Fachgruppe gründete. Diese erhielt 1935 ihre amtliche Bestätigung. Doch bis zum Sommersemester 1936 hatte es keinen eigenen Raum und kein Mobiliar dafür gegeben. Offenbar anlässlich der Vorstellung der Fachschaften in der ÖHZ kam nun die Fachgruppe »seit einer Woche [...] durch das liebenswürdige Entgegenkommen des Herrn Dekans in den Besitz eines bescheidenen, aber netten Amtsraumes«. Dennoch waren bereits »seit Herbst 1935 Inskriptionsauskünfte und während des Vorlesungsbetriebes Studiauskünfte erteilt« worden.

»Eine Wohnungsvermittlung für auswärtige und ausländische Hörer konnte eingerichtet werden. Seit zwei Semestern läuft bereits ein Hilfskurs für Griechisch, der von einem ausgezeichneten Lehrer gehalten und von den Hörern als sehr angenehm empfunden wird. Zu Beginn und zum Schluss eines jeden Semesters wird von der Fachgruppe für die evangelischen Kommilitonen aller Hochschulen Wiens ein akademischer Gottesdienst gehalten, jeweils von einem der Herren Professoren der Fakultät durchgeführt und durch Anschläge bekannt gegeben. Gleichfalls für alle evangelischen Hörer der Fakultäten der Wiener Universität sind die Arbeitsgemeinschaft und der Bibelabend eingerichtet worden. Sie werden auf der Fakultät abwechselnd 14-tägig abgehalten und jeweils im Aushängekasten der Fachgruppe auf der Fakultät und in der ÖHZ bekanntgegeben. Die Arbeitsgemeinschaft befasst sich mit praktischen Zeitfragen der Kirche. (Im letzten Semester wurde zum ›Mythos des 20. Jahrhunderts‹ Stellung genommen und in diesem Semester soll die ›Deutsche Glaubensbewegung‹ behandelt werden.)«

Die evangelische Fachgruppe beteiligte sich ebenfalls an akademischen Wettkämpfen, doch diese sind mehr als die der Katholischen Studierenden dem »wehrhaften Studententum« verbunden: etwa der Gepäcksmarsch, aber es finden sich auch Hallenkorbballsport oder eine wöchentliche Spielstunde in der Universitätsturnhalle.

»Zuletzt sei noch darauf hingewiesen, dass Vorträge, Führungen und Wanderungen vorgesehen sind. Auch für die praktische Arbeit in der Gemeinde (Kindergottesdienst, Bibelabende, Jugendarbeit, Sommerpraxis) sollen Möglichkeiten geschaffen werden. Fachliche Zeitschriften dürfen neben den Gemeindeblättern, die wir seit einem Semester aus ganz Österreich zugesandt bekommen, auch allmählich der Hörerschaft zur Verfügung stehen.

Gott segne unser Wollen, dass weiterhin einer dem anderen diene!«⁸²⁷

Am 11. November 1936 veranstaltete die evangelisch-theologische Fachgruppe »im Beisein des Dekans der Fakultät und der Hörerschaft eine Langenmarckfeier, bei der in würdiger Weise der Helden« gedacht wurde, die »im großen Völkerringen bei Landenmark« im Ersten Weltkrieg

⁸²⁷ ÖHZ, 1.5.1936, S. 9

gefallen waren⁸²⁸ Diese Veranstaltung steht in der nationalen Tradition der Deutschen Studentenschaft: 1928 war einer Delegation der Deutschen Studentenschaft bei einer internationalen Tagung in Paris aufgefallen, dass die Gräber der Soldaten anderer Nationalitäten wie englischen, französischen und belgischen besser gepflegt wurden als die Deutschen, die verwahrlost wirkten. Also war bis 1932 durch Spenden eine großzügige Umgestaltung der deutschen Gräber bei Langenmarck in Flandern/Belgien in Angriff genommen worden.⁸²⁹

Die Hochschülerschaft Österreichs an den anderen Universitäten

Technische Hochschule Wien

Der erste Sachwalter an der Technischen Hochschule war Ernst Marboe⁸³⁰. Er wurde als CVer (Mitglied der Bajuwaria) gleichzeitig mit Josef Klaus als Sachwalter bestimmt.⁸³¹ Im Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38 betont der neue Sachwalter Karl Heinz Pilizotti den Charakter einer rein sachlichen Arbeit, »indem wir uns als Mittler der Studierenden in allen Belangen zur Verfügung stellen«.⁸³²

Die staatsbürgerlichen Vorlesungen werden als Herantreten »an politische Fragen« argumentiert, denn »dass sich hier der Akademiker keine Blöße geben darf, gilt heute als Selbstverständlichkeit. Staatspolitisches Wissen lässt sich aber nicht durch Grübeln und Phantasieren erwirtschaften, und man kann auch nicht über Fragen und bloßes Herumreden eine Meinung vortäuschen«. Nach Angaben des Sachwalters waren diese Staatsbürgerlichen Vorlesungen an der Technischen Hochschule, als ein Ausweis der vaterländischen Gesinnung, gut besucht.

Es gab mehrere Referate der Hochschülerschaft Österreichs an der Technischen Hochschule: Eine gute Tradition hatte das Referat für Lichtspieldienst. Das Referat für Betriebsführungen sollte einen Einblick in die praktische und berufliche Anwendung des erworbenen Wissens geben und innovative Projekte vermitteln. Einen ausgezeichneten Ruf hatte auch die Segelfliegergruppe Nr. 1 (Akademische Fliegerschaft Wien). Ergänzend dazu vermittelte die

⁸²⁸ ÖHZ, 15.11.1936, S. 4

⁸²⁹ Wikipedia: Deutscher Soldatenfriedhof Langemark, *online unter*:
http://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Soldatenfriedhof_Langemark (15.9.2009)

⁸³⁰ Ernst Marboe (1909-1957) ist der Vater von Ernst Wolfram (früherer Fernsehintendant), Peter (früherer ÖVP-Kulturstadtrat in Wien) und Philipp Marboe († 2008, zuletzt Handelsdelegierter in Paris). Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete der Vertrauensmann der ÖVP für die Austria Wochenschau und schrieb Rudolf Brunngraber (SPÖ) das Drehbuch für den Film »1. April 2000«

⁸³¹ Juen (1994): Waffenstudenten und katholische Korporationen an der Universität Wien, S. 58; Gerhard **Hartmann**: Im Gestern bewährt. Im Heute bereit. 100 Jahre Carolinia. Zur Geschichte des Verbandskatholizismus – unter Mitarbeit von Dieter A. Binder. Graz/Wien/Köln 1988; S. 371

⁸³² Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38, S. 79

Sachwalterschaft auch ermäßigte Rundflüge der Wiener Rundfluggesellschaft um S 8,-.⁸³³ Das Theater- und Kunstamt verhalf zu vergünstigten Theater- und Kinokarten. Eine lange Tradition hatte der Feriatechnikerdienst, der bereits 1926 an der Technischen Hochschule gegründet wurde und nun in die Agenden des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs an der TH übergegangen war. An der HÖ der Technischen Hochschule wurden aber auch Kurse, wie etwa ein Esperantokurs angeboten.⁸³⁴

Auffällig ist die Aufgeschlossenheit für neue Medien: So veranstaltete die Hochschülerschaft Österreichs an der TH im Sommersemester 1937 einen Photowettbewerb:

»Unser Ziel ist es, die Photographie des technischen Objektes, die für den Ingenieur heute zur Notwendigkeit geworden ist, zu unterstützen und zu fördern« »Es werden Bilder zweier Gruppen zu Bewerbung gelangen: 1. Schönheit der Technik [...] 2. Zweckmäßige Photographie in der Technik: Hierbei soll z.B. ein beliebiger selbstgewählter Vorgang bildweise so erfasst werden, dass er für den Uneingeweihten verständlich erscheint. In diese Gruppe fällt auch das Bild, das geeignet ist, in einer wissenschaftlichen Veröffentlichung als Illustration zu dienen.«⁸³⁵

»Soziale Fürsorge«

Einmal jährlich wurde als Sonderbeilage zur ÖHZ eine ausführliche Beilage zur studentischen Fürsorge herausgegeben und kostenlos an die Studierenden verschickt, allerdings in diskriminierender Tradition der Deutschen Studentenschaft nicht an die jüdischen Mitstudierenden. Dieser wurde vom Fürsorgeamt der HÖ an der Technischen Hochschule gestaltet. Hier hatte es schon vor dem Ersten Weltkrieg einen ›Verein zur Pflege Kranker‹ gegeben. Das Motto war auf Prävention ausgerichtet: »besser verhüten und ›überwachen‹, als dass Krankheiten ausbrechen«:

»Leider klafft in dieser Kette noch eine Lücke. Gerade die Hochschüler, die doch eine geistige Auslese unseres Volkes darstellen und die dereinst zu führenden Stellen berufen erscheinen, sollten eine besonders gewissensafte ärztliche Betreuung erfahren. Unsere Hochschuljugend, größtenteils in der frühen Kindheit geschwächt durch die Entbehrungen des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre, ist neben der hohen geistigen Beanspruchung durch das Studium vielfach, und das gilt besonders für die Techniker, einer erhöhten körperlichen Beanspruchung ausgesetzt. [...]«⁸³⁶

Da eine umfassend ausgebaute Krankenversicherung für Studenten derzeit noch nicht besteht, sieht die Akademische Krankenhilfsstelle ihre vornehmliche Aufgabe in einer »Wohlfahrts-einrichtung, die allen Hörern und Hörerinnen der Technischen Hochschule und der Hochschule für Bodenkultur völlig kostenlos zur Verfügung steht«. Heilbehandlungen wurden nicht

⁸³³ ÖHZ, 15.5.1937, S. 5

⁸³⁴ ÖHZ, 15.10.1936, S. 4

⁸³⁵ ÖHZ, 5.7.1937, S. 5

⁸³⁶ ÖHZ-Sonderbeilage, 15.10.1936, S. 1

angeboten, aber rechtzeitiges Erkennen von Krankheiten. Eine Reihe von Fachärzten »sind namhafte ständige Mitarbeiter«. Es gab kostenlose Röntgenuntersuchungen. Allerdings wurde darauf verwiesen, dass diese in Deutschland obligatorisch seien.

Die Sachwalterschaft an der TH bot den Studierenden in den Ferien auch Plätze im Ferienheim Rosatin auf der Turrach an, das vom Grazer Deutschen Frauenbund geleitet wurde. Dort sind auch Kinder und Jugendliche aus Graz, die auf der Alm Erholung suchen und kreativ sein wollten: Schmuckgegenstände wurden selbst angefertigt, es gab eine eigene Volkstanzgruppe und Liedereinstudierung und auch ein Theaterstück.⁸³⁷

An der Technischen Hochschule Wien gab es eine Reihe von Fürsorgeeinrichtungen:⁸³⁸ Im Hauptgebäude (Karlsplatz 13) gab es eine Lehrmittelstelle mit Studienbehelfen wie etwa Zeichenpapieren, Schreibwaren, Arbeitsmänteln, Büchern, Skripten), eine Frühstücksstube: (8-18 Uhr: »Frühstückskakao, Tee, Milch, belegte Semmeln, heiße Würstel, Gulaschsuppe, reichliche Eintopfgerichte zu niedrigsten Preisen«), in der auch zahlreiche Tageszeitungen und Illustrierte auflagen, und eine Frühstücksaktion und »Mittagstische«: So konnten Studierende zu Beginn des Semesters beantragen, an der Frühstücksaktion (eine Schale Milchkakao mit Gebäck 14 Groschen) teilzunehmen. »Minderbemittelte Hörer können Freifrühstücke und Mittagsfreitische ansuchen.« Außerdem gab es drei Frühstücksküchen und andere verschiedenen Einrichtungen, mit denen man auch mit Gutscheinen zu 20 zu 15 und zu 10 Groschen bezahlen konnte. Es gab sogar an der Hochschule eine eigene Rasier- und Frisierstube (Haarschneiden -,70, Rasieren -,30, »kein Trinkgeld, mit Marken, die vorher besorgt werden müssen«). Außerdem hatte die Hochschülerschaft an der Technischen Hochschule eine Wechselstube, eine Darlehenskasse und eine Fürsorgebücherei (Semesterbeitrag -,50; über 3.000 technische Bücher).⁸³⁹

Weiters gab es eine kostenlose Vermittlung für Wohnungen von S 20,- bis S 30,- aufwärts und Auskünfte über Wohnplätze in Studentenheimen. Ebenso wurden Nebenjobs wie Technische Zeichenarbeiten, Nachhilfestunden, Hausmeisterposten, Schreibarbeiten, für die einmal im Semester für das Formular 50 Groschen bezahlt werden musste. Schließlich gab es im Hauptgebäude am Karlsplatz auch eine Übersetzungsstelle, wo Literatur aus anderen Ländern, von Studenten übersetzt wurde.

Im Nebengebäude Getreidemarkt 9 war die Wirtschaftsleitung (für Wünsche und Beschwerden über sämtliche Fürsorgestellen) untergebracht, ebenso die Akademische Krankenhilfsstelle. Am Getreidemarkt gab es auch eine »Glaswarenstelle« als »billigste Bezugsquelle für sämtliche Laboratoriumsbehelfe, Chemikalien und Arbeitsmäntel«. Dorthin konnten die Studierenden auch Wäsche zum Reinigen bringen oder Schuh- und Uhrenreparaturen vornehmen lassen.

⁸³⁷ ÖHZ-Sonderbeilage, 15.10.1936, S. 2

⁸³⁸ ÖHZ-Sonderbeilage, 15.10.1936, S. 4

⁸³⁹ ÖHZ-Sonderbeilage, 15.10.1936, S. 2

Außerdem gab es eine Bekleidungsstelle, die Stoffe, Schuhe, Wäsche, Sportausrüstungen jeder Art, besonders Schiausrüstungen vermittelte, auch Schimontage »zu billigsten Preisen«.⁸⁴⁰

Im Nebengebäude Hofeisengasse 4 gab es noch eine Frühstücksstube und eine Studier- und Lesestube: »lichte und geheizte Studierräume, zahlreiche technische Fachzeitschriften und wichtige technische Nachschlagewerke liegen zur Einsichtnahme auf«.

So gab es an der Technischen Hochschule ein umfassendes Service für Studierende, das heute als ungewöhnlich erscheint und ein Erbe der Deutschen Studentenschaft war. Unterrichtsminister Schuschnigg selbst hatte ja bei der Auflösung der Deutschen Studentenschaft gerade ihrem Fürsorgewesen gute Erfolge attestiert.⁸⁴¹ Auch einige aktive Fachschaften hatte die Hochschülerschaft Österreichs an der Technischen Hochschule:

Fachschaft für Maschinenwesen und Elektrotechnik

*»Die akademische Fachschaft für Maschinenwesen und Elektrotechnik an der Technischen Hochschule in Wien (kurz AFME genannt), setzt die alte Tradition des früheren Fachvereines »ABME« (Akademischer Verein der Maschinenbauer und Elektrotechniker) fort und hat nicht nur dessen Räume an der Hochschule, sondern auch sein Arbeitsmaterial und einen Teil seiner Mitarbeiter mit ihren reichen Facherehrungen übernommen. Die Aufnahme der Arbeiten war daher verhältnismäßig leicht und es konnte bald an deren weitere Ausgestaltung geschritten werden«.*⁸⁴²

Auch hier werden die »rein« fachlichen und wirtschaftliche Aufgaben betont, ebenso wie die »Pfleger des Einvernehmens der Hörer mit dem Professorenkollegium«, und die »Anbahnung und Pflege der Verbindung mit den berufsständischen Körperschaften«.

Die Fachschaft stellte Skripten und Anleitungen zur Ausarbeitung von Übungsprogrammen her, die sie verlieh oder verkaufte. Dabei fungierte die AFME teilweise auch als Herausgeber und Verleger. Im Wintersemester 1935/36 wurden Lehrbehelfe um insgesamt etwa 450 Schilling verkauft. Auch an der AFME gab es eine Fachbücherei:

*»Aufbauend auf einem kleinen Stock fachlicher Werke, die die AFME übernommen hat, wird nun eine kleine Fachbücherei geschaffen, die den besonderen Bedürfnissen der Fachschaftsteilnehmer Rechnung tragen soll. Besonderes Augenmerk wird bei der Neuanschaffung auf solche Werke gelegt, die für das Studium unentbehrlich, für den Selbstkauf der meisten Hörer zu teuer und in der Bibliothek der Technischen Hochschule schwer oder gar nicht erhältlich sind. Die Benützung der Bücher ist den AFME-Teilnehmern während der Dienstzeit und in den Fachschaftsräumen kostenlos gestattet. Auf kürzere Zeit können Bücher auch entlehnt werden«.*⁸⁴³

⁸⁴⁰ ÖHZ-Sonderbeilage, 15.10.1936, S. 4

⁸⁴¹ Erlass vom 29. September 1933 ; UAW, S.Z. 274 1933/34

⁸⁴² ÖHZ, 1.5.1936, S. 9

⁸⁴³ ÖHZ, 1.5.1936, S. 9

In den Arbeitsräumen der Fachschaft konnten die Studierenden einzeln oder in kleinen Gruppen studieren. Außerdem bekamen sie dort die notwendige Ausstattung für technische Zeichnungen. Im Sommersemester 1936 wurden statt der bisherigen Amtsräume im Parterre »im Auftrag des Rektorates« neue Fachschaftsäume im selben Trakt im 1. Stock bezogen.

Die kostenlose Beratung umfasste nicht nur Fragen der Inskription oder des Studiums, sondern »erstreckt sich zum großen Teil auf rein wissenschaftliches Gebiet. So werden Unklarheiten im Prüfungsstoff oder bei der Ausarbeitung eines Übungsprogrammes behandelt«. Ausdrücklich erwähnt wird, dass Wünsche und Beschwerden der Hörer geprüft und, »wenn sie stichhaltig« waren, vertreten und weitergeleitet wurden. Zum Beispiel erreichte die Fachschaft durch solch eine Eingabe, »dass alle Absolventen (Ing.) der Technischen Hochschule, die arbeitslos sind, bezüglich der Benützung der Bibliothek der Technischen Hochschule den ordentlichen Hörern gleichgesetzt werden könnten«. Offenbar boten die Fachschaften auch einen guten Einstieg für aktive Studierende, um von unten her in der Hochschülerschaft Österreichs mitzuarbeiten und wohl auch für Ämter in Frage zu kommen.

Bemerkenswert ist, dass es an dieser Fachschaft »zur rascheren und billigeren Bewältigung des Studiums« die Möglichkeit für Studiengemeinschaften gab:

»Jede Studiengemeinschaft steht unter der Leitung eines bewährten Fachmannes (Ing. oder Dr.) und arbeitet mit den Teilnehmern einen Prüfungsstoff vollständig durch. Dabei wird besonders auf das verstandesmäßige Erfassen des Vorgetragenen geachtet. Ähnliche Gemeinschaften werden auch zur Vorbereitung von Übungen und zur Ausarbeitung von Programmen durchgeführt«.⁸⁴⁴

Im Wintersemester 1936/37 fanden über 400 Kursbesuche statt. Durchschnittlich wandten die Studierenden für diese Kurse 36 Stunden auf. Die Arbeit der Fachschaft zur Förderung des Studienganges der Hörer »war also besonders auf diesem Gebiet recht erfolgreich«.

Weil die Hochschule statt der »alten größeren« Räume, in denen schon die Studenten »manchmal empfindlich unter Platzmangel gelitten« hatten, nun in den neuen Räumen noch weniger Platz zur Verfügung stand, »wurde nun der ganze Betrieb der Vorträge und Studiengemeinschaften aus den Fachschaftsäumen in ein privates Lokal verlegt«.

Der Artikel der ÖHZ schließt mit einem Angebot und einem Appell:

⁸⁴⁴ ÖHZ, 1.5.1936, S. 9: Interessant ist, dass hier bereits in den 1930er-Jahren Diskussionsgruppen gegründet wurden, die auch heute immer wieder als innovativ geltende Methode des Lernens gesehen werden. Doch der höhere Stellenwert eigenverantwortlichen Lernens unterscheidet heutige Lern- und Diskussionsgruppen von den Lerngemeinschaften in den Fachschaften der 1930er-Jahre – siehe auch das nachfolgende Unterkapitel: Hochschule für Welthandel – Wirtschaftsgeschichtliche Fachschaft

Zu Lerngruppen siehe: Gerhard **Wagner**: Durch Lernen zu Selbstbestimmung. Einige Anstöße zum Thema Lernen lernen. In: Didaktik. Unabhängige Zeitschrift für Bildungsforschung 1/2001, S. 3-7; S. 5f

»Alle unsere Einrichtungen stehen jedem Teilnehmer zur Verfügung. Je mehr Hörer hinter uns stehen, umso nachdrücklicher können wir alle ihre Belange vertreten.«⁸⁴⁵

Fachschaft für Bauingenieurwesen

Der Artikel über diese Fachschaft gibt zunächst einen guten grundlegenden Überblick über die Bedingungen für die Gründung der Fachschaften, die ursprünglichen Vorbehalte und die Vorteile, die verschiedene Fachschaften aus der neuen Lösung ableiten konnten:

»Am 5.März 1935 löste sich der ›Akademische Bauingenieurverein‹ laut Beschluss der Vollversammlung auf, und durch den zur Liquidation bestimmten Zuschuss wurde die Überführung in die neue studentische Selbstverwaltungsform der akademischen Fachschaften in die Wege geleitet. Anlass zu diesem Schritt war die Erkenntnis, dass die notwendig gewordene Neuordnung der studentischen Interessenvertretung nicht mehr auf einer vereinsmäßigen Grundlage durchgeführt werden konnte. Die Zeit brachte es mit sich, dass diese neu zu schaffende Form auf jeden Fall im Wesentlichen den autoritären Prinzipien unserer neuen Staatsideologie angepasst sein musste. Dies traf im Besonderen auf das Verhältnis der Fachschaften untereinander zu. Zwischen diesen Fachvereinen bestanden nur rein gefühlsmäßige Bindungen. Durch die enge Verknüpfung mit dem Sachwalterapparat ist nun eine einheitliche Linie für alle Fachschaften festgelegt, die Selbstverwaltung aber zur Gänze beibehalten. Die neuen Verpflichtungen gegenüber einer obersten Zentralstelle waren aber auch von einer Vermehrung der Rechte begleitet. Die Zuerkennung des Charakters einer öffentlichen Körperschaft und das Recht, das Staatswappen im Siegel zu führen, sind die äußeren Zeichen.

Heute, nach mehr als einjährigem Bestand der neuen Fachschaft [...] muss festgestellt werden, dass der verhältnismäßig rasche Aufbau sehr erleichtert wurde durch das gute Einvernehmen, das schon zwischen dem alten Fachverein und den Hörern bestanden hatte. Die alten, vorbildlichen Vereinssatzungen wurden mit geringfügigen Änderungen zu den Satzungen der Fachschaft gemacht. Die anfängliche Zurückhaltung der jungen Institution gegenüber wurde somit rasch überwunden. Auf neuen, besseren Wegen streben wir unseren Zielen zu. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist, dass die Zahl der Teilnehmer ungefähr zweihundert erreicht, das ist 70 % der inskribierten Hörer der Bauingenieur-Fakultät. Diesen Hörern steht bei einem besonderen Semesterbeitrag die Einrichtung der Fachschaft zur Verfügung.«⁸⁴⁶

Auch hier ist es die Aufgabe, »fachlich bedingte Studienbehelfe und Zeichenartikel« zu günstigen Preisen den Studierenden zukommen zu lassen. Der Umsatz von rund sechzig Schilling pro Woche im Sommersemester 1936 weist auf einen regen Absatz hin. Der alte Bauingenieurverein hatte bei der Herausgabe zahlreicher autorisierter Skripten »hervorragende Arbeit« geleistet, die nun »trotz der angespannten finanziellen Lage« von der Fachschaft fortgesetzt wurde, »um den vielen ›illegal‹ erscheinenden, meist schlechten Machwerken wirksam begegnen zu können«. Dabei arbeitete die Fachschaft »im engsten Einvernehmen mit den

⁸⁴⁵ ÖHZ, 1.5.1936, S. 9

⁸⁴⁶ ÖHZ, 1.5.1936, S. 9

entsprechenden Lehrkanzeln«. Dafür stand der Fachschaft ein eigener Vervielfältigungsapparat zur Verfügung. Die Skripten wurden jeweils in einer Auflage von 230 Exemplaren hergestellt – mit insgesamt 140.000 Druckseiten. Ergänzt wurde dies durch die eigene Bücherei, die ständig erweitert wurde. Im Gegensatz zur Fachbibliothek der Universität sah man in der Fachschaftsbücherei die Aufgabe, »der Teilnehmerschaft jene Bücher in größerer Zahl zur Verfügung zu stellen, die als unmittelbare Grundlage der einzelnen Vorlesungen anzusehen sind und somit reine Prüfungsbehelfe bilden«. Dabei war es eine finanzielle Herausforderung, ständig auf dem aktuellsten Stand zu bleiben: »Die Kosten für Neuanschaffungen machten 1935/36 rund 300 Schilling aus, insgesamt hatte die Fachschaft 340 Büchern, Skripten und Zeitschriften. Auch hier suchte die Fachschaft den Kontakt von wissenschaftlicher Theorie und beruflicher Praxis:

»Im Einvernehmen mit den sachlich zuständigen Lehrkanzeln und unter Führung bewährter Praktiker, haben bereits Bau- und Werksbesichtigungen stattgefunden. Mit dem Eintritt der schönen Jahreszeit sind nun fortlaufend Besuche aller im Wiener Stadtgebiet liegenden großen Neubauten in Aussicht genommen. In erster Linie Reichsbrücke, Funkhaus und Freihaus.«⁸⁴⁷

Fachschaft für Rettungstechnik

Diese Fachschaft beschäftigt sich gleichzeitig mit der Rettung auch mit kriegerischen Aktivitäten und erinnert an die Bereitschaft der Deutschen Studentenschaft und auch der Heimatschutzstudenten, den Ersten Weltkrieg stets in hochachtender Erinnerung zu halten. Der Ton ist zwar um Sachlichkeit bemüht, jedoch blitzen immer wieder Ausdrücke durch, die heute vor allem mit der Zeit des nachfolgenden Nationalsozialismus in Zusammenhang gebracht werden, wie etwa »Haus- und Blockluftschutzwart«, »Ziel einer »Führerausbildung«« oder »wehrwillige Führerschicht«. Das bedeutet zwar nicht, dass diese Fachschaft tatsächlich nationalsozialistische Untergrundarbeit geleistet hat, ausgeschlossen werden kann es jedoch nicht. In dieser Fachschaft, die sich das Ziel der Heranbildung einer »verantwortungsbewussten vaterlandstreuen, wehrhaften und wehrwilligen Führerschicht« gesetzt hatte, wurde den künftigen Diplomingenieuren eine Zusatzausbildung angeboten.⁸⁴⁸

Bevor die Fachschaft sich selbst vorstellt, gibt sie eine Einführung in die militärische Notwendigkeit der Rettungstechnik:

»In der Nachkriegszeit hat in allen Armeen unter dem Eindruck der Erfahrungen des Weltkrieges ein tiefgreifender Umbruch im Aufbau und in der Organisation von der kleinsten bis zur größten Einheit, von der Schützengruppe bis zum Armeekorps, Platz gegriffen. Im Weltkrieg unter dem Drucke der augenblicklichen Notwendigkeit neu geschaffene Waffen wurden nun in Ruhe systematisch erprobt, ausgebaut und vervoll-

⁸⁴⁷ ÖHZ, 1.5.1936, S. 9f

⁸⁴⁸ ÖHZ, 1.5. 1936, S. 10

kommen. Kein Wunder, wenn da in der Tagespresse allwöchentlich, ja fast alltäglich neue alarmierende Nachrichten auftauchen über verheerende Wirkungen eines neuen Bombenflugzeugs, eines ›neuen‹ Kampfstoffes. Dadurch wird in der Bevölkerung nicht nur eine gewisse Panikstimmung erzeugt, sondern – was noch viel gefährlicher ist – es wird das Vertrauen in jede Art von Abwehr von Luftangriffen von Grund auf erschüttert. Hier setzt nun die Aufgabe des Akademikers ein, der solchen Meldungen besonnen auf ihre Richtigkeit prüfen und Falschmeldungen entgegentreten muss, also eine sachgemäße, nichts übertreibende, aber auch nichts bagatellisierende Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zu leisten hat.

Im Kriegsfall wird der weitaus größere Teil der Akademikerschaft den Dienst fürs Vaterland draußen an der Front leisten müssen, sei es mit der Waffe oder sonst seiner Ausbildung entsprechend in irgendeiner Sonderverwendung. Es ist richtig: der Hochschüler wird nur selten in die Lage kommen, als Haus- und Blockluftschutzwart in seinem Heimatort zu fungieren. Es wäre aber vollkommen unrichtig, würde er aus diesem Grunde eine Ausbildung seiner selbst in Luftschutzbelangen für überflüssig halten. Er soll und muss die Kenntnis dieser Belange erwerben, nicht so sehr um sie einmal selbst verwerten zu können, sondern um sie als Lehrer und geistiger Führer weiter hinauszutragen ins Volk. Und in dieser Führerausbildung sieht die Fachschaft ihr Ziel!«⁸⁴⁹

Die Fachschaft für Rettungstechnik organisierte eine Vortragsreihe zu den Themen Angriffswaffen im Luft- und Gaskrieg, »die vom Kommandanten der Luftstreitkräfte S. M. Lohr und vom Kommandanten der Artillerieschießschule Obst. Martinek gehalten wurde. Dem stand eine Vortragsreihe von Mjr. Hirsch gegenüber, die die Abwehr der Angriffe auf die Herabminderung ihrer Folgen, also ›aktiven‹ und ›passiven‹ Luftschutz behandelte«.

Im Sommersemester gibt es den praktischen Teil der Ausbildung, etwa einen Atemschutzlehrgang bei den Dräger-Werken, der die Absolventen mit Atemphysiologie, leichtem oder schwerem Atemschutz vertraut machte.

»Die Absolvierung eines solchen ›Drägerkurses‹ betrachtet die Fachschaft als Grundbedingung zur Teilnahme an weiteren Übungen und Kursen, wie z.B. ein Kurs für Erste Hilfe bei der Wiener Rettung, die Schulung eines Entgiftungstrupps durch Instruktoren der Luftschutztruppen und weiters eine Reihe von Geländeübungen unter der Gasmasken, die ein ausgezeichnetes Training im Gasschutz darstellen. Wie bei zielbewusster Arbeit jedes einzelnen die Ausbildung, die durchaus nicht viel Zeit beansprucht, und auch mit angestrengtem Studium ohne weiteres vereinbar ist, zu guten Erfolgen führen kann, hat sich noch bei jeder Luftschutzübung gezeigt, an der die Fachschaft sich beteiligte, so auch bei der ersten Wiener Luftschutzübung im vergangenen Herbst, wo der Fachschaft der besondere Dank und die Anerkennung des Kommandos der Luftstreitkräfte ausgesprochen wurde«.⁸⁵⁰

Die Fachschaft für Rettungstechnik organisierte auch Vorträge über ›Gewerblichen Brandschutz‹ und ›Verkehrsgesetze‹. Außerdem wollte die Fachschaft ihren Teilnehmern

⁸⁴⁹ ÖHZ, 1.5. 1936, S. 10

⁸⁵⁰ ÖHZ, 1.5. 1936, S. 10

Gelegenheit geben, »sich einzeln dem jeweiligen Interesse gemäß in verschiedene Sondergebiete zu vertiefen«. Im ÖHZ-Artikel beklagt die Fachschaftsleitung, dass die Fachschaftsbücherei »von der Hörschaft viel zu wenig in Anspruch genommen wird«:

»Neben den Standardwerken der einschlägigen Literatur umfasst sie eine große Anzahl von laufend erscheinenden Zeitschriften luftschutz-, rettungs-, und militärtechnischer Natur aus Österreich, dem deutschen Reich und der Schweiz. Es wäre zu wünschen, dass die Hörschaft sich in ihrer Freiheit mehr diesen Problemen widmet, die in der heutigen schnelllebigen und ereignisreichen Zeit für jeden einzelnen von höchster Bedeutung sind!«⁸⁵¹

Die Fachschaft strebte an, dass sich jeweils spezialisierte kleinere Gruppen bilden, »die die Sonderinteressen ihrer Mitglieder pflegen und fördern und in diesem Sinne auch aktiven Anteil haben an der Gestaltung des Programmes«:

»Nur so, in gemeinsamer Arbeit aller, wird die Fachschaft, die sich in den vergangenen Jahren aus sehr bescheidenen Anfängen zu einem auch in der Öffentlichkeit bekannten und geachteten Faktor entwickelt hat, in dieser Entwicklung fortfahren können und auch weiterhin ihre Ziel zu verfolgen imstande sein: Heranbildung einer verantwortungsbewussten vaterlandstreuen, wehrhaften und wehrwilligen Führerschicht.«⁸⁵²

Im Studienjahr 1937/38 bot die Akademische Fachschaft für Rettungstechnik, Luft- und Gasschutz der Hochschulen Österreichs Vorträge zu den Themen: »Sanitätsdienst im Luftschutz« und »Brandschutz im Luftschutz« an, wobei sie auch Artikel in Studentenzeitschriften verfasste.

Fachschaft für Technische Physik und Fernmeldetechnik

Im Sommersemester 1937 organisierte die Fachschaft eine Vortragsreihe über Kurz- und Ultrakurzwellen,⁸⁵³ im Wintersemester 1937/38 regte sie weitere Fachvorlesungen zu »modernen Technikfeldern« (Funkgeologie, Ultraschall, hochfrequentes Feld in Chemie und Physik) an.⁸⁵⁴

Hochschule für Welthandel:

Das Jahrbuch 1934 berichtete über die Einrichtung der Sachwalterschaft unter dem Sachwalter Dkfm. Alfred Weiser⁸⁵⁵, also der Gremien der Hochschülerschaft Österreichs an der Welthandel von »denkbar ungünstigen Verhältnissen«:⁸⁵⁶

⁸⁵¹ ÖHZ, 1.5. 1936, S. 10

⁸⁵² ÖHZ, 1.5. 1936, S. 10

⁸⁵³ ÖHZ, 1.5.1937, S. 6

⁸⁵⁴ ÖHZ, 5.11.1937, S. 5

⁸⁵⁵ vgl. ÖHZ, 1.3.1936, S. 1

⁸⁵⁶ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, S. 79

*»Zum Unterschied von anderen Hochschulen stand dem Sachwalter und den studentischen Einrichtungen auf der Hochschule für Welthandel **kein Arbeitsraum** zur Verfügung, denn die wohl vorhandene, aber stark verunstaltete Gangnische konnte wohl nicht als entsprechender Arbeitsraum gewertet werden. Außerdem wurden Einrichtungsgegenstände, die Eigentum der ehemaligen DSt., also der Studenten waren, von der Hochschule weggetragen.«⁸⁵⁷*

Bis Jänner 1934 konnte dann doch ein »halbwegs« benutzbarer Arbeitsraum hergestellt werden. Gleichzeitig wurde ein ›Theater- und Kunstamt‹ (später ›Kultur- und Bildungsinstitut‹), ein ›Amt für Leibesübungen‹ und ein ›Fürsorgeinstitut‹ eingerichtet werden, wobei das Fürsorgeinstitut eine Zweigstelle des Fürsorgeinstituts der Universität Wien war. Im Lauf des Studienjahres 1934/35 wurden zahlreiche Fachvereine, die »aus verschiedenen Gründen« das von ihnen verlangte und vorgelegte Programm »ganz und gar nicht eingehalten« hatten, in Fachschaften »übergeführt«. Auch hier wird betont, dass die Fachschaften »im engsten Einvernehmen mit der Professorenschaft« eingerichtet wurden und den Fachgruppenleitern – das ist hier außergewöhnlich – stand »jeweils eine anerkannte Persönlichkeit des Professorenkollegiums zur Seite«. ⁸⁵⁸

Ende 1934 fand im Hörsaal I die feierliche Eröffnung der Fachgruppe an der Hochschule für Welthandel mit den Fachschaften für Betriebswirtschaft, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsgeschichte und Sprachen statt.⁸⁵⁹

»Der Werdegang der ›Fachgruppe an der Hochschule für Welthandel‹ unterscheidet sich wesentlich von dem anderer Fachgruppen bzw. Fachschaften, von denen ein Teil auf bereits früher bestehenden Organisationen aufbauen konnte, was bei unserer Fachgruppe nicht der Fall war. Eine der Hauptschwierigkeiten, die wir zu überwinden hatten, war, die Hörschaft davon zu überzeugen, dass es sich nicht um eine politische Institution, sondern um eine reine Fachorganisation handelt.«⁸⁶⁰

Im Wintersemester 1936/37 wurde Hans Heger Sachwalter der Hochschülerschaft an der Hochschule für Welthandel. ⁸⁶¹ Hans Heger wird als einer der wenigen namentlich genannten Autoren auch durch Artikel in der ÖHZ greifbar, etwa zur »Baubewegung: Über Bauvorhaben der Regierung zur Reduzierung der Arbeitslosenzahl«:⁸⁶² Heger berichtet über die Schwierigkeit, eine Hypothek für privaten Wohnbau zu bekommen, weil der Staat Hypotheken durch die Sparkassen durch eine Anhebung des Eigenkapitals als Voraussetzung von 30 auf 40 Prozent angehoben hatte. »Hier muss der Staat«, schreibt Hans Heger, »als notwendiger

⁸⁵⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, S. 79f

⁸⁵⁸ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, S. 80

⁸⁵⁹ Akademische Nachrichten, Dezember 1934, S. 5

⁸⁶⁰ ÖHZ, 1.5.1936, S. 10

⁸⁶¹ ÖHZ, 15.11.1936, S. 4

⁸⁶² ÖHZ, 1.5.1937, S. 4

Organisator des Wirtschaftslebens in außerordentlichen Zeiten zugunsten der Bauförderung eingreifen« – eine Sichtweise, die nach der Wirtschaftskrise 2008 die heutige österreichische Bundesregierung (im Gegensatz zu jener 1936) weitgehend teilt.

Ende des Sommersemesters eröffnete der für die Hochschule für Welthandel zuständige Handelsminister Taucher die Dritten Internationalen Handelshochschulkurse, an der sich die Hochschülerschaft mit einer Handelshochschulwoche, Exkursion im Kraftwagen quer durch Österreich, Kurse über deutsche Wirtschaftssprache, wirtschaftliche Terminologie und wirtschaftlichen Schriftverkehr beteiligte.⁸⁶³

Betriebswirtschaftliche Fachschaft

Unter anderem organisierte diese Fachschaft Arbeitsgemeinschaften für Verkehrslehre und für Staatsprüfungen. Außerdem gab es Arbeitsgemeinschaft für Rigorosanten und Dissertanten sowie eine Arbeitsgemeinschaft für Buchhaltung und Kaufmännisches Rechnen.⁸⁶⁴

Volkswirtschaftliche Fachschaft

Diese Fachschaft organisierte unter anderem Vorträge mit Prof. Mayer »über das Lesen des wirtschaftlichen Teils von Tageszeitungen«⁸⁶⁵, mit Prof. Richard Kerschagl über »Finanzierungsprobleme der Arbeitsbeschaffung« im Rahmen einer Vortragsreihe über Arbeitsbeschaffung oder eine Exkursion nach Steyr inklusive einer »Besichtigung der Automobilwerke« um einen »Fahrpreis inkl. aller Spesen, Frühstück, Mittag- und Abendessen S 16,50«.⁸⁶⁶

Wirtschaftsgeschichtliche Fachschaft

Der Schwerpunkt wurde zunächst auf rein fachliche Bildung und die »Abhaltung von Vorträgen im Rahmen der verschiedenen Fachschaften« gelegt. Von den bereits abgehaltenen Vorträgen sind eine Vortragsreihe und eine Diskussionsreihe mit der Volkswirtschaftlichen Fachschaft besonders hervorzuheben:⁸⁶⁷

So gab es thematische Schwerpunkte zu den Themen »Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« (Staatsrat Prof. Kerschagl, Oberstlt. Diakow, Gen.-Dir. Ing. Seefehlner, Doz. Madle, Prof. W. Heinrich) in der »Arbeitsbeschaffung und ständische Ordnung«, »Theoretische Probleme der praktischen Wirtschaftspolitik«, die Elektrifizierung der ÖBB und Arbeitsdienst in Österreich angesprochen wurden. Ein anderer thematischer Schwerpunkt waren »Die wirtschafts-

⁸⁶³ ÖHZ, 1.6.1937, S. 5

⁸⁶⁴ ÖHZ, 1.5.1936, S. 10

⁸⁶⁵ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Hochschule für Welthandel. Wien 1937; S. 70

⁸⁶⁶ ÖHZ, 15.4.1937, S. 5

⁸⁶⁷ Akademische Nachrichten, Dezember 1934, S. 5:

politischen Strömungen der Gegenwart«, zu Liberalismus, Bolschewismus, Sozialismus, Nationalsozialismus, Faschismus und die Enzyklika ›Quadragesimo anno‹.

Auch hier gibt es Arbeitsgemeinschaften, in »dazu befähigten Personen (z.B. Lehramtskandidaten)« ihre Kollegen anleiten, »sich das unmittelbar für die Prüfungen als auch für die spätere Praxis notwendige Wissen in einer für die Erwerbung eines akademischen Grades würdigen Form selbst zu erarbeiten. Die Hauptbetonung ist hier auf ›erarbeiten‹ zu legen, da nur derartig erworbenes Wissen tatsächlichen Wert für den Hörer haben kann.«⁸⁶⁸ Insbesondere auch die »Kandidaten des Lehramtes« zeigten großes Interesse an der Vermittlung von Praxisstellen während des ganzen Studienjahres und in der Ferienzeit⁸⁶⁹ – um in den Schulunterricht auch praktische Erfahrungen aus Betrieben mitzunehmen.

Auch die Wirtschaftsgeschichtlichen Fachschaft wollte den »kameradschaftliche Geist durch Abhaltung von Exkursionen, Kneipen und anderer geselligen Veranstaltungen« stärken.

Großer Beliebtheit erfreute sich Wirtschaftskartei der Volkswirtschaftlichen Fachschaft, die im Frühjahr 1936 eine Sammlung von ungefähr 3.500 wirtschaftlichen Nachrichten verschiedener wirtschaftlicher Zeitungen enthielt,⁸⁷⁰ »und als solche bereits für eine Reihe von Referaten, Diplomarbeiten und Dissertationen wertvolle Beiträge geliefert hat«. Im Herbst 1937 umfasste sie bereits 5.000 »Karteien«.⁸⁷¹

Die Fachschaft und deren Leiter betreuten auch das Lesezimmer der gesamten Fachgruppe der Hochschule für Welthandel, »in dem eine Reihe von in- und ausländischen Zeitungen und wirtschaftliche Zeitschriften zur allgemeinen Benützung aufliegen«.

Fachschaft für Fremdsprachen

Bald wurde auch die Fachschaft für Fremdsprachen eingerichtet, die den Hörern etwa freie oder ermäßigte Karten für Vorträge in den betreffenden Sprachen vermittelte.⁸⁷² Ebenso standen dort auch fremdsprachige Zeitungen zur Verfügung.⁸⁷³

1936 gab es Arbeitsgemeinschaften für Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch und Spanisch.⁸⁷⁴ 1937 wurde auch eine Niederländische und französische Arbeitsgemeinschaft eingerichtet.⁸⁷⁵

⁸⁶⁸ ÖHZ, 1.5.1936, S. 10

⁸⁶⁹ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Hochschule für Welthandel, S. 69

⁸⁷⁰ ÖHZ, 1.5.1936, S. 10

⁸⁷¹ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Hochschule für Welthandel. Wien 1937; S. 72

⁸⁷² ÖHZ, 1.5.1936, S. 10

⁸⁷³ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Hochschule für Welthandel, S. 71

⁸⁷⁴ ÖHZ, 1.5. 1936, S. 10

⁸⁷⁵ ÖHZ, 20.11.1937, S. 5

Hochschule für Bodenkultur:

»Der Hochschülerschaft Österreichs und dem Sachwalter der Hochschülerschaft der Hochschule für Bodenkultur wurden zwar Räumlichkeiten der Deutschen Studentenschaft übergeben, doch die Räume waren noch versiegelt. 1934 waren sie das immer noch. Die letzten Räume wurden wenige Monate vor dem Anschluss endlich vergeben.«⁸⁷⁶

An der von den Nationalen dominierten Hochschule gab es auch noch weitere Probleme: Außer einem Arbeitsraum verweigerte das Rektorat auch die Eröffnung der Erfrischungs- und Frisierstube, die jedoch »vom Unterrichtsministerium sofort erteilt« wurde. Allerdings behielt das Rektorat diese Zustimmung für sich und verzögerte so die Eröffnung um Wochen.⁸⁷⁷ Ähnlich wie das Rektorat verweigerten auch die früheren Fachvereine plötzlich ihre Mitarbeit und zogen sich gemeinsam von bereits »vor dem Abschluss« stehenden Verhandlungen wieder zurück. »Scheinbar hatten sie Anweisungen bekommen, mit dem Sachwalter nicht zusammenzuarbeiten«, vermutete die Hochschülerschaft.⁸⁷⁸ Die Ursache dafür dürfte in der Bestellung des Bundeskommissärs Skrbensky durch Unterrichtsminister Schuschnigg zu finden sein. Der langjährige Sachwalter der Hochschule für Bodenkultur, Ing. Wilhelm Niederle, wurde im Sommer 1936 von Hugo Pultar abgelöst.⁸⁷⁹ Die Inskriptionsberatung aufzubauen, war eine von Niederles ersten Maßnahmen gewesen – und auch, eine »großangelegte Werbearbeit für die Fachschaften zu leisten«⁸⁸⁰

Es wurden nicht nur von den verschiedenen Fachschaften, sondern auch von der Sachwalter-schaft verschiedene Vorträge veranstaltet – etwa 1936 ein Lichtbildvortrag über die Trockenlegung der holländischen Zuidersee⁸⁸¹ oder eine Filmvorführung des Hochschullagers. Im März 1937 wurde ein neuer Gesellschaftsraum für alle Studierenden der HÖ der Hochschule für Bodenkultur eröffnet.⁸⁸²

Fachschaft der Landwirte

»Die Fachschaft der Landwirte sieht ihre Aufgabe darin, sämtliche Hörer der landwirtschaftlichen Fakultät zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufassen und hat für diesen Zweck folgende Einrichtungen getroffen«:⁸⁸³

⁸⁷⁶ Ebner (2001): Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955, S. 104

⁸⁷⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, S. 83

⁸⁷⁸ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, S. 83

⁸⁷⁹ ÖHZ, 1.6.1937, S. 5

⁸⁸⁰ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Hochschule für Bodenkultur. Wien 1937; S. 69

⁸⁸¹ ÖHZ, 1.12.1936, S. 4

⁸⁸² Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Hochschule für Bodenkultur, S. 70

⁸⁸³ ÖHZ, 1.5.1936, S. 10

In den Arbeitsgemeinschaften wurden zwischen Hörern, Professoren und Dozenten während der Studienzeit praktisch-berufliche Themengebiete besprochen. Außerdem hielten »bekannte Fachleute« Vorträge, die jeweils auf der Anschlagtafel der Fachschaft bekannt gegeben wurden.

Die neueingerichtete Bücherei, die im Wintersemester 1935/36 »eine besonders reiche Neueinstellung erfahren hat«, konnten alle Fachschaftsmitglieder benutzen. Der Studierraum wurde ebenfalls »vollkommen renoviert«, und außer der Bücherei war auch die Zeitungsablage dort untergebracht, die den Mitgliedern täglich von 9 bis 17 Uhr offenstand. Es gab zirka 40 Fachzeitschriften aus Wien und sämtlichen Bundesländern, diese lagen in der Frühstückstube auf.

Auch die Fachschaft der Landwirte veranstaltete Führungen »unter Zusammenarbeit mit Professoren und hervorragenden Fachleuten« in spezielle Fachbetriebe. In der Aula wurde während der Inskriptionszeit kostenlose Studien- und Inskriptionsberatung angeboten.

Als weiteres Service wurden in der »Praxisvermittlung« Praxisstellen während der Sommerferien vermittelt und es gab für sämtliche Hörer der Hochschule für Bodenkultur 50 Prozent Bahnermäßigung für die Sommerpraxis.⁸⁸⁴

Kulturtechnische Fachschaft

Die Fachschaft der Kulturtechniker an der Hochschule für Bodenkultur hatte einen eigenen Raum und eine Bibliothek auch für Vortragsreihen und ähnliche Veranstaltungen zur Verfügung. Im Studienjahr 1935/36 fanden Vorträge zu den Themen »Das kulturtechnische Studium« (Rektor Prof. Dr. Fischer), »Der Kulturtechniker bei landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften« (Doz. Dr. Sandner), »Der Kulturtechniker bei Meliorationsämtern« (Min.-Rat Dr. Ramsauer) oder »Der Kulturtechniker als Zivilingenieur« (Bürgermeister Ing. Lauggas).

Auch hier auf die Vermittlung von Feriapraxisstellen großer Wert gelegt.

Sachwalterschaft an den steirischen Hochschulen

Die Sachwalterschaft führte 1934 die »ganz besonderen Verhältnisse« in Graz aus:

*»Infolge einer Radikalisierung, wie sie auf keiner anderen deutschen Hochschule herrschte, kamen die Gegensätze stets in der schärfsten Weise zum Ausdruck, so, dass sie zum Schluss auch nur ein formales Zusammenarbeiten unmöglich machten.«*⁸⁸⁵

Die Einrichtung eines Sachwalters nicht für eine einzelne Hochschule, sondern für einen regionalen Hochschulraum ist einzigartig: Als die Sachwalterschaft eingerichtet wurde, wollte der Rektor der Grazer Universität, dass an seiner und der Technischen Universität Graz je ein katholischer und ein freiheitlicher [sic] Student zur Mitarbeit herangezogen werden« solle. Deshalb wurde, zur Vertretung der Hörerschaft nach außen, gegenüber den akademischen

⁸⁸⁴ ÖHZ, 1.5.1936, S. 10

⁸⁸⁵ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, S. 91

Behörden und zur besseren Verbindung mit dem Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, »ein Sachwalter für beide Grazer Hochschulen eingesetzt«, der, »im Sinne des Rektors der Universität, auch mit den freiheitlichen Studierenden zusammenarbeiten« sollte. »Der Vertreter der nationalen Studenten auf der Universität lehnte dies aber ab«.⁸⁸⁶

Daher waren die verschiedenen Einrichtungen der Hochschülerschaft für beide Universitäten (zur Technischen Universität Graz gehörte zeitweise auch die Montanistische Hochschule Leoben) zuständig. Das Sozialwesen, oder »Fürsorgewesen« stand als erstes im Zentrum. Die Agenden des Vereins Studentenhilfe gingen auf die Hochschülerschaft in ein akademisches Fürsorgeinstitut über.⁸⁸⁷ Dort wurden etwa Darlehen vergeben oder Fahrpreismäßigungen vermittelt. Das Kultur- und Bildungsinstitut bot ermäßigte Theater-, Konzert-, Urania- und Kinokarten an, die Pressestelle berichtete der Öffentlichkeit aus Sicht der Studierenden über die Steirischen Hochschulen. Wie in Wien gab es auch eine Auslandsstelle, die sofort eine Fahrt nach Budapest zur Stephansfeier organisierte, sowie eine Vortragstelle.

Ebenso gab es das Amt für Leibesübungen mit der Hochschulferienkolonie in Ledenitzen, ein Referat für wehrstudentische Angelegenheiten, und auch der Arbeitsdienst war dieser Stelle zugeordnet.⁸⁸⁸

Ende 1936 ging die Sachwalterschaft von August Mutz auf Dr. Alfred Berger über.⁸⁸⁹ Anlässlich der feierlichen Bestellung aller Referenten und Mitarbeiter der Sachwalterschaft 1937 durch den Sachwalter an den steirischen Hochschulen Dr. Berger, sprach der Rektor der Universität Graz, Prof. Doktor Dobretsberger, auch über die Arbeit der Sachwalterschaft und ihrer Mitarbeiter.

*»Der Rektor der Universität hielt zuerst einen kurzen Rückblick über die Vorläuferin der Sachwalterschaft, die Deutsche Studentenschaft. Er führte aus, dass die zuerst überparteiliche Deutsche Studentenschaft in den letzten Jahren ihres Bestandes zu einer Parteigarde herabgesunken war, was notwendig zu ihrer Aufhebung führen musste. In seinem, wie auch im Namen des Rektors der Technischen Hochschule, Prof. Doktor Zotter, versprach der Rektor, die Sachwalterschaft zu unterstützen und für ein gutes Zusammenarbeiten zwischen akademischen Behörden und studentischem Führungsapparat Sorge zu tragen.«.*⁸⁹⁰

Wie militärisch die Arbeit der Studentenschaft vor 1945 geprägt war, zeigt die Tatsache, dass das erste Zusammentreffen aller Mitarbeiter im Restaurant »Zum Alten Telegraphen« mit dem Sachwalter der Technischen Hochschule Wolf »Mitarbeiterappell« genannt wurde. Wolf gab einen Überblick über die Arbeit und den Aufbau der Sachwalterschaft. Im Zuge dieser Feiern überreichte er dann »dem Sachwalter der Hochschülerschaft an den steirischen Hochschulen

⁸⁸⁶ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, S. 91

⁸⁸⁷ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 16

⁸⁸⁸ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, S. 92

⁸⁸⁹ ÖHZ, 15.12.1936, S. 4

⁸⁹⁰ ÖHZ, 6.12.1937, S. 5

namens des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs das goldene Mitarbeiterabzeichen. Ein gemütliches studentisches Beisammensein füllte den Rest des Abends aus«.

Dass die HÖ der Universität Graz sich auch alltäglicher Probleme der Studierenden annahm, zeigt die Einrichtung einer bewachten Fahrradanlage in Graz zur sicheren Aufbewahrung von Fahrrädern für die Studierenden.⁸⁹¹

Universität Graz

Da die Universität keinen eigenen Sachwalter hatte (denn hier war ja der Sachwalter der steirischen Hochschulen verantwortlich) ist die Verknüpfung mit der technischen Hochschule enger als in Wien. Grundsätzlich fanden sich jedoch nur selten Artikel in den Akademischen Nachrichten oder der ÖHZ. Immer wieder wird von Unruhen der dort offensichtlich gut organisierten Nationalsozialisten berichtet.

Philosophische Fachgruppe

Einen Einblick in die eigenwilligen und heute kaum mehr nachvollziehbaren Gedankengänge der sicherlich auch von nationalem Gedankengut angehauchten Philosophischen Fachgruppe gibt ein Vortrag des HÖ-Leiters der philosophischen Fachgruppe zum Thema: ›Vom ewigen Erbstrom‹. Das Thema war offenbar populär, denn es kamen über 400 Leute, auch Professoren, und der Saal musste gesperrt werden. Dem Individualismus und dem Kollektivismus stellte der Vortragende den Gedanken des überindividuellen Lebens entgegen:

»[...] gemeint ist damit jene durch die Generationen hindurch bestehende Gemeinschaft, jener ewige Lebensstrom, dessen Träger und Übermittler jeder Einzelne ist. Dieses überindividuelle Leben ist von dem individuellen Leben des Einzelnen zu unterscheiden; jenes ist diesem naturgemäß übergeordnet. Der Gedanke vom ewigen Erbstrom ist nun durchaus keine nebelhafte Phantasie, sondern eine durch Forschungen der Biologie festgestellte Tatsache. Es ist durchaus nicht eine Entdeckung der heutigen Zeit, sondern geht vielmehr auf das vorige Jahrhundert zurück. [...] Nur der Glaube an die fortlebende Geschlechterkette verleiht dem Sterben der Helden des Weltkrieges Sinn. [...] Die Ursache des Volkssterbens ist das individualistische Denken, das den Einzelnen als entscheidenden Wert ansieht. Retten kann hier nur eine neue Haltung, die jene verderblichen Anschauungen überwindet; diese ergibt sich aus der Idee vom ewigen Erbstrom.«⁸⁹²

Wie die Professoren diesen Vortrag aufgenommen haben, vermerkt die Hochschulzeitung nicht, und immerhin wurde dieser Artikel für würdig gefunden, abgedruckt zu werden, dass Individualismus gerade an einer Universität verworfen wird, und als Grund für rückgängige Geburtenrate gesehen wird, wirtschaftliche Gründe zurückgestellt werden und, dass die Rolle der ›Biologie‹ in diesem Zusammenhang betont wird, erinnert an die Ideologie der Nationalsozialisten, die in Graz ja sehr stark waren.

⁸⁹¹ ÖHZ, 1.11.1936, S. 4

⁸⁹² ÖHZ, 18.3.1937, S. 6

Medizinische Fachgruppe

Im Gegensatz zur philosophischen Fakultät erscheinen dagegen die Aktivitäten der Grazer Medizinstudenten von überraschender Innovation: Die medizinische Fachgruppe veranstaltete einen Vortrag über »Spurennachweise mit neuesten physikalischen Methoden«: Dort wurde ein »Nachweis von Menschenblut« vorgestellt, der darauf »beruht, dass man die fragliche Stelle oder den Gegenstand mit einer gewissen neu entdeckten chemischen Verbindung in Berührung bringt, wobei in der Dunkelheit ein starkes, intensives, dauerndes Aufleuchten erfolgt«⁸⁹³

In der populären Fernsehserie »CSI« wird jetzt, nach mehr als 70 Jahren, mit Namen »Luminol« dieses Prinzip als innovative Neuigkeit vermittelt, was die Studierenden der Universität Graz schon 1937 kennen gelernt hatten. Solch ein themenspezifischer Vortrag weist auf die Bemühungen der Hochschülerschaft Österreichs hin, möglichst mit neuester wissenschaftlicher Innovation zu punkten und die Studierendenvertreter auch in den Dienst der Wissenschaft zu stellen, und damit ein Gegengewicht zur nationalsozialistischen Politik der Deutschen Studentenschaft zu bilden.

Hochschule für Montanistik Leoben

Zunächst waren die Technische Hochschule Graz und die Montanuniversität Leoben zusammengeschlossen, »Mit dem Bundesgesetz vom 3. April 1937 wurde die montanistische Hochschule in Leoben wiederhergestellt.«⁸⁹⁴

Universität Innsbruck

Als erster Sachwalter an der Universität Innsbruck wurde von Karl Stein Dr. Oswald Peterlunger vorgeschlagen, gegen ihn hatte Rektor Klebelsberg keine Einwände. Als erstes unterrichtete Peterlunger einmal Unterrichtsminister Schuschnigg davon, dass das Vermögen der Deutschen Studentenschaft Innsbruck durch die nationalen Studenten, die die Liquidierung durchgeführt hatten, versickert war. Weder war bei den akademischen Behörden, noch bei der Landesregierung eine Abrechnung eingelangt. Für Peterlunger war ziemlich klar, dass das Vermögen für staatsfeindliche Kampagnen ausgegeben wurde. Auch in Frage der Professoren »informierte« der neue Sachwalter das Ministerium, wie Gehler ausführt:

»Peterlunger war als Sachwalter Vertrauensmann Schuschniggs und dessen Ministeriums. Seine Stellung war nahezu unantastbar. Persönlich integer und absolut loyal, erfüllte er seine Aufgabe, nationalsozialistischen Umtrieben an der Universität Innsbruck zu begegnen, voll. Hierbei schonte der »Tirole« weder Studenten noch Professoren. So meldete Peterlunger im Februar 1934 Schuschnigg, dass die Professoren Dr. Metz, der sich ohnehin schon im Anhaltelager befand, Dr. Helbok, Dr. Meixner und Dr. Günther

⁸⁹³ ÖHZ, 15.5.1937, S. 5

⁸⁹⁴ ÖHZ, 5.9.1937, S. 20

»einen unversorgten Ruhestand verdienen«. Sie waren in seinen Augen offen oder verkappt nationalsozialistisch eingestellt.«⁸⁹⁵

Andererseits lobte er seinen Rektor, den er für einen »geschickten Diplomaten« hielt, der »sehr für Ruhe und Ordnung« an der Universität sorgte. In den »Akademischen Nachrichten« wird sein Stellvertreter cand. phil. Franz Müller vom Ostmärkischen Studentenbund als »Geschäftsführender Stellvertreter des Führers Dr. Oswald Peterlunger« bezeichnet. Peterlunger nahm als Sachwalter »täglich von 10 bis 12, 2 bis 4 Uhr« seine Sprechstunde wahr. Neben Vertreter des Ostmärkischen Studentenbundes umgaben ihn auch die Vertreter der katholisch-deutschen Hochschülerschaft Innsbruck, Arnulf Benzer und der Heimatschutzstudenten Heinz Braitenberg.⁸⁹⁶

Müller war auch Leiter des Amts für Leibesübungen, Benzer auch Referent für Volkstum und Grenzland. Ebenso gab es im Juli 1934, nach dem Abgang Peterlungers bereits auch einen Referenten für Vorträge und Führungen, einen für die Pressestelle, einen Leiter der Kunstzentrale und einen Referenten für Wehrsport. Außerdem verfügte die HÖ an der Universität in Innsbruck zu dieser Zeit über eine Lesestube, an der 1934 24 inländische Tageszeitungen, 12 inländische Wochenblättern und 15 inländische Zeitschriften zur Verfügung standen. »Weiters enthält die Lesehalle noch 9 ausländische Tages- und ein Wochenblatt, eine reichsdeutsche Tageszeitung und 10 Zeitschriften aus Deutschland. Die ausländischen Zeitungen verteilen sich auf die Länder: Italien, Frankreich, England, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn«.⁸⁹⁷

Als Sachwalter-Nachfolger an der Universität Innsbruck wurde der Jurist Joseph Rieger bestellt, nachdem Dr. Oswald Peterlunger aus beruflichen Gründen - er trat als Aspirant in den Dienst der Bundespolizei - die Stelle niederlegte. Rieger war als Stellvertreter zuvor engster Mitarbeiter Oswald Peterlungers.⁸⁹⁸ Seine Ernennung war mit dem Rektor, dem Landeshauptmann, dem Bürgermeister von Innsbruck und dem Leiter der Sicherheitsdirektion abgesprochen.⁸⁹⁹

Als Rieger mit Jahresende 1936 nach Beendigung seines Studiums aus dem Amt schied, dankte ihm nicht nur der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs Drimmel für die »ausgezeichneten, in schwerer Zeit der Hochschule und der Studentenschaft der Universität Innsbruck geleisteten Dienste«, für die »Überwindung der zahlenmäßig überlegenen Gegnerschaft« und die Organisation einer »vaterlandstreuen Studentenschaft«⁹⁰⁰ es erschien in der ersten Ausgabe der ÖHZ des Jahres 1937 eine ausführliche Würdigung und Beschreibung der

⁸⁹⁵ Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 323

⁸⁹⁶ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 16

⁸⁹⁷ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 16

⁸⁹⁸ Akademische Nachrichten, Juli 1934, S. 16

⁸⁹⁹ Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 324

⁹⁰⁰ Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 326

Tätigkeiten Riegers. Das war bei einem Abgang eines Sachwalters einer Universität nicht selbstverständlich: Doch Rieger hatte viele Ziele, die Drimmel sich selbst und der Hochschülerschaft als Aufgaben stellte, erfüllt:

»Dr. Rieger, der aus Innsbrucker katholischen Hochschülerkreisen stammt und bis zu seinem Amtsantritt im Winter 1933 Vorsitzender der katholischen Hochschülerschaft war, hat über drei Jahre die Interessen der Studentenschaft Innsbrucks vertreten und sich in zeitraubender und mühevoller Arbeit für seine Kommilitonen eingesetzt, wo immer es nötig oder wünschenswert erschien. Von Anbeginn der Reformierung des studentischen Führungsapparates der österreichischen Hochschulen an verantwortungsreichsten Posten gestellt, hatte Dr. Rieger Gelegenheit, seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiete aller studentischen Belange zum Besten des Hochschülers in die Waagschale zu werfen.

Es konnte nicht ausbleiben, dass der Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, fiel doch seine Berufung in die Zeit höchster politischer Wirren, deren Wellen nicht an die Stufen der Universität schlugen, sondern oft genug gerade von hier aus ihren Ausgang nahmen. Umso höher war es Dr. Rieger daher anzurechnen, dass er vom Vertrauen seiner vorgesetzten Behörden getragen, alle seine Kraft dafür einsetzte, die politischen Differenzen an der Universität nach Möglichkeit auszuschalten und die Studentenschaft dem Ziele der Befriedigung und des versöhnenden Ausgleichs so nahe als möglich zu bringen. Was die Festigung der studentischen Selbstverwaltung im Inneren anlangt, so war die Schaffung der Fachgruppen an der Universität, die heute aus dem studentischen Betrieb nicht mehr vermisst werden könnten, und einer großen Anzahl von Studierenden einen ganz wesentlichen Dienst zur Erreichung ihres Zieles darstellen, allein sein mit viel Arbeit und mancher Unannehmlichkeit erworbenes Verdienst. Die verschiedenen Verbindungen der Studierenden Innsbruck mit solchen ausländischer Universitäten, die in jahrelanger Arbeit hergestellt werden konnten, sind durch die Initiative Dr. Riegers entstanden, wobei in vielen Fällen auch die technische Durchführung, die ob ihres klaglosen Funktionierens Gegenstande der Anerkennung selbst von Fachleuten auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs waren, auf seinen Schultern ruhte.

Mit Dr. Rieger verliert die Innsbrucker Hochschülerschaft einen überzeugten und tatkräftigen Verfechter studentischer Interessen, der seine Arbeit auf kein bestimmtes Gebiet beschränkt hat, sondern in allen Belangen, seien es sportliche, fachwissenschaftliche, kulturelle oder wirtschaftliche, das für die Hochschülerschaft Beste geleistet hat, ohne Ansehen der Mühe, die ihre Erreichung gekostet hat, noch der Person der sie zugute gekommen sind.«⁹⁰¹

Sein Nachfolger als Sachwalter war der Jurist Karl Ponntesegger. In seiner Amtszeit wurde ein Ausbau der Auslandsstelle vorgenommen, Studienfahrten der Innsbrucker Hochschülerschaft organisiert, und Jobs als Fremdenführer »mit angemessener Entschädigung« vermittelt.⁹⁰² Ebenso fanden im Sommer 1937 in Innsbruck die Universitäts-Leichtathletik-Meisterschaften statt.⁹⁰³

⁹⁰¹ ÖHZ, 7.1.1937, S. 7

⁹⁰² ÖHZ, 1.6.1937, S. 5

⁹⁰³ ÖHZ, 5.7.1937, S. 5

Juristische Fachgruppe

An der Juristischen Fachgruppe in Innsbruck gab es Exkursionen, etwa ein gemeinsam mit der Medizinischen Fachgruppe organisierter Ausflug in die Anlagen der Molkereibetriebe⁹⁰⁴ oder eine Führung durch das Grundbuch, an der sich 100 Hörer beteiligten.⁹⁰⁵

Medizinische Fachgruppe

An der medizinischen Fachschaft suchte die Hochschülerschaft mit neuen Medien Impulse zu setzen, etwa durch einen Film über Röntgenstrahlen.⁹⁰⁶

Theologische Fakultät Salzburg

Von der einst bedeutungsvollen Salzburger Universität mit allen Fakultäten war nur eine Theologische Fakultät geblieben, die sich 1937/38 wieder gute Chancen ausrechnen konnte, dank Unterstützung des Bundespräsidenten und des Vatikans zur Volluniversität zu werden. Doch im Gegensatz dazu wurde sie dann 1938 von den Nationalsozialisten geschlossen.

Der Sachwalter der HÖ der Universität Salzburg hatte ein Kultur- und Bildungsinstitut zur Seite, ein Referat ›Volkstumsarbeit‹ und bereits 1934 ein ›Institut für religiöse Volkskunde‹. Dieses hielt sich aber nicht lange. Der Katholischen Fakultät Salzburg war, mitten in der Wirtschaftskrise 1934, »die studentische Fürsorge« für die neue Sachwalterschaft ein wichtiges Anliegen:

»Die Befürsorgung der Hörerschaft [...] beschränkte sich hauptsächlich auf die Ausgabe von Mittagstischen, Ermäßigungen in Geschäften und allgemeine Wirtschaftshilfe. Es ist selbstverständlich, dass auch das Fürsorgeinstitut noch weiter ausgebaut werden wird: ganz besonders das Sozialstudentische Referat, das sich mit der Krankenfürsorge beschäftigt.«⁹⁰⁷

Weiters gab es einen Akademischen Reisedienst, ein Amt für Leibesübungen und zwei Fachschaften.

1936 trat der bisherige Sachwalter der katholisch-theologischen Fakultät in Salzburg, Josef Tomaschek von seinem Amt zurück, statt ihm wurde Gottfried Pagacs Sachwalter, zunächst provisorisch.⁹⁰⁸ Über diesen berichtet die ÖHZ im Juni des nächsten Jahres:

»Der Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Salzburg, P. Gottfried Pagacs empfing am Dienstag, den 29.Juni 1937, um 8 Uhr, im Dom von St. Pölten von Sr.

⁹⁰⁴ ÖHZ, 18.6.1937, S. 5

⁹⁰⁵ ÖHZ, 20.2.1938, S. 5

⁹⁰⁶ ÖHZ, 5.11.1937, S. 5

⁹⁰⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934-1935, S. 96

⁹⁰⁸ ÖHZ, 15.10.1936, S. 2

Exzellenz Bischof Michael Memelaur die hl. Priesterweihe. Sein erstes hl. Messopfer feierte P. Gottfried Pagacs in der Dollfuß-Kirche auf der Hohen Wand.«⁹⁰⁹

Mit Hilfe des Dekanats konnte in den Weihnachtsferien 1936/37 die Renovierung der Räumlichkeiten offenbar auch der Sachwalterschaft durchgeführt werden: Dadurch war das Lesezimmer nunmehr ein »gemütlicher Clubraum, neue Kokosläufer und Gemälde eines Kommilitonen Schreilechner verschönern die Fakultät«. Die Sachwalterschaft sah dies als einen Beweis, dass sowohl von Seiten unserer Fakultät als auch der Sachwalterschaft mit ehrlicher Bemühung im Rahmen des Möglichen gearbeitet wurde.«⁹¹⁰ Die Salzburger Sachwalterschaft gab seit dem 26. Oktober 1936 eine Wochenschrift, den »Politischen Wochenspiegel« heraus. Dieser war eine »kleine Schrift über wichtigstes Weltgeschehen«.

Währenddessen bestanden Pläne, die Rumpfuniversität wieder zu einer Volluniversität zu machen. Der Papst sei für eine katholische Universität in Salzburg, berichtet die ÖHZ anlässlich einer Audienz des Vorsitzenden der bischöflichen Universitätskommission Salzburgs, Prof. Schmidt bei Papst Pius XI. Dieser wollte sich an der Einrichtung »durch eine vorläufige Gabe von 10.000 Lire beteiligen« und begrüßte, dass auch andere österreichische Bundesländer an der Gründung der Universität durch Übernahme einzelner Lehrkanzeln Anteil nehmen wollten.⁹¹¹

Die Hochschülerschaft Österreichs der Theologischen Fakultät Salzburg organisierte auch Vorträge und Exkursionen zu sozialmedizinischen Themen: z.B. in der Landesheilanstalt über Krankheitsformen, Erkennung und Unterscheidung von Geisteskrankheiten, Möglichkeiten für Priester, auf die Umgebung einzuwirken, weil »durch unkluge Behandlung der Schaden vergrößert wird«.⁹¹²

»Durch Bemühungen der Sachwalterschaft« veranstaltete die HÖ in Salzburg für seine Theologiestudenten Fremdsprachkurse – in Englisch, Französisch, Ungarisch.⁹¹³

Theologische Fachgruppe

Die theologische Fachgruppe wandte sich den neuen Medien zu und zeigte 1936 einen Film der Mission in Afrika:

*»Die Vorführung des Filmes erweckte umso stärkere Eindrücke, als der Film synchron gekuppelt mit Schallplatten lief. Ganz besonderem Interesse begegnete die Aufführung vor allem deswegen, weil der Vorführende P. Dr. Dörflinger selbst zu seiner Studienzeit Mitglied der Missionsgruppe war«*⁹¹⁴

⁹⁰⁹ ÖHZ, 5.7.1937, S. 5

⁹¹⁰ ÖHZ, 15.2.1937, S. 7

⁹¹¹ ÖHZ, 15.4.1937, S. 4

⁹¹² ÖHZ, 15.4.1937, S. 5

⁹¹³ ÖHZ, 5.11.1937, S. 5

⁹¹⁴ ÖHZ, 15.11.1936, S. 4

Einsetzung eines beratenden Komitees für Studentenschaftsfragen

1935 kündigte Staatssekretär Pernter an, ein Komitee einzusetzen, welches das Bundesministerium für Unterricht »in Studentenschaftsfragen grundsätzlicher Natur« beraten sollte«. ⁹¹⁵

»Es wäre deshalb in Aussicht zu nehmen, eine erstmalige Besprechung dieser Art anzuberaumen. Da aber die endgültige Entscheidung über die Zusammensetzung des Komitees, d.h. über die hiezu heranzuziehenden Personen erst unter dem Eindruck einer ersten derartigen Beratung getroffen werden soll, wäre in den diesbezüglich. herauszugebenden Einladungen vorläufig noch nichts von der grundsätzlichen Absicht der dauernden Einrichtung dieses Beratungskörpers bekanntzugeben.« ⁹¹⁶

Es wurden für die erste Sitzung für den 21. Feber 1935 im großen Festsaal des BMU eingeladen:

Prof Dr. Richard **Meister**
Prof. Dr. F. **Degener-Schönburg**
Hofrat Dr. Karl **Holey** (O Prof T.H.)
Prof. Dr. Leopold **Arzt**
Dr. Karl **Stein**
Dr. Franz **Mock**
Dr. Anton **Walter**
Wurstler (Leiter d. österr. ausländischen Studentenklubs)
Prof Ferdinand **Zdassky**

Es ist auffallend, dass viele Familiennamen von ÖVP-Politikern auch in der Hochschülerschaft Österreichs erwähnt werden – wie Klestil, Mock, Graff, Görg, Ratzenböck oder Marboe.

⁹¹⁵ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2 38702-I-1 7.3.1935

⁹¹⁶ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 2 D 2: 1934/35, 38702-I-1: 7.3.1935

»Eine mitten im Leben stehende Hochschülerschaft«: Neue Tendenzen im Studienjahr 1937/38

Im letzten Jahr der Hochschülerschaft Österreichs unter dem Sachwalter Richard Lechner gab es in vielerlei Hinsicht neue Tendenzen, die sich in der Österreichischen Hochschulzeitung als Ausdruck größeren Pluralismus zeigten. Studentinnen melden sich zu Wort – und fordern Gleichwertigkeit. Eine neue Sichtweise des Umgangs mit den jüdischen Kollegen und Mitbürgern wird angesprochen. Schlechtes Service an der Philosophischen Fakultät und Tendenzen zum Nationalsozialismus werden kritisiert. Auch wenn all dies nicht die Majoritätsmeinung ist – immer wieder kommen auch Stimmen abseits vom bisherigen Mainstream zu Wort – und diese Minderheitenpositionen werden nach 1945 mehrheitsfähig.

Und es gibt noch weitere Änderungen: Während Heinz Drimmel in seinen Schriften den Schwerpunkt auf den Aufbau der Fachschaften und Fachgruppen gelegt hat, sind es für Richard Lechner die Beiräte dieser Institutionen, auf die er seine Aufmerksamkeit konzentriert. Während Heinz Drimmel, ganz im Einfluss der Heimatschutzstudenten, von den Tugenden der Pflicht und des Dienens spricht, die nun wieder ihren guten alten Klang hätten⁹¹⁷, betont Richard Lechner gemeinschaftliche Elemente, wobei nun verstärkt durch die Beiräte auch demokratische Elemente forciert werden sollten – soweit es im austrofaschistischen Ständestaat möglich war. Die HÖ begründet die Notwendigkeit dieses demokratischen Elements mit den Funktionen der Kontrolle und der besseren Effizienz. Die verstärkte Basisarbeit in den Fachschaften führt nun dazu, dass es – vom Regime offenbar geduldet – Proteste gegen Regierungsmaßnahmen gegeben hat, die sogar bis zu Änderung der beanstandeten Bestimmungen geführt haben.

Demokratische Elemente im Fachgruppenbeirat?

Es ist wohl kein Zufall, dass in der Österreichischen Hochschulzeitung vom 22. Oktober 1937 auf der Titelseite⁹¹⁸ gemeinsam mit der Vorstellung des neuen Vorsitzenden programmatisch der neue Fachgruppenbeirat vorgestellt wird, dessen Organisation »bei einiger Energie und gutem Willen« sich noch zu dem entwickeln werde, zu dem sie bestimmt sei: »zu der restlosen Bildung einer neuen Gemeinschaftsform der Hochschüler«. Immerhin sei »der große Anfang [...] gemacht«. Freilich sei »der gegenwärtige organisatorische Stand des Fachgruppenbeirates bestimmt nicht der letzte« und es sei auch »nicht erstaunlich, dass erst im vorigen Studienjahr, als der Aufbau vollendet war und sich die Verhältnisse an der Hochschule seit den Sturmjahren

⁹¹⁷ vgl. ÖHZ, 1.2.1937, S. 1

⁹¹⁸ ÖHZ, 22.10.1937, S. 1f

1933/34 bedeutend gebessert haben, an die Aufstellung von Fachgruppenbeiräten geschritten werden konnte.«

Schwierigkeiten mache allerdings die richtige Zusammensetzung der Beiräte: Denn dabei bedürfe es »einiger Erfahrung und Menschenkenntnis, die richtigen Studenten, jene also, die wirklich Interesse an der Sache selbst bekunden, auszuwählen«. Die Beiräte bieten die Möglichkeit zu einer gewissen Demokratisierung Hochschülerschaft in Österreich, nämlich um, wie von Anfang an geplant, Wahlen durchzuführen:

*»Es ist dies keine Schwäche, sondern eine direkte Notwendigkeit, um eine neue Form möglichst bald in ihrer vollen Auswirkung betrachten zu können. **Wie schon erwähnt, ist daran gedacht, das System der Ernennung durch das Prinzip der freien Wahl zu ersetzen**, wobei es aber fraglich erscheint, ob nicht dadurch - und das wissen wir alle aus der demokratischen Ära Österreichs - die Sache selbst verwässert, stark verwässert und letzten Endes von der Tagespolitik abhängig gemacht wird!«⁹¹⁹*

Dass diese Vorstellung einer gewissen Demokratisierung vom Vorsitzenden Lechner direkt kommt, dafür spricht in diesem nicht namentlich gezeichneten Artikel eine Passage, nämlich, dass die »Überwindung« der oben geschilderten »Verwässerung durch die Tagespolitik«, »dies hat sich **gerade bei meiner Fachgruppe gezeigt**, durch den Beirat leicht ermöglicht werden kann«. Richard Lechner war zuvor ja vier Jahre der Leiter der Fachgruppe Jus an der HÖ der Universität Wien gewesen. Als die Fachgruppenbeiräte 1936 eingeführt wurden, erwähnte die ÖHZ ausdrücklich die Juristische Fakultät der Universität Wien, in dieser wäre die Einrichtung des Fachgruppenbeirats »am leichtesten in der Form verwirklicht, dass der Fachgruppenbeirat je zwei Vertreter aus den vier Jahrgängen umfasst.«⁹²⁰ Von einer Wahl war damals noch nicht die Rede, lediglich von einer »Willenskundgebung für die durch sie vertretenen Kreise der Hochschülerschaft« und einer »Verbindung zwischen dem studentischen Führungsapparat und der Studentenschaft«. Lechner zeigt also im Wintersemester 1937, dass es ihm keineswegs um »spintisierende Betrachtungen«⁹²¹ ging, sondern um Einschätzungen, die aus der Alltagspraxis einer funktionierenden Fachgruppe fundiert waren.

*»Ich glaube, dass es hier am Platze ist, ein für alle Mal festzustellen, dass die Fachgruppe als solche eine **Arbeitsgemeinschaft** ist, die mit Tagespolitik nichts zu tun hat und nichts zu tun haben will. Dabei muss aber genau festgestellt werden, dass die Fachgruppe selbstredender Weise den Staat in allen seinen Gliederungen zu bejahen hat, alles für denselben und durch denselben zu tun hat. Dies sei prinzipiell gesagt! Studentenpolitik hat der Gemeinschaft in der Gesamtheit nie genützt, sondern nur Schaden gebracht. [...]*

Somit muss, um wirklich die Idee einer neuen Gemeinschaftsform auf der Hochschule zu erreichen, jedwede Tagespolitik ausgeschaltet werden, denn nur so kann wirklich Positives

⁹¹⁹ ÖHZ, 22.10.1937, S. 1, Hervorhebungen **nicht** original

⁹²⁰ ÖHZ, 1.12.1936, S. 3

⁹²¹ vgl. vermutlich Drimmel in der ÖHZ, 1.2.1937, S. 1

für die Gesamtheit geschaffen werden. In dieser Richtung hat der Fachgruppenbeirat eine große Aufgabe der Aufklärung unter der Hörschaft zu verwirklichen.»

Im Grunde handelt es sich um eine Debatte, die es in der Geschichte der Hochschülerschaft auch nach 1945, aber auch davor immer wieder gegeben hat: Geht es in einer Hochschülerschaft oder in der Studentenschaft um ›Service‹ oder um ›Politik‹? Wenn ein Studentenvertreter schreibt, dass Studentenpolitik der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit nie genützt habe, ist dies eine ziemlich einzigartige Position. Offenbar wurde die Zeit der Deutschen Studentenschaft, vor allem nach der Übernahme der Nationalsozialisten als abschreckendes Beispiel gesehen. Davor wurden lange Zeit die Rolle der Studenten von 1848 und die der Frontgeneration nach dem ersten Weltkrieg hochgehalten. Studierendenpolitik ist aber meist beides: Politik und Service. Schließlich wird noch in derselben Ausgabe unter dem neuen Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Richard Lechner, die Fachgruppe Medizin Politik in Form einer Interessensvertretung machen und auch – begleitet von aktiven Protestmaßnahmen der illegalen Opposition – selbst Protest gegen Maßnahmen der Regierung führen.

Andererseits bedeutet diese Interessensvertretung, immer auf die Interessen der Kollegen, die die Hochschülerschaft vertreten soll, zu hören. Dies fordert auch Sachwalter Lechner:

»Gerade das Studienjahr 1936/37 hat uns gezeigt, wie viele Fragen den heutigen Hochschüler bewegen. Dies konnten wir aber wiederum nur durch den Fachgruppenbeirat selbst erkennen. Es ist eine alte Weisheit, dass kein Hochschüler allein zu uns kommt, um uns seine Sorgen, seine Wünsche und Anträge bekannt zu geben. Wir sind auch für jede sachliche Kritik zu haben, soweit – und, das sei betont – sie aufbauend ist. [...]

Die einzelnen Jahrgangs- bzw. Semestervertreter haben also die Aufgabe, im Rahmen des Beirates die Wünsche, Sorgen und Beschwerden ihres Jahrganges bzw. Semesters der Fachgruppenleitung bekanntzugeben.»⁹²²

Der Fachgruppenbeirat hat auch eine weitere Funktion: Künftige interne Mitarbeiter einer Fachgruppe sollten »unbedingt durch eine gewisse Zeit Beirat gewesen sein«. Dadurch wären neue Mitarbeiter »mit allen Fragen von studentischem Belang bereits vertraut« bevor sie als Referent oder Mitarbeiter in der Fachgruppe aktiv würden. Andererseits sei dies auch »Garant dafür, dass die Leitung einer Fachgruppe nie in eine studentenfremde Art wird ausarten können«, also eine politische Absicherung der vaterländischen Gesinnung. Diese Bestimmung war auch 1936 bereits vorgesehen.⁹²³

Exkurs: Kameradschaftliche Gemeinschaft an der Universität und im Beruf

Obwohl Lechner die kameradschaftliche Gesinnung sonst nicht in gleicher Weise forciert wie seine Vorgänger, tut er es in diesem Artikel dann doch explizit:

⁹²² ÖHZ, 22.10.1937, S. 1f

⁹²³ vgl. ÖHZ, 1.12.1936, S. 3

»Und als letztes möchte ich das kameradschaftliche Moment erwähnen. Eine Gemeinschaft wird nur dann vollendet sein, wenn sie letzten Endes auf kameradschaftlicher Grundlage gestellt ist. Wieviel hiebei der Beirat beitragen und helfen kann, braucht nicht besonders gesagt werden. Andererseits ist aber gerade das kameradschaftliche Band das stärkste Grundelement einer wirklichen Zusammenarbeit unter der akademischen Jugend. Und wie wesentlich solche Kameradschaft ist, im späteren Leben - wenn die Hochschule weit zurückliegt und jeder seinem Beruf nachzugehen hat - braucht auch nicht weiters herausgestrichen zu werden.«⁹²⁴

Dieser Gedanke Lechners führt vom Fachgruppenbeirat weg, zeigt jedoch einen Aspekt, der im austrofaschistischen Ständestaat schon Tradition hat und Kontinuitäten in der ÖVP haben wird. Die katholische Minderheit an der Hochschule und im Staat, die sich als das einzige Bollwerk gegen einen ausufernden Bolschewismus und Nationalsozialismus sah, versuchte im Geiste der ›amicitia‹, der Lebensfreundschaft, sich gegenseitig auch im Beruf zu fördern. Das Prinzip der ›amicitia‹ gibt es bis heute im CV und anderen Verbindungen.

Was die beruflichen Karrieren betrifft: In den 1930er-Jahren war der Staatsapparat zunächst noch von nationalen und liberalen Vertretern dominiert, jedoch waren, vor allem nach 1918 und mit dem Erstarken der christlich-sozialen Bewegung, auch die Söhne von kleinen Gewerbetreibenden und aus bäuerlichen Familien nachgerückt.

»Unter ihnen waren vielfach Mitglieder von CV-Korporationen, was von den nationalen Exponenten des Akademikertums mit mehr oder weniger starkem Argwohn beobachtet wurde. Der Höhepunkt dieser Entwicklung des Eintretens von CVern in den Staatsapparat war zwischen 1934 und 1938 erreicht, als die durch politisch nicht mehr tragbare Personen freigewordenen Stellen besetzt wurden.«⁹²⁵

So wurden die Machtpositionen immer mehr zu einer »Domäne des CV«, was in der Zeit der Wirtschaftskrise einen Nachteil für die Nationalen mit sich brachte. Bereits Anfang der 1930er-Jahre warfen die Nationalen den christlichen Studenten vor, eine »seltsame Kameradschaft« zu üben - mit dem Ziel, »die öffentlichen Ämter und Stellen mit Leuten ihrer Couleur völlig zu durchsetzen. Weiters sprachen die Nationalen von einer »gefürchteten Geheimorganisation, die stärksten Einfluss auf alle Teile der Staatsmaschine« bekomme.⁹²⁶

Dass der CV um 1936 in Gefahr war, aufgelöst zu werden, und zwar sowohl durch den Staat als auch durch den Klerus, verstärkte das Gefühl der Gemeinschaft noch umso mehr. Dies mag eine

⁹²⁴ ÖHZ, 22.10.1937, S. 2

⁹²⁵ Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 273

⁹²⁶ Gehler (1990): Studenten und Politik, S. 273f

der Erklärungen sein, warum die ÖVP sich – vor allem unter Bundeskanzler Raab – noch stärker dieser Schiene bediente.⁹²⁷

Richard Lechner hat hier die Zusammenarbeit in der HÖ angesprochen. Doch war ebenso eine Mitgliedschaft in den verschiedenen CV-Verbindungen für viele, auch ihn selbstverständlich. Lechner selbst schien von dieser Kameradschaft in seinem späteren Leben jedoch keinen Gebrauch mehr gemacht zu haben. Nach seiner Verhaftung durch die Nationalsozialisten nahm er – nach eigenen Angaben – weder den Kontakt zu Drimmel wieder auf, noch scheint er jemals wieder die Öffentlichkeit seiner Studentenverbindung Rudolfina gesucht zu haben.⁹²⁸

Umso interessanter ist unter den damaligen Umständen, der ja auch einen ›Verbändebeirat‹ als Beratungsorgan der verschiedenen Verbände für die HÖ vorsah, dass aber im Jänner 1938 in der ÖHZ und somit in der HÖ auch das Farbentragen an der Universität in Frage gestellt werden konnte – eine Sichtweise, die heute die Mehrheit der Studierenden teilen würde.

Öffentliche Kritik am Couleurstudententum

»Man sagt, dass das Burschenschaftswesen heute unzeitgemäß sei; vielleicht trifft schon dies zu, vor allem aber wird es seinen Aufgaben, seinem Zweck und Sinn nicht mehr gerecht. Die Verbindungen sollen vor allem den Idealen der Kameradschaft, der Ehre, des Mutes, der stolzen Vaterlandsliebe, der freien Wissenschaft, kurz den Interessen studentischer Art dienen.«⁹²⁹

In der Leserbriefspalte »Es spricht der Student« stellt »G. Sässparv« die Frage: »Coleurstudententum noch zeitgemäß?«

Zunächst werden aktuelle Bilder über die farbentragenden Studenten in Erinnerung gerufen: nämlich einerseits das des Saufkumpans, »dem die ›Hetz‹ oder die lustige Studienzeit wichtig ist, bei der man ›ein ›Krügerl‹ in einem Zug herunterschütten kann« andererseits der »flegelhafte, forsche und ›schmissige‹ Student«, der so auf Frauen Eindruck machen will, »der sich dank seines finanziell besser gestellten ›alten Herren‹ eine manuelle Geschicklichkeit im Aufschlitzen fremder Gesichter erwirbt und dank der angeborenen Frechheit dann glaubt, mit seinen Kumpanen einen Terror in Ehranschauungen ausüben zu können.« Wobei diese Kritik nicht den CV trifft, der ja sich von dieser Tradition stets distanziert hatte, sondern vor allem die Burschenschaften und Korps.

⁹²⁷ vgl Mitteilung von Dr. Walter Jambor, Aktivist der christlich-liberalen FÖSt ab 1946 und Vertrauter von Unterrichtsminister Felix Hurdes, im Kapitel »Von der FÖST zur Union«, insbesondere das Zitat auf S. 385f und von Prof. Norbert Burda S.391

⁹²⁸ zumindest nicht in den Rudolfinen-Blättern nach 1945

⁹²⁹ ÖHZ, 20.1.1938, S. 4

Nach dieser pointierten Kritik – nebenbei gibt es diese Stereotypen bis heute – kommt es zu scharfzüngigen Formulierungen, wenn von »Rowdies«⁹³⁰ des Deutschen Studententums sprechen, die immer wieder zu Gesetzesübertretungen oder Gesetzesbruch auffordern oder es tun:

»In diesen Gestalten kann man doch unmöglich mehr die kommenden geistigen Führer des Volkes sehen und wenn das Verbindungswesen heute fast nur mehr solche Zerrbilder hervorbringt, so kann man auch in ihm nichts mehr von seinem ehemaligen hohen Zweck erblicken und auch seine ganze Art und Erscheinung muss einem abstoßen.«⁹³¹

Stattdessen sollten die Studierenden zu »Höherem und Gutem geweckt werden« und »auf jene Bahn gebracht« werden, die immer weiter vorwärts kommen möchte und zwar mit wissenschaftlicher Arbeit:

Denken wir nur an jene vielen, die mit wirklich bewundernswerter Ausdauer sich die Mittel zu ihrem Studium während der einen Hälfte des Tages verschaffen und die zweite Hälfte nicht der Erholung, sondern dem Lernen widmen [...] sie haben Qualitäten und sind doch so behindert im Fortkommen, weil die ganzen studentischen Organisationen noch viel zu wenig auf ihre Art eingestellt sind.«⁹³²

Die Coleurstudenten seien gar nicht mehr imstande, »unsere Ideale zu erfüllen«, daher sei das gesamte Coleurstudententum »mehr als reformbedürftig«. Schließlich empfiehlt die Leserin oder der Leser eine grundlegende Sanierung dieses Systems.

Darauf reagierten natürlich in der nächsten Ausgabe die angesprochenen Farben tragenden Studenten: Auf der Leserbriefseite Anfang Februar 1938 gab es gleich zwei Artikel, die darauf antworteten:⁹³³ Coleurstudenten seien sehr wohl zeitgemäß; wer solche Argumente gebrauchte, sei nicht im Bilde. Die Stereotypen seien zwar gut gemeint, aber zumindest teilweise unrichtig. Die Rolle der Geborgenheit und des sozialen Anschlusses würden nicht erwähnt. Und es sei auch eine Tugend, sich strenger Disziplin zu unterwerfen, der sich die meisten nicht mehr fügen wollen.

Heute, knapp 75 Jahre später haben sich die Coleurstudenten nicht mehr jene dominierende Bedeutung erhalten wie zur Zeit von 1848 bis zum Ende der Deutschen Studentenschaft. Auch hier deutet sich innerhalb der HÖ schon vor 1938 eine andere Sichtweise an.

⁹³⁰ Auch der englischsprachige Begriff »Rowdy« verweist auf eine Abkehr der sprachlichen Tradition früherer Publikationen der Hochschüler- und Studentenschaft und nimmt diesen für uns heute selbstverständlich scheinenden Begriff auf.

⁹³¹ ÖHZ, 20.1.1938, S. 4

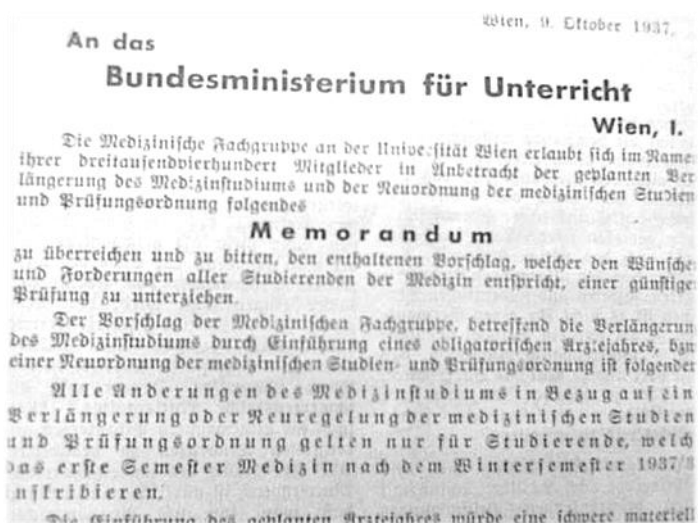
⁹³² ÖHZ, 20.1.1938, S. 4

⁹³³ ÖHZ, 5.2. 1938, S. 6

Streik und Widerstand der Studierenden im Ständestaat

1937 kam es zu einer Reihe von Änderungen in verschiedenen universitären Studien: Sowohl für Lehramtsstudierende als auch für Mediziner wurde zu einem verpflichtenden berufspraktischen Ausbildungsjahr nach dem regulären Studium verpflichtet. Vor allem die Medizinstudierenden, die von diesen Änderungen überrascht wurden, protestierten dagegen. Denn ein Spitalsjahr sollte noch während des Studiums, also vor der Promotion verpflichtend werden, Praxisplätze waren zwar nicht garantiert, dafür sollten Gebühren anfallen.⁹³⁴ Zu Beginn des Wintersemesters (übrigens in der gleichen Ausgabe, in der der neue Sachwalter Lechner sich und sein Programm der Fachschaftsbeiräte mit der Forderung einer demokratischen Wahl eben dieses Beirats erhebt) erscheint ein Memorandum der Medizinischen Fachgruppe mit einem Protest gegen Verlängerung des Medizinstudiums und das Ärztejahr an die Adresse des Bundesministeriums für Unterricht:⁹³⁵

Abbildung 13: Memorandum gegen die Mediziner-Reform Bildquelle: ÖHZ, 20.1.1938, S. 4



»Wien, 9. Oktober 1937: Die Medizinische Fachgruppe an der Universität Wien erlaubt sich im Namen ihrer dreitausendvierhundert Mitglieder⁹³⁶ in Anbetracht der geplanten Verlängerung des Medizinstudiums und der Neuordnung der medizinischen Studien- und Prüfungsordnung folgendes

Memorandum

zu überreichen und zu bitten, den enthaltenen Vorschlag, welcher den Wünschen und Forderungen aller Studierenden der Medizin entspricht, einer günstigen Prüfung zu unterziehen.

⁹³⁴ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 156

⁹³⁵ ÖHZ, 22.10.1937, S. 5

⁹³⁶ In dieser Zahl müssen auch die jüdischen Hörerinnen und Hörer enthalten sein, sonst käme die HÖ nicht auf diese Zahl. Laut Posch (2008): Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise, S. 74, 75, 83 gab es im Wintersemester 1937/38 9.180 Studierende, davon studierten ca. 40 Prozent Medizin, was ca. 3670 Studierenden entsprochen hätte. Ohne jüdische Studierende, die einen Anteil von einem Viertel hatten, wären es allerdings nur ca. 2.750 Studierende gewesen. Die Fachgruppe zählte also jüdische Studierende zu ihren Mitgliedern. Dies steht in einem Spannungsverhältnis zur Aussage Speisers, die medizinische Fachgruppe hätte den Arierparagraphen gehabt, kann dennoch zutreffend sein: Die jüdischen Studierenden wurden gezählt, das sagt aber noch nichts über ihre aktive Mitsprache in der Fachschaft aus.

vgl. Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 156

Der Vorschlag der Medizinischen Fachgruppe, betreffend die Verlängerung des Medizinstudiums durch Einführung eines obligatorischen Arztjahres bzw. einer Neuordnung der medizinischen Studien- und Prüfungsordnung ist folgender:

[...] Die Einführung des geplanten Amtsjahres würde **eine schwere materielle Belastung** bedeuten, mit der die bereits im Studium stehenden Hörer und deren Angehörige, die ja in erster Linie die großen Kosten des Medizinstudiums aufkommen müssen, **in keiner Weise gerechnet haben**. Abgesehen davon, dass es Studierende gibt, die durch materielle Notlage im Elternhause gezwungen sind, einen nicht unerheblichen Teil der Auslagen für ihr Studium durch **Selbsterwerb** zu bestreiten. Besonders diesen ist es infolge der harten Bedingungen am schwersten möglich, eine Ermäßigung des Kollegiengeldes, Stipendien oder sonstige finanzielle Beihilfen für ihr Studium zu erlangen. Es sei beispielsweise darauf hingewiesen, dass Gesuche um Kollegiengeldbefreiung von **Studierenden aus den ärmsten Verhältnissen**, im achten und neunten Semester unter Vorlage mit sehr gutem Erfolge abgelegten Kolloquien über zwanzig, ja bis fünfundzwanzig Wochenstunden nur deshalb abgewiesen wurden, weil ihnen ein ›sehr gut‹ für eine Auszeichnung des ersten Rigorosums, welches bekanntlich im fünften Semester abgelegt wird, fehlte. [...]«⁹³⁷

Im Memorandum beriefen sich die Studierenden auf den Vertrauensgrundsatz, weil nämlich viele Studierenden auch die Länge eines Studiums wegen der finanziellen Aufwendungen genau kalkulieren mussten. Jede Verlängerung bedeute daher eine Gefährdung des Abschlusses insgesamt. Wenn das Ärztejahr und die Neuordnung der medizinischen Studien- und Prüfungsordnung »den Zustrom der Maturanten zum Studium der Medizin« hemmen sollte, dann könne dies für inskribierte Hörern ja gar nicht mehr der Fall sein.

»Diese müssen ihren gewählten Studiengang weitergehen, wären aber durch eine Verlängerung ihres Studiums am schwersten getroffen. Eine Reform kann sich daher nur auf jene beziehen, welche nach dem Wintersemester 1937/38 inskribieren, von vornherein mit einer längeren Dauer des Studiums rechnen und den damit verbundenen finanziellen Auslagen gewachsen sind.«

Würde also der Stichtag so gesetzt, dass auch bereits die »gegenwärtig inskribierten Hörer der geplanten Studienordnung unterworfen« wären, dann wäre mit einer »überstürzten Ablegung von Prüfungen zu rechnen, die dem »hohen Stand der medizinischen Wissenschaft geforderte gründliche und wissenschaftliche Vorbereitung« nicht immer angemessen wäre.

»Sollte neben der Drosselung des Andranges zum medizinischen Studium auch eine bessere, praktischere Ausbildung angestrebt werden, so ist dem entgegen zu halten, dass auch schon jetzt jeder promovierte Doktor der Medizin sich freiwillig und aus eigenem Interesse, meist sogar mehrere Jahre an Kliniken und Krankenhäusern praktisch weiterbildet. Dem schon graduierten Arzt gibt die Spitalspraxis selbstverständlich in viel größerem Ausmaße Gelegenheit zur praktischen Vertiefung seiner Kenntnisse, als dies einem Studierenden gestattet werden könnte. Durch die Neuordnung würde den Studierenden jene Ausbildung vorenthalten, von der bisher alle Kollegen fast ausnahmslos Gebrauch machten. Gleichzeitig muss wieder auf die finanziellen Nachteile hingewiesen

⁹³⁷ Hervorhebungen **nicht** original

werden, die durch den Ausfall eines Arztstipendiums erwachsen. Weiters sei betont, dass das Verantwortungsgefühl und Pflichtbewusstsein eines Arztes, der nach seiner Promotion in einem Spital arbeitet, größer ist als bei einem Studierenden, der nur als Hospitant einer auferlegten Pflicht nachzukommen hat.«

Jedenfalls hat die »Nachricht von einer geplanten Einführung eines Ärztejahres vor Erlangung des Doktorgrades der Medizin« und die gleichzeitige Änderung der medizinischen Studien- und Prüfungsordnung unter den Medizinstudenten insgesamt zu »Bestürzung und Beunruhigung« geführt. Selbstbewusst berufen sich nun die Studierendenvertreter auf ihre Funktion im Ständestaat:

»Die Medizinische Fachgruppe an der Universität Wien als Institution des Bundesministeriums für Unterricht und offizielle Vertretung der Studierenden der Medizin sieht sich daher veranlasst, bei der Festlegung der geplanten Bestimmungen dieses Memorandum zur geneigten, vollen Berücksichtigung zu unterbreiten.«

Dass diese »Beunruhigung real war, ist aus der Tatsache zu ersehen, dass auch in der nächsten Ausgabe der Österreichischen Hochschulzeitung nochmals ein Memorandum der Mediziner abgedruckt wurde:⁹³⁸

»Immer wieder wendet sich die Studentenschaft, durch die geplante Verlängerung des Medizinstudiums aufs schwerste beunruhigt, an die Medizinische Fachgruppe mit der Forderung, gegen die unvorhergesehene Verlängerung ihres Studiums wirksam einzuschreiten und den berechtigten Wünschen der Hörer volle Berücksichtigung zu verschaffen. Die Hörer der Medizin haben ihr Studium unter ganz anderen Voraussetzungen begonnen: es wäre daher unverdient, ein ohnedies so langes und schwieriges Studium für bereits inskribierte Hörer zu verlängern, zumal die Ausübung des ärztlichen Berufes durch Ablegung der Bundesdienstpflicht schon um ein Jahr hinausgeschoben ist. Man weist darauf hin, dass noch nie Bestimmungen so rückwirkend in Kraft getreten sind, wie es bei der Einführung des Ärztejahres geplant wäre. Auch die Neuordnung des juridischen Studiums, die am 21. September 1935 erschien, bezog sich nur auf Hörer, die nach diesem Zeitpunkt inskribierten«.

Diesmal hatte das Ministerium die Studierenden, wie es scheint, offensichtlich empört und verärgert. Die Bereitschaft, etwas zu unternehmen, wuchs. Die Österreichische Hochschulzeitung berichtet davon, dass sich viele Studierende an die Fachgruppe gewandt hätten, sodass die Fachgruppe ihren Spielraum nutzte und die Interessen der Mediziner verteidigte.

Wolfgang Speiser, einst Vertreter der revolutionären Sozialisten, sieht dies anders und zitiert eine illegale Zeitschrift der Opposition im Jänner 1938: Diese postulierte, dass die Fachschaften⁹³⁹ »Zwangsorganisationen« seien, die an den meisten Fakultäten ohne Einfluss und sehr unpopulär« seien.⁹⁴⁰

⁹³⁸ ÖHZ, 5.11.1937, S. 2

⁹³⁹ Hier gebraucht die Opposition den Begriff Fachschaft eigentlich für Fachgruppe.

⁹⁴⁰ Speiser zitiert die Zeitschrift der »trozkistischen« Abweichler der Kommunisten »Ziel und Weg«: Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 157

Speiser beschreibt aber auch, dass die Hochschulbehörden die Demonstrationen der Hochschüler durchaus tolerierten und sich die Polizei wohlwollend verhielt, »solange es um wirtschaftliche Forderungen ging«, aber sofort »energisch« wurde, »wenn der Ruf nach akademischer Freiheit laut wurde«.

Jedenfalls wurde Ende November 1937 ein Hörerstreik organisiert. Dieser Streik dürfte maßgeblich von den linken Studierenden ausgegangen sein, unter anderem vom späteren Justizminister Christian Broda, der zuvor wegen angeblich trotzkistischen Gebarens von den Kommunisten aus dem Roten Studentenbund ausgeschlossen worden war.

»Die Abwehrbewegung gegen die Verordnung wuchs spontan rasch über die von verschiedenen Seiten veranstalteten Unterschriftensammlungen hinaus. Mehrere Protestversammlungen forderten die Rücknahme der Verordnung. Gewählte Delegationen wurden von den Hochschulbehörden nicht anerkannt.

Schließlich wurde der Hochschulstreik vom 22. bis zum 25. November beschlossen. Es wurden Streikkomitees gewählt, welche die einzelnen Hochschulen vertraten. Während des Streiks kam es zu zahlreichen Kundgebungen in der Inneren Stadt. Die Nazis waren nicht imstande, der Bewegung ihr Gepräge zu geben, und alle Spaltungsversuche scheiterten. [...] Die Solidarität aller Fakultäten, die Bildung von Fakultätskomitees und eine zentrale Streikleitung brachten einen großen Erfolg mit sich.«⁹⁴¹

Vielleicht ist diese spontane und offensichtlich demokratischere Bewegung auch einer der Gründe dafür, dass auch die Hochschülerschaft Österreichs nun verstärkt Elemente der Wahl in Aussicht stellt und kritischer im Umgang mit Behörden wird. In den offiziellen Medien finden sich – wenig überraschend – natürlich keine Hinweise auf den Streik. Laut Speiser sollen die Demonstranten aus allen Lagern gekommen und der Streik ziemlich lückenlos befolgt worden sein. Bei den Demonstrationen sollen Parolen wie »Weg mit der Studienverlängerung!« oder »Die akademische Freiheit für eine gewählte Studentenvertretung!« gerufen worden sein.⁹⁴² Einzelne Medien glaubten, die Demonstration sei von den Nazis organisiert, was die revolutionären Sozialisten umgehend wütend in der jeweiligen Redaktion dementierten. Von mehreren Zeitzeugen wurde berichtet, dass Christian Broda eine »flammende, phantastische Rede hielt« und die Leute mitriss.⁹⁴³ Andere Quellen berichten auch von einem Marsch zum Minoritenplatz mit Broda, er selbst berichtet, dass er an der Universität davon gesprochen habe, dass diese Demonstrationen der Beweis für die »tatsächliche Isolierung des Schuschnigg-Systems« gewesen seien. Die anderen Demonstranten sollen ihm dabei geholfen haben, der anrückenden Polizei unerkannt zu entkommen.⁹⁴⁴

⁹⁴¹ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 156

⁹⁴² Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 156

⁹⁴³ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 157

⁹⁴⁴ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 158

Die sozialistischen Studenten übten um die Jahreswende 1937/38 jedoch im Umfeld dieser Demonstrationen Kritik nicht nur an der Schuschnigg-Diktatur und der offiziellen Sachwalterschaft der Hochschülerschaft, sondern auch an ihren kommunistischen Kollegen:

Die Leitung der des Geeinten Roten Studentenverbandes habe in den ersten Tagen »absolutes Unverständnis für die Bewegung gezeigt« und »die Notwendigkeit eines organisierten Eingreifens« nicht gesehen. Auch später, als sie sich schon zur Teilnahme entschlossen hatten, habe sich immer wieder »die falsche politische Einstellung« gezeigt:

»Sie hatte nicht nur die Genossen des Roten Studentenverbandes durch ihre politische ›Erziehung‹ so desorientiert, dass sie nicht von Anfang an alle Kräfte planmäßig für die Organisation von Studentenkomitees, als der einzigen Form der Leitung der Bewegung, durch den Verband einsetzten. Als schon, ohne Zutun der Leitung, man an die Bildung solcher Komitees schritt, erkannte sie deren Bedeutung nicht, weil sie überhaupt die Notwendigkeit des Einsatzes der illegalen Verbandsorganisation in der ganzen Bewegung unterschätzte.

Auch nach dem Streik hat der Verband diese Lehren nicht gezogen. Weder die Studentenzeitung noch der Bericht der ›Roten Fahne‹ und der ›Rundschau‹ erwähnt die Streikkomitees auch nur mit einem Wort«.⁹⁴⁵

Ein in einem Akt des Ministeriums erwähntes kommunistisches Flugblatt, das am 1. Dezember 1937 im Hörsaal des pathologisch-anatomischen Instituts gefunden wurde, widerlegt allerdings diese scharfe Kritik Speisers am Geeinten Roten Studentenverband:⁹⁴⁶

»ALLES DURCH DIE EINHEIT!

ALLES FÜR DIE EINHEIT!

STUDENTEN ALLER FAKULTÄTEN!

Der Streik ist zu Ende geführt. Das Gesetz über die Spitalspraxis ist in seinen schädlichen Auswirkungen aufgehoben worden. Schon unter dem Druck der ersten Kundgebungen wurde erreicht, dass den Fünftsemestrigen die Ausbildungszeit auf ein halbes Jahr herabgesetzt wurde. Durch die machtvollen Hörerstreiks und die eindrucksvollen Straßendemonstrationen wurde eine weitere Abschwächung des Gesetzes erzwungen. Es brauchen keine Gebühren bezahlt zu werden, Stipendien werden ausgesetzt, die Zeit wird als Dienstzeit gerechnet, in besonderen Fällen kann man überhaupt befreit werden, die Hospitantenzeit während des Studiums wird in das Pflichtjahr eingerechnet.

Um eine grundlegende Erfahrung ist die Studentenschaft in diesen Kampftagen reicher geworden. Nur die Einheit und die Entschlossenheit unseres Auftretens gibt uns die nötige Schlagkraft. Zum ersten Male seit Jahrzehnten ist die Studentenschaft über alle Gegensätze und Weltanschauungen hinweg für ihre eigenen Interessen in den Kampf gezogen. Zum ersten Male hat sie daher einen bedeutenden Erfolg errungen.

⁹⁴⁵ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 159

⁹⁴⁶ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1937, 41932 I-1

Du, katholischer Student, hast Dich trotz der Quertreibereien seitens Deiner Führer in die Reihen der kämpfenden Hochschülerschaft gestellt.

Du, nationalsozialistischer Student, hast unter Hintansetzung parteipolitischer Sonderinteressen, Schulter an Schulter mit uns allen im Kampfe gestanden.

Wir, kommunistische und sozialistische Studenten, haben selbstverständlich mit allen unseren Kräften den Kampf für unser aller Interessen unterstützt. Denn wir sind zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit die glühendsten Vertreter studentischen Wollens.

Die Voraussetzung zur erfolgreichen Weiterführung unseres Kampfes ist die Aufrechterhaltung unserer Aktionseinheit, die sich so glänzend bewährte. Die parteipolitischen Sonderinteressen müssen auch weiterhin schweigen, denn das Gesamtinteresse der Studentenschaft hat das Wort. In diesem Sinne müssen wir den Kampf unter neuen Formen und mit neuen Methoden fortsetzen, damit unser aller Forderungen erfüllt werden;

Für eine Bezahlung der Spitalspraxis

Für die Freilassung aller Verhafteten!

Für die Aufhebung der Relegierungen und der außerordentlichen Disziplinarmaßnahmen!

Für die Einberufung von regelmäßigen Hörerversammlungen zur Geltendmachung unserer Interessen!

Für eine freigewählte Studentenvertretung!

Für die akademische Freiheit!

DER ROTE STUDENTENVERBAND OEST.

Deutlich lässt sich in diesem Flugblatt nicht nur erkennen, dass zwar vom Streik die Rede ist, dass aber nach der Volksfront-Strategie bewusst katholische und nationalsozialistische Studenten angesprochen und für den gemeinsamen Kampf gewonnen werden sollten. Interessant ist auch die Forderung nach freien Wahlen, an die man nach 1945 die kommunistischen Studierenden erinnern konnte. Freilich ist Speiser zuzustimmen, dass von den demokratisch gewählten Streikkomitees nicht gesprochen wird, jedoch wurden die Einberufung regelmäßiger Hörerversammlungen gefordert. Als ein Zugeständnis an den austrofaschistischen Ständestaat wurden »parteipolitische Sonderinteressen« zurückgestellt und geschickt das »Gesamtinteresse der Studentenschaft« angesprochen. Das lag ja genau auf der Argumentationslinie der Hochschülerschaft Österreichs.

Allerdings sieht Speiser den größten Schaden genau für die HÖ, besonders für die medizinische Fachgruppe. Auch die Erfahrungen der Streikbewegungen 1952 und 1987 zeigen, dass diese tatsächlich der jeweiligen ÖH-Exekutive geschadet haben.

»Moralisch am stärksten getroffen ging die Medizinerfachschaft⁹⁴⁷ (die autoritäre Studentenvereinigung mit ernannten Leitern und Arierparagraph) aus den Kämpfen

⁹⁴⁷ eigentlich Medizinerfachgruppe

hervor. Sie hatte sich vollständig auf die Seite der Behörden gestellt, die Studenten fühlten sich von ihr verraten und verlangten freie Wahlen des Studentenvertreters.«⁹⁴⁸

Auch Speisers Vorwurf, dass die offizielle Studentenvertretung »vollständig« mit den Behörden zusammengearbeitet habe, wird durch die Memoranden nicht bestätigt, im Gegenteil. Die Interessen waren natürlich verschieden. Die Fachgruppe versuchte ihre Autorität und Interessen ebenso zu wahren wie die Revolutionären Sozialisten und Kommunisten. Außerdem wurde oben bereits darauf hingewiesen, dass die angeführten Zahlen in der ÖHZ intendieren, dass die jüdischen Studierenden als Mitglieder der Fachgruppe Medizin zumindest teilweise anerkannt sein mussten, denn sonst hätten mindestens 650 Studierende auf die Zahl der 3.400 Mitglieder der Fachgruppe gefehlt.

Auch die offizielle Österreichische Hochschulzeitung vom 6. Dezember meldete im Artikel »Neuordnung des Medizinstudiums« den Erfolg der Proteste. Auffällig ist die Formulierung, dass man »mit allen *anerkannten* studentischen Bündeln und Verbänden« zusammenarbeiten wolle. Dies ist zwar die offizielle Linie der Hochschülerschaft Österreichs im nicht mehr ganz *austrofaschistischen* Ständestaat, denn die Hauptrepräsentanten dieser Richtung, Heimwehr und »fascistische« Heimatschutz-Studenten, die personell viele Referate der Hochschülerschaft besetzt hatten, waren indes aufgelöst.

Doch die angesprochenen Verbände waren ja von Anfang an – wie etwa der Anhang der ÖH-Jahrbücher oder ÖHZ-Artikel über ihre Aktivitäten deutlich zeigen – eingebunden. Dass die Formulierung »anerkannte Bünde und Verbände« hier explizit gebraucht wird, könnte also – ebenso wie die Formulierung »unbeschadet aller Vorfälle – ein Ausdruck dafür sein, dass bei den Protesten auch »nicht anerkannte« Gruppen dabei waren. Der Jubel über den Studentenerfolg ist ähnlich dem Flugblatt des Roten Studentenverbandes, wenngleich trockener und – notabene – ohne allgemein-politische Schlussfolgerungen und Forderungen:

»Der kürzlich verlautbarte Wortlaut der künftigen medizinischen Rigorosenordnung hat endgültig alle Befürchtungen zerstreut, die in der Hörschaft in Hinblick auf eine daraus erwartete Vermehrung der Studienverpflichtungen gehegt wurden [...] zumal einzelne Bestimmungen dazu beitragen, allen Studenten eine gesicherte Anwartschaft auf eine praktische Ausbildung zu sichern.

»Im Übrigen werden die fachlichen Organisationen der Hochschülerschaft Österreichs auch im ferneren Verlauf darauf bedacht sein, die Interessen der Studentenschaft in gehörigem Maße zu vertreten

Unbeschadet aller Vorfälle der vergangenen Woche wird die Sachwalterschaft nichts unversucht lassen, um in einverständlicher Zusammenarbeit mit allen anerkannten studentischen Bündeln und Verbänden am Aufbau der Selbstverwaltung an den österreichischen Hochschulen zu arbeiten.«⁹⁴⁹

⁹⁴⁸ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938, S. 159

⁹⁴⁹ ÖHZ, 6.12.1937, S. 2

Dass in der Rezeption dieses Hörerstreiks 1937 bisher meist Speiser als alleinige Quelle genommen wurde, stellt sich, wie bereits gezeigt, in manchen Punkten als problematisch heraus, abgesehen davon, dass Historikern klar sein muss, dass er als Vertreter der revolutionären Sozialisten sich eindeutig als Partei deklariert und auch aus dieser Sichtweise schreibt.

Eine Folge davon ist, dass Marian Miehl noch 2008 davon spricht, die Proteste seien »abseits der gleichgeschalteten offiziellen Vertretung organisiert und durchgeführt« worden und hätten »rote und braune Studierende« vereint.⁹⁵⁰ Andrea Griesebner (1990)⁹⁵¹ ist hier differenzierter und zeigt, dass »austrofaschistische Studierende [...] vereint mit nationalsozialistischen, kommunistischen und sozialistischen Studierenden« protestiert hätten.⁹⁵² Doch auch sie erwähnt die Rolle der offiziellen Hochschülerschaft mit keinem Wort.⁹⁵³ Immerhin ist es ja für die Hochschülerschaft im austrofaschistischen Ständestaat bemerkenswert, wenn sie Protestmemoranden beschließt und sich mit Aktionen anderer solidarisch zeigt.

Auch abseits dieses Streiks gab es immer wieder Meldungen von illegalen Flugblättern, etwa am 4. Februar 1938, als in der Organischen Abteilung des I. Chemischen Laboratoriums kommunistische Flugblätter gefunden wurden. Dazu notiert ein Beamter: »Es fällt auf, dass kommunistische Flugschriften der vorliegenden Art immer wieder gerade in den chemischen

⁹⁵⁰ Miehl (2008): Studentische Vertretungsorganisationen und ihre Politik in der Zwischenkriegszeit, S. 85

⁹⁵¹ Griesebner (1990): Politisches Feld Universität, S. 62

⁹⁵² Wenn Griesebner allerdings vermutet, sogar »Ostjuden« hätten protestiert, weil dies die »Reichspost« (vom 23. November 1937) geschrieben habe, so teile ich diese Einschätzung nicht, sondern halte dies für eine antisemitische verächtliche Polemik der »Reichspost«. Denn dies ist ein Ausdruck, mit dem gerne die sozialistischen und kommunistischen Studierenden bedacht wurden, ähnlich wie Mädels im Artikel »Der geeinte Rostubu« abfällig von »galizianischen« Mitarbeitern sprach. vgl.: Der **Heimatschutz-Student**. Pro deo et patria – verbo ferroque!; 18. Juni 1936, S. 2

⁹⁵³ Stattdessen verweisen Formulierungen wie »HörerInnenstreik« oder »ProtesthörerInnenversammlungen« auf einen Streik, der nicht 1937, sondern 50 Jahre später, 1987, drei Jahre vor Abfassung Griesebners Arbeit, stattgefunden hat: vgl.: **60 Jahre ÖH**. Politik, die wirkt. Service, das hilft. (hg. v. d. Österreichischen HochschülerInnenschaft) Wien 2006 (= Progress: Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft Sondernummer 2/2006), S. 37:

»Es entstand eine überraschend breite Protestbewegung unter Studierenden, die vor allem von den linken Kräften in der ÖH unterstützt wurde. Selbst die konservative ÖH-Führung konnte die Bewegung nicht mehr ignorieren und kanalisierte die Streikbewegung in eine Großdemonstration mit 40.000 TeilnehmerInnen. Nach Demonstrationen und Streiks wurden die Maßnahmen zwar nicht zurückgenommen, aber abgeschwächt.«

Die Exekutive unter Stefan Szyszkowitz versuchte die Entscheidung des Streikabbruchs durch eine Urabstimmung zu legitimieren, was zwar teilweise gelang, aber zu einer länger anhaltenden Unversöhnlichkeit zwischen dem bürgerlichen und sozialistischen sowie alternativen Fraktionen führte:

vgl. Walter **Marschitz**/Stefan **Szyszkowitz**: Zwischen Studentenstreik und Urabstimmung. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987. Wien/München 1988, S. 187-221, S. 207

Instituten der Universität Wien gefunden werden. Die Aufmerksamkeit des BKA (Gen.Dion. für öffentl. Sicherheit) wurde bereits mit Vorakt auf diesen Umstand gelenkt.«⁹⁵⁴

Trotz Polizeiwachen konnte übrigens auch an anderen Instituten wie dem Anatomischen Institut Flugblätter geschmuggelt werden. Speiser zitiert den späteren Univ. Prof. Dr. Alfred Gisel⁹⁵⁵ mit einer frühen Schmuggelaktion:

»Bei uns war eine Wachstube, die aber nicht verhindern konnte, dass eines Tages nach 1934, als die Studenten in den Sezierraum kamen, um zu sezieren, die Toten die illegale ›Arbeiter-Zeitung‹ im Bauchraum hatten. Daraufhin wurde die Wache mobilisiert und die Wachebeamten angewiesen, im Sezierraum während der Sezierübungen Dienst zu machen und aufzupassen. [...] Die Polizei wurde aber bald abgezogen, weil den Polizisten schlecht wurde und sie grünen Gesichts hinausgeschleift werden mussten.«⁹⁵⁶

Die einen Tag nach den kommunistischen Flugblättern am 5. Februar 1938 erscheinende ÖHZ berichtet von der endgültigen »**Durchführung der medizinischen Rigorosenordnung**«⁹⁵⁷.

In einem Erlass des Unterrichtsministeriums wurde bestimmt, dass »die Kandidaten zwar sogleich promoviert« würden, aber sie dürfen ihren ärztlichen Beruf nur auf jenen Kliniken ausüben, die das Dekanat ihnen zuweist. »Der Nachweis des Ausbildungsteils wird mit der Klausel ›Praktische Ausbildung nachgewiesen‹ auf dem Doktordiplom bestätigt.« An den zugewiesenen Abteilungen können sich die jungen Doktoren auch für freie Stellen, »zum Beispiel als klinischer Hilfsarzt« bewerben. Studierende, die noch im Wintersemester 1937/38 ihr erstes medizinisches Rigorosum beenden, müssen nur ein halbes Jahr Ausbildungszeit absolvieren. »Außerdem können die während der Ferien in diesen Fächern an einer Klinik oder Krankenanstalt verbrachten Praxismonate angerechnet werden«.

⁹⁵⁴ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1938, 5016/I,1

⁹⁵⁵ Alexander Gisel (* 1911) war 1930–1937 Medizinstudent an der Universität Wien, später wurde er Facharzt für theoretische Medizin, ab 1951 Dozent und gleichzeitig Lehrbeauftragter für Anatomie und anatomisches Zeichnen an der Akademie der bildenden Künste Wien, Ao. Univ. Prof. für Angewandte Anatomie an der Universität Wien 1972, O. Univ. Prof. 1973. 1959–1971 war er SPÖ-Mitglied im Gemeinderat und Wiener Landtag, Vorsitzender des Wiener Gemeinderates 1969–1971, Obmann der Vereinigung Sozialistischer Hochschullehrer im Bund Sozialistischer Akademiker (BSA), Zweiter Präsident des Landessanitätsrates für Wien. Von 1971–1973 war er Bundesrat, 1973–1975 Abgeordneter zum Nationalrat.

Eine eher unrühmliche Rolle spielte Univ. Prof. Dr. Alfred Gisel, weil er den ehemaligen NS-Kindereuthanasiearzt Heinrich Gross in den BSA eingeschleust hatte.

vgl.: Peter **Schwarz**: Ein symbiotisches Interessensverhältnis. Wien – DÖW; online unter http://www.doew.at/thema/bsa/170_titel.html (31.7.2009)

⁹⁵⁶ Speiser (1986): Die sozialistischen Studenten Wiens 1927–1938, S. 149

⁹⁵⁷ ÖHZ, 5. 2. 1938, S. 5

Der gemeinsame Protest der Studierenden und der Fachgruppe Medizin war also letztendlich erfolgreich, wenngleich die Studierenden durch den Anschluss im März 1938 nicht mehr davon betroffen waren.

»Eine nicht unbeträchtliche Beunruhigung«: Protest der Juristen

Im Wintersemester 1937/38 gab es jedoch nicht nur Proteste der Mediziner, sondern auch der Juristen. In der ÖHZ vom 20. Jänner 1938 erscheint ein Bericht über »weitere Maßnahmen an der juristischen Fakultät«. Zugleich mit einem Memorandum wird die »vollständige Ruhe und Besonnenheit der Hörer« beschworen, offenbar eine Reaktion auf die Proteste der Mediziner.

Die Studenten wandten sich gegen eine Verschärfung der Befreiung von Gebühren an der Universität, die, wie bei den Medizinerinnen, zu sozialen Härten und Ungerechtigkeiten führten:

*»Juristen, Achtung! Als studentische Vertretung der Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät ist die Juristische Fachgruppe bemüht, alle Schritte bei den zuständigen Stellen hinsichtlich der neuen Kollegiengeldbefreiungsverordnung zu unternehmen. Grundvoraussetzung ist aber die vollständige Ruhe und Besonnenheit der Hörschaft, da jede Ruhestörung unsere Bestrebungen zunichte machen muss. Jederzeit ist es aber möglich, **sachlich** begründete Einwendungen den Beiräten der Juristischen Fachgruppe oder direkt dem Leiter mitzuteilen.*

[...]

Memorandum:

Die Juristische Fachgruppe bittet die folgenden Vorschläge, die eine Zusammenfassung aller von den Studierenden stammenden Anregungen darstellen, einer geneigten Prüfung zu unterziehen.

*Das Bekanntwerden der neuen Kollegiengeldbefreiungsordnung hat durch die darin vorgesehenen weitgehenden Erschwerungen aus verschiedenen Gründen **eine nicht unbeträchtliche Beunruhigung** der Hörschaft der juristischen Fakultät herbeigeführt«⁹⁵⁸*

Deshalb wird dieses Memorandum mit sieben genau ausgearbeiteten Vorschlägen erstellt. Hier erweist sich die Fachgruppe als Interessensvertretung der Studierenden, die konstruktiv und sachlich, aber auch mit Nachdruck und Selbstbewusstsein gegenüber den universitären Entscheidungsträgern auftritt.

»Somit erlauben wir uns, folgende Übergangsbestimmungen vorzuschlagen: Die Hörer des gegenwärtigen 7. Semesters alter Studienordnung erhalten ausnahmsweise die Kollegiengeld-Befreiung für das kommende Sommersemester ohne Ablegung von Kolloquien.

⁹⁵⁸ ÖHZ, 20.1. 1938, S. 5, Hervorhebungen **nicht** original

Siehe auch den gesamten Text dieses Memorandums im Anhang 7 dieser Arbeit

Die Juristische Fachgruppe als Vertretung der Gesamthörerschaft gibt der Hoffnung Ausdruck, dass Eure Spektabilität, die wiederholt größtes Verständnis und Entgegenkommen der Hörerschaft gegenüber gezeigt hat, unsere Stellungnahme einer geneigten, vollen Berücksichtigung unterziehen wird.«⁹⁵⁹

Die Hochschülerschaft verknüpft in diesem Memorandum geschickt ihre Stärken und Schwächen: Einerseits macht sie darauf aufmerksam, dass sie die offizielle Studentenvertretung ist und stellt sich als basisnahe Hochschülerschaftsvertretung dar, die die Stellungnahmen ihrer Mitglieder berücksichtigt – ganz so, wie es auch den Zielen des Aufbaus der Hochschülerschaft Österreichs mit den Fachgruppen und Fachschaften als den vitalen Zellen der HÖ entsprach.

Andererseits aber fürchteten die Fachgruppenleiter jetzt offensichtlich, dass ihnen die Situation entgleiten könnte und sie mahnen zur Ruhe. Ergebnisse sind keine überliefert, doch es zeigt auch dieses Memorandum eine neue entschlossene Bewegung in der Hochschülerschaft, wie es sie in den Jahren zuvor nicht gegeben hatte.

All diesen Entwicklungen machten jedoch die politischen Ereignisse ein Ende, denn mit dem Anschluss war es sofort mit der Hochschülerschaft vorbei, und die Nationalsozialisten zeigten sich überraschend gut für die Übernahme der Universität vorbereitet.

⁹⁵⁹ ÖHZ, 20.1. 1938, S. 5, Hervorhebungen *nicht* original

Übergänge zur Österreichischen Hochschülerschaft

Die Universitäten während der nationalsozialistischen Herrschaft

Zu Beginn des Studienjahres 1938 werden die Traditionen der (noch bestehenden) Deutschen Studentenschaft wiederaufgenommen und mit der Reichsstudentenführung Südost die Strukturen mit dem Deutschen Reich angeglichen. Diese setzt zunächst die Tradition der Jahrbücher fort, wie sie an der Hochschülerschaft Österreichs üblich waren. Nach Vorworten des Reichskanzlers Hitler, des Reichsstatthalter Seyss-Inquart, des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe 5, General List und nach einem Vorwort des Staatskommissars für Erziehung, Kultus und Volksbildung, des SS-Standartenführers Plattner finden die Studierenden nun zehn »Gesetze des deutschen Studenten« von denen das erste lautet:

*»Deutscher Student, es ist nicht nötig, dass du lebst, wohl aber, dass du deine **Pflicht** gegenüber deinem Volke erfüllst! Was du wirst, werde als Deutscher!«⁹⁶⁰*

Danach geht der Bereichsstudentenführer Südost Dr. Hubert Freisleben (1913-1999)⁹⁶¹ noch einmal auf die Vorgängerorganisation (HÖ) ein und bezieht sich auf die Vorworte des Unterrichtsministers Pernter⁹⁶² und des früheren HÖ-Vorsitzenden Drimmel⁹⁶³. Einerseits erscheint es als leiser Triumph, wer nun das bessere deutsche System gehabt habe, andererseits enthält es die Vorhaltung, dass die HÖ nicht von den Massen getragen war. Freisleben wirft dem früheren ständischen System sowohl an der Universität als auch im Staat »Blutleere« vor.

»Im letzten Jahrbuch schrieb der damalige Sachwalter einen Artikel über das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft an den österreichischen Hochschulen. Er stellte fest, dass nach dem Verfall der mittelalterlichen universitas magistrorum et scholarium in der Studentenschaft an den deutschen Hochschulen immer Bestrebungen waren, eine Gemeinschaft aller Studierenden aufzubauen [...] Dass nach dem Weltkrieg eine solche nicht entstehen konnte, glaubte der damalige Sachwalter darin zu sehen, dass man sich vielleicht zu sehr damit begnügt hatte, den großen Tagen der akademischen Jugend der Jahre 1914-1918 eherne und steinerne

⁹⁶⁰ **Jahrbuch der Deutschen Studentenschaft** an den ostmarkdeutschen Hochschulen. (Hg.: Bereichsstudentenführung Süd-Ost) 1938/39. Wien 1938; S. 10 (*Hervorhebungen sind original*)

⁹⁶¹ vgl. Herbert **Posch**: Anschluß und Ausschluss: Vertreibung der Studierenden. In: Herbert **Posch**/ Doris **Ingrisch**/ Gert **Dressel**: »Anschluß« und Ausschluss 1938. Vertriebene und verbliebene Studierende der Universität Wien. Wien 2008, S. 99-139; S. 106

⁹⁶² Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38, S. 6f

⁹⁶³ Heinz **Drimmel**: Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft an den österreichischen Hochschulen. In Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38, Wien 1937, S. 8-15

Denkmäler zu setzen⁹⁶⁴, anstatt den tiefsten Sinn ihres Opfers für das Vaterland verstehen zu lernen. Er schrieb, dass sich alle zentrifugalen Kräfte wirksamer gezeigt hätten als der Wille zur Gemeinschaft und, dass einzelne Gruppen ihre parteiische Sonderauffassung der Gesamtheit aufzwingen wollten. Dies wäre der Grund gewesen, dass letztlich die Deutsche Studentenschaft zerfallen wäre und 1933 im ständischen Staat eine neue studentische Organisation aufgebaut werden musste, die die Gemeinschaft aller Studierenden darstellen sollte. Das System sah die neue Gemeinschaft rein organisatorisch, aber nicht gewachsen aus einer großen Weltanschauung, die alle Studenten verpflichtend geeint hätte. So sehen wir die Einrichtung des Schuschnigg-Systems der Sachwalterschaft der österreichischen Hochschülerschaft als ebenso blutleeres, konstruiertes System, wie es das Staatsgebilde Österreich darstellte.[...]

Die neue Form der studentischen Gemeinschaft ist die Kameradschaft des NSD-Studentenbundes – ist eine politische Kampf- und Erziehungsgemeinschaft, die nichts anderes will, als junge Menschen zum späteren Einsatz im Leben reif zu machen. Sie will diese jungen Menschen einsetzen im Dienste der wissenschaftlichen Arbeit unserer Hochschulen.«⁹⁶⁵

Dem »konstruierten System« der österreichischen Hochschülerschaft, das auch die Studenten nicht »verpflichtend geeint« hatte, wird das »Erleben einer großen Weltanschauung« gegenübergestellt. Deutlich schwingen hier Reste der romantischen Weltanschauung durch, die der Nationalsozialismus für sich beansprucht, aber ebenso auch ein mechanistisches Weltbild: »Es ist nicht nötig, dass du lebst«, »zum späteren Einsatz im Leben reif machen« oder »Studenten einsetzen im Dienste der wissenschaftlichen Arbeit«. Demgegenüber hatte das Regime des Ständestaates versucht (bei durchaus ähnlichen Forderungen nach Gemeinsamkeit) die individuelle Aufgabe der Verantwortung des Einzelnen durch verschiedene Zwangsmaßnahmen zu erreichen. Lichtenberger-Fenz hat das »als einen Faschismus, gekoppelt mit einer zweiten katholischen Gegenreformation« bezeichnet. Diese musste scheitern, weil sich Verantwortung nicht verpflichten lässt, und weil Emotionen durchaus wirksamer sind als Gebote und weil verordnete Glaubensbekenntnisse mit Sanktionen zur Verlogenheit führen.

Insoweit ist es also logisch, dass Freisleben im Folgenden mehrmals vom »Erleben⁹⁶⁶ und Empfinden« spricht und dieses in Beziehung mit einer nationalsozialistischen, kämpferischen Wissenschaft setzt:

»Wir sind nicht so überheblich zu glauben, dass unsere Professoren und Wissenschaftler uns nichts zu sagen hätten. Aber genauso, wie unser Führer und alle seine Mitarbeiter den

⁹⁶⁴ In der Tat findet sich auf der Seite neben diesem Zitat Drimmels jener Siegfriedskopf, den auch Klaus bereits erwähnt hat und der lange als unbestrittenes gemeinsames Denkmal der nationalen und katholischen Studierenden galt. Der Siegfriedskopf hatte auch programmatisch die erste Seite der ersten Ausgabe der Akademischen Nachrichten vom Februar 1934 geziert. Insofern überrascht diese Wendung, wird jedoch nicht als Kritik am Denkmal an sich zu verstehen sein.

⁹⁶⁵ Jahrbuch der Deutschen Studentenschaft an den ostmarkdeutschen Hochschulen 1938/39, S. 12f

⁹⁶⁶ Der Begriff »Erleben war fundamental für die Jugendbewegung.

Nationalsozialismus kämpferisch erlebt haben, sind wir der Auffassung, dass die nationalsozialistische Wissenschaft ebenso kämpferisch erlebt und empfunden werden muss, weil nur so eine nationalsozialistische Wissenschaft ebenfalls kämpferisch erlebt und empfunden werden muss, weil nur so eine nationalsozialistische Wissenschaft und damit eine nationalsozialistische Hochschule gebaut werden kann. Wir bejahen die kämpferische Wissenschaft. Wir wollen sein die junge Front der kämpfenden Wissenschaft, die kämpft für Führer, Volk und Reich»⁹⁶⁷

Nach weiteren sieben Jahren wird sich diese als kämpferisch erlebte und empfundene nationalsozialistische Wissenschaft gründlich diskreditiert haben. Durch die Ermordung und Vertreibung von vor allem jüdischen Professoren und Studierenden wird den Universitäten in Österreich (nicht nur in der Medizin oder der Psychologie) ein wichtiges Potential verloren gehen, dessen Verlust im 20. Jahrhundert nicht mehr aufgeholt werden kann.

Der Nationalsozialismus an der Universität

»Innerhalb weniger Tage wurden die Hochschulen zu loyalen Institutionen des NS-Staates. Sie wurden dazu gemacht und machten sich selbst dazu. Opportunismus und eilfertige Anbiederung, Säuberungen und ein widerstandsloses Abtreten der Funktionäre ließen den Machtwechsel so reibungslos vonstatten gehen.«⁹⁶⁸



Sofort änderte die Universität ihr Aussehen. Überall gab es Hakenkreuzfahnen, Abzeichen der Nationalsozialisten oder Uniformen. Der radikale Machtwechsel wurde deutlich demonstriert. Für viele Studenten änderte sich die Lage sofort. So wie viele andere erinnert sich Ilse Aschner (*1918), die von den Nationalsozialisten verfolgt wurde, dass sie noch versuchte, ihre persönlichen Unterlagen an der Universität abzuholen. Doch dort musste sie erfahren, dass alles vom NS-Regime beschlagnahmt worden war. Sie wurde belehrt: *»Das ist nicht mehr Dein Eigentum, das ist Volkseigentum«*.⁹⁶⁹

Abbildung 14: Oswald Menghin
Foto: Ludwig Schwab; © ÖNB; Pf 11823:D (1)

⁹⁶⁷ Jahrbuch der Deutschen Studentenschaft an den ostmarkdeutschen Hochschulen 1938/39, S. 15

⁹⁶⁸ Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 74

⁹⁶⁹ Doris Ingrisch/Gert Dressel/Herbert Posch: 1938ff. In: In: Herbert Posch/ Doris Ingrisch/ Gert Dressel: »Anschluß« und Ausschluss 1938. Vertriebene und verbliebene Studierende der Universität Wien. Wien 2008, S. 199-260; S. 201

Sehr rasch nach dem Einmarsch erlässt Oswald Menghin (1888-1973)⁹⁷⁰ als Unterrichtsminister am 23. April 1938 einen Erlass, der die Quote der jüdischen Studierenden auf 2% beschränkt. Menghin, wie Klaus und Lechner Mitglied der CV-Verbindung ›Rudolfina‹ (aus der er noch 1938 ausgeschlossen wird), 1935/36 vaterländischer Rektor an der Universität Wien⁹⁷¹ und 1936-1937 Mitglied des Führerrats der Vaterländischen Front, wird dann 1940 Mitglied der NSDAP. Noch zu Jahresende 1938, nach dem Novemberpogrom, wird es an der Universität keine jüdischen Studierenden mehr geben.

Was die Studierendenvertretung der Nationalsozialisten, die Deutsche Studentenschaft betrifft, so wurden die Funktionäre völlig neu aufgestellt, denn es lassen sich in der Studierendenvertretung, zumindest in den Jahrbüchern, keine personellen Kontinuitäten zu Funktionären der Hochschülerschaft Österreichs erkennen.

1938 wurde von vielen Professoren der Anschluss freudig begrüßt. Just am 14. März, dem 1. Werktag nach dem Anschluss, machte Bruno Kreisky seine letzte Prüfung. Er berichtet auch von anderen Reaktionen der Professoren:

»Einige der Professoren allerdings waren so verschreckt, dass sie zum Teil gar nicht erschienen sind; man musste sie aus den Betten holen, weil an diesem Tag auch einige Nazis Prüfungstermine hatten. Die Professoren waren, sofern sie nicht selber seit langem sogenannte Nationale waren, relativ klerikal. Einer der klerikalsten sagte zu uns: Da für viele ein Freudentag sei, wolle er ihnen die Prüfungen ersparen[...].«⁹⁷²

Bruno Kreisky beschreibt die Universität in diesen Tagen als Kaserne, »auf den Gängen draußen randalierten die Nazis.« Durch Zufall entging er an diesem Tag den wieder aufgelebten Prügelexzessen gegen jüdische Studierende. Auch der zuvor illegale Nationalsozialist Albert Massiczek (1916-2001)⁹⁷³ etwa hat 1938 die Universität als eine Drehscheibe für junge Nationalsozialisten erlebt:

⁹⁷⁰ Professor für Urgeschichte, Mitglied der »Deutschen Gemeinschaft«, der auch Seyss-Inquart und Dollfuß angehörte und wanderte 1948 nach Argentinien aus. Er wirkte dort als Universitätsprofessor und wurde 1959 korrespondierendes Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der er 1936-1945 angehört hatte.

⁹⁷¹ Als solcher hatte er etwa den HÖ-Sachwalter Drimmel am 23.11.1935 auf eine Zeitungsnotiz wegen Anbringung von Plakaten an der Außenseite der Universität aufmerksam gemacht. Drimmel urgierte die Entfernung der Plakate beim Heimatschutz und der Universitätsdirektion. So konnte Menghin offenbar nach der einen Seite den vaterländischen freundschaftlichen Ratgeber spielen ohne nach der anderen Seite gegenüber den Nationalen für die Entfernung von Plakaten verantwortlich zu sein.

⁹⁷² Kreisky: Zwischen den Zeiten. Der Memoiren erster Teil, S. 297

⁹⁷³ 1938 wandte sich Albert Massiczek von den Ideen des Nationalsozialismus ab, arbeitete eng mit Friedrich Heer, seinem Schulkollegen zusammen und nahm auch Kontakte zu den Geschwistern Scholz auf. Nach dem zweiten Weltkrieg widmete er sich dem Dialog zwischen katholischer Kirche und der SPÖ. 2005 ist über seine Gesinnung zwischen dem Leiter des DÖW und Sozialdemokraten wie Heinz Fischer, Albrecht K. Konecny, Peter Pelinka sowie Massiczeks Angehörigen ein Konflikt ausgebrochen. Seine Abkehr vom Nationalsozialismus noch vor 1945 und sein offenes Bekenntnis zu seiner Schuld

»Die Universität war in den Jahren vor und in den Monaten nach dem »Umbruch« die Hauptrekrutierungs- und Indoktrinationsstätte für die Nazipartei und ihrer Gliederungen gewesen nun setzte ein Wandel ein. Der Umbruchsrausch wich allmählich einer Nüchternheit, die bei nicht wenigen Studenten, zunächst systemimmanent, zum Boden einer Kritik an den neuen Zuständen wurde«.⁹⁷⁴

Ja, die Universität wurde sogar zur Umkleidekabine für nationalsozialistische junge Männer.

»Die Universität fungierte in den ersten Tagen als Hauptstützpunkt des Naziregimes. In der Aula hingen an Gestellen, wie man sie in Kleidergeschäften verwendet, braune, goldbraune und schwarze Uniformen – für SA, Politische Leiter und SS. An den Wänden standen in langen Reihen Kommiss-Stiefel. Ich probierte solange, bis ich passende Stiefel gefunden hatte. Kaum hatte ich das Zeug angezogen, war ich ein zum Leisten des Hitlergrußes Verpflichteter. Da ich in der SS-Hierarchie zuunterst rangierte, musste ich dauernd den Arm heben. Was in der Illegalität infolge des Verbots einen gewissen Reiz gehabt hatte, war nun Pflicht, bald reizlos, daher lästig«.⁹⁷⁵

Nachdem die erste Euphorie verfliegen war, änderte sich auch bei einigen der Professoren, die sich anderes erhofft hatten, die Stimmung rasch wieder.

»Im Mitgliederzimmer des Instituts für Geschichtsforschung wandten die Nazis sich zwar nicht vom Regime ab, aber ihr Witzeln über die eigene Führung nahm von Tag zu Tag zu – immer wieder gab es Lachsalven. Disziplinäre Maßnahmen gegen Friedrich Heer und andere Regimegegner fanden kaum Beifall«.⁹⁷⁶

Lichtenberger-Fenz berichtet sogar davon, dass dies auch für den beim Anschluss noch begeisterten Historiker Heinrich von Srbik galt. 1938, als neu ernanntes Mitglied des Reichstages und neu ernannter Präsident der Akademie der Wissenschaften, hatte an der wiedereröffneten Universität am 27. April 1938 seine erste Vorlesung«, pflichtgetreu mit »ein Volk, ein Reich, ein Führer!« geschlossen. Nach Kriegsbeginn rückte er immer mehr von der Nationalideologie ab und grüßte Nationalsozialisten demonstrativ mit dem christlich-österreichischen: »Grüß Gott!« und so bei den Nationalsozialisten mit der Zeit in Verruf eines österreichfreundlichen Professors geriet.⁹⁷⁷, dass er allerdings Mitglied der Wiener Akademie der Wissenschaften, mehr noch,

wurden jedoch nicht bestritten. Zur Diskussion um Albert Massiczek: Stellungnahme von Wolfgang Neugebauer, Christine Schindler und Peter Schwarz zum profil-Artikel vom 9. 5. 2008; online unter http://www.doew.at/thema/massiczek/m_2008.html (30.04.2009), Erika **Wantoch**: Offener Brief an Wolfgang Neugebauer; online unter http://www.hirtl.com/offener_brief_an_wolfgang_neugebauer.pdf (30.04.2009), Albert Massiczek, 1916–2001; online unter <http://www.albert-massiczek.at/> (30.04.2009)

⁹⁷⁴ Albert **Massiczek**: Ich war Nazi. Faszination. Ernüchterung. Bruch. Ein Lebensbericht: Erster Teil (1916–1938). Wien 1988; S. 170

⁹⁷⁵ Massiczek (1988): Ich war Nazi, S. 165

⁹⁷⁶ vgl. Massiczek (1988): Ich war Nazi, S. 171

⁹⁷⁷ Lichtenberger-Fenz (1989/2004): Österreichs Universitäten 1938 bis 1945, S. 79

auch Mitglied des obzwar politisch unbedeutenden Deutschen Reichstages war, kostete ihn 1945 sein Ordinariat.⁹⁷⁸

Einen ambivalenten Eindruck von Srbik hatte auch als junger Student Walter Jambor, der nach 1947 ein Mitglied des ÖH-Zentralausschusses und wie auch Weinzierl nach 1945 auch Mitglied der Freien Österreichischen Studentenschaft war:

»[...] Die ganze deutsche Romantik war in ihm drinnen. Und das war das Tor für die allermeisten, [...] Srbik hat sie dort hingeführt. [...]

1945, nachdem ich in den Wehrmachtsbüchereien den Srbik studiert habe, [...] in Belgien hatte ich dazu Gelegenheit, war alles, deutsche Einheit und-so-weiter, in Massenaufgabe broschürt, und da war mir dann damals schon klar, dass das nicht immer böswillige Leute waren, deren Ziel es war, Juden zu vergasen, sondern, die hab'n gesagt, Jetzt ist der Traum vom Reich endlich verwirklicht – die Tragik dieses Mannes [...]

Ich würde sagen, dass er schon, als die Ostmark in die Alpen- und Donau-Gaue auseinanderdividiert wurde, protestiert hat. Er war damals Präsident der Akademie der Wissenschaften und hat protestiert dagegen. Und er hat sich das ganz bestimmt nicht so vorgestellt, wie es gekommen ist. Nur, natürlich, wenn ich im Deutschen Reichstags sitze, dann kann ich mich aus der Struktur nicht mehr befreien. «⁹⁷⁹

Auch wenn die Begeisterung für den Nationalsozialisten an der Universität allmählich abnahm, wurde bei Abweichlern und vermuteten Regimegegnern, so sie nicht ohnehin bereits festgenommen waren, rigoros durchgegriffen. Zu den Verfolgten gehörte auch der spätere Professor an der Musikhochschule und in der zweiten Republik bekannte Pianist Erik Werba



Abbildung 15: Erik Werba am Kavier um 1935; Foto: Hermann Brühlmeyer© ÖNB; 206.315 B

⁹⁷⁸ Erika **Weinzierl**: Wissenschaft und Nationalsozialismus. In: Friedrich Stadler: Vertriebene Vernunft: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, 1930-1940. Bd.2. Wien 1987, S. 51-62; S. 57

⁹⁷⁹ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

(1918-1992),⁹⁸⁰ der in der Hochschülerschaft Österreichs an der ÖHZ mitgearbeitet hatte. Gegen ihn wurde »wegen Geheimbündelei und Aufwiegelei« ermittelt und er wurde in Schutzhaft genommen. Die Gestapo wurde um Hilfestellung ersucht, gab jedoch keine Informationen weiter.

*Erik Werba, Hochschüler, 23.5.1918, Baden [...] Da der Tatbestand für die Disziplinarverhandlung bei der Univ. [...] notwendig ist, wurde die Gestapo um Auszug der dortigen Vorgänge ersucht (326 722). Ein Tatbestand wird von der Gestapo nicht bekanntgegeben (war offenbar auch an der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst und an der Universität Wien)«.*⁹⁸¹

An der Universität dieser Zeit finden sich auch durchaus viele Einträge von Studierenden. So wurde etwa Norbert Klech, Rene Grundmann, Friedrich Muschl (Adresse: Rennwegkaserne: Schützenregiment), Erich Pakesch und Walter Ruff mit einem Disziplinarverfahren bedacht, weil sie nach Abschluss der Vorlesung Prof. Schürers den Deutschen Gruß nicht »gehörig geleistet« hätten.⁹⁸² Die Akten vermerken, dass Student Klech beim CV gewesen sei. Er selbst führte an, an jenem Tag gar nicht im Hörsaal gewesen zu sein.⁹⁸³

Vor allem Theologiestudierende mussten mit Vorwürfen rechnen, die bis zum Hochverrat gingen. So wurde stud. med. Karl Portele wegen Verdacht der Vorbereitung von Hochverrats festgenommen. Er wohnte im Minoritenkloster, der Fall wurde an die Gestapo weitergegeben.⁹⁸⁴ Ebenso erging es den Theologiestudenten August Blandenier⁹⁸⁵ und Josef Pinzenöhler⁹⁸⁶.

Als der Krieg begann, verblasste der nationalsozialistische Glanz an den Universitäten vollends. Walter Jambor schildert die Eindrücke der damaligen Studentenvertretung an der Universität Wien:

»1941, 1942 bin ich an der Uni zunächst herumgeirrt: ›Was soll ich inskribieren?‹ Da gab's keine Hochschülerschaft, [...] da gab's keine Studienberatung, nichts. Da gab's den NS-Studentenbund, bei dem ich natürlich nicht war, und der war eigentlich eine Minderheit. Der hat sich immer polemisch geäußert, da in dem Gang zur Philosophenstiege hin, bei den Glaskästen, dass seine Veranstaltungen so wenig besucht werden. Das heißt: 1941, 1942 war die Uni Wien so etwas wie eine Art

⁹⁸⁰ Erik Werba wirkte als Pianist (besonders Liedbegleiter), Komponist, Musikschriftsteller und Musikkritiker. Ab 1948 war Professor an der Wiener Musikhochschule, ab 1952 war er Herausgeber der »Österreichischen Musikalischen Zeitung«. 1964-71 wurde er Professor auch an der Hochschule in Graz.

⁹⁸¹ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1939; 331437

⁹⁸² AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1939; 312452a

⁹⁸³ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1939; 310372

⁹⁸⁴ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2 332962; 1939

⁹⁸⁵ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2 332943; 1939

⁹⁸⁶ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2 332942; 1939

nationalsozialistische Kaisergruft! Eine ungeheure Stille. Es saßen einerseits BDM-Maiden da, die den Reichsarbeitsdienst auch zum Teil hinter sich hatten, und auf der anderen Seite Beinamputierte, Einäugige, Verwundete, Kriegsuntaugliche, also garnisonsverwendungsfähig in der Heimat. Es war also, es war, wie soll man sagen, es war ein ungeheurer Druck, der da naturgemäß lastete.«⁹⁸⁷

Einflüsse christlicher Strömungen und der Jugendbewegung

Parallel zu Hochschülerschaft Österreichs gibt es noch andere Entwicklungen der Zwischenkriegszeit, die die Hochschülerschaft nach 1945, insbesondere deren Mehrheitsfraktion geprägt haben: Die Strukturen der christlichen Strömungen innerhalb der Studierenden und die Gründung eines Dachverbandes (Katholisch Deutsche Hochschul- oder Akademiker Ausschuss (KDHA/KDAA) und Katholisch Deutsche Hochschülerschaft Österreichs – KDHÖ) wurden bereits in einem der früheren Kapitel angesprochen. Durch die katholische Hochschuleseelsorge gibt es hier eine Kontinuität, die direkt von der Ersten Republik über den Ständestaat und den Nationalsozialismus in die Zweite Republik führt. Von wichtigem Einfluss auf diese Bewegung waren zuerst die Sozialenzykliken der Päpste Leo XIII. und Pius XI.

Die Jugendbewegung ist die zweite wichtige Strömung, die als Reform-, Emanzipations-, Freiheits- und Sozialbewegung auch kirchliche Gruppen maßgeblich beeinflusst hat. Die katholischen Seelsorger Carl Sonnenschein in Deutschland oder Karl Rudolf, Michael Pfliegler, Otto Mauer und Karl Strobl in Österreich haben wichtige Impulse dieser Jugendbewegung aufgegriffen und beide Strömungen miteinander verbunden. Von diesen Ideen beeinflusst wurde nicht nur die christlich-liberale Sichtweise der FÖSt und der »Linkskatholizismus«; auch die Laienbewegung, die Liturgiereform, das sozial-karitative Engagement oder die Annäherung zum Sozialismus sind dadurch vorbereitet worden. Nicht zufällig wirken daher manche Elemente, wie etwa der Volksaltar in der Neulandschule Grinzing oder die Betonung der Selbstverantwortung durch das eigene Gewissen modern und weisen auf Entwicklungen im Zweiten Vatikanischen Konzil hin.

Andererseits verhinderten diese freiheitlichen Strömungen nicht das Abgleiten in die Nähe des Faschismus oder in naive bigotte Abgehobenheit, die schließlich auch dazu führte, den CV mit seinen »barocken« Traditionen und einer Tradition der Stärke durch sein imperiales Auftreten mit Fahnen, Farben und Degen/Schläger bereits in der Zwischenkriegszeit dafür zu kritisieren.⁹⁸⁸ Dass die CVer statt authentischem Bekenntnis und einem vorbildlichen christlichen Leben angeblich Pomp und bierselige Burschenherrlichkeit pflegten, lag ebenfalls nicht im Interesse der Jugendbewegten. Das erklärt auch, warum solche Kritik in der ÖHZ

⁹⁸⁷ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

⁹⁸⁸ vgl. Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 69

(siehe oben: »Öffentliche Kritik am Couleurstudententum«) von christlicher Seite kommen kann. Diese ideologischen Auseinandersetzungen werden ihre Kontinuitäten bis zum Ende des 20. Jahrhunderts durch Auseinandersetzungen innerhalb der bürgerlichen Studentenfraktionen, vor allem ›Union‹ und ›Wahlblock‹ und auch in der ÖVP finden.

Soziale Strömungen in der katholischen Kirche

1891 schrieb Papst Leo XIII. (1878-1903) die Enzyklika ›Rerum novarum‹. In ihr nahm er auf die ›neuen Entwicklungen‹ des kapitalistischen Systems Bezug: Er prangerte die »verderbliche Wirkung« in politischer und ökonomischer Sicht an, dass nämlich Geld in den Jahren davor »in den Händen einer geringen Zahl angehäuft [worden ist], während die große Menge verarmt«. ⁹⁸⁹ Denn die alten Genossenschaften seien zerstört worden, ohne, dass es einen Ersatz gegeben habe. Dies habe die Miss-Stände beschleunigt. ⁹⁹⁰

In Abgrenzung zum Sozialismus und Kommunismus wird in dieser Enzyklika zwar am Privateigentum prinzipiell festgehalten, jedoch versucht, durch Solidarität und allgemeine christliche Grundwerte ein eigenes Konzept zu entwickeln. So stellt etwa Leo XIII. zwar die Eigenverantwortung des Individuums und der Familien prinzipiell fest, doch habe der Staat die Aufgabe, sehr verarmten Familien durch »staatliche Hilfeleistung für die äußerst Bedrängten« zu helfen: Denn »die Familien sind eben Teile des Staates.« ⁹⁹¹ Ebenso in Abgrenzung zum Marxismus predigt Leo statt Klassenkampf Klassenversöhnung ⁹⁹² und hält fest, dass in der bürgerlichen Gesellschaft eine Gleichmachung nicht möglich sei. ⁹⁹³

»Der Bürger und die Familie sollen allerdings nicht im Staate aufgehen, [...] und die Freiheit der Bewegung, soweit sie nicht dem öffentlichen Wohle oder dem Rechte anderer zuwider ist, muss ihnen gewahrt bleiben. Indessen wirksame Schutzmaßregeln der Regierung sollten der Gesamtheit und den einzelnen Ständen gewidmet sein« ⁹⁹⁴

Schon hier ist sichtbar, dass dem marxistischen Konzept eine ständische Ordnung gegenübergestellt wird. Doch darüber hinaus werden für eine neue Ordnung weitere soziale Aspekte in den Mittelpunkt gestellt. Insbesondere für die verarmten Bauern fordert er, es müssten Rechte erworben werden können nicht bloß auf Eigentum an Erzeugnissen des Bodens, sondern auch auf Eigentum am Boden selbst. ⁹⁹⁵ Ebenso postuliert er in Bezug auf die Löhne,

⁹⁸⁹ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Rom 1891; online unter: <http://www.christusrex.org/www1/overkott/rerum.htm> (8.3.2010), Abs. 1

⁹⁹⁰ vgl. die Zerstörung der alten Genossenschaften an der Universität und das danach bereits beschriebene Aufkommen des Nationalismus in der Studentenschaft

⁹⁹¹ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 11

⁹⁹² Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 15

⁹⁹³ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 14

⁹⁹⁴ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 28

⁹⁹⁵ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 6

»dass es wider göttliches und menschliches Gesetz gehe, Notleidende zu drücken und auszubeuten um des eigenen Vorteils willen«;⁹⁹⁶

»Wenn es also unzulässig ist, nur für einen Teil der Staatsangehörigen zu sorgen, den andern aber zu vernachlässigen, so muss der Staat durch öffentliche Maßnahmen sich in gebührender Weise des Schutzes der Arbeiter annehmen. Wenn dies nicht geschieht, so verletzt er die Forderung der Gerechtigkeit«⁹⁹⁷

Sein Nachfolger Pius der XI. wird vierzig Jahre später präzisieren: »die Staatsgewalt betreffend setzte sich Leo XIII. über die von der liberalen Staatslehre aufgerichteten Schranken kurzerhand hinweg. Dieser Auffassung, die im Staat nur den Wächter der Rechtsordnung erblicken will, setzte Leo unbeirrt die Lehre vom Rechts- und Wohlfahrtsstaat entgegen«⁹⁹⁸

Während Leo XIII. das Recht auf Arbeitsniederlegung und Streik ablehnt, denn diese schädigten die Arbeitgeber und die Benachteiligten und »auch empfindlich Handel und Industrie, überhaupt den ganzen öffentlichen Wohlstand«, fordert er im Gegenzug als »wirksamste und heilsamste Abwehr, dass der Staat dem »durch entsprechende Anordnungen und Gesetze dem Übel zuvorzukommen trachtet und sein Entstehen hindert durch Beseitigung jener Ursachen, die den Konflikt zwischen den Anforderungen der Arbeitsherren und der Arbeiter herbeizuführen pflegen.«⁹⁹⁹ In gleicher Weise fordert er ein gesetzliches Verbot der Kinderarbeit, bevor er allgemeine Forderung an den Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer stellt:

»Es wäre nicht zuzulassen, dass Kinder in die Werkstatt oder Fabrik eintreten, ehe Leib und Geist zur gehörigen Reife gediehen sind.«¹⁰⁰⁰ [...]

Endlich können und müssen aber auch die Arbeitgeber und die Arbeiter selbst zu einer gedeihlichen Lösung der Frage durch Maßnahmen und Einrichtungen mitwirken, die den Notstand möglichst heben und die eine Klasse der andern näherbringen helfen. Hierher gehören Vereine zu gegenseitiger Unterstützung, private Veranstaltungen zur Hilfeleistung für den Arbeiter und seine Familie bei plötzlichem Unglück, in Krankheit und Todesfällen, Einrichtungen zum Schutz für Kinder, jugendliche Personen oder auch Erwachsene. Den ersten Platz aber nehmen in dieser Hinsicht die Arbeitervereinigungen ein, unter deren Zweck einigermaßen alles andere Genannte fällt. In der Vergangenheit haben die Korporationen von Handwerkern lange Zeit eine gedeihliche Wirksamkeit entfaltet«¹⁰⁰¹

⁹⁹⁶ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 17

⁹⁹⁷ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 27

⁹⁹⁸ Pius XI: Enzyklika ›Quadragesimo anno‹. Rom 1931; online unter:
<http://www.christusrex.org/www1/overkott/quadra.htm> (8.3.2010), Abs. 25

⁹⁹⁹ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 31

¹⁰⁰⁰ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 33

¹⁰⁰¹ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 36

Viele soziale Strömungen, wie sie im Ständestaat auch durch Studierende und in den Hö-Medien diskutiert wurden, sind hier grundgelegt: durch die Idee der Stände, die Förderung von Korporationen, durch die Prinzipien von Gerechtigkeit und Solidarität und des Friedens zwischen den Klassen.

Besonders regt Leo XIII. als christliche Verpflichtung den Aufbau von Arbeitervereinen an und stellt diese unter seinen moralischen Schutz, denn »verbietet ein Staat dennoch die Bildung solcher Genossenschaften, so handelt er gegen sein eigenes Prinzip, da er ja selbst, ganz ebenso wie die privaten Gesellschaften unter den Staatsangehörigen, einzig aus dem natürlichen Trieb des Menschen zu gegenseitiger Vereinigung entspringt«. ¹⁰⁰² Damit würde sich also der Staat selbst in Frage stellen.

Grundsätzlich legt Leo XIII. im Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern fest:

»Der Staat sollte ihnen seine schützende Hand leihen, aber in ihre inneren Angelegenheiten nicht eingreifen; fremdartige Eingriffe gereichen sehr leicht einem Leben, das von innen, vom eigenen Prinzip ausgehen muss, zur Zerstörung«

Für die »christlich gesinnten Arbeiter« sei es die »richtige Lösung«, wenn sie »in gut organisierten Vereinigungen und unter weiser Führung denselben Weg einschlagen«. Denn es sei am wichtigsten, dass man »durch Fleiß und Mäßigung« in der Sache der Arbeiter zu einer friedlichen Lösung komme. ¹⁰⁰³

Damit wurde zu Ende des 19. Jahrhunderts eine lehramtlich fundierte kirchliche Soziallehre begründet, die sowohl Politik als auch Seelsorge beeinflusste. Die Enzyklika stellt den Staat nicht als die allein verantwortliche Instanz dar, denn sie entlässt die Individuen nicht ihrer christlichen Verpflichtungen wie Solidarität oder Gerechtigkeit, doch sie fordert vom Staat eine Ordnung zum Schutz der Arbeitnehmer, die Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Konflikten zwischen den Ständen und der Förderung von Selbsthilfe- und Selbstvertretungsorganisationen wie Arbeitervereinen. Aus dieser Enzyklika entstehen für Katholiken neue soziale Herausforderungen, denen sie sich in ihrem Leben konfrontiert sehen.

Mit ›Quadragesimo Anno‹ (1931) setzte Papst Pius XI. (1857-1939), wie der Titel bereits andeutet, vierzig Jahre danach diese Bestrebungen fort: In dieser Enzyklika wird nun, über die Arbeiterproblematik hinausgehend, eine gesellschaftliche Neuordnung angedacht.

Eine Reform der Gesellschaft wird eingemahnt, wobei das Subsidiaritätsprinzip und die berufliche Ordnung wichtige Bausteine sind. Das Prinzip der Subsidiarität garantiere gesellschaftliche Freiräume. Sie sucht nach Wegen der angemessenen Hilfe durch staatliche oder kommunale Stellen. Als Motiv gibt Pius IX. unter anderem an:

¹⁰⁰² Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 38

¹⁰⁰³ Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹, Abs. 44

»Wir wollen mit der Wirtschaft von heute ins Gericht gehen und [...] zugleich den einzigen Weg zur Heilung aufzeigen, nämlich die sittliche Erneuerung aus christlichem Geiste «¹⁰⁰⁴

Vor allem würdigt Pius die Fortschritte im Arbeitsrecht¹⁰⁰⁵ und verurteilt den Liberalismus und Individualismus als Ursache für soziale Ungerechtigkeiten durch die damit einhergehende unchristliche Verantwortungslosigkeit, lehnt aber ebenso als dessen Gegenteil den Kollektivismus ab,¹⁰⁰⁶ lobt aber die Initiativen der Arbeiter in katholischen Arbeitnehmervereinigungen, in denen »allenthalben Geistliche und Laien« zusammenarbeiten¹⁰⁰⁷ und insbesondere die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Eine wichtige Passage ist das Zugehen auf die Sozialdemokratie: Der »Sozialismus verzichtet nicht nur auf die Anwendung roher Gewalt, sondern kommt mehr oder weniger selbst zu einer Abmilderung des Klassenkampfes und der Eigentumsfeindlichkeit«. Deshalb sieht Pius eine Entwicklung »zurück zu Wahrheiten, die christliche Erbweisheit sind [...]. Unleugbar ist hier gelegentlich eine bemerkenswerte Annäherung sozialistischer Propagandaforderungen an die Postulate einer christlichen Sozialreform zu beobachten.«¹⁰⁰⁸

Nicht näher eingegangen wird hier auf die Forderung eines regulativen Prinzips in der Wirtschaft und des Zweifels an einer Ordnung durch den freien Wettbewerb die kirchliche Lehre von Wirtschaft und Gesellschaft, den Wechselwirkungen von Kapital und Arbeit, der Bekämpfung der Verarmung der Arbeitnehmer und die Förderung von Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, nicht zuletzt durch gerechten Lohn. Ebenso wurden bereits Themen wie die Sozialreform in früheren Kapiteln angesprochen. Viele Gedanken finden sich im Kapitel »Der soziale Student«, ebenso wurde der Einfluss der Enzyklika »Quadragesimo Anno« auf die berufsständischen Ordnung in mehreren Kapiteln dieser Arbeit besprochen.

Was hier interessiert, ist der Einfluss beider Enzykliken auf die Seelsorger, insbesondere in der Studentenseelsorge, die mit der Arbeiterseelsorge viele Verbindungen aufweisen kann. Dafür gab ja bereits die Enzyklika »Rerum novarum« Anregungen. »Kein Wunder denn«, resümierte später Pius XI., »dass unter Führung und Leitung der Kirche eine große Zahl gelehrter Männer aus dem Priester und Laienstande den zeitgemäßen Ausbau der Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft entschlossen in Angriff nahm, wobei sie vor allem das Bestreben leitete,

¹⁰⁰⁴ Pius XI: Enzyklika »Quadragesimo anno«, Abs. 15

¹⁰⁰⁵ Pius XI: Enzyklika »Quadragesimo anno«, Abs. 28

¹⁰⁰⁶ Pius XI: Enzyklika »Quadragesimo anno«, Abs. 27, 42

¹⁰⁰⁷ Pius XI: Enzyklika »Quadragesimo anno«, Abs. 33

¹⁰⁰⁸ Pius XI: Enzyklika »Quadragesimo anno«, Abs. 113

der ewig alten und ewig jungen, stets unwandelbaren Kirchenlehre die Heilmittel für die immer wechselnden Zeitbedürfnisse zu entnehmen.«¹⁰⁰⁹

Einer von ihnen war Carl Sonnenschein, der in den Jahren nach der Veröffentlichung von ›Rerum novarum‹ in Rom studierte – übrigens als Jahrgangskollege des späteren Papstes Pius XII. Sonnenschein gab Roms Kindern aus notleidenden Familien Religionsunterricht und wurde mit 21 Jahren, 1897, Doktor der Philosophie und mit 24, 1900, Doktor der Theologie. Im selben Jahr erhielt er auch die Priesterweihe.

Carl Sonnenschein

Geboren wurde Carl Sonnenschein (1876-1929) in Düsseldorf als Sohn eines Installateurs. Sein Onkel war Priester mit großem sozialem Engagement gewesen. Schon in Rom kümmerte sich Sonnenschein im September 1900 um den Ersten Internationalen Studentenkongress und die Teilnahme zahlreicher ausländischer Studenten.

1901 kehrte er nach Deutschland zurück. Besonderes Engagement galt dort wie da, den sozial Schwächeren beizustehen und ihre wirtschaftliche Stellung zu verbessern – was insbesondere für die Christlichen Gewerkschaften galt. Dabei unterstützte er die Stärkung der Arbeiterklasse, die benachteiligt war. Gleichzeitig waren ihm die Studierenden ein Anliegen, denn die zukünftigen Führungskräfte sollten in sozialpolitischer Verantwortung sensibilisiert werden. Dies galt auch und vor allem weiblichen Studierenden, die unabhängig von den Vermögensverhältnissen der Eltern ebenso ihre geistigen Ressourcen für ein akademisches Studium nutzen sollten wie die jungen Männer. In Sachen Mädchenbildung und Frauenstudium war Sonnenschein vielen seiner christlichen Zeitgenossen weit voraus.¹⁰¹⁰

Dadurch förderte er eine Reformbewegung, an der er auch im Volksverein im heutigen Mönchengladbach, »einer Denkfabrik des sozialen Katholizismus«¹⁰¹¹, unterstützte dort die christliche Gewerkschaftsarbeit als angewandtes Christentum und gründete 1908 das ›Sekretariat Sozialer Studentenarbeit‹. Diese Idee breitete sich aus und erfuhr kurz darauf auch in Wien Nachahmung.

Zur Eröffnung des Wiener Sekretariats hielt Sonnenschein einen Vortragszyklus zur Einführung in die soziale Studentenarbeit in der sozialstudentischen Zentrale in Wien, die 1912 gegründet worden war. 1913 wurde diese Zentrale zum Sekretariat für soziale Studentenarbeit aufgewertet und der junge Subregens des Wiener Priesterseminars Karl Rudolf »brachte der Bewegung

¹⁰⁰⁹ Pius XI: Enzyklika ›Quadragesimo anno‹, Abs. 19

¹⁰¹⁰ vgl. Othmar Kelle: 75. Todestag: Dr. phil., Dr. theol. Carl Sonnenschein. In: Akademische Monatsblätter 1/2004, S. 6-7; S. 6

¹⁰¹¹ vgl. Wikipedia: Carl Sonnenschein; online unter http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Sonnenschein (29.7.2009)

einen mächtigen Aufschwung«. ¹⁰¹² Dort suchten die österreichischen Studenten ebenso wie ihre Kollegen in Deutschland den Kontakt zu Arbeitervereinen, sodass sie als katholische Elite Verständnis für die Volksgemeinschaft erwerben sollten und »die Selbstbesinnung des Studenten erreichen«. ¹⁰¹³ Auch von der CV-Verbindung Norica wurde Sonnenschein zu einem Vortrag eingeladen und beeinflusste sie in ihrer sozialstudentischen Tätigkeit. Übrigens lernte dort auch der Student Dollfuß Sonnenschein persönlich kennen. ¹⁰¹⁴

In der Weimarer Republik ging Sonnenschein nach Berlin. »Er, der Feuerkopf, wollte in der Reichshauptstadt das Sekretariat Sozialer Studentenschaft aufschlagen.« ¹⁰¹⁵ So hielt er eine vielbeachtete Rede auf dem erstem Allgemeinen Deutschen Studententag in Würzburg 1919 indem bei den Studenten den richtigen ›Ton‹ traf und zu sozialem Engagement hinführte:

»Die glänzendste politisch-soziale Schulung der Studentenschaft bedeutet nichts, wenn nicht gleichzeitig die Erziehung zur Volksgenossenschaft ehrlichst und überzeugt durchgeführt wird. Wir werden uns über die Formen dieser Volkseinheit, über ihren wirtschaftlichen, soziologischen und ideellen Unterbau nicht einig, aber wir müssen uns darüber einig sein, dass Deutschland ein Studententum und eine Akademikerschaft braucht, die ihre Mitführerschaft sich erobert durch Uneigennützigkeit, durch Gemeinschaftssinn, durch vorbildliche Hingabe an die Gesamtheit. Wir brauchen Akademiker, die ihr Volk lieben und zu ihrem Volke halten, deren Evangelium nicht Distanz, sondern die Volksgemeinschaft ist.« ¹⁰¹⁶

Er bemühte sich bei den Studierenden weiterhin für seine Anliegen und fand bei der zweiten Tagung 1920 in Göttingen mit seinen Ideen begeisterten Anklang, ehe 1921 beim dritten Studententag in Erlangen »die alten Studentenverbände ihre ehemaligen Positionen wieder eingenommen haben« und für diese soziale Solidarität nicht mehr zu begeistern waren. Im selben Jahr wurde Sonnenschein Mitglied der internationalen Studentenvereinigung ›Pax Romana‹ in Freiburg/Schweiz. 1922 wurde er außerdem als Studentenpfarrer berufen. ¹⁰¹⁷

Auf dem Kölner Katholikentag 1928 bejahte er die moderne Großstadt: »Wir werden die Entfremdeten in ihr nicht zurückholen, wenn wir sie nicht auch verstehen wollen. Wir müssen in ihrer Sprache reden, dann können wir zu ihnen vorstoßen und ihre Seelen wiedergewinnen.« Als er 1929 in Berlin starb, wurde sein Tod von breiten Kreisen betrauert, auch von sozialdemokratischen und jüdischen Mitbürgern. ¹⁰¹⁸

¹⁰¹² Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 80

¹⁰¹³ Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 83

¹⁰¹⁴ Jagschitz (1967): Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß; S. 84

¹⁰¹⁵ vgl. Kelle (2004): 75. Todestag: Dr. phil., Dr. theol. Carl Sonnenschein, S. 7

¹⁰¹⁶ Josef Maria **Niehlen**: Begegnungen. Carl Sonnenschein – Peter Lippert – Theodor Steinbüchel – Johannes Pinski – Ernst Beutler – Ernst Michel – Martin Buber. Frankfurt 1966; S. 15

¹⁰¹⁷ vgl. Kelle (2004): 75. Todestag: Dr. phil., Dr. theol. Carl Sonnenschein, S. 7

¹⁰¹⁸ vgl. Kelle (2004): 75. Todestag: Dr. phil., Dr. theol. Carl Sonnenschein, S. 7

Wie schon erwähnt, prägte Sonnenschein die Studentenseelsorger Rudolf, Pfliegler und viele andere. Auch in den Zeitschriften der Hochschülerschaft Österreichs wurden immer wieder meditative Texte Sonnenscheins abgedruckt, manchmal sogar auf der Titelseite (siehe Grafik). Doch nicht nur die Hochschülerschaft Österreichs beschäftigte sich mit der Persönlichkeit Sonnenscheins. Auch nach 1945 berichtete Karl Kummer in der ÖH-Zeitung ›Akademische Rundschau‹ von Carl Sonnenschein, um die Aktualität dieser Persönlichkeit zu bekräftigen: »Gerade unsere Zeit braucht Menschen wie Sonnenschein, um all die riesengroße Not zu lindern, die uns umgibt. [...] Er müsste jedem Menschen heute von seinem Feuer der Liebe zu den Mitmenschen geben, und jeder müsste sich an seinem Feuergeist entzünden.«¹⁰¹⁹

Die katholische Hochschuleseelsorge wurde von Carl Sonnenschein ebenso beeinflusst wie von der Jugendbewegung, die ungefähr zur gleichen Zeit ihre Wirkung entfaltete.

Jugendbewegung

Die Jugendbewegung entwickelte sich um die 1900 in Deutschland, ausgehend von der Wandervogelbewegung in Steglitz bei Berlin. Diese Bewegung trug im Wesentlichen die Jugend selbst und beeinflusste zunächst ihre Gruppen und Bünde. Schließlich erfasste sie den ganzen deutschen Sprach- und Kulturraum. Es gab mit dem von Robert Baden-Powell 1907 gegründeten ›Scoutismus‹, der Pfadfinderbewegung, eine ähnliche Entwicklung auch in Großbritannien. Die Jugendbewegung prägte das öffentliche Leben, vor allem im pädagogischen, kulturellen und religiösen Bereich. Einerseits gab sie wichtigen Entwicklungen, wie etwa der Reformpädagogik Impulse und bereicherte auch die Kunst – nicht zuletzt gab sie auch einer Stilrichtung ihren Namen: dem Jugendstil. Im Zentrum stand der Begriff des ›Erlebnisses‹, den es davor in dieser Weise überhaupt nicht gab. ›Erleben‹, das vordem im Sinn von ›Überleben‹ verstanden wurde, wurde nun im Sinn von Ursprünglichkeit des Naturerlebnisses, von Selbstfindung und Selbstbildung gebraucht¹⁰²⁰ und stand im Gegensatz zum Begriff ›Erfahrung‹, dem die ›Unmittelbarkeit‹ des Augenblicks abging, der dieser Strömung so wichtig war.¹⁰²¹ Zentrale Begriffe dieser Bewegung waren ›Naturerleben‹, dem in der ›Freizeit‹¹⁰²² gehuldigt wurde, eng damit verbunden auch das Körpererleben oder der ›Körperkult‹, der sich von Äußerlichkeiten befreien wollte durch Übungen und Verzicht, die einer gesunden Lebensweise (auch durch Vegetarismus, Abstinenzbewegung, Freikörperkultur

¹⁰¹⁹ Akademische Rundschau, 22.12.1945, S. 10

¹⁰²⁰ Mario **Fischer**: Zwischen Jugendbewegung, Lebensreform und Kriegsbegeisterung. Der Wandel des Erlebnisbegriffs in den Reformbewegungen des ausgehenden Kaiserreichs und der Weimarer Republik. In: Gerd **Haefner**: Religiöse Erfahrung II: Interkulturelle Perspektiven. Stuttgart 2007 (=Münchner philosophische Studien, Bd. 26), S. 141-155; S. 153

¹⁰²¹ Fischer (2007): Zwischen Jugendbewegung, Lebensreform und Kriegsbegeisterung, S. 154

¹⁰²² ›Freizeit‹ die als Begriff erst durch die Industrialisierung als Gegensatz zur Arbeitszeit begriffen wurde, vgl. Fischer (2007): Zwischen Jugendbewegung, Lebensreform und Kriegsbegeisterung, S. 142

wie Nacktbaden oder Sonnenbad) zuträglich waren. Der dritte zentrale, beide Bereiche verbindende Begriff war der ursprüngliche Ausgangspunkt dieser Bewegung, das ›Wandererlebnis‹, die ›Fahrt‹, die auch mehrere Wochen dauern konnte – wobei Übernachtungen in ursprünglicher Umgebung bei Bauern, in Stadeln oder überhaupt unter freiem Himmel stattfinden konnten. Vom Tempo der Schrittgeschwindigkeit, im Gegensatz zu immer schnelleren Verkehrsmitteln der industriellen Revolution erwarteten sich die Jugendlichen ebenso Ursprünglichkeit, wobei sie nicht nur die deutschen Landen, sondern etwa auch bevorzugt Skandinavien erkundeten.¹⁰²³ Schließlich, als vierter zentraler Begriff, erfuhren die Jugendbewegten beim Wandern ein ›Gemeinschaftserlebnis‹, das zunächst durch gemeinsames Singen und Musizieren mit der Gitarre, später durch Gründung verschiedener Bünde äußerte, die aus dem Augenblicks-›Bund‹ der Jungen zu einem Lebensbund führen sollten – was im Grunde eine Abkehr der ursprünglichen reinen ›Erlebnis‹-Kultur war.¹⁰²⁴ Andererseits handelte es sich bei der Jugendbewegung um eine vielschichtige und problematische Erscheinung, die nicht nur zu Emanzipation, Bildungsreform oder Selbstfindung im Glauben führte, sondern in manchen ihrer Ausformungen in den Faschismus mündete.¹⁰²⁵ Bezeichnend auch, dass der Komponist des Liedes »Mit uns zieht die Neue Zeit«, Hermann Claudius, als Kommunist begann und später Nationalsozialist wurde.¹⁰²⁶ Denn Führertum, Reichsgedanke und Arierparagrafen waren der Jugendbewegung nicht fremd. Der österreichische Wandervogel etwa führte in Krems 1913 den Arierparagrafen ein, deklarierte sich deutsch und verbannte nicht nur Juden, sondern auch slawische und »welsche« Jugendliche.¹⁰²⁷

Auf die bündische Jugend nach dem ersten Weltkrieg und auf die kirchliche Jugendarbeit übte die Jugendbewegung einen großen Einfluss aus. Wie viele andere Bewegungen wurde auch diese durch den Nationalsozialismus beendet.¹⁰²⁸

Der Wandervogel und die Jugendbewegung orientierten sich zurück zur Natur und reagierten somit auf Nachteile der Gründerzeit: Die Jugendbewegung thematisierte die Entfremdung einer komplizierten, entseelten, technisierten Kultur durch die Stadt, das Verschwinden von natürlichen Lebensräumen wie Wäldern, Wiesen und Plätzen, in denen sich Kinder und Jugendliche problemlos aufhalten konnten: Es ging um neue Lebensbereiche auch im Inneren des Menschen: um das wahrhaftige Erlebnis, ja um das Wahrhaftig-Sein an sich, um Freiheit in

¹⁰²³ Fischer (2007): Zwischen Jugendbewegung, Lebensreform und Kriegsbegeisterung, S. 145

¹⁰²⁴ Fischer (2007): Zwischen Jugendbewegung, Lebensreform und Kriegsbegeisterung, S. 146f

¹⁰²⁵ vgl. Kapfhammer (1987): Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung, S. 11

¹⁰²⁶ Gerhard **Hartmann**: Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich. Kavelaer 2006; S. 258

¹⁰²⁷ Walter **Laqueur**: Die deutsche Jugendbewegung. Köln 1978; S. 91

¹⁰²⁸ vgl. Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 256

Verantwortung.¹⁰²⁹ Hans Breuer, der Herausgeber der Liedersammlung ›Zupfgeigenhansl‹ schreibt 1910 über die Ideen Karl Fischers, des Begründers des ›Ur-Wandervogels‹:

»Die Großstadt verschandelt die Jugend, verbildet ihre Triebe, entfremdet sie immer mehr aus einer natürlichen, harmonischen Lebensweise. Aus den großen Häusermeeren steigt das neue Ideal: Erlöse Dich selbst, ergreife den Wanderstab und suche da draußen den Menschen wieder, den Du verloren hast, den einfachen, schlichten, natürlichen.«¹⁰³⁰

Allgemein war die Jugendbewegung neben der Arbeiter- und Frauenbewegung eine von drei großen Emanzipations- oder Sozialbewegungen um 1900. Die Politik- und Sozialwissenschaftlerin Margherita Zander hat den Zusammenhang dieser drei Bewegungen 2006 so beschrieben:

»Bei aller Unterschiedlichkeit ist es das gemeinsame Merkmal sozialer Bewegungen, dass sie Veränderungen anstoßen wollen – und, dass sie, wenn sie erfolgreich sind, nachhaltige Erneuerungen von erheblichem Ausmaß zu bewirken vermögen. Das Bemerkenswerte an diesem Vorgehen ist der Umstand, dass diese Veränderungsprozesse nicht aus dem Zentrum gesellschaftlicher Macht kommen, also ›von oben‹, sondern aus den gesellschaftlichen Randbereichen, in denen sich die sozialen Bewegungen gebildet haben: Sowohl ›die Arbeiter‹ als auch ›die Frauen‹ waren im 19. Jahrhundert gesellschaftlich bedeutungslose Gruppen, welche von den politischen Entscheidungsprozessen abgeschnitten waren, bis sie durch die aus ihrer Mitte heraus geschaffenen Strukturen Einfluss gewonnen und einschneidende Umbrüche initiiert haben. Jugendlichen wurde ebenfalls keinerlei politischer Einfluss zugestanden. Sie galten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts als Erwachsene im Wartestand – ohne eigenes Profil und Stimme. Die Jugendbewegung aber hat nicht nur ›der Jugend‹ zu eigenen Rechten und einem eigenen Status verholfen, sondern ein Lebensgefühl geschaffen, das für ein ganzes Jahrhundert prägend war.«¹⁰³¹

Somit wollten die Jugendlichen auch an den Universitäten jene politische Bedeutsamkeit zurückhaben, die sie an den Universitäten im Mittelalter gehabt und bis ins 19. Jahrhundert mehr und mehr verloren hatten.

Schon 1957 kam Helmut Schelsky zu einem ähnlichen Ergebnis wie Zander und führte an Emanzipationsbewegungen auch noch die Psychologie, die moderne Kunst und die Volks- und Erwachsenenbildung an,¹⁰³² die sich alle gegenseitig beeinflussten. Allmählich entstand so aus der Wanderbewegung eine kulturelle Bewegung, die nicht nur Neuem aufgeschlossen war, sondern sich intensiv mit der Tradition auseinandersetzte, verschiedene Trachten studierte und

¹⁰²⁹ Kapfhammer (1987): Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung, S. 11

¹⁰³⁰ zitiert nach Helmut **Schelsky**: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf/Köln 1957, S. 59

¹⁰³¹ Margherita **Zander**: Differenz oder Vielfalt: Frauen und Männer in der Geschichte der Sozialen Arbeit. In: Margherita Zander/Luise Hartwig/Irma Jansen (Hg.): Geschlecht Nebensache? Zur Aktualität einer Gender-Perspektive in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden 2006, S. 18-32; S. 20

¹⁰³² Schelsky (1957): Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, S. 62

übernahm oder Sammlungen von Volksliedern und Volkstänzen herausgab. Einflüsse gab es auf viele Bereiche, neben der schon erwähnten Reformpädagogik oder dem Jugendstil beeinflusste sie etwa auch Bereiche die Volkskunde, die Wohnungsreform, die Schrebergartenbewegung, den Naturschutz, die Dezentralisierung der Industrie, oder die naturhafte Neugestaltung der Gesellschaft.¹⁰³³

1913 fand in der Nähe von Kassel auf dem Berg Hoher Meißner ein großes Treffen aller Jugendbewegten statt, das die Emanzipationsbewegung nochmals verdeutlichte. Man einigte sich auf die Meißnerformel:

»Die Freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein. Zur gegenseitigen Verständigung werden Freideutsche Jugendtage abgehalten. Alle gemeinsamen Veranstaltungen der Freideutschen Jugend sind alkohol- und nikotinfrei.«¹⁰³⁴

Die Jugend sah sich nicht mehr länger als Vorstufe zum Erwachsenenleben, sie postulierte ihren Selbstwert. 1915 gab es 87 Gruppen, 1921 gab es 527 Gruppen mit ca. 6.500 Mitgliedern.¹⁰³⁵ Schelsky hält das neue Selbstbewusstsein der Jugend für besonders prägend:

»Indem diese Jugend in ihrem Übergang aus der Rolle des Kindes in die Rolle des Erwachsenen beide erst einmal ablehnte und sich eine eigene soziale Rolle in der Form einer gesellschaftlichen Autonomie der Jugend schuf, in deren Vertrautheit sie Halt und Sicherheit fand, erschuf sie zugleich eine scheinbar zeitlose neue Welt intimgemeinschaftlicher Institutionen von hoher erzieherischer Prägekraft, schuf sie einen der letzten geschlossenen Verhaltensstile innerhalb der modernen Gesellschaft, der sich in einem eigenen Stil der Kleidung, der Geselligkeit, der Kunst usw. dokumentierte, ja bis in die Prägung eines leiblichen Habitus hinein wirkte.«¹⁰³⁶

Obwohl die Jugendbewegung zunächst mehr evangelische Mitglieder hatte, erfasst sie mit Zeitverzögerung allmählich auch die katholischen Gebiete, später auch kirchliche Institutionen. Einer der ersten wichtigen Vertreter der Jugendbewegung in Österreich war Anton Orel (1881 – 1959). Die Bewegung Orels fasste die sozialen Lehren Leos XIII. und Vogelsangs mit denen der Jugendbewegung zusammen: Schon 1904 hatte Orel als Student den Bund der christlichen Arbeiterjugend Österreichs gegründet. Es folgte 1912 die »Verbündete Arbeiterjugend Österreichs«. Hier gab es keinen Arierparagraphen oder Klauseln gegen andere Nationen, im Gegenteil: Tschechische, slowenische und polnische Jugendverbände waren hier vereinigt. Die Bewegung stand den Habsburgern nahe, und sollte ein Großösterreich fördern, im Sinne des Thronfolgers Franz-Ferdinand oder Aurel Popovici, der 1906 das Buch »Die Vereinigten Staaten

¹⁰³³ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 262

¹⁰³⁴ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 257

¹⁰³⁵ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 258

¹⁰³⁶ Schelsky (1957): Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, S. 64

von Großösterreich« herausgab, gemeinsam mit dem Slowenenführer Krk und dem Reichsratsabgeordneten De Gasperi, dem späteren Ministerpräsidenten Italiens. Doch mit dem Zusammenbruch der Monarchie gab es auch für diese Gruppe keine Fortsetzung mehr.¹⁰³⁷ Ernst Karl Winter war als Schüler Mitglied jener Bewegung, die ihn sehr geprägt hat.¹⁰³⁸

1912 wurde in Breslau von abstinenten Theologen und anderen Studenten die Katholische neustudentische Verbindung Hochland gegründet. Diese Verbindung hatte große Attraktivität, bald gab es Hochland-Verbindungen in vielen Universitätsstädten, zum Beispiel in Graz¹⁰³⁹

Auch in Wien entstanden nach dem Ersten Weltkrieg ›neustudentische Verbindungen‹, die zwar Farben trugen, jedoch den Komment ablehnten, somit eine Zwischenstellung zwischen den CV-Verbindungen und den freien Verbindungen wie dem Bund Neuland hatten. Prominentester Vertreter war Felix Hurdes (1901-1974). In Innsbruck entstand eine Hochschulgruppe der Katholischen Jugendbewegung unter der Führung von Ignaz Zangerle (1905-1927) der später wie Strobl und Mauer maßgeblich in der Katholischen Hochschulgemeinde KHG mitarbeiten sollte. Die prominenteste Jugendbewegung in Österreich blieb bis 1938 jedoch die Neuland-Bewegung, die von den Hochschuleseelsorgern Karl Rudolf und Michael Pfliegler gegründet wurde.¹⁰⁴⁰



Die Seelsorger der Zwischenkriegszeit

Karl Rudolf

Karl Rudolf (1886-1964) wurde nicht nur von der Jugendbewegung, sondern, wie bereits erwähnt, von der Sozialbewegung Carl Sonnenscheins maßgeblich beeinflusst. Er baute Elemente beider Strömungen in seine Seelsorge ein, die mit den Begriffen ›sozial‹ und ›mündig‹ wiedergegeben werden könnten. Rudolf gehörte auch dem CV (Amelungia) an und nahm am Leben seiner Verbindung gerne teil.

Abbildung 16: Karl Rudolf 1956
Bild: Franz Hubmann, © ÖNB #10599645

¹⁰³⁷ vgl. Anton Orel zum Gedenken. In: Der Freiheitskämpfer. 7,8/1959, S. 3; online unter: http://www.derfreiheitskaempfer.at/_zeitungsarchiv/der_freiheitskaempfer_1959_12_07_08.pdf (10.8.2009)

¹⁰³⁸ Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 13

¹⁰³⁹ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 260f

¹⁰⁴⁰ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 261

Rudolfs geistigen Wurzeln zeigten sich, nach Karl Strobl¹⁰⁴¹, der mit ihm in der Hochschulseelsorge zusammenarbeitete und später selbst die Leitung übernahm, am deutlichsten im von ihm begründeten Bund Neuland, »was er nie verschwieg und wovon er geistig immer lebte« - auch dann, als er 1933 wegen zeitlicher Beanspruchung die Führungsaufgaben als Studentenseelsorger abgeben musste. Sein unmittelbarer Nachfolger wurde Michael Pfliegler. Mit dem engagierten Studentenseelsorger Rudolf hatten in der Akademikerhilfe die Studenten Dollfuß, Figl und Raab zusammengearbeitet. Darüber hinaus war ihm, wie auch seinem Lehrer Swoboda oder seinem Vorbild Sonnenschein, die Großstadtseelsorge ein besonderes Anliegen.

Besondere Bedeutung für die katholische Kirche Österreichs hatte 1921 die Gründung einer neuen Theologengruppe in der Kapelle des Wiener Priesterseminars in der Boltzmanngasse. Inspiriert von der Jugendbewegung wurde über eine priesterliche Lebensweise im Sinne der Jugendbewegung nachgedacht, wurden aus diesem Geist Begriffe wie Armut, Natürlichkeit Askese und Eucharistie neu definiert und aufgewertet. Bis in die 1980er-Jahre prägten bedeutende Persönlichkeiten dieses Kreises mit Reformeifer die Kirche Österreichs, unter anderem Karl Dorr, Franz König, Otto Mauer oder Karl Strobl. Auch von Laien wurde diese neue Bewegung unterstützt, neben anderen Ida Coudenhove-Görres, Fritz Hamp, Rudolf Hauser, Hildegard Holzer und Ignaz Zangerle. Doch von Anfang an wurde diese neue Art christlichen Gemeindelebens vom österreichischen Klerus mit einem gewissen Misstrauen betrachtet.¹⁰⁴² Während Rudolf immer gute Beziehungen zu seinen Bischöfen (Piffl, Innitzer) hatte, war er in manchen Kreisen des Vatikans freilich »persona non grata«.

In der Zeit des Nationalsozialismus konzentrierte sich Rudolf auf die Seelsorge, initiierte unter seinen Mitarbeitern freie Meinungsäußerung und Meinungsbildung¹⁰⁴³ und wandte sich, ebenso wie sein Kardinal Innitzer, ökumenischen Akzenten mit anderen christlichen Kirchen zu. Ein besonders Anliegen war es ihm, die Laien in der Kirche zu stärken, was ja in gewisser Weise durch die Katholische Aktion intendiert war. Auch pflegte er Kontakte zu Künstlern und lud zu theologischen Diskussionen mit katholischen Theologen wie Karl und Hugo Rahner und auch evangelischen Theologen. Mehrmals wurde er von der Gestapo zum Verhör vorgeladen, wurde aber nicht verhaftet. Später, unter Kardinal König, wurde er zum Prälaten ernannt.

¹⁰⁴¹ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 60 u. 218

¹⁰⁴² vgl. Katharina **Praschak-Mittlböck**: Neuland: Wurzeln und pädagogische Blüten einer Jugendbewegung. Ungedr. grund- u. integrativwiss. Dipl.-Arb. Wien 1996; S. 77 und:

Gerhard-Dieter **Seewann**: Österreichische Jugendbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Die Entstehung der Deutschen Jugendbewegung in Österreich-Ungarn von 1900 bis 1914 und die Fortsetzung in ihrem katholischen Zweig: »Bund Neuland« von 1918 bis 1938. Ungedr. phil. Diss. Univ. Graz, Graz 1971 ; S. 277

¹⁰⁴³ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 221

Obwohl Heinrich Drimmel dem Bund Neuland als strammer CVer etwas skeptisch gegenüberstand, schätzte er dessen Gründer Karl Rudolf außerordentlich:

»1932, in meinem dritten Hochschulsesemester, traf ich zum ersten Mal den damaligen Hochschulseelsorger Dr. Karl Rudolf. Es geschah dies in den ärmlichen Räumen des Katholischen Studentensekretariats in der Wiener Josefstadt. Zwischen den beiden Weltkriegen wurden Doktor Rudolf mit seiner geistigen Ausstrahlung der nie mehr erreichte Betreuer für uns alle.

Schon tauchten im politischen Wetterleuchten der frühen Dreißiger-Jahre scharf unterschiedliche Typen auf, die auf tiefe Risse im österreichischen Katholizismus hindeuteten: Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, [...], Wilhelm Wolf, der geistvolle Mentor der katholischen Studentenschaft von damals und später Außenminister im Anschlusskabinett Seyss-Inquart. Und Ernst Karl Winter, [...] Doktor Rudolf hielt für das junge Volk dieser in sich zerrissenen Epoche das, was man einmal im Deutschen Recht Heimgebrecht nannte, im religiösen Kernbereich parat. Das half uns, den Glauben zu bewahren.«¹⁰⁴⁴

Michael Pfliegler

Die Jugendbewegung in Österreich verdankt Michael Pfliegler (1891- 1972) wesentliche Impulse. Er wurde von Karl Rudolf nach Wien berufen, um die Seelsorge und geistige Betreuung des CDSB zu übernehmen.

Laut Strobl gab es für Pfliegler mehrere wichtige Grundanliegen:¹⁰⁴⁵

Die heranwachsende Jugend soll durch **Echtheit** hervorstechen. Phrasen, Verharmlosungen und Ungerechtigkeit lehnte er ab. Sein freies Wort war ein Vorbild für die Jugendlichen.

Pfliegler war ein Verfechter des **Deutschtums**. Auf die Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk hat er in seinen Schriften immer wieder hingewiesen. »Die Kombination Christlich-Deutsch war für ihn sozusagen eine Motivation seiner Tätigkeit [...].«

Durch seine Kontakte zur **Jugendbewegung** lernt er verschiedene Persönlichkeiten im ganzen deutschen Sprachraum (auch Prag) kennen und beschäftigt sich auch theoretisch mit der Jugendbewegung. Er erforschte die verschiedenen Triebkräfte dieser Bewegung und publizierte über verschiedene Formen der Bewegung seit der Gründung des Wandervogels und stellte sie der katholischen Reformbewegung gegenüber.

Pfliegler verstand es, Kindern und Jugendlichen »**im rechten Augenblick**« zu Seite zu stehen. ›Der rechte Augenblick‹ (nämlich des Erziehens), ein Buch für Erzieher, wurde zum Bestseller.

Ein zentraler Punkt in seinem Leben waren **soziale** Angelegenheiten. Dabei kam er auch mit den sozialdemokratischen Abgeordneten Robert Danneberg (1885-1942)¹⁰⁴⁶ und Julius Tandler

¹⁰⁴⁴ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 71f

¹⁰⁴⁵ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 224

(1869-1936)¹⁰⁴⁷ in Kontakt. Nicht zuletzt durch sein »Aufschließen der Kirche für das Anliegen des Sozialismus, für die Förderung der Gerechtigkeit für die sozial schlechter gestellten Schichten«, konnte Kardinal Franz König später ein neues Verhältnis zwischen der Kirche und den Parteien herbeiführen. Dies fand auch die Anerkennung Pflieglers durch sozialistische Funktionäre oder die Gemeinde Wien.

Als er sah, dass die Arbeiter nicht mehr in die Kirchen kamen, ergriff er selbst im Namen der Kirche die Initiative. Er bekämpfte das Elend der Arbeiter, schrieb zahlreiche Aufsätze in verschiedenen (auch sozialistischen) Zeitschriften, hielt Vorträge auch vor religiösen Sozialisten und »erregte teilweise großes Aufsehen und Missgunst innerhalb des Klerus«.¹⁰⁴⁸ Doch Kardinal Piffl förderte seine erfolgreichen sozialen und pastoralen Bemühungen unter den Arbeitern. Unter Kardinal Innitzer, bei dem er sich 1935 in Pastoraltheologie und Katechetik habilitiert hatte, verlagerte Pfliegler seine Bemühungen auch auf die Studierenden – wobei er seine sozialen Anliegen nie vergaß. Er kam auch mit Jungsozialisten in einen Dialog, etwa über die urerlösende Kraft des Christentums und die Heilsvorstellungen des Sozialismus oder über den wahren Kommunismus im Geist der Klöster. Aus diesem Dialog entwickelten sich Freundschaften. Die soziale Frage blieb daher auch dem Bund Neuland immer ein Anliegen.¹⁰⁴⁹

Diese Kontinuität, die auch auf die Hochschuleseelsorge übergang, beeinflusste auch jene bürgerlichen Studierenden, die 1945 in der Hochschülerschaft mitarbeiten sollten und – anders als die Funktionäre der Hochschülerschaft Österreichs – mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten wollten. Ebenso bereitete er eine Öffnung der Kirche zur Sozialdemokratie vor.

Dennoch erscheint die Person Pfliegler manchmal auch widersprüchlich: Einerseits trat er als Dozent für ein katholisches Bildungsideal ein, das vom Standort der Wahrheit allgemein, nicht nur konfessionell verpflichtet sei (»So schuf Gott den Menschen als sein Bild« heißt es in der

¹⁰⁴⁶ Robert Danneberg war Jurist, seit 1919 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung und Abgeordneter zum Nationalrat, zudem 1918-27 Mitglied des Wiener Gemeinderats. 1932-34 war Finanzreferent der Stadt Wien. Arbeiterbildung, Jugendbewegung und Wohnen waren ihm wichtige Anliegen. Von den Nationalsozialisten wurde er 1938 verhaftet und im KZ Dachau, Buchenwald und Auschwitz interniert, wo er umkam.

¹⁰⁴⁷ Julius Tandler war Arzt und sozialdemokratischer Politiker. Seit 1910 war er Universitätsprofessor an der Universität Wien, während des Ersten Weltkriegs Dekan der Medizinischen Fakultät. 1919/20 wurde er Unterstaatssekretär für Volksgesundheit, 1919-34 Mitglied der Wiener Landesregierung. Er schuf bis 1934 viele soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Zahnkliniken, Mutterberatungsstellen und Einrichtungen für den Arbeitersport. 1936 ging er als Berater für Spitalsreformen nach Moskau und starb dort.

¹⁰⁴⁸ Paul Bernhard **Wodrazka**: Christlich-soziale Arbeiterbewegung in Österreich vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis zum Ende der Ersten Republik. Ungedr. Diss. an der Wirtschaftsuniversität Wien.
Wien 2001; S. 375f.

¹⁰⁴⁹ Kapfhammer (1987): Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung, S. 42

Bibel. Dieses Bild Gottes im Menschen zur größtmöglichen Vollendung zu bringen, ist Aufgabe der katholischen Bildung.«¹⁰⁵⁰ oder spricht vom »mündigem Christentum«, indem er gegen »Dummheit und Dreistigkeit« wettet, die »laut im Namen Gottes und im Namen der Kirche auftritt«, und plädiert für die Gewissensentscheidung der Gläubigen: »Darum ist die Mündigkeit des Christen Voraussetzung einer neuen Welteroberung durch die Kirche«¹⁰⁵¹ – andererseits ist er ein Verfechter des Führerprinzips. Einerseits ist er für eine Stärkung der Laien, die aus der inneren Kraft ihres Glaubens und als mündige und freie Menschen sich den Menschen der Welt stellen – andererseits ist er im austrofaschistischen Ständestaat für eine Unterwerfung der katholischen Vereine (auch CV, KV und studentische Vereine) in der Katholischen Aktion unter die Kirchenhierarchie.¹⁰⁵²

Der Bund Neuland

»Die Bedeutung der Neulandbewegung liegt nicht so sehr in der Zahl der jungen Menschen, die sie erfasst, als darin, dass sich um sie die geistige Elite der katholischen Jugend Österreichs gruppiert, die im christlichen Gedanken weltanschauliche Erneuerung sucht und nicht das Wiederaufleben alter autoritärer Formen.«¹⁰⁵³ (Marie Jahoda)

Gegründet wurde der Bund Neuland 1923 von den Jugendseelsorgern Karl Rudolf und Michael Pfliegler aus dem Christlich Deutschen Studentenbund (CDSB), der Vertretung der christlichen »Mittelschüler«. Diese hatten sich nach 1918 zusammengeschlossen und zeigten eine bemerkenswerte Aktivität: Es gab »Mittelschüleraufzüge« in den Städten, Mittelschülerzeitungen wurden geschrieben, Schüler verhandeln plötzlich mit den Professoren, und den Behörden über Unterrichtsreform, Maturareform und vor allem Koalitionsfreiheit der Schüler. Im Winter 1918 verschickten die Schüler ein Memorandum an den Landesschulrat und gründeten den Kaffehaustischen des Schottenrings das »Komitee zur Bildung eines zentralen Mittelschülerausschusses«.¹⁰⁵⁴ Marie Jahoda bestätigt den österreichischen Jugendlichen in diesem Punkt gar die Eigenständigkeit von der deutschen Jugendbewegung:

¹⁰⁵⁰ ÖHZ, 5.9. 1937, S. 7

¹⁰⁵¹ ÖHZ, 5.1.1938, S. 3

¹⁰⁵² Binder (1989): Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus, S. 89f

¹⁰⁵³ Marie Jahoda arbeitete damals an der Österreichischen Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle am Psychologischen Institut der Universität Wien und war gleichzeitig Untergrund-Mitglied der »Revolutionären Sozialisten«: →

Marie **Jahoda-Lazarsfeld**: Autorität und Erziehung in der Familie, Schule und Jugendbewegung Österreichs. In: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Bd 2: Paris 1936, S. 706-725; S. 725

¹⁰⁵⁴ Kapfhammer (1987): Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung, S. 23f

»Die besondere Eigenart der österreichischen Jugendbewegung besteht darin, dass sie über die negative Kritik an den Kulturformen der Erwachsenen hinaus ihren Anhängern ein konkretes Ziel gewiesen hat: die Er kämpfung einer jugendgemä ßen Schule.«¹⁰⁵⁵

Bei der ersten Versammlung richtete als Vertreter der Hochschüler Engelbert Dollfuß einen sozialen Appell an die christlichen Mittelschüler: »Wir dürfen uns als Studenten nicht, wie es früher üblich war, vom Volke absetzen, sondern müssen uns einfügen und sozialen Dienst leisten. In dieser Gesinnung können wir die Welt in christlichem Sinne reformieren.«¹⁰⁵⁶

Am 8. Februar 1919 wählte eine Versammlung von vierzig Wiener Mittelschulen die Bundesleitung: Unter den zehn Mitgliedern waren zwei Frauen, Olga Fert und Helene Eppel und außerdem auch Felix Hurdes, Franz Zimmerl und Alfred Missonig. Später kam als Freund von Hurdes auch Louis Weinberger¹⁰⁵⁷ in den CDSB. Die Ziele wurden knapp und klar formuliert:

»Was wir wollen: wir wollen jung sein [...] Wir wollen wahr sein [...] Wir sehnen uns nach Besserem und Reinerem [...] nach Ganzem und Umfassendem. Wir wollen eine Schule haben, die uns gehört, an der wir arbeiten können, ohne Lügen und Heuchelei [...] . Das bisherige Pauk- und Prüfsystem muss fallen. Wir wollen zurück zur Natur. Wir wollen zurück zum Volk, mit unserer Heimat innerlich verwachsen und uns durch straffe Selbstzucht vorbereiten zur Mitarbeit an der sittlichen und sozialen Erneuerung unseres Vaterlandes [...] Wir wollen Brüder sein, jedem Armen und Schwachen, dem geringsten Arbeiter und Bauern [...] Wir wollen zurück zu unserer Religion [...] der religiöse Standpunkt ist immer der geistvolle, geniale, überlegene [...] Wir wollen Religion zum Mittelpunkt unseres Lebens machen.«¹⁰⁵⁸

Der CDSB etablierte sich als Partner neben der Freien Vereinigung sozialistischer Mittelschüler, dem Deutschen Mittelschülerbund, der Zentralstelle jüdischer Jugendgruppen, dem Jungwandervogel und den Wiener Pfadfindern und auch tschechoslowakischen Schülern. Rudolf war bei dieser Entscheidungsphase dabei, nachdem er bereits im November 1918 bei der Gründung des Katholisch-Deutschen Hochschulausschusses als Seelsorger teilgenommen hatte.¹⁰⁵⁹ Aus Schülern wurden Studenten, und auch sie sollten weiterhin eingebunden sein.

1923 versammelte Rudolf die Absolventen der Mittelschüler aus dem CDSB und fasste sie zu einem ›Älterenbund‹ zusammen, den er ›Neuland‹ nennt:

¹⁰⁵⁵ Jahoda-Lazarsfeld (1936): Autorität und Erziehung in der Familie, Schule und Jugendbewegung Österreichs, S. 718f

¹⁰⁵⁶ Kapfhammer (1987): Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung, S. 26

¹⁰⁵⁷ Louis Weinberger (1902-1961) war nach seiner Tätigkeit im CDSB (auch als Studentenvertreter) in der Gewerkschaftsbewegung tätig. Unter den Nationalsozialisten wurde er verhaftet, gemeinsam mit Leopold Figl, Felix Hurdes und Hans Pernter. Nach ihrer Entlassung 1945 gründeten sie mit Leopold Kunschak sowie Julius Raab die ÖVP. Weinberger war später Obmann des ÖAAB, Vizepräsident des ÖGB, Minister ohne Portefeuille und Vizebürgermeister von Wien.

¹⁰⁵⁸ Kapfhammer (1987): Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung, S. 31

¹⁰⁵⁹ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 216

»Für Rudolf war das Stehen in der Jugendbewegung und im Bund Neuland ein fruchtbarer Wurzelboden. Hier fand er die Möglichkeit eines lebendigen Dialogs der Partner; dies schon im Neubeginn, etwa bei der Entdeckung der Liturgie, in der Liturgischen Bewegung, der eucharistischen Bewegung, der Bibelbewegung in Parallele zu Pius Parsch [...] in der Neulandschule. Die Kooperation mit Michael Pfliegler war durch den Bund Neuland für Rudolf von vornherein gegeben. Wir sehen Rudolf auch am Beginn der Nachkriegszeit, 1918, als Studentenseelsorger neuen Typs tätig.«¹⁰⁶⁰

Rudolf begründet diese Entscheidung, nachdem »bisher seine Rufe um Hilfe an die Hochschüler und Professorenschaft fast vergeblich verhallt waren«, müssen Helfer für den CDSB eben »aus den eigenen Reihen entstehen«; die Vororganisation hatte »Jungösterreich« geheißen. Die Statuten verlangten »von jedem Neuländer die Mitgliedschaft und Mitarbeit in seiner Standesorganisation«.¹⁰⁶¹ Bald darauf waren sowohl jüngere als auch Ältere im Bund Neuland zusammengefasst. 1925 wurde der Verein ›Neuland. Bund der katholischen Jugendbewegung in Österreich‹ auch vereinsrechtlich legitimiert. Pfliegler konnte seine Jugendgruppe aus Wien Erdberg, wo er zuvor Kaplan war, für den Bund gewinnen. In Erdberg waren Ida Coudenhove, Franz Maria Kapfhammer, Adele Spuller und Anton Böhm zu Studierenden-Leserunden regelmäßig zusammengekommen.

Richard Olechowski (2008) bezeichnet den Bund Neuland als eine »Plattform für die ›katholische Avantgarde‹« als »wichtigste religiöse Erneuerungs- und Jugendbewegung« der .Zwischenkriegszeit in Österreich,¹⁰⁶² Ignaz Zangerle spricht 1978 von einer »christlichen Basisgruppe«.¹⁰⁶³ Aus dem Bund Neuland kamen später auch wichtige Studierendenvertreter in der KDHO, die nicht im CV waren, unter ihnen Felix Hurdes, Charlotte Leitmaier, die erste Theologiedoktorin, oder Anton Plattner, der nach 1945 im Verlagswesen tätig war.

Für Michael Pfliegler, wie er auch 1923 in einem eigenen Buch ausführte¹⁰⁶⁴, war die »Katholische Jugendbewegung im eigentlichen Sinn [...] trotzdem wesentlich dasselbe wie die übrige Jugendbewegung, nämlich ein Heraus aus der Oberflächlichkeit und Seelenlosigkeit eines (hier trotz des katholischen Bekenntnisses) im Materialismus verödeten Lebens«:

»Je höher ihr Ideal ist, desto schwerer lastet die Qual und Sehnsucht auf dieser Jugend [...] und zwar im ganzen Umfang der neuen Gedanken, wenn auch vorerst ohne die scharfe Zielrichtung auf Christus: ›Streben nach Wahrhaftigkeit, in allen Stücken, nach Lebensreform, da ist die Rede vom zünftigen Wandern, von Volkslied, von naturgemäßer

¹⁰⁶⁰ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 218

¹⁰⁶¹ Karl Rudolf. Was wir wollten. In: **70 Jahre Bund Neuland.** (=Sondernummer des Mitteilungsblattes, Mai 1991) Wien 1991, S. 6-8; S. 6

¹⁰⁶² Richard **Olechowski**: Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst. Wien 2008, online unter: www.univie.ac.at/richard.olechowski/manuskripte/Olechowski_OttoMauer; S. 3 (12.3.2009)

¹⁰⁶³ Kapfhammer (1987): Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung, S. 207

¹⁰⁶⁴ Michael **Pfliegler**: Die deutsche Jugendbewegung und der jungkatholische Geist. Wien 1923

Kleidung und Nahrung, von Abstinenz und Vegetarismus, von der neuen Geselligkeit, von Geschmack und Schönheit, von Trachten, Haus- und Zierrat, vom Handwerk, der Entindustrialisierung und Dezentralisation, von Theater und Kino, von der Not der Berufe und der Geschlechter, von der Weihe der Familie von Schrebergärten und Heimatschutz.«¹⁰⁶⁵

Doch Pfliegler hatte noch ein weiteres Vorbild, das auch die Aktivitäten im ›Bund Neuland‹ beeinflussen sollte: evangelische Schülerbibelkreise.

Mit großem Respekt spricht er vom »Jungchristlicher Bund, der ebenso wieder geradewegs zu Christus kommen wollte«. Auch die Wendung zum Urchristentum fand seine Sympathien. Es sei ein Christentum, das so lebendig mache, »dass wir wieder leben wollen im Gegensatz zum toten, veräußerlichten Christentum einer verbürgerlichten Kirchlichkeit, die Dogmen statt Leben, Gesetze statt opferbereiter todüberwindender Liebe hat«.¹⁰⁶⁶ Diese unkonventionelle der Vernunft, dem Gewissen und der Lebendigkeit verpflichtete Einstellung führte eben zu außergewöhnlichen Gesprächsebenen mit evangelischen Mitchristen oder mit sozialdemokratischen Christen. Was heute als interreligiöser Dialog selbstverständlich scheint, war es zu dieser Zeit überhaupt nicht und stieß bei dogmatischen Christen auf Unverständnis und Abwehr.

Grundprinzipien im Bund Neuland¹⁰⁶⁷

- *Neue Perspektiven auf dem Gebiete der Seelsorge und der Liturgie wurden gesucht und praktiziert:*
- *die Bedeutung der Bibel als Grundlage für die Beurteilung eigenständigen Handelns, im Gegensatz zu den moralischen Forderungen des Katechismus – nach Vorbild evangelischer Christen*
- *die Verantwortlichkeit des Laien innerhalb der Kirche wurde betont*
- *die Erneuerung des Glaubens nach den Schrecknissen und Gräueln des Ersten Weltkrieges:*
- *die Tendenz, weg vom Dogma hin zur Eigenverantwortlichkeit sittlichen Handelns*
- *Gemeinschaftsgedanke verdrängt das individuelle »Heiligkeitsstreben«*
- *Abstinenzidee*
- *Soziales Engagement, christliche Erneuerungsbewegung und Lösung gesellschaftspolitischer Probleme*

In den Formen unterschied sich das Leben von anderen Jugendbewegungs-Bünden nur wenig: ausgedehnte Wanderungen, Ferien- und Schillager, Naturerlebnis und Freiheit, Studium der Bibel, Gebet, Befassung mit aktuellen kulturellen und politischen Themen, Musik und Tanz. Es

¹⁰⁶⁵ Pfliegler (1923): Die deutsche Jugendbewegung und der jungkatholische Geist, S. 39

¹⁰⁶⁶ Pfliegler (1923): Die deutsche Jugendbewegung und der jungkatholische Geist, S. 43f

¹⁰⁶⁷ vgl.: Olechowski (2008): Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst, S. 3, und: Prashak-Mittlböck (1996): Neuland: Wurzeln und Pädagogische Blüten einer Jugendbewegung, S. 78;

gab sogar kurzzeitig koedukative Gruppen, »die aber schon vor etwa drei bis vier Jahren [also 1932/33] wieder aufgegeben wurden, da sich in dem Kräftespiel zwischen Jugendbewegungstendenz und Klerikalismus dieser als stärker erwies«.¹⁰⁶⁸



Abbildung 17: »Neuland«-Schulsiedlung, Grinzing I+II
1935; Bild: Lothar Rübelt, © ÖNB/Rübelt

Auch in der Neulandschule wurde auch Freiluftunterricht und Gartenarbeit, sowie gruppendynamische Spiele praktiziert. Auf künstlerische und eigenverantwortliche Tätigkeit legte man großen Wert: Laienspiel, Musizieren, bildnerisches oder plastisches Gestalten standen ebenso in hohem Stellenwert wie Wandern, Naturerlebnis, Diskussionen und natürlich ein praktiziertes vorbildliches Christentum. Künstler wie Clemens Holzmeister, der kostenlos den Schulbau entwarf oder Rudolf Szyszkowitz (1905-1976)¹⁰⁶⁹ konnten gewonnen werden. Szyszkowitz trug für Neuland nicht nur zum Altarraum der Neulandschule, sondern auch mit selbstgeschnitzten Kasperltheater samt Stehgreif-Aufführungen zum kulturellen Leben bei.

Erwachsene waren zwar führende und leitende Mitglieder der Gruppe. Sie waren jedoch auch ein Teil derselben, trugen Verantwortung und gliederten in die Gemeinschaft der Kinder und

Jugendlichen ein. Zwischen Lehrern und Schülern war bereits in den 1920er-Jahren das Du-Wort üblich. Damit wurden wichtige Anliegen der Reformpädagogik auch in diesem Schultypus praktiziert.

Michael Pfliegler, Rudolf Hauser oder etwa der spätere Direktor der Neulandschule Fritz Hamp sahen zudem mit dem »Hand in Hand Gehen« zwischen Studenten und jugendlichen Arbeitern einen ersten Schritt zur Lösung der sozialen Frage. Allerdings war den meist bürgerlichen Neuländern das Leben der Arbeiter fremd und die Schriften pathetisch und ohne politische

¹⁰⁶⁸ Jahoda-Lazarsfeld (1936): *Autorität und Erziehung in der Familie, Schule und Jugendbewegung Österreichs*, S. 725

¹⁰⁶⁹ Der ÖH-Vorsitzende Stefan Szyszkowitz (1987-1989), in dessen Amtszeit der bereits erwähnte Studierenden-Streik 1987 stattfand, ist sein Großneffe.

Konsequenzen.¹⁰⁷⁰ Doch wegen dieses Sympathisierens des Bundes Neuland mit der Sozialdemokratie kam es gegenüber dem Bund Neuland wiederholt zu Anfeindungen aus konservativen Regierungs- und Kirchenkreisen.¹⁰⁷¹

Olechowski hält es übrigens für unrichtig, die katholische Kirche als ›politisch rechts‹ einzustufen, »weil bei einer pauschalen Verwendung des Begriffs ›politisch rechts‹ die Situation innerhalb des Bundes Neuland unrichtig beurteilt werden würde.« Und während die CVer im Ständestaat Karriere machten, hielten sich die Neuländer mit politischen Aktivitäten eher zurück. Doch es gab einen explizit rechten Neuland-Flügel, der, ähnlich wie Hugelmann, von einem ›Sacrum Imperium‹, im Sinne eines christlich-deutschen Reichs träumte. Diesem gehörte zunächst auch Otto Mauer an.¹⁰⁷² Im Verständnis, eine Elite zu sein, lauerte für Neuland sowohl eine Chance als auch eine Gefahr: Denn zwar nahm Neuland vieles von einem modernen Katholizismus vorweg, der durch das Zweite Vatikanum bestätigt wurde – andererseits schlichen sich später den Nationalsozialisten sehr verwandte Denkweisen ein, sinnreich symbolisiert auch in den Statuten durch die Ausdrucksweise ›Führer‹, ›Gaue‹ und ›Ring‹ statt nur ›Bund‹, ›Führerthing‹ oder Pflicht der ›Treuegefolgschaft dem Führer‹.¹⁰⁷³ Andererseits, und das stand dem Nationalsozialistischem Denken doch entgegen, sahen sich viele als Individualisten, denen später auch bewusst war, dass sie ihre eigenen »Haltungen und Werte nicht vererben« konnten, sondern die nächste Generation sie sich wieder bewusst aneignen müsse.¹⁰⁷⁴

All dies führte in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre zu institutionellen Schwierigkeiten: Aufgrund von Anzeigen »reaktionärer Priester im Vatikan«¹⁰⁷⁵, bekam (wegen angeblicher ›Ketzerereien‹) Kardinal Theodor Innitzer von Rom die Weisung, den Bund Neuland aufzulösen. Durch eine Umorganisation wurde der Bund Neuland 1936 in die ›Katholische Aktion‹ eingegliedert und die Auflösung verhindert. Im Zuge dessen gab es – ganz im Sinne auch des austrofaschistischen Ständestaats – eine Weisung, die kirchliche und staatliche Autorität anzuerkennen, was bei einer Führertagung des Bundes ›Neuland‹ auch so beschlossen wurde.¹⁰⁷⁶

»Grundsätzlich konnten Pfliegler und Böhm entgegen Denunziationen den österreichischen Bischöfen versichern: Neuland ›hat als erster katholischer Verein, schon lange bevor der Nationalsozialismus in Österreich staatlicherseits verboten worden war,

¹⁰⁷⁰ Praschak-Mittlböck (1996): Neuland: Wurzeln und Pädagogische Blüten einer Jugendbewegung, S. 80f

¹⁰⁷¹ Olechowski (2008): Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst, S. 4

¹⁰⁷² Olechowski (2008): Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst, S. 5f

¹⁰⁷³ vgl. Neuland-Mitteilungsblatt, 2/1937

¹⁰⁷⁴ 70 Jahre Bund Neuland, S. 19

¹⁰⁷⁵ Olechowski (2008): Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst, S. 7

¹⁰⁷⁶ ÖHZ, 15.1.1936, S. 3

die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft Neulands mit dem Nationalsozialismus zur Bundessatzung erhoben. Es soll freilich nicht der Anlass verschwiegen werden: Einige ideale und sehr ernste junge Katholiken – nicht nur Neuländer! – meinten damals, sie könnten den kirchenfeindlichen Grundzug des Nationalsozialismus dadurch bremsen, dass die als Katholiken in die nationalsozialistische Bewegung eintreten und sich in ihr als Katholiken durchsetzen.»¹⁰⁷⁷

Auch Ernst Karl Winter hielt die Neuland-Schule für ›angenazt‹, also vom Nazi-Bazillus befallen, schickte jedoch dennoch seine Kinder dorthin, weil sie eine ganztägige Schulform hatte. Winters Kinder berichten in der Tat, von Mitschülern angegriffen worden zu sein, »da bei ihnen zu Hause Juden, Sozialisten oder Liberale zu Gast waren.«¹⁰⁷⁸

Doch aus den Reihen Neulands gingen sowohl Nationalsozialisten als auch strikte Gegner des Regimes hervor. Wie konnte sich das faschistische Gedankengut (z.B. im Führerprinzip) Eintritt in diese liberale emanzipatorische Bewegung verschaffen? Während Hartmann (2006) elitäres Selbstbewusstsein¹⁰⁷⁹ der Jugendbewegung als Ursache sieht, das ja Parallelen zu den »fascistischen« Bewegungen dieser Zeit hat (siehe auch das frühere Kapitel: ›Austrofaschismus oder Ständestaat?‹), so erklärt Schelsky (1957) dies durch das »Streben nach Verhaltenssicherheit« in der Jugendbewegung in Zeiten der Krisen und Reformen. Zwar waren die Jugendlichen »bereit, die Verantwortung für das Ganze der Gesellschaft auf sich zu nehmen, sie drängte[n] sich danach, mit dieser modernen, in Unordnung geratenen Welt fertigzuwerden, die vorhandene Gesellschaft umzuplanen und umzugestalten«. Doch für die Jugendbewegung war, wie für den Faschismus, nicht Kompromiss, der versagt hatte, sondern Radikalität«¹⁰⁸⁰ das Mittel der Wahl. Dies sollte bei der nächsten Generation nach 1945 ganz anders sein.

Eine weitere Erklärung bietet Mario Fischer (2007): Unter den Jugendlichen dieser Bewegung war die Lektüre von Nietzsche-Werken populär. Ausgehend vom natürlichen Erleben und der Gemeinschaft sahen sich die Jugendlichen auf dem Weg zum »neuen Menschen«:

»Die Zeit des ›neuen Menschen‹ brach in den Augen der Jugendbewegung in ihrer Zeit als das ›neue Reich‹, als die ›neue Welt‹ an. Nietzsches Gedanken vom Übermenschen prägen hierbei das Bild des ›neuen Menschen‹ in der Jugendbewegung. In der Idee des Führers sollte dieser Gedanke verwirklicht werden. ›Denn in ihm schaut die Gemeinschaft ihr Vorbild, in ihm erkennt sie den überlegenen Menschen an [...]‹«¹⁰⁸¹

¹⁰⁷⁷ Anton **Kolbarek**: Neuland und 1938. In: Maximilian Liebmann (Hg.): Neunzehnhundertacht- unddreissig. Kirche Österreich. Graz/Wien/Köln 1990, S. 365-371; 368f

¹⁰⁷⁸ Holzbauer (1992): Ernst Karl Winter, S. 148

¹⁰⁷⁹ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 262

¹⁰⁸⁰ Schelsky (1957): Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, S. 74

¹⁰⁸¹ Fischer (2007): Zwischen Jugendbewegung, Lebensreform und Kriegsbegeisterung, S. 146

Anton Böhm, maßgeblicher Vertreter des rechten Neuland-Flügels, der später Nationalsozialist wurde, äußerte sich bereits 1927 zum Thema »Führerglaube«. Die Erwartung an einen Messias oder einen politischen Reichsführer lassen sich hier nicht mehr klar trennen:

»Heute sieht es so aus, als hätte unser Volk seine Sendung verloren. Weglos steht es da, nirgends noch wacht die Kraft auf, die es antreibt zum Aufstieg, zu neuen Höhen. Noch ist aus den Wüsten der Zeit der Ruf nicht ergangen, der in die Zukunft weist. Wir harren noch. Aber wir glauben auch. Wir schauen das neue Heil in unserem Glauben. Der Führer wird kommen, dessen sonnenstarker Blick tief hinein dringt in Gottes Willen, der in den Zeichen der Zeit Gottes Hand erkennt, der neu die Sendung seines Volkes sieht. Ihm schwören wir Treue heut schon, und mit ihm dem Schicksal: Deutsche zu sein. Möge es endlich über uns kommen. Wir bereiten uns. Mag es hart sein: wir jauchzen und jubeln ihm zu: Gott wird uns hören.«¹⁰⁸²

Was »Führer« jedoch bedeutet, war durchaus Gegenstand von Diskussionen, wie Artikel aus Neulandzeitungen zeigen.¹⁰⁸³ So zitierte Maria Luise Lußnigg im Artikel »Freund oder Führer?« die Ansicht von Sozialdemokraten, »Wir verlangen den Lehrer als Freund«, argumentierte diese Ansicht und fragte sich, warum denn »unsere Gegner« nicht auch eine richtige Ansicht haben sollten. Dem widerspricht der »Führer« Ernst Papst aber mit einem dreimal so langen Artikel.¹⁰⁸⁴

Diese Disputation ist deshalb interessant, weil sie die Prinzipien blinden Gehorsams, Schwarz-Weiß-Denkens, oder der Führerpersönlichkeit und des Führertums beim Mann zeigen, während der Standpunkt der Frau unserem heutigen Denken wesentlich näher ist. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass solch eine Diskussion bereits 1930 stattgefunden hat.

Auch in einem weiteren Artikel wird das Führerproblem im KDSB problematisiert und Zurückhaltung von den Führern verlangt:¹⁰⁸⁵

»Ganz bescheiden, ohne besonderen organisatorischen Ausdruck zu besitzen, soll der Führer in Gestalt des geistlichen oder weltlichen Lehrers, bzw. Lehrerin, das verkörperte Ideal darstellen...«¹⁰⁸⁶

Wolfgang Zaunbauer (2004) hält die »Verbindung von Führerglaube, Jugendbewegung und Nationalsozialismus in der Ersten Republik für »hochschulpolitisch irrelevant, da die Jugendbewegung insgesamt eine unbedeutende Rolle in der Hochschulpolitik spielte«.¹⁰⁸⁷ Wie bereits gezeigt, ist die Einstellung zum Führertum und erst recht zum Nationalsozialismus durchaus un-

¹⁰⁸² Praschak-Mittlböck (1996): Neuland: Wurzeln und Pädagogische Blüten einer Jugendbewegung, S. 37

¹⁰⁸³ Aufwärts. Katholisch deutsch 14/1930, S. 2

¹⁰⁸⁴ Aufwärts. Katholisch deutsch 14/1930, S. 2f

¹⁰⁸⁵ Aufwärts. Katholisch Deutsch. Zeitung des KDSB. 10/1930, S. 1

¹⁰⁸⁶ Beachtenswert ist die sprachliche Geschlechterdifferenzierung bereits 1930!

¹⁰⁸⁷ Wolfgang **Zaunbauer**: Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918-1934. Ungedr. phil. Dipl. Univ. Wien. Wien 2004, S. 20:

terschiedlich. Außer von den schon genannten Politikern bekannte sich Fritz Bock¹⁰⁸⁸ (1911-1993) immer wieder zur Jugendbewegung, auch wenn er sich als vehementer Gegner der national-sozialistischen Bewegung und deren Ideen sah:

*»Ich komme aus der katholischen Jugendbewegung, habe mich im Mai 1933 als Funktionär der damals gegründeten Vaterländischen Front zur Verfügung gestellt und war am Beginn 1935 das, [...] was man einen stellvertretenden Bundeswerbeleiter in der VF nannte, mit der Spezialaufgabe ›Antinationalsozialistische Propaganda‹. Das kam mir natürlich sehr gelegen«.*¹⁰⁸⁹

Bei Otto Schulmeister (1916 – 2001) war dies das nicht ganz so klar, im Gegenteil.¹⁰⁹⁰ Dennoch bekannte er sich gerne offen zum Bund Neuland:

»ihm [dem Bund Neuland] verdanke ich alles in meinem Leben. Ein Christentum, das mir eine ganz andere Vorstellung von dem gegeben hat, was man bei der Fronleichnamsprozession macht, dass man für den Herrn Erzbischof ist und, dass man die Stimme abgibt, wie die Kirche es befiehlt [...] In diesem Neuland war auch die große alte österreichische Sehnsucht, von der ich nur hoffen möchte, dass sie nicht erstickt ist, dass Österreich mehr ist als die Summe seiner Quadratkilometer [...] Das Reich, das war eine

¹⁰⁸⁸ Fritz Bock wurde später verhaftet und kam mit dem ersten Österreichertransport, dem Prominententransport ins Konzentrationslager Dachau. Er nahm Kontakt zur Widerstandsbewegung O5 auf. Nach 1945 gehörte er zu den Gründern der ÖVP war Generalsekretär des ÖAAB, später Staatssekretär im Handels- und Finanzministerium. Ab 1956 wurde er Handelsminister und von 1966 bis 1968 auch Vizekanzler.

¹⁰⁸⁹ **Fritz Bock:** zitiert aus: Maximilian Liebmann (Hg.): Neunzehnhundertachtunddreissig. Kirche Österreich. Graz/Wien/Köln 1990, 262f

¹⁰⁹⁰ Christa Zöchling beschreibt ihn jüngst in einem Profil-Artikel als CIA-Spion, der im Zweiten Weltkrieg einen »Aufnahmeantrag in die NSDAP« gestellt habe, aber vom NS-Regime zunächst als »verschoben« eingestuft worden sei und in seiner Doktorarbeit im Sinne Hitlers gearbeitet habe.

Christa **Zöchling:** Ex-»Presse«-Chef im Dienste der CIA: Otto Schulmeister agierte für den Geheimdienst profil Nr. 17 / 20. 4 2009), online unter <http://www.profil.at/articles/0916/560/239634/ex-presse-chef-dienste-cia-otto-schulmeister-geheimdienst> (1.8.2009).

Otto Schulmeister war nach 1945 Journalist, langjähriger Chefredakteur und zuletzt Herausgeber der Tageszeitung »Die Presse«.

Wenn Christa Zöchling an einer Stelle ihres Artikels schreibt: »Das ist nicht die ganze Wahrheit«, so gilt dies vermutlich auch für das Gesamtbild Otto Schulmeisters, von dem sie eine Seite beleuchtet hat. Es wäre lohnend, die Vielschichtigkeit und wahrscheinlich auch Zwiespältigkeit dieses Menschen mit seinen verschiedenen Facetten nachzuzeichnen. Ich, der Autor dieser Arbeit, selbst war jedenfalls in den 1980er-Jahren zufällig dabei, als Otto Schulmeister und seine Frau in einem Sandlerheim in der Wiener Gfrornergasse die Sonntagsmesse mit Obdachlosen feierte. Die Messe zelebrierte der Jesuit Georg Sporschill, der sich nicht nur für dieses Heim, sondern auch, ganz im Sinne der in diesem Kapitel geschilderten Bewegung, für Sozialprojekte und Jugendarbeit engagiert.

O. Schulmeisters zweitgeborener Sohn Stefan Schulmeister wurde übrigens 1968 ÖH-Vorsitzender an der Universität Wien und ist heute systemkritischer Wirtschaftswissenschaftler. Der ältere Sohn Paul Schulmeister war ORF-Journalist, zuletzt Auslandskorrespondent in Deutschland. Die jüngste Tochter Terese Schulmeister ist Malerin und war Mitglied in der Mühl-Kommune.

zentrale Kategorie, die mir jedenfalls lange, trotz einer auch theologisch bemühten Bildung, den Blick für den ganzen Ernst des Nationalsozialismus verstellt hat.«

Als der Nationalsozialismus kam, waren auch der Bund Neuland und die christliche Reformbewegung betroffen. Hans Asperger (1906-1980)¹⁰⁹¹ erinnert sich, dass die Nationalsozialisten, als sie das Haus in Besitz nahmen, zu allererst jenes Altarbild der Schulkapelle von Szyszkowitz, das auch zu einem Symbol der liturgischen Erneuerung wurde, zerstörten, die mit dem Begriff des »Volksaltars« den Altarraum in seiner Funktion neu definierte. Dieses Bild hatten viele die Bedeutung, dass »der junge Mensch, so ganz seinem Werk verpflichtet«, das Kind ins Leben hinein trägt, »Symbol für alles das, was sich ständig in diesem Haus begab, Aufruf für alle, die sich an dieser Stelle immer neue Kraft holten«. Daher war es für Asperger »kein Zufall, dass die Nationalsozialisten dieses Bild zerstörten, um damit anzuzeigen, dass sie vor allem den Geist ausrotten wollten.«¹⁰⁹²

Sepp Kopetzky, der selbst noch als »Jungenschaftsführer« bis zuletzt für eine Radikalisierung der Führermethoden eingetreten war, berief in der Nacht vom 11. auf den 12. März noch ungefähr 300 Neuländer auf den Kahlenberg und gab als letzte Anleitung: »In den Untergrund!«¹⁰⁹³ Nach dem Einmarsch Hitlers verloren viele der Neuland-Mitglieder ihre Anstellung und wurden von der Gestapo verfolgt und verhört.¹⁰⁹⁴

Neuland versus CV

»In den Dreißiger-Jahren kam es zwischen dem CV, dem einflussreichsten katholischen Verband dieser Zeit, und dem Bund Neuland noch aus einem weiteren Grund zu einem schwelenden Konflikt: Die innenpolitische Situation in Österreich brachte es mit sich, dass damals viele CV-Mitglieder Spitzenfunktionen in der Christlichsozialen Partei (und ab 1934 im Autoritären Ständestaat) übernahmen. Die meisten Mitglieder des Bundes Neuland betätigten sich jedoch nicht direkt »parteilich«. Dies – so meint der Biograph Otto Mauers, Bernhard A. Böhler, vermutlich richtig – »hätte dieser jugendbewegten Generation widersprochen.«¹⁰⁹⁵

Dabei waren einige Studierende im CV den Ideen der Jugendbewegung durchaus aufgeschlossen. Eifrig wurde im CV diskutiert, ob, dass und wie Ideen der Jugendbewegung auch in den Verbindungen angewandt werden könnten. 1922 kam es in der CV-Verbindung »Austria« in

¹⁰⁹¹ Hans Asperger arbeitete nach seinem Doktorat als Assistent an der Kinderklinik der Wiener Universität, leitete nach 1932 die heilpädagogische Abteilung der Klinik. 1962 wurde er Professor für Pädiatrie. Er beschrieb das Asperger-Syndrom, das später nach ihm benannt wurde.

¹⁰⁹² Neulandschule. 50 Jahre Schule Grinzing, 30 Jahre Schule Laaerberg. Wien 1977, S. 10

¹⁰⁹³ Praschak-Mittlböck (1996): Neuland: Wurzeln und Pädagogische Blüten einer Jugendbewegung, S. 37

¹⁰⁹⁴ Olechowski (2008): Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst, S. 7

¹⁰⁹⁵ Olechowski (2008): Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst, S. 4

diesem Sinn zu einer lebhaften Diskussion über das Programm ›Deutsche Lebensform‹, die einen ganzen Tag dauerte.¹⁰⁹⁶

Der bekennende Pazifist Nikolaus Ehlen (1886-1965) aus Deutschland kritisierte den CV und warf ihm vor, vielen CVer fehle die echte und vollkommene katholische Überzeugung. Die Jugendbewegung monierte am CV Oberflächlichkeit und Imponiergehabe durch das äußerliche Farbtragen, das nichts über das Bemühen um die rechte Gesinnung aussage – der CV indes kritisierte die Abgehobenheit der Neuländer und das unkritische Führertum, dem er seine demokratischen Strukturen und daraus folgende Werte wie ›Toleranz‹ und ›Kompromiss‹ entgegenstellte, die er bis 1938 verteidigen konnte.

Karl Rudolf hätte als CVer und Neuländer und vor allem als Hochschuleelsorger zwar eine ausgleichende Komponente sein können, doch tendierte er zum von ihm gegründeten Bund Neuland. So wurde in einem Artikel in der Zeitschrift ›Neuland‹ das Korporationsprinzip als unzeitgemäß angegriffen,¹⁰⁹⁷ während sich die Jugendbewegung auf die Prinzipien des Urchristentums berief, dass die Korporationen veraltet wären, ihre Mitglieder Mangel an religiösem Eifer hätten und dass das katholische Korporationsstudententum nicht mehr als Repräsentant des katholischen Studententums angesehen werden könne. Dies war auch der Tenor eines Schreibens der Vereinigung der deutschsprachigen Studentenseelsorger an den Episkopat vom 25. Februar 1926, den Rudolf als stellvertretender Vorsitzender mitunterzeichnete.

»Dagegen verwahrte sich Robert Krasser in einem Schreiben an Karl Rudolf vom 17. Mai 1924 vehementest.¹⁰⁹⁸ In diese Tendenz passt auch die Äußerung eines Neuländers bei einer Tagung dieser Zeit: ›Die Jugendbewegung ist eine Reaktion auf die tradierten Korporationsformen.‹¹⁰⁹⁹

Robert Krasser setzte dieser ideologischen Auseinandersetzung noch eine konkrete Maßregelung nach: Als er am 14. Mai 1936 den Religionslehrer Otto Mauer bei den Schulbrüdern in seiner Eigenschaft als Präsident des Wiener Stadtschulrates im Unterricht inspizierte und Mauer »vom Gewissen der Menschen als letzte Entscheidungsinstanz« sprach, zettelte der CVer Krasser eine Kampagne gegen den Neuländer Mauer an, da dieser die nationalsozialistischen Mörder des Bundeskanzlers Dollfuß verteidigt habe und erwirkte eine Versetzung Otto Mauers nach Berndorf in Niederösterreich.¹¹⁰⁰

¹⁰⁹⁶ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 261 f

¹⁰⁹⁷ vgl. ganz ähnliche Kritik in der ÖHZ, vermutlich aus der Umgebung Rudolfs oder Neulands, bereits oben besprochen im Kapitel: ›Öffentliche Kritik am Couleurstudententum‹

¹⁰⁹⁸ Seewann (1971): Österreichische Jugendbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg, S. 277

¹⁰⁹⁹ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 262

¹¹⁰⁰ Olechowski (2008): Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst, S. 9

Dennoch blieb im CV die Auseinandersetzung mit der Jugendbewegung ein Thema. Es wurde im Academia-Beirat ein eigenes Amt für Jugendbewegung eingerichtet, das mehrmals in der *Academia* über die Jugendbewegung oder in Broschüren berichtete.¹¹⁰¹ Aber man lehnte allzu strenge (»elitäre«) Innerlichkeit ab:

»Für den CV (aber auch für den KV) stellte sich das Problem seines Verhältnisses zur katholischen Jugendbewegung zweifach: erstens einmal in grundsätzlich-ideologischer Hinsicht, inwieweit die Ideen der Jugendbewegung mit denen des CV und seinem erzieherischen Konzept zu vereinbaren sind. Wie aus den bereits zitierten Äußerungen der Jugendbewegung zu entnehmen war, handelt es sich bei ihr um eine stark gesinnungsethisch motivierte Bewegung, die von einer kleinen Elite ausgeht. Die ›innere Wahrhaftigkeit‹ muss mit dem äußeren Leben übereinstimmen, daher auch der lebensreformerische Ansatz, dem das ganze Leben eines Jugendbewegten untergeordnet werden muss. Insofern war und ist die Jugendbewegung totalitär (ganzheitlich), weil sie keine Freiräume, etwa im geselligen Bereich duldet.

Damit war ein Konflikt mit dem CV vorgegeben, denn bei diesem Rigorismus hat studentische Geselligkeit, die sich auch in einem wertfreien Raum bewegt, nichts zu suchen.«¹¹⁰²

Außerdem sah sich laut Hartmann der CV mit seinem Prinzip ›Sciencia‹ und der Pflicht zum Studium und zur Weiterbildung als rationaler und wirklichkeitsnäher, im Gegensatz »zur romantischen Irrationalität der Jugendbewegung«.¹¹⁰³

Zwischen dem CV und Neuland gab es jedoch auch noch einen zweiten Gegensatz – aufgrund der Skepsis der Jugendbewegung gegenüber all dem Institutionell-Vereinsmäßigen aus dem 19. Jahrhundert. Ähnlich wie die Bewegung der 1968er-Generation gab es zudem die Einstellung: »Trau keinem über 30!«, was ebenso eine Skepsis gegenüber den Philistern im CV ausdrückte.¹¹⁰⁴ Nicht nur der Neulandführer Anton Böhm lehnte das CV-»Versammlungs-

¹¹⁰¹ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 262f

¹¹⁰² Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 263

¹¹⁰³ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 263

¹¹⁰⁴ So erinnert sich Gertrud Knefel an die 1930er-Jahre und setzt sie in Gegensatz zu den 1980er-Jahren: »Dass die Bündische Jugend [...] es positiv vermerkte, dass wir Alten immer wieder mit dabei sind, fand ich rührend. Wir waren in jungen Jahren nicht so tolerant! Ich erinnere mich noch genau (ich war damals 16), wie wir es strikte ablehnten, eine Dreißigjährige als Führerin zu akzeptieren. Eine Siebzehnjährige übernahm die Gruppenführung [...]«

70 Jahre Bund Neuland. (= Sondernummer des Mitteilungsblattes, Mai 1991), S. 15

Selbst die geistliche Autorität, wie Marie Jahoda 1936 feststellt, wurde nicht kraft ihrer Institution akzeptiert: »Der Geistliche ist nicht kraft seines Amtes Führer des Bundes. Wohl sind häufig Geistliche Führer in der Bewegung, aber jene, die dahin kommen, stellen schon eine aus dem jugendbeweglerischen Geist sich ergebende Auslese dar. Auch dem Geistlichen kann die Führerschaft in der Bewegung nur von der Jugend selbst zuerkannt werden.«

Jahoda-Lazarsfeld (1936): Autorität und Erziehung in der Familie, Schule und Jugendbewegung Österreichs, S. 724

system« und die »Vereinsmeierei« und forderte neue Arbeitsformen. Auch die »Bund Neuland«-Priester wie Michael Pfliegler und Karl Rudolf waren gegen den Verbandskatholizismus eingestellt und wollten ihn in der Katholischen Aktion (KA) »überwinden, die sich nicht als Organisation, sondern als Bewegung verstand«.¹¹⁰⁵

Auch in Graz, wo die Nationalen vor 1938 besonders dominant waren, konnten sich diese reformkatholischen Strömungen nach 1945 durchsetzen. So etablierten die Neuländer Josef Scheibner das Bildungshaus Maria Trost bei Graz und Ludwig Reichenpfader das Haus der Hochschuljugend in der Leechgasse mit dem Segen des Bischofs von Graz-Seckau. Die »Leechgasse« bot bald Platz für freie Zusammenkünfte der »Katholischen Aktion« unter der Führung des Generaldirektors der Styria, Dr. Karl Maria Stepan.

»Dieser erste diözesane Rat wurde »Räubersynode« genannt. Die Gemeinschaft der katholischen Erzieher, die ich mit Josef Scheibner gegründet hatte, und die von Ludwig Reichenpfader eingerichtete Hochschulgemeinde waren die ersten Gliederungen der Katholischen Aktion in der Steiermark (1946).«¹¹⁰⁶

Da der CV nach 1945 in Graz zunächst von den Briten verboten wurde, boten diese Einrichtungen manchen Jugendkreisen, vor allem auch den Hochschülern, die Möglichkeit, »das Leben nach den Grundkenntnissen der katholischen bündischen Jugend und ihrer Gemeinschaftsformen aufzubauen. Dass diese neu gesuchte Lebensart auf den religiösen und geistigen Kerngehalt abzielte und nicht äußerliche Imitation der Zeit vor 1938 sein konnte, war klar.«¹¹⁰⁷

Doch 1938, als die Nationalsozialisten die CV-Verbindungen auch in Österreich verboten und ehemalige CVer verfolgten, seufzte Pfliegler voll Dankbarkeit:

»Die Idylle der Vereinskirche ist endgültig vorbei. Sagen wir es nur ehrlich: Gott sei Dank! Wie oft hatten wir verlangt, die katholischen Vereine sollten Mittel der Seelsorge werden. Sie waren vielfach ihr, wenn auch unschuldiges, Hindernis. [...] Die Katholische Aktion hätte in den katholischen Vereinen ihre eigentlichen Kerntruppen haben sollen; wäre es zu dieser Umstellung gekommen, sie wären auf wenige wahrhaft apostolische Laien zusammengeschmolzen. Aber es kam meist nicht zum Umbau, die katholischen Vereine blieben bis zum Schluss vielfach das Haupthindernis der Katholischen Aktion. [...] Wir müssen diese Sachlage nicht als eine Bedrückung, sondern auch als eine Befreiung erkennen, eine Befreiung von Hemmungen und Belastungen.«¹¹⁰⁸

Wenn es zu Ende der 1940er-Jahre in der Exekutivfraktion der ÖH, der »Union« zu Auseinandersetzungen zwischen CVer und Anhängern der FÖSt und des KV kommen wird, dann liegen in den in diesem Kapitel geschilderten Auseinandersetzungen die Wurzeln eines Teils der späteren Konflikte.

¹¹⁰⁵ Hartmann (2006): Für Gott und Vaterland, S. 264

¹¹⁰⁶ Kapfhammer (1987): Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung, S. 171f

¹¹⁰⁷ Kapfhammer (1987): Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung, S. 173

¹¹⁰⁸ Binder (1989): Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus, S. 89f.

Hochschulseelsorge von der Hochschülerschaft Österreichs bis zur Österreichischen Hochschülerschaft

Als Karl Rudolf das Amt des Studentenseelsorgers 1933 zurücklegte¹¹⁰⁹ und das Wiener Seelsorge-Institut aufbaute, ernannte Kardinal Innitzer Michael Pfliegler zum neuen Studentenseelsorger, »der nur mit Vorbehalt seine Zustimmung gab«, da er gerade mit seiner Habilitation beschäftigt war. Die ÖHZ berichtet jedenfalls, dass sowohl Pfliegler als auch Rudolf in der KDÖH mit Vertretern der christlichen Studierenden, wie etwa Theodor Veiter aktiv waren.

Auch die Salzburger Hochschulwochen 1937 lassen die Verantwortlichen der Hochschulerziehung erkennen, und hier tauchen bereits maßgebliche Vertreter des 2. Vatikanischen Konzils auf. Zu den Vorlesungen für alle Teilnehmer der 7. Salzburger Hochschulwochen (9.-28. August 1937) sprachen zunächst Priv.-Doz. Michael Pfliegler über das katholischen Bildungsideal und Priv.-Doz. Dr. P. Karl Rahner aus Innsbruck zum Thema Theologie und Religionsphilosophie, wobei es ein ausführliches Repetitorium mit Dr. Franz König, dem späteren Kardinal gab.

Dass der Erziehungswissenschaftler, Klassische Philologe und Nicht-Theologe O. Univ.-Prof. Dr. Richard Meister (1881-1964) über »Erziehung, Kultur und Weltanschauung in ihren theoretischen und praktischen Beziehungen« sprach, war für den in katholischen Kreisen geschätzten Erziehungswissenschaftler, der den Lehrstuhl für Pädagogik 1938 verlor¹¹¹⁰, eine besondere Auszeichnung. Ergänzend dazu behandelte Dr. Ignaz Zangerle (Innsbruck) »in überaus anregender Wechselrede, in Form des Seminars, die Mängel der heutigen Erziehung der akademischen Jugend und im Gegensatz dazu das Ideal einer künftigen Universität«.¹¹¹¹

Zu Beginn des Wintersemesters 1937/38 wurde ein Hochschulamt in der Katholischen Aktion eingerichtet. Es bestand aus dem Studentensekretariat, der Katholisch Deutschen Hochschülerschaft Wiens und der Akademikerseelsorge. Zu seinem Leiter wurde der Kooperator Dr. Karl Strobl bestellt. Die Konstituierung fand am 25. Oktober 1937 statt. Die ÖHZ berichtet: »Zur Feier hatten sich eingefunden: Dr. Theodor Innitzer, der Generalsekretär der Katholischen Aktion L. Engelhart, die Magnifizenzen Dr. Zederbauer und Sterer, eine Reihe Professoren, der Sachwalter

¹¹⁰⁹ Hier gibt es divergierende Angaben: 1933 laut Strobl aus dem Gedächtnis, 1935/36 glaubhafter in der ÖHZ: ÖHZ, 15.1.1936, S. 3; Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 60

¹¹¹⁰ Er durfte jedoch in Klassischer Philologie weiter lehren, ja konnte sogar anlässlich einer Inaugurationsfeier ein Jahr vor Kriegsende am 10.6.1944 wieder einen pädagogischen Überblick über die universitäre Bildung geben.

vgl. Richard **Meister**: Ansprache zur Inaugurationsfeier an der Universität Wien am 10. Juni 1944. In: Elmar Lechner (Hg.): Retrospektiven in Sachen Bildung. Klagenfurt 1996, S. 1-11

1945 wurde Meister erster Prorektor der Universität Wien und Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften. 1949/50 wurde er Rektor der Universität Wien, 1951 Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

¹¹¹¹ ÖHZ, 15.5.1937, S. 6 und ÖHZ, 5.9. 1937, S. 7

der Hochschülerschaft Lechner, sowie Vertreter aller studentischen Verbände. [...] Die Hochschülerschaft bildet den lebendigen Teil, sie ist die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Hochschülerverbände, deren Eigenständigkeit in jeder Beziehung gewahrt bleibt«. ¹¹¹² Strobl koordinierte die Verhandlungen mit den Gruppierungen in der KDHÖ, vor allem mit den CV-Verbindungen, damit sich die KDHÖ und die KDHW (Katholisch Deutsche Hochschülerschaft Wien) in die Aktion eingliederten. Strobl spricht sehr positiv von den Vertretern des CV, wie Dr. Hackner, Dr. Burghardt und anderen, die ihm »in bester Erinnerung« blieben. ¹¹¹³

Im Jänner 1938 legte Kardinal Innitzer nach Rücksprache mit den Hochschuleelsorgern eine Zusammenfassung der katholischen Studentenarbeit in einem Studentenamt mit kirchlichem Charakter fest. Die Studentenseelsorge sollte unter der Leitung Strobls in der Peterskirche ein Zentrum finden. Zu Beginn des neuen Semesters, am 6. März 1938, wurde dies im Festsaal der neuen Universität feierlich kundgemacht, ehe es anschließend vor der Universität zu unfeierlichen Schlägereien zwischen Katholiken und Nationalsozialisten kam. Acht Tage später, am 13. März, kamen bereits Abordnungen der studentischen SS ins Studentensekretariat, um sich die Karteien abzuholen, die Quelle weiterer Verfolgungen sein sollten. Doch nur die Kartei der Spender und Freunde war auffindbar. ¹¹¹⁴

Sehr rasch wurden unter den Nationalsozialisten alle katholischen Gemeinschaften aufgelöst, unter ihnen alle studentischen Organisationen wie CV, KV, Neuland, Katholische Aktion, der KDHÖ und viele andere. Daher konzentrierten sich die Bemühungen umso mehr im seelsorglichen Bereich der Kirche auf dem Petersplatz, der weitgehend legal blieb. Am 1. September 1938 wurden Dr. Karl Strobl und der Neuländer Dr. Erwin Hesse mit der Hochschuleelsorge betraut. Hesse konzentrierte sich auf die Bibelabende und Bibelpredigten. Auch Otto Mauer wurde in diesen Kreis einbezogen, der sich bald zu einem »Widerstandszentrum gegen die NS-Herrschaft« bildete. ¹¹¹⁵ Vor allem die Bibelabende erfreuten sich regen Zulaufs, und neben Studierenden fanden auch Künstler etwa aus dem Burgtheater, Hochschulprofessoren oder nichtstudentische Jugendliche ein. Mauer begann zu dieser Zeit auch seine später so bekannt gewordenen Kontakte zu bildenden Künstlern. Dies entging der GESTAPO natürlich nicht.

Bald wurde Dr. Hesse verhaftet und ins Polizeigefängnis Elisabethpromenade gebracht. Auch die Räumlichkeiten Strobls wurden untersucht, jedoch nichts Verdächtiges gefunden. Die Bibelabende wurden mit Pater DDr. Diego Hanns Goetz fortgesetzt. Dessen und Mauers Predigten

¹¹¹² ÖHZ, 5.11.1937, S. 7

¹¹¹³ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 61

¹¹¹⁴ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 62

¹¹¹⁵ vgl. Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 63; u. Olechowski (2008): Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst, S. 9

führten zu einer übervollen Kirche. Doch auch Mauer musste immer wieder auf den Morzinplatz zum Verhör der GESTAPO und Kardinal Innitzer musste immer wieder Kautionen zahlen, um ihn freizubekommen.¹¹¹⁶ Im Krieg bestand der Kreis um St. Peter weiter. Später erinnert sich Strobl mit Hochachtung an diese Zeit:

»Es waren auch weiterhin mutige Studenten und Studentinnen da, die sich für den Glauben interessierten und die solch eine Jugendgemeinschaft suchten. Das Charakteristische mag gewesen sein die Offenheit und Ehrlichkeit, der Mut sich zueinander zu bekennen und sich zur Kirche zu bekennen, das Suchen nach den Aussagen des Evangeliums, die Hilfe, die einer dem anderen bieten konnte, die Freundschaft, die alle miteinander verband.«¹¹¹⁷

Doch es gab auch Vortragsabende über Literatur und Philosophie. So referierte Hans Urs von Balthasar über Paul Claudel. Auch Ignaz Zangerle, führte zu theologischer und dichterischer Literatur. So diskutierten die Studierenden mit Erich Przywara oder Werner Bergengruen sowie mit Romano Guardini und Alfred Delp, die beide aus der katholischen Jugendbewegung kamen, oder sie setzten sich kritisch mit Ernst Jünger oder mit der Universittspdagogik Kardinal Newmans auseinander.¹¹¹⁸ Die Zahl der teilnehmenden studierenden Besucher aus religiösen und weltanschaulichen Gründen stieg von Mal zu Mal: ein großer Erfolg für den Seelsorger Strobl.

Karl Strobels grundsätzliche Überlegungen zur Studentenschaft

Aus seinem Nachlass:

1. »Studenten haben ihre spezifischen Funktionen für die Entwicklung von Politik, sozialem Leben, Wirtschaft, von Religion, Kultur. Auch diese Aufgabenerfüllung hat einen nationalen wie auch internationalen Charakter«

Ausgehend durch ihre nähere Umwelt prägt sie zunächst ihre Familie, ihr Milieu und die Schulen von der Volksschule bis zur Hochschule. Hochschüler sind bereit, »Einflüsse geistiger und emotionaler Art in sich aufzunehmen. Es wird zu fragen sein, ob die Angebote der formenden Kräfte den Fähigkeiten und Bedürfnissen der jungen Generation jeweils adäquat sind.«

Andererseits sind Studenten »Partner des Gesprächs mit jenen, die Autorität ausüben. Dazu gehören Fachleute der älteren Generation, Menschen, die fähig sind, eigenes Wissen und Können zu vermitteln. Studenten stehen im Gespräch bezüglich der Erkenntnis neuer Aufgaben und Werke. Ihre Gesprächspartner sind einzelne der eigenen und der älteren Generation, aber auch Institutionen sind Partner des Gespräches für Studenten.« Schließlich nennt Strobl noch das bewusste Verhältnis der Studierenden zur

¹¹¹⁶ Olechowski (2008): Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst, S. 10

¹¹¹⁷ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 64

¹¹¹⁸ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 67f.

Tradition »der Nation, des Volkes, der Stadt, der Schichte, der sie angehören. Jede Generation braucht ihre Klassiker, ihre Vorbilder, an denen sie sich orientiert. Eine vornehme Aufgabe Erwachsener ist es, jungen Menschen den Weg großer Vorbilder und Meister zu zeigen. Indem Studenten zum Erbe, das auf sie gekommen ist, ein positives Verhältnis finden, ist die Voraussetzung geschaffen, dass Studenten auch zu den Strömungen der Gegenwart sich bewusst und verantwortungsvoll verhalten.«¹¹¹⁹

2. »Von Studenten werden Formulierungen der Zukunftsvorstellungen des heutigen Menschen erwartet.« Ausgehend von den individuellen Zukunftserwartungen steht die Frage »der Selbstverwirklichung im Beruf« im Blickpunkt der Überlegungen der Jugendlichen, aber auch »das Private übersteigende welt-utopische Denken«, wie die Entwicklung von »größeren Einheiten wie Kirche, Volk und Staat«. In Konfrontation der Erwartungen der älteren Zeitgenossen »formulieren sie ihre Hoffnungen, Ängste und Erwartungen. Diese bilden nach Strobl einen ›Common sense‹ heraus, den er vorwissenschaftlich und vorbewusst nennt, wodurch durch Erlebnisse noch stärker motiviert werden.¹¹²⁰
3. »Die Ablösung der jungen Generation von den Älteren führt andererseits wieder zu der Ausbildung des Selbstverständnisses der einzelnen und der Gemeinschaft.« Diese Gemeinschaft tritt nicht nur in gemeinsamen Aktionen zutage, sie entwickelt auch eine eigene Ideologie: »Die eine Sprache, Begriffswelt, der eine Stil, die eine Sitte vereint Menschen einer studentischen Generation.« Dabei bedingen »einander revolute und konservative Kräfte«. In diesem Zusammenhang zitiert Strobl die Jugendbewegung, die ihr Leben in Wahrhaftigkeit, Freiheit und Verantwortung gestalten wollte.¹¹²¹
4. »Studenten befinden sich immer in verschiedenen Spannungsverhältnissen. Der Student steht in notwendiger Spannung zu Jugendlichen anderer Berufsschichten und Berufsorganisationen, z.B. Arbeitern oder Bauern. [...] Der Student hat als junger Intellektueller durch seine Begabung, Bildung und Position den Auftrag, für die anderen da zu sein, Ausbildung zu rechtfertigen durch Leistung.«¹¹²²

Aus diesen Positionen Strobls dringt klar die Tradition eines emanzipatorischen Umgangs mit den Jugendlichen durch. – Auch die Tradition der christlichen Soziallehre und der Jugendbewegung wird von ihm selbst deutlich angesprochen.

¹¹¹⁹ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 57f

¹¹²⁰ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 58f

¹¹²¹ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 59

¹¹²² Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 59f

Ein Neubeginn

Zu Ende des Zweiten Weltkrieges wurde auch Wien nicht von Bomben verschont. Doch der Singkreis, der Mädchenkreis und die Bibellesung des Kreises am Petersplatz wurden fortgesetzt. Wenn Studenten ausgebombt wurden, dann gab es andere, die ihnen Hilfe boten. Strobl organisierte auch Rettungs- und Aufräumaktionen. Von der Kuppel von St. Peter hatte er einen guten Überblick auf Wien und konnte feststellen, wo es eines weiteren Einsatzes bedurfte. Außerdem arbeitete einer der Studenten, Kurt Schubert, beim Luftschutz und konnte Strobl stets aktuelle Informationen zukommen lassen. Die Universität war im Frühjahr 1945 schon schwer in Mitleidenschaft gezogen. Insgesamt sollte sie bis zum 10. April 1945, dem Tag der Befreiung, 24 Bombentreffer abbekommen.¹¹²³

Auch wenn Kirchen von Kriegszerstörung betroffen waren, kamen die Studenten zum Einsatz: Studenten kamen zur Ruprechtskirche, und löschten den Dachbrand, zur Kirche ›Am Hof‹, zur Kirche St. Johann in der Praterstraße – und natürlich auch zum Brand des Stephansdoms.

Während die Russen bereits die Stadt besetzen und die Studenten Kurt Schubert und Rudolf Wengraf schon um die Freigabe der Universität zur Öffnung noch im Sommersemester verhandelten, entdecken Karl Strobl und Hans Tuppy (*1924)¹¹²⁴ einen Dachbrand von zirka vier Quadratmetern am Stephandom, der sich allmählich ausbreitete. Den ganzen Tag wurde versucht, Altarbilder, Gestühl und ähnlich Wertvolles aus dem Dom zu retten und zu verhindern, dass sich der Brand ausbreitete. Insgesamt versuchten fünf Männer zu retten, was zu retten war. Zwar konnte die Orgel ebenso wenig gerettet werden wie die Pummerin. Doch Strobl notiert über diesen Tag: »Wir tragen das Bewusstsein in uns, zur Rettung des Domes wesentlich beigetragen zu haben«.¹¹²⁵

Tuppy schildert Karl Strobl als Persönlichkeit, die die Studierenden des Petersplatzes dazu motiviert hat, nicht nur die Universität, sondern auch eine Studentenvertretung wieder einzurichten: Denn bei Strobl habe ein »offener Geist geherrscht«, der sich »auch auf uns übertragen« habe: Für Tuppy war Strobl eine nicht in aller Öffentlichkeit glänzende, aber umso mehr eine »pädagogisch sehr, sehr interessante Persönlichkeit«: Seine Stärke habe darin gelegen,

¹¹²³ Kurt **Schubert**: Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945. Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe ›625 Jahre Universität Wien‹ am 10. Mai 1990 im Kleinen Festsaal der Universität Wien« Wien 1991 (=Wiener Universitätsreden; N.F., 1). S. 5

¹¹²⁴ Hans Tuppy promovierte 1948 zum Dr. phil., habilitierte sich 1956 an der Universität Wien, wurde 1958 zum ao. Professor für Biochemie, 1963 zum Ordinarius am Institut für Biochemie an der medizinischen Fakultät der Universität Wien, 1970 - 1972 Dekan, 1974 - 1982 Präsident des FWF, 1983 - 1985 Rektor der Universität Wien und Vorsitzender der Österreichischen Rektorenkonferenz, 1985 - 1987 Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1987 - 1989 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, 2003 - 2008 Vorsitzender des Universitätsrates der Universität für Bodenkultur Wien.

¹¹²⁵ Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 66

die Menschen nicht anzuleiten und ihnen zu sagen, »was sie tun sollen«, sondern immer dabei zu sein und »die Leute dazu zu bringen, draufzukommen, was eigentlich gut wäre, und wie man Verantwortung übernimmt. [...] so hatte er auch das politische Engagement *nicht selbst* gemacht, sondern uns allein agieren lassen, aber er hat uns schon sehr motiviert.«¹¹²⁶

Im Gegensatz zu manchen CVern kamen die Studierenden vom Petersplatz »eigentlich wenig aus etablierten Familien« und ohne gute politische Kontakte: Die Zusammenarbeit mit dem CV »ist auch dann nicht ganz ohne Auseinandersetzung abgegangen [...], wie es so im Politischen einfach dazugehört.« Strobl selbst stand zwar ganz in der Tradition eines Christlichsozialen – er kam aus dem Weinviertel und hatte gute Kontakte zu Figl – aber er war aus den Erfahrungen der Ersten Republik überzeugt: »Nur nicht zurück in die Verbindung von Kirchen und Parteipolitik! [...] Der Kirche hat es nicht gut getan und tut es nicht gut, sich in die Parteipolitik direkt hineinzubegeben.«¹¹²⁷

Deshalb initiierte er zwar die Gründung einer christlichen Hochschulfraktion, zog sich aber danach komplett zurück und beschränkte sich auf den Aufbau einer unpolitischen Organisation, der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) und der Katholischen Hochschuljugend (KHJ). Damit hat er vorweggenommen, was dann die Katholische Aktion verlangt hat: »Keine Priester mehr in die Partei und in die Politik.«¹¹²⁸ Außer den späteren Universitätsprofessoren Tuppy und Schubert war auch die junge Medizinstudentin Erika Fischer ein Mitglied des Kreises am Petersplatz. Sie wandte sich erst später den Geisteswissenschaften zu und erlangte als Erika Weinzierl (*1925), zunächst als Ao. und O.Prof. in Salzburg, dann an der Universität Wien als Ordinaria für Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Zeitgeschichte und auch durch ihr Engagement in der Friedensbewegung Bekanntheit. Ein weiteres Mitglied war Heribert Berger, der spätere Ordinarius für Kinderheilkunde in Innsbruck.¹¹²⁹

Karl Strobl prägte noch bis 1969 die Hochschuleseelsorge. An die späteren Jahre seines Wirkens erinnern sich der ÖH-Vorsitzende der Universität Wien 1964-1965, Manfred Machold und der der ÖH-Vorsitzende der Universität Graz in den 1950er-Jahren, Peter Pliem.

Pliem erklärt die unpolitische Herangehensweise Strobls ähnlich wie Tuppy: In der Zeit, als Strobl den Widerstand gefördert hat, wollte er die christlichen Ideen verteidigen. Nach dem Krieg war das anders. Es gab keine Verfolgung mehr, die staatlichen Institutionen waren der Kirche nicht feindlich gesinnt, doch politisch wollte er absolut keinen Einfluss mehr. In der ÖH kommt noch eine weitere Komponente hinzu: Als der CV wieder erstarkte, war das nicht in Strobls Sinn, denn »die Animosität gegen die Verbände war in vielen kirchlichen Kreisen

¹¹²⁶ Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

¹¹²⁷ Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

¹¹²⁸ Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

¹¹²⁹ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 4

besonders stark. [...] In Bezug auf die Politik hatte er eine eigene [Anschauung] – es war ein zweites Gesicht«. Doch »als Hochschuleseelsorger war er hervorragend. Er war sehr geschätzt und sehr beliebt.«¹¹³⁰

Manfred Machold sieht einen strukturellen Zugang, der gewisse Animositäten, die bis in die ÖVP-Politik der 1990er-Jahre spielen und eine gewisse Gegnerschaft von KHJ und CV erklären können: Da es bei den verbandsmäßig erfassten katholischen Studenten ein Medium gab, das den direkten Zugriff der kirchlichen Hierarchie verhindert hat, weil die Verbände eben eine eigene Struktur entwickelt haben, konnte die KHG im Sinne der reinen Kirchenlehre sagen: »Die anderen [...] verfolgen ja eigentlich gar nicht die wahre Lehre, sondern die verfolgen in Wahrheit Machtpolitik.«¹¹³¹ Die KHJ konnte jedoch ohne Zwischenträger agieren. Andererseits könnte man die Betrachtung auch umdrehen: Machtpolitik zu betreiben und sie als reine Lehre zu bezeichnen – was in der Hochschuleseelsorge unter Kurt Krenn in den 1990er-Jahren dann deutlicher sichtbar wurde.

In den späten 1960er-Jahren hatte sich die Katholische Hochschuljugend längst zu einer eigenen Institution entwickelt, die sich allerdings in manchen Dingen im Gegensatz zur ÖH etablierte. Gegensätze in der Politik ließen sich in den 1980er-Jahren in der ÖVP erkennen (Erhard Busek und Wolfgang Schüssel kamen aus der KHJ; Alois Mock, Robert Lichal oder Andreas Khol aus dem CV). Diese Spannungen, die sich schon in der bürgerlichen Studentenfraktion »Wahlblock« äußerten (Nachfolgeorganisation von FÖSt und Union) führten dann auch zur Gründung der ÖSU 1968/69, an der Pliem und Machold Anteil hatten.

Karl Strobl erhielt im Lauf seines Lebens zahlreiche Ehrungen: 1952 wurde er Monsignore, 1974 wurde er »Ehrenprälat seiner Heiligkeit« 1968 erhielt er das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und 1983 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Bezüglich der Weichenstellungen der Studenten der Gemeinde auf dem Petersplatz unter seiner Koordination im April 1945 war er sich wohl bewusst, wie er später auch beschrieb:

»Teilnahme am Löschen der Stephanskirche; Verhandlungen mit der russischen Kommandatur über die Eröffnung der Universität; das Zustandekommen der Österreichischen Hochschülerschaft als der studentischen Vertretung; Errichtung der nicht-sozialistischen Gruppierung in der Hochschulpolitik unter dem Namen »Freie Österreichische Studentenschaft«; Einsatzreferat für die Schuttaufräumung an der Universität; die Errichtung einer ersten Mensa:

¹¹³⁰ Mitteilung von Dr. Peter Pliem

¹¹³¹ Mitteilung von Manfred Machold

Diese Aktivitäten sind ermöglicht worden, weil es die Übereinstimmung im Glauben und in der österreichischen Gesinnung bei vielen Studenten gab, die sich in der Peterskirche und später in der Ruprechtskirche zusammenfanden.»¹¹³²

Karl Strobl und die Universitätsseelsorge haben maßgeblich zumindest das Bild der ersten Jahre der ÖH mitgeprägt. Aus ihren Reihen entstand eine christlich-liberale und emanzipatorische Gruppe, die Anregungen aus der christlichen Soziallehre und der Jugendbewegung weitertrug. Diese Tradition hatte zwar schon davor die Hochschülerschaft Österreichs beeinflusst, dies war aber mit dem prägenden Einfluss auf die ›Freie österreichische Studentenschaft‹, die bald federführend in der ÖH aktiv wurde, nicht vergleichbar. Eine Kontinuität der FÖSt zur Aktionsgemeinschaft in die Gegenwart ist durch ihre Nachfolgerfraktionen Union, Wahlblock und ÖSU gegeben.

¹¹³² Strobl (1981): Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass, S. 69

Die Gründung der Österreichischen Hochschülerschaft 1945

In der Entwicklung der neuen Struktur der Studentenschaft in Österreich, die ab dem Wintersemester 1945/46 Österreichische Hochschülerschaft genannt werden sollte, gibt es mehrere Entwicklungsstufen¹¹³³

1. 12. April: Aus der Widerstandsbewegung der Universitätsseelsorge, insbesondere durch strategische Überlegungen Otto Mauers, der dazu riet, das Machtvakuum sofort für die Wiedergründung der Universität und der Hochschülerschaft zu durchbrechen, kümmern sich Studenten des Petersplatzkreises, vor allem Kurt Schubert um die schnelle Eröffnung der Universität und die Einsetzung einer österreichischen Studentenvertretung mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht. Diese Initiative verschaffte der christlich-liberal-sozialen Widerstandsgruppe um den Petersplatz in der Tradition der katholischen Jugendbewegung einen erheblichen Startvorteil, vor allem in Wien, noch ehe sich alle anderen Gruppierungen bilden konnten.
2. 15. April: Aufbau einer Zentralverwaltung an Universität und in der Studentenschaft in Wien, symbolisiert durch den Vorsitzenden Rudolf Wengraf, der unter dem letzten HÖ-Vorsitzenden Richard Lechner in der Hochschülerschaft Österreichs in der Presseabteilung für die ÖHZ gearbeitet hatte. Wengraf war die personelle Kontinuität der Hochschülerschaft Österreichs und der Österreichischen Hochschülerschaft, andererseits stand er auch in einem Nahverhältnis zu den Kommunisten.
3. »Mitte April«: Einbezug von sozialdemokratischen und kommunistischen Studierendenvertretern. Die Gründung von Studentenfraktionen, die sich noch dazu an den Parteien im Staat orientierten, stellte keine Kontinuität dar, sondern war eine neue Entwicklung. So nahm die Petersplatz-Gruppe Kontakt mit der ÖVP auf, und es konstituierten sich auf Universitätsboden drei Parteien: Zunächst bildete sich ein »Sechserausschuss«, dann ein »Zehnerausschuss«.

¹¹³³ Einige dieser Phasen sind mit jenen ähnlich, die Gerhard Jagschitz 2006 für die Etablierung der demokratischen Verwaltung beschrieben hat, jedoch mit dem Unterschied, dass die sowjetische Militärverwaltung bereits von Anfang an zumindest die Errichtung der Zentralverwaltung (und) der Universität Wien bestätigte. Auch ist zu berücksichtigen, dass die ersten demokratischen ÖH-Wahlen erst 1946 stattfanden und die in der Zwischenkriegszeit dominanten Gruppierungen des CV und der nationalen Studenten erst mit Zeitverzögerung in der ÖH tätig wurden.

Vgl. Gerhard **Jagschitz**: Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung. In: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und in Österreich 1945-1955. Göttingen 2006

(= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd.32) S. 367-416; S. 376

4. Im Mai konstituiert sich offiziell der paritätische ›Hauptausschuss der Demokratischen Studentenschaft Wiens‹, die sukzessive mit den anderen Universitäten und Hochschulen, vor allem in Graz und Innsbruck Verbindung aufnahm.
5. 3. Oktober 1945: Mit der »Verordnung des Staatsamtes für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 3. September 1945 über die studentische Selbstverwaltung an den Hochschulen wissenschaftlicher und künstlerischer Richtung« wird die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) gegründet. Strukturell gibt es wichtige Kontinuitäten zur HÖ, allerdings steht die ÖH nun unter Aufsicht des jeweiligen Rektors, bzw. der Rektorenkonferenz¹¹³⁴. Die Mandatare wurden zunächst durch Ernennung bestimmt, die Wahl war jedoch für das Studienjahr 1946/47 explizit vorgesehen.
6. Mit dem Hochschülerschaftsgesetz 1950 erhält die ÖH ähnliche Rechte wie eine Kammer. Die Aufsicht der Rektoren wird wieder beseitigt.
7. Zur gleichen Zeit formieren sich die Studenten aus dem deutschnationalen Lager auch an den Universitäten neu und treten zunächst in zwei unterschiedlichen Fraktionen an. Der CV gewinnt innerhalb der Union bzw. des Wahlblocks wieder mehr Einfluss. Doch im Unterschied zur Zwischenkriegszeit konnten weder die Nationalen die gesamte ÖH dominieren, noch der CV die christliche Studentenfraktion.

Eröffnung der Universität Wien: Kurt Schubert als Rektor und Begründer des Einsatzreferates der Österreichischen Hochschülerschaft

Neben Karl Strobl, der die Studierenden dazu anregte, nunmehr für die Einrichtung der Universität aktiv zu werden, zeigten sich auch strategische Talente Otto Mauers. Mit seiner Aussage »Man muss sich vorbereiten, um beim Zusammenbruch in die freigewordenen Positionen nachzurücken!«¹¹³⁵ wurde die Gunst der Stunde genutzt, und die Studenten trugen zum Wiederaufbau der Universität und Studierendenvertretung bei.

Noch zur Zeit der im Abzug befindlichen Nationalsozialisten gründete dieser Kreis sogar eine ›Akademische Legion‹ für die Universität Wien, die direkt von Berlin legitimiert und den Entscheidungen der Gauleitung entzogen war¹¹³⁶. Doch anders als die ›Akademische Legion‹ von 1848 sollte hier nach langer Zeit eine bürgerliche Studentenschaft eingerichtet werden, die weder an Waffengebrauch irgendeiner Art an der Universität, noch an Deutschnationalismus

¹¹³⁴ Christine H. Forster: Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955. Wien 1984 (=Dissertationen der Universität Wien 166); S. 35

¹¹³⁵ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 32

¹¹³⁶ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 3, beruft sich auf Mitteilungen Schuberts.

dachte. Ganz in der aufgeklärten Tradition der Universitätsseelsorge war hier eine Generation am Werk, die die Verbändeuniversität für endgültig überwunden hielt und eine moderne christlich-österreichische und nicht marxistische Alternative setzen wollte.

Die Wiedereröffnung der Universität Wien ist eng mit Kurt Schubert verbunden. Er hat die ersten Schritte gesetzt. Als die Nationalsozialisten 1938 einmarschiert waren, war er noch vor der Matura gestanden. Die unmittelbar danach ausbrechende Judenverfolgung bewog ihn, sich wissenschaftlich mit dem Judentum auseinander zu setzen. Schon als Jugendlicher ein engagierter Katholik, begann er mitten im Krieg als Zeichen des geistigen Protests gegen das NS-Regime am Institut für altorientalische Philologie der Wiener Universität mit dem Hebräisch-Studium, weshalb ihm Freunde der Petersplatzgemeinde den Spitznamen ›Moses‹ verliehen.¹¹³⁷ Dieser Spitzname wurde ihm während eines der vielen Ausflüge – eine Reminiszenz an die Jugendbewegung – zugebracht. Schubert hatte 1941/42 Orientalistik inskribiert. Die meisten Studierenden der Orientalistik waren gegen die Nationalsozialisten eingestellt, bis auf einen aus dem betont nationalen katholischen Lager kommenden SS-Funktionär Knobloch. Daher war dieses Institut weitgehend unbehelligt. Im Strobl-Kreis fand Schubert viele weitere Anregungen für sein Studium und sein Engagement für das Judentum, unter anderem von Franz König. Ende März 1945, kurz vor der Befreiung Österreichs, noch unter nationalsozialistischer Herrschaft hatte Schubert seine Promotion gemacht.¹¹³⁸ Als Student rettete er die Bibliothek des Wiener Rabbinerseminars vor der Vernichtung und sorgte nach 1945 für den Transfer der kostbaren Buchbestände nach Israel. Am 2. Mai 1945 sollte er dann das von ihm selbst ausgerufene Semester – noch vor dem offiziellen Kriegsende – mit seiner ersten Universitätsvorlesung ›Hebräisch für Anfänger‹ eröffnen.¹¹³⁹

Der Vater von Schuberts Studienkollegin Ursula Just, die später seine Frau werden sollte, Dr. Alfons Just, war im austrofaschistischen Ständestaat steirischer Landesreferent zur Bekämpfung der illegalen NSDAP¹¹⁴⁰ und musste unter den Nationalsozialisten nach Wien übersiedeln. Er stellte den Kontakt für die Petersplatz-Studenten zur österreichischen Widerstandsbewegung her. In der Ebendorferstraße 10, ganz in der Nähe der Universität und fast an dem Ort, wohin später der Kreis von St. Peter mit Strobl als KHG übersiedeln sollte, war also »eine kleine Zelle«¹¹⁴¹ von Leuten, die bereit waren, die Universität vor weiterer Zerstörung zu schützen und sofort nach dem Abzug der Nationalsozialisten die Universität Wien wieder ihrer Bestimmung zuzuführen. Während des Abzugs der letzten Wehrmachts-Truppen und danach der SS, die

¹¹³⁷ Gerhard **Bodendorfer**: 80. Geburtstag von Prof. Dr. Kurt Schubert. *online unter*:
<http://www.christenundjuden.org/de/?item=19> (20.8.2009)

¹¹³⁸ Mitteilung von Dr. Kurt Schubert

¹¹³⁹ Bodendorfer: 80. Geburtstag von Prof. Dr. Kurt Schubert (20.8.2009)

¹¹⁴⁰ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 3

¹¹⁴¹ Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

noch schnell die Kommandostelle der Wehrmacht in der Liebiggasse 6/Universitätsstraße 7 anzündeten. Das Machtvakuum dazwischen nutzte Schubert, um aus dem ehemaligen Gebäude des Reichsarbeitsdienstes Ebendorferstraße 6 einige Telefone abzukappen und mitzunehmen. Diese sollten später für einige Zeit die einzigen Telefon-Verbindungen der Universität werden. In der Nacht vom 9. zum 10. April stellt die Gruppe eine Brandwache auf, um ein Übergreifen des Feuers auf Institutsgebäude der Universität zu verhindern.

In dieser Gruppe befand sich auch der 21-jährige Medizinstudent Hans Tuppy. Sein Vater war von den Nationalsozialisten getötet worden, er selbst war aus gesundheitlichen Gründen nur für den Arbeitsdienst einsetzbar, unter anderem dank eines Beamten, der von der Ermordung seines Vaters durch das Regime wusste und Tuppy versprach: »Ich werde Sie nicht einziehen«. Als Tuppy dann doch zum Volkssturm einberufen wurde, ging er nicht hin, sondern fand in der Wohnung der Familie Just Unterschlupf. »Ich war eben nicht daheim, wo man mich auch gesucht hat. [...] Ja, und so kam es, wir haben also schon sehr sehnlich erwartet, dass dieser Spuk vorbeigeht, und daher war also auch die militärische Situation um Wien für uns eine Möglichkeit, etwas vorzubereiten«.¹¹⁴² Auch Erika Fischer (Weinzierl) war in der Ebendorferstraße.

Hans Tuppy war auch der erste, der auf der Straße im Namen der kleinen Widerstands-Gruppe die sowjetischen Befreiungstruppen willkommen hieß. Kurt Schubert berichtet von einem weißen Tuch, das Tuppy namens der Gruppe zur Begrüßung geschwungen haben soll. Doch als die Truppen dann kamen, kümmerten sie sich nur »wenig um uns«.¹¹⁴³

Wie die Studenten die Universität Wien in Betrieb setzten

Schubert und Tuppy gingen am 12. April ins Büro des der Widerstandsbewegung O5 ins Palais Auersperg und erhielten dort einen offiziellen Stempel mit kyrillischen Zeichen und Hammer und Sichel auf ihre rotweißrote Armbinden. Tags darauf wurde Schubert in der sowjetischen Kommandantur auf der Bellaria von General Blagodatow empfangen. Nach einem kurzen Gespräch erhielt Schubert einen Empfehlungsbrief Blagodatows und wurde zum Kommandanten des 1. Bezirks geschickt, der für die Universität zuständig war. Dieser gab ihm einen jungen Offizier mit, der nicht nur fließend Deutsch sprach, sondern als Kunstgeschichtsexperte über Ringstraßenbauten schnell ein Verbündeter der Idee der Universitäts-Eröffnung wurde und mithalf, die Universität mit 15. April zu übernehmen. Noch am 12. April konnte Schubert mit Hilfe dieses Offiziers auch ein universitäres Hoheitszeichen selbst herstellen. Der Rektoratsstempel mit herausgeschnittenen nationalsozialistischen Insignien war die Grundlage, in den ein österreichischer Doppeladler aus der Zeit des Ständestaats eingefügt wurde, der wiederum aus einem alten Dekanatsstempel der Theologen geschnitten wurde. Fachkundige

¹¹⁴² Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

¹¹⁴³ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 7

Unterstützung erhielt Schubert durch den Professor für Kriminalistik, Roland Grassberger¹¹⁴⁴ (1905-1991).¹¹⁴⁵ Für die sowjetische Besatzungsmacht waren solche Stempel ein wichtiges Legitimationszeichen. Manchmal wurden sie auch gefälscht und kamen illegal zustande,¹¹⁴⁶ diesfalls hatte Schubert jedenfalls die offizielle Legitimation der der sowjetischen Stellen.

Das Datum 15. April hielt: Um 11 Uhr berief Schubert in das Institut für Ägyptologie in der Frankgasse 1 hinter der Votivkirche eine Professorenkonferenz ein. Durch zahlreiche Sperren hatten die Petersplatz-Studenten als Kuriere die Schreiben den Professoren überbracht. Tatsächlich fanden sich sechs Professoren ein. Der Institutsvorstand der Ägyptologie, spätere Dekan der philosophischen Fakultät und nachmalige Rektor Wilhelm Czermak bestätigte Schubert durch Händedruck in seiner Würde und legalisierte seine bisherige Tätigkeit. Schubert wurde beauftragt, sein provisorisches Amt noch drei Tage länger auszuüben und die Universität von den sowjetischen Truppen zu übernehmen. Eine Orientalistik-Studentin diente dabei als Dolmetscherin. Ob Zufall oder nicht, jedenfalls betrat genau während der Übergabe Rudolf Wengraf in Begleitung seiner Sekretärin die Szene. Er konnte ebenfalls eine Bevollmächtigung der Widerstandsbewegung vorweisen. Die Studierenden der Petersplatzgemeinde vermuteten ein Nahverhältnis zu den sowjetischen Befreiern, da er offenbar vom Termin der Übergabe genau unterrichtet gewesen sei. Von Wengrafs studentischen Aktivitäten im Ständestaat wussten nur die wenigsten etwas. Schubert und Wengraf einigten sich rasch und ohne Konflikte auf eine Arbeitsteilung. Schubert kümmerte sich weiterhin um die Eröffnung der Universität, Wengraf um die Gründung einer Studentenvertretung.

Anschließend nahmen beide gemeinsam mit Friedrich Langer das Gebäude der ehemaligen Gaustudentenführung Süd-Ost des NSDStB (Wien 9, Kolingasse 19) in Besitz, das voll Asche verbrannten Mists, zerstörtem Hausrat und menschlichen und tierischen Exkrementen war. »Ja, hier war man kulturell tätig gewesen«, notiert zehn Jahre später der erste Kulturreferent Langer, der sich bei dieser Begehung sogleich einen Raum für sein künftiges erfolgreiches Studententheater reserviert hatte, in der Studentenzeitung der FÖSt ›Der Morgen‹, »die Abziehend-Flüchtigen und die Eroberer, die hier Quartier und Beute machten und so üble Relikte hinterließen. Über die Barrikaden turnten wir weiter und so ergriffen wir Besitz von diesem Hause.«¹¹⁴⁷

¹¹⁴⁴ Grassberger war seit 1937 Professor an der Universität Wien, 1963-1964 war er deren Rektor. Außerdem war er Präsident der Gesellschaft für Strafrecht und Kriminologie und Ehrenmitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

¹¹⁴⁵ Roland **Floimaier**: Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU). Ungedr. phil. Diss. Univ. Salzburg, Salzburg 1974; S. 9

¹¹⁴⁶ vgl. Jagschitz (2006): Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung, S. 379

¹¹⁴⁷ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 9

Im Erdgeschoß befand sich eine fast unbeschädigte Mensa, die bereits drei Tage später, am 18. April 1945, die ersten 50 Portionen verteilte. Für sie war der griechische Kollege Verdellis zuständig. Eine Woche später waren es 300 Portionen. In den ersten Tagen wurden die Mahlzeiten für die Einsatzstudierenden noch kostenlos verteilt. Schubert berichtet von zahlreichen abenteuerlichen Rekrutierungen von Brot oder Sauerkraut mit einem Leiterwagen der Universitätsbibliothek, wobei auch viele andere



Studierende vom Petersplatz versuchten, ihre Kontakte für weitere Lebensmittellieferungen zur Mensa zu nützen.¹¹⁴⁸ Die Mensa der Universität Wien hatte einen sehr guten Ruf in den Nachkriegstagen, sodass dies VSStÖ-Studierendenvertreter Heinz Damian als einen der Gründe für den Wechsel von der Hochschule für Welthandel zur Universität Wien angibt.¹¹⁴⁹

Mit seinem Stempel erließ der provisorische Rektor Kurt Schubert am nächsten Tag, also am 16. April eine Verfügung, die von dreißig Kollegen der katholischen Studentenseelsorge »in allen Teilen Wiens an den Bäckerläden und den örtlichen ›Bezirksbürgermeisterämtern‹ eine Ankündigung in mehreren Exemplaren« angeschlagen wurde:

»Alle Studentinnen und Studenten, die im Sommersemester 1945 inskribieren wollen, werden aufgefordert, unverzüglich in die Universität zu kommen und einen zehnstündigen Räumeinsatz zu leisten. Beginn des Sommersemesters am 2. Mai«

Als Rektor unterschrieb er selbst und der obige Stempel »gab dieser Ankündigung sogar ein amtliches Aussehen.« Binnen einer Woche meldeten sich 300 Studenten und mehrere Professoren.¹¹⁵⁰

Tuppy berichtet, dass Studenten auch den ehemaligen Justizminister und Professor Ludwig Adamovich aufsuchten und meinten, jetzt sei es Zeit, wieder an die Universität zurückzukehren. Die Studierenden, »also nicht das Establishment«, seien die treibende Kraft zur Eröffnung gewesen, sie hätten ein vorbildliches Engagement gezeigt, nicht nur für die Lehrenden ihrer Universität, sondern auch für die jungen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Tuppy selbst

¹¹⁴⁸ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S 14f, Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 9f

¹¹⁴⁹ vgl. Damian (2004), Der rote Advokat – Schulwege, Politisches, Skurrielles, S. 25

¹¹⁵⁰ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 11

engagierte sich »damals um den Aufbau einer Studentenvertretung, die die Rechte auch der jungen Leute gegenüber einer Bedrohung, die damals gar nicht so gering war, wahrnehmen sollten«. In Rudolf Wengraf sah er einen zumindest den Kommunisten nahe stehenden Funktionär, der eine »Beziehung zu den Besatzungsmächten hatte«. Allerdings war ihm und den anderen Studierenden nicht klar, »wie eng sie war«¹¹⁵¹. Jedenfalls sollten die katholischen Studierenden vom Petersplatz ein Gegengewicht bilden.

Am 18. und 20. April gab es die ersten Senatssitzungen. Schließlich wurde Ludwig Adamovich zum Rektor und Richard Meister¹¹⁵² zum Prorektor gewählt. An diesen provisorischen Senatssitzungen nahmen – sonst ungewöhnlich für eine akademische Senatssitzung – außer dem Nicht-Professor Schubert auch noch Oberbaurat Pausewang und Gebäudeaufseher Fessl teil. Ende April 1945 machten schon 500 Studierende Dienst im Einsatzreferat: Die Räumlichkeiten der Universität wurden behelfsmäßig saniert. Statt Glas setzten die Studenten mit Draht verstärktes imprägniertes Papier in den Fenstern ein, Unmengen von Stroh und auch Tierkadaver wurden entfernt. Die Einsatzstudenten bauten nicht nur die Universität wieder auf, sie sorgten auch für die Versorgung der Studierenden und Professoren mit Lebensmitteln. Unter anderem wurde eine Mensa eröffnet. Mittlerweile begann sich auch die Studentenschaft zu konstituieren. Schubert blieb Vorsitzender des neu gegründeten »Einsatzreferats« und war auch für jene Studierenden zuständig, die Funktionäre in der Zeit des Nationalsozialismus gewesen waren.

Drei Parteien und ein parteiloser Vorsitzender

Die studentischen Aktivitäten, die zunächst ausschließlich von den Studierenden auf dem Petersplatz geleistet wurden, wurden nun von Rudolf Wengraf in Angriff genommen. Die Petersplatzstudierenden vermuteten ja ein Naheverhältnis zur sowjetischen Besatzung und auch den kommunistischen Studierenden. Floimaier (1974)¹¹⁵³ gibt an, dass Wengraf aus der Widerstandsbewegung kam, ebenso wie Forster (1984).¹¹⁵⁴ Griesebner (1990)¹¹⁵⁵ fügt nach seinem Namen in Klammer »CV« und »Vorsitzender« (des Sechser- bzw. Zehnerausschusses) ein, doch gibt sie keinen weiteren Beleg dafür, dass oder in welcher Verbindung Wengraf CV-Mitglied gewesen sei. Sonst finden sich dafür keine Hinweise. Laut Mitteilung von Kurt Skalnik war Wengraf bei der Heimwehr, jedenfalls war er in der Vaterländischen Front.

¹¹⁵¹ Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

¹¹⁵² siehe biographische Angaben zu Richard Meister im Kapitel »Einflüsse aus christliche Strömungen und der Jugendbewegung - Hochschuleseelsorge von der Hochschülerschaft Österreichs bis zur ÖH«

¹¹⁵³ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 14

¹¹⁵⁴ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 6

¹¹⁵⁵ Griesebner (1990): Politisches Feld Universität, S. 70

Für die Frage der Kontinuität ist jedenfalls bedeutsam, dass Rudolf Wengraf vor dem Anschluss Funktionär der Hochschülerschaft Österreichs gewesen ist, worauf bislang noch nicht aufmerksam gemacht wurde: Während der Sachwalterschaft Richard Lechners war er gemeinsam mit Erik Werba, Harald Hell und Josef Zarl Redakteur der ÖHZ unter dem Leiter der Abteilung (5) Presse- und Werbewesen der Hochschülerschaft Österreichs, Dr. Alfred Twaroch.¹¹⁵⁶ Durch diese persönliche Kontinuität wird klar, dass es wesentlich engere Verbindungen zwischen der Hochschülerschaft Österreichs und der Österreichischen Hochschülerschaft gibt als bisher beschrieben. Damit wurde durch einen ehemaligen Mitarbeiter der Hochschülerschaft Österreichs, der die Strukturen genau kannte, eine Kontinuität zur letzten Sachwalterschaft unter Richard Lechner hergestellt. Dass Wengraf Kommunist gewesen ist, dafür finden sich keine Belege. Der Vertrauensmann der Sowjetunion war zweifellos der Kommunist Peter Feldl, der in der Sowjetunion im Exil gewesen war. Wie aus Wengrafs (auch späteren) Publikationen¹¹⁵⁷ ersehen werden kann, war er ein katholischer Österreich-Patriot mit christlich-sozialen Wurzeln. So setzt er sich etwa in der ersten Ausgabe der Akademischen Rundschau im Herbst 1945 unter dem Titel »Gerechtigkeit für Südtirol« gegen die Brenner-Grenze und für eine Vereinigung Tirols ein.¹¹⁵⁸

¹¹⁵⁶ vgl. »Aufbau der Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs im WS 137/38« im Anhang dieser Arbeit

¹¹⁵⁷ z.B.: Der österreichische Standpunkt. Monatsschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. Wien 1964-1970 Wengraf war ihr Herausgeber: In dieser »linkskatholisch«-österreichpatriotischen Zeitschrift wirken Autoren wie Autor Carl Amery, der katholische Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten und spätere Psychotherapeut Wilfried Daim, die später im ORF sehr bekannte Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi (die übrigens mit dem Reformkommunisten Franz Marek verheiratet war), Johannes Ude, dem es 1907 an der Universität Graz von den Nationalen noch verwehrt worden war, als CV-Mitglied in Band und Mütze zu erscheinen und der später als Theologe, der auch Kunstgeschichte und Medizin studiert hatte, Mitglied der christlichsozialen Partei war, und in der Kriegszeit zum engagierten Pazifisten und Antimilitaristen wurde. Seine Bundespräsidentenskandidatur 1951 war, wie bereits erwähnt, nicht erfolgreich.

Ebenso schreiben darin Josef Dobretsberger, Friedrich Heer, der junge Reinhold Knoll, Albert Massiczek, Karl Lugmayer, Franz Theodor Csokor oder 1965 der Grazer ÖH-Vertreter Gerfried Sperl, der in einer liberaleren bürgerlichen Abspaltung des »Wahlblocks« (Nachfolgefraktion von FÖSt und Union), nämlich der »Aktion« tätig war.

Wäre Herausgeber Wengraf Kommunist gewesen, hätte er für diese Zeitschrift wohl keine WIFI-Inserate erhalten. Von der Blattline lässt sich ein Bekenntnis zu einem neutralen Österreich ablesen, das gegen eine Einmischung der Deutschen auftrat (vor allem gegen Franz-Josef Strauß und die sudetendeutschen Landsmannschaften, als sie 1964 versuchten, Einfluss auf die Zeitung »Die Furche« zu gewinnen). Wengraf schrieb damals den Leitartikel unter der Überschrift »Der »Geist von 1945« lebt«. Wohl aber hatte die von Wengraf geleitete Zeitschrift keine Berührungängste zu den Kommunisten. Ausführlich wurde über den Tod Richard Kirchwegers geschrieben – und von Chruschchows eingeleiteter Liberalisierung und Demokratisierung nahm Dobretsberger an, dass diese »nicht rückgängig gemacht« werden könne. (November 1964, S. 3) »In memoriam Leopold Figl« wurde andererseits die Größe des Menschen Leopold Figl gewürdigt und es gab ausführliche Berichte über das Konzil und das »Mitspracherecht der Laien in der Kirche«.

¹¹⁵⁸ Akademische Rundschau, 3. 11.1945, S. 10

»Katholisch-kommunistische Aktionsgemeinschaften«

Ist ein Naheverhältnis zum Kommunismus bei Wengraf überhaupt denkbar? Nochmals sei daran erinnert, was Drimmel über einige seiner Kollegen konstatiert hat, nämlich, dass sich in der Spätkrise von 1938 zu den »Rechtsüberholern« auch »Linksüberholer« gesellten, die eine Solidarisierung von Katholiken, Revolutionären Sozialisten und Kommunisten gegen den Nationalsozialismus bilden wollten. Drimmel sah eine Fortsetzung dieser Entwicklung auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg:

»Der absolute Widerstand, der in einer neuen Generation katholischer Intellektueller nach 1938 dem Dritten Reich im Untergrund entgegengesetzt wurde, hatte zur Folge, dass in vielen katholischen Kreisen nachher unser militanter Widerstand gegen den Hitlerismus und der Nationalismus in einer Linie gesehen wurden. In dem Maße, in dem nach 1945 junge Katholiken die Methoden der Demokratie geradezu als Kriterium politischer Moral an sich ansahen, weitete sich der Riss, von dem nachher immer mehr nach links hin abfielen, wo sie schließlich keinen Gegner mehr sahen und sich in einzelnen Fällen in Aktionsgemeinschaften mit radikalen Marxisten und Kommunisten einließen.«¹¹⁵⁹

Genauso, wie es im austrofaschistischen Ständestaat Katholiken gegeben hatte, die Nationalsozialisten wurden, allerdings in weit höherem Ausmaß, gab es vereinzelt auch Katholiken, die Sympathien für den Kommunismus entwickelten, wie etwa aus den Akten des Unterrichtsministeriums hervorgeht.¹¹⁶⁰

So informierte die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit des Bundeskanzleramts das Ministerium über den Verdacht »der kommunistischen Umtriebe« eines Studenten der Philosophie, Karl Stawaritsch, der »trotz seiner christlichen Erziehung [...] sich bereits während der Zeit seiner Mittelschulstudien der Kommunistischen Partei« zuwandte und Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes wurde. Er wurde bei der Verteilung von kommunistischen Flugzetteln beobachtet, seine Reisen nach England, z.B. vom 10. Juli bis 24. August 1937, »um dort seine englischen Sprachkenntnisse zu vervollkommen«, wurden registriert. Auch wusste der Akt zu berichten, dass der Student als Trotzlist bezeichnet und aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Allerdings wird auch festgestellt, dass »kein Verfahren anhängig« ist.

Dieses Beispiel trifft für Wengraf vermutlich nicht zu, denn er war ja zu dieser Zeit Mitarbeiter in der Hochschülerschaft des Ständestaates, wenngleich auch Kontakte zu kommunistischen Studierenden auch zu dieser Zeit nicht ausgeschlossen werden können. Aktiv im Ständestaat waren ja auch Josef Dobretsberger als Minister als auch Viktor Matejka, die beide mit anderen prominenten Arbeitnehmersvertretern des austrofaschistischen Ständestaats in einem Arbeitskreis für die Probleme der Arbeiterfrage zusammenarbeiteten. Diesem Arbeitskreis gehörten ebenfalls an: August Maria Knoll, Karl Maria Stepan, Leopold Kunschak, Karl Lugmayer und

¹¹⁵⁹ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 172f

¹¹⁶⁰ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1938; 152

Ernst Karl Winter, Alfred Maleta, Karl Kummer, Hans Bayer, Erich Hula¹¹⁶¹, Rudolf Hausleithner, Anton M. Schwartz und August Schaurhofer. All diese Arbeitnehmervertreter waren offen dafür, die ehemaligen sozialdemokratischen Arbeitnehmer als Verbündete gegen den Nationalsozialismus zu gewinnen.¹¹⁶² Auch mit Staatssekretär Hans Großauer, Hans Schmitz, Nikolaus Hovorka¹¹⁶³ oder Franz Spalowsky traf Viktor Matejka in dieser Frage zusammen. »Ziel dieses Arbeitskreises war die Schaffung einer Plattform für die Einbringung von Ideen und Forderungen der Arbeiterschaft in den politischen Willensbildungsprozess.«¹¹⁶⁴

Viktor Matejka wurde kommunistischer Kulturstadtrat in Wien, der auch in anderen Parteien geschätzt wurde. Bei Josef Dobretsberger ist, wie auch bei Rudolf Wengraf, das Naheverhältnis zu den Kommunisten nicht so klar: Dobretsberger, der wie der Wiener Bürgermeister Schmitz in der CV-Verbindung Norica war, wandte sich nach seiner Rektorentätigkeit in Graz, wo er als Gegner des Nationalsozialismus einen schweren Stand hatte und nach dem Exil in Istanbul nach der Zeit des Nationalsozialismus wieder der Politik zu. Doch in der ÖVP konnte er kaum Fuß fassen, so gründete er eine eigene Liste: Diese Demokratische Union war für eine Zusammenarbeit mit der KPÖ offen. Eine ihm nachgesagte vorgesehene Funktion als Bundeskanzler, sollte der kommunistische Streik 1950 erfolgreich sein, ist nicht erwiesen. Jedenfalls wurde er in den 1960er-Jahren, als er sich aus allen politischen Ämtern zurückgezogen hatte, vor allem durch Alfred Maleta, der seinen früheren Grazer Professor sehr schätzte, in der ÖVP wieder salonfähig.¹¹⁶⁵ All diese Beispiele zeigen, dass die Bemühungen der Kommunisten um die Katholiken, die bereits in der Zeit des austrofaschistischen Ständestaats begannen, durchaus erfolgreich waren.

Alles in allem lassen also Wengrafs Handlungen als ÖH-Vorsitzender und seine spätere Herausgeberschaft Wurzeln im ›linken Lager‹ des austrofaschistischen Ständestaats erkennen, bei denen offenbar die Argumentation des Kommunisten Klahr verfiel. Nach 1945 wandte sich diese bürgerliche Richtung vehement gegen jede deutschnationale Bestrebung und bemühte sich offenbar mit der Sowjetunion um ein gutes Verhältnis, wie wohl der Katholizismus immer

¹¹⁶¹ Schüler Kelsens, ging mit diesem in die USA und lehrte Staatswissenschaften an der New York University; publizierte über z.B.: Nationalism and Internationalism: European and American Perspectives. University Press of America, 1984

¹¹⁶² vgl. Martin Auer: August Maria Knoll 37, Laut Schmit gehörtem diesem ab Jänner 1935 auch Staatssekretär Hans Großauer, Schmit (2009): Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung, S. 99

¹¹⁶³ Herausgeber der Reden von Miklas, Auseinandersetzung mit Funder: ein Brief » weder Kommunist noch Christ« In den 1930er Jahren gab er gemeinsam mit Matejka die Zeitschrift Berichte zur Kultur- und Zeitgeschichte heraus.

¹¹⁶⁴ Schmit (2009): Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung, S. 99

¹¹⁶⁵ Dieter A. **Binder**, Josef Dobretsberger (1903-1970). Ein heimatloser Bürgerlicher. In: Geschichtsforschung in Graz. Festschrift zum 125-Jahr-Jubiläum des Instituts für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Graz 1990, S. 297-304; S. 298

wieder betont wurde. Heinrich Drimmel indes ging in seiner Sicht des ›Linkskatholizismus‹ noch weiter: Er vertraute als Vertreter der deutschnationalen Christen, als Vertreter der Heimwehr und des CV auch der in Neuland verwurzelten Hochschuleseelsorge nicht und sah allenthalben Linkskatholiken auch im Umkreis der FÖSt. So nannte Drimmel weitere Vertreter des Linkskatholizismus, die aber weder der kommunistischen Partei, noch in ihr nahe stehende Parteien eintraten und sich auch gewiss nicht als Sympathisanten des Kommunismus sahen:

»Persönlichkeiten wie der damalige Akademikerseelsorger Msgr. Otto Mauer faszinierten an Blochs Philosophie, die dieser im Anschluss an Marx entwickelte, gewisse religiös chiliastische Momente, mit denen Bloch für seine Sozialutopien warb. So entstanden auch in Österreich die Fittings zwischen Neo-Marxismus und einem latenten Linkskatholizismus, der bereits erklärte Vertreter hatte: Ernst Karl Winter [...], August Maria Knoll [...] und Friedrich Heer«.¹¹⁶⁶

Somit hatte Drimmel nicht nur den Kurs des auch von der bürgerlichen FÖSt misstrauisch beäugten Rudolf Wengraf als ›Linkskatholizismus‹ verworfen, sondern letztendlich der FÖSt, und den katholische Petersplatzgemeinde nahe stehende Persönlichkeiten als ›Linksabweichler‹ eingestuft. Es ist wohl kein Zufall, dass unter Raabs Kanzlerschaft und Drimmels Ministerschaft der Einfluss des CV zunahm, der zuvor eine untergeordnete Bedeutung in der ÖH und im bürgerlichen ›Wahlblock‹ gespielt und vor 1953 nur einen ÖH-Vorsitzenden gestellt hatte und dass der Einfluss der FÖSt und ihrer ehemaligen Anhänger dahinschwand.

Neue (alte) Strukturen bilden sich heraus

Auch wenn viele Studenten der Petersplatzgemeinde, aus denen bald die Freie Österreichische Studentenschaft (FÖSt) entstand, in Wengraf einen Handlanger der Kommunisten sahen: aufgrund seiner Handlungen als Vorsitzender der ÖH lässt sich eher feststellen, dass es in der Aufbauphase sicherlich hilfreich war, ein Intimus der früheren Hochschülerschaftsstrukturen und Abläufe zu sein. Die Kontinuität der Jahrbücher und die sofortige Aufnahme der Pressearbeit zunächst in den Mitteilungsblättern lässt sich ebenso erkennen wie später in der Akademischen Rundschau. Der Name knüpfte übrigens nicht an die Österreichische Hochschulzeitung 1936-1938 und ist den Akademischen Nachrichten 1934-1935 nur ähnlich, doch gibt es Gemeinsamkeiten in Aufbau und inhaltlicher Ausrichtung: Berichte über die Hochschülerschaft, ihre Gliederungen, aber auch spezielle Berichte zu Themen der Zeit, zu philosophischen, wissenschaftlichen oder religiösen Themen, ebenso mit der Beschäftigung der österreichischen Identität.¹¹⁶⁷

Der wichtigste Unterschied zur früheren Hochschülerschaft Österreichs ist, dass sich bald drei Studentenfraktionen herausbildeten, die den politischen Parteien in Österreich zugerechnet

¹¹⁶⁶ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, 351f

¹¹⁶⁷ vgl. die früheren Kapitel dieser Arbeit: »Österreich« oder »Frauenstudium«

werden konnten. Dies ist wohl der deutlichste Bruch: hatten doch die Hochschülerschaftsfunktionäre im österreichischen Ständestaat diese Parteipolitik für überwunden erklärt und den Parteienzank hauptverantwortlich für frühere Miss-Stände gesehen. Dennoch gibt es auch hier eine Kontinuität: Von Parteipolitik wollen auch die Studentenfunktionäre der neuen Studentenschaft nichts wissen, auch wenn sie sich diesbezüglich vor allem gegen die Nationalsozialisten wenden (und wohl auch die kommunistischen Studierenden meinen): Unter der Überschrift »Eine Warnung!« erscheint eine Abrechnung mit dem »Sauf- und Raufstudent[en]« oder mit einem »weltanschaulich geschulte[n] Student[en]« oder unwissenschaftlich-plakativer Agitation:

»In diesem Sinne muss jenen zahlenmäßig kaum spürbaren, aber an geschäftigem Eifer nicht zu übertreffenden Kreisen einmal offen gesagt werden: Wer mit parteipolitischer Agitation auf der Hochschule – sei sie auch noch so gut getarnt – unsere Freiheit von Forschung und Lehre gefährdet, wird hinausgeworfen. Es ist dabei ganz gleichgültig, von welcher Richtung die Agitationen kommen.«¹¹⁶⁸

Übrigens war dies auch in der ›Verordnung des Staatsamtes für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 3. September 1945 über die studentische Selbstverwaltung an den Hochschulen wissenschaftlicher und künstlerischer Richtung‹ in § 16 festgelegt. »Jedwede parteipolitische Betätigung ist im Rahmen der Hochschülerschaften strengstens untersagt.«

Insoferne ist die Hochschülerschaft als (wissenschaftliche) Interessensvertretung der Zeit des austrofaschistischen Ständestaates jedenfalls näher als der Deutschen Studentenschaft. Ein Neubeginn ist aber unübersehbar.

Auch die Strukturen der Hochschülerschaft Österreichs werden weitgehend beibehalten: Zwar bilden sich jetzt neue Referate¹¹⁶⁹ heraus. Die Struktur auf bis zu vier Ebenen (Bundesvertretung, Universitätsvertretung, Fakultätsvertretung oder Studienabschnitts-/Studienrichtungsvertretung) blieben jedoch zunächst erhalten: Schnell wurden an den Fakultäten wieder die Fachgruppen eingerichtet (mit einer Differenzierung, nämlich, dass nunmehr die Philosophische Fachgruppe in drei Teile geteilt wurde: Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und wie auch davor schon Pharmazeutische Fachgruppe).

Drei Parteien

Kurz nachdem die Universität wiedereröffnet worden war, erschien Dr. Peter Feldl als Beauftragter des Zentralkomitees der kommunistischen Partei.¹¹⁷⁰ Tuppy berichtet mit

¹¹⁶⁸ Akademische Rundschau, 1.12.1945, S. 14

¹¹⁶⁹ der Name »Referat« war nur vereinzelt vor 1938 in Gebrauch, stattdessen sprach man von »Abteilungen« und »Ämtern«. Eine Ausnahme nach 1945 war das »Akademische Auslandsamt«.

¹¹⁷⁰ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 6f, Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 11

Hochachtung über einen »sozialistischen Kollegen«: Diesen »Prof. Hoffmann-Ostenhoff, ein bewährter Widerstandskämpfer¹¹⁷¹, ein sehr aufrechter Mann«, hat Tuppy auch später sehr geschätzt. Er selbst hat ihn 1945 gefragt, ob er als Sozialdemokrat nicht in der Studentenschaft mitarbeiten möchte. Tuppy betont ausdrücklich, dass es ihm auch wichtig war, die kommunistischen Studenten so in die Drittelposition zu bringen.¹¹⁷² Nach den jahrzehntelangen erbitterten Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen und katholischen Studenten wurden mit Tuppys Geste, nämlich, dass jetzt bürgerliche Studenten die Sozialdemokraten als Verbündete unbedingt in der Studentenvertretung haben wollten, tatsächlich ein Neubeginn gesetzt.

Kurz darauf, anlässlich einer Studentenkundgebung der Kommunisten zum 1. Mai 1945 »ließ Feldl offen seinen Willen durchblicken, auf der Universität ein eindeutig nach den Intentionen seiner Partei ausgerichtetes Regime durchzusetzen.« Gleichzeitig trat er mit dem Gedanken von Hochschulwahlen auf.¹¹⁷³

Floimaier charakterisiert Feldl als ehrgeizigen und sehr selbstsicheren Funktionär:

»Ein ausgezeichnete Debattenredner und kluger Jurist, erkannte er die Schwächen seiner Gegner und suchte stets, Vorteile daraus zu schlagen. Als damals überzeugter Vertreter seiner Partei und seiner Ideologie hat er nichts unterlassen, die Stellung seiner Gruppe zu verstärken. Als politisch handelnder Mensch war er einer der geschultesten und in wirtschaftlichen Fragen am meisten vorgebildeten Aktivisten. Er war von der Festigkeit seiner Stellung so überzeugt, sodass er sich manchmal in der Rolle eines Diktators gefiel, und gerade das war es, das seinen Sturz hervorrief.«¹¹⁷⁴

Forster weiß von einer Ausbildung in der Sowjetunion und beruft sich dabei auf eine ungenannte Quelle:

»Er war von den Russen dazu ausersehen und »sogar in Russland geschult worden«, die Universität politisch in den Griff zu bekommen. »Er selbst wollte sich nach der russischen Annexion der Hochschulen als deren Verwalter einsetzen lassen.«¹¹⁷⁵

Feldls Stellung in der Hochschülerschaft stand während des ersten Semesters der des Vorsitzenden Wengraf kaum nach: So taucht Peter Feldl Unterschrift immer wieder auf wichtigen Dokumenten auf. Er unterzeichnete stets »für das Präsidium« etwa bei der

¹¹⁷¹ Otto Hoffmann-Ostenhoff war Mitglied der Widerstandsgruppe »Tomsk«, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, Universitätseigentum vor Verschleppung zu schützen. Prof. Lange, der das Elektronenmikroskop zerstören wollte, erschoss zwei Mitglieder der Widerstandsgruppe am 5. April 1945 →

Ernst **Lammer**: Chemie – Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft. Zum Gedenken an die 1944 gegründete Widerstandsgruppe am I. Chemischen Universitätslaboratorium. In: UNIQUE – Magazin der ÖH Uni Wien 4/2005 online unter: <http://www.univie.ac.at/unique/?tid=677> (8.9.2009)

¹¹⁷² Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

¹¹⁷³ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 7

¹¹⁷⁴ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 15f

¹¹⁷⁵ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 20

Konstituierung des Komitees für geschädigte Studenten (nämlich jener Studenten, die im Nationalsozialismus aus rassistischen oder politischen Gründen verfolgt worden waren) neben den Ausschussmitgliedern, dem Unterstaatssekretär Lugmayer für die Regierung und Rudolf Wengraf als Vorsitzender der österreichische-demokratischen Hochschülerschaft,¹¹⁷⁶ oder auch bei der offiziellen Kontaktaufnahme mit der Universität Graz¹¹⁷⁷. Feldls Einfluss neben Wengraf ist dementsprechend nicht zu unterschätzen.

Die Auseinandersetzungen um die Aktivitäten des Germanistik-Professors Nadler im Dritten Reich,¹¹⁷⁸ und die Verteidigung hauptsächlich von geisteswissenschaftlichen Studentinnen, die »stets in einem besonders engen Kontakt für ihren Lehrer standen«,¹¹⁷⁹ nutzt Feldl, um der FÖSt Versagen in der Bekämpfung antifaschistischer Arbeit vorzuwerfen und den Vertreter der christlichen Studierenden im Präsidium, Rudolf Lewandowsky, der gleichzeitig Leiter der in diesem Fall zuständigen Fachgruppe Geisteswissenschaften war, zu beseitigen. Doch auch wenn es noch keine demokratischen Wahlen aller Studierenden gab, hier zeigten sich erstmals sehr deutlich die demokratischen Gebräuche innerhalb der studentischen Vertreterinnen und Vertreter, allerdings nicht so, wie Feldl es geplant hatte:

In einem Brief an den ÖH-Vorsitzenden Rudolf Wengraf beschwerten sich zunächst zwei Mitglieder, der Schriftführer Kurt Strasser und der Versammlungsleiter Theo Petter und protestierten »gegen das absolut undemokratische Verhalten des Fachgruppenleiters Dr. Feldl und seine Methoden, die man bestenfalls mit dem Ausdruck ›Meinungsterror‹ charakterisieren« könne.

»Und so kam es zu jener dramatischen Sitzung der juridischen Fachgruppe, deren Leiter damals Dr. Feldl war, bei der die Schließung der geisteswissenschaftlichen Fakultät beantragt wurde. Dr. Feldl hatte jedoch seinen Einfluss überschätzt. Durch eine vonseiten Dr. Feldls mit äußerster Erbitterung geführte Debatte und durch eine unkluge diktatorische Verhandlungsleitung desselben erobert, stellten die übrigen Vertreter einen

¹¹⁷⁶ Mitteilungsblatt, 12.7.1945, S. 5

¹¹⁷⁷ siehe Faksimile: Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 148

¹¹⁷⁸ vgl. Willi **Weinert**: Die Entnazifizierung an den österreichischen Hochschulen. In: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Symposium des Inst. f. Wissenschaft u. Kunst, Wien, März 1985. Wien 1986; S. 254-269; S. 257

¹¹⁷⁹ Bericht und Stellungnahme zur Fachgruppensitzung Geisteswissenschaften am 14. Juli 1945 UAW, UAW, S.Z. 27/1, 1944/45 – 38

Übrigens wurde 1947 Nadler dauerhaft in den Ruhestand versetzt und mit ihm noch weitere andere:

In den Ruhestand wurden versetzt blieb auch Prof. der Volkswirtschaftslehre Dr. Othmar Spann und in den Ruhestand versetzt wurden außerdem: Prof. der Geschichte Dr. Heinrich Srbik, Prof. der Theaterwissenschaft Kindermann, Prof. der Geschichte der Neuzeit Dr. Wilhelm Bauer, Prof. der Geschichte Dr. Otto Brunner, Prof. der Philosophie Dr. Hans Eibl, Prof. der germanistischen Sprachgeschichte und Altertumskunde Steinhauser und Prof. der germanistischen und deutschen Volkskunde Dr. Richard Wolfram

Misstrauensantrag, bei dem Dr. Feldl unterlag. Damit war praktisch schon sehr bald das Ende der aktiven Tätigkeit Dr. Feldls innerhalb der Studentenschaft gegeben. Er musste als Fachgruppenleiter [der juristischen Fakultät] zurücktreten, konnte sich jedoch noch einige Zeit als Vertreter seiner Partei halten. Sein gänzliches Ausscheiden erfolgte nach der Reise zum ersten Prager Weltstudentenkongress 1946.«¹¹⁸⁰

Rektor Adamovich äußerte sich in einer Erklärung an das ›Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten‹ unverblümt:

*»Da nach der gegenwärtigen **von mir immer bekämpften Organisation der Studentenschaft** dem Rektor nicht die geringste Möglichkeit geben ist, einen Studentenvertreter von dieser seinen Funktion zu entheben, bitte ich, die Angelegenheit des Dr. Feldl vom Staatsamte aus zu untersuchen und auch von dort aus die entsprechend erscheinende Verfügung zu treffen.«¹¹⁸¹*

Kurz zuvor hatte er von einer Stellungnahme von Elisabeth Valek, einer Angestellten des Rechts- und staatswissenschaftlichen Dekanates, erfahren: Was die Angestellte Valek eidesstattlich erklärte, barg schweren Zündstoff für den Kommunisten Feldl. Er, der sich stets in die erste Reihe der Bekämpfung des Nationalsozialismus gestellt hatte, wurde nun als illegales HJ-Mitglied noch im Ständestaat entlarvt, noch schlimmer: Feldl ließ namens der Hochschülerschaft die Datei aller Studierenden der juristischen Fakultät beschlagnahmen, um seinen unliebsamen Akt verschwinden zu lassen:

»Ende April oder Anfangs Mai 1945 verlangte Herr Dr. Peter Feldl im Namen der österreichisch-demokratischen Studentenschaft die Herausgabe der im juristischen Dekanate befindlichen Kartei über die Hörer der juristischen Fakultät. Diese Kartei war bereits früher von der Studentenschaft formell beschlagnahmt worden. Bevor ich die Kartei an die Studentenschaft ausfolgte, sah ich mir das Karteiblatt von Herrn Feldl genau an, [...] Ich wurde dazu veranlasst durch die wiederholten Anfragen von Hörern über die Person Dr. Feldls. Bei der genauen Durchsicht der Kartei stellte ich einwandfrei fest, dass bei der Rubrik ›Hitlerjugend, Mitglied seit ... angegeben war: ›HJ 1936‹. Es handelte sich um eine grüne Karteikarte, die auf Grund der von Dr. Feldl selbst ausgefüllten und unterschriebenen Unterlagen angelegt worden war.

Die beschlagnahmte Kartei wurde dem Dekanate am 19. Juli 1945 wieder zurückgestellt. Ich stellte dabei fest, dass die Karteikarte von Herrn Dr. Feldl nicht mehr vorhanden ist.«¹¹⁸²

Feldls Nachfolger als Fachgruppenleiter wurde der ehemalige Buchenwaldhäftling und spätere SPÖ-Mandatar sowie Handelsminister unter Bruno Kreisky, Josef Staribacher (*1921), der bis zur ersten Wahl 1946 Fachgruppenleiter blieb.

¹¹⁸⁰ vgl. Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 15; Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 19f

¹¹⁸¹ UAW, S.Z. 27/1, 1944/45 -19; Hervorhebungen *nicht* original

¹¹⁸² UAW, S.Z. 27/1, 1944/45 - 41

Nachdem sich die anderen Parteien konstituiert hatten und sich abzeichnete, dass nur jene Studierendenfraktionen zugelassen würden, die die Legitimation einer der drei politischen Parteien nachweisen konnte, brauchten nun auch die Studierenden der Petersplatzgemeinde politische Legitimität. Als Mutterpartei kam nur die ÖVP in Betracht. Allerdings, in der Ideologie der Ablehnung von Parteipolitik, wollte man kein allzu großes Naheverhältnis eingehen, was aber auch in der ÖVP, deren Funktionäre ja zehn Jahre zuvor die Verdammung der Parteipolitik im austrofaschistischen Ständestaat selbst immer wieder vertreten hatten, auf Verständnis stieß.

Währenddessen hatte sich ein Sechserausschuss an der Universität gebildet, der schnell zu einem Zehnerausschuss wurde. Bereits dem Sechser-Ausschuss gehörten Vertreter (und eine Vertreterin von der KPÖ) aus allen Parteien an.

Wie in der Politik der Republik Österreichs ging auch in der Hochschülerschaft allmählich die Macht auf Vertrauensleute der Parteien über. Als der damals noch im Amt befindliche Vertreter der kommunistischen Studenten, Peter Feldl, Wahlen vorschlug, wurde der Druck auf die Studenten des Petersplatzkreises noch größer, eine Fraktion mit einem Agreement der ÖVP zu gründen. Dr. Hurch, der bereits im Sechserausschuss mitarbeitete, nahm die Kontakte zur ÖVP auf. Denn der Seelsorger Strobl machte den Studierenden seiner Gemeinde, die nun eine politische Fraktion gründen wollten, klar, dass er weder etwas mit Politik zu tun haben wolle noch - wegen der strikten Trennung von Politik und Religion - auf Anweisung der Bischöfe etwas damit zu tun haben dürfe.¹¹⁸³

Es kristallisierte sich der Name ›Freie Österreichische Studentenschaft‹ heraus. Dabei sollten nicht mehr die alten Traditionen der 1930er-Jahre wiederbelebt werden, daher wurde auch auf die Worte ›christlich‹, das ohnehin selbstverständlich schien, und ›sozial‹ verzichtet.¹¹⁸⁴ Abgesehen, dass das Wort ›frei‹ 1945 in der Luft lag, gab es ja auch Traditionen der emanzipatorischen Jugendbewegung in der Petersplatz-Gruppe. Hans Tuppy gibt aber noch einen anderen Grund für diesen Namen an:

»Ich selbst habe dann mit Kollegen als politische Vereinigung die Freie Österreichische Studentenschaft gegründet, eben die FÖSt, mit ›F‹ geschrieben. Der Name war ein Kampfausdruck auch gegenüber den Kommunisten, die alles, was kommunistisch war, ›frei‹ genannt haben.«¹¹⁸⁵

Dies führte zu teils kuriosen Verwechslungen mit der kommunistisch dominierten ›Freien Österreichischen Jugend (FÖJ)‹, die ursprünglich angetreten war, eine Staatsjugend zu bilden.

¹¹⁸³ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 12; Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 13

¹¹⁸⁴ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 8, Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 15

¹¹⁸⁵ Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

Kurt Skalnik berichtet, dass aber bald zu erkennen gewesen sei, »dass andere Jugendgruppen hierbei nur die Rolle von Mitläufern im Konzept der Kommunisten spielen sollten«, und viele der Jugendgruppen daher bewusst antimarxistisch aufgetreten seien – wie eben auch die FÖSt.¹¹⁸⁶ Jedenfalls traten offenbar – durch die Namensähnlichkeit verwirrt – einige Kommunisten der FÖSt sogar bei.¹¹⁸⁷ Auch das Wort »Österreich« im Namen kann durchaus als Programm verstanden werden. Mit dem früheren Deutschtum wollte man nichts mehr zu tun haben. Viele der FÖSt-Mitglieder sahen Österreich als eine Nation an.¹¹⁸⁸ Noch im Mai 1945 gab es ein Abkommen mit dem damaligen Parteiobmann Hans Pernter, dem ehemaligen Unterrichtsminister zu Zeiten der Hochschülerschaft Österreichs und dem ehemaligen Hochschulvertreter des Bundes Neuland, dem damaligen Generalsekretär und späteren Unterrichtsminister Felix Hurdes, indem die FÖSt das Recht bekam, als offizielle Vertretung der ÖVP in den Organen der studentischen Selbstverwaltung aufzutreten. Auch Rektor Adamovich wurde davon informiert.¹¹⁸⁹ Die FÖSt erhielt sogar zwei Räume von der ÖVP in der Falkestraße. Hans Tuppy berichtet über die Verhandlungen:

»Unser Mann war Hurdes, der damals der Gründer der ÖVP gewesen ist, und zu dem gab es durchaus direkte Beziehungen. Aber wir waren der Meinung, was ja [...] eigentlich bis heute aufrechterhalten worden ist, dass es nicht unbedingt einer studentischen Gemeinschaft gut tut, wenn sie direkte Parteiorganisation ist, sondern doch eine Unabhängigkeit haben soll. Gerade auf universitärem Boden ist Parteilichkeit immer eine [...] dubiose Angelegenheit. [...] Wir waren damals schon von allem Anfang an überzeugt, eine politische Gruppierung zu schaffen, die christlich-demokratisch-liberal ist.«¹¹⁹⁰

Die ›Demokratische Studentenschaft‹

Zu Beginn des Sommersemesters wurde am 1. Mai 1945 die ›Demokratische Studentenschaft‹ in der Aula der Universität Wien ›per acclamationem‹¹¹⁹¹ von den anwesenden Studenten bestätigt. Es waren die Vertreter des Zehnerausschusses, doch sollten die Strukturen nun flexibler sein und so bildete sich der Hauptausschuss der Wiener Demokratischen Studentenschaft, der einerseits alle Wiener Universitäten umfassen sollte (ähnlich wie einst ›die Hochschülerschaft der Hochschulen im Bundesland Steiermark‹ alle steirischen Hochschulen umfasst hatte. Später wurde diese zur Österreichischen Demokratischen Studentenschaft, nachdem auch mit Graz und Innsbruck Kontakte aufgenommen worden waren. Es konstituierte sich ein Präsidium, dem

¹¹⁸⁶ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 12

¹¹⁸⁷ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 13

¹¹⁸⁸ Mitteilung von Walter Jambor, der am 19. Mai 1945 an der Universität inskribierte, also nicht zum Peterplatz-Kreis gehörte, weil er davor im Krieg war.

¹¹⁸⁹ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 14

¹¹⁹⁰ Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

¹¹⁹¹ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 20

mit Rudolf Wengraf als Vorsitzenden auch noch Peter Feldl (KPÖ), Dr. Otto Hoffmann-Ostenhof (SPÖ), Rudolf Lewandowsky (FÖSt) und Rudi Wagner (parteilos) angehörten.¹¹⁹²

Im Juni berichtete das neu gegründete Mitteilungsblatt über die Leistungen der neuen demokratischen Studentenschaft:

»Studenten aller Richtungen fanden sich zusammen, um die Voraussetzungen einer demokratischen Studentenschaft zu schaffen. [...] Ohne viel um Kompetenzen zu fragen, ging jeder an seine Arbeit. Schon nach kurzer Zeit wurden die Besetzung der einzelnen Referate und die Zusammensetzung des Ausschusses vom Staatssekretariat für Unterricht bestätigt. Aus dem provisorischen Ausschuss entwickelte sich schließlich der Hauptausschuss, der in der Lage ist, die Belange der Studierenden in jeder Beziehung zu vertreten. [...] Dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, Herrn Wengraf, verdanken wir es, dass aus dem Chaos wieder geordnetes Leben sich entwickeln konnte. Er hat von allem Anfang an Sorge getragen, dass das Ziel aller Studenten nur die Wiederaufnahme des Hochschulbetriebes ist. Seinen Bemühungen ist es zu danken, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Staatssekretariat, den Hochschulbehörden und der Studentenschaft reibungslos verläuft.«¹¹⁹³

Das erste Referat war durch die Tätigkeiten Schuberts entstanden und nannte sich »Einsatzreferat« und später »Einsatz- und Beratungsreferat«. Unter Kurt Schubert hatte es »seinen Sitz in der Alma Mater selbst aufgeschlagen«.

»Durch die planvolle Lenkung der Aufräumungs- und Wiederinstandsetzungsarbeiten hat es sich großen Verdienst um die rasche Wiederaufnahme des Hochschulbetriebs erworben. Augenblicklich wird es seinem Namen nicht gerecht. Die jetzige Tätigkeit ist so verschieden als nur möglich. Hier werden Passierscheine für die Studenten ausgestellt, hier werden Studenten aller Fakultäten und Semester beraten, hier melden sich öfters russische Offiziere und bitten, durch die Universität geführt zu werden. Daneben laufen Vorbereitungen für Arbeiten, die in der nächsten Zeit durchgeführt werden müssen.«¹¹⁹⁴

Im Laufe des Semesters kamen auch noch die Organisation eines Ernteeinsatzes und umfangreiche Beratungstätigkeiten dazu, sodass es sich bereits in der nächsten Ausgabe des Mitteilungsblattes »Referat für Einsatz und Beratung« nannte. Es gab einen freiwilligen Landdienst und einen 45-stündigen Einsatz für alle anderen an der Universität oder für das Wiener Kulturamt. Nationalsozialisten mussten sechs Wochen Pflichteinsatz leisten.¹¹⁹⁵

¹¹⁹² Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 14

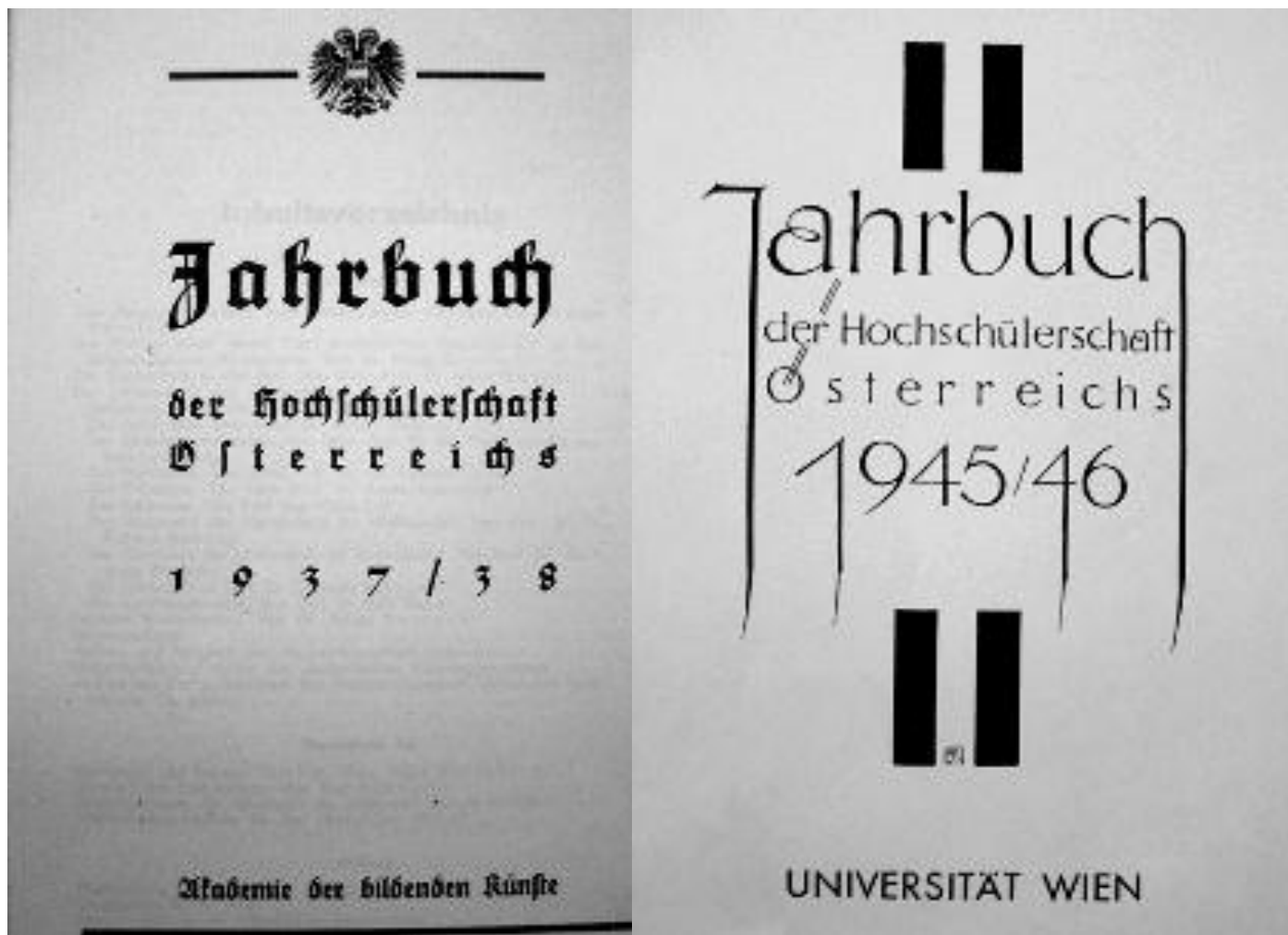
¹¹⁹³ Mitteilungsblatt. Herausgeber: Pressereferat der österreichisch-demokratischen Studentenschaft, 11. 6. 1945, S. 1

¹¹⁹⁴ Mitteilungsblatt 6, 4.7.1945, S. 4

¹¹⁹⁵ Mitteilungsblatt 7, 12.7.1945, S. 2

Im Juli gibt das Mitteilungsblatt einen ersten Rechenschaftsbericht: Die Mensa unter dem griechischen Kollegen Verdellis¹¹⁹⁶ hatte zu diesem Zeitpunkt bereits über 10.000 Portionen ausgegeben, das Sozialreferat (unter der Leitung von Peter Feldl) hatte Quartiere und Nebenjobs

Abbildung 19: Kontinuität im Namen: Auch das Jahrbuch der ÖH 1945 erscheint mit dem Titel: »Hochschülerschaft Österreichs«



vermittelt und Mensen-Verbilligungen, Darlehen und Eigenstipendien an ›politisch Geschädigte‹ ausgegeben. Das Referat für Sport und Gesundheit nimmt wieder an Hochschulwettkämpfen teil und nimmt den Sportbetrieb wieder auf, stellt einen Studienarzt zur Verfügung, der auch Schutzimpfungen durchführt. Eine zahnärztliche Behandlung wurde für das Wintersemester bereits sichergestellt. Das Pressereferat nahm Verbindung zu allen Zeitungen auf und gab die ›Mitteilungsblätter‹ heraus. Auch das Wiedererscheinen des Jahrbuchs der Hochschülerschaft Österreichs für alle Hochschulen war bereits fixiert.¹¹⁹⁷

¹¹⁹⁶ vgl auch: UAW, S.Z. 4, 1945/46 -19: Die studentische Selbstverwaltung in den letzten drei Semestern, S. 1.

¹¹⁹⁷ Mitteilungsblatt, 19.7.1945, S. 1

Dieses Jahrbuch zeigt am deutlichsten die Kontinuität zwischen alter und neuer Hochschülerschaft. Denn obwohl die neue Studentenvertretung ab September offiziell ›Österreichische Hochschülerschaft‹ heißt, trägt das Jahrbuch auch 1945 den Namen der früheren ›Hochschülerschaft Österreichs‹. Gerade an den Medien lässt sich eine deutliche Übernahme der Traditionen feststellen. Vielleicht liegt es daran, dass Wengraf vor 1938 in diesem Bereich gearbeitet hat. Dennoch betont Wengraf im Geleitwort, dass die Hochschülerschaft unmöglich »an 1938, 1934 oder 1918 anknüpfen« könne oder »weiterarbeiten, als ob nichts geschehen wäre«. Ausdrücklich hebt er die »aufrichtige Zusammenarbeit aller« hervor, die es möglich gemacht hat, »aus dem Nichts« etwas Neues zu schaffen und »schiefer unmöglich Erscheinendes gemeistert« habe.¹¹⁹⁸

Heribert Husinsky war Pressereferent und war bereits am Tag nach der Übernahme von seinem Vater, Leopold Husinsky¹¹⁹⁹, der damals im ›Neuen Österreich‹ arbeitete, »g'schickt« worden.¹²⁰⁰

An Referaten wurde das Wirtschaftsreferat eingerichtet, das auch die Verwaltung und Belegung der Heime koordinierte. Ebenso nahm das Auslandsreferat seine Tätigkeiten wieder auf und begann die Arbeit mit der Einrichtung eines österreichisch-ausländischen Studentenclubs. In drei Monaten hatten die Studenten 1945 durch Improvisation und viel Einsatz eine Struktur geschaffen, die bereits in Grundlagen die Struktur der späteren Hochschülerschaft ist.

Wengraf knüpfte bald Kontakte zu den Universitäten Graz und Leoben: »Die Aufnahme in die österreichisch-demokratische Studentenschaft erfolgte in beiderseitigem Einvernehmen. Der

¹¹⁹⁸ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1945/46, S. 5

¹¹⁹⁹ Fritz Hausjell, der sich in seiner Dissertation intensiv mit Leopold Husinsky auseinandersetzt, weist nach, dass dieser, obwohl er selbst den Rassengesetzen nicht entsprach, sich 1938 intensiv um eine Befreiung vom Ariernachweis bemüht hatte. Er verwies als Redakteur der ›Reichspost‹ darauf, dass er stets Antisemit gewesen sei (obwohl selbst davon betroffen!) und nach 1938 »wesentlichen Anteil« an der Umgestaltung des ehemals christlichsozialen Blattes im Sinne des neuen Regimes gehabt habe. Dies nützte ihm jedoch nichts. Er erhielt von der Schriftleitung nicht die Befreiung vom Ariernachweis und musste den Beruf wechseln.

In den Entnazifizierungskommissionen der Journalisten habe sich, so Hausjell, Leopold Husinsky dann besonders wohlwollend gegenüber den früheren Nationalsozialisten verhalten:

Fritz **Hausjell**: Entnazifizierung der Presse in Österreich. In: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Symposium des Inst. f. Wissenschaft u. Kunst, Wien, März 1985. Wien 1986; S. 171-201, S. 186 →

Friedrich **Hausjell**: Österreichische Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947). Eine kollektivbiographische Analyse ihrer beruflichen und politischen Herkunft. Ungedr. phil. Diss. Univ. Salzburg, Salzburg 1985

Indes lässt Heribert Husinsky in seiner Tätigkeit für die Akademischen Nachrichten jedoch keine Tendenzen erkennen, Nationalsozialisten zu pardonieren.

¹²⁰⁰ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 25

Ausschuss ›Graz‹ erklärte sich mit der Zusammensetzung des Hauptausschusses einverstanden und anerkannte den Vorsitzenden, Herrn Wengraf«. ¹²⁰¹

Schon unter sowjetischer Besatzung hatte sich in Graz eine »antifaschistische steirische Studentenliga« gebildet, die in einem provisorischen Ausschuss unter dem 19-jährigen Medizinstudenten Heinrich Belay die Entnazifizierung der Studierenden vorantrieb. Belay stand dem VSStÖ nahe, es arbeiteten jedoch Vertreter aller drei Parteien (ÖVP, SPÖ, KPÖ) mit. Später war die von der provisorischen Landesregierung anerkannte ›Österreichische Demokratische Studentenschaft - Ausschuss Graz‹ gebildet worden, die unter dem Vorsitz des parteilosen Medizin- und Jusstudenten Dr. Rudolf Schill stand und Kontakte nach Wien aufnahm. ¹²⁰²

Wengraf wird Parteimitglied

Nach dem schlechten Abschneiden der Kommunisten bei der Nationalratswahl 1945 verloren sie auch an der Universität an Bedeutung. Als Reaktion darauf änderte die Partei ihre Taktik und wandte sich von jener Politik ab, die Staatssekretär Fischer erlassen hatte, nämlich die Parität der drei Parteien, die den kommunistischen Studierenden die Drittelparität gebracht hatte.

Nunmehr wollte man sich, laut Kommunistischen Hochschulblättern, jenen 80 Prozent der Studierenden zuwenden, die »sich bisher keiner Partei angeschlossen« hatten. ¹²⁰³

»Im April 1946 [wurde] die angeblich unabhängige ›Vereinigung demokratischer Studenten (VdS) gegründet. Als einer der Proponenten taucht der angeblich parteilose frühere erste Vorsitzende der ÖH, Wengraf, der im Jänner 1946 von Leutgeb abgelöst worden war, auf und erweist sich nachträglich als von den Kommunisten unter dem Schutz der angeblichen Parteilosigkeit eingesetzter Parteivertreter.« ¹²⁰⁴

Es ist jedoch nicht erwiesen, dass Wengraf verkapptes Parteimitglied der Kommunisten gewesen sei. Genauso plausibel ist es, dass er sich nach seinem nicht ganz freiwilligen Rückzug und nach seiner isolierten Stellung in der ÖH (als Parteiloser hatte er keine Hausmacht) eine neue Basis suchte – denn mehr und mehr ging die Macht wieder zu den traditionellen Parteien. Auch die Verbände begannen sich wieder zu konsolidieren. Wengraf war nirgends dabei. Nun eröffnete sich eine Chance und er ergriff sie, ähnlich wie Dobretsberger mit der Demokratischen Union. Den kommunistischen Studierenden nutzten seine Sympathien natürlich. Außerdem hätten sie ihn – mit Aufdeckung seiner HÖ-Vergangenheit zur Zeit des austrofaschistischen Ständestaates leicht loswerden können. Dass die VdS allerdings unabhängig war, konnte niemand glauben: Denn mit Wengraf kandidierten auf der Liste ehemalige sozialistische

¹²⁰¹ Mitteilungsblatt, 17.6.1945, S 1

¹²⁰² Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 146f

¹²⁰³ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 73

¹²⁰⁴ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 73f

Studierende und Emigranten. Da die Fraktion aber keiner Partei nahestand, wie es gesetzlich geregelt war, wurde sie vom Innenministerium nicht zugelassen. Auch der Alliierte Rat und der Verfassungsgerichtshof hoben diese Entscheidung nicht mehr auf.¹²⁰⁵

Umgang mit den Nationalsozialisten

Der Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten an den Universitäten war eine große Herausforderung, die von unterschiedlichen Gruppen und vor allem zu verschiedenen Zeitpunkten in den 1940er-Jahren durchaus unterschiedlich angegangen wurde. Klar war, dass sich alle Studierenden einer Voruntersuchung unterziehen mussten. Ursprünglich war dies eine der Agenden des mächtigen Dr. Feldl, der dies auch als Leiter des Inskriptionsreferates wahrnahm. Damals wurden eidesstattliche Erklärungen und Zeugenaussagen eingeholt.

Von den ehemaligen nationalsozialistischen Studierenden konnten nur jene zugelassen werden, die als minderbelastet galten. Für diese gab es einen erhöhten Arbeitseinsatz von 30 Stunden (statt 10).¹²⁰⁶

Zu Beginn des Sommersemesters wurden Anfang Mai Kommissionen zur politischen Überprüfung aller Studierenden eingerichtet, die sich aus einem vom NS-Regime geschädigten Professor und Studentenvertretern aller drei Parteien zusammensetzten und nur einstimmig beschlussfähig waren. Von Anfang an wurde diese Frage unter Mitwirkung der kommunistischen Studierenden entschieden, was vor allem für die Argumentation während des ersten ÖH-Wahlkampfs 1946 noch seine Relevanz haben wird. Auch Kurt Schubert entschied in diesen Kommissionen über den Umgang mit ehemaligen nationalsozialistischen Studierenden: Ihm war es wichtig, den Studierenden (und auch Professoren) zu signalisieren, dass die Demokratie bereit war, all jene zu integrieren, die sich nicht persönlicher Verbrechen schuldig gemacht hatten oder hohe Parteifunktionen innehatten.

»Ich hatte zunächst zu überprüfen, ob ein Inskriptionswerber, der Mitglied einer NS-Organisation war, überhaupt zum verlängerten Arbeitseinsatz zugelassen sei oder ob er als so sehr belastet zu gelten habe, dass er mit einer Zulassung zum Studieren gar nicht rechnen konnte. Ich habe fast alle Bewerber zugelassen, weil es mir darum ging, ehemalige Nationalsozialisten zu ehemaligen und nicht zu gegenwärtigen zu machen. Ich wollte ihnen den Vorteil einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung greifbar demonstrieren. Wie ich heute rückblickend sagen kann, hatte ich dabei Erfolg. Die verlängerte Arbeitszeit im Räumeneinsatz wurde hingebungsvoll durchgeführt und auch die Vorträge, die ich bei ihnen hielt, und viele persönliche Gespräche hatten ein deutliches Echo. Der Nationalsozialismus hatte für alle sichtbar bankrott gemacht, der Weg zur Demokratie sollte beschritten werden.«¹²⁰⁷

¹²⁰⁵ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 70

¹²⁰⁶ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 11

¹²⁰⁷ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 20

Dies war auch ganz im Sinne auch des Staatssekretärs Ernst Fischer, der »ebenso wie die Universitätsleitung eine dem Tenor der Regierungserklärung vom 27. April 1945 entsprechende Bereitschaft zur Milde gegenüber ›Mitläufern‹ erkennen ließ«. ¹²⁰⁸ Letztlich entspricht diese Linie grosso modo auch der Einstellung der Parteien. ¹²⁰⁹ Wer sich keiner Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht hatte und nur Sympathisant der Nationalsozialisten gewesen war, sollte in der Demokratie eine Chance bekommen. Wem jedoch Verbrechen nachgewiesen werden konnten oder wer in seiner Sympathie mit dem Nationalsozialismus verharrte, wurde nicht zugelassen. Freilich war es nicht leicht, über alle Verbrechen Fakten zu finden oder die wahre Gesinnung zu erkennen. Und auf Druck der Alliierten wurde die Regelung zunehmend schärfer. Dies galt in erster Linie für Universitätslehrende, später auch für Studierende. Walter Jambor (1923-2007) ¹²¹⁰, übrigens ein Schulkollege von Kurt Schubert, der bereits der zweiten Generation der Kriegsheimkehrer angehörte, vertrat im Grunde dieselbe Ansicht wie Schubert, als er 1946 bei der Wahl-Schlussveranstaltung für die FÖSt im Auditorium Maximum postulierte:



»Keine Rücksichtnahme der Ideologie gegenüber dem Nationalsozialismus und Leuten gegenüber, die sich strafbar gemacht haben. Jede Rücksichtnahme den irrenden Menschen gegenüber. Denn es haben sich geirrt: Kardinal Innitzer, der sitzt [im Erzbischöflichen Palais] im Amt, Karl Renner, der sitzt in der Hofburg - solange die dort sitzen, wird der Historiker-Student Jambor, als Fraktionsobmann und verantwortlich für die Delegation

¹²⁰⁸ Gernot **Heiß**: Wendepunkt und Wiederaufbau: Die Arbeit des Senats der Universität Wien in den Jahren nach der Befreiung. In: Margarete **Grandner**/Gernot **Heiß**/Oliver **Rathkolb** (Hg.): Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955. Wien 2005 (= Querschnitte. Einführungstexte zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte 19) S. 9-37; S. 29

¹²⁰⁹ vgl. Dieter **Stiefel**: Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich. In: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Symposium des Inst. f. Wissenschaft u. Kunst, Wien, März 1985. Wien 1986; S. 28-36; S. 31

¹²¹⁰ Walter Jambor war später langjähriger Direktor des österreichischen Buchklubs der Jugend und Autor zahlreicher Bücher und Artikel. Zum Tod Walter Jambors siehe: Gerhard **Falschlehner**: Walter Jambor – in memoriam. In: libri liberorum 27/2007, online unter: http://www.biblio.at/oegkjlf/download/INHALT_lili27.pdf (10.9.2009)

der Entnazifizierungsausschüsse, keinen Leutnant a priori vom Studium ausschließen – es sei denn, er ist nicht einsichtig, und ist einem Dialog nicht zugänglich, oder hat sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht!«¹²¹¹

Dennoch hat Walter Jambor auch einen Professor nicht zugelassen:

»Das war also ein ganz wesentliches Grundelement, auch in diesen Entnazifizierungs-Anschlüssen: dass man in einen Dialog eingetreten ist, mit Offizieren oder mit hohen HJ-Führern, und sonstigen Leuten. Mir ist nur ein einziger Fall in den Ausschüssen, in denen ich selber drinnen war, untergekommen, wo ich gezwungen war, einen auszuschließen. Das war ein Musikprofessor, der ziemlich belastet war, [...] der hat seine Offiziershosen dort noch angehabt, und der ist einfach patzig geworden. [...] Das war der einzige, den ich ausgeschlossen habe.«

In diesem Ausschuss hat Jambor eng mit dem Obmann des Verbandes sozialistischer Studenten, dem späteren Rechtsanwalt Dr. Heinz Damian zusammengearbeitet, den er als »sehr vernünftig« schätzte. Einmal ist Jambor »mit einem Packerl von solchen Anträgen und Studienzulassungen« sogar zum »Kampus« gegangen, also zum politischen Gegner, den sozialistischer Studenten. Damian hat die Akten dann dort gegengezeichnet.

Mit Empörung reagierten allerdings später die Proponenten der FÖSt auf alle Anbiederungsversuche und opportunistischen billigen Versöhnungsgesten, die hauptsächlich der Stimmenmaximierung von politischen Parteien dienen sollten. So grenzt sich Kurt Schubert deutlich von dem ab, was Dieter Stiefel, beginnend mit dem Jahr 1948, »die Zeit der Amnestien« genannt hat¹²¹²:

»Unser Weg der Umerziehung wurde allerdings vier Jahre später anlässlich der Wahlen zum Nationalrat 1949 von den politischen Parteien desavouiert. Mit Hilfe des sozialistischen Innenministers Oskar Helmer entstand der ›Verband der Unabhängigen‹ den wir den ›Verband der Unentwegten‹ nannten, als politische Partei, de facto ein Sammelplatz für ehemalige Nationalsozialisten, die bei den Herbstwahlen 1945 noch keine Stimme hatten, jetzt aber, im Herbst 1949 wahlberechtigt waren. Um den Sozialisten nicht nachzustehen, führte die Österreichische Volkspartei die berüchtigten ›Oberweiser Verhandlungen‹ mit exponierten ehemaligen Nationalsozialisten. Hatten wir im Jahre 1945 an der Universität die Menschen pardonieren und nur die Weltanschauung des Nationalsozialismus verdammen wollen, um so die Menschen in die neue demokratische Struktur zu integrieren, so wurden 1949 ehemalige Nationalsozialisten angesprochen und umworben, eben weil sie Nationalsozialisten waren. Damit aber war unsere Mühe weithin zunichte gemacht. Bis heute haben wir noch die Folgen davon zu tragen.«¹²¹³

An der Universität Wien gab es Differenzen vor allem mit Rektor Adamovich, der gern von hartem Durchgreifen sprach, wobei er stets darauf bedacht war, negative Berichterstattung über

¹²¹¹ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹²¹² Stiefel (1986): Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null?, S. 33

¹²¹³ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 21

das Rektorat und den Senat der Universität zu vermeiden. Andererseits sah er darauf, möglichst viel Einfluss im Rektorat und bei der Professorenschaft zu halten. Deshalb sprach er der Demokratischen Studentenschaft Kompetenzen ab, die er in Gremien nur der Universität besser aufgehoben sah. Dies galt auch für die Kompetenz der Entnazifizierung. Doch was der Rektor noch am 24. Juli 1945 in der Senatssitzung behauptet hatte, musste er am 15. September zurücknehmen und erklären, »dass die Studentenschaft entsprechend den Weisungen des Staatsamtes an der Durchführung der Inskription durch Prüfung der Bewerber auf ihre Zuverlässigkeit mitwirke.«¹²¹⁴ Jedoch stand die endgültige Entscheidung den Dekanen zu.

Im Ringen um Einfluss und Mitbestimmung hatte Adamovich seine Positionen für die Regelung der Studentenschaft 1932 kaum verändert. Weiterhin trat er dafür ein, den Kompetenzbereich der Studierenden möglichst begrenzt und kaum über die Rechte eines Vereins hinausgehen zu lassen. Allerdings war das Staatsamt (später das Unterrichtsministerium) geneigt, den Studierenden durchaus eine stärkere Position zuzubilligen.

In Fragen der Entnazifizierung waren auch der Rektor und der Akademische Senat dem veröffentlichtem Druck ausgesetzt, wobei es teilweise auch zu wilden falschen Spekulationen völlig unschuldiger, ja zum Teil auch verfolgter Personen gekommen war.¹²¹⁵ Er musste die Verschärfung der Minderbelasteten exekutieren, die in einem neuen Nationalsozialistengesetz von 1947 beschlossen worden war und den Studienausschluss der Minderbelasteten unabhängig von der Einschätzung der früheren Kommissionen bis 30. April 1950 festschrieb.¹²¹⁶ Allerdings gab es im April 1948 eine Jugendamnestie, »die dann das Ende dieser rigorosen Bestimmungen brachte«.¹²¹⁷ Im Wintersemester 1946/47 wurde ein Drittel der Lehrenden entlassen, vor allem viele ›Reichsdeutsche‹, die vor dem 13. März 1938 nicht österreichische Staatsbürger gewesen waren.¹²¹⁸

Gesetzliche Bestimmungen der Österreichischen Hochschülerschaft

Zu Semesterbeginn 1945/46 hatte sich einiges verändert: Die Regierung hatte ihre Autorität auf ganz Österreich ausgedehnt und die Universitäten wieder in Kontakt mit dem Staatsamt für Unterricht gebracht. Wie sich nun herausstellte, waren die Selbstverwaltungen an den verschiedenen österreichischen Hochschulen unterschiedlich. Anders als die meisten anderen gesetzlichen Regelungen wurden die gesetzlichen Bestimmungen der Hochschülerschaft

¹²¹⁴ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 23

¹²¹⁵ vgl. Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 19

¹²¹⁶ Heiß (2005): Wendepunkt und Wiederaufbau: Die Arbeit des Senats der Universität Wien, S. 23

¹²¹⁷ Weinert (1986): Die Entnazifizierung an den österreichischen Hochschulen, S. 257

¹²¹⁸ Heiß (2005): Wendepunkt und Wiederaufbau: Die Arbeit des Senats der Universität Wien, S. 31

Österreichs nicht mehr 1:1 übernommen.¹²¹⁹ Denn mit Beginn des Wintersemesters wurde eine »Verordnung des Staatsamtes für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 3. September 1945 über die studentische Selbstverwaltung an den Hochschulen wissenschaftlicher und künstlerischer Richtung« erlassen.¹²²⁰

Die Einrichtung der Österreichischen Hochschülerschaft

Ähnlich wie der Name »Österreichische Hochschülerschaft« (§ 1) aber der früheren Institution »Hochschülerschaft Österreichs« zuordenbar und somit wiedererkennbar war, verblieben auch wichtige Kompetenzen und Strukturen vergleichbar: Die Verordnung bezog sich auf das Hochschulermächtigungsgesetz¹²²¹ von 1935. Ähnlich wie in der Hochschülerschaft Österreichs verblieb nunmehr eine zentrale österreichische Hochschülerschaft, die keiner Universität, sondern in erster Linie dem Ministerium (und nun auch, den gestiegenen Einfluss der Professorenschaft unter Führung von Ludwig Adamovich zunächst Rechnung tragend) der Rektorenkonferenz verpflichtet war. Jede Studentin und jeder Student waren Mitglied dieser Körperschaft Öffentlichen Rechts, ähnlich wie die Mitglieder der Kammern. Diese sich in den nächsten Jahren noch verstärkende kammerartige Stellung blieb als Relikt des Ständestaates, aber im Unterschied zu diesem bot es nach 1946 einen demokratischen Zugang. Weitere Unterschiede waren, wie bereits erwähnt, ein weniger exklusives Verhältnis der Studierenden zum Staatsamt – später zum Ministerium für Unterricht – und zur Regierung im Allgemeinen. Die Verordnung brachte auch eine Veränderung der Gliederung der Fachschaften und der Studienrichtungen, auf die der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Heinz Drimmel einst so stolz gewesen war: Die Fachschaftsbene der Studienrichtungen entfiel, dafür wurden nun in der Verordnung die Fachgruppen der Universitäten »Fachschaften« genannt. Obwohl Wengraf ein viergliedriges System wiedereingerichtet hatte, wurde nunmehr im Gesetz (§ 6) ein dreigliedriges festgelegt, das sich allerdings bald wieder zu einem viergliedrigen erweiterte. Die einzige langfristige Folge war das allmähliche Verschwinden des Begriffs »Fachgruppe« und eine Sprachverwirrung des Wortes »Fachschaft«, da nach dem Hochschülerschaftsgesetz¹²²² von 1947 sowohl Fakultäts- als auch Studienrichtungsgruppen diesen Namen tragen konnten: »An Hochschulen, die in mehrere Fakultäten (Abteilungen) gegliedert sind wird für jede Fakultät (Abteilung), beziehungsweise bei einer weiteren Unterteilung in Studienrichtungen für jede solche ein Fachschaftsausschuss bestellt, der unter Leitung eines Fachschaftsvorsitzenden steht.«

Wenn Miehl zutreffend feststellt, dass »in den verschiedenen Texten [...] zum Aufbau der Organisation [...] beide Wörter (Fachgruppen, Fachschaften) für die gleichen Einrichtungen

¹²¹⁹ vgl. Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 34

¹²²⁰ StGBI. 170 /1945

¹²²¹ BGBl. Nr. 266/1935

¹²²² 2. Hochschülerschaftsnovelle, BGBl. 249/1947, § 6 (2)

verwendet bzw. abwechselnd gebraucht« werden,¹²²³ so hat dies seinen Grund in dieser Verordnung für die Österreichische Hochschülerschaft. Doch anders als Miehl vermeint, waren die Begrifflichkeiten ›Fachgruppe‹ für die Fakultätsebene und ›Fachschaft‹ für die Studienrichtungsebene in den Jahrbüchern und der Hochschülerschaft Österreichs den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sehr wohl »geläufig« und wurden stringent gebraucht. Allerdings hatte es bis zirka 1935 gedauert, bis alle Strukturen vollständig entwickelt waren. So bildete sich erst allmählich die Pharmazie, die als Fachschaft an der Philosophischen Fakultät begonnen hatte, als selbständige Fachgruppe heraus – ähnlich wie im Frühjahr 1945 auch die geistes- und naturwissenschaftliche Fachgruppe.

Explizit in §1 (2) wird die Hochschülerschaft 1945 als Körperschaft des öffentlichen Rechts ausgewiesen. Somit genießt sie Rechtspersönlichkeit.

In § 7 wurde festgelegt, dass die »Organe der studentischen Selbstverwaltung« ab dem Studienjahr 1946/47 durch Wahl »nach den Bestimmungen einer vom Staatsamte zu erlassenden Wahlordnung bestellt werden sollten. Dies ist der eigentliche Meilenstein für die Studentenvertretung in Österreich. Erst durch die demokratische Legitimierung (und zwar durch ein gleichberechtigtes Wahlrecht für alle Studierenden) eröffnete sich hier nicht nur eine weitere und nahe Ebene der Mitbestimmung, sie brachte den Universitäten wieder eine wichtige Ressource zurück – und später, durch das Begutachtungsrecht auch der ganzen Republik.

Für das Studienjahr 1945/46 jedoch wurden diese an jeder Hochschule vom Staatsamt auf Grund von Vorschlägen der Studierenden aller demokratischen Parteirichtungen und nach Anhörung des zuständigen Rektorates ernannt. Auch die Ernennungen vor der demokratischen Legitimierung unterschieden sich also durch ihre größere Pluralität von denen im austrofaschistischen Ständestaat.

Die Strukturen der Österreichischen Hochschülerschaft waren zunächst weniger zentralistisch wie die der Hochschülerschaft Österreichs: Einerseits waren die Studentenvertreter dem Rektor der jeweiligen Hochschule »unmittelbar unterstellt und ihm für die Erfüllung ihrer Pflichten unmittelbar verantwortlich«, auch wenn die oberste Aufsicht über die studentische Selbstverwaltung das Staatsamt (bzw. später das Unterrichtsministerium) hatte. Andererseits gab es nun eine Umkehrung des Ernennungsprinzips der Hochschülerschaft Österreichs, in der der vom Unterrichtsminister ernannte Sachwalter der HÖ die Sachwalter der einzelnen Universitäten bestellt hatte: Der Zentralausschuss wurde jetzt aus den Vorsitzenden der Hochschülerschaften aller Hochschulen und aus je zwei Vertretern der Studierenden der drei demokratischen Parteien gebildet. Nach der Hochschülerschaftsverordnungsnovelle 1947, (§ 23)¹²²⁴ wählten die Mandatare des Zentralausschusses (die ab 1947 nicht nur aus den

¹²²³ Miehl (2008): Studentische Vertretungsorganisationen und ihre Politik in der Zwischenkriegszeit, S. 96

¹²²⁴ 2. Hochschülerschaftsverordnungsnovelle vom 28. Oktober 1947, BGBl. 249/1947

Hauptausschussvorsitzenden, sondern auch den Vertretern jener großen Fakultäten, Abteilungen oder Studienrichtungen gebildet wurden, die mehr als 2000 wahlberechtigte Hörerinnen und Hörer hatten und aus sechs gewählten Zusatzmandataren bestanden)¹²²⁵ den Vorsitzenden des Zentralausschusses, »der gleichzeitig auch Vorsitzender eines Hauptausschusses sein kann [...] aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit« Für die Wahl der (zwei) Stellvertreter des Vorsitzenden gaben sich die Studierenden Bestimmungen in einer Geschäftsordnung. Ursprünglich fungierte (zunächst explizit im StGBI. 170/1945, § 25 so bestimmt) der Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerschaft der Universität Wien auch als Vorsitzender des Zentralausschusses. Dementsprechend wenig waren zunächst die Aktivitäten des Hauptausschusses der Universität Wien und des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft unterscheidbar.

An den einzelnen Universitäten bekamen die Rektoren das Recht, Studierendenvertreter und -vertreterinnen »vorläufig vom Amte entheben und beim Staatsamte ihre dauernde Entfernung von diesem Amte begehren«, wenn sie dauernd »den Anordnungen der akademischen Behörden Widerstand leisten oder die ihre Verpflichtungen als Studentenvertreter dauernd vernachlässigen«. (§ 9) Dadurch war die Hochschülerschaft zunächst in ihrem Bewegungsbereich eingeschränkt. Andererseits konnten die Hochschülerschaften nach Anhörung der jeweiligen Rektoren die Höhe des »Hochschülerbeitrages« nach Genehmigung des Staatsamtes, das danach den Teilbetrag für den Zentralausschuss der Österreichischen Hochschülerschaft festlegte, individuell bestimmen. (§ 18)

Die Rektoren auch mussten sämtliche Anschläge, Flugblätter und Publikationen und auch alle Versammlungen genehmigen, (§ 12, § 13) eine Bestimmung, die alsbald zu Konflikten führen sollte.

In StGBI. 170/1945, § 14 wurden 12 Aufgabenkreise der Österreichischen Hochschülerschaft benannt:

1. »die Durchführung von Vorerhebungen für das Rektorat, um die Inskription antiösterreichischer und antidemokratischer Personen an der Hochschule zu verhindern;
2. die fachliche Förderung der Studierenden (Einrichtung von Fachschaften und Arbeitsgemeinschaften, Vermittlung von Studienreisen u. ä.);
3. die Studienberatung und Studienförderung (Veranstaltung von Wiederholungskursen, Versorgung der Hörer mit Studienbehelfen u. ä.);

¹²²⁵ Seit der 1. Hochschülerschaftsverordnungsnovelle vom 19. September 1946, BGBl. Nr. 191/1946 bekam zudem auch der Listenführer »einer der zur Nationalratswahl zugelassenen politischen Parteien« ein Mandat, wenn dessen Gruppe sonst ohne Mandat bleiben würde. Diese Klausel fand für die kommunistischen Studierendenvertreter Anwendung.

4. die wirtschaftliche Hilfeleistung (Errichtung von Mensen, Wohnungsfürsorge, Beschaffung von Waren, Vermittlung von Privatstunden, Fürsorge für politisch Geschädigte und Kriegsgeschädigte, Vermittlung von Versicherungen u. ä.);
5. die kulturelle Förderung (staatsbürgerliche Schulung, Führung einer Studentenbücherei, schöngeistige Veranstaltungen wie Vorträge, Theaterabende, Konzerte, Vermittlung des Besuches solcher Veranstaltungen sowie des Besuches von Museen und anderen kulturellen Einrichtungen u. ä.);
6. die körperliche Ertüchtigung und gesundheitliche Beratung (sportliche Veranstaltungen, wie Hochschulwettkämpfe u. ä.);
7. die Fürsorge für ausländische Studierende, Werbung für die Hochschule im Ausland, Pressedienst;
8. Mitwirkung in der Kommission des zuständigen Professorenkollegiums bei Verleihung von Stipendien, Befreiung von Kollegiengeldern und sonstigen Unterstützungsangelegenheiten;
9. die Mitwirkung am Disziplinarverfahren gegen Studierende nach besonderen Vorschriften;
10. die Mitwirkung an der Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Studierenden;
11. die Mitwirkung an Instandsetzungs- und Aufräumarbeiten in der Hochschule;
12. andere vom Rektor fallweise oder auf Dauer zugewiesene Angelegenheiten.«

Damit war außer der Überprüfung der Studierenden weitgehend klargelegt, dass die Österreichische Hochschülerschaft all jene Aktivitäten fortsetzen konnte, die sie bereits in der Hochschülerschaft Österreichs durchgeführt hatte.¹²²⁶ Die Fürsorge für politisch Geschädigte war neu, doch es fehlte das gesetzliche Begutachtungsrecht, das in den 1950er-Jahren und die studentische Mitbestimmung, die in den 1970er-Jahren der Österreichischen Hochschülerschaft eine international herausragende Stellung verschaffte.

Erweiterter Aufgabenkreis durch das Hochschülerschaftsgesetz 1950¹²²⁷

»(1) Der Österreichischen Hochschülerschaft obliegt die Vertretung der allgemeinen Interessen der Hochschüler in Form der Selbstverwaltung sowie die Durchführung von in ihren Interessenbereich fallenden Aufgaben kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Art, und zwar:

- a) die fachliche Förderung der Studierenden durch Studienberatung, Versorgung mit Studienbehelfen im Rahmen der hierfür maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften, Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften, Veranstaltung von Wiederholungskursen, Vermittlung von Studienreisen u. ä.;
- b) die kulturelle Förderung durch Führung einer Studentenbücherei, Veranstaltung von Vorträgen, Theaterabenden, Konzerten, Vermittlung des Besuches solcher Veranstaltungen sowie des Besuches von Museen und anderen kulturellen Einrichtungen u. ä.;

¹²²⁶ vgl. »»Aufbau der Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs« im WS 1937/38« im Anhang

¹²²⁷ BGBl. 174/1950

c) die sportliche Förderung und gesundheitliche Betreuung durch sportliche Veranstaltungen, Hochschulwettkämpfe, Errichtung von Erholungsheimen, ärztliche Überwachung des Gesundheitszustandes u. ä.;

d) die Vertretung wirtschaftlicher Interessen und die Hilfeleistung durch Errichtung von Mensen, Wohnungsfürsorge, Krankenfürsorge, Führung von Studentenheimen, Vermittlung von Privatstunden u. ä.;

e) die Mitwirkung in den Kommissionen der zuständigen Professorenkollegien bei Verleihung von Stipendien, Befreiung von Kollegiangeldern und sonstigen Unterstützungsangelegenheiten;

f) die Mitwirkung bei anderen vom Bundesministerium für Unterricht oder den akademischen Behörden fallweise oder auf Dauer zugewiesenen Angelegenheiten kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Art.

(2) Der Österreichischen Hochschülerschaft obliegt ferner die Mitwirkung am Disziplinarverfahren gegen Studierende nach besonderen Vorschriften.

(3) Die Österreichische Hochschülerschaft ist innerhalb ihrer Zuständigkeit berechtigt, den Behörden, insbesondere dem Bundesministerium für Unterricht und den akademischen Behörden sowie den gesetzgebenden Körperschaften Gutachten und Vorschläge über Angelegenheiten der Hochschülerschaft und des Hochschulwesens zu erstatten.

(4) Die Bundesministerien haben Gesetzentwürfe, die studentische Angelegenheiten betreffen, vor ihrer Einbringung und Verordnungen dieser Art vor ihrer Erlassung der Österreichischen Hochschülerschaft unter Gewährung einer angemessenen Frist zur Stellungnahme zu übermitteln.«

§ 4: »Der Zentralausschuss beschließt mit Zweidrittelmehrheit seine Geschäftsordnung, die der Genehmigung durch das Bundesministerium für Unterricht bedarf, welches zu prüfen hat, ob die Geschäftsordnung den bestehenden Gesetzen und Verordnungen entspricht. In der Geschäftsordnung wird im Besonderen auch die Einrichtung der Referate geregelt.« Die Aufsicht durch die Rektorenkonferenz entfällt.

Doch nicht nur das Begutachtungsrecht, auch die Fundierung der finanziellen Mittel der ÖH wurden nun ergänzt. Neben weiteren »Erträgen eines allfälligen Vermögens«, wie etwa Stiftungen, Spenden, Zuwendungen oder Einnahmen bei Veranstaltungen (§ 16) wurde die Erhebung des Hochschülerschaftsbeitrages (§ 17) neu geregelt. Dieser wird nun »vom Bundesministerium für Unterricht nach Anhörung der Rektoren (Präsidenten) im Einvernehmen mit dem Zentralausschuss der Österreichischen Hochschülerschaft festgesetzt. Ebenfalls nach Anhörung der Rektoren (Präsidenten) im Einvernehmen mit dem Zentralausschuss bestimmt das Bundesministerium für Unterricht, welcher Teilbetrag des Hochschülerschaftsbeitrages von jedem Hauptausschuss an den Zentralausschuss abzuführen ist«.

Norbert Burda, der ÖH-Vorsitzende 1951-1954 berichtet über die Verhandlungen der Union mit der Regierung: Der Vertrauensmann war nach wie vor Unterrichtsminister Felix Hurdes, »und Figl war Bundeskanzler, in dieser Aufbauphase. Es war ein kolossaler Idealismus«: Alle wollten etwas aufbauen, und man hoffte auf Unabhängigkeit Österreichs. »Es hat dann noch lange gedauert bis dahin, aber immerhin... Und da wurde überlegt, [...] der Kammerstaat hat damals begonnen: der ÖGB, die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer, die Landwirtschaftskammer,

die Rechtsanwaltskammer... Und da war für uns damals die Überlegung, wir wollen auch den Studenten eine schlagkräftige Interessenvertretung bieten.« Die ÖH wandte sich dann an den Innsbrucker Professor Franz Gschnitzer¹²²⁸:

»Mit ihm sind wir zu Hurdes gegangen, mit ihm sind wir zum Figl gegangen, und dann haben wir mit den Parlamentsclubs geredet. Es waren ja damals nur die zwei Großen, ÖVP größer als die SPÖ, bevor der VDU kam, der kam dann erst 1949, aber mit denen haben wir dann auch gesprochen – und haben alle gesagt: ›Ja, wir beschließen das im Parlament‹. Es wurde ein Gesetzesentwurf gemacht und approbiert. Aber da habe ich noch nicht mitgewirkt. Damals habe ich das alles mit staunenden Augen betrachtet, was die Kollegen so zustande bringen.«¹²²⁹

Doch auch die sozialistischen Studierenden starteten eine Initiative für das neue Hochschüler-schaftsgesetz, um die rechtliche Stellung der österreichischen Hochschülerschaft zu verbessern und ihre Unabhängigkeit vom Unterrichtsministerium und den akademischen Behörden zu vergrößern: Weingand/Winkler (1992) machen darauf aufmerksam, dass am Hochschüler-schaftsgesetz von 1950 auch der VSStÖler Ferdinand Maly eine Bedeutung hatte. Denn er erstellte zuvor einen Gesetzesentwurf, »der sich das Arbeiterkammergesetz zum Vorbild genommen hatte«.¹²³⁰ Darin war bereits die gesamtösterreichische Vertretung der Studierenden mit öffentlichem Charakter, Körperschaftsstatus, allgemeiner Mitgliedschaft und dem Recht auf Selbstverwaltung vorhanden. Wenn also Gerd Schaidler (2002) untersucht, dass die ÖH »Charakteristika einer Kammer«¹²³¹ hat, dann liegt dies zum Großteil an diesem Gesetz, aber auch schon in der Konzeption der Hochschülerschaft Österreichs ab 1933.

Heinz Damian, Malys Vorgänger als VSStÖ-Bundesvorsitzender, sieht diese Kontinuität ebenso, und gibt – für ihn als Sozialdemokraten – unerwarteten Befund über gesamtösterreichische Kontinuitäten:

»Während am Anfang alle Regierungsämter und Posten entsprechend den drei demo-kratischen Parteien vielfach dreifach besetzt waren, ist es interessant festzustellen, dass der so genannte Ständestaat, den die austrofaschistische Regierung nach dem Jahre 1934 als Allheilmittel gepriesen hatte, teilweise fröhliche Urstände feierte, denn Österreich wurde auf Jahrzehnte hinaus ein so genannter ›Kammerstaat‹. Das heißt, die Kammern unter der Bezeichnung ›Sozialpartnerschaft‹ regierten weitgehend das Land. Kammern entsandten nicht nur die Spitzenbeamten, die Abgeordneten, die Minister, sondern regelten als eine Art Nebenregierung die Belange des Landes, und man muss sagen, dass sie das eigentlich nicht schlecht gemacht haben. Persönlichkeiten wie Böhm, Raab, Sallinger und Benya

¹²²⁸ Franz Gschnitzer; Universitätsprofessor für Österreichisches Privat- und Arbeitsrecht in Innsbruck; 1945-62 Abgeordneter zum Nationalrat, 1956-61 Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten.

¹²²⁹ Mitteilung von Norbert Burda

¹²³⁰ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 182

¹²³¹ Gert **Schaidler**: Grenzen und Möglichkeiten studentischer Interessensvertretung im Wandel (am Beispiel der Hochschülerschaft an der Universität Salzburg).

Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. d. Univ. Salzburg. Salzburg 2002; S. 20

waren auch menschlich sympathisch und integer und genossen in der Bevölkerung höchstes Ansehen und große Beliebtheit.

Der Kammerstaat erfasste alle Bereiche des täglichen Lebens und natürlich auch die Studentenschaft.«¹²³²

»Die Hochschülerschaft verfügt nunmehr über die notwendige gesetzliche Grundlage, um tatsächlich zu einer schlagkräftigen Interessensvertretung der Studenten zu werden«, bilanzierte 1951 die »Neue Generation«, das Organ der sozialistischen Studierenden.¹²³³

Ausblick: Das Hochschülerschaftsgesetz 1973

Dadurch, dass unter der Regierung Kreisky wieder alle vier Ebenen der Studierendenvertretung vollständig eingerichtet wurden,¹²³⁴ steht die ÖH 1973 in dieser Hinsicht der HÖ 1937 näher als die ÖH 1945. Allerdings gewinnt die Hochschülerschaft wieder einige jener Rechte der Mitbestimmung zurück,¹²³⁵ die sie in der Neuzeit sukzessive verloren hatte:

§ 6/3b regelt »die Entsendung von Studentenvertretern in die oberste akademische Behörde der Hochschule und die Behörden nach dem Studienförderungsgesetz auf Hochschulebene sowie die Abberufung aus diesen Behörden nach Maßgabe der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung des Mandatsverhältnisses der im Hauptausschuss vertretenen wahlwerbenden Gruppen«, § 7/4a »die Entsendung von Studentenvertretern in akademische Behörden der Fakultät (Abteilung) sowie in Behörden nach dem Studienförderungsgesetz auf Fakultätsebene und die Abberufung aus diesen Behörden nach Maßgabe der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen« und § 8-11 regeln die Entsendung der gewählten Vertretungen der Studienrichtungsvertretungen, Instituts- und Klassenvertretungen oder Studienabschnittsvertretungen.

Das Hochschülerschaftsgesetz 1973 sah noch eine weitere Form der Demokratisierung vor: In § 12 wurde festgelegt, dass »jedes Organ der Hochschülerschaft an einer Hochschule mit Ausnahme des Hauptausschusses und der Wahlkommission [...] mindestens einmal im Semester zur Information der Studierenden und zur Behandlung wichtiger Fragen eine Hörerversammlung einzuberufen« müsse. Auch für die Einnahmen der Hochschülerschaft (§ 20) wurde mit dem Punkt »Erträge aus Wirtschaftsbetrieben« eine weitere Finanzierungsmöglichkeit eröffnet, die die Hochschülerschaft auch später wahrgenommen hat. Außerdem wurde der Hochschülerschaftsbeitrag 1973 neu geregelt. Er wurde zwar weiterhin vom Zentralausschuss festgelegt, war aber derart gebunden, »dass er im Studienjahr mindestens ein

¹²³² Damian (2004), Der rote Advokat – Schulwege, Politisches, Skurriles, S. 26f

¹²³³ Neue Generation, Jänner 1951, S. 3

¹²³⁴ Bundesgesetz vom 20. Juni 1973 über die Österreichische Hochschülerschaft (Hochschülerschaftsgesetz 1973): BGBl. 309/1973

¹²³⁵ vgl.: Marschitz/Szyszkowitz (1988): Zwischen Studentenstreik und Urabstimmung, 188-191

halbes vom Hundert und nicht mehr als eineinhalb vom Hundert der höchsten jährlichen Studienbeihilfe nach dem Studienförderungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung beträgt«.

Die ÖH-Struktur unter Bruno Kreisky – einem erbitterten Gegner des austrofaschistischen Ständestaates war den Konzeptionen der Hochschülerschaft Österreichs durch die verstärkte Konzentration auf die Studienrichtungen und Stärkung der Stellung der Studierendenvertreter erstaunlicherweise in manchen Punkten näher als davor und danach. Der Ständestaat hatte die Stellung der Studierenden gestärkt, um den Rechtsstandpunkt des Regimes – gegenüber den vor allem deutschnationalen Tendenzen – durchsetzen zu helfen, war daher, zumindest partiell als Kontrolle der Professoren zu verstehen, die Hochschülerschaft gestärkt. Unter Bruno Kreisky konnte durch Demokratisierung der universitären Gremien (ein Viertel der Studierenden auf Fakultätsebene, ein Drittel der Studierenden auf Institutsebene) zwar ebenfalls eine gewisse Frontstellung zwischen Professoren und Mittelbauern sowie Studierenden entstehen, im Allgemeinen wurden die Entscheidungen jedoch meist konsensual erzielt. Nicht zuletzt wurde unter Kreisky, die von Drimmel und Lechner aufgebaute Fachschafts- bzw. Studienrichtungsebene wieder eingerichtet.

Unter Wissenschaftsminister Erhard Busek, der an der Mitbestimmung weitgehend festhielt, wurden noch weitere Gremien mit Drittelparität eingerichtet (Studiendekansbestellung). Unter Bundeskanzler Schüssel, der 1964 selbst die Mitbestimmung gefordert hatte,¹²³⁶ und der für die Universitäten zuständige Bildungsministerin Elisabeth Gehrler wurde eine radikale Abkehr der korporativen Traditionen eingeleitet und die Mitbestimmung und parlamentarische Struktur der Bundesvertretung wieder zurückgenommen. In einem Radiointerview im Ö1-Mittagsjournal vom 11.10.2008 distanzierte sich Altkanzler Schüssel von den »ständischen« Strukturen der Sozialpartnerschaft explizit.

Mit dem Wintersemester 1945/46 traten also neue rechtlich fundierte Strukturen, die sich an die frühere Hochschülerschaft Österreichs anlehnten, sie jedoch in entscheidenden Punkten (etwa die Demokratisierung) veränderten, an die Stelle jener der Demokratischen Studentenschaft. Die Referate der Kolingasse waren nun Teil des Hauptausschusses der Hochschülerschaft an der Universität Wien. Doch durch die Personalunion des Hochschülerschaftsvorsitzenden an der Universität Wien und des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft war dies nicht sehr relevant. Erst in den 1960er-Jahren erhielt der Zentralausschuss ein neues Gebäude in der Führichgasse hinter der Albertina, was die Trennung der Funktionen Hochschülerschaft an der Universität Wien und des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft ab 1961 begünstigte.¹²³⁷

¹²³⁶ Mitteilung von Dr. Bernd Schilcher

¹²³⁷ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 36
u. vgl. die Liste der Hochschülerschaftsvorsitzenden im Anhang dieser Arbeit

Von der FÖSt zur Union

Die Studenten der Stunde Null in der FÖSt hatten zusammen mit ihren Kollegen und den anderen Fraktionen mit großem Einsatz Aufbauarbeit geleistet. Mittlerweile war Mitte Juli 1945 schon eine zweite Generation der FÖSt gekommen, die großteils aus Heimkehrern bestand. Sie schätzten ihre Vorgänger zwar, hielten sie für gute Kollegen und große Idealisten, sahen sie jedoch als zu wenig politisch an: Zu dieser »zweiten Generation« gehörten etwa Karl Leutgeb, Kurt Skalnik, Karl Leibrecht, Karl Pisa oder Walter Jambor.¹²³⁸ In Graz baute Alexander Kragora die FÖSt auf und wurde im Dezember 1945 deren Vorsitzender.¹²³⁹ Auch der spätere Ärztekammerpräsident Richard Piaty¹²⁴⁰ gehörte zu den ersten Mitgliedern der FÖSt in Graz. In Innsbruck wurde die FÖSt mit Hilfe des CV gegründet, der dort die ÖH-Arbeit dominierte.

Diese »Aktivisten« (Eigenbezeichnung) der zweiten Generation in Wien wurden in den nächsten Semestern bestimmend in der ÖH-Arbeit. Die Gruppe gab sich sogar ein kurzes Programm, bekannte sich zu den Zielen der FÖSt und sah diese als eine »Keimzelle der österreichischen Erneuerungsbewegung«. Sie wollte sich für eine »gerechte soziale Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft« einsetzen und bekannte sich zur »christlichen Tradition Österreichs, aber auch zur »Freiheit des religiösen Bekenntnisses«. Besonders wurde die »Mitarbeit aus protestantischen Kreisen« begrüßt. Sehr ernst war es dieser Gruppe jedoch mit der Verbundenheit und »Liebe zu Österreich und dem Glauben an seine und des Abendlandes Zukunft«. ¹²⁴¹

Dass Begriffe wie »österreichische Erneuerungsbewegung«, »gerechte soziale Ordnung« oder »christliche Tradition« bereits im austrofaschistischen Ständestaat von der Hochschülerschaft Österreichs gebraucht worden waren, war den Studenten, denen es um den Wiederaufbau Österreichs, der Universität, der Wissenschaft und natürlich auch der Hochschülerschaft ging, nicht bewusst:

Walter Jambor, zum Beispiel, begründet, warum er und seine Kollegen nichts mit diesen Traditionen zu tun haben wollten: Jambors Familie war jenem »Flügel der Christlich-Sozialen zugeneigt, der durch Ernst-Karl Winter, August-Maria Knoll und Alfred Missong repräsentiert war: also kein autoritärer Ständestaat, [sondern:] österreichischer Patriotismus, österreichische Unabhängigkeit und österreichische Nation als Voraussetzung dafür, dass man den Staat unabhängig machen kann«. Die Restriktionen des Ständestaats im religiösen Bereich, die Gesinnungskontrolle, die bis zu einer »Bestätigung des Gottesdienstbesuches« für die Schule

¹²³⁸ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 16f

¹²³⁹ vgl. Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 58

¹²⁴⁰ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 167

¹²⁴¹ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 17

ging, habe die jungen Leute »reihenweise in die illegale HJ getrieben«. Deshalb hatten die Studenten der FÖSt eine »Reserve [...] gegenüber dem Ständestaat ausgeprägt«.

Zwar anerkannten die FÖSt-Studenten »im Gegensatz zur Sozialdemokratie«, dass es »das erste Regime« gewesen sei, »das wirklich für die österreichische Unabhängigkeit« eintrat, jedoch:

»Das Negative war, dass sie den Verfassungsbruch begangen haben und dass sie auch in der patriotischen Frage dialektisch gespalten waren: ›Wir sind die besseren Deutschen, aber die Hüter deutscher Kultur auf Visite. Nicht wahr, Schuschnigg: ›Ich verabschiede mich mit einem deutschen Wort.« Und er war ja um keinen Preis in dieser ernsten Stunde bereit, deutsches Blut zu vergießen. Wir haben auch slowenisches Blut vergossen... Also daher war das für uns ein Stück Geschichte. Und wir müssen völlig in der Stunde Null beginnen! Das haben wir auch gemacht.«¹²⁴²

Walter Jambor war Mitarbeiter der Fachgruppe Geisteswissenschaft der ÖH und trat auch bei den Wahlen 1946 an. In der FÖSt war er 1947 Generalsekretär und hatte ein gutes Verhältnis zum Vorsitzenden Karl Leutgeb, besonders aber zu Unterrichtsminister Hurdes, mit dem er per Du war, was für einen Nicht-CVer außergewöhnlich war. Als solcher Nicht-CVer hatte man später laut Jambor kaum eine politische Chance:

»Der Raab war einer jener Leute, auch mir gegenüber, die im CV-Verzeichnis nachgeschlagen haben. Und das hat der Hurdes nicht gemacht. Er war nur [CV-]Ehrenmitglied, den haben sie geholt, weil sie sich davon was versprochen, [nämlich] die Nibelungia, wo der Missonig, der Knoll und der Winter waren. Die haben gesagt, den hol' ma halt in die Nibelungia, als Ehrenmitglied. Aber alle anderen haben nachgeschaut... und man hatte bei Raab überhaupt keine Chance.«¹²⁴³

Dieses freiere Verhältnis liegt wahrscheinlich daran, dass Hurdes aus der Neuland-Bewegung kam, die bereits in der Zwischenkriegszeit eher CV-kritisch war und das Farbstudententum schon damals überholt fand.¹²⁴⁴ Das Verhältnis zum langjährigen Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs und späteren Unterrichtsminister Heinrich Drimmel war jedoch mindestens so kritisch wie das zu Schuschnigg und Raab:

»Drimmel war ein deklarierte Deutschnationaler. [...] Drimmel hat einmal ausgerufen: ›Wann ös so wia I bei der Heimwehr g'wes'n wärt's, daun hätt's ja a ganz andere Tradition! Deutsch unser Ehr, deutsch unser Wehr!«

Und er hat [...] Ministerialrat [...] Dr. Peter Lalitsch, der dann Direktor des Bundesverlages war, [...] kommen lassen – als er noch unter Drimmel Beamter war, in der Abteilung für außerschulische Jugendberufshilfe – und hat gesagt: ›Hören Sie auf mit Ihren österreichisch-nationalen Tendenzen, das ist nicht die Meinung des Ressorts!« Das heißt, er hat noch als Unterrichtsminister direkt Einfluss genommen, im deutsch-

¹²⁴² Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹²⁴³ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹²⁴⁴ vgl. das frühere Kapitel dieser Arbeit: »Öffentliche Kritik am Couleurstudententum«, und das Kapitel »Neuland versus CV«

nationalen Sinn, auf nachgeordnete Beamte. [...] Was mit seinem Intelligenzquotienten überhaupt nicht übereingestimmt hat. Denn man hätte wissen müssen, mit dem hohen Intellekt, den der Drimmel ja hatte, dass das nicht haltbar ist. [...] aber aus den Traditionen, dieser Schuschniggischen Dialektik, nur mit den Füßen auf dem Boden des österreichischen Staates, aber [...] in der Woge der großen deutschen Nation, wobei die Österreicher die besseren Deutschen sind [...]«¹²⁴⁵

Die FÖSt war analog zur Hochschülerschaft in Referate (Soziale Fürsorge, Sport, Kultur und Erziehung, Presse und Werbung, Gesellschaft) und auch in Fachgruppen gegliedert, die jenen der ÖH entsprachen.¹²⁴⁶ Dabei erfreute sich die FÖSt auch regen Zulaufs der Studierenden. Nach einem Jahr hatte sie »1.000 bis 2.000 Mitglieder«.¹²⁴⁷

Die Bildung der ›Union der Österreichischen Akademiker‹

Als Leopold Figl, der CVer war (Norica), Karl Renner als Bundeskanzler ablöste, war klar, dass der CV früher oder später wieder eine einflussreichere Position erlangen würde, auch wenn viele eine Regeneration der traditionellen Korporationen nicht wünschten. So war es auch Figl, der Kontakte zwischen FÖSt und CV förderte, begleitet allerdings von einem Aufschrei der sozialdemokratischen und kommunistischen Studierenden, die sich noch zu gut an die Zwischenkriegszeit erinnerten und Gegner des CV waren.

Schon unter den Gründungsmitgliedern der FÖSt hatte es CVer gegeben,¹²⁴⁸ mit Hans Proksch einen CVer als Präsidenten, der jedoch aus gesundheitlichen Gründen bald anderen Platz machte.¹²⁴⁹ Mit gewissem Recht sahen sich die CV-Studierenden als Bollwerk gegenüber den Nationalsozialisten, auch wenn manche CVer wie etwa Menghin und Wolf Minister im Anschluss-Kabinetts Seyss-Inquart geworden waren, was zu ihrem Ausschluss führte. Später gab es auch einige CVer in Widerstandsgruppen.¹²⁵⁰ In Innsbruck, wo es keine FÖSt gab, konstituierte sich zuerst der CV, in Graz wurde er jedoch auf Grund der britischen Besatzungsmacht verboten.¹²⁵¹ Nachdem das Innenministerium bereits im Mai 1946 eine Vorgehenmg erteilt hatte, wurde im Oktober (nicht zuletzt durch Figls Einsatz) das CV-Verbot in der Steiermark und in Kärnten wieder aufgehoben.

¹²⁴⁵ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹²⁴⁶ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 25

¹²⁴⁷ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 30

¹²⁴⁸ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 37

¹²⁴⁹ vgl. Hartmann (2001): Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, S. 181

¹²⁵⁰ Neugebauer (2008): Der österreichische Widerstand 1938-1945, S. 157;

Hartmann (2001): Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, S. 152-156

¹²⁵¹ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 42

Abbildung 21: Figl unterschreibt das Gründungsstatut der Union, rechts Prof. Romanik und links Karl Leutgeb als Vertreter der Studierenden, designierter Präsident der Union (15.3.1946)
Bild: Franz Blaha, © ÖNB B6 12756/1



Vor allem Karl Leutgeb, Wengrafs Nachfolger als ÖH-Vorsitzender, erkannte die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses. Selbst Monsignore Strobl sprach sich für eine Beteiligung des CV in Hochschulagenden aus.¹²⁵² So erfolgten zum Jahreswechsel 1945/46 die ersten Verhandlungen zwischen den Katholischen Landsmannschaften, dem CV und der FÖSt, bei denen auch Vertreter aus Innsbruck und Graz anwesend waren. Im Beisein von Bundeskanzler Figl und Unterrichtsminister Hurdes wurden die Verhandlungen im März 1946 mit der Unterzeichnung der Gründungsurkunde der Union der Österreichischen Akademiker abgeschlossen. Später kam auch der nicht farbentragende KV dazu. Die katholische Hochschulgemeinde, die sich als unpolitisch sah, konnte Beobachter entsenden. Der CV stand der Gründung deshalb positiv gegenüber, weil er selbst bestimmte Zielgruppen wie Hochschülerinnen und andere christliche Studierende nicht ansprechen konnte. Auch, dass man eine Plattform aller nichtmarxistischen Studierenden bilden konnte, war den CV-Vertretern wichtig¹²⁵³. So unterstützte der CV Zweiggründungen der FÖSt dort, wo es sie noch nicht gab. Andererseits gab es innerhalb der Plattform auch eine Konkurrenz zwischen beiden Gruppen und immer wieder Spannungen und Konflikte, die von den gemeinsamen Strukturen der Union und verständnisvollen Entscheidungsträgern abgefangen wurden. Denn beide Seiten waren an

¹²⁵² Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 45

¹²⁵³ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 48

einem einheitlichen Vorgehen in der Hochschulpolitik interessiert. Dementsprechend forderte der CV seine Mitglieder zur Mitarbeit in der ›Union‹ auf.

In den gemeinsamen ›Zielen und Grundsätzen‹ rangierte die »Bekämpfung aller nationalsozialistischen, aller antiösterreichischen und aller antidemokratischen Ideologien in der Akademikerschaft« ganz vorne. Während das Bekenntnis zur Demokratie ein Neubeginn war, schrieb die Union mit den Zielen »der Vaterlandsliebe und Nächstenliebe«, die »soziales Verständnis und enge Verbundenheit mit allen Schichten des Volkes« einschlossen, Einstellungen fest, die bereits in der Hochschülerschaft Österreichs als Tugenden galten. Wie der FÖSt übertrug nun die ÖVP der Union das alleinige Vertretungsrecht für alle Hochschulen Österreichs.¹²⁵⁴

Das Programm der Union wandte sich 1946 einerseits gegen den Kollektivismus, gegen extremen Individualismus und sprach sich für eine Gesellschaftsordnung des Solidarismus aus. Das ist sehr ähnlich der Argumentation in der Zeit der Hochschülerschaft Österreichs und auch der von August Maria Knoll¹²⁵⁵ – sie geht wohl auf ›Quadragesimo anno‹ zurück:¹²⁵⁶ »Nur durch eine bewusste Betonung der Bindung des Einzelmenschen zur unteilbaren Gemeinschaft aller und die gleichzeitige Anerkennung der freien Persönlichkeit durch diese Gemeinschaft kann das richtige Verhältnis zwischen Freiheit und Autorität hergestellt werden.«¹²⁵⁷ Der Gedanke der Freiheit ist neu, auch die Ausgewogenheit des Verhältnisses von Einzelmensch und Gemeinschaft. Dies unterscheidet die Unionsmitglieder von ihren früheren Kollegen in der Sachwalterschaft. Kontinuitäten finden sich auch in folgendem Programmpunkt: »Der **fachlich** hochqualifizierte, stets **einsatzfreudige** und **vaterlandsliebende** Akademiker – das ist das Ziel der Union«. Dieses bedarf auch »einer entsprechenden Erziehung und Leitung der Studenten«, »die ja über kurz oder lang Träger des Staates sein wollen«.¹²⁵⁸ Ganz ähnlich hatten in der Zeit der Hochschülerschaft Österreichs Drimmel oder die ÖHZ argumentiert.¹²⁵⁹

¹²⁵⁴ vgl. Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 56

¹²⁵⁵ August M. **Knoll**: Von den drei Wesenstheorien der Gesellschaft. Individualismus – Totalismus – Personalismus. Wien 1949

¹²⁵⁶ vgl. das frühere Kapitel dieser Arbeit: »Soziale Strömungen in der katholischen Kirche«

¹²⁵⁷ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 89; *Hervorhebungen nicht original*

¹²⁵⁸ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 90; *Hervorhebungen nicht original*

¹²⁵⁹ »Die neue Studentische Gemeinschaft an den Hochschulen baut sich grundsätzlich auf die einzelnen Fachschaften auf, die die Zusammenfassung der Studierenden gleicher Studienrichtung zur Wahrung der **fachlich** beruflichen Interessen darstellen. [...] Die Hochschülerschaft erscheint hiermit als körperschaftlich organisierte Gemeinschaft, der vor allem die studentische Interessensvertretung, aber auch die Wahrnehmung der studentischen **vaterländischen** Belange im Bereich der Hochschulen obliegt«, »um einen schlagkräftigen **Einsatz** der Jungakademikerschaft in der **österreichischen Erneuerungsbewegung** organisatorisch vorzubereiten [...]«. vgl. ÖHZ, 8.10.1937, S. 1; *Hervorhebungen nicht original*

Zur Zeit der Gründung und während der nächsten Jahre dominierte noch die FÖSt, was sich daran zeigt, dass bis 1954 von fünf ÖH-Vorsitzenden nur ein einziger, nämlich Franz Bauer, vom CV kam. Dies änderte sich in den 1950er- und 1960er-Jahren, als der CV zu dominieren begann.

FÖSt-Ausblick

Die FÖSt galt auch weiterhin als eine politische Gruppierung, die christlich, demokratisch, sozial und liberal war. Die Gewichtungen waren jedoch variabel: »ein bisserl mehr christlich, ein bisserl mehr liberal«. Stets hatte die FÖSt ein bunteres Spektrum an Mitarbeitern als die anderen Teile der Union. Die Ursache dürfte in den freieren Strukturen zu finden sein: Deshalb gab es »etwas mehr Breite, [...] also Abweichungen nach links und rechts waren durchaus drinnen«. Dies reicht vom Rebellen und Linkskatholiken Sperl in den 1960er-Jahren über eine konservativere christliche bis zu einer liberalen Linie. »Sehr stark nach rechts ist sie nicht gekommen, weil sich dann eben auch der Ring Freiheitlicher Studenten etabliert hat«. Einer von den eher Rechten war Pablé, der Mann der späteren Politikerin Partik-Pablé, der später zum RFS ging.¹²⁶⁰

Die FÖSt war der einzige Teilbereich der Union, in dem Frauen politisch tätig sein konnten. Auch wenn unter diesen Umständen von Gleichberechtigung nicht gesprochen werden kann, hatten die Frauen nun auch in den bürgerlichen Reihen mehr Spielraum, und sie nutzten ihn: Fritzi Serog wurde als erste Frau im März 1946 ins Präsidium der FÖSt gewählt,¹²⁶¹ Josephine Zlabinger wurde die erste ÖH-Vorsitzende an einer Hochschule.¹²⁶²

Liberaler als die anderen katholischen Fraktionen war die FÖSt nicht zuletzt deshalb, weil sie »altkatholische Christen, evangelische Christen und vereinzelt mosaische gläubige Juden« aufnahm. Es gab einen ständigen Dialog-Prozess mit jüdischen Mitstudenten, auch mit Viktor Frankl, als er noch Oberarzt war. Liberal bedeutete in diesem Sinne für viele nicht »Los-von-Rom, oder antichristlich«, sondern am ehesten »ökumenisch«.¹²⁶³

Leon Zelman (1928-2007), der spätere Vorsitzende der Jüdischen Hochschülerschaft und Herausgeber des »Jüdischen Echos« wurde 1945 aus dem Konzentrationslager Ebensee befreit und machte dann die Schnellmatura in Wien, ehe er Anfang der 1950er-Jahre an der Universität studierte. Er lernte unter anderem auch Kurt Schubert kennen, aber ein intensiver Dialog mit der Union oder auch der ÖH kam nicht zustande.

»[...] damals habe ich auch Schubert kennengelernt, aber nicht am Institut, sondern in der Geschädigten-Hochschülerschaft. [...] Ich habe sehr menschlichen und persönlichen Kontakt zu Prof. Knoll und zu Prof. Rohrer gefunden. Es hat Zeichen dafür gegeben,

¹²⁶⁰ Mitteilung von Dr. Hans Tuppy

¹²⁶¹ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 35

¹²⁶² vgl. das frühere Kapitel dieser Arbeit: »Die erste Hochschülerschafts-Vorsitzende«

¹²⁶³ Mitteilung von Walter Jambor

dass sie sich um eine gewissen Annäherung bemühten, und Nähe. [...] Wir waren sehr dankbar, dass wir ab und zu mit Leuten wie Schubert und alle oben aufgezählten zusammengetroffen sind und einen Versuch des Verständnisses bemerkten«. ¹²⁶⁴

Doch Zelman bemerkte dann eine Abkehr des Interesses christlicher Studenten, vor allem in der Union, an einem Dialog. Die späteren Unionsfunktionäre hatten andere Prioritäten als die erste Generation mit Schubert, Tuppy und Weinzierl.

»Wir waren damals sehr verletzt. Wir haben sehr viel Entgegenkommen in Liebe verlangt; und das haben sie nicht verstanden. Abgesehen von den sozialistischen und kommunistischen Studenten waren viele Leute, die selbst gelitten haben. Von dieser Union gab es niemanden, der die Hand ausgestreckt hat und gesagt hat, ich bin zwar nicht Emigrant und nicht geschädigt, aber ich verstehe. Abgesehen vom offiziellen Briefwechsel gab es keine Beziehung: Was ich damals verlangt habe, ist ein aktives Erkennen, ein aktives Auftreten, ein aktives Handausstrecken gewesen.

Denn ich selbst habe das erlebt. [...] Ich habe die Verbrechen in Auschwitz gesehen. Später bin ich neben einem 19-jährigen Jungen gesessen, der ohne Hand war. Der hat immer wieder versucht, mir zu erklären, die Welt, die er erlebt hat, mir nahezubringen – und ich muss ehrlich sagen: Ich habe dabei vieles erfahren. Am Beginn habe ich mir gedacht, weil er verkrüppelt war, recht geschieht ihm, aber dann habe ich verstanden, irgendwie die Bilder und den Jungen zu verstehen, von beiden Seiten. Aber damals hat diese Gruppe [in der ÖH] nicht den Mut gehabt, aufzustehen und zu sagen: Wir sind quasi die Nachfolger oder ein Überbleibsel von denen, die in den 1930er-Jahren die Krawalle gemacht haben, an denen die katholischen Verbindungen ja auch beteiligt waren. [...]« ¹²⁶⁵

CV: Kontinuität und neue Bedeutung

Da ja auch die FÖSt 1945 CVer in ihren Reihen hatten, gab es von Anfang an eine gemeinsame Plattform aller katholischen Studierenden. Anders als im KDHA, im KDAA oder in der KDHÖ dominierte nun der CV aber keineswegs. Dieser war noch in der Aufbauphase und hatte mit offiziellem und ideologischem Widerstand zu kämpfen. Außerdem haftete ihm der Ruf an, eine Stütze des Ständestaates gewesen zu sein. Erst nach und nach sollten die CVer – nach einer Konsolidierungsphase – wieder zu neuer Bedeutung kommen. Unter Raab und Drimmel erhielten sie starke Rückendeckung durch die Politik und wurden zur dominierenden Kraft in der ÖVP. Zugute kam dem CV, dass er sich in der Ersten Republik und im austrofaschistischen Ständestaat als weitgehend resistent gegen die Nationalsozialisten profiliert hatte.

»Die Identifikation des CV und KV mit dem Ständestaat, in dessen studentischer Verwaltung sie führende Positionen besetzten, war im wesentlichen durch den Antinationalsozialismus geprägt; wie dieser die Bünde nach rechts abgrenzte, war der Trennungsstrich nach links durch den Antimarxismus klar vorgezeichnet, den man in der konkreten Aktion gegen Hitlers Drohung in den letzten Märztagen des unabhängigen

¹²⁶⁴ Mitteilung von Dr. Leon Zelman

¹²⁶⁵ Mitteilung von Dr. Leon Zelman

Österreich im Zuge der von Schuschnigg angekündigten Volksbefragung 1938 zu überwinden begann»¹²⁶⁶

Das erleichterte zwar das Verhältnis zu den sozialistischen Studierenden etwas, die Ressentiments vor allem gegenüber dem CV waren jedoch immer wieder zu hören. Während im austrofaschistischen Ständestaat die Vaterländische Front zur Rekrutierungsstätte werden sollte, die für eine Karriere unentbehrlich war, übernahm diese Funktion der Kaderschmiede in der zweiten Republik der CV, insbesondere seit der Kanzlerschaft Julius Raabs. Das bedeutete jedoch auch eine Veränderung der ÖVP gegenüber der christlich-sozialen Partei, deren Spitzenfunktionäre der Zwischenkriegszeit neben Bauern und vereinzelt Industri-unternehmern vor allem Handwerker und Gewerbetreibende waren.¹²⁶⁷

Genau diese Bevorzugung der CVer nahmen die anderen Kollegen der Union und später des Wahlblocks jedoch übel, auch wenn sie in der Fraktion konstruktiv zusammenarbeiteten. Nicht nur Jambor, wie bereits berichtet, führt dies an, sondern auch der spätere ÖH-Vorsitzende Norbert Burda (1951-1954):

»Ich kann mich an den langjährigen Personalchef sämtlicher Bundesbeamten im Bundeskanzleramt, Sektionschef Dr. [Eduard] Chaloupka erinnern, der ja im CV Vorsitzender war. Und der hat ja wirklich alles getan, um in die Beamtenpositionen CVer hineinzubringen. [...] Unter Figl, unter Raab war er Personalchef der Bundesbeamten, war Sektionschef im Kanzleramt, also die ganzen Personalsachen hat er gemacht«.¹²⁶⁸

Herbert Ziegler war an der Hochschule für Welthandel Vorsitzender und zuvor am Zentralausschuss Sportreferent gewesen. Er kam von der FÖSt und ging später, wie viele andere auch, zum KV. Er hielt den CV nicht nur für anachronistisch, sondern kritisierte auch die sichtbare Protektion, wenngleich diese ab den 1970er-Jahren allmählich zurückging:

»Man muss natürlich für Traditionen Verständnis haben, aber es war nicht das, was ich mir in jener schweren Nachkriegszeit vorgestellt habe. Da gibt's ja eine Unmenge von Witzen. Kennen Sie den, wo ein Absolvent einen besonders guten Job bekommen hat? Einer fragt ihn: Wie hast Du es denn zustande gebracht, so einen guten Job zu bekommen? Sagt der eine: Na, durch Zufall. Sagt der andere: Seit wann schreibt man Zufall denn mit C und V?

Natürlich war der Einfluss, insbesondere in den späten 40er und beginnenden 50er Jahren, also der Einfluss der ›Alten Herren‹ immer groß, der ist aber inzwischen meiner Meinung nach, sehr zurückgegangen, abgesehen von den Diadochenkämpfen die sich manchmal noch an der Spitze der ÖVP abspielen. Der CV ist nicht mehr diese Postenvermittlungsstelle, wie er das früher war, genauso, wie es beim BSA heute ja auch nicht so einfach ist, wie es vor drei, vier Jahrzehnten gewesen ist«.¹²⁶⁹

¹²⁶⁶ Binder (1989): Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus, S. 81

¹²⁶⁷ Schmit (2009): Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung, S. 22

¹²⁶⁸ Mitteilung von Norbert Burda

¹²⁶⁹ Mitteilung von Dkfm. Herbert Ziegler

Walter Jambor berichtet aber von sehr guter Zusammenarbeit und Gesprächsbasis mit einzelnen CVer: Es war von Verbindung zu Verbindung auch unterschiedlich, unter er fand unter ihnen auch starke Befürworter der Idee einer österreichischen Nation, die vor allem bei Drimmel auf Widerstand stieß, aber auch im CV:

»Es war dann so, dass mein verewigter Freund, der Oberstaatsbibliothekar, Dr. Bruno Zimek, der Archivar des CV war, mir gesagt hat, dass der Drimmel ihn innerhalb des CV mehrmals gestellt hat, und gesagt hat: ›Du, wenn du, Zimek, österreichisch-national in der Akademie, im Organ des CV, [...] publizierst, dann wirst du sehn, was du erlebst!‹ Und er hat das auch erlebt. Das heißt, diese deutsch-nationalen Traditionen im CV waren außerordentlich stark, und im CV selbst, haben lange Zeit Gesinnungsfreunde von mir, und Jahrgangskollegen von mir, und Weggefährten in der Hochschülerschaft nach 1945, wie der Oberstaatsbibliothekar, Dr. Bruno Zimek, der längst tot ist, sich außerordentlich schwer getan. Bis, man kann sagen, bis ans Ende der Sechzigerjahre. Außerordentlich schwer getan!«¹²⁷⁰

Franz Bauer (1948-1949) und Günther Wiesinger (1954-1955), die übrigens beide nur ein Jahr ÖH-Vorsitzende waren, sind in den ersten zehn Jahren die einzigen CVer. Dennoch erzählen Walter Jambor und auch Norbert Burda fast wortgleich, dass beide ihre CV-Herkunft verschwiegen hätten und, dass sowohl Jambor als auch Burda sie sonst gar nicht unterstützt hätten. Jambor formuliert etwas polemisch, dass die CVer zunächst, als es russische Verfolgungen gab, sich zurückgehalten und ihre »Fuchsenställe¹²⁷¹ aufgebaut« hätten, was nicht ganz richtig ist, denn unmittelbar nach dem Verschwinden des ÖH-Vorsitzenden Fritz Köhler, vermutlich durch Verschleppung, wurde der CVer Bauer ÖH-Vorsitzender. Bemerkenswert ist aber doch, dass gerade diese beiden Vorsitzenden später in der ÖVP Karriere machten und zu politischen Ämtern kamen. Außerdem sagt die obige Bemerkung etwas über Walter Jambors subjektive Einstellung als FÖStler aus – und es ist nicht auszuschließen, dass sich diese Einstellung gegen Ende seines Lebens verstärkt hat:

»Ich war ja da noch ziemlich naiv, ich kannte die Dinge im Detail nicht, wusste nicht die Geschichte des CV und seine Macht, so im Detail [...] Nur ist mir dann in der Union komisch vorgekommen, woher die Beschlüsse kommen. Wo dann plötzlich majorisiert wurde, das haben die also in den Korporationen, in den Zirkeln ausgemacht. Für die es auch bis heute so, [...] wo ein Nicht-Korporierter ja kein Mauseloch findet.«¹²⁷²

FÖSt und KV

Zu Beginn der 1950er-Jahre wollten die Studierenden, die nicht im CV waren, diesem mit einer ebenso traditionellen Vereinigung entgegen treten und kamen auf den KV, der ja ebenso alt wie der CV war und ebenso über eine Altherrschaft verfügte, jedoch keine Farben trug. Einer der

¹²⁷⁰ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹²⁷¹ ein Wortspiel: Füchse werden die neuen CV-Anwärter genannt

¹²⁷² Mitteilung von Walter Jambor

Initiatoren war Alexander Kragora, der ÖH-Vorsitzende von 1951 bis 1953, der zuvor in Graz gewesen war, wo der CV durch das Verbot der Briten geschwächt wurde und der KV immer schon bedeutender war als an anderen Universitätsstandorten. 1948 gründete schließlich Oswald Kurzel-Runtscheiner die KV-Verbindung »Prinz Eugen«, der später viele Aktivisten aus der FÖSt beitreten sollten.¹²⁷³ Kurzel-Runtscheiner war ja Präsident der FÖSt gewesen.¹²⁷⁴

Zum KV ging auch Herbert Ziegler, der den Eindruck hatte, dass die FÖSt gegenüber dem CV mehr und mehr an Einfluss verlor und deshalb ein Gegengewicht nötig sei.

»Das war dann einer der Gründe, weswegen ich mich dann entschlossen habe, zum KV, zu den nichtfarbentragenden katholischen Studenten, zu gehen, weil - ich mache da aus meinem Herzen keine Mördergrube - mir der CV nicht so sehr zu Gesicht stand. Ich habe zwar Freunde im CV, aber es hat mir nicht sehr conveniert, auf Kommando Biertrinken zu müssen, mit den Bandln herumzurennen und in vollem Wicks aufzutreten; das war für mich nicht mehr zeitgemäß, deshalb bin ich dem CV nicht beigetreten.«¹²⁷⁵

Ziegler hätte Ende der 1940er-Jahre auch als Student der Hochschule für Welthandel die Möglichkeit gehabt, der neu gegründeten »Mercuria« beizutreten, die erst nach drei Jahren in den CV aufgenommen wurde. Einladungen der »Baiuvaria« oder der »Austria« hatte er ebenso abgesagt.

Obwohl es die KV-Verbindung »Prinz Eugen« schon seit 1948 gab, entschlossen sich viele FÖStler erst um 1950, ihr beizutreten. Es gab außer politischen auch noch gesellschaftliche Gründe: Weil sich viele in der FÖSt und in der ÖH sehr gut verstanden, wollten sie sich auch privat treffen.

»Und dann haben wir einen Raum, »Kapitel« genannt, für die »Prinz Eugen« gefunden. Da haben wir uns fast jeden Tag getroffen, das muss man sich vorstellen! Also Leute, die noch studiert haben, oder Leute, die gerade fertig wurden. Und dann hat man das benützt, indem man gesagt hat: Schön – naja sagen wir so – es war ein gewisser Druck, dass man sich wo anlehnen muss. Und dann haben wir überlegt und mit einer qualifizierten Mehrheit abgestimmt: Also KV, wenn wir uns wo anlehnen, dann KV!«¹²⁷⁶

Dies erklärt, warum am Anfang viele KV-Mitglieder immer wieder Funktionen in der FÖSt hatten. Erst 1954, nachdem dann auch die CVer versucht hatten, in der FÖSt Fuß zu fassen und es zu Konflikten kam, entschied man sich innerhalb des Wahlblocks, dass Mitglieder nur einem Teilbereich angehören könnten – entweder CV oder KV oder FÖSt.¹²⁷⁷ Ein weiterer Grund, warum es zu Konflikten kam, ist, dass manche CVer die KVer nicht ganz ernst nahmen:

¹²⁷³ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 242

¹²⁷⁴ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 285

¹²⁷⁵ Mitteilung von Dkfm. Herbert Ziegler

¹²⁷⁶ Mitteilung von Norbert Burda

¹²⁷⁷ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 152

Man hat gesagt: »Noch ein katholischer Verband! Wozu? Und das Gemisch zwischen Farbentragenden und Nicht-Farbentragenden! So haben sie also eher dagegen geredet! Da ist aber dann der Widerstand im KV sehr energisch geworden. Das haben wir uns verbeten. Und wir haben auch Erfolg gehabt. Es gab ja auch sehr viele vernünftige CVer, zum Beispiel den Gottwald, zum Beispiel den Urbartz.«¹²⁷⁸

Durch diese vernünftigen Mitglieder aller Fraktionen konnten die internen Konflikte immer wieder ausdiskutiert und bereinigt werden. Weil es solche institutionalisierten Gesprächsgremien zwischen der KHJ und dem CV nicht gab, führten die Animositäten, die ja ganz in der Tradition beider Organisationen angesiedelt waren, zu größeren Konflikten innerhalb der ÖVP.

Es gab außer der KV-Verbindung »Prinz Eugen«, noch eine zweite, die »Erzherzog Karl«. Diese wurde durch Alexander Kragora mit einer Gruppe ehemaliger Offiziere gegründet. »Erzherzog Karl« als Feldherr war für die ehemaligen Offiziere ein Vorbild. Es gab auch ein paar andere, die nicht Offiziere waren, aber denen es gefallen hat, nicht so katholisch zu sein wie dies Kurzelscheiner war.¹²⁷⁹

Die ÖH wird demokratisch legitimiert: die Wahl 1946

Die Wahlen waren immer wieder verschoben worden. Die Studierenden wollten die Wahlen und haben sich mit Resolutionen in Zentralausschuss-Sitzungen dafür ausgesprochen. Verfahrenstechnische Gründe waren aber nicht die Hauptursache für die Verzögerungen. Die Alliierten, vor allem die sowjetische Besatzungsmacht, wollten ganz sicher gehen, dass sich die Universitäten, die ja in der Zwischenkriegszeit stets ein Hort der national(sozialistisch)en Gesinnung waren, sich auch dieser Wahlen würdig erweisen würden.

Am Wahltag, dem 19. November 1946 wehte an der Universität Wien aus dem Fenster des Rektorats die rote Fahne mit Hammer und Sichel. Um 11 Uhr hing diese Manifestation der Macht der kommunistischen Arbeiter und Jungfunktionäre an der Frontseite der Universität am Ring herab. Der Rektor Adamovich beeilte sich, auf Druck der Proteste seinen Rücktritt zu erklären, mit der Begründung, »dass das Unterrichtsministerium Schuld an der ungenügenden Säuberung der Hochschulen von Nazi-Elementen sei.«¹²⁸⁰ Mit der Schlagzeile: »Eine Warnung an die Reaktion. Arbeiter werden Sabotage der Nazisäuberung nicht dulden« beschreibt die ›Volksstimme‹, dass »Arbeiter der Stadlauer Großbetriebe« oder der »DDSG« sich spontan entschlossen hatten, dem Treiben der verkappten Nationalsozialisten an den Universitäten und

¹²⁷⁸ Mitteilung von Norbert Burda

¹²⁷⁹ Mitteilung von Norbert Burda

¹²⁸⁰ Volksstimme, 20. 11 1946, S. 1

in der Studentenschaft, die zu 80 Prozent aus Faschisten bestanden¹²⁸¹, nicht mehr länger zuzusehen.

Marian Miehl (2008) beschreibt dies ähnlich:

»Die mangelnde Entnazifizierung äußerte sich schon 1946 rund um die ersten ÖH-Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg, als es im Vorfeld zu nationalsozialistischen Ausschreitungen, Beschimpfungen von studierenden KZ-Überlebenden und in der Folge zu Prügeleien kam«¹²⁸²

Dies bestätigt auch ein ›Volksstimme‹-Artikel vom ersten Wahltag:

*»Hinter geschlossenen Toren verhöhnten Nazistudenten von den Fenstern die Wiener Arbeiter. Einzelne Naziprovokateure vor der Universität wurden von der **disziplinierten Menge der Arbeiter energisch zur Ruhe gebracht**«¹²⁸³*

Doch wie konnte es eigentlich sein, dass es angeblich so viele Nationalsozialisten an der Universität gab? Hatte nicht der einflussreiche kommunistische Studentenvertreter Dr. Peter Feldl höchstselbst die Sache der Entnazifizierung in die Hand genommen und hatten nicht kommunistische Studierendenvertreter in allen Kommissionen über die Zulassung gewacht?

Wenn es also unwahrscheinlich ist, dass diese kommunistischen Vertreter an den Universitäten einen Hort von nationalsozialistischen Studierenden zuließen, welchen Zweck könnte sonst diese scharfe Berichterstattung haben und welche Funktion könnten sonst empörte Arbeiter übernehmen? Denn diese beschimpften an der Universitätsrampe Studenten und verprügelten diese teilweise – assistiert von der Polizei, die teilweise jene, die verprügelt worden sind, festnahm und stundenlang im Polizeigefängnis eingesperrt ließ.¹²⁸⁴ Absurderweise gleichen dabei diese Szenen jenen der Zwischenkriegszeit, an denen es ebenso immer wieder eine tobende Menge an der Rampe der Universität Wien gab, die zu Gewalttätigkeiten mehr als bereit war und eine Polizei, die eher jene festnahm, die von der Menge drangsaliert und verletzt wurden.¹²⁸⁵

Tatsache war, dass es den Kommunisten nicht gelungen war, in der Hochschülerschaft Fuß zu fassen. Nachdem ihr »Mastermind« Dr. Feldl seinen Einfluss verloren hatte, konnten weder sein Nachfolger, Eduard Rabofsky, noch die anderen Parteikollegen mehr die frühere Position herstellen. Außerdem misstrauten die anderen Studierendenfraktionen den kommunistischen

¹²⁸¹ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 73

¹²⁸² Miehl (2008): Studentische Vertretungsorganisationen und ihre Politik in der Zwischenkriegszeit, S. 128

¹²⁸³ Volksstimme, 20. 11. 1946, S. 1

¹²⁸⁴ Der Student. 2.Jg./4, S. 19

¹²⁸⁵ vgl. Ferdinand **Wernigg**: Gaudeamus igitur. In: Wolfgang **Speiser**: Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938. Wien 1984 (= Materialien zur Arbeiterbewegung 40), S. 166-185

Vertretern und warfen ihnen vor, ständig ihre Machterweiterung mit imperialistischer Strategie zu betreiben.

Und so nimmt es dann nicht Wunder, dass aufgebrachte Arbeiter, die sich gegen den Nationalsozialismus wenden, den sie an der Universität vermuten, ausgerechnet »Jagd auf Wahlurnen«¹²⁸⁶ betreiben, die zum ersten Mal nach 1849 wirklich demokratische Zustände bringen sollten. Ein Blick in die Wahlberichterstattung der ›Volksstimme‹, des Organs der Kommunistischen Partei Österreichs, kann hier authentische Antworten über die Sichtweise der Demonstranten geben:

Vier Tage vor der ÖH-Wahl, am 15. November berichtete sie unter der Überschrift »Die Hochschulen – Reservat des Nazismus. Alarmierende Vorgänge an der Wiener Universität«¹²⁸⁷ von schier unfassbaren Zuständen:

»Redner werden von ehemaligen Offizieren frech und ungeniert gefragt, an welcher Front sie gestanden haben. Einem kommunistischen Redner, der erklärte, dass er gegen den Nazi-Krieg gekämpft habe, wurden Zurufe wie ›Verräter‹, ›Feigling‹, ›Fort mit ihm nach Russland!‹ entgegengeschleudert. Einem Debattenredner, der mit den Worten begann, ›Ich war ein SS-Mann‹, wurde mit demonstrativem Beifall einer großen Horde geantwortet. In allen Versammlungen wird Hetze gegen die Sowjetmacht und die Rote Armee betrieben und durch Sprechchöre wie ›Kultura, Kultura‹ die entsprechende Stimmung gemacht. [...] Der Vorsitzende der österreichischen Hochschülerschaft, Leutgeb, der gleichzeitig Spitzenkandidat der FÖSt ist, die der ÖVP angehört, obwohl sie sich als unpolitisch bezeichnet, sah keinen Anlass, gegen diesen Missbrauch bei den Wahlversammlungen einzuschreiten.«

Eine andere Sichtweise »von den Vorfällen in den Wahlversammlungen« liefert die ›Akademische Rundschau‹ der ÖH. Sie macht auf die Entnazifizierungskommissionen aufmerksam: Von tatsächlichen Zurufen durch nationalsozialistische Provokateure, die gar keine Studenten gewesen seien, distanzierte sich die junge Hochschülerschaft:

*»An den Wiener Hochschulen ist es im Rahmen der vergangenen Wahlversammlungen in den Debatten zu verschiedenen Zurufen aus dem Versammlungsraum gekommen, die als eine mehr oder weniger getarnte Äußerung nationalsozialistischer Gesinnung aufgefasst werden müssen. **Die Österreichische Hochschülerschaft lehnt ein derartiges Verhalten auf das entschiedenste ab.** Sie hat von sich aus das zur Feststellung und Bestrafung der Schuldigen Notwendige bereits in die Wege geleitet und wird derartige Vorfälle in Zukunft zu verhindern wissen.*

Gleichzeitig muss die Österreichische Hochschülerschaft aber offiziell feststellen, dass die Darstellung der erwähnten Ereignisse in einigen Zeitungen nicht den Tatsachen entspricht.«¹²⁸⁸

¹²⁸⁶ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 75

¹²⁸⁷ Volksstimme, 15. 11. 1946, S. 1

¹²⁸⁸ Akademische Rundschau, 23. 11. 1946, S. 9; Hervorhebungen *nicht* original

Nicht alles sei eben so gesagt worden, wie es die Zeitungen schrieben, manches sei »in Wirklichkeit nur eine Ablehnung kommunistischer Redner« gewesen, was nun allerdings anders dargestellt werde:

»Ausgesprochen irreführend sind einige Zitate, die aus dem Zusammenhang der Diskussion herausgelöst einen vollkommen anderen Sinn ergeben als den, den sie kundtun sollten. Andere Zitate sind überhaupt falsch wiedergegeben. So behauptete eine Zeitung, ein Student habe erklärt: ›Ich bin SS-Mann‹, worauf ihm eine Menge Mitstudenten stürmischen Beifall geklatscht hätte. Die Wirklichkeit stellt sich folgendermaßen dar: Die Diskussion wurde um das Problem der Heimkehrerhilfe und der Invalidenfürsorge geführt. Ein Student, der im KZ gewesen war, rief aus: ›Ich lehne es ab, mit ehemaligen Bewachungsmannschaften der Konzentrationslager und mit Untersuchungsagenten der SS auf einer Bank sitzen zu müssen. Ein Kollege erwiderte ihm, dass dies extreme Fälle seien, die gar nicht hierher gehörten, da diejenigen, die während des Krieges andere quälten und selbst prassten, ohnehin nicht zum Studium zugelassen seien.

Darauf erhob sich ein Student, dem man seine schwere gesundheitliche Schädigung ansah (er hatte im Krieg einen Halsschuss erhalten und sprach mit einer höchstens sechs Meter im Umkreis vernehmlichen Stimme): ›Ich war SS-Mann...‹ Darauf verlangte eine Menge Studenten, die weiter weg saßen: ›Lauter!‹

Worauf der Vorsitzende sie zurechtwies: ›Sie müssen doch als Mediziner sehen, dass der Mann nicht lauter sprechen kann!‹ – ›Ich bedaure heute sehr, fuhr der Invalide fort, ›der SS angehört zu haben, ich wollte nicht dem Führer dienen, sondern dem Volk. Ich bin mit jungen Jahren zur Waffen-SS eingezogen worden und habe davon nichts gehabt, als dass ich meine Gesundheit opfern musste‹. Diesem Argument der Berechtigung seines Studiums wurde Beifall gezollt.

- 1. sagte der Mann nicht ›Ich **bin** SS-Mann‹, sondern ›Ich **war** SS-Mann‹.*
- 2. handelt es sich nicht um die Verbrecherorganisation der politischen SS, sondern um einen zur Wehrdienstleistung in der Waffen-SS Eingezogenen und*
- 3. stellt eine zusammenhängende Darstellung der ganzen Episode dieser Debatte eindeutig klar, dass es sich hier keineswegs um eine nazistische Provokation und keinen Ausspruch faschistischer Gesinnung, sondern allein um die Frage drehte, ob ein Kriegsinvalid, ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS studieren darf oder nicht, eine Frage übrigens, die die österreichische Regierung in Zusammenarbeit mit den Alliierten schon längst positiv entschieden hat. [...]*

Die Tatsache der Auslegung antikommunistischer Parteiäußerungen als nazistische und faschistische Provokationen durch die kommunistische Presse ändert aber nichts an der Tatsache, dass diese Einzelercheinungen am Rande auch Tatsachen sind.

Allein die Österreichische Hochschülerschaft ist der Ansicht, dass diejenigen, die tatsächlich derartige nationalsozialistische Zurufe heute auf den Hochschulen wagen, unzweifelhaft Leute sein müssen, die von den Konsequenzen, die sich aus einer solchen Handlungsweise ergeben, nicht betroffen werden.«

Die ›Arbeiter-Zeitung‹ teilt diese Argumentation:

»Die Union der österreichischen Akademiker und die sozialistische Gruppe sind der Ansicht, dass es sich bei den Vorfällen wohl um ausgesprochen antimarxistische Kundgebungen, in keinem Fall aber um antisowjetische oder pronazistische Äußerungen gehandelt habe. Bei der Beurteilung der Vorfälle an den Hochschulen, die übrigens von der Tagespresse stark übertrieben dargestellt gewesen seien, müsse der Umstand berücksichtigt werden, dass für den Zutritt zu den Wählerversammlungen keinerlei Ausweisungspflicht bestand und sie demnach für jedermann zugänglich waren.«¹²⁸⁹

Drei Tage vor der Wahl, am 16. November 1946, lieferte die ›Volksstimme‹ folgende Schlagzeile:¹²⁹⁰

»Die Hochschulen dürfen nicht wieder zu Laboratorien des Faschismus entarten (von Nationalrat Ernst Fischer)«. Darunter fanden sich auf der Titelseite noch zwei andere Schlagzeilen: »Hinaus mit den Faschisten aus den Hochschulen (Ankündigung von Massenversammlungen im 2., 10., 21. und 22. Bezirk)« und »Neue Naziprovokationen an den Hochschulen«: Unter anderem schrieb die ›Volksstimme‹ in diesem Artikel:

»Als ein Funktionär des Verbandes sozialistischer Studenten Schneeweis, ein Spanienkämpfer, unter anderem erwähnte, dass er mit Bundeskanzler Figl im Konzentrationslager war, brach die Nazihorde in schallendes Gelächter aus und rief: »Recht so, da gehört ihr hin.««

Am Wahltag wurde genau dieser Widerstandskämpfer von kommunistischen Jugendlichen mit Schlägen bedroht.¹²⁹¹ Auf Seite 2 berichtet die ›Volksstimme‹ weiter: »Die Unterrichtsbehörden decken Hochschulnazi. Statt gegen die Nazi aufzutreten, hetzt der Unterrichtsminister gegen die demokratischen Studenten«. »Nach authentischen Berichten ist ein volles Drittel der Gesamthörerzahl Wiens derart belastet, dass es vor die Überprüfungscommission gebracht werden muss. Unter Hinzurechnung der übrigen politisch belasteten Hörschaft kann von hundert Studierenden zumindest ein Prozentsatz von achtzig in Zusammenhang mit der NSDAP genannt werden.«¹²⁹²

Die authentische Quelle wird allerdings nicht genannt, ebenso wenig wie die Inhalte von »Nazi-Flugzetteln« offengelegt werden, von denen berichtet wird.

Am Tag der Wahl selbst berichtet die ›Volksstimme‹ unter der Schlagzeile »Die Arbeiter wollen nicht länger zusehen. Leidenschaftliche Empörung über die faschistischen Provokationen« von jenen »spontanen« Betriebsversammlungen, für die zuvor zwei Tage hintereinander auf der Titelseite der ›Volksstimme‹ geworben wurde. Ernst Fischer tritt »im überfüllten Sokol-Saal« auf:

¹²⁸⁹ Arbeiter-Zeitung, 17.11.1946, S. 3

¹²⁹⁰ Volksstimme, 16. 11. 1946, S. 1

¹²⁹¹ AZ, 20. November 1946, S. 2

¹²⁹² Volksstimme, 16. 11. 1946, S. 2

*»Wir wollen energisch und unmissverständlich erklären, dass schöne Worte und Bekenntnisse nicht mehr genügen, sondern, dass wirklich eine Säuberung und Erneuerung der Hochschulen erfolgen muss. Wenn die Behörden in absehbarer Zeit keine Änderung treffen werden, dann allerdings könnte der Tag kommen, wo die Arbeiter **auf eigene Faust und mit eigener Faust** solchen Ereignissen ein für allemal einen Riegel vorschieben. [...] Man möge unsere Warnung sehr ernst nehmen.«¹²⁹³*

Zwar sprach Fischer auch davon, dass er »nach wie vor streng und genau differenzieren« wolle »zwischen den kleinen und menschlich nicht unanständigen Nazi und zwischen den eingefleischten und unbelehrbaren Faschisten«, aber diese Differenzierung findet sich in den Artikeln der ›Volksstimme‹ während dieser Tage keineswegs. Stattdessen rief die ›Volksstimme‹ wiederholt nach Machtübernahme einer »Volksintelligenz« an den Hochschulen. Unmittelbar unter diesem Artikel informierte die ›Volksstimme‹ ihre Leser von einem »Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei«:

*»In überfüllten Massenkundgebungen, die gestern in einigen Wiener Bezirken und in einer Reihe von Betrieben stattfanden, haben die Arbeiter ihre tiefe Erregung und Empörung über die frechen Provokationen der Nazi an den Hochschulen und über die Untätigkeit der Regierung gegenüber diesen faschistischen Vorstößen, leidenschaftlich zum Ausdruck gebracht. In einmütig verfassten Resolutionen haben die Arbeiter ihre Entschlossenheit gezeigt, das verbrecherische Treiben der Reaktion nicht länger zu dulden, sondern - wenn die verantwortlichen Behörden den Ernst der Lage nicht verstehen und die notwendigen Maßnahmen ablehnen - **selbst an den Hochschulen Ordnung zu machen**. In einige Versammlungen, sind die aufs äußerste erregten Arbeiter noch weiter gegangen: sie fassten den Beschluss, auf die Straße zu gehen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat noch nachts zu der ernsten Lage Stellung genommen und beschlossen, eine **Konferenz der Vertrauensmänner der Betriebe und Wiener Bezirke für übermorgen Donnerstag** einzuberufen. [...] Ort und Stunde werden morgen bekannt gegeben.«¹²⁹⁴*

Zwar spricht die ›Volksstimme‹ von einer spontanen Empörung und Erregung der Arbeiterschaft, aber den Termin legen die Arbeiter offensichtlich nicht selbst fest, sondern sie warten hier auf die Direktive ihrer Parteiführung. Und auch am Tag nach der Wahl warnt die ›Volksstimme‹, wie zu Beginn dieses Kapitels bereits zitiert, »dass Arbeiter [...] Sabotage der Nazisäuberung nicht dulden« würden und berichtet vom Rücktritt des Rektors Adamovich.

Zwei Tage nach der Wahl, am 21. November, beschreibt die ›Volksstimme‹ (diesmal nicht als Schlagzeile) die Forderungen des Abgeordneten Fischer im Parlament: »Vertreter des Volkes in Untersuchungskommissionen an den Hochschulen«.¹²⁹⁵

¹²⁹³ Volksstimme, 19. 11. 1946, S. 1, Hervorhebungen **nicht** original

¹²⁹⁴ Volksstimme, 19. 11. 1946, S. 1, Hervorhebungen **nicht** original

¹²⁹⁵ Volksstimme, 21. 11. 1946, S. 1

Drei Tage nach der ÖH-Wahl, am 22. November, nimmt die ›Volksstimme‹ in einer riesigen Schlagzeile (»*Wir fordern Neuwahlen*«) nochmals das Thema auf:

*»Die reaktionäre Clique, die an unserem Elend schuld ist, muss aus der Regierung verschwinden. Beschluss der Konferenz der kommunistischen Vertrauensmänner der Wiener Betriebe und Bezirke«.*¹²⁹⁶

Innerhalb einer Woche intensiver Berichterstattung forderte die ›Volksstimme‹ nicht nur die Aussetzung der Wahlen, nicht nur einen Rücktritt des bürgerlichen ÖH-Vorsitzenden Leutgeb (dessen Fraktion FÖSt übrigens mit über 75 Prozent gewählt worden war – bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent), sie berichtete nicht nur vom Rücktritt des Rektors nach einem »spontanen« Besuch einer Delegation von Arbeitern aus Betrieben und der Freien Österreichischen Jugend, in der die Kommunisten dominierten. Sie berichtet nicht nur von der Forderung eines Zugriffs der »Volksintelligenz« auf die Hochschulen, sondern fordert zuletzt sogar den Sturz der demokratisch gewählten Regierung Figl!

Das ›Neue Österreich‹ berichtet ergänzend, dass der Sowjetkommandant mehrere Vorschläge gemacht habe, nämlich: die Universität für einen Monat zu schließen, präzise Aufnahme-regelungen festzusetzen und eine Ordnung zu erlassen, die »nur den Studenten und den in der Universität Beschäftigten den Zutritt ins Universitätsgebäude ermöglicht«.

Weiters weiß der Sowjetkommandant zu berichten, dass »allein auf der Wiener Universität 780 Hörer inskribieren« konnten, »die mit der österreichischen Demokratie nichts zu tun haben. Das Unterrichtsministerium hat sich zwar bereit erklärt, eine Kommission zur Säuberung der Hochschulen einzusetzen, doch ist zu befürchten, dass diese Säuberung ohne radikale Maßnahmen der alliierten Behörden nicht die erforderlichen Resultate zeitigt«. ¹²⁹⁷

Diese Entwicklungen zeigen deutlich, dass die Demokratie in Österreich und insbesondere an den Universitäten längst noch nicht abgesichert war. Die Berichte von den angeblich **disziplinierten** Arbeitern, die Nazi-Provokateure energisch zur Ruhe gebracht und spontan gegen die unzumutbaren Zustände der »Reaktion« protestiert haben, sind genauso glaubwürdig, wie die Aussagen der ›DÖTZ‹ in der Zwischenkriegszeit, in der nationale Studierende diszipliniert gegen unerträgliches Unrecht aufgetreten seien und etwa »Heimwehr-Wichtigtuer« »windelweich geprügelt« hätten – oder davor Sozialdemokraten und jüdische Mitstudierende.¹²⁹⁸

Zweifel an der »spontanen« Aktion nährten auch die ›Salzburger Nachrichten‹:

»Aus authentischen Wiener Berichten ist zu entnehmen, dass bei der gestrigen Demonstration vor der Universität ein Polizeioffizier die Demonstranten über die Rampe der Universität hinaufgeführt habe. Viele Arbeiter sollen außerdem auf Befragen erklärt

¹²⁹⁶ Volksstimme, 22. 11. 1946, S. 1, Hervorhebungen *nicht* original

¹²⁹⁷ Neues Österreich, 23.11.1946, S. 1

¹²⁹⁸ DÖTZ 11.5.1933, S. 5

haben, sie wüssten gar nicht, worum es hier gehe. Sie seien morgens zu dieser Demonstration kommandiert worden. - Von anderen Hochschulen wurden keine Zwischenfälle gemeldet.«¹²⁹⁹

Am Ende des Wahltages konnte die ÖH Name und Art der Verletzungen bzw. der Misshandlungen von 81 Studenten protokollarisch belegen. Unter ihnen waren auch Nazi-Geschädigte und sogar Kommunisten, die daraufhin öffentlich ihr Parteibuch zerrissen.¹³⁰⁰

Im ›Neuen Österreich‹ am Tag nach der Wahl reagiert Unterrichtsminister Felix Hurdes, er »denke nicht daran, an die Lösung dieser Frage mit faschistischen Methoden heranzugehen, sie seien nur mit erzieherischen Methoden zu lösen.«¹³⁰¹ Auch Nationalrat Julius Raab, der das Recht des österreichischen Volkes auf Freiheit betonte, argumentierte in diese Richtung, ebenso wie Hans Pernter. Hurdes betonte auch gegenüber der Abordnung zwar »ebenfalls die Notwendigkeit einer absoluten Säuberung der Hochschulen, an der aber, wie er unterstrich, nicht nur die Arbeiter, sondern ebenso sehr auch die Bauern und die übrigen Teile der Bevölkerung interessiert seien. Es wurde schließlich angeregt, die Nazisäuberung an den Hochschulen dem *Parlament* zu überlassen.«¹³⁰²

Außerdem gab das ›Neue Österreich‹ noch eine Darstellung der Polizei über die Demonstrationen vor der Universität, während eine »Abordnung« zum Rektor ging, die der Darstellung der ›Volksstimme‹ eines ›disziplinierten Vorgehens‹ der Demonstranten widerspricht:

*»In der Zwischenzeit drangen einzelne neu hinzugekommene jugendliche Demonstranten nach Aufbrechen einer Türe der Rückfront des Gebäudes in das Innere, und es entstand in dem Universitätsgebäude eine Situation, so, dass polizeilicher Schutz angesprochen wurde.«*¹³⁰³

Vereinzelt sei es, nach Darstellung der Polizei, zu Handgemengen gekommen, die »Sicherheitswache nahm eine Anzahl von Perlustrierungen und mehrere Verhaftungen vor.« Der ›KURIER‹ zitiert am 20. November auf der Titelseite unter der Überschrift »Die Hochschüler Österreichs werden nochmals politisch überprüft« Bundeskanzler Leopold Figl: »Vielfach seien auch Provokateure anderer Couleur tätig gewesen. Die Vorgänge an den Hochschulen seien zum Teil aufgebauscht worden, es sei aber Tatsache, dass sich hochschulfremde Elemente Eingang in die Hochschulen zu verschaffen verstanden und Unruhen und Provokationen hervorgerufen haben.«¹³⁰⁴

¹²⁹⁹ SN, 21.11.1946, S. 2

¹³⁰⁰ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 76, Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 121

¹³⁰¹ Neues Österreich 20.11.1946, S. 2

¹³⁰² Neues Österreich 20.11.1946, S. 3

¹³⁰³ Neues Österreich 20.11.1946, S. 3

¹³⁰⁴ KURIER, 20. 11.1946, S. 1

Die ›Akademische Rundschau‹ listet in ihrer Ausgabe vom 30. November 1946 mehrere Fälle von Misshandlungen und Verletzungen auf, die sozialdemokratische Studenten, Widerstandskämpfer und auch unbeteiligte Passanten geschädigt hätten.¹³⁰⁵

»Der Student, O. S., Freiheitskämpfer und politischer Häftling, wollte zur Wahl gehen, als auch er misshandelt wurde: »... hörte ich die Rufe: ›Ihr Hunde, wir werden euch schon rausholen und wir werden euch schon Ordnung schaffen.‹ Ich antwortete auf diesen Zuruf meiner näheren Umgebung: ›Ordnung werden wir selbst schaffen.‹ Daraufhin stürzten sich drei oder vier Demonstranten auf mich, um mich mit Fäusten zu misshandeln.« »

Die Studenten, die verletzt worden waren, reagierten auf die Provokationen nicht mit Gegengewalt.¹³⁰⁶ Unterrichtsminister Hurdes lobte ausdrücklich die Hochschülerschaft, die das Blutigschlagen ruhig hinnahm. Die Studierendenvertreter kritisierten allerdings das Verhalten der akademischen Behörden, die sich gegen die Studierenden und das Unterrichtsministerium gestellt hätten, um als unparteiisch zu erscheinen und die dennoch nicht verhindern konnten, dass das Rektorat besetzt wurde. Leider hätten die Professoren, klagt die Hochschülerschaft, »nicht eingesehen [...], dass die Studenten mit ihren Interessen auch die Professorenschaft verteidigen«.¹³⁰⁷ Für die FÖSt lag die Schuld dieser Eskalationen ganz klar bei der Kommunistischen Partei:

*»Die Wurzeln reichen tiefer; gewisse Kreise scheinen die Zeit für gekommen zu halten, ganz offen das Mäntelchen der Demokratie abzuwerfen, um mit brutaler Gewalt in die österreichischen Verhältnisse eingreifen zu können.«*¹³⁰⁸

¹³⁰⁵ Akademische Rundschau, 30.11.1946, S. 1

¹³⁰⁶ Von all dem berichtet Marian Miehl (2008) jedoch nichts. Im Gegensatz dazu schreibt er: »In den Jahren nach der Wahl »waren Schlägereien zwischen den katholischen, sozialistischen und nationalistischen Studierenden wieder an der Tagesordnung. Das Bild der Universitäten glich somit jenem aus der Zeit vor der nationalsozialistischen Herrschaft«. Miehl (2008): Studentische Vertretungsorganisationen und ihre Politik in der Zwischenkriegszeit, S. 128

Mehrere grundlegende Fakten zeigen, dass dies nicht stimmen kann: Unmittelbar nach den Wahlen 1946 wurde die Zulassung ehemaliger Nationalsozialisten nochmals verschärft. Diese waren bis April 1948 bzw. 1950 an Hochschulen gar nicht zugelassen! »Nationalistische« Studierende konnten also gar keine relevante Größe sein. Und selbst wenn allmählich neben den christlich-liberalen Vertretern der FÖSt auch wieder CVer in der Union und der Hochschülerschaft mitarbeiteten, gab es in der ÖH ja weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem VSStÖ. Beide Fraktionen lehnten nunmehr jede Abkehr vom Österreichpatriotismus und der Demokratie ab. Außerdem arbeiteten beide Fraktionen, Union und VSStÖ nicht zuletzt aufgrund der kommunistischen Bedrohung bei den Wahlen und in Abgrenzung zu den Nationalsozialisten konstruktiv zusammen, deren Extremismus beide Fraktionen nie wieder das universitäre Feld überlassen wollten. Es ist eben der Hauptunterschied und die entscheidende Diskontinuität zwischen der Zeit der Hochschülerschaft Österreichs und der Österreichischen Hochschülerschaft, dass Ambivalenzen nunmehr ganzheitlich demokratisch ausgetragen werden und nicht mehr mitsamt dem Gegner bekämpft werden.

¹³⁰⁷ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 76f:

¹³⁰⁸ Der Student, 2.Jg./4, S. 19

Die sozialistischen Studierenden berichten von den Ausschreitungen bei den Demonstrationen, in denen die Kommunisten mit sozialistischen Parteiabzeichen den Eindruck erwecken wollten, diese seien auch dabei:

»An der Universität [Wien] verliefen die Wahlen bis gegen 10 Uhr vormittags ungestört. Um diese Zeit trafen Abordnungen und Gruppen von Arbeitern einzelner Betriebe vor der Universität ein, um eine Deputation zum Rektor der Universität, Professor Dr. Adamovich, zu entsenden. Ihnen folgten alsbald auch kleine Demonstrationzüge von Kommunisten sowie der kommunistischen Freien österreichischen Jugend mit Parteifahnen, auf die auch die drei Pfeile der Sozialisten aufgenäht waren. Eine Anzahl von Teilnehmern begnügte sich nicht mit der Demonstration gegen die Nazi-Studenten, sondern bedrohte wahllos die Studenten, von denen ein großer Teil demokratisch und - wie das Wahlergebnis zeigt - zu einem guten Teil sozialistisch ist.

So kam es, dass sozialistische Studenten von kommunistischen Studenten bedroht, geschlagen und verletzt wurden. Als der Obmann der sozialistischen Studenten, der Spanienkämpfer und KZler Josef Schneeweis verlangte, dass von den kommunistischen Parteifahnen die sozialistischen Abzeichen entfernt werden, wurde auch er mit Schlägen bedroht.¹³⁰⁹

Der erwähnten Abordnung sagte Rektor Professor Dr. Adamovich die Weiterleitung ihrer Forderungen an den Unterrichtsminister zu. Der Führer der Abordnung teilte dies den Demonstranten mit und bat sie, wieder in ihre Betriebe zurückzukehren. Während die meisten der Aufforderung folgten, drangen andere, hauptsächlich Mitglieder der kommunistischen Freien österreichischen Jugend, in das Universitätsgebäude ein und zeigten sich mit Parteifahnen an verschiedenen Fenstern. Einzelne Wahlkommissionen stellten darauf den Wahlvorgang ein, umso mehr, als infolge der polizeilichen Absperrung auch viele Studenten das Universitätsgebäude nicht betreten konnten. Im Einvernehmen mit dem Rektorat wurden die Wahlen vorübergehend an andere Hochschulen verlegt. [...] Jeder Wiener Sozialist und jeder Wiener Arbeiter wird ebenso wie die sozialistischen Studenten alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Naziumtriebe an den Hochschulen begrüßen. Aber die Art, in der gestern von kommunistischer Seite »demonstriert« wurde, muss schärfstens abgelehnt werden. Das ist die beste Methode, die Demokratie zu diskreditieren - also genau das, was die Nazis wollen!«¹³¹⁰

Walter Jambor von der FÖSt/Union war Augenzeuge dieser Demonstrationen: Den Kommunisten sei klar gewesen, dass sie bei der Wahl nichts zu gewinnen hätten. Deshalb wollten sie die Wahl verhindern, wobei ihnen »natürlich die russische Besatzungsmacht

¹³⁰⁹ Dies bestätigt Walter Jambor und zeigt anhand dieser Szene den Grundkonsens zwischen Union- und VStÖ-Studenten auf: »Dr. Pepi Schneeweiß, jetzt emeritierter Facharzt für Interne, Spanienkämpfer, sozialdemokratische VStÖ-Funktionär, [...] hat sofort verhindert, dass dort rote Fahnen, die ja auch die Sozialdemokratie hat, neben Hammer und Sichel gezeigt werden. Er ist sofort hin und hat gesagt: »Mit dem, was ihr da macht's, haben wir nichts zu tun!« Das heißt, es gab zwischen uns beiden einen Konsens, in republikanisch-demokratischen Grundfragen - und in gewissen Übereinstimmungen über ein Geschichtsbild. Und das war das eigentliche Ferment. Sowohl gegenüber des Nationalsozialismus, als auch gegenüber dem Kommunismus.«

¹³¹⁰ AZ, 20. November 1946, S. 2

hilfreich« gewesen sei, »und am Wahltag selber ist ein Gruppe von etwa tausend USIA-Arbeitern aus Transdanubien auf die Uni marschiert und hat versucht, die Wahlen zu verhindern, hat also zum Teil Urnen abtransportiert und hat Leute sogar aus dem Fenster geworfen«. Dann habe sie das Zimmer jenes Rektors Adamovich »gestürmt«, der wenig später der Präsident des Verfassungsgerichtshofes werden sollte.¹³¹¹ Rektor Adamovich war zwar ein Mann von Reputation, aber hatte fortan »null Autorität« bei Walter Jambor, »weil er sich als absolut feige erwiesen hat«.¹³¹²

»Der hat knieschlotternd Konzessionen an die Kommunisten gemacht. Die haben also aus dem Rektoratsfenster die Fahne rausgehängt, die kommunistische Fahne, mit Hammer und Sichel. Ich hab´ mir das von vis á vis der Universität eine Weile angesehen. Es war interessant: Der Obmann der kommunistischen Studenten, Eduard Rabofsky¹³¹³, [...] der im April 1945 mit der Roten Armee einmarschiert ist, [...] war offensichtlich nicht darauf vorbereitet. Er ist auf einen Lautsprecherwagen gestiegen, und hat zu den USIA-Leuten gesprochen: ›Was da an der Uni passiert ist, ist ungeheuerlich!‹«

»Aber ich habe nicht den Eindruck, dass der Rabofsky, [...] bewusst auf diesem Klavier gespielt hat, sondern damals von diesen USIA-Aktivitäten selbst überrascht worden ist. Er ist dann auf den Zug aufgesprungen, weil ihm ja gar nichts anderes übergeblieben ist. Aber [...] wie er dort raufgestiegen ist, hab´ ich also gesehen, er war überrascht. [...]

›Die Nazis sind auf der Uni!‹ Was hätte er anderes sagen sollen? [...] Ich glaube, dass die Drahtzieher eher in der Führung der KPÖ waren, und natürlich im russischen Besatzungselement«.¹³¹⁴

In der Sitzung des Akademischen Senats vom 3.12.1946¹³¹⁵ berichtet der Rektor, dass er sich noch am selben Tag im Ministerium »über das Verhalten der Polizei beschwert habe«. Jambor hatte indes selbst die amerikanische Besatzungsmacht angerufen:

»Die haben einen Cheep mit vier GI´s geschickt, mit Knüppeln und haben gesagt: ›Go away! I shoot you down!‹ Die sind ausgestiegen, lässig, nicht, also so richtige Amis, – mit

¹³¹¹ Sein gleichnamiger Sohn wurde später ebenso Präsident des Verfassungsgerichtshofes.

¹³¹² Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹³¹³ Eduard Rabofsky (1911–1994): Laut Mitteilung von Walter Jambor war er ursprünglich Ministrant, arbeitete vor 1934 in der Arbeiterkammer. Nach 1934 ging er zu den Kommunisten, später in die Sowjetunion. Nach seiner Hochschülerschaftsaktivität war er zunächst Abteilungsleiter in der Arbeiterkammer war, habilitierte sich später an der DDR-Universität in Ostberlin und wurde Fachmann für Arbeitsrecht. Jambor stuft ihn, wie die kommunistischen Studierenden allgemein, »als Dialektiker« ein, »das waren durchaus intelligente Leute - etwa im Sinne der französischen Kommunisten«.

Vgl. auch Anja **Oberkofler**: Symposium zur Erinnerung an Eduard Rabofsky. Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft, Nr. 3/2004, online unter:

http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Rabofsky_3_04.html (1.9.2009)

und Anja **Oberkofler**: Krise des Arbeitsrechts. Symposium zur Erinnerung an Eduard Rabofsky. Wien, April 2005, online unter: http://www.klahrgesellschaft.at/Buecher/Arbeitsrecht_Vorwort.html (1.9.2009)

¹³¹⁴ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹³¹⁵ UAW, S.Z. 27, 1946/47 – 45

Chewing Gum und haben diesen Knüppel, diesen großen, der so wie ein Basketballschläger ausgesehen hat, und haben sie auseinandergetrieben, und dann war's aus. Innerhalb von zehn Minuten war der Spuk vorbei, die Urnen sind wieder aufgetaucht.

Das hat dann natürlich auch Wahlabstinente zu den Urnen getrieben. Wir haben also eine Riesen-Wahlbeteiligung gehabt, und einen Erfolg von 75 Prozent, haben uns aber sehr konsequent mit dem Nationalsozialismus, seinen Untiefen auseinandergesetzt«.¹³¹⁶

Die ›Akademische Rundschau‹ listet unmittelbar nach der Wahl weitere Details der Vorkommnisse auf, vor allem kritisierte sie das Verhalten der Wiener Polizei:

»Es nimmt einigermaßen wunder, dass die Polizei es für notwendig erachtete, verprügelte Studenten festzunehmen, und den Raufbolden zum Teil behilflich war. Es verdient auch festgehalten zu werden, dass ein kommunistischer Parteioffizier die Menge selbst auf die Rampe der Universität hinaufführte.

Um die Wahlen weiterführen zu können, wurde es mittags den Studenten der Universität ermöglicht, auch an anderen Hochschulen zu wählen. Um 14.30 Uhr war die Rampe der Universität gesäubert. Das Tor wurde wieder geöffnet und Studenten, die sich legitimieren konnten, wieder die Möglichkeit gegeben, die Universität zu betreten.«¹³¹⁷

Das Bild der amerikanischen Militärpolizei, die gegenüber den Kommunisten die Ruhe und Ordnung wiederherstellte, verweist bereits auf die kommende, auch ideologische Konfrontation der Supermächte, auf den ›Kalten Krieg‹. Die Tatsache, dass die Unruhen nicht von der österreichischen Polizei gestoppt, sondern im Gegenteil von der örtlichen Polizei nach mehreren Berichten eher unterstützt worden waren, bezeichnete Nationalratspräsident Leopold Kunschak als »Kapitulation der österreichischen Behörden«:

»Wie will man jetzt den Beweis führen, dass wir allein imstande sind, die Ordnung im Innern zu erhalten, dass wir imstande sind, uns selbst zu regieren? So stellt sich der 19. November als ein unerhört trauriger Tag dar.«¹³¹⁸

Walter Jambor berichtet, dass im Vorfeld der Wahl die Studenten der FÖSt sich mit Bundeskanzler Leopold Figl, Unterrichtsminister Felix Hurdes und Fritz Bock, einem der Gründer der ÖVP, wegen der Vorgänge an der Universität, der Vorwürfe »einer Verseuchung der Universitäten durch Nationalsozialisten« und der Forderung einer Sperre der Universitäten getroffen hatten:

»Der Hurdes, mein väterlicher Freund, damals Unterrichtsminister und Generalsekretär der ÖVP, hat mich angerufen, und hat gesagt: ›Du, pass auf, setz dich sofort mit dem Dr. Leutgeb‹, er war der [ÖH-]Vorsitzende, ›und mit dem Herbert Weber‹, der war der Redakteur des ›Student‹, ›in ein Auto, das ich dir vom Hofrat Weber schicke, und wir treffen uns in der Villa vom Figl und vom Bock in der Peter-Jordan-Straße.« Da haben wir uns zusammengesetzt, und da haben wir uns überlegt, was wir tun sollen. Der Figl war

¹³¹⁶ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹³¹⁷ Akademische Rundschau, 23. 11. 1946, S. 10

¹³¹⁸ Der Student, 2. Jg./4, S. 18

ziemlich betrunken, und wäre bereit gewesen, die Hochschulen zu sperren. Und da [...] der Bock im Stockwerk überm Figl die Wohnung hatte, hat er gesagt: ›Geh'n wir zu mir hinauf.‹ Und wir sind dann also zu fünft, der Bock, der Hurdes, der Weber, der Leutgeb und ich einen Stock höher [...].«

Es wurde eine Presseerklärung vorbereitet, in der darauf hingewiesen wurde, dass »hochschulfremde Elemente« im Wahlkampf freien Zugang zur Universität hatten. Die Hochschülerschaft hatte schon zuvor darauf aufmerksam gemacht, dass abgewiesene Nationalsozialisten – obwohl keine Studenten – im Wahlkampf die Universität betraten. Dies müsse unterbunden werden, um ihnen keine Agitationsmöglichkeiten zu geben:

»Wir haben dann gesagt, die Hochschulen werden natürlich nicht zugesperrt. Es hat der Figl in halbnüchternem Zustand [...] noch den [SPÖ-Parteivorsitzenden und Vizekanzer] Schärf angerufen, und der war auch nicht dafür, dass wir die Universitäten zusperren. Wir haben dann also eine Presseaussendung gemacht, dass hochschulfremde Elemente in die Uni eingedrungen sind [...] und, dass ab sofort Legitimationspflicht bei der Portierloge verpflichtend ist. Das heißt, es ist dann niemand mehr reingekommen, im künftigen Wahlkampf.«

Dementsprechend berichtet das ›Neue Österreich‹, dass Minister Hurdes eine »strenge Überprüfung angeordnet habe und er ankündigte, dass schärfste Konsequenzen gezogen würden. Er habe bisher noch keinen einzigen Täter »namhaft gemacht bekommen. Es scheint sich also tatsächlich um Leute gehandelt zu haben, die *nicht* auf die Hochschulen gehören«. Daher werde es eine neuerliche strengste Überprüfung geben, so Hurdes, »denn ich betone nochmals: ich bin für die restlose Säuberung der Studierenden von wirklichen Nationalsozialisten.«¹³¹⁹ Der Kompromiss war die Sperre aller nationalsozialistischen, auch der bereits zugelassenen minderbelasteten Studierenden, ein Bauernopfer aus politischen Gründen: Denn danach überprüfte niemand mehr die nationalsozialistische Gesinnung, schließlich hätten die Nationalsozialisten ja gebüßt. Dann ging es vielfach eher um potentielle Wählerstimmen als um die Frage einer demokratischen Gesinnung. Dietmar Stiefel spricht davon, dass die »Entnazifizierung im Sinne einer Zerschlagung der nationalsozialistischen Strukturen« wohl gelungen sei: »Entnazifizierung im Sinne eines Abbaus von totalitären und radikalen Strömungen aber ist eine Aufgabe, die nicht nur *einmal* und dann für *immer* erledigt ist, sondern sich in einer Demokratie ständig stellt.«¹³²⁰

Ausgang der Hochschülerschafts-Wahlen 1946:

Mit dieser Wahl sind die Studierenden der österreichischen Universitäten nicht nur nach 100 Jahren wieder durch Wahl legitimierte Interessensvertretungen, sondern haben nun auch erstmals eine durch Wahl legitimierte österreichweite Interessensvertretung als Körperschaft

¹³¹⁹ Neues Österreich, 22. 11. 1946, S. 3

¹³²⁰ Stiefel (1986): Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null?, S. 36

des Öffentlichen Rechts. Was die Vertreter im austrofaschistischen Ständestaat nicht konnten oder wollten, nämlich die Hochschülerschaft durch Wahlen zu legitimieren, das ist sehr bald in der Zweiten Republik verwirklicht worden. Die Strukturen der Hochschülerschaft Österreichs aus dem austrofaschistischen Ständestaat wurden größtenteils übernommen, jedoch konnten sie erst durch demokratische Legitimation ihr Potential voll entfalten und den Studierenden zusätzlich zu den lokalen Wahlen ein demokratisches Mitspracherecht ihrer universitären Interessenvertretung bieten.

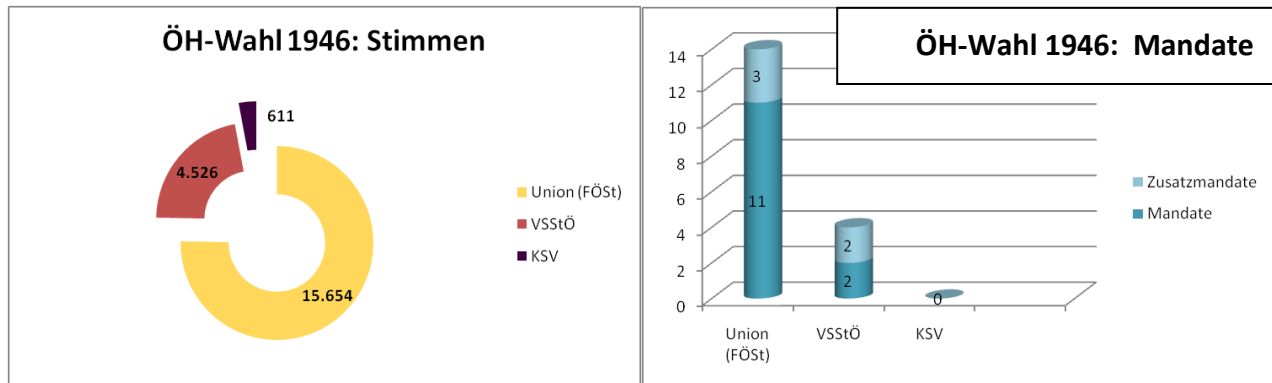


Abbildung 22: Ergebnisse der ersten ÖH-Wahlen, Grafik: Gerhard Wagner

Durch diese Wahl waren die sozialistischen Studierenden so stark legitimiert wie nie. Sie, die auf den Universitäten zuvor nie Fuß fassen konnten, erreichten auf Anhieb fast 22 Prozent und ein knappes Viertel aller Stimmen! Erfreut berichtete die Arbeiterzeitung tags darauf über das Ergebnis der Hochschulwahlen:

»Die gestrigen Wahlen an den österreichischen Hochschulen haben der Sozialistischen Studentenschaft einen schönen Erfolg eingebracht. Sie haben wohl nur eine Minderheit für ihre Liste gewinnen können. Aber wer die Verhältnisse an den Hochschulen kennt, der weiß, wie gering die Zahl der Studierenden aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung ist, wird das Erreichte hoch zu würdigen wissen. Die Sozialistische Studentenschaft an den Hochschulen hat niemals zuvor diese Stärke aufgewiesen: sie wird auf diesem Weg rasch fortschreiten«.

Unter anderem waren für den Verband Sozialistischer Studenten der spätere Zentralsekretär unter Bruno Kreiskys SPÖ-Vorsitz Welthandelsstudent und VSStÖ-Obmann (1947–1949) Fritz Marsch (1926–2009) sowie Rudolf Stasen, Heinz Damian und Heinz Pototschnig angetreten.

Noch mehr Grund zum Jubeln hatte die FÖSt. Bei einer Wahlbeteiligung von 82 Prozent hatte sie mehr als 75 Prozent erhalten und stellte an allen größeren Universitäten und am Zentralausschuss der Österreichischen Hochschülerschaft den Vorsitzenden und ebenso an den Fachgruppen der Universitäten und Fachschaften der Technischen Hochschulen.¹³²¹

¹³²¹ Hier behält übrigens der Begriff ›Fachschaft‹ seine Funktion und wird auch heute in der studentischen Alltagssprache noch gerne verwendet, obwohl es mittlerweile den Namen der von Drimmel

Ausblick: Die Österreichische Hochschülerschaft auf dem Weg zur anerkannten Institution

Die »von mir immer bekämpfte[n] Organisation der Studentenschaft«: Rektor Adamovich und der Hochschülerschafts-Vorsitzende Karl Leutgeb

Es ist nicht ganz unbezeichnend, wenn sich Rektor Adamovich, wie im Zuge der Affäre um eine verschwundene HJ-Kartei des mächtigen kommunistischen ÖH-Funktionär Feldl zu obiger Aussage hinreißen lässt. Er ließ keinen Zweifel daran, dass ihm die Rechte der Studierenden zu weitgehend erschienen und dass ihm eine umfassende Aufsicht des Rektors über die Hochschülerschaft ein dringendes Anliegen war. Hatte er sich doch schon bei den Versuchen des Unterrichtsministers Czermak für eine Lösung ausgesprochen, die über einen Vereinsstatus nicht hinaus kam.¹³²² Was Unterrichtsminister Schuschnigg dann 1933 den Hochschülerschaftsfunktionären an umfassenden Rechten gewährte, war etwas ganz anderes: unter formeller Aufsicht der akademischen Behörden zwar, de facto ihnen aber entzogen, weil das Ministerium den Rektoren und Professoren nicht traute und eine gewisse Kontrolle eben jener akademischen Organe durch die Studierenden wünschte.

Was die Reorganisation der alten universitären Strukturen 1945 betraf, war Adamovich um Kontinuität und die Wahrung der früheren Stellung der Universität bemüht. So bezeichnete er die Wahl des Senats als eine »Rückkehr zur alten Autonomie des Organisationsgesetzes vom 27. April 1873« und auch die »Rückkehr zu den »früheren österreichischen Studienordnungen«, mit denen es gelungen sei, »die »Universität vom nationalsozialistischen Geiste in einem Semester, dem Sommersemester 1945, bereits vollständig« zu lösen«¹³²³ – mit möglichst umfassender Aufsicht der akademischen Behörden offenbar: Selbst mit Kurt Schubert, Adamovichs provisorischem Vorgänger als Rektor, gab es Konflikte um die Entnazifizierungskommissionen, weil Adamovich diese ohne Studierende sehen wollte.

»Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Wintersemesters 1945/46 ergab sich ein Konflikt zwischen den Universitätsbehörden unter der Studentenschaft, wer für die politische Überprüfung von Studenten zuständig sei. Am 25. Juli 1945 meinte noch der Akademische Senat, dass der Ausschluss vom Studium durch die Österreichische

gegründeten »Fachschaften« längst nicht mehr gibt. vgl. die Wahlergebnisse und Auflistung: Akademische Rundschau, 20.11.1946, S. 1

¹³²² vgl. das frühere Kapitel dieser Arbeit: »»Ein eigenartiges Gebilde sui generis«: Gleispach, Hugelmann und die Studentenordnung an der Universität Wien 1930«

¹³²³ vgl. Gernot **Heiß**: Wendepunkt und Wiederaufbau: Die Arbeit des Senats der Universität Wien in den Jahren nach der Befreiung. In: Margarete Grandner/Gernot Heiß/Oliver Rathkolb (Hg.): Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955. Wien 2005 (= Querschnitte. Einführungstexte zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte 19) S. 9-37, S. 15

Demokratische Studentenschaft nicht legal sei, da dies laut Rektor Adamovich »nicht in die Kompetenz der Österreichischen Demokratischen Studentenschaft« falle. In dem Protokoll zur Sitzung am 15. September aber heißt es: »Rektor Adamovich erklärt, dass die Studentenschaft entsprechend den Weisungen des Staatsamtes an der Durchführung der Inskription durch Prüfung der Bewerber auf ihre Zuverlässigkeit mitwirke.« Die endgültige Entscheidung stand aber den Dekanen zu.«¹³²⁴

Teilweise konnte sich Rektor Adamovich nach 1945 durchsetzen und erreichte eine weiter gehende Aufsicht des Rektors über die Aufsicht der Rektorenkonferenz über die Österreichische Hochschülerschaft. Übrigens bekamen die Rektoren auch das Recht, Studierendenvertreter und -vertreterinnen »vorläufig vom Amte entheben und beim Staatsamte ihre dauernde Entfernung von diesem Amte begehren« (StGBI. 170/1945, § 9). Dass dies zuvor nicht geregelt war, hatte Adamovich ja zur Aussage der »von mir immer bekämpften Organisation der Studentenschaft« veranlasst. Allerdings war dies ein Eingriff in die studentische Autonomie und führte im praktischen Leben zu einigen Konflikten.

Ein Dauerkonflikt zwischen dem Rektor und der Hochschülerschaft entbrannte um die Zeitung der Studierenden, die »Akademische Rundschau« und deren Chefredakteur Heribert Husinsky. Rektor Adamovich fasste sie als ein Organ unter seiner Aufsicht auf und sah sich berechtigt, ja sogar verpflichtet, hier Eingriffe vorzunehmen. Die Hochschülerschaft allerdings fühlte sich gegängelt und in ihrer Autonomie gefährdet, wenn eine durch sie finanzierte Zeitschrift plötzlich Auflagen durch Dritte bekam und es immer wieder Eingriffe in die Redaktion gab.

So beschwerte sich der Rektor am 5. November 1945 bei Chefredakteur Heribert Husinsky – und schickte gleich auch Kopie an das Staatsamt für Unterricht:

»Laut Angabe des Kanzleidirektors Dr. Fischer seien die Vereinbarungen bezüglich der Herausgabe der »Akademischen Rundschau« zwischen Magnifizenz und Heribert Husinsky in Gegenwart des Kanzleidirektors mündlich getroffen worden.«

Adamovich »[...] stelle zu meinem äußersten Befremden fest, dass mir nicht ein einziger Artikel vor der Drucklegung zur Einsicht vorgelegt worden ist. Ich muss mich gegen dieses illoyale Verhalten, das der bindenden Zusage der Hochschülerschaft widerspricht, auf das allerschärfste verwahren.«¹³²⁵

In den Akten ist das betreffende Exemplar, das diesem Schreiben beiliegt, allerdings noch unaufgerissen und scheinbar ungelesen¹³²⁶. Außerdem verlangte Ludwig Adamovich von den Studierenden, sie sollten – ohne eine Erstattung der Kosten in Aussicht zu stellen – »je ein Exemplar noch zusätzlich an die Dekane« schicken und ein weiteres an den Prorektor«.¹³²⁷

¹³²⁴ Schubert (1991): Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945, S. 23

¹³²⁵ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 19

¹³²⁶ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 9

¹³²⁷ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 10

Auch gegenüber dem Akademischen Senat vom 8. Dezember 1945 lässt Rektor Adamovich deutlich erkennen, dass er die Protagonisten der Hochschülerschaft nicht als Gesprächspartner auf Augenhöhe, sondern um einiges darunter empfindet:

»Rektor Adamovich berichtet, dass die Akademische Rundschau nur unter der Bedingung zugelassen wurde, dass sie den jeweiligen Bürstenabzug ihm zur Einsicht vorlege. Dies sei aber nur bei den ersten Nummern geschehen, Nr. 4 und 5 habe er überhaupt nicht mehr erhalten. Er richte sich vor allem gegen die starke Überheblichkeit, mit der gewisse Anschauungen von nicht einmal reifen Menschen vertreten werden. Vor allem sei der an den italienischen Außenminister gerichtete offene Brief eine Überheblichkeit größten Ausmaßes.

Er lasse sich dies nicht mehr bieten, sollten die Studenten in dieser Art fortfahren, die Zeitschrift zu redigieren, würde er den Antrag auf Einstellung stellen. Prodekan Mayer regt an, dass Se. Magnifizenz in die nächste erscheinende Nummer einschalten lasse, dass die letzten ohne Genehmigung des Rektors erschienen seien. Der Senat schließt sich vollinhaltlich an«¹³²⁸

Am 22.12.1945 »ersucht« Rektor Adamovich den Chefredakteur Husinsky, den Aufsatz Prof. Wengers in 20 Exemplaren nach Obervellach in Kärnten zu senden und in die nächste Nummer eine Notiz über den 70. Geburtstag von Kardinal Innitzer mit Glückwünschen des Rektors zu stellen.¹³²⁹

Als Horkel, der Leiter des ÖH-Sozialreferats den Senat um eine Liste des akademischen Personals ersucht,¹³³⁰ um ein »Sammelregister aller Personen, die am akademischen Leben interessiert sind, aufzustellen«, lässt der Senat antworten, »Kanzleidirektor Dr. Fischer soll Herrn Horkel dahin belehren, dass wir nicht einmal selbst noch einen Personalstand aufstellen können, da ununterbrochen Änderungen erfolgen«. Auf die Idee, die Ressourcen der ÖH zu nutzen und gemeinsam einmal damit anzufangen, kommt der Senat nicht. Stattdessen fordert er von der ÖH nochmals, ihre Zeitschrift an vom Senat gewünschte Personen »dringend« und »unverzüglich« zuzustellen.¹³³¹

Auch in die Finanzen und Stipendien der Österreichischen Hochschülerschaft wird nunmehr durch die Universität eingegriffen: Seitens der Gebarungsstelle der Universität kritisiert Dkfm. Venerandi Stipendien der ÖH für die Geisteswissenschaftliche und Medizinische Fachgruppe.

Dies wiederholt sich noch öfter, etwa in der 23. Sitzung des Akademischen Senates am 11.5.1946:

¹³²⁸ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 20

¹³²⁹ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 24

¹³³⁰ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 22

¹³³¹ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 23

*»Der Rektor bringt sodann ein Schreiben der Gebarungsstelle für die Österreichische Hochschülerschaft zur Verlesung, woraus zu entnehmen ist, dass diese Stelle die Österreichische Hochschülerschaft genauestens überprüft und sie zur Ordnung verhält«.*¹³³²

Auch gegenüber dem neuen Minister für Unterricht, Hurdes, dürfte es Vorbehalte gegeben haben, wie das Protokoll des Akademischen Senats vom 5. Jänner erkennen lässt:

*»Der Rektor gibt nunmehr bekannt, dass er beim neuen Bundesminister für Unterricht Dr. Hurdes vorgesprochen habe, und zwar vor allem über die Frage der Zusammensetzung des Lehrkörpers und über studentische Angelegenheiten. Der Minister habe hiebei darauf hingewiesen, dass er mit dem Unterrichtsministerium schon dadurch wohl vertraut sei, weil er schon seinerzeit durch mehrere Jahre – nämlich in der Kärntner Landesregierung – in führender Stellung tätig gewesen sei«.*¹³³³

Offenbar sah sich Minister Hurdes herausgefordert, sich über seine Qualifikation vor Rektor Adamovich zu rechtfertigen. Der ausdrückliche Hinweis auf die führende Tätigkeit in der Kärntner Landesregierung im Protokoll der Senatssitzung könnte aber auch andeuten, dass der Senat dies eben nicht für eine Qualifikation hielt, zumal es in Kärnten keine Hochschulen gab.

Mittlerweile, im Vorfeld der Wahl, gingen die Konflikte um die ›Akademische Rundschau‹ weiter. Der Direktor der Rektoratskanzlei, Fischer, kündigt Konsequenzen an, weil die Bürstenabzüge zum Rektor gegangen waren, als sich die Zeitung bereits im Druck befand.¹³³⁴ Der Rektor moniert, dass die Anschläge der ÖH in den meisten Fällen nicht durch den Rektor vidiiert werden, wie vorgesehen. Er werde ab nun die Anschläge entfernen lassen. Außerdem bedürfen die meisten dieser Anschläge der Unterschrift des Vorsitzenden.¹³³⁵ Am 5.11.1946, ein Jahr nach den ersten Beschwerden, schäumt Rektor geradezu über die Akademische Rundschau, wie er in einem Brief an das Ministerium erkennen lässt:

*»Als Illustration dazu, wie weit das ständige Nachgeben gegenüber der Studentenschaft [sic] geführt hat, lege ich in der Anlage die neueste Nummer der ›Akademischen Rundschau‹ des offiziellen Organs der Österreichischen Hochschülerschaft vor, in der auf Seite 3 ein Artikel enthalten ist, der ebenso **frech wie unwahr** ist. Das offensichtliche Bestreben, die akademischen Behörden in den Augen der Studentenschaft herabzusetzen und verächtlich zu machen, geht allerdings fehl [...]. Ich habe im Hinblick auf die ununterbrochenen **groben Pflichtverletzungen** [...] entgegen meinen wiederholten schriftlichen und mündlichen Verwarnungen [...] die folgenden Anordnungen getroffen. 1.) Der Verkauf, sonstige Vertrieb und das Anschlagen der ›Akademischen Rundschau‹ in den Gebäuden der Universität wird untersagt. 2.) gegen den Schuldtragenden (Heribert Husinsky und Kurt Skalnik) wird das Disziplinarverfahren eingeleitet [...].«*¹³³⁶

¹³³² UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 47

¹³³³ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 29

¹³³⁴ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 37

¹³³⁵ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 71

¹³³⁶ UAW, S.Z. 27, 1946/47 –10; Hervorhebungen **nicht** original

Und auch von der Rektorenkonferenz am 7.11.1946 lässt sich der Rektor, zwei Wochen vor der ÖH-Wahl, seine Entscheidung bestätigen.¹³³⁷ Er war nicht nur über die Vorkommnisse bezüglich der Akademischen Rundschau empört, sondern auch bezüglich der Wahlordnung – vor allem, dass Abordnungen von Studierenden beim Minister vorgeschrieben hatten, ohne vorher mit dem Rektor Kontakt aufgenommen zu haben. Hier werden weitere Aspekte des Machtkampfes sichtbar. Ein sich wieder anbahnendes gutes Verhältnis zwischen Studenten und dem Minister gleicher katholischer Weltanschauung war Adamovich offenbar nicht geheuer. Andererseits kannte Adamovich die nationalsozialistischen Exzesse der Zwischenkriegszeit und war nach eigenen Angaben »vom ersten Tag« seines »Amtsantrittes als Rektor an ehrlich bemüht« gewesen, alles fernzuhalten, was eine Störung herbeiführen könnte, um alle Verirrungen vergangener Jahre für immer zu beseitigen.«¹³³⁸

Die Akademische Rundschau druckte daraufhin auf der Titelseite eine Erklärung, in der sich Husinsky auf die Pressefreiheit bezog:

»Bereits in der ersten Nummer der ›Akademischen Rundschau‹ vom November 1945 und später bei verschiedenen anderen Gelegenheiten habe ich meine Mitarbeiter die Aufgabe der Akademischen Rundschau dahingehend bezeichnet, dass sie nicht die Ansicht verfolgen darf, den Lesern eine Meinung aufzuoktroieren, sondern vielmehr jedem Studenten die Möglichkeit geben muss, sich zu allen Problemen frei äußern zu können. Wenn nun Kollegen einen temperamentvollen Beschwerdebrief an unserer Redaktion eingesandt haben, haben wir – getreu unserem Programm und in Befolgung selbstverständlicher demokratischer Prinzipien – diesem Kollegen Raum für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt [...]. Vor allem sehe ich keinen Grund, gegen Se. Magnifizenz Professor Adamovich Stellung zu nehmen, der bekanntlich in kürzester Zeit durch seine Bemühungen einen geregelten Lehrbetrieb ermöglichte.«¹³³⁹

In einem Kommentar habe er die Redaktion über Irrtümer des Leserbriefschreibers aufgeklärt. Gleichzeitig versuchte offenbar der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Ferdinand Degenfeld, in der Frage der »Akademischen Rundschau« zu vermitteln und zeigte durch seine Vorgangsweise indirekt auch dem Rektor, wie ein konfliktfreier Umgang möglich wäre:

»Da ich erfuhr, dass der in der Akademischen Rundschau [...] gegen ein Dekanat gerichtete Vorwurf meine Kanzlei betreffen soll, habe ich den Redakteur Herrn Schönherr zu mir kommen lassen und ihm das Ungehörige des Verhaltens der Redaktion vor Augen gestellt, zumal der Vorfall, der den Anlass gegeben hat, nicht ein Verschulden der Dekanatskanzlei, sondern der Studentenschaft darstellte, was der Genannte einsah und zugab. Schönherr berichtete mir, dass schon in der nächsten Nummer der Akademischen Rundschau ein Artikel erscheinen soll, in dem dargetan wird, dass den akademischen

¹³³⁷ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 11

¹³³⁸ Heiß (2005): Wendepunkt und Wiederaufbau: Die Arbeit des Senats der Universität Wien, S. 21

¹³³⁹ Akademische Rundschau, 15.11.1946, S. 1

Behörden keinerlei Vorwurf gemacht werden sollte und die Studentenschaft auch vorher gar nicht bedacht hat, zu welchem Ergebnisse ihre Schreibweise führen könnte.

Schönherr stellte ferner aus eigenem Antrieb für die allernächste Zeit einen versöhnlichen Aufsatz in Aussicht, in dem er, die probeweise Abschaffung der Testate zum Anlass nehmend, ausführen wolle, dass die Professoren einen Abbau des Amtsschimmels anzustreben bemüht sind. Hiervon erlaube ich mir Eurer Magnifizenz Kenntnis zu geben.»

Ein Umschwung dürfte sich offensichtlich durch die Vorgänge am Wahltag und durch die große Legitimation der ÖH durch die Wahl selbst ergeben haben. Jedenfalls erkrankte der durch die Vorgänge am Wahltag wohl traumatisierte Rektor Adamovich offenbar so schwer, dass ihm der neue ÖH-Vorsitzende Leutgeb, als Adamovich wieder zurückkehrte, ein Schreiben mit Genesungswünschen schickte, die nun das Eis brechen sollten:

»Der neugewählte Hauptausschuss der Universität Wien hat mit Freude vernommen, dass Eure Magnifizenz von Ihrer schweren Erkrankung wieder hergestellt sind und das Amt des Rektors der Universität Wien wieder übernommen haben. Der Hauptausschuss versichert Eurer Magnifizenz seine Anteilnahme an Ihrem persönlichen Wohlergehen und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass Eure Magnifizenz noch durch lange Zeit als Rektor der Universität tätig sein werden. Wir sind überzeugt, dass die bisher so glückliche Zusammenarbeit, die in letzter Zeit leider etwas getrübt wurde, neuerdings reiche Früchte tragen wird und versichern Eurer Magnifizenz die Bereitwilligkeit unter Eurer Magnifizenz bewährten Leitung tatkräftig am Wiederaufbau der Universität mitzuarbeiten.«

Der Rektor freut sich offenkundig über diesen Brief, dankt der Hochschülerschaft und verbindet auch seinen »persönlichen herzlichen Dank für die mir dargebrachten Wünsche« und bittet den Hauptausschuss, überzeugt zu sein, dass er »alles Vergangene vergessen und nur bestrebt sein werde, in Zukunft ein gedeihliches Zusammenwirken zu erzielen«. Rektor Adamovich bringt diesen Brief auch dem Akademischen Senat zur Kenntnis. Daraufhin lässt dieser den Verkauf der Akademischen Rundschau wieder zu und verzichtet, »um jeden verbleibenden Schein der Mitverantwortung«¹³⁴⁰ zu vermeiden, »für die Zukunft auf die vorige Vorlage und Überprüfung des Blattes«.¹³⁴¹ Vielleicht ist diese grundsätzliche Entscheidung eine Ursache, warum Dr. Karl

¹³⁴⁰ Übrigens ist dies ein früher Beleg für den Begriff »Verantwortung« durch die Gremien einer deutschsprachigen Universität 1946, den Ash ansonsten eher erst auf die 1950er-Jahre datiert:

Davor sei der Begriff vor allem von britischen und US- Universitäten gebraucht worden, da hier in den Colleges die Universität die Verantwortung einer sittlichen Anstalt »in loco parentis« hatte. Dazu kam als ebenso wichtiger Begriff die »academic freedom«.

vgl. Mitchel Ash: Wissenschaft und Verantwortung. Zur Historisierung einer diskursiven Formation. In: Rainer Christoph Schwinges (Hg.): Universität im öffentlichen Raum Basel 2008 (=Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10), S. 311-344; S. 315

¹³⁴¹ UAW, S.Z. 27, 1946/47 – 45

Leutgeb Jahre später, schon als Rechtsanwalt, betonen wird, dass das Verhältnis zwischen ihm und Rektor Ludwig Adamovic sehr gut gewesen sei, auch mit den übrigen Professoren.¹³⁴²

Leutgeb, der bereits der »zweiten Generation« der FÖSt, also jener der Kriegsheimkehrer, angehörte und nicht direkt aus dem Petersplatzkreis kam, jedoch das christliche, liberale und soziale der FÖSt uneingeschränkt teilte, war bereits im Dezember 1945 Wengraf als ÖH-Vorsitzender nachgefolgt. Dem waren, nach dem Ausgang der Nationalratswahlen im November 1945 und der Nominierung Figls zum Bundeskanzler mehr und mehr »großangelegte Hetzkampagne[n]« gegen die Hochschulen vorangegangen: »Fast täglich konnte man die aufsehenerregendsten Enthüllungen lesen, harmlose Tatsachen wurden zum Politikum gemacht«. Dies führte zu einer gewissen Lähmung der Hochschülerschaft. Dem versuchten die Fraktionen zu entgehen, indem sie sich in einer Kontaktgruppe aussprachen, um abgesprochene konstruktive Beschlüsse für die Arbeit der ÖH im Zentralausschuss und in den Hauptausschüssen zu ermöglichen. Doch andererseits heizte dies erst recht Quertreibereien und Intrigen an, »sodass Wengraf, angewidert von diesen Aktionen, dem Kontaktkomitee seinen Wunsch äußerte, zurückzutreten«.¹³⁴³

Gegen den Anspruch der FÖSt und Leutgeb auf den Vorsitz hatten die anderen Fraktionen nichts einzuwenden, daher wurde er am 1. Februar zum Vorsitzenden der Österreichischen Hochschülerschaft ernannt. Als erstes Ziel seiner Bemühungen nannte er die Durchführung der Wahlen als sein Programm, nachdem er seinem Vorgänger Wengraf »für die großen Verdienste« gedankt hatte. Die Angriffe gegen die ÖH von außen seien zwar ungerechtfertigt, aber das müsse die ÖH auch durch ihre Arbeit beweisen.

Erst später, durch die Kandidatur Wengrafs für die VdS war auch Leutgeb der Überzeugung, dass Wengraf »ein der KPÖ nahestehender Kollege gewesen« sei, der sich zunächst »als unabhängig ausgegeben« hatte.¹³⁴⁴ Die Hochschulwahlen 1946 legitimierte nun aber Leutgeb und die FÖSt und so wurde er mit überwältigender Mehrheit zum Vorsitzenden der Universität Wien und des Zentralausschusses gewählt. Besonders wichtig war es ihm nach eigenen Angaben, Sozialeinrichtungen wie die Gesundheitsvorsorge und -betreuung geschaffen zu haben, wobei die Studenten im wahrsten Sinn des Wortes auch selbst zupackten.¹³⁴⁵

Die Angriffe gegen Leutgeb, nun auch vom VSStÖ, rissen nach der Wahl 1946 nicht ab. Die Kampagne richtete sich nun nicht mehr gegen die Union, sondern fokussierte sich in der Person Leutgeb,¹³⁴⁶ insbesondere weil er Offizier im Zweiten Weltkrieg war. Forster fasst zusammen:

¹³⁴² Mitteilung von Dr. Leutgeb

¹³⁴³ Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 33

¹³⁴⁴ Mitteilung von Dr. Karl Leutgeb

¹³⁴⁵ Mitteilung von Dr. Karl Leutgeb

¹³⁴⁶ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 128

»Man griff wieder auf den Tatbestand seiner Vergangenheit als NS-Offizier auf, über den jedoch schon vor Beginn seiner Amtszeit auf seinen eigenen Wunsch eine Klärung durch Überprüfung erfolgt war und bei der er für unbelastet befunden worden war, und es wurde Aussprüche Leutgeb's, wie: ›Die andern tragen Politik auf die Hochschule, wir aber sind unabhängig und das Sammelbecken aller Antimarxisten‹ oder seine Definition ›Marxismus ist Diktatur, Unterwerfung und Terror‹ als Verleumdungen hochgespielt.

Bei der nächsten ZA-Sitzung im Jänner 1947 beantragte Leutgeb eine Untersuchung über die im ›Strom‹ angeführten Beschuldigungen und stellte für den Fall, dass sich diese als gerechtfertigt erweisen würden, seinen Rücktritt in Aussicht.

Als der VSStÖ die Vorwürfe gegeben den ZA-Vorsitzenden nicht durch konkrete Anschuldigungen erhärten konnte, wurde ein Antrag der Union vom ZA angenommen, dem Organ der Sozialistischen Studenten ›Strom‹ die ›Missbilligung‹ auszudrücken, weil sie den Vorsitzenden drei Wochen nach der Wahl in Verbindung mit einem Hakenkreuz karikiert habe.«¹³⁴⁷

In den Akten des Akademischen Senats findet sich tatsächlich schon eine Anfrage Hochschülerschaft vom 28.11.1945, ob und wie man denn junge Offiziere überprüfen könne. Der Rektor machte daraufhin die Hochschülerschaft aufmerksam, dass sie nach § 40, Abs. 2 der ›Verordnung über die allgemeine Studienordnung der wissenschaftlichen Hochschulen vom 3.9.1945 ›die politische Zuverlässigkeit der Bewerber zu prüfen habe«. So könnten auch die ehemaligen Offiziere überprüft werden.¹³⁴⁸

2009, 52 Jahre später, findet sich in der Online-Ausgabe der amtlichen ›Wiener Zeitung‹ ein Artikel, der ursprünglich von der APA stammt:

*»1947 **musste** ÖH-Chef Karl Leutgeb **aufgrund seiner NS-Vergangenheit zurücktreten.**«¹³⁴⁹*

Quellenangaben dafür gibt übrigens weder die APA noch die Wiener Zeitung. Abgesehen davon, dass es bei Leutgeb eine Überprüfung zu Beginn des Studiums gegeben hatte und die Sozialdemokraten in der Zentralausschuss-Sitzung den Vorwurf aufgrund mangelnder Beweise nicht mehr länger aufrecht erhielten, gab Leutgeb sein Amt als ÖH-Vorsitzender wegen seines abgeschlossenen Studiums ab, wie auch in den Rektoratsakten der Universität Wien nachlesbar ist. Die Österreichische Hochschülerschaft teilt dem Rektorat am 12. Mai 1947 diesen Wechsel im Vorsitz der Österreichischen Hochschülerschaft mit:

»Der bisherige Vorsitzende des Hauptausschusses der Universität Wien und gleichzeitige Vorsitzende des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft, Herr Dr.

¹³⁴⁷ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 128f;
vgl. Floimaier (1974): Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU), S. 83

¹³⁴⁸ UAW, S.Z. 27, 1945/46 – 20

¹³⁴⁹ ›1946: Die erste ÖH-Wahl‹ (Wiener Zeitung, 18.5.2007), online unter <http://2005.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4243&Alias=wahlen&cob=284833> (25.9.2009); Hervorhebungen *nicht* original

*Karl Leutgeb, hat seine Studien an der Universität Wien beendet und ist mit Mai 1947 in das Berufsleben getreten. Da gemäß Verordnung über die studentische Selbstverwaltung nur Studenten als Funktionäre in der Hochschülerschaft in Frage kommen«, musste ein neuer Vorsitzender gewählt werden. Die Hochschülerschaft ersucht den Rektor und das Ministerium um Genehmigung.*¹³⁵⁰

Diese wird erteilt und der Senat und Rektor Adamovich schicken Leutgeb ein Dankschreiben.¹³⁵¹ Adamovich schreibt Leutgeb am 14. Mai 1947 und spricht »namens des Akademischen Senates den Dank und die Anerkennung für die unter schwierigsten Verhältnissen geleistete Aufbauarbeit aus.« Jedenfalls ist es verwunderlich, warum die offizielle österreichische Presseagentur und die staatliche Wiener Zeitung von einem Rücktritt wegen Nazi-Vergangenheit geschrieben haben. Bezüglich seiner Vergangenheit als Oberleutnant berichtet Walter Jambor, dass Leutgeb seine Tätigkeit als Einjährig-Freiwilliger noch in Österreich vor 1938 geleistet hatte und als Offizier von den Deutschen übernommen wurde.¹³⁵²

Heinz Damian, VSSTÖ-Vorsitzender, politisches Gegenüber und später auch Rechtsanwaltskollege von Karl Leutgeb, bestätigt diesen Befund ebenfalls: Er bezeichnet Leutgeb als »einmaliges politisches Talent«, das »Intelligenz und Volksnähe prächtig zu verbinden verstand«. Zur Kriegsvorgangeneit schreibt Damian weiter:

*»Er [...] war während des Krieges Offizier gewesen und hatte sich auch während des Krieges grundanständig verhalten«.*¹³⁵³

Dieses Beispiel zeigt, dass das Etikett »Nazi« manchmal allzu leichtfertig gebraucht wird, dass dies ohne Rücksicht auf den jeweiligen Menschen, selbst wenn dieser schon verstorben ist, als rufschädigende Waffe eingesetzt wird. Dabei scheint es nicht einmal darum zu gehen, den »Anfängen zu wehren«, um darauf zu sehen, wie solches verhindert werden kann, sondern manchmal eher offenbar darum, Gegner in ein dubioses Licht zu rücken und eine interessantere Geschichte zu haben. Gerade, wenn es um die Integrität eines Menschen geht, sollte sorgfältige Recherche in solchen »Dokumentationen« der offiziellen Presse zur Geschichte der Studentenvertretung Platz greifen – und nicht ein Mensch zum Nazi abgestempelt werden, der es nach den vorliegenden Quellen gar nicht war.

Leutgeb bedankte sich übrigens bei Rektor Adamovich für seine »aner kennenden Worte« und ebenfalls für die »tatk räftige Hilfe der akademischen Behörden«, »für die gewährte Unterstützung und das gezeigte Verständnis für die heutige Situation der Hochschülerschaft.«¹³⁵⁴ Im Übrigen behielt Leutgeb sein Amt als Bundesobmann der Union weiterhin.

¹³⁵⁰ UAW, S.Z. 27, 1946/47 – 64

¹³⁵¹ UAW, S.Z. 27, 1946/47 – 65

¹³⁵² Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹³⁵³ Damian (2004), Der rote Advokat – Schulwege, Politisches, Skurriles, S. 38

¹³⁵⁴ UAW, S.Z. 27, 1946/47 – 73

Kurz darauf erhielt Fritz Köhler als »provisorischen Vorsitzender« des Hauptausschusses der Universität Wien und des Zentralausschusses der ÖH bis zu den nächsten Hochschülerschaftswahlen die Zustimmung seitens der akademischen Behörden und des Ministers Hurdes.¹³⁵⁵

Mittlerweile setzte sich nun Rektor Adamovich für Studenten ein, damit sie während der Ferien Lebensmittelzusatzkarten nicht verlieren sollten, weil diese Zeit »nicht als Urlaub zu werten« sei, sondern dazu diene, den Stoff des vergangenen Jahres zu wiederholen und sich auf Prüfungen vorzubereiten.¹³⁵⁶ Da ohnehin die Weihnachts- und Osterferien und sonstigen freien Tage nicht als Urlaub eingestuft würden, antwortet ihm das Bundesministerium für Volksernährung, habe es dies bereits berücksichtigt und werde keine Änderung vornehmen.¹³⁵⁷

In der Zeit des Rektors Adamovich und des ÖH-Vorsitzenden Karl Leutgeb wurden die Universitäten, obwohl sie es nach 1945 nicht mehr waren, als Hort der Nationalsozialisten dargestellt, was sowohl dem Rektor als auch dem ÖH-Vorsitzenden Schwierigkeiten machte. Dies mag auf politische Gründe, die bereits ausgeführt wurden und auch auf manche Tradition der Presse in der Zwischenkriegszeit zurückzuführen sein, als solche Kritik noch berechtigt war.

Der Rektor, immer bemüht, die Universität ins beste Licht zu rücken, hatte gleichzeitig mit einer lebendigen Hochschülerschaft Schwierigkeiten, weil sie sich seiner Aufsicht entzog. Schließlich, nach den sowohl für die Studierenden durch die vielen Verletzten als auch für Rektor Adamovich durch die Besetzung des Rektorats traumatisierenden Unruhen bei der ÖH-Wahl fanden beide Seiten einen Modus Vivendi – Rektor und Akademischer Senat bestanden danach nicht mehr auf eine allzu strenge Aufsicht und gaben der ÖH mehr Autonomie.

Heribert Husinsky sah sich jedoch nicht nur mit Auseinandersetzungen der Behörden konfrontiert, sondern auch mit jenen der Sozialdemokraten und der »Geschädigten Hochschüler«. Diese entzogen ihm das Vertrauen und weigerten sich, länger in der Redaktion mitzuarbeiten. Obwohl die Union ihn mit ihrer Dreiviertelmehrheit halten wollte, legte er im Februar 1947 sein Amt nieder. Die Akademische Rundschau erschien unter Ferdinand Mann-dorf noch bis zum Semesterende. Dann musste sie mit S 10.000 Schulden eingestellt werden.¹³⁵⁸

Ausblick 2: Ein Hochschülerschaftsvorsitzender verschwindet spurlos

»Am 22. Dezember 1947 wurde der Spitzenkandidat der Union, Fritz Köhler [...] als verschwunden gemeldet. »Weder die Polizei noch die Angehörigen des Vermissten konnten sichere Anhaltspunkt über seinen Verbleib eruieren. Man zog damals Selbstmord oder ein Verschleppen in Betracht.« Am 6.Jänner [1948] tauchte in der Weltpresse die Version auf,

¹³⁵⁵ UAW, S.Z. 27, 1946/47 – 68

¹³⁵⁶ UAW, S.Z. 27, 1946/47 – 78

¹³⁵⁷ UAW, S.Z. 27, 1946/47 – 93

¹³⁵⁸ vgl. Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 132f

dass Köhler »das Opfer eines nationalsozialistischen Fememordes geworden sein könnte.« Für ein Verschleppen sprach nach Karl Leutgeb's Annahme die Tatsache, dass bereits ein Fachgruppenleiter und eine Philosophiestudentin auch Russland verschleppt worden waren, und, dass es Fritz Köhler ebenso ergangen sein könnte.«¹³⁵⁹

Walter Jambor, den Leutgeb bereits im November 1946 als zeitweiligen Ersatz aus gesundheitlichen Gründen angegeben hatte,¹³⁶⁰ berichtet, dass die Fraktion ursprünglich ihn zum Nachfolger Leutgeb's als ÖH-Vorsitzenden wählen wollte. Doch Leutgeb wollte Jambor in der Fraktion behalten und schlug Köhler vor. »Und so ist ja er dann Vorsitzender geworden«.¹³⁶¹

Auch Köhler kam von der FÖSt, er war eine »ausgeprägte Persönlichkeit«, graduierter Jurist, und hat sich als einer profiliert, der »für eine führende Funktion in Frage« kommt, wobei er »sowohl als Mensch, als auch als Akademiker qualifiziert« war: etwa, dass er als Vorsitzender die Geschäftsordnung handhaben konnte, dies »konnte man einem qualifizierten Juristen an Bonität zubilligen«.¹³⁶² Fritz Köhler wird als heiterer, witziger und hochintelligenter Mensch beschrieben. Niemand wusste, warum er verschwand. Die Verlobte Fritz Köhler's, Krynedl, »war jedenfalls am Boden zerstört«.¹³⁶³

Die Kollegen der FÖSt haben es für sehr unwahrscheinlich gehalten, dass Köhler ein Nationalsozialist gewesen sei: Weder sein Verhalten, noch sein Freundeskreis hätten dazu Anlass gegeben. Außerdem war er zu jung, um SS-Verbrechen zu verüben: Er war Jahrgang 1923, also 1945 kaum 22 Jahre alt. Eine NS-Verwicklung Fritz Köhler's wurde seitens der Kollegen als extrem unwahrscheinlich beurteilt: »Er galt eindeutig als einer von uns, der die Grundsätze der FÖSt, also Christentum, Demokratie, Republik, Österreichische Nation, völlig mitgetragen hat. Sonst wär' er ja nie hochgekommen«.¹³⁶⁴ Die meisten glaubten jedenfalls, dass er von den Sowjets abtransportiert wurde:

»Er wohnte damals in Mödling und in Mödling gab es viele Russen. Die wahrscheinlichste Lösung ist wohl, dass er verschleppt wurde. Es wurde auch von Selbstmord geredet. Doch dafür gab es keine Anzeichen.«¹³⁶⁵

Köhler soll sich angeblich mehrfach gegen kommunistische Umtriebe in Baden geäußert haben. Dort war allerdings die sowjetische Zentralkommandatur und das Militärgefängnis für Österreich, »und sie haben ihn verhaftet«. Der spätere ÖH-Vorsitzende Norbert Burda erinnert

¹³⁵⁹ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 150

¹³⁶⁰ UAW, S.Z. 27, 1946/47 – 39

¹³⁶¹ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹³⁶² Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹³⁶³ Mitteilung von Josefine Kriegler; nach Köhler's längerem Verschwinden heiratete Krynedl dann Kriegler's Cousin

¹³⁶⁴ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹³⁶⁵ Mitteilung von Josefine Kriegler

sich, es sei nachgewiesen worden, »dass er von den Russen verhaftet« worden wäre.¹³⁶⁶ Daran konnten sich andere Kollegen jedoch nicht erinnern, hielten es aber für wahrscheinlich:

*»Die Öhler waren alle fassungslos. [...] Obwohl natürlich solche Dinge wiederholt passiert sind: [...] wenn denen einer gefehlt hat, in einem Kriegsgefangenentransport, dann haben sie sich einen von der Gasse geholt: Der ist einfach verschwunden. Alle Leute haben sich g'fragt: ›Wo ist der?‹ Und dann schreibt der aus einem Kriegsgefangenenlager, im besten Fall. Der kleine Kommandant, der russische, der hat zweihundert Mann und es fehlt ihm aber einer. So war das bei uns. Das ist unzählige Male vorgekommen!«*¹³⁶⁷

Walter Jambor berichtet auch, dass die Kollegen bereits um Köhlers Vorgänger, Karl Leutgeb in Sorge waren und viele sich ängstigten:

*»Ich hab' in der englischen Besatzungszone in Margarethen gewohnt, und der Leutgeb aber in der russischen, in Favoriten. Und ich hab' bei ihm mehrmals übernachtet, damit er nicht allein ist. Und die Gefahr war - also wir haben gehorcht, ob bei uns einer kommt und an die Tür klopft. Also, das war schauerlich. Das ist überhaupt keine Frage, dass hier ein ungeheurer Druck war, weil die Leute auch auf der Straße verschwunden sind.«*¹³⁶⁸

Die meisten Kollegen waren von der Verschleppungstheorie überzeugt. Jedenfalls war Fritz Köhler als der dritte ÖH-Vorsitzende auch der dritte nach dem Zweiten Weltkrieg, der nicht regulär bis zur nächsten regulären Wahl im Amt blieb. Für die nächste Wahl war Fritz Köhler außerdem schon als Spitzenkandidat nominiert.

Verschleppung war damals ein Problem, das weit über Österreich hinausging und in vielen von der Sowjetunion besetzten Ländern beklagt wurde. Dabei wurden teilweise auch Personen des öffentlichen Lebens, wie die Spitzenbeamte Margarethe Ottilinger in Österreich¹³⁶⁹ oder der schwedische Diplomat Raoul Wallenberg, der sich für deportierte Juden in Ungarn eingesetzt hatte, und dessen Fahrer Vilmos Langfelder verschleppt. Weitere bekannte von den Sowjets verschleppte Österreicher waren etwa der steirische Gendarmeriekommandant Karl Ortner oder der Wissenschaftler Herman Schmid. Selbst frühere Kommunisten wie Karl Fischer, die eindeutig als Nazi-geschädigt einzustufen sind, wurden durch das System Stalins verschleppt und wegen »Menschewismus« und »Trotzkismus« verfolgt. Sogar ein Maturant, Heinz Killian verschwand auf diese Weise, nachdem er bei der Vorbereitung für seine Matura lärmende Kinder geohrfeigt hatte – sie waren sowjetische Besatzungskinder.¹³⁷⁰

¹³⁶⁶ Mitteilung von Norbert Burda

¹³⁶⁷ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹³⁶⁸ Mitteilung von Dr. Walter Jambor

¹³⁶⁹ Stefan **Karner**: Verschleppt in die Sowjetunion: Margarethe Ottilinger. In: Gerhard Jagschitz/Stefan Karner (Hg): Menschen nach dem Krieg. Schicksale 1945-1955. Ausstellung Schloss Schallaburg 1995, S. 35-39; S. 35

¹³⁷⁰ vgl. Stefan **Karner**: Österreichische Kriegsgefangene und Internierte im Archipel GUPVI. In: Gerhard Jagschitz/Stefan Karner (Hg): Menschen nach dem Krieg. Schicksale 1945-1955. Ausstellung Schloss Schallaburg 1995, S. 19-34; S. 20f

So steht die wahrscheinliche Verschleppung des ÖH-Vorsitzenden in einem größeren Zusammenhang – zumal auch ein anderer ÖH-Vertreter und eine Kollegin auf die gleiche Weise verschwunden sind. Denn es legt einen gewaltsamer Eingriff von außen in die demokratische Strukturen der Österreichischen Hochschülerschaft nahe – und es ist bedauerlich, dass in der Zusammenfassung der ÖH-Geschichte in Wiener Zeitung und APA über das mysteriösen Verschwinden des zweiten ÖH-Vorsitzenden Köhler nichts berichtet wird¹³⁷¹.

Ausblick 3: Protest und Konsens

Für die ÖH-Wahl 1951, nach der sich die Union in ›Wahlblock österreichischer Akademiker‹ umbenannte, konnten erstmals Fraktionen kandidieren, die keiner Nationalratspartei angehörten – und so formierte sich das deutschnationale Lager neu: Allerdings zunächst noch in zwei verschiedenen Fraktionen: dem ›Bund unabhängiger Studenten‹ (BuS) und der ›Studentenwahlgemeinschaft‹ (STUWAG). Beide zusammen erreichten 18 Prozent der Stimmen, das war nur ein Bruchteil jener Stärke, die die Nationalen in der Zwischenkriegszeit hatten. Die Union/Wahlblock hielt mit 58 Prozent die absolute Mehrheit, der blieb VSStÖ mit 22 Prozent stark, ja sogar noch stärker als die Nationalen. Die Kommunisten bekamen zwei Prozent der Stimmen.

Seit Anfang der 1950er-Jahre zeichnete sich indes ab, dass die Kollegiangelder und Studiengebühren angehoben werden würden, um den Studienbetrieb zu finanzieren. Eine Erhöhung um das Fünffache wurde von den Professoren gefordert. Die Studierenden, die nunmehr ein Mitspracherecht bei Gesetzesentwürfen hatten, waren zwar zu einer moderaten Erhöhung bereit, jedoch nicht in der geforderten Höhe. Die Verhandlungen hatten Ende des Sommersemesters noch nicht zu einem Kompromiss geführt.¹³⁷²

»Unterrichtsminister Dr. Ernst Kolb war nicht so kooperativ gegenüber den Studenten gesinnt wie sein Amtsvorgänger Dr. Felix Hurdes [...] Er gliederte den Gesetzesentwurf in fünf Verordnungen, [...] und glaubte so auf dem Verordnungswege seine Vorstellungen unter Umgehung der ÖH-Vertretung durchdrücken zu können. Die darin vorgesehene Erhöhung belief sich außerdem nicht wie im Gesetzesentwurf vom Jänner auf das Fünffache, sondern bereits auf das Zehnfache der bisher eingehobenen Gebühren. Die ÖH-Vertretung, die davon nur durch eine Notiz in der Wiener Zeitung erfuhr, beschloss in einer dringlichen Sitzung der zentralen Gebührenkommission vom 22. September 1952, Protest gegen dieses Übergehen ihrer gesetzlich verankerten Rechte einzulegen und notfalls mit Kampfmaßnahmen wie organisierten Hörerstreiks und einem

¹³⁷¹ ›1946: Die erste ÖH-Wahl‹ (Wiener Zeitung, 18.5.2007), online unter <http://2005.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4243&Alias=wahlen&cob=284833> (25.9.2009)

¹³⁷² Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 221f

Inskriptionsboykott für das Wintersemester die Rücknahme der misslichen Verordnungen zu erzwingen.«¹³⁷³

Kolb ruderte daraufhin zurück und kündigte eine Erhöhung nur noch auf das Dreifache an. Auch wollte er von einer Erhöhung der Matrikelgebühren vorerst absehen. Durch Vermittlung Heinrich Drimmels, mittlerweile der Koadjutor des Sektionschefs in Hochschulangelegenheiten Skrbensky¹³⁷⁴ (des früheren Bundeskommissärs der Hochschule für Bodenkultur, vgl. S. 138 dieser Arbeit) sollten außerdem Übergangsbestimmungen für höhersemestrigende Studierende, ein ausreichendes Befreiungssystem und eine Erhöhung der Einkommensgrenzen für die Gebührenermäßigung für eine Beruhigung sorgen: Doch die Studierenden befanden sich in einer Vorwahlzeit. Schon Anfang Oktober war es zu einer Demonstration der Chemie-Studenten mit Beteiligung des VSSStÖ gekommen, an der sich auch Fritz Aigner von der Union/Wahlblock gegen die Gebühren aussprach. Sie wurden von Sektionschef Skrbensky empfangen. Danach gab es immer wieder Proteste. Es gab Sitzstreiks bei der Opernkreuzung, am Minoritenplatz und an anderen Stellen Wiens.¹³⁷⁵ Am 17. Oktober organisierten Studierenden wieder an verschiedenen Stellen Wiens, zum Beispiel an der Opernkreuzung einen Sitzstreik und organisierten einen großen Protestzug. Dieser war gut organisiert. Die Studenten hatten sich zum Beispiel im Vorfeld mit dem Polizeipräsidenten Holaubek abgesprochen, der ihnen zusicherte, mit den Alliierten und dem Innenminister Helmer zu sprechen, um ihnen klar zu machen, dass sich der Protest nicht gegen sie, sondern gegen die Erhöhung der Taxen richtete. Norbert Burda erinnert sich gerne an den legendären Polizeipräsidenten:

»Der Holaubek war so, und er hat mir gesagt: ›Ja, ich habe mit Oskar Helmer gesprochen, und es ist alles in Ordnung!‹ [...] ›Bitte, ich halte alle uniformierten Polizisten weg, sonst kommt es zu Prügeleien!‹ Irgendwo haben sie damals einen Wasserwerfer gehabt, die Wiener Polizei, das war ein vorsintflutliches Gerät. Ich habe mir das damals angeschaut in der Rossauerkaserne drüben, und [...] es gab eine Sitzung beim Holaubek, und irgendein Adjutant vom Holaubek hat gesagt: ›Herr Polizeipräsident, was mocht ma denn mit die Studenten? Mit Zement die Schienen der Straßen, die Weichen ausgießen. Da müass ma de Stroßn nachher reparieren, aufreißen, furchtbar!‹ Und da hat Maly, unser sozialistischer Fraktionsführer, der später im Landtag in Niederösterreich war, gesagt: ›Danke Herr Doktor für den Hinweis!‹ ›Gell, Norbert‹, sagt er zu mir, ›hast das notiert, so müss ma des machen!‹ [...] Holaubek sagt zu dem vor uns allen: ›Sei net so deppat!‹ Ich werde das nie vergessen! Der Holaubek war wirklich irgendwie ein Unikum! [...] Er war Sozialdemokrat, ein netter, reizender Mensch.«¹³⁷⁶

Ebenso gab es eine Delegation der Fraktion auch zu Bundeskanzler Leopold Figl: Die Union sei zwar keine Parteiformation, aber es werde jetzt gegen Minister Kolb Protest geben, weil er die

¹³⁷³ Forster (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955, S. 222f

¹³⁷⁴ Drimmel (1975): Die Häuser meines Lebens, S. 227

¹³⁷⁵ Neue Generation. Zeitschrift der sozialistischen Studenten 2/8, Oktober 1952, S. 3

¹³⁷⁶ Mitteilung von Norbert Burda

Hochschülerschaft übergangen habe. Burda berichtet, dass Figl dies sogar eher positiv zur Kenntnis genommen habe und über die Vorgangsweise seines Ministers gar nicht erfreut war:

»Ich verstehe ihn nicht!«, hat er wütend gesagt, das habe ich noch im Ohr. [...] »Ich verstehe ihn nicht!«¹³⁷⁷

Kolb habe eben kein politisches Gespür gehabt. Die Studenten glaubten auch Ressentiments Kolbs zu wahrzunehmen, wenn sie es sich »herausnahmen«, in fachlichen Fragen mitzureden



Abbildung 23: Protest der Wiener Studenten gegen die Erhöhung der Studiengebühren. Ein erster Sitzstreik vor Unterrichtsministerium;
Bild: United States Information Service (USIS) © ÖNB US 10.490/3

und, dass man ihnen das Recht einer Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Mitspracherechten gegeben hatte: »Daher diese Animosität«.

Der ÖH-Vorsitzende der Hochschule für Bildenden Kunst organisierte den Protestzug als Happening: Es waren fünftausend Studenten vor dem Konzerthaus, wo alle Fraktionen zu den Protestierenden gesprochen haben. Über den Schwarzenbergplatz ging der Protestzug dann zum Unterrichtsministerium. Aus

einem Auto mit Lautsprecher, das die Demonstration begleitete, spielte der Schlager: »Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?«¹³⁷⁸

Der Marsch vom Konzerthaus über den Ring ging »wirklich in vollster Disziplin« vor sich. Es gab Transparente in jeder dritten Reihe. Die ÖH-Verantwortlichen achteten darauf, dass der Zug sich vorwärts bewegte, nicht in Seitenstraßen ausriss und es zu keinen Zwischenfällen kam. Auch Holaubek ging in Zivil mit seinen paar Offizieren mit:

»Wir haben nicht einen in Uniform gesehen! Die waren schon in den Seitenstraßen, es sind da sogar leider ein paar Überfallswagen gestanden, aber es ist nichts passiert! Also, wir gingen auf die Straße, und das war phantastisch! Alle Fraktionen, einstimmige Beschlüsse [...] Und als wir dann am Minoritenplatz waren, der war bummvoll, über fünftausend Leute um die Kirche herumgewickelt, und immer wieder dieser Lautsprecher:

¹³⁷⁷ Mitteilung von Norbert Burda

¹³⁷⁸ Mitteilung von Norbert Burda

»Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?!« Wir haben zuerst lachen müssen: Dort stand Polizei in Uniform, und zwar zwei höhere Revierinspektoren, Offiziere, vor dem verschlossenen Minoritenplatz Nummer 5. Und dann hat doch der Drimmel, wie wir nachher erfahren haben, erreicht, dass er uns empfängt, der Herr Minister! Wir sind also hineingeführt worden, die großen Tore sind gleich wieder zugegangen.«¹³⁷⁹

Zum Minister gingen Vertreter von verschiedenen Fraktionen, der spätere FPÖ-Wien-Politiker Erwin Hirnschall von der STUWAG, einer Vorgängerfraktion des RFS, Ferdinand Maly für den VSStÖ, der Unionspräsident Dr. Urbartz vom CV und der Generalsekretär Aigner von der FÖSt. Draußen dröhnte weiter der Schlager: »Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld? Wer hat so viel Pinkepinke, wer hat das bestellt?«

Als die Delegation ins Ministerzimmer tritt, steht Minister Kolb mit dem Rücken zu ihr und schaut zum Fenster zu den Demonstranten. Was er sieht und hört, empört ihn offensichtlich. Endlich dreht er sich um und gibt seinem Unmut Ausdruck:

»Ein Skandal, Ihr benehmt Euch wie die Kommunisten. Dieser Aufmarsch!« Und ich habe gesagt: »Herr Minister, Sie sind selber schuld!« »Unglaublich, was erlauben Sie sich? Und dann hat der Urbartz gesagt, per Du mit ihm, als CVer, »Na bitte, da können wir ja gleich wieder gehen, aber dann garantieren wir nicht mehr, was draußen geschieht! Das Mindeste ist, das die Fenster kaputt werden!«

Da war der Drimmel sehr geschickt: Er hat gesagt: »So, meine Herren, jetzt setzen wir uns endlich nieder und reden wir einmal vernünftig.«¹³⁸⁰

In diesen Verhandlungen herrschte nach Angaben Burdas »Teamwork«: Alle Fraktionen, und innerhalb des Wahlblocks auch CV, FÖSt und KV zogen in diesem Moment klar an einem Strang, was weder davor, noch danach so war. Aber im Ministerbüro war es »ein Team, das damals die Verhandlungen diese drei Stunden getragen hat«:

»[...] wir sind an einem langen Tisch mit einer Glasplatte gesessen, und der Dr. Aigner hat druckfrisch von der Staatsdruckerei, da ist er vorher mit dem Taxi hingefahren, diese Gesetzblätter gehabt, wo die Verordnung drinnen war. Die waren oben zu noch zu, die musste man oben erst aufschlitzen. Und er hat das nicht bemerkt in der Aufregung, und beginnt das mit dem Finger [...] aufzureißen. Und der Minister nimmt sein Taschenmesser heraus, macht es auf, sagt: »Herr Doktor, das ist ja nicht zum Anschauen! Nehmen Sie das.« Schmeißt es ihm so über die Glasplatte hin, der Aigner fängt es auf, sehr geschickt. Ich habe mir gedacht: »Na, der hätte sich ja stechen können.« Schneidet das auf, sagt »danke«, und schmeißt es dem Minister genauso wieder zurück. Und der war aber nicht so geschickt und es ist heruntergefallen. Da hat der Drimmel gesagt: »Aber, aber, bitte also...« Das war Situationskomik. Und draußen immer wieder: »Wer soll das bezahlen?! Wer hat so viel Geld?« Da hat Kolb dann gerufen: »Zum Kuckuck, kann man das nicht endlich abstellen!?!«¹³⁸¹

¹³⁷⁹ Mitteilung von Norbert Burda

¹³⁸⁰ Mitteilung von Norbert Burda

¹³⁸¹ Mitteilung von Norbert Burda

Darauf signalisierte Generalsekretär Aigner den Demonstranten, die Musik abzustellen. Nach diesem Vorgeplänkel begannen die eigentlichen Verhandlungen, wobei sich vor allem Drimmel um Vermittlung bemüht habe. Auch habe er sich fachlich besser ausgedeutet als der Minister. Die Studierenden gingen mit der Position in die Verhandlungen, dass die gesamte Verordnung zurückgenommen werden solle. Es gab mehrfach Sitzungsunterbrechungen. Die ÖH hatte die Rollen verteilt: Urbartz und Burda gaben sich gemäßigt, Aigner, wie es seinem Naturell entsprach, gab den Draufgängerischen:

»Der ist dann los gegangen wie ein Torpedo [...] Und da hat es sich der Aigner mit [...] Ministerialrat Dr. Hoyer in der Hochschulsektion [...] zurückgezogen mit, während wir also im Großen gestritten haben, [...] als Subkomitee haben dann noch gewisse Dinge ausgearbeitet.«¹³⁸²

Die Lösung war grundsätzlich, wie von Drimmel vorgeschlagen, eine Verordnung mit Befreiungsbestimmungen. Minister Kolb musste seine Forderungen nicht zurücknehmen, »aber wir haben derartige Befreiungsbestimmungen durchgesetzt, dass die ganze Erhöhung also völlig sinnlos war!«¹³⁸³

Doch mit diesem Kompromiss zerbrach dann auch die Einigkeit der Fraktionen. Der VSStÖ war keineswegs begeistert und wies auf die vorangehende Position hin, dass die ÖH sich für eine *Rücknahme* ausgesprochen habe. In der »Neuen Generation« konnten die Studierenden von einer »Kapitulation vor dem Unterrichtsminister« lesen, »dem Bundesbruder und Parteifreund« der Union/Wahlblock-Funktionäre, auch wenn Burda und Aigner keine CV-Bundesbrüder waren. Übel nahm man den Union/Wahlblock-Funktionären nicht nur, dass sie im Zentralausschuss für die Annahme dieses Kompromisses gestimmt hatte, sondern vor allem, dass sie Hörerversammlungen und Hörerbefragungen absagen ließen. Eines stand somit für den VSStÖ fest:

»Der CVer Doktor Kolb hat einzig und allein aus persönlichen Prestigegegründen die Rücknahme der von ihm erlassenen Verordnungen verweigert, denn diese verfehlen ihren angeblichen Sinn, nämlich die Erhöhung der Bezüge der Professoren, völlig – wie die scharfen Stellungnahmen der Hochschullehrergewerkschaft dazu beweisen. Die Union, deren Zügel fest in der Hand der CV-Clique sind, ist also vor der Eitelkeit ihres Bundesbruders Dr. Kolb zu Kreuze gekrochen.«¹³⁸⁴

Neben den Befreiungsbestimmungen wurden auch zugunsten der Studierenden die Einkommensgrenzen für Gebührenermäßigungen erhöht. Doch dieser Kompromiss schadete dem Wahlblock im Jänner 1953. Er verlor mit 49 Prozent die absolute Mehrheit der Stimmen. Die bürgerlichen Studierenden bekamen das schlechteste Ergebnis für lange Zeit. Ironie am Rande:

¹³⁸² Mitteilung von Norbert Burda

¹³⁸³ Mitteilung von Norbert Burda

¹³⁸⁴ Neue Generation, November 1952, S. 3

Nur wenige Monate später hob der Verfassungsgerichtshof die Gebührenverordnungen Kolbs auf und gab ihm eine Frist von sechs Monaten, sie wieder zu sanieren.¹³⁸⁵

Hingegen hatte die ÖH für ihre Demonstrationen vom Wiener Rektor Czermak (1889-1953), jenem Ordinarius für Ägyptologie, dessen Institut die Konstituierung der Universität Wien 1945 beherbergt hatte, Rückendeckung bekommen:

»Wisst ihr was«, weil wir auch ihn gefragt haben, was wir tun müssen, und er hat das auch verstanden, sagt er: ›Wisst Ihr was? Ich gebe vorlesungsfrei! Ich schließe die Uni, denn ich möchte nicht haben, dass es vielleicht doch Schlägereien gibt, und die Polizei auf unseren akademischen Boden kommt!‹ Hat angerufen den Rektoratsdirektor [...]: ›Bitte kommen sie gleich zu mir, die Herren sind hier, bitte machen Sie zu, schließen Sie!‹ Ein sehr guter Mann! Und er hat uns nachher auch gelobt und hat gesagt: ›Ja, ich habe schon gehört und selber auch vom Fenster aus gesehen: Wunderbar gemacht – diszipliniert von allen Fraktionen!‹ Das hat ihm gefallen. Den haben wir gern gehabt, wirklich wahr!«¹³⁸⁶

Norbert Burda berichtet auch, dass er unmittelbar beim Tod dieses Rektors 1953 dabei war, als er in vollem Ornat zusammenbrach und half, den Rektor in sein Rektorenzimmer zu tragen. Dort konnte man nur seinen Tod feststellen. In solchen Momenten konnten die Studierenden, die wirklich tief erschüttert waren und in Massen dem Begräbnis ihres Rektors beiwohnten, die ›Universitas‹, die Gemeinschaft von Lehrenden und Studierenden als echt empfinden.¹³⁸⁷

Vor und nach den Wahlen, mit dem erstmaligen Antreten des geeinten nationalen Lagers durch den Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), waren viele in Sorge, dass es wieder zu Verhältnissen wie in der Ersten Republik kommen könnte, vor allem die jüdischen Studierenden:

»Sorgt dafür, dass die Österreichische Hochschülerschaft nicht Tummelplatz reaktionärer Elemente wird, verhindert, dass zu den Farbenrummel des CV noch die deutschnationalen der Korporationen kommen, der schleichende Antisemitismus zum militanten wird und man wieder jüdische und sozialistische Hochschüler gemeinsam – wie einst – von der Rampe hinunterprügelt.«¹³⁸⁸

»Wir jüdischen Studenten aber haben diese Lehre nicht vergessen. Deshalb sind wir so alarmiert. Nicht nur, weil es um uns Juden geht, sondern mehr noch, weil wir wissen, wohin das führt. Die jetzigen Studenten sind die morgigen Leiter des Gemeinschaftslebens. Sie stellen somit einen Machtfaktor dar, sie sind der Steuermann, der, am Steuer der Gesellschaft stehend, ihr einen Kurs aufzwingen kann, auch wenn es dem Kapitän (und im demokratischen Österreich ist die noch immer das Volk) nicht passt«. [...] Uns aber bedeuten diese Wahlen einen Hinweis auf die Notwendigkeit einer noch stärkeren Bindung mit den Kräften, die entschieden eintreten für die Freiheit, Toleranz und Gerechtigkeit.¹³⁸⁹

¹³⁸⁵ Neue Generation, April 1953, S. 9

¹³⁸⁶ Mitteilung von Norbert Burda

¹³⁸⁷ Mitteilung von Norbert Burda

¹³⁸⁸ Das jüdische Echo 5/6, 1953, S. 14

¹³⁸⁹ Das jüdische Echo 7/8, 1953, S. 14

Die Wahlniederlage führte zu einem Verlust der absoluten Mehrheit des Wahlblocks auch nach Mandaten und zu einer allmählichen Stärkung des CV-Flügels innerhalb des Wahlblocks, der von einem Anwachsen des RFS auf 32 Prozent alarmiert war und nun aktiver an der ÖH-Arbeit teilnehmen wollte als bisher. Nach zähem Ringen der drei stärksten Fraktionen Wahlblock, RFS und VSStÖ, der mit knapp 17 Prozent ebenfalls verloren hatte, kam es nach einem halben Jahr jedoch nicht zu einer bürgerlich-nationalen Koalition, sondern in der Konsens-Tradition der Zweiten Republik zu einer Konzentrations-Exekutive aller drei Fraktionen. Zu dieser hatten die ersten beiden Lager nun auch das dritte gewonnen. Ein typisches Beispiel für eine solche Konsenspolitik dokumentieren Weingand/Winkler in ihrer Geschichte der sozialistischen Studierenden in Graz und zitieren einen scheidenenden ÖH-Vorsitzenden des RFS an der dortigen Technischen Hochschule wenige Jahre später, 1957:

»Ich werde, wo ich Gelegenheit habe in diesem Wahlkampf aufzuscheinen, erzählen, dass zwischen allen Fraktionen hier an der TH bis auf kleine Schwierigkeiten ein nettes und aufrichtiges Verhältnis war und wir können uns eigentlich sagen: ›Glückliche Technik, dass wir uns so gut verstehen.« Alles, was in der Hochschülerschaft erreicht worden ist, ist das Verdienst der allgemeinen guten Zusammenarbeit.«¹³⁹⁰

Diese Konsensbereitschaft ist der herausragende Unterschied der Geschichte der Studierendenvertretung zwischen der Ersten und der Zweiten Republik. Zwar erstrebte auch die Hochschülerschaft Österreichs zwischen 1933 und 1938 einen Konsens aller Studierenden, nicht jedoch der Parteien. Und so zeigte sie sich unversöhnlich gegenüber der Sozialdemokratie und misstrauisch und nicht energisch genug gegenüber den hegemonialen Tendenzen der Nationalsozialisten. In der Zeit der Österreichischen Hochschülerschaft hingegen waren die Fraktionen trotz aller Konflikte und Auseinandersetzungen konsensbereit – letztlich zeigt sich das auch noch 2008 im eingangs erwähnten Beschluss aller ÖH-Fraktionen zum »Gedenken an 1933 und 1938«, bei dem Aktionsgemeinschaft und RFS nicht dagegen stimmten und somit auch eine Kritik an den ihnen nahe stehenden Gruppen in einem einhelligen Beschluss zuließen.

¹³⁹⁰ Weingand/Winkler (1992): Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz, S. 183

Zusammenfassung (Abstract): Kontinuitäten und Diskontinuitäten

1. Die Strukturen einer starken eigenständigen Hochschülerschaft als Körperschaft Öffentlichen Rechts und mit autonomer Finanzgebarung wurden 1933 grundgelegt und nach 1945 weiterentwickelt. Zuvor private Initiativen wurden in die Hochschülerschaft nun einbezogen (etwa frühere Fach- und Sozialvereine).
2. Anders als die Deutsche Studentenschaft, die noch verschiedene private Vereine unter ihrem Dach vereinigt hatte, ist sowohl die Hochschülerschaft Österreichs als auch die Österreichische Hochschülerschaft in bis zu vier Ebenen gegliedert: österreichweit – an der Universität – an der »Fachgruppe« (Fakultät) – an der »Fachschaft« (Studienrichtung – später auch nach Studienabschnitt an großen Fakultäten). Daneben gibt und gab es Referate (Abteilungen), die spezielle Bereiche betreuen.
3. Mit 1945 endete die Zeit des idealen »wehrhaften Studenten«, der eine Tradition bis in die frühe Neuzeit hatte, endgültig. Korporierte Studenten sind ab nun ein Minderheitenprogramm und werden zunehmend als anachronistisch angesehen. Liberalere Traditionen, die auf die Jugendbewegung verweisen, können sich durchsetzen. Diese gab es aber auch schon in der Hochschülerschaft Österreichs.
4. Durch die Annexion Österreichs durch das totalitäre Regime der Nationalsozialisten mit der Tilgung sogar des Wortes »Österreich« und nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs hat sich das Ideal des Deutschnationalismus verflüchtigt. Die österreichische Hochschülerschaft gibt sich von Anfang an – zumindest bei allen Gründerfraktionen – betont österreichisch. Auch hier gibt es Kontinuitäten.
5. Eine symbolische Kontinuität ist das in der HÖ jährlich erscheinende Jahrbuch. Dieses konservierte offensichtlich den Namen der alten »Hochschülerschaft Österreichs« bis 1947. Mit medizinischen und sozialen Schwerpunkten nahm die ÖH Kontinuitäten auf und verwirklichte teilweise das, was in der HÖ bloß als Ziel konzipiert worden war.
6. Es gibt auch eine wesentliche personelle Kontinuität – in der Person Rudolf Wengrafs, des ersten ÖH-Vorsitzenden, der bislang häufig den Kommunisten zugerechnet wurde. Wengraf war 1937/38 Mitarbeiter des letzten Vorsitzenden der Hochschülerschaft Österreichs, Richard Lechner, als Funktionär in der Abteilung für Presse- und Werbewesen. Richard Lechner selbst, der letzte Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, verweist in seinen Formulierungen und pluralistischerem Zugang bereits auf die Nachkriegszeit. Eine Abkehr vieler »fascistischer« Traditionen ist unter ihm und schon zu Ende von Drimmels Sachwalterschaft deutlich zu bemerken.
7. Der Hauptunterschied zwischen der HÖ und der ÖH liegt in der Demokratisierung. Die erste Wahl 1946 ist daher **der** markante Einschnitt in der jüngeren Geschichte der

österreichischen Studierendenvertretung. Nach 1945 gilt für Studenten wie für alle Berufstätigen, dass zur demokratischen Partizipationsmöglichkeit auf der lokalen Ebene (Gemeinde, Bundesland, Republik, später EU) noch eine zweite Interessensvertretungsebene kommt, die ebenfalls Gesetze und Verordnungen durch Stellungnahmen und Beratung beeinflussen kann. Insofern wurde allen Studierenden ein weiterer demokratischer Zugang eröffnet.

8. Daraus folgt eine weitere Diskontinuität: Während vor 1945 die Dialogfähigkeit sehr eingeschränkt war und die eigene ›Wahrheit‹ mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt wurde, gibt es einen Grundkonsens in der ›Österreichischen Hochschülerschaft‹, auf dem Boden der Demokratie die anderen Fraktionen als Dialogpartner anzuerkennen.
9. Prinzipieller Konsens statt prinzipieller Unversöhnlichkeit schließt natürlich Konflikte sowohl zwischen den Fraktionen, als auch innerhalb der Union und des Wahlblocks nicht aus. Wie die Proteste gegen die Studiengebührenerhöhungen 1952 zeigen, konnte ein einheitliches Auftreten jedoch durchaus viel bewirken. Die ÖH hatte sich als kammerartige Körperschaft öffentlichen Rechts mit Begutachtungsrecht etabliert.
10. Die Strukturen der Hochschülerschaft Österreichs von 1933 bis 1938 schufen die Basis für die Österreichische Hochschülerschaft nach 1945. Klar ist geregelt, dass die Hochschülerschaft als Selbstverwaltungskörperschaft die Interessen der Studierenden nicht nur gegenüber den akademischen Gremien, sondern auch als Körperschaft im Staat vertritt.
11. Die Stellung der Hochschülerschaft zu den Professoren im Allgemeinen und den akademischen Behörden im Besonderen gestaltete sich von Anfang an in einem Spannungsverhältnis zwischen respektvollem Miteinander und konkurrierendem Machtkampf.
12. Kontinuitäten der Hochschülerschaft Österreichs sind auch durch die politischen Karrieren ihres langjährigen Sachwalters Drimmels und seines Vorgängers an der Universität Wien, Klaus vorgegeben. Vor allem Drimmel hat als Minister wie als Sachwalter einerseits die Stellung der Studierenden gestärkt, andererseits aber eine Großzügigkeit in der Zusammenarbeit mit den Nationalen gezeigt.

Biographische Nachbemerkung:

Standortbestimmung des Autors dieser Arbeit

Meine eigene Lebensgeschichte ist eng mit der Arbeit der ÖH verbunden – und diese Institution war prägend für die Veränderung meines Weltbilds. Ursprünglich als junger Student der Ansicht, Studierende sollen sich in Politik, vor allem außerhalb der Universität, nicht einmischen, brachte 1984 die Besetzung der Hainburger Auen für mich einen Wendepunkt. Diese wurde von der ÖH in einer historischen Zusammenarbeit der Fraktionen (vor allem einer außergewöhnlichen bürgerlich-alternativen Partnerschaft von AktionsGemeinschaft mit den Basisgruppen) maßgeblich organisiert. Die noch wenige Monate zuvor in den Medien beklagte politische Inaktivität der Jugendlichen war umgeschlagen – und das galt auch für mich.

Seit 1987 war ich in verschiedenen Funktionen für die Österreichische Hochschülerschaft – vor allem an der Universität Wien – tätig: Als Mandatar des Hauptausschusses der Hochschülerschaft an der Universität Wien, Ersatzmandatar des (gesamtösterreichischen) Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft (jeweils als Vertreter der Exekutivfraktion) und der ÖH-Fakultätsvertretung GEWI (in Opposition) habe ich die demokratische Arbeit der ÖH kennengelernt. Als ›Referent für Bildung und Politik‹ und als ›Sachbearbeiter für Lehramtsfragen und Hochschuldidaktik‹ an der ÖH-Uni Wien habe ich in Exekutivfunktionen gearbeitet, ebenso wie in der freieren Arbeit der Sonderprojekte, wodurch ich gemeinsam mit anderen die Gründung des Behinderten- und des Ökologiereferates der ÖH-Uni Wien initiieren konnte. Von 1999 bis 2003 war ich auch Fraktions-Vorsitzender der AktionsGemeinschaft-GEWI.

Eine wichtige Erfahrung war für mich die studentische Mitbestimmung vor allem in den Gremien der Universität Wien: Dort konnte ich als Studierendenvertreter mit Professoren und Mittelbauvertretern in zahlreichen Kommissionen des Akademischen Senats (›Gebäudekommission des Senats der Universität Wien‹, ›Interuniversitäre Kommission für den Vorstudienlehrgang‹, ›Senatskommission für die universitäre Weiterbildung‹, ›Senatskommission für die fächerübergreifende Lehre‹) und der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien für die Universität mitwirken. Das Fakultätskollegium der geisteswissenschaftlichen Kommission war dabei das größte universitäre Gremium, an dem ich teilgenommen habe. Es umfasste in den 1990er-Jahren ungefähr 100 Personen, u.a. auch Prof. Schubert und Weinzierl. Auch hier habe ich in Kommissionen wie der ›Audiovisuellen Medienkommission‹ unter dem Vorsitz von Univ.Prof. Dr. Gerhard Jagschitz, der ›Bibliothekskommission‹ oder zwei Berufungskommissionen die Arbeit und die Strukturen der Universität näher kennen lernen können.

Vier weitere Bereiche waren für mich prägend: a) Internationales: 1989 war ich gemeinsam mit Vertretern aus Ungarn und anderen Staaten im Gründungskomitee eines internationalen Geschichtestudentenverbands (International Students' of History Association – ISHA), der unter Beteiligung von Politikern des alten und neuen Systems in Budapest mit einem großen Kongress gegründet wurde; b) offizielle Vertretung im Rahmen der ÖH als Körperschaft öffentlichen Rechts: in den 1990er-Jahren war ich Mitglied der interministeriellen Kommission: »Reform der Lehramtsstudien« (BMUK, BMWF, Universitäten, ÖH) und der Schulreformkommission des Parlaments (als Vertreter für die Lehramtsstudierenden); c) journalistische Tätigkeit durch Artikel, Interviews, Rezensionen in Zeitschriften der Hochschülerschaft und Fraktionszeitschriften. 1991 war ich an der Gründung der Zeitschrift »DIDAKTIK« gemeinsam mit dem Zentrum für das Schulpraktikum beteiligt und übernahm die Chefredaktion dieser wissenschaftlichen Zeitschrift. Durch diese Tätigkeit wurde ich als Studierendenvertreter – wie auch der nächste Bereich zeigt – verstärkt mit wissenschaftlichen Fragestellungen konfrontiert.

Schließlich habe ich, d) im vierten Bereich, einen sehr fundierten Einblick in die Arbeit der Studienkommission für die Lehramtsausbildung an der Universität Wien (und der gesamtösterreichischen Studienkommission) gewonnen. Im Zuge dessen war ich auch an der Ausarbeitung mehrerer Studienpläne beteiligt und habe eine intensive und konstruktive (manchmal auch harte und meist, jedoch nicht immer sachliche) Zusammenarbeit mit Mittelbau und Professoren erlebt. Schließlich wurde ich als studentisches Mitglied auch stellvertretender Studienkommissionsvorsitzender für die allgemein-pädagogische Ausbildung und das Schulpraktikum unter dem Vorsitzenden Prof. Friedrich Oswald, mit dem sich eine langjährige konstruktive Zusammenarbeit entwickelte. Ein Student als stellvertretender Studienkommissionsvorsitzender war damals zwar rechtlich möglich, jedoch eine seltene Ausnahme.

Während dieser Zeit habe ich nicht nur genau die Entscheidungsstrukturen in Gremien der Hochschülerschaft und der Universität beobachtet und genutzt, sondern auch Projekte durchgeführt, die über die Universität hinausgingen (etwa die Abschrägung von Gehsteigen für Rollstuhlfahrer in der Umgebung der Universitätsgebäude oder die Errichtung von Radrouten, die heute verschiedene Institute und Universitäten Wiens verbinden – gemeinsam mit einem Team aus verschiedenen Fraktionen – mit Gremien der Stadt und des 1. Bezirks).

Während dieser ÖH-Zeit gab es für mich außerdem vier Schlüsselerlebnisse, die meinen Horizont erweitert haben. 1987 habe ich den Streik und die Besetzung des ›Auditorium maximum‹ kennengelernt, die psychosozialen Dynamiken erlebt und beobachtet, wie revolutionäre Prozesse die Studierendenpolitik geprägt und fast von einem Tag auf den anderen verändert haben.¹³⁹¹

¹³⁹¹ Die Ausführungen Norbert Burdas über die veränderte politische Situation nach den Studentendemonstrationen 1953 haben – bei aller Vorsicht der Übertragung eigener Erlebnisse und eigener Befindlichkeiten auf die vergangener Geschehnisse – Parallelen in der psychosozialen Dynamik gezeigt.

Die zweite Frage hängt mit den bereits erwähnten Fragen von ›Opfer‹ und ›Täter‹ oder von ›Recht‹ und ›Unrecht‹ zusammen. Als Vertreter der Opposition an der Fakultätsvertretung GEWI habe ich viele Beschlüsse und Aktionen als polemisch, undemokratisch und als Missbrauch von Macht empfunden und mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen darauf heftig reagiert. Gegen Unrecht und Unterdrückung aufzutreten schien mir legitimiert zu sein – bis ich eines Tages erkannt habe, dass sich die Vertreter der Fraktionen an der GEWI-Fakultätsvertretung aus anderen Gründen genauso unterdrückt fühlten, genauso aus der Defensive zu handeln glaubten – weil sie sich von der Mehrheitsfraktion der übergeordneten Gremien wie Hauptausschuss und Zentralausschuss ebenfalls in ihren Rechten behindert sahen. Seitdem ist mir eine Sensibilität für Grenzen zwischen Recht und Unrecht wichtig, um die Angemessenheit der Mittel zu hinterfragen und Handlungen auch vom Standort meines Gegenübers zu betrachten. Denn leicht kann sich jemand noch immer als ›Opfer‹ fühlen und nicht bemerken, dass er selbst längst auch ›Täter‹ geworden ist.

Dass ich gegen Ende meiner Tätigkeit als Mitglied der Aktionsgemeinschaft in einer Lehramtskommission an der Naturwissenschaftlichen Fakultät von den Basisgruppen für einen ihnen zustehenden Platz nominiert wurde, hatte für mich den besonderen Wert der (raren) offenen Zusammenarbeit für ein gemeinsames Ziel zwischen den oft unversöhnlich scheinenden Standpunkten unterschiedlicher Fraktionen und ihrer Mitarbeiter/innen und als ein Zeichen des Vertrauens über politische Grenzen hinweg.

Drittens machte ich auch persönlich Erfahrungen mit dem Versuch mehrerer Personen, die einer US-amerikanischen Sekte nahestanden, ein Gremium, das ich leitete, zu unterwandern. Dies misslang zwar. Doch dies war zuvor außerhalb meiner Vorstellungskraft gelegen, dass es Menschen gibt, die, von außen bestimmt, eine idealistische Kleingruppe personell wie ideologisch für Ziele Dritter übernehmen wollen.

Die vierte wichtige Erfahrung war es, in der Demokratie Erfolge, aber auch Niederlagen zur Kenntnis zu nehmen und demokratische Wechsel als Chance zur Neuorientierung zu erleben.

Durch all das haben sich ganz verschiedenartige Möglichkeiten für die Mitgestaltung an der Universität und für die »Gestaltung der Wirklichkeit«¹³⁹² auf vielen anderen Gebieten ergeben. Diese persönlichen Kenntnisse haben mich bereichert (auch durch die vielen Auseinandersetzungen mit Vertretern und Vertreterinnen meiner eigenen und verschiedener anderer Fraktionen oder von Professoren und Mittelbauern, von denen ich jeweils vieles gelernt habe) und fließen in diese Arbeit ein.

¹³⁹² Motto zu einer Veranstaltung der Hochschülerschaft an der Universität Wien zum Universitätsjubiläum 1965, vgl.: **Bericht 600**. Beitrag der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Wien zur 600-Jahr-Feier der Alma Mater Rudolphina (hg. v. Rudolf Augstein und Peter Pliem) Wien 1965, S. 11f

Da ich in den letzten Jahren außerhalb der Hochschülerschaft aktiv war (zunächst im Journalismus in einer Redaktion behinderter Menschen¹³⁹³, später als Studienassistent am Institut für Bildungswissenschaft und als Projektmitarbeiter für die Koordination des internationalen Studierendenaustauschprogramms ›Campus Europae‹ an der Universität Wien), ist andererseits eine gewisse Distanz zur Arbeit der ÖH eingetreten. Eine andere Perspektive auf die Universität ist hinzugetreten. Dies ist für eine differenzierte Sichtweise vorteilhaft – auch wenn hier ein Zeitraum dieser Institution untersucht wird, der lange vor der Zeit der eigenen ÖH-Tätigkeit liegt.

In meiner journalistischen Tätigkeit, vor allem in der integrativen Radioredaktion von Freak-Radio, habe ich zwei weitere Dinge gelernt: zum einen den Grundsatz einer genauen Recherche nach dem Motto ›Check – Re-Check – Double-Check‹, die dem strengen ›Objektivitätsgebot‹ des ORF-Gesetzes verpflichtet ist, wonach niemals eine Quelle alleine stehen soll. Zum anderen hat sich nach mehr als zehn Jahren regelmäßiger Radio- und Onlinetätigkeit auch mein Umgang mit Quellen verändert: Es war Grundsatz der Redaktion von Freak-Radio, zu jedem Thema die Stimme der Betroffenen zu hören und nicht nur über sie zu referieren. So habe ich in dieser Diplomarbeit öfter und ausführlicher als zuvor verschiedene Quellen und wissenschaftliche Thesen im Original verwendet. Dadurch sollen die Ideologien (im ursprünglichen Sinn des Wortes) authentisch für sich sprechen – unmittelbar und ohne Brechung durch die Formulierungen des Autors dieser Arbeit.

Ideologie »im ursprünglichen Sinn« meint die Übersetzung dieses griechischen Begriffs als »eigene Worte«, aber auch im Sinne von »eigener Rede«, im Sinne von »eigener Sichtweise« oder »eigenem Konstrukt«. Diese eigene Sichtweise, in ihrer Vielschichtigkeit und Lebendigkeit, die in den schriftlichen Quellen, und noch stärker in den mündlichen Quellen der qualitativen Forschung zum Ausdruck kommt, ist das, was mich interessiert, was für mich die Philologie der Geisteswissenschaft ausmacht: Interesse für das hinter den Konstrukten des »λόγος« (Logos) stehende und durch sie vermittelte Leben. Dabei hat »λόγος« noch zwei weitere Bedeutungen, die für meine Arbeit konstitutiv sind: »λόγος« als »Verhältnis« – das ich zu meiner Quelle habe – und auch als »Vernunft« – die mir, fast schon im Sinn von »σοφία« (Sophia) oder »φιλοσοφία« (Philosophia) als Lebensklugheit oder Gewandtheit in Verbindung mit dem wissenschaftlichen Instrumentarium, das mir an der Universität vermittelt wurde – nicht nur diese Diplomarbeit, die mich zum ›Magister der Philosophie‹ führen soll, sondern auch qualitätsvolle Arbeit im Journalismus und im Bildungsbereich erst möglich macht.

¹³⁹³ Freak-Radio im ORF-Mittelwellenprogramm von Radio 1476. Im Zuge dessen habe ich eine eineinhalbjährige Journalismusausbildung unter Beteiligung der »Integration Österreich«, des Zeitungsherausgeberverbandes, des Instituts für Publizistik der Universität Wien und des ORF abgeschlossen.

1: Wer an der Universität Wien 1933 Anschlagkästen verlor ¹³⁹⁴

- die Deutsche Studentenschaft
- das Amt für Grenz- und Auslandsdeutschtum
- das Grenz- und Auslandsamt der Deutschen Studentenschaft
- das Presseamt der Deutschen Studentenschaft
- das Kulturamt der Deutschen Studentenschaft
- das Reichsdeutschenamt
- der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund
- die Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Studentinnen
- der Verband der sozialistischen Studenten Österreichs
- die Völkische Arbeitsgemeinschaft
- der Jungdeutsche Hochschulring
- die Deutsch-akademische Gemeinschaft
- der Verband deutscher Hochschülerinnen
- der Alldeutsche Verband
- die Deutsche Freistudentenschaft
- die Akademische Ortsgruppe »Schiller« des Schulvereines Südmark
- die CV-Ortsgruppe »Schlageter« des Deutschen Schulvereines Südmark
- der Jungkatholische Hochschulring
- die Freie Vereinigung katholische-deutscher Hochschüler »Akademia«
- die Vereinigung katholisch-deutscher Hochschülerinnen
- der katholisch-deutsche Akademikerausschuss
- die Frontkämpfervereinigung, Sektion Universität
- die christliche Studentenvereinigung im evangelischen Jugendring
- die Verbindung »Wingolf –Luginsland« zu Wien
- die S.B.Verbindung »Dürnstein«
- der Bund der Tiroler Hochschüler
- der Bund südoschwäbischer Hochschüler in Wien
- der Wiener ungarische Akademiker-Verein
- der Ukrainische Studentenverein »Sitsch«
- der Bulgarische Verein »Otez Paissi«¹³⁹⁵
- die Vereinigung bulgarischer Akademiker

¹³⁹⁴ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1933, 26037

¹³⁹⁵ aus dem Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35 geht allerdings hervor, dass die Studentenverein »Otez Paissi« und der Albanisch-Akademische Verein »Albania« nach wie vor ihren Sitz an der Universität Wien hatten: vgl. Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, S. 49

2: Das Rektorat wollte folgende Vereine 1933 nicht untersagen:¹³⁹⁶

- | |
|--|
| a. Vereine mit wissenschaftlich-fachlichen Aufgaben: <ul style="list-style-type: none">• Akademischer Verein »Logos«• Bund für Anthroposophische Hochschularbeit• Deutsche Gesellschaft für Rassenpflege• Wiener Gesellschaft für Rassenpflege• Akademische Vereinigung der Völkerbundarbeit |
| b. Vereine mit allgemein-bildenden Aufgaben: <ul style="list-style-type: none">• Lese- und Redeverein der deutschen Hochschüler in Wien »Germania«• Lese- und Redehalle deutscher Studenten in Wien• Institut zur Pflege deutschen Wissens• Österreichisch-französisches Hochschulkomitee |
| c. Vereine zur Pflege der Musik: <ul style="list-style-type: none">• Akademischer Orchesterverein• Universitäts-Sängerschaft »Ghibellinen« |
| d. Vereine zur Pflege des Sportes und der Körperübungen <ul style="list-style-type: none">• Akademischer Sportverein• »Arminen«: Ruderklub katholisch-deutscher Akademiker• Akademische Sektion des österreichischen Skivereines• Deutscher Turnerbund• Katholisch-akademischer Turnverein• Wiener akademischer Turnverein• Amt für Leibesübungen• Akademischer Skiklub• Akademischer Guttempler-Ring• Deutsche Gemeinschaft für alkoholfreie Kultur |
| e. Fürsorge-Vereine <ul style="list-style-type: none">• Allgemeiner Studenten-Unterstützungsverein (zum Deutsch-akademischen Juristenverein)• Unterstützungsverein deutscher Hochschüler aus Oberösterreich• Philosophen-Unterstützungsverein• Unterstützungsverein für Hörer der Rechte• Wirtschaftsverein der Hochschüler Wiens• Wirtschaftsvereinigung (Akademisches Fürsorgeinstitut) |

¹³⁹⁶ AT-OeStA/AVA Unterricht StHK 4 D 2: 1933, 26037

3: Schuschniggs Erlass zur Einrichtung der Hochschülerschaft¹³⁹⁷

»Als das Bundesministerium für Unterricht am Ende des vorigen Sommersemesters den akademischen Behörden den Auftrag erteilte, die Deutsche Studentenschaft für den Hochschulbereich aufzulösen und jede weitere Tätigkeit derselben auf akademischen Boden zu unterbinden, war sie zu diesem Schritte durch die Entwicklung genötigt, welche die Deutsche Studentenschaft in letzter Zeit genommen hatte, deren Fortsetzung zuzulassen mit den Staatsinteressen und der Verantwortung der Unterrichtsverwaltung für das Wohl der österreichischen Hochschulen nicht vereinbar gewesen wäre.

Es sei daran erinnert, dass die Deutsche Studentenschaft als Kreis 8 der Deutschen Studentenschaft im Deutschen Reiche eingegliedert war und somit einen organisatorischen Bestandteil einer Körperschaft bildete, die nunmehr als öffentlich-rechtliches Organ eines anderen Staatsgebietes und Machtinstrument einer fremden Staatsgewalt angesehen werden muss, einer Körperschaft, die sich zudem in fortgesetzter Propaganda gegen die österreichische Staatsgewalt und ihre Institutionen ergeht.

Es sei weiters daran erinnert, dass die Deutsche Studentenschaft in Österreich zuletzt der einseitigen Herrschaft einer Partei verfallen war, welche die Mitarbeit beachtlicher Gruppen staatsstreuer österreichischer Studierender unmöglich machte, so, dass die Deutsche Studentenschaft zu einer Rumpfstudentenschaft geworden, ihren ursprünglichen Grundgedanken der überparteilichen Zusammenfassung selbst preisgegeben hatte. Schließlich ist die sie beherrschende Partei dem gesetzlichen Verbote der politischen Betätigung in Österreich verfallen.

War die weitere Tolerierung der Deutschen Studentenschaft derart unmöglich geworden, so ist sich die Unterrichtsverwaltung doch von Anbeginn dessen bewusst gewesen, dass auf eine organisatorische Zusammenfassung der breiten Massen der Studierenden und auf die geordnete selbsttätige Mitwirkung verantwortungsfähiger und verantwortungswilliger Exponenten derselben an den ihren Kräften und Fähigkeiten adäquaten Aufgaben des Hochschullebens nicht ohne ernsten Verlust für dasselbe verzichtet werden kann.

Die Unterrichtsverwaltung ist insbesondere der Anschauung, dass verantwortliche studentische Funktionäre als Bindeglied zwischen den akademischen Behörden und der sonst angegliederten und unvertretenen Studentenschaft, sowie, zur Ermöglichung einer angemessenen Willensbildung innerhalb derselben in allen jenen Fragen, welche für sie von Belang sind, nicht entbehrt werden können.

Endlich ist die Unterrichtsverwaltung nach wie vor der Anschauung, dass wertvolle Funktionen, insbesondere auf dem Gebiete der Leibesübungen und des Fürsorgewesens, denen sich die Deutsche Studentenschaft vor ihrem inneren Verfall mit gutem Erfolge unterzogen hatte, der Fortführung unter selbsttätiger Mitwirkung geeigneter studentischer Kräfte bedürfen.

Hierbei musste die Unterrichtsverwaltung jedoch erwägen, dass eine derartige Organisation der Studentenschaft sowohl mit Rücksicht auf die gebotene Pflege eines die partikuläre Vielfältigkeit zusammenfassenden österreichischen Gesamtbewusstseins auch innerhalb der Studentenschaft, wie weiters mit Rücksicht auf die Art der gestellten

¹³⁹⁷ Erlass vom 29. September 1933 ; UAW, S.Z. 274, 1933/34

*Aufgaben und die Erfahrungen mit den bisherigen Versuchen einer studentischen Selbstverwaltung nicht isoliert an den einzelnen Hochschulen durchgeführt werden kann, vielmehr der Zusammenfassung in einer verantwortlichen Spitze bedarf. Da jedoch die Berufung eines solchen studentischen Funktionärs den Wirkungskreis der akademischen Behörden überschreiten würde und angesichts der außerordentlichen Zeitverhältnisse auch nicht ohne das besondere Vertrauen der Staatsgewalt stattfinden kann, da ferner studentische Wahlen im gegenwärtigen Zeitpunkt als mit den Staats- und Hochschulinteressen gänzlich unverträglich vorweg nicht in Betracht gezogen werden können, hat sich das Bundesministerium für Unterricht veranlasst gesehen, einen Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich in der Person des Dr. Karl **Stein**, Hauptmann i.R. zu berufen. Die Unterrichtsverwaltung war bei der Berufung des Genannten zu dieser Funktion unter anderem auch von der Erwägung geleitet, dass er in seiner Eigenschaft als Funktionär der bestandenen Deutschen Studentenschaft seinerzeit Gelegenheit hatte, persönlich Arbeit an der studentischen Selbstverwaltung zu leisten und sonach auf jene ihrer in den letzten Jahren gebildeten Traditionen anzuknüpfen, die sich bewährt haben. Andererseits kann von der Tatsache seiner bisherigen Freiheit von jeder Bindung an eine der bestehenden Gruppenbildungen innerhalb der Studentenschaft eine besondere Eignung zur Schaffung einer positiven, für die gutwilligen aufbaufreudigen Elemente aller Richtungen betretbaren Plattform gemeinsamer Arbeit erhofft werden.*

Zwecks ehester Schaffung eines aktionsfähigen studentischen Führungsapparates wird es dem Sachwalter der österreichischen Hochschülerschaft obliegen, unverzüglich Vorschläge für die Berufung der erforderlichen studentischen Hochschul- und Gruppensachwalter an den einzelnen Hochschulen im Wege der obersten akademischen Behörden derselben zu erstatten. Dieselben sind eingeladen, diesen Vorschlägen sodann mit tunlichster Beschleunigung einbegleitend zur h.o. Genehmigung vorzulegen.

Der Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich wird sohin mit größter Beschleunigung dem Bundesministerium für Unterricht Anträge für die Gestaltung des Aufgabenkreises des studentischen Führungsapparates und die Umschreibung des Zuständigkeits- und Pflichtenkreises seiner Mitglieder, insbesondere aber für die unverzügliche Reaktivierung der studentischen Einrichtungen zur Pflege der Leibesübungen und der studentischen Fürsorgeeinrichtungen zu erstatten haben.

Die Anhörung der akademischen Behörden vor Erlassung der einschlägigen h.o. Vorschriften bleibt vorbehalten.

Der Bundesminister: Schuschnigg«

4: »Organisationsplan des studentischen Führungsapparates an der Universität Wien«¹³⁹⁸ im WS 1934/35

Dr. Karl v. Stein: Der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs

(Philosophische Stiege Hochparterre)

3 Mitarbeiter: der Sekretär Walter Gregorig, der Buchhalter Josef Schott und der Bürodiener Hans Kalenda

Cand.jur Heinz Drimmel: Der Sachwalter an der Universität Wien

(Juristenstiege, Untergeschoss, Durchgang Hof 3-5)

2 Mitarbeiter: der Geschäftsführer stud.jur Herbert Schleicher und die Hilfskraft cand.jur Walter Pariasek

Dem Sachwalter an der Universität Wien sind unterstellt:

1. Das Referat für den studentischen Arbeitsdienst an den Österreichischen - Hochschulen

cand. phil. Erich v. Spitzmüller (Lokal: Sachwalterkanzlei)

Leiter des studentischen Arbeitsdienstes an der Universität Wien: stud iur Adolf Mädel

2. Das Referat für Ferialpraxis

stud.med. Wilhelm Vondruska (Lokal: Sachwalterkanzlei)

3. Das Referat für Wehrstudentische Angelegenheiten

cand. phil. Walter Stecher (Lokal: dzt. Sachwalterkanzlei)

4. Das Referat »Auslandsstelle der Österreichischen Hochschulen«

Dr. Josef Klaus (Lokal: Sachwalterkanzlei)

5. Juristische Fachgruppe

cand. iur. Richard Lechner (Lokal: Juristenstiege IX, Arkaden links)

6. Philosophische Fachgruppe

cand. phil. Karl Starzacher (Lokal: Anschrift: Historisches Seminar)

7. Medizinische Fachgruppe

cand.med. Hruby (Geschäftsführer: stud.med. Wilhelm Vondruska)

8. Fachschaft der Pharmazeuten

Dem Sachwalter an der Universität Wien sind beigeordnet:

1. Kultur- und Bildungsinstitut

Dipl.Kfm. Alfred Weiser

2. Amt für Leibesübungen

Leopold Raffelsberger

3. Deutsch-akademisches Fürsorgeinstitut

¹³⁹⁸ UAW, S.Z. 166 (Sachwalterangelegenheiten)/23 aus 1934/35,

5: Der neue Sachwalter Richard Lechner stellt sich in der Österreichischen Hochschulzeitung vor:

»An alle **Mitarbeiter und Kollegen!**

Es ist mir eine besondere Freude, wenn ich an alle Mitarbeiter und Kollegen an dieser Stelle einige Worte anlässlich meines Amtsantrittes richten kann. Ich will nicht viele Worte machen, denn es kommt nicht auf lange Abhandlungen und Versprechungen an, sondern auf das Maß dessen, was wir an gemeinsamer Arbeit leisten.

*Alle, die bisher an der gemeinsamen Sache mitgearbeitet haben, wissen genau, welche Schwierigkeiten überwunden werden mussten, welches ungeheure Ausmaß an Opferbereitschaft jedes Einzelnen, wie viel Energie und Arbeitsaufwand notwendig waren. Wir alle wissen, dass das Erreichte nur zufolge der tatkräftigen, beispiellos aufopfernden Tätigkeit meines Vorgängers, Herrn Dr. Heinz Drimmel, möglich war. **Ich bin mir selbst von Beginn an im Klaren gewesen, dass eine noch so tatkräftige Führung allein die gesetzten Ziele nicht erreichen kann, wenn nicht alle Mitarbeiter und Kollegen geschlossen und einheitlich hinter dieser Führung stehen.***

*Es wurde bisher Gewaltiges geschaffen und die Anfangsschwierigkeiten, welche ja die größten sind, überwunden. Wir haben heute einen einheitlichen organisierten Vollbetrieb und **eine mitten im studentischen Leben stehende Hochschülerschaft** vor uns, der auch die Gegner und abseits Stehenden die Anerkennung des Geleisteten nicht versagen können. Viel ist aber noch zu leisten, wenn wir unserem ersten und obersten Ziele gerecht werden wollen, nämlich dem Ziele, im Sinn unseres Staates die Interessen der Studierenden wahren und vertreten zu können. **Ich bin mir der Tatsache bewusst und kann sie immer nur wiederholen, dass ich auf die Mitarbeit der Kameraden voll und ganz reche und, dass ohne dieselbe eine Zielerreichung unmöglich ist.** Diese Tatsache bringt es mit sich, dass ich mich so wie bisher als **nichts anderes als einen Mitarbeiter an der gemeinsamen Sache betrachte** und wie bisher im Zusammenwirken mit allen anderen Mitarbeitern die gemeinsamen Ziele erreichen will. Alle Kameraden können von Anfang an das volle Bewusstsein mit sich nehmen, dass ich ihnen stets sachlich und persönlich der Kamerad bleiben werde, der ich bisher war.*

***Ich möchte an dieser Stelle mit Stolz auf die Tatsache hinweisen, dass wir als eine mit keinerlei Zwangscharakter ausgestattete Organisation¹³⁹⁹ heute 80 Prozent der Hörerschaft erfasst haben.** Es ist richtig, dass noch viele Kollegen abseits unserer Bestrebungen stehen und noch immer nicht von der Ehrlichkeit und Anständigkeit unserer Bemühungen überzeugt sind. Im Sinne unseres neuen Staates sind auch wir bereit, alle noch abseits Stehenden bei uns aufzunehmen, ohne nach ihrer politischen Herkunft zu*

¹³⁹⁹ Das ist insofern unrichtig, als ja jeder Studierende den Hochschülerschafts- und Fürsorgebeitrag zahlen musste. Allerdings konnten die Studierenden sich bei den Fachschaften noch extra einschreiben. Ob sich diese 80 Prozent tatsächlich auf alle Hochschulen in Österreich beziehen, lässt sich nicht eruieren. Eher ist allerdings zu vermuten, dass sich Lechner auf »seine« juristische Fakultät an der Universität Wien bezieht.

fragen, wenn sie nur offen und ehrlich bereit sind, im gegenwärtigen Zeitpunkte an der gemeinsamen Sache mitzuarbeiten. Wir werden uns aber ebenso entschlossen gegen alle jene wenden, die am Werke sind, unsere Bestrebungen zunichte zu machen und unserer Weiterarbeit hinderlich im Wege stehen. Wir als junge akademische Generation müssen es verstehen, uns selbst und alle weiteren Kreise über die staatsbürgerlichen und sozialen Pflichten zu belehren und gemäß der Erkenntnis dieser Verpflichtungen zu handeln. Jede Tätigkeit, die in diesem Sinne eine Pflichtverletzung darstellt, muss von uns, in welcher Form auch immer, abgelehnt werden. Es muss jeder von uns jungen Akademikern das absolute Bewusstsein haben, dass er in erster Linie dazu berufen ist, Träger und Vorkämpfer staatsbürgerlicher und sozialer Verpflichtungen gegenüber der gesamten Bevölkerung zu sein. Nicht in wissenschaftlicher und pseudowissenschaftlicher Kritik, nicht in Hass und Hohn, sondern in positiver Arbeit kann sich die Teilnahme gerade des Akademikers am Staatsleben äußern. Die Akademiker ohne Unterschied des Grades der Fakultät sind als erste dazu berufen, durch ihr Verhalten und ihre Handlungen zu zeigen, dass es im Staatsleben, in der Wissenschaft, in der Wirtschaft und in den sozialen Belangen um wichtigere Themen geht, als um kritisieren, polemisieren und nörgeln.

*Was wir durch unsere weitere positive Aufbauarbeit in unserem Bereiche leisten müssen, ist vor allem, jedem **Einzelnen das Bewusstsein seiner sozialen Verpflichtungen, sich und der Gesamtheit gegenüber** zu geben. Der Einzelne muss ebenso auch das Bewusstsein erlangen, dass er unter dieser Voraussetzung auch den Anspruch darauf hat, die ihm zukommende Funktion im wissenschaftlichen und politischen Organismus des Staates einzunehmen. Wir betrachten es daher als unsere Aufgabe, nicht nur im eigentlichen studentischen Bereiche tätig zu sein, sondern darüber hinaus den Studierenden den Weg nach dem Verlassen der Universität zu ebnen und sie nach dem Studium nach Möglichkeit davor zu bewahren, nach einem langen und schweren Studium erwerbs- und existenzlos dazustehen. Selbstverständlich werden wir in allen Bereichen des studentischen Lebens selbst, in denen wir bisher tätig waren, die erzielten Erfolge festzuhalten und auszugestalten wissen.*

Im Sinne dieser Ausführungen spreche ich allen Kameraden, die bisher an unserer Sache mitgearbeitet haben, meinen Dank aus und bitte sie, auch weiterhin ihre Person in den Dienst der Sache zu stellen und mir jene treue Gefolgschaft zu bewahren, welche mein hochgeschätzter Vorgänger, Dr. Heinz Drimmel, genossen hat. Es mögen alle nochmals das Bewusstsein haben, dass ich jedem, der guten und ehrlichen Willens ist, auch der gute Kamerad bleiben werde, der ich bisher war.

*Der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs
R. Lechner e.h. »¹⁴⁰⁰*

¹⁴⁰⁰ ÖHZ, 22.10.1937, S. 1

6: »Aufbau der Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs«¹⁴⁰¹ im WS 1937/38

A. Zentralstellen

Dr. Richard Lechner: Der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs

Stellvertreter: Heinrich **Jandl**¹⁴⁰²

(Universität Wien, Philosophische Stiege Hochparterre)

Sekretariat: Walter **Pariasek**; **Kanzleibeamter:** Johann Keber

Bürohilfskraft: Vinzenz **Tscherne**; Mitarbeiter: cand. med. Franz **Rappolt**
(Universität Wien, Philosophenstiege)

B. Abteilungen

Abteilung (1) Schulungswesen der Hochschülerschaft Österreichs

Gesamtleitung: Dr. Heinrich **Drimmel**¹⁴⁰³

Geschäftsführer: cand. phil Leopold **Geist**

Vorträge und Führungen: Referent Dr. Karl **Koweindl**

Volkstanz und Volkslied: Referent cand. phil. Rudolf **Klein**

Theater und Kunst: Referent cand. phil. Karl **Fischer-Neumann**

für den Bereich der Universität Wien: cand. iur. Otto **Hornberger**
(Universität Wien, Hof III)

Bereiche der Schulungen¹⁴⁰⁴

a) Staatswissenschaftliche Schulung

b) Kulturelle Schulung

c) Volkswirtschaftliche Schulung

Abteilung (2) Auslandsdienst der Hochschülerschaft Österreichs

Mit der provisorischen **Leitung** betraut: cand. iur. Adolf **Mädel**

Mitarbeiter: merc. Erich **Mädel**, cand. iur. Josef **Löckher**

Referent für Austauschdienst: Univ.Ass. Dr. Hans Max **Stüdl**
(Universität Wien, Stiege X)

¹⁴⁰¹ Die Grundlagen mit Stand 1. Juli 1937 wurden entnommen aus: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs (hg. v. Alfred Twaroch) 1937/38. Wien 1937; S. 52-61
Spätere Änderungen während des Studienjahrs 1937/38 werden mit Quellenangabe berücksichtigt.

¹⁴⁰² ÖHZ, 8.10.1937, S. 2

¹⁴⁰³ ÖHZ, 22.10.1937, S. 4

¹⁴⁰⁴ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38, S. 63

Abteilung (3) Arbeitsdienst der Hochschülerschaft Österreichs

Leiter: cand. iur. Adolf Mädel

Geschäftsführer: cand. iur Ernst Weghuber

Mitarbeiter: cand. phil. Luigi Ronzoni

(Universität Wien, Hof V)

Abteilung (4) Körperliche Ertüchtigung der Hochschülerschaft Österreichs

Leiter: Oberlt. a. D. Adolf Bulla

Geschäftsführer: Leopold Raffelsberger

Leiter des Amtes für Leibesübungen: Leopold Raffelsberger

(Wien I, Ebendorferstraße 9)

Abteilung (5) Presse- und Werbewesen der Hochschülerschaft Österreichs

Leiter: Dr. Alfred Twaroch

Geschäftsführer: cand. iur. Herbert Schleicher

Anzeigendienst: Oskar Killian

Sekretariat: Eugenie Smetka

Mitarbeiter für die ÖHZ: phil Erik Werba, cand.iur Rudolf Wengraf, cand.iur Harald Hell, cand.iur Josef Zarl

(Universität Wien, Stiege X)

Zeichenstube der Wiener Hochschulen:

Leiter: Dr. Alfred Twaroch

Geschäftsführer: cand. iur. Herbert Schleicher

Fachlicher Leiter: cand. phil. Karl Danksagmüller

Mitarbeiter: iur.Karl Hostitzky, iur. Wilhelm Pawelka

(Universität Wien, Tiefgeschoß)

Abteilung (6) Verbändewesen

Prov. Leiter: cand. iur. Adolf Mädel

(Universität Wien, Hauptgebäude)

Abteilung (7) Wirtschafts- und Fürsorgewesen

Leiter: Dr. Heinrich Drimmel

(Universität Wien, Hauptgebäude)

C. Sachwalterschaften an den Hochschulen**Hochschülerschaft an der Universität Wien**

Dr. Richard Lechner: Der Sachwalter der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Stellvertreter: Heinrich Jandl

Die Referenten »für die Besorgung der Geschäfte« der

Abteilung (1) Schulungswesen: cand. iur. Otto Hornberger

Abteilung (2) Auslandsdienst: dzt. unbesetzt

Abteilung (3) Arbeitsdienst: dzt. unbesetzt
Abteilung (4) Körperliche Ertüchtigung: dzt. unbesetzt
Abteilung (5) Presse- und Werbewesen: cand. iur. Josef Zarl
Fachgruppen
a) Katholisch-Theologische: Leiter: cand.theol. Augustin Neudecker Leiterstellvertreter: cand.theol. Alexander Luger ; Säckelwart: cand theol. Christa de Matin (Universität Wien, Hauptgebäude, Kath-theol. Dekanat)
b) Evangelisch-Theologische: Leiter: Dr. Sepp Müller Geschäftsführer: theol Karl Hass und Gallus Ball Säckelwart: cand theol. Christa de Matin (Universität Wien, Hauptgebäude, Kath-theol. Dekanat)
c) Juristische: Leiter: cand.iur Kurt Fritsche ¹⁴⁰⁵ Geschäftsführer: cand. iur. Franz Heller Referent für Führungen und gesellschaftliche Veranstaltungen: cand.iur.Franz Heller Referent für Kartei- und Schriftenwesen: cand. iur. Franz Theuerweckl Referent für Studienreform: Dr. Karl Pollak 1.Bücherwart: Dr. Hans von Neuburg ; 2.Bücherwart: iur. Richard Spiske ; Mitarbeiter ohne Referat: cand. iur. Bruno Descovich, cand. iur. Franz Gläss, cand.iur Oskar Floch, cand. iur. Karl Buchmann (Universität Wien, Hauptgebäude, Stiege IX)
Staatswissenschaftliche Fachschaft: Leiter: cand. iur. Hans Fritz Freyborn ; Mitarbeiter: Erich Kindinger
d) Medizinische: Leiter: cand.med. Ferdinand Pauser Mitarbeiter: cand. med. Erwin Huss , stud.med. Karl Mrasek , stud.med. Josef Bodingbauer (Universität Wien, Hauptgebäude, Stiege X)
e) Philosophische: Leiter: cand. phil. Rudolf Scheer Geschäftsführer und Karteiwart: Kurt Habermann (Universität Wien, Hauptgebäude, Stiege VI)
1. Fachschaft der Alt-Philologen: Leiter: cand. phil. Franz Matthä Geschäftsführer: Franz Kirchhofer

¹⁴⁰⁵ vgl ÖHZ, 20.2.1938, S. 5

Schriftführer: Ernst Grohs
Säckelwart: Josef Mazakarini
Bücherwart: Franz Lammer
(Universität Wien, Hauptgebäude, Stiege X)

2. Fachschaft der Anglisten

Leiter: cand. phil. Siegfried Richter
Geschäftsführer: cand. phil. Friedrich Clemenz
Schriftführer: cand. phil. Ernst Grohs
Säckelwart: cand. phil. Herbert Tittelbach
Bücherwart: cand. phil. Karl Bitter
(Universität Wien, Hauptgebäude, Stiege VIII)

3. Fachschaft der Chemiker

Leiter: cand. phil. Luis Peham
Geschäftsführer: Ernst Gremel
Säckelwart: Theodor Joachimovics
(Wien IX; Chemisches Institut)

4. Fachschaft der Geographen

Leiter: cand. phil. Leopold Seltenhammer
1. Leiterstellvertreter: cand. phil. Ottomar Janisch
2. Leiterstellvertreter: cand. phil. Mario Blasoni
Geschäftsführer: cand. phil. Peter Papez
Schriftführer: cand. phil. Elfriede Schrekeneder
Säckelwart: cand. phil. Franz Zimmer
Bücherwart: cand. phil. Hermann Wimmer
(Wien I; Geographisches Institut)

5. Fachschaft der Germanisten

Leiter: phil. Helmut Hurich
Geschäftsführer: cand. phil. Gustav Glaser
Schriftführer und Säckelwart: cand. phil. Ernst Grohs:
Bücherwart: cand. phil. Hans Kiwek
Kulturreferent: cand. phil. Margarethe Rabitsch
(Universität Wien, Hauptgebäude, Hof V)

6. Fachschaft der Historiker

Leiter: cand. phil. Herbert Fischer
Leiterstellvertreter: cand. phil. Emmerich Ofczarek
Geschäftsführer: cand. phil. Richard Laufner
1. Schriftwart: cand. phil. Peter Gasser; **2. Schriftwart:** cand. phil. Elfriede Zelinger
1. Säckelwart: cand. phil. Wilhelm Höttl; **2. Säckelwart:** cand. phil. Hans Wessely
Bibliothekar: cand. phil. Otto Schott
(Universität Wien, Hauptgebäude, Stiege VI)

7. Fachschaft der Mathematiker und Physiker

Leiter: Dr. August **Zarboch**

Geschäftsführer und Säckelwart: cand. phil. Erhard **Rohringer**

Schriftwart: cand. phil. Friedrich **Repp**

Bücherwart: cand. phil. Josef **Kripsch**

(Wien IX; Strudlhofgasse 4/IV)

8. Fachschaft der Naturwissenschaftler

Leiter: cand. phil. Otto **Miksch**

Geschäftsführer: cand. phil. Franz **Holger-Pfeffer**

Bücherwart: cand. phil. Maximilian **Mayer**

(Universität Wien, Hauptgebäude, Hof III)

9. Fachschaft der Romanisten

Leiter: cand. phil. Christian **Gliek**

Leiterstellvertreter: Dr. Richard **Baumgartner**

Kulturwart: cand. phil. Maximilian **Schulz**

Säckelwart: cand. phil. Herbert **Lengheim**

Bücherwart: cand. phil. Karl **Reiter**

Sportwart: cand. phil. Karl **Hawranek**

(Universität Wien, Hauptgebäude, Hof V)

10. Fachschaft der Turnstudenten

Leiter: cand. phil. Othmar **Janisch**

(Wien IX, Sensengasse 3)¹⁴⁰⁶

f) Pharmazeutische Fachgruppe

Leiter: cand.pharm. Eduard **Hofbauer**

Leiterstellvertreter und Säckelwart: cand.pharm. Hans **Hakl**

1.Bücherwart: cand.pharm. Julius **Forisch**; **2.Bücherwart:** cand.pharm. Egon **Luks**; **3.**

Bücherwart: cand pharm. Herbert **Hofbauer**

1.Schriftführer: cand.pharm. Marietta **Fischer**; **2.Schriftführer:** cand.pharm. Therese **Gross**

Exkursionsleiter: cand.pharm. Zoltan **Tarjan**

Vorträge und Exkursionen: cand.pharm. Ernst **Kutzer**

Sportwart: cand.pharm. Helmut **Scharmann**

(Wien IX; Währingerstraße 10)

Hochschülerschaft an der Technischen Hochschule Wien

cand.ing. Karl Heinz **Pilzotti**: provisorischer Sachwalter der Hochschülerschaft

Geschäftsführer: Walter **Niemeczek**

Mitarbeiter: ing. Walter **Prutscher**, ing. Karl **Kummer**, ing. Fritz **Weber**

(Technische Hochschule, Hauptgebäude)

¹⁴⁰⁶ ÖHZ, 8.10.1937, S. 4

Die Referenten »für die Besorgung der Geschäfte« der
Abteilung (1) Schulungswesen: dzt. unbesetzt
Abteilung (2) Auslandsdienst: dzt. unbesetzt
Abteilung (3) Arbeitsdienst: dzt. unbesetzt
Abteilung (4) Körperliche Ertüchtigung: ing. Franz Becker Amt für Leibesübungen: cand.ing. Gerhard Kolbe
Abteilung (5) Pressewesen: dzt. unbesetzt
Abteilung (6) Verbändewesen: cand.ing Rudolf Suchanek
Abteilung (7) Wirtschaft und Fürsorge: dzt. unbesetzt
Stelle für Betriebsführungen ¹⁴⁰⁷
Stelle für Lichtspieldienst ¹⁴⁰⁸
Fachschaften
a) Fachschaft für Architektur Leiter: cand. ing. Rudolf Simoncsics (Technische Hochschule, Hauptgebäude)
b) Fachschaft für Bauingenieure Leiter: cand. ing. Gerhard Weixelbaumer (Technische Hochschule, Hauptgebäude)
c) Fachschaft für Maschinenwesen und Elektrotechnik Leiter: cand.ing Wilhelm Lovrek (Wien VI, Getreidemarkt 9)
d) Fachschaft für technische Chemie Leiter: cand.ing. Josef Pfeiffer (Wien VI, Getreidemarkt 9)
e) Fachschaft für technische Physik Leiter: cand ing. Kurt Eugen Rössel (Wien VI, Getreidemarkt 9)
f) Akademische Fachschaft für Rettungstechnik, Luft- und Gasschutz Leiter: cand. ing. Rudolf Partl Geschäftsführer: cand. ing. Wilhelm Seidl Werbeleiter: cand. ing. Richard Filipowsky (Technische Hochschule, Hauptgebäude)

¹⁴⁰⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38, S. 63

¹⁴⁰⁸ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38, S. 63

Segelfliegergruppe Nr.1 (szt. Akademische Fliegerschaft) Leiter: Karl Fiedler (Wien VI, Getreidemarkt 9)
Referent für das Lichtspielwesen der Hochschülerschaft in Österreich cand. ing. Heinz Pilzotti (Technische Hochschule, Hauptgebäude)
Referent für den Lichtspieldienst an der Technischen Hochschule cand. ing. Heinz Pilzotti (Technische Hochschule, Hauptgebäude)
Referent für Betriebsführungen Ing. Walter Kozel Leiter: cand. ing. Heinz Pilzotti (Technische Hochschule, Hauptgebäude)
Hochschülerschaft an der Hochschule für Welthandel
Sachwalter: cand. merc. Hans Heger Geschäftsführer: cand. merc. Eduard Zamrazil (Wien XIX, Franz-Klein-Gasse1) Mitarbeiter: cand. merc. Karl Gräf , cand. merc. Hans Tomaschitz , cand. merc. Franz Wuschitz , Dkfm. Franz Jonasch
Die Referenten »für die Besorgung der Geschäfte« der
Abteilung (1) Schulungswesen: cand. phil. Franz Geizenauer
Abteilung (2) Auslandsdienst: cand. merc. Erich Guby
Abteilung (3) Arbeitsdienst: Dkfm. Franz Jonasch
Abteilung (4) Körperliche Ertüchtigung: dzt. unbesetzt Amt für Leibesübungen: cand. merc. Walter Wiltschegg
Abteilung (5) Pressewesen: cand. merc. Hans Heger
Abteilung (6) Verbändewesen: cand. merc. F. Fritz -Berghold
Abteilung (7) Wirtschaft und Fürsorge: cand. merc. F. Fritz -Berghold
Fachgruppe: Leiter: cand. merc. Eduard Rudolf
Fachschaft für Betriebswirtschaftslehre Arbeitsgemeinschaft für Buchhaltung: cand. merc. Eduard Rudolf Arbeitsgemeinschaft für Rechnen: cand. merc. Franz Wuschitz Arbeitsgemeinschaft für Verkehrslehre: cand. merc. Fritz Berghold

Fachschaft für Fremdsprachen Arbeitsgemeinschaft für Italienisch: cand. merc. Walter Wiltschegg
Fachschaft für Volkswirtschaftslehre Leiter: Dr. Dr. Pius Michael Prutscher
Fachschaft für Wirtschaftsgeschichte Leiter: cand. merc. F. Fritz - Berghold
Hochschülerschaft an der Universität für Bodenkultur
Sachwalter: agr. Hugo Pultar Geschäftsführer agr. Josef Lang (Wien XVIII, Gregor-Mendel-Straße 33)
Die Referenten »für die Besorgung der Geschäfte« der
Abteilung (1) Schulungswesen: agr. Josef Lang
Abteilung (2) Auslandsdienst: cult. Franz Pinggera
Abteilung (3) Arbeitsdienst: cult. Franz Pinggera
Abteilung (4) Körperliche Ertüchtigung: agr. Hugo Pultar Amt für Leibesübungen: cult. Franz Paul
Abteilung (5) Pressewesen: agr. Norbert Grahsl
Abteilung (6) Verbändewesen: dzt. unbesetzt
Abteilung (7) Wirtschaft und Fürsorge: agr. Emil Juchasch Lehrmittelstelle: forest Hubert Dürr
Fachschaften:
Fachschaft der Landwirte Leiter: agr. Franz Philipp Geschäftsführer agr. Emil Juchasch
Fachschaft der Forstwirte Leiter: forest Wilhelm Schuster
Fachschaft der Kulturchniker Leiter: Ing. Wilhelm Niederle
Hochschülerschaft an der Tierärztlichen Hochschule in Wien
Sachwalter: Tierarzt Franz Kothmayer Geschäftsführer: cand. med. vet. Franz Federspiel (Wien III, Linke Bahngasse 11)
Die Referenten »für die Besorgung der Geschäfte« der

Abteilung (1) Schulungswesen: cand. med. vet. Walter Reichelt
Abteilung (2) Auslandsdienst: dzt. unbesetzt
Abteilung (3) Arbeitsdienst: dzt. unbesetzt
Abteilung (4) Körperliche Ertüchtigung: Tzt. Arnold Skyva Mitarbeiter: cand. med. vet. Walter Bauer Amt für Leibesübungen: Tzt. Arnold Skyva
Abteilung (5) Pressewesen: cand. med. vet. Norbert Inanger
Abteilung (6) Verbändewesen: dzt. unbesetzt
Abteilung (7) Wirtschaft und Fürsorge: cand. med. vet. Leopold Trefflinger
Fachgruppe: cand. med. vet. Erich Hudetz
Hochschülerschaft an der Akademie der Bildenden Künste
Sachwalter: Maler Karl Rebhahn
Sekretariat: Wien I, Schillerplatz 3

Hochschülerschaft der Hochschulen im Bundesland Steiermark
Sachwalter: Dr. Alfred Berger
Stellvertreter an der Universität Graz: stud. iur. Hans Baier Sekretär: Gustav Schlesinger (Universitätsplatz 4, Parterre)
Stellvertreter an der Technischen Hochschule Graz: cand. ing. Fritz Wolf Geschäftsführer: cand. ing. Bruno Agerer (Technische Hochschule; Rechbauerstr. 12)
Stellvertreter an der Montanistischen Hochschule Leoben: Ing. Hans Dienbauer Geschäftsführer: cand. ing. Romed Brandner (Leoben, Montanistische Hochschule - Hauptgebäude)
Die Referenten »für die Besorgung der Geschäfte« der
Abteilung (1) Schulungs- und Bildungswesen: Graz: cand. med. Hans Grond ; Mitarbeiter: med. Rupert Hackl (Universität, Hauptgebäude, Kellergeschoß) Leoben: Sekretariat des örtlichen Sachwalters
Abteilung (2) Auslandsstelle: Graz: cand. phil. Karl Schröder (Universitätsplatz 4, Parterre) Leoben: Sekretariat des örtlichen Sachwalters

Abteilung (3) Arbeitsdienst: *werden von den jeweiligen Stellvertretern an den Hochschulen geführt*

Abteilung (4) Körperliche Ertüchtigung:

Leiter: cand. ing. Fritz **Wolf**

Graz: **Referent für Leibesübungen:** Prof. Karl **Kröllli**

Wehrreferent: cand. iur. Harald v. **Bloch**

(Graz, Glacisstr. 33)

Leoben: **Referent für Leibesübungen:** Prof. Richard **Porsche**

Geschäftsführer: cand. ing. Erwin **Fogy**

Wehrreferent: cand. ing. Franz **Geist**

Abteilung (5) Pressewesen:

Graz: dzt. unbesetzt

Leoben: Sekretariat des örtlichen Sachwalters

Abteilung (6) Verbändewesen:

Graz: dzt. unbesetzt

Leoben: Sekretariat des örtlichen Sachwalters

Abteilung (7) Fürsorgewesen (Akademisches Fürsorgeinstitut an den steirischen Hochschulen)

Leiter: Dr. Alfred **Berger**

Graz: **Mitarbeiter:** cand. med. Ferdinand **Ratzenböck**, med. Hans **Eberhart**

Leoben: Sekretariat des örtlichen Sachwalters

Universität Graz – Fachgruppen

a) Theologische Fachgruppe

Leiter: theol. Johann **Zechner**, **Stellvertreter:** theol. Wilhelm **Feißler**

Mitarbeiter: theol. Franz **Hölbling**, theol. Franz **Kraßnitzer**

b) Juristische Fachgruppe

Leiter: cand. iur. Walter **Karsch**

c) Medizinische Fachgruppe

Leiter: cand. med. Rudolf **Mitynek**

Mitarbeiter: med. Walter **Maier**, med. Hans **Kristoferitsch**, med. Kurt **Krischke**

d) Philosophische Fachgruppe

Leiter: cand. phil. Wilhelm **Danhofer**; **Stellvertreter:** cand. phil. Rudolf **Möderl**

1. Fachschaft der Germanisten

Leiter: cand. phil. Erwin **Fleck**

2. Fachschaft der Historiker

Leiter: Dr. Helmut **Dumat**

3. Fachschaft der Naturwissenschaftler

Leiter: cand. phil. Alfred **Weber**

4. Fachschaft der Altphilologen Leiter: cand. phil. Armin Corona
5. Fachschaft der Pharmazeuten Leiter: Fritz Buschan
Technische Hochschule Graz – Fachschaften
a) Fachschaft für Bauingenieurwesen
b) Fachschaft für Maschinenbau und Elektrotechnik
c) Fachschaft für technische Chemie
d) Fachschaft für Architektur
e) Fachschaft für Vermessungswesen
Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck
Sachwalter: cand. iur. Karl Pontesegger (Universität Innsbruck: Innrain 52)
Die Referenten »für die Besorgung der Geschäfte« der
Abteilung (1) Schulungswesen: dzt. unbesetzt
Abteilung (2) Auslandsdienst: cand. iur. Rudolf Kirsch; Mitarbeiter: iur. Andreas Bucher
Abteilung (3) Arbeitsdienst: dzt. unbesetzt
Abteilung (4) Körperliche Ertüchtigung: phil. Josef Hoppichler Leiterstellvertreter: phil. Hans Pacher Mitarbeiter: phil. Gebhard Jäger, phil. Norbert Knobloch, phil. Bernhard Albl
Abteilung (5) Pressewesen: cand. med. Volkmar Wieser Mitarbeiter: phil. Josef Schretter, iur. Albert Hackl
Abteilung (6) Verbändewesen: dzt. unbesetzt
Abteilung (7) Wirtschaft und Fürsorge: dzt. unbesetzt
Fachgruppen
Juristische Fachgruppe: Leiter: cand. iur. Anton v. Riccabona Geschäftsführer: iur. Fritz Schichtel Mitarbeiter: iur. Franz Grass; iur. Erich Kindl
a) Juristische Fachschaft
b) Staatswissenschaftliche Fachschaft

Medizinische Fachgruppe:**Leiter:** cand. med. Felix **Müller****Geschäftsführer:** med. Alfred **Ravelli****Mitarbeiter:** med. Dietrich **Bauer**, med. Georg **Klee**, med. Armin **Norer**, med. Franz **Darthe****Hochschülerschaft an der Katholisch-theologischen Fakultät in Salzburg****Sachwalter:** theol. Josef E. **Tomaschek****Stellvertreter:** theol. L. Lüftenegger

Sekretariat: Salzburg; Universitätsplatz 1

Theologische Fachgruppen¹⁴⁰⁹**Arbeitsgemeinschaft für Jugendführung und Praktische Seelsorge****Arbeitsgemeinschaft des akademischen Missionszirkels**

¹⁴⁰⁹ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38, S. 63

7: Memorandum der Juristen 1938 gegen »weitgehende Erschwerungen«

»Juristen, Achtung! Als studentische Vertretung der Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät ist die Juristische Fachgruppe bemüht, alle Schritte bei den zuständigen Stellen hinsichtlich der neuen Kollegiengeldbefreiungsverordnung zu unternehmen. Grundvoraussetzung ist aber die vollständige Ruhe und Besonnenheit der Hörschaft, da jede Ruhestörung unsere Bestrebungen zunichte machen muss. Jederzeit ist es aber möglich, **sachlich** begründete Einwendungen den Beiräten der Juristischen Fachgruppe oder direkt dem Leiter mitzuteilen.

[...] Die juristische Fachgruppe an der Universität Wien hat an den Dekan der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, Univ.-Prof. Dr. Heinrich Mitteis, folgende Vorschläge zur Neuordnung der Kollegiengeldbefreiung in Form eines Memorandums überreicht.

Memorandum:

Die Juristische Fachgruppe bittet die folgenden Vorschläge, die eine Zusammenfassung aller von den Studierenden stammenden Anregungen darstellen, einer geneigten Prüfung zu unterziehen.

Das Bekanntwerden der neuen Kollegiengeldbefreiungsordnung hat durch die darin vorgesehenen weitgehenden Erschwerungen aus verschiedenen Gründen **eine nicht unbeträchtliche Beunruhigung** der Hörschaft der juristischen Fakultät herbeigeführt.

Die Juristische Fachgruppe erlaubt sich folgende Stellungnahme zu unterbreiten:

1. Gegen die Erhöhung der für die Kollegiengeldbefreiung maßgebliche Stundenanzahl von 8 auf 10 Wochenstunden ist von Seite der Hörschaft nichts einzuwenden, da dadurch eine gewissenhaftere Vorbereitung für die Staatsprüfungen und Rigorosen gewährleistet erscheint. Wir bitten aber auch hierin, begründeten Fällen Nachsicht zu gewähren.
2. Die Bestimmung der alten Kollegiengeldordnung, wonach für halbe Kollegiengeldbefreiung ein Kolloquiums-Prüfungserfolg von »Genügend« und für ganze Kollegiengeldbefreiung ein solcher von »Gutem Erfolg« erforderlich ist, wäre beizubehalten.
3. Hinsichtlich der Gültigkeitsdauer der Kollegiengeldbefreiung würden wir vorschlagen
 - a. Gewährung der Ermäßigung für das 1. Semester auf Grund des Reifezeugnisses
 - b. Gewährung der Ermäßigung für das 2. und 3. Semester auf Grund von Kolloquien über 10 Stunden, die am Ende des 1. Semesters abzulegen wären;
 - c. Gewährung der Ermäßigung für das 4. Semester auf Grund des Staatsprüfungserfolges;
 - d. Gewährung der Ermäßigung für das 5. und 6. Semester auf Grund von Kolloquien über 10 Stunden, die am Ende des 4. Semesters abzulegen wären
 - e. Gewährung der Ermäßigung für das 7. Semester auf Grund des judiziellen Staatsprüfungserfolges

f. Gewährung der Ermäßigung für das 8. und 9. Semester auf Grund von Kolloquien über 10 Stunden, die am Ende des 7. Semesters abzulegen wären

4. Besonders beunruhigt ist die Hörschaft über die Bestimmung der neuen Kollegiengeld-Befreiungsordnung, dass nämlich künftig die Kollegiengeld-ermäßigung auf Grund des Staatsprüfungserfolges bzw. des Staatsw. Rigorosumszeugnisses bei Staatswissenschaftlern nur mehr mit den Noten ›Gut‹ für halbe Befreiung und ›Gut einstimmig‹ für die ganze Befreiung gewährt werden wird. Da die Staatsprüfungs- bzw. Rigorsenerfolge sehr häufig von Zufällen abhängig sind, und es sich schon sehr oft ereignet hat, dass trotz gewissenhafter Vorbereitung nur ein ›Genügender‹ Erfolg erzielt wurde, **erlaubt sich die Juristische Fachgruppe namens der Hörschaft**, die Wiedereinführung der alten Bestimmungen vorzuschlagen, wonach bei ›Genügend Einstimmigkeit‹ die halbe, bei ›Gutem Erfolg‹ die ganze Befreiung von der Zahlung des Kollegiengeldes gewährt wurde.

5. Sollte dieser Weg nicht gangbar sein, bringen wir einen Ersatzvorschlag:

Wird bei der Staatsprüfung bzw. beim ersten Staatswissenschaftlichen Rigorosum der Prüfungserfolg ›Genügend Mehrheit‹ (nach der neuen K.Befr.O. nicht ausreichend für Ermäßigung), so wäre es ein Akt der Billigkeit, auf Grund abzulegender Kolloquien über ein im letzten Semester inskribiertes Kolleg von 10 Wochenstunden die Befreiung zu gewähren.

Bedenke man doch, dass den Minderbemittelten die Rigorosumtaxe, die nicht ermäßigt werden kann, als eine finanziell starke Belastung entgegentritt. Außerdem hätte man nun auch noch ein ganzes Semester voll zu zahlen.

6. Auch die Bestimmung, wonach im 2. und 3. Studienabschnitt nur dann eine Ermäßigung erlangt werden kann, wenn die letzte Staatsprüfung mit mindestens ›Genügend Einstimmigkeit‹ bestanden worden ist, trifft die Hörschaft in besonderem Maße. In diesem Punkte geht unser Vorschlag dahin, dass auch hier auf Grund von abzulegenden Kolloquien über 10 Wochenstunden mit ›Gutem Erfolg‹ eine Befreiung zu gewähren wäre.
7. Die Hörer des gegenwärtigen 7. Semesters alter Studienordnung sollen nach der neuen Koll.Befr.Ord. Kolloquien über 10 Wochenstunden ablegen. Da nun die betreffenden Hörer in Vorbereitung zur judiziellen Staatsprüfung im Junitermin stehen, im 7. Semester selbst in den seltensten Fällen Gegenstände der judiziellen Staatsprüfung inskribiert haben, wären sie ungezwungen, Kolloquien über 10 Wochenstunden abzulegen, und zwar über Gegenstände, die in den 3. Studienabschnitt fallen.

Somit erlauben wir uns, folgende Übergangsbestimmungen vorzuschlagen: Die Hörer des gegenwärtigen 7. Semesters alter Studienordnung erhalten ausnahmsweise die Kollegiengeld-Befreiung für das kommende Sommersemester ohne Ablegung von Kolloquien.

Die Juristische Fachgruppe als Vertretung der Gesamthörschaft gibt der Hoffnung Ausdruck, dass Eure Spektabilität, die wiederholt größtes Verständnis und Entgegenkommen der Hörschaft gegenüber gezeigt hat, unsere Stellungnahme einer geneigten, vollen Berücksichtigung unterziehen wird.«¹⁴¹⁰

¹⁴¹⁰ ÖHZ, 20.1. 1938, S. 5, Hervorhebungen **nicht** original

8: Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerschaft

(Bundesvertretung, früher Zentralausschuss)

Hochschülerschaft Österreichs (September 1933 bis März 1938)

Carl von Stein (vom Unterrichtsminister bestellter Sachwalter) 1933-1935

Heinz Drimmel (Sachwalter) 1935-1937

Richard Lechner (Sachwalter) 1937-1938

Österreichische Hochschülerschaft (ab Mai 1945)

Rudolf Wengraf (parteilos; davor VF, danach VdS) 1945-1946

Karl Leutgeb (FÖSt/Union) 1946-1947

Fritz Köhler (Union) 1947 (im Dezember verschollen)

Franz Bauer (Union) 1948-1949

Alexander Kragora (Union) 1949-1951

Norbert Burda (Wahlblock) 1951-1954

Günther Wiesinger (Wahlblock) 1954-1955

Alfred Wittmann (Wahlblock) 1955-1957

Herbert Mauser (Wahlblock) 1957-1959

Ludwig Koller (Wahlblock) 1959-1961

Hans Blaickner (Wahlblock) 1961-1963

Hanspeter Thiel (Wahlblock) 1963-1965

Hermann Kert (Wahlblock) 1965-1967

Sepp G. Bieler (Wahlblock) 1967-1969

Max Ortner (ÖSU) 1969-1971

Ernst Streeruwitz (ÖSU) 1971-1972

Hubert Pototschnigg (ÖSU) 1972-1974

Georg Schneider (ÖSU) 1974-1976

Stefan Kekeiss (DSU) 1974-1975

(wurde formal angefochten und nachträglich vom Verwaltungsgerichtshof für ungültig erklärt)

Georg Karasek (ÖSU) 1976-1977

Fritz Pesendorfer (ÖSU) 1977-1979

Fritz Lennkh (ÖSU) 1979-1981

Josef Stockinger (ÖSU) 1981-1983

Herbert Rainer (AktionsGemeinschaft) 1983-1985

Michael Goldinger (AktionsGemeinschaft) 1985-1987

Stefan Szyszkowitz (AktionsGemeinschaft) 1987-1989

Walter Marschitz (AktionsGemeinschaft) 1989-1991

Thomas Frad (AktionsGemeinschaft) 1991-1993

Markus Kaiser (AktionsGemeinschaft) 1993-1995

Agnes Berlakovich (VSSStÖ) 1995-1997

Wolfgang Gattringer (AktionsGemeinschaft) 1997-1999

Martin Faist (AktionsGemeinschaft) 1999-2001

Anita Weinberger (Grün-Alternative Student/innen - GRAS) 2001-2003

Barbara Wittinger (GRAS) 2003-2005

Rosa Bernadette Nentwich-Bouchal (GRAS) 2005-2007

Hartwig Brandl (Fachschaftliste - FLÖ) 2007-2008

Samir Al-Mobayyed (AktionsGemeinschaft) 2008-2009

Sigrid Maurer (GRAS) ab 2009

9: Vorsitzende der Hochschülerschaft an der Universität Wien (Universitätsvertretung; früher Hauptausschuss)

Hochschülerschaft Österreichs (ab September 1933)

Josef Klaus (Sachwalter)	1933-1934
Heinz Drimmel (Sachwalter)	1934-1937
Richard Lechner (Sachwalter)	1937-1938

Österreichische Hochschülerschaft (ab Mai 1945)

Rudolf Wengraf (parteilos; davor VF, danach VdS)	1945-1946
Karl Leutgeb (FÖSt)	1946-1947
Fritz Köhler (Union)	1947 (im Dezember verschollen)
Franz Bauer (Union)	1948-1949
Alexander Kragora (Union)	1949-1951
Norbert Burda (Wahlblock)	1951-1954
Günther Wiesinger (Wahlblock)	1954-1955
Alfred Wittmann (Wahlblock)	1955-1957
Wilhelm Ukmar (Wahlblock)	1957-1959
Ludwig Koller (Wahlblock)	1959-1961
Johannes Patzak (Wahlblock)	1961-1962
Peter Wittmann (Wahlblock)	1962-1963
Arnold Hornbanger (Wahlblock)	1963-1964
Manfred Machold (Wahlblock)	1964-1965
Raimund Neuwirther (Wahlblock)	1965-1967
Wilhelm Dantine (Wahlblock)	1967-1968
Stefan Schulmeister (Wahlblock)	1968-1969
Wolfgang Stickler (ÖSU)	1969-1970
Ernst Streeruwitz (ÖSU)	1970-1972
Franz Prammer (ÖSU)	1972-1973
Peter Ketzer (ÖSU)	1973-1974
Georg Karasek (ÖSU)	1974-1975
Peter Adler (ÖSU)	1975-1977
Helmut Brandstätter (ÖSU)	1977-1979
Ernst Wurz (ÖSU)	1979-1980
Susanne Ehgartner (Forum)	1980-1981
Wolfgang Krones (JES)	1981-1983
Michael Goldinger (AktionsGemeinschaft-ÖSU/ÖMU/Forum)	1983-1985
Stefan Holter (AktionsGemeinschaft)	1985-1987
Michael Gnant (AktionsGemeinschaft)	formell bis 1989, 1987-1988
Elmar Wiesmann (AktionsGemeinschaft, geschäftsf. Vors.)	1988-1989
Roland Meier (AktionsGemeinschaft)	1989-1991
Bernhard Wiesinger (AktionsGemeinschaft)	1991-1993
Matthias Winkler (AktionsGemeinschaft)	1993-1995

Vorsitzteams (ab Juli 1995)

Claudia Smolik (GRAS), Andrea Schaffar (FLUW), Elisa Evelin Horvath (VSStÖ)	1995-1997
Clemens Kreidmayer (LSF), Silvia Pernsteiner (FLUW), Eva Krivanetz (KSV)	1997-1998
Silvia Stuppäck (GRAS), Silvia Pernsteiner (FLUW), Eva Krivanetz (KSV)	1998-1999
Angelika Obermayr (AktionsGemeinschaft), Christoph Luef (AG), Brenda Annerl (parteilos)	1999-2001
Iris Hoheneder (GRAS), Andrea Brunner (VSStÖ), A. Adaktylos (parteilos)/A. Zenta (KSV)	2001-2003
Maria Lettner (parteilos), Nina Abrahamczik (VSStÖ), Saskia Schindler (KSV)	2003-2005
Doris Gusenbauer (GRAS), Kathi Renner (VSStÖ), Vera Schwarz (KSV)	2005-2006
Philine Kowalski (GRAS), Vera Gusenbauer/Catherine Bösch (GRAS), Yvonne Feiger (KSV)	2006-2007
Fanny Rasul (GRAS) Sophie Wollner (VSStÖ), Marlies Wilhelm (KSV-LiLi)	2007-2009
Oona Kroisleitner (VSStÖ), Flora Eder (GRAS) und Veronika Helfert (parteilos/KSV-LiLi)	ab 2009

AG: AktionsGemeinschaft; FLUW: Fachschaftsliste Uni Wien; FÖSt: Freie österreichische Studentenschaft GRAS: Grüne&Alternative StudentInnen; JES: Junge europäische Studenteninitiative; KSV: Kommunistischer StudentInnenverband; LiLi: Linke Liste; ÖMU: Österreichische Medizinerunion; ÖSU: Österreichische Studentenunion; VSStÖ: Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs.

10: Für Universität zuständige Bundesminister

IN DER ERSTEN REPUBLIK AB 1930 UND IM AUSTROFASCHISTISCHEN STÄNDESTAAT

Emmerich Czermak (CS)	30. 9. 1930 - 20. 5. 1932
Anton Rintelen (CS)	20. 5. 1932 - 24. 5. 1933
Kurt Schuschnigg (CS, VF)	24. 5. 1933 - 14. 5. 1936
Hans Pernter (VF)	14. 5. 1936 - 11. 3. 1938
Oswald Menghin (VF, NSDAP)	11. 3. 1938 - 13. 3. 1938

IN DER ZWEITEN REPUBLIK

Ernst Fischer (KPÖ)	27.4.1945 - 20.12.1945
Staatssekretär (im Range eines Ministers - für Hochschulen zuständig) für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten	
Felix Hurdes (ÖVP)	20.12.1945 - 23.1.1952
BM für Unterricht	
Ernst Kolb (ÖVP)	23.1.1952 - 31.10.1954
BM für Unterricht	
Heinrich Drimmel (ÖVP)	1.11.1954 - 2.4.1964
BM für Unterricht	
Theodor Piffl-Percevic (ÖVP)	2.4.1964 - 2.6.1969
BM für Unterricht	
Alois Mock (ÖVP)	2.6.1969 – 21.4.1970
BM für Unterricht	
Hertha Firnberg (SPÖ)	26 7.1970 (davor ohne Portefeuille) - 24.5.1983
BM für Wissenschaft und Forschung	
Heinz Fischer (SPÖ)	24.5.1983 - 21.1.1987
BM für Wissenschaft und Forschung	
Hans Tuppy (ÖVP)	21.1.1987 - 24.4.1989
BM für Wissenschaft und Forschung	
Erhard Busek (ÖVP)	24.4.1989 - 29.11.1994
BM für Wissenschaft und Forschung	
Rudolf Scholten (SPÖ)	29.11.1994 - 28.1.1997
BM für Wissenschaft, Forschung und Kunst (29. 11. 1994 - 1. 5. 1996)	
BM für Wissenschaft, Verkehr und Kunst (1. 5. 1996 - 28. 1. 1997)	
Caspar Einem (SPÖ)	28.1.1997 - 4.2.2000
BM für Wissenschaft und Verkehr	
Elisabeth Gehrler (ÖVP)	1.4.2000 (davor ohne Portefeuille) - 11.1.2007
BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
Johannes Hahn (ÖVP)	1.3.2007 (davor ohne Portefeuille) – 26.1.2010
BM für Wissenschaft und Forschung	
Beatrix Karl (ÖVP)	ab 26.1.2010
BM für Wissenschaft und Forschung	

Abkürzungsverzeichnis

AdR	Archiv der Republik; Österreichisches Staatsarchiv
AFME	akademische Fachschaft für Maschinenwesen und Elektrotechnik an der Technischen Hochschule in Wien
ao.	außerordentliche/r
AN	Akademische Nachrichten (1934-1935)
AT-OeStA	Österreichisches Staatsarchiv
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv; Österreichisches Staatsarchiv
AZ	Arbeiter-Zeitung
BOKU	Hochschule für Bodenkultur
BSA	Bund Sozialistischer Akademiker
BV	Bundesvertretung
C.I.E.	Confédération Internationale des Etudiants
CV	Cartell-Verband (farbentragend)
DÖW	Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands
DSt.	Deutsche Studentenschaft
FWF	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
FÖSt	Freie österreichische Studentenschaft
GeW	Gerhard Wagner
GeWi	Geisteswissenschaft(liche Fakultät)
GRSV	Geeinter Roter Studentenverband
HJ	Hitlerjugend (sprich: HJot)
HMRG	Historische Mitteilungen. Im Auftrage der Ranke Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V.
HÖ	Hochschülerschaft Österreichs (1933-1938)
HÖ-Uni Wien	Hochschülerschaft Österreichs der Universität Wien (vor 1938)
K.Befr.O	Kollegiengeld-Befreiungs-Ordnung
KDHA	katholisch deutscher Hochschulausschuss
KDHÖ	Katholisch Deutsche Hochschülerschaft Österreichs
KHJ	Katholische Hochschuljugend (sprich: KHJe)
KÖL	Akademischer Bund katholisch-österr. Landsmannschaften
KV	Kartell-Verband (nicht farbentragend)
NaWi	Naturwissenschaft(liche Fakultät)
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutsche Studentenbund
RS	Revolutionären Sozialisten
RSS	Revolutionäre Sozialistische Studenten
ÖAZ	Österreichische Arbeiterzeitung
ÖH	Österreichische Hochschülerschaft (nach 1945)
ÖHZ	Österreichische Hochschulzeitung (1936-1938)
SN	Salzburger Nachrichten
S.Z.	Archiv der Universität Wien: Rektorats- und Senatsakten
TH	Technischen Hochschule
UAW	Archiv der Universität Wien
VdS	Vereinigung demokratischer Studenten
VF	Vaterländische Front
VGH	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche

Quellen- und Literaturverzeichnis:

Verzeichnis der ungedruckten Quellen

Archive

Archiv der Universität Wien (UAW)

- Einzelakten Bestand Akademischer Senat und Rektorat (S.Z.)

Österreichisches Staatsarchiv, Wien (AT-OeStA)

- **Archiv der Republik** (AdR), Einzelakten Bestand Unterricht/Wissenschaft/Kunst
- **Allgemeines Verwaltungsarchiv** (AVA), Bestand Unterricht und Kultus, Einzelakten im Bestand Unterricht

Interviewte Zeitzeugen

Norbert **Burda**: Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft 1951-1954 ;

1. Interview: Februar 1995; 2. Interview September 2008: Tonband (1995) Mini-Disk (2008) und Abschrift im Besitz des Autors

Walter **Jambor**: Mitglied der ÖH-Fachgruppe Geisteswissenschaften ab 1946; Generalsekretär der Freien Österreichischen Studentenschaft (FÖST) 1947/48; Interview: August 1995: Tonband und Abschrift im Besitz des Autors

Josef **Klaus**: Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs an der Universität Wien 1933-34; Bundeskanzler der Republik Österreich 1964-1970; Interview: März 1993; Mitschrift im Besitz des Autors

Richard **Lechner**: Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs 1937-38
Interview: Dezember 1992; Mitschrift im Besitz des Autors

Karl **Leutgeb**: Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft 1946-1947
Interview: Januar 1993; Mitschrift im Besitz des Autors

Manfred **Machold**: Vorsitzender der Hochschülerschaft an der Universität Wien 1964-1965
Interview: September 1995: Tonband und Abschrift im Besitz des Autors

Peter **Pliem**: Vizepräsident der Union der Österreichischen Akademiker 1963-1968
Interview: September 1995: Tonband und Abschrift im Besitz des Autors

Kurt **Schubert**: provisorischer Rektor der Universität Wien im April 1945, Gründer und Leiter des »Einsatzreferates« der Demokratischen Studentenschaft, später des »Einsatz- und Beratungsreferates« der Österreichischen Hochschülerschaft

Interview: Januar 1995: Mitschrift im Besitz des Autors

Hans **Tuppy**: Gründungsmitglied der Freien Österreichischen Studentenschaft (FÖST) und der Union der Österreichischen Akademiker 1945, Präsident der FÖST 1967-1971; Rektor der Universität Wien 1983-1985, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung 1987-1989

Interview: September 1995: Tonband und Abschrift im Besitz des Autors

Leon **Zelman**: als Überlebender des Konzentrationslagers Ebensee Mitglied des Komitees für geschädigte Studenten; Präsident der Jüdischen Hochschülerschaft 1949-1961, Gründer des »Jüdischen Echos« 1952; *Interview: März 1995: Tonband und Abschrift im Besitz des Autors*

Herbert **Ziegler**: 1947/1948 zunächst Sport-, dann Sozialreferent; 1948-50 Vorsitzender des Hauptausschusses der ÖH an der Hochschule für Welthandel

Interview: August 1995: Tonband und Abschrift im Besitz des Autors

Josefine **Zlabinger** (verheiratete Kriegler): Vorsitzende des Hauptausschusses der Akademie für Musik und Darstellende Kunst 1949-1951

Interview: Dezember 1993: Tonband und Abschrift im Besitz des Autors

Literaturverzeichnis

15 Jahre Österreichische Hochschülerschaft an der Universität Wien. 1945-1960. Wien 1960

50 Jahre ÖH. 50 Jahre sicher studieren (hg. v. Österreichische Hochschülerschaft) Wien 1995 (=ZA Inform 7/95)

60 Jahre ÖH. Politik, die wirkt. Service, das hilft. (hg. v. Österreichische HochschülerInnenschaft) Wien 2006 (= Progress: Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft Sondernummer 2/2006)

70 Jahre Bund Neuland. (= Sondernummer des Mitteilungsblattes, Mai 1991) Wien 1991

Alfred **Ableitinger**: Professor Alexander Novotny. In: Hermann **Wiesflecker**/Othmar **Pickl** (Hg.): Beiträge zur allgemeinen Geschichte. Alexander Novotny zur Vollendung seines 70. Lebensjahres gewidmet. Graz 1975 (=Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 4), S. XV-IX

Evelyn **Adunka**: Friedrich Heer. Existentialismus und Humanismus. In: Michael Benedikt/Reinhold Knoll/Cornelius Zehetner (Hg.): Im Schatten der Totalitarismen. Vom philosophischen Empirismus zur kritischen Anthropologie. Philosophie in Österreich 1920 - 1951 (= Verdrängter Humanismus - verzögerte Aufklärung. Philosophie in Österreich von 1400 bis heute. Bd.5) Wien 2005; S. 1032-1035

Akademische Nachrichten. Kultur u. Bildungsinstitut d. Wiener Hochschulen. Wien 1934-35

Akademische Monatsblätter. Zeitschrift des Kartellverbandes katholischer deutscher Studentenvereine KV. Marl 1888ff

Akademische Rundschau. Organ der österr. Hochschülerschaft. Wochenschrift f. Wissenschaft, Kultur, Kunst u. Wirtschaft (hg. v. Heribert Husinsky). Wien 1945-1947

Die **Aktion.** hg. v. Ernst Karl Winter. Wien 1934f.

Thomas **Albrich**/Klaus **Eisterer**/Michael **Gehler**/Rolf **Steininger** (Hg.): Österreich in den Fünfzigern. Innsbruck/Wien 1995 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11)

Klaus **Armingeon**: Probleme des Übergangs vom Korporatismus zum Pluralismus. In: Ferdinand Karlhofer/Emmerich Tálos, (Hg.): Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven. Wien 2005, S. 135-158.

Mitchel **Ash**: Wissenschaft und Verantwortung. Zur Historisierung einer diskursiven Formation. In: Rainer Christoph Schwinges (Hg.): Universität im öffentlichen Raum. Basel 2008. (=Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10); S. 311-344

Martin **Auer**: August Maria Knoll (1900 bis 1963). Ein katholischer Sozialphilosoph in Zeiten des Umbruchs. Ein Beitrag zur österreichischen Geistesgeschichte im 20. Jahrhundert. Ungedr. grund- u. integrativwiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 1989

Aufwärts. Katholisch Deutsch. Zeitung des KDSB. Wien/Graz 1930ff

Irmgard **Bärnthaler**: Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation. Wien/Frankfurt/Zürich 1971

Brigitte **Behal**: Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutschnationaler katholischer Eliten im Zeitraum 1930 -1965. Ihr Weg und Wandel in diesen Jahren am Beispiel Dr. Anton Böhms, Dr. Theodor Veiters und ihrer katholischen und politischen Netzwerke. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 2009

Bericht 600. Beitrag der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Wien zur 600-Jahr-Feier der Alma Mater Rudolphina (hg. v. Rudolf Augstein und Peter Pliem) Wien 1965

Dieter Anton **Binder**: Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus. In: Christian Brünner, Helmut Konrad (Hg.): Die Universität und 1938. Wien/Köln 1989; S. 75-93

Dieter Anton **Binder**: Josef Dobretsberger (1903-1970). Ein heimatloser Bürgerlicher. In: Geschichtsforschung in Graz. Festschrift zum 125-Jahr-Jubiläum des Instituts für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Graz 1990, S. 297-304

Dieter Anton **Binder**: Der ÖKV 1933-1945. Vom Staatswiderstand zum individuellen Widerstand. In : Peter Krause/Herbert Fritz (Hg.): Korporierte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Wien 1997 (= Tradition und Zukunft Bd.3), S. 79-113

Dieter Anton **Binder**/Ernst **Bruckmüller**: Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918 – 2000. Wien 2005 (= Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde)

Otto **Binder**: Wien - retour: Bericht an die Nachkommen. Wien 1997

Bericht über den Akademischen Festakt vom 15. August 1934 mit der Ansprache des Bundespräsidenten Wilhelm Miklas und der Festrede des Universitätsprofessors Dr. P Wilhelm Schmidt S.V.D. Salzburg 1934

Blätter. Eine Zeitschrift für Studierende (hg. v. d. Katholischen Hochschuljugend Österreichs). Wien 1947ff.

Fritz **Bock**: Das Schicksalsjahr 1934. Wie es dazu gekommen ist und seine Nachwirkungen. Wien 1983

Bodo v. **Borries**/Andreas **Körber**: Geschichtsbewusstsein als System von Gleichgewichten und Transformationen In: Jörn Rüsen (Hg.): Geschichtsbewusstsein: Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde. Köln/Weimar/Wien 2001 (=Beiträge zur Geschichtskultur 21), S. 239-280

Gerhard **Botz**: Opfer/Täter-Diskurse. Zur Problematik des »Opfer«-Begriffs. In: Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb (Hg.): Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtetage 1997. Innsbruck/Wien 1998; S. 223-236

Gerhard **Botz**: Dilemmata. Nachwort zur Praxis des Schreibens über ›Täter‹ in der Oral History. Schweigen und Reden einer Generation. In: Gerhard Botz (Hg.): Schweigen und Reden einer Generation. Erinnerungsgespräche mit Opfern, Tätern und Mitläufern des Nationalsozialismus Wien 2007, S. 160-164

Engelbert **Broda**: Wissenschaft, Emigration und Exil. Reflexionen und Erinnerungen. In: Friedrich Stadler: Vertriebene Vernunft: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, 1930-1940. Bd.2 . Wien 1987, S. 681-692

Peter **Brouzek** (Hg.): Ein General im Zwielficht: die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau. Wien/Köln/Graz 1983

Ernst **Bruckmüller** (Hg.): Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien 2006 (= Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde)

Ernst **Bruckmüller**: Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien 2006 (= Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde)

Ernst **Bruckmüller**: Kleinstaat Österreich – Ablehnung und (langsame) Akzeptanz. In: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck/Wien/Bozen 2008; S. 599-607

Karl **Bruckschwaiger**: Othmar Spann. Ein österreichischer Vertreter der konservativen Revolution?. In: Michael Benedikt/ Reinhold Knoll/Cornelius Zehetner (Hg.): Im Schatten der Totalitarismen. Vom philosophischen Empirismus zur kritischen Anthropologie. Philosophie in Österreich 1920 - 1951 (= Verdrängter Humanismus - verzögerte Aufklärung. Philosophie in Österreich von 1400 bis heute. Bd.5) Wien 2005; S. 467-474

Heinz **Damian**: Der rote Advokat – Schulwege, Politisches, Skurriles. Wien 2004

Deutschösterreichische Tages-Zeitung. Wien 1921-1933

Georges **Devereux**: Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften. Frankfurt/Berlin/Wien 1976

Heinz **Drimmel**: Das Werden einer neuen Form studentischer Gemeinschaft an den österreichischen Hochschulen. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Wien 1937, S. 8-15

Heinrich **Drimmel**: Die kulturelle Sendung Österreichs. In: Österreich in Geschichte und Literatur (1957/1) S. 1-3

Heinrich **Drimmel**: Das österreichische Staatsbewusstsein von 1918 bis 1938. In: Österreich in Geschichte und Literatur (1965/4) S. 308-317

Heinrich **Drimmel**: Vom Kanzlermord zum Anschluss. Österreich 1934-1938. Wien/München 1987

Heinrich **Drimmel**: Die Häuser meines Lebens. Erinnerungen eines Engagierten. Wien/München 1975

Johann **Dvorak**: Bemerkungen über Kontinuität und Diskontinuität in der Geschichte. 1945. In: Friedrich Stadler (Hg.): Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien/München 2004, S. 335-340

Paulus **Ebner**: Die Hochschule für Bodenkultur in Wien als Ort der Politik zwischen 1914 und 1955. Ein Beitrag zur österreichischen Universitätsgeschichte. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 2001

Peter **Eppel**: Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Haltung der Zeitschrift ›Schönere Zukunft‹ zum Nationalsozialismus in Deutschland 1934-1938. Wien/Köln/Graz 1980 (=Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 69)

Mario **Erdheim**/Maya **Nadig**: Psychoanalyse und Sozialforschung. In: Mario Erdheim: Psychoanalyse und Unbewusstheit in der Kultur. Aufsätze 1980-1987. Frankfurt am Main 1988

Erik H. **Erikson**: Lebensgeschichte und historischer Augenblick. Frankfurt am Main 1982

Günter **Fellner**: Die Österreichische Geschichtswissenschaft vom ›Anschluß‹ zum Wiederaufbau. In: Friedrich Stadler (Hg.): Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien/München 2004, S. 135-155

Kurt **Fischer**/ Franz M. **Wimmer** (Hg.): Der geistige Anschluß: Philosophie und Politik an der Universität Wien 1930-1950. Wien 1993

Mario **Fischer**: Zwischen Jugendbewegung, Lebensreform und Kriegsbegeisterung. Der Wandel des Erlebnisbegriffs in den Reformbewegungen des ausgehenden Kaiserreichs und der Weimarer Republik. In: Gerd Haeffner: Religiöse Erfahrung II: Interkulturelle Perspektiven. Stuttgart 2007 (= Münchner philosophische Studien, Bd. 26), S. 141-155

Uwe **Flick**/Ernst v. **Kardorff**/Ines **Steinke** (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg 2000 (Rowohlts Enzyklopädie 55628)

Roland **Floimaier**: Die Geschichte der österreichischen Studentenunion (ÖSU). Ungedr. phil. Diss. Univ. Salzburg, Salzburg 1974

Christine H. **Forster**: Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955. Wien 1984 (= Dissertationen der Universität Wien 166)

Sigmund **Freud**: Kulturtheoretische Schriften. Frankfurt am Main 1974

Franz **Gall**: Alma Mater Rudolphina 1365-1965. Die Wiener Universität und ihre Studenten. Wien ³1965

Michael **Gehler**: Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938. Innsbruck 1990 (=Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 6)

Michael **Gehler**: Neuere Literatur zur Geschichte der Universitäten, Wissenschaften, Studenten und Korporationen in Deutschland und Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1918-1945. In: Archiv für Sozialgeschichte (34/1994), S. 300-332

Michael **Gehler**/ Rainer F. **Schmidt**/ Harm-Hinrich **Brand**/ Rolf **Steininger**: Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung – historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert Stuttgart 1996 (= Historische Mitteilungen Beiheft 15)

Grazer akademische Nachrichten. Offizielles Organ der österreichischen Hochschülerschaft beider Hochschulen. Graz 1950

Walter **Göhring**: Der illegale kommunistische Jugendverband Österreichs. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 1971

Walter **Göhring**: Der Geeinte Rote Studentenverband 1934–1938. In: Österreich in Geschichte und Literatur (1973/5) S. 298–309

Margarete **Grandner**/Gernot **Heiß**/Oliver **Rathkolb** (Hg.): Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955. Wien 2005

Andrea **Griesebner**: Politisches Feld Universität: Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990. Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 1990

Ernst **Hanisch**: Die Präsenz des Dritten Reiches in der Zweiten Republik. In: Wolfgang Kos/Georg Rigele: Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik. Wien 1996 , S. 33- 50

Ernst **Hanisch**: Reastrifizierung in der Zweiten Republik und das Problem eines österreichischen Nationalismus. In: Lutz Musner/Gotthart Wunberg/Eva Cescutti (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik . Ein Symposium zum 65. Geburtstag von Moritz Csáky. Innsbruck/Wien/München/Bozen 2002, S. 27-34

Ernst **Hanisch**: ›Christlicher Ständestaat‹ und autoritäre/faschistische Systeme. In: Werner Drobesch/Reinhard Stauber/Peter G. Trobber (Hg.): Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848-1938. Einblicke in Religion, Politik, Kultur und Wirtschaft einer Übergangszeit. Klagenfurt/Ljubljana/Wien 2007, S. 177-181

Hugo **Hantsch**: Österreich und Europa. In: Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1936/37. Wien 1936, S.1-12

Martin **Harjung**: Deutschnationale Studentenfraktionen nach 1945. Ungedr. grund- u. integrativwiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 1990

Gerhard **Hartmann**: Im Gestern bewährt. Im Heute bereit. 100 Jahre Carolinia. Zur Geschichte des Verbandkatholizismus – unter Mitarbeit von Dieter A. Binder. Graz/Wien/Köln 1988

Gerhard **Hartmann**: Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung. Graz/Wien/Köln 2001 (= Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und Kirchlichen Zeitgeschichte Bd.12; Schriftenreihe der Bildungsakademie des ÖCV Bd.4)

Gerhard **Hartmann**: Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich. Kavelaer 2006

Herman **Haupt** (Hg.): Handbuch für den Deutschen Burschschafter. Im Auftrage der Deutschen Burschenschaft Frankfurt /Main 1929

Friedrich **Hausjell**: Österreichische Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947). Eine kollektivbiographische Analyse ihrer beruflichen und politischen Herkunft. Ungedr. phil. Diss. Univ. Salzburg, Salzburg 1985

Fritz **Hausjell**: Entnazifizierung der Presse in Österreich. In: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Symposium des Inst. f. Wissenschaft u. Kunst, Wien, März 1985. Wien 1986; S. 171-201

Elisabeth **Heiligbrunner**: Von Akademievertretungen zu Studierendenvertretungen. In: Manfred Prisching (Hg.): Die (Rechts-)Stellung von StudentInnen in Österreich. Wien 2007, S.117-133

Der **Heimatschutz-Student**. Pro deo et patria – verbo ferroque! Wien 1935-1936

Karl Hans **Heinz**: Ernst Karl Winter. Ein Katholik zwischen Österreichs Fronten 1933-38. Wien 1984

Bernhard **Heinzlmaier**: Zur Geschichte des VSSTÖ vom Beginn der sechziger Jahre bis zum Vorabend der Studentenbewegung. Ungedr. grund- und integrativwiss. Dipl.-Arb. Wien 1987

Gernot **Heiß**: Wendepunkt und Wiederaufbau: Die Arbeit des Senats der Universität Wien in den Jahren nach der Befreiung. In: Margarete Grandner/Gernot Heiß/Oliver Rathkolb (Hg.): Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955. Wien 2005 (= Querschnitte. Einführungstexte zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte 19) S. 9-37

Gernot **Heiß**/ Siegfried **Mattl**/ Sebastian **Meissl**/ Edith **Saurer**/ Karl **Stuhlpfarrer** (Hg.): Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945. Wien 1989 (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. 43)

Philipp **Hense**: StudierendenvertreterInnen im Rahmen von Fachhochschulen bzw. Fachhochschul-Studiengängen. In: Manfred Prisching (Hg.): Die (Rechts-)Stellung von StudentInnen in Österreich. Wien 2007, S. 135-155

Harry **Hermanns**: Interviewen als Tätigkeit. In: Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch Reinbek bei Hamburg 2000 (Rowohlts Enzyklopädie 55628) S.361-368

Josef **Hochgerner**: Studium und Wissenschaftsentwicklung im Habsburgerreich. Studentengeschichte seit der Gründung der Universität Wien bis zum Ersten Weltkrieg. Wien 1983

Andrea Maria **Hofbauer**: Die verführte Universität? Die »Jahrbücher der Hochschülerschaft Österreichs« 1934 – 1938. Ungedr. grund- u. integrativwiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 1996

Walter **Höflechner**: Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938. In: Christian Brünner, Helmut Konrad (Hg.): Die Universität und 1938. Wien/Köln 1989, S. 57-74

Stefan **Holter**/Werner **Suppan**: Politik und Studenten in Österreich. Analyse der Studentenpolitik und der Hochschülerschaftswahlen. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987. Wien/München 1988, S.633-661

Robert **Holzbauer**: Ernst Karl Winter (1895-1959). Materialien zu seiner Biographie und zum konservativ-katholischen politischen Denken in Österreich 1918-1948 Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 1992

Christel **Hopf**: Qualitative Interviews. Ein Überblick. In: Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch Reinbek bei Hamburg 2000 (Rowohlts Enzyklopädie 55628) S. 349-360

Anton **Hopfgartner**: Kurt von Schuschnigg. Ein Staatsmann im Kampf gegen Hitler. Wien 1988

Stefan **Huber**: Die Rechtsstellung der StudierendenvertreterInnen. In: Manfred Prisching (Hg.): Die (Rechts-)Stellung von StudentInnen in Österreich. Wien 2007, S. 65- 95

Karl Gottfried **Hugelmann**: Die neue Studentenordnung an der Wiener Universität. In: Gerichtszeitung 81 (1930), S. 241-243

Gerhard **Jagschitz**: Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuss. Ein Beitrag zur geistig-politischen Situation d. sogenannten »Kriegsgeneration« des 1. Weltkrieges. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 1967

Gerhard **Jagschitz**: Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich. (Unter Mitarbeit von Alfred Baubin) Graz/Wien/ Köln 1976

Gerhard **Jagschitz**/Lothar **Rübelt**: Österreich zwischen den Kriegen. Zeitdokumente eines Photopioniers der 20er und 30er Jahre. Wien/ München/Zürich 1979

Gerhard **Jagschitz**: Der Ständestaat 1934-1938. In: Erika **Weinzierl**/Kurt **Skalnik**: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Band 1. Graz/Wien/Köln 1983, S. 497-515

Gerhard **Jagschitz**: Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung. In: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und in Österreich 1945-1955. Göttingen 2006 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 32) S. 367-416

Marie **Jahoda-Lazarsfeld**: Autorität und Erziehung in der Familie, Schule und Jugendbewegung Österreichs. In: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Bd. 2: Paris 1936, S. 706-725

Christoph **Jahr**: »Das ›Führen‹ ist ein sehr schwieriges Ding«. In: Rüdiger vom Bruch/Christoph Jahr/Rebecca Schaarschmidt (Hg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. I: Strukturen und Personen. Stuttgart 2005, S.17-36; S.27

Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs. 1934/35-1937/38; 1945/46, 1947/48. Wien 1934-37; 1945-1947

Jahrbuch der Deutschen Studentenschaft an den ostmarkdeutschen Hochschulen. (Hg.: Bereichsstudentenführung Süd-Ost) 1938/39. Wien 1938

Walter **Jambor**: Bekenntnis zu Österreich und seinen Menschen. In: Österreich in Geschichte und Literatur (1957/1) S. 42-53

Walter **Jambor**: »Das Ende wird furchtbar sein!«. Wird das Ende furchtbar sein? - Österreich unter und nach Kreisky. Wien/München 1981

Markus **Juen**: Waffenstudenten und katholische Korporationen an der Universität Wien 1918 – 1938. Versuch einer Bestandsaufnahme Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 1994

Das **jüdische Echo**. Organ der jüdischen Akademiker Österreichs. (hg. v. Vereinigung Jüdischer Hochschüler Österreichs) Wien 1952ff

Franz. M. **Kapfhammer**: Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung. Graz/Wien/Köln 1987

Stefan **Karner**: Österreichische Kriegsgefangene und Internierte im Archipel GUPVI. In: Gerhard Jagschitz/Stefan Karner (Hg): Menschen nach dem Krieg. Schicksale 1945-1955. Ausstellung Schloss Schallaburg 1995, S.19-34

Stefan **Karner**: Verschleppt in die Sowjetunion: Margarethe Ottilinger. In: Gerhard Jagschitz/Stefan Karner (Hg.): Menschen nach dem Krieg. Schicksale 1945-1955. Ausstellung Schloss Schallaburg 1995, S. 35-39

Gerard Eric **Kasemir**: Die Borodajkewycz-Affäre 1965. Spätes Ende für »wissenschaftlich« vorgetragenen Rassismus. Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Wien 1994

Gertrud **Kerschbaumer**: Täteranteile und Opfermythen in den Lebensgeschichten ehemaliger Kriegsgefangener der GUPVI. In: Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb (Hg.): Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtstage 1997. Innsbruck/Wien 1998; S. 369-375
Alfred **Klahr**: Zur nationalen Frage in Österreich. Von Rudolf (=Alfred Klahr). Reproduktion der 1937 verfassten Studie. Wien 1979

Josef **Klaus**: Macht und Ohnmacht im Staate Österreich. Konfrontationen und Versuche. Wien/München/Zürich 1971

Alfred **Klose**: Die Interessensverbände. In: Erika Weinzierl/Kurt Skalník, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Band 1. Graz/Wien/Köln 1983, S. 331-341

Raoul **Kneucker**/Rudolf **Strasser**/Hans **Tuppy**: Die Universität als autonomes Lehr- und Forschungsunternehmen. Ein Modellentwurf. Wien 1968

August Maria **Knoll**: Das Ringen um die berufsständische Ordnung in Österreich. Wien 1933 . (= Schriftenreihe des Österreichischen Heimatdienstes 5/1933)

August Maria **Knoll**: Von Seipel zu Dollfuß. Eine historisch-soziologische Studie. Wien 1934

August Maria **Knoll**: Ziel und Glaube. Der Weg einer Generation. Wien 1936 (= Schriften zur Gegenwart 1)

August Maria **Knoll**: Von den drei Wesenstheorien der Gesellschaft. Individualismus – Totalismus – Personalismus. Wien 1949

Reinhold **Knoll**: Die Entnazifizierung an der Universität Wien. In: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Symposium des Inst. f. Wissenschaft u. Kunst, Wien, März 1985. Wien 1986; S. 270-280

Reinhold **Knoll**: Die »verdrängte« Soziologie: Othmar Spann. In: Michael Benedikt/ Reinhold Knoll/Cornelius Zehetner (Hg.): Im Schatten der Totalitarismen. Vom philosophischen Empirismus zur kritischen Anthropologie. Philosophie in Österreich 1920 - 1951 (= Verdrängter Humanismus - verzögerte Aufklärung. Philosophie in Österreich von 1400 bis heute. Bd.5) Wien 2005; S. 460-466

Reinhold **Knoll**: Die Soziologie in der Geschichte am Beispiel von Ernst Karl Winter. In: Michael Benedikt/ Reinhold Knoll/Cornelius Zehetner (Hg.): Im Schatten der Totalitarismen. Vom philosophischen Empirismus zur kritischen Anthropologie. Philosophie in Österreich 1920 - 1951 (= Verdrängter Humanismus - verzögerte Aufklärung. Philosophie in Österreich von 1400 bis heute. Bd.5) Wien 2005; S. 1065-1075

Hans Albrecht **Koch**: Die Universität. Geschichte einer europäischen Institution. Darmstadt 2008

Aurel **Kolnai**: Die Ideologie des Ständestaates. In: Der Kampf, Jänner 1934

Hilde **Koplenig**: Emigration in die Sowjetunion. In: Friedrich **Stadler**: Vertriebene Vernunft: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, 1930-1940. Bd.2. Wien 1987, S. 976-979

Robert **Krasser** (Hg.): Der CV, der Träger des katholischen Farbstudententums und die neue Zeit. Wien 1936

Robert **Krasser**: Katholisches Farbstudententum in Österreich. Grundsätzliches zum Wiedererstehen des ÖSV (Erweiterte Festrede beim Festakt der 4. ÖCV-Versammlung in Wien, 30. November 1946) Im Anhang: Entschliefungen der ÖCV-Versammlung zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen. Wien 1947

Bruno **Kreisky**: Zwischen den Zeiten. Der Memoiren erster Teil (hg. von Oliver Rathkolb/Johannes Kunz/ Margit Schmidt). Wien/München/Zürich 2000

Claudia **Kuretsidis-Haider**: Forschungsergebnisse und -desiderata zum Umgang mit NS-Verbrechen in Österreich. In: Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb (Hg.): Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtetage 1997. Innsbruck/Wien 1998; S. 299-307

Walter **Laqueur**: Die deutsche Jugendbewegung. Köln 1978

Hannes **Leidinger**: »...von vornherein provisorischer Natur« Rätebewegung und Kommunismus in Österreich 1918-1924. In: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck/Wien/Bozen 2008; S. 91-99

Sonja **Levsen**: Elite, Männlichkeit und Krieg. Tübinger und Cambridger Studenten 1900-1929. Göttingen 2006

Albert **Lichtblau**: Die jüdische Bevölkerung in Österreich im Spannungsfeld zwischen Religion, Politik und Nation. In: Werner **Drobesch**/Reinhard **Stauber**/Peter G. **Trobber** (Hg.): Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848-1938. Einblicke in Religion, Politik, Kultur und Wirtschaft einer Übergangszeit. Klagenfurt/Ljubljana/Wien 2007, S. 51-67

Albert **Lichtblau**: Die jüdische Bevölkerung in Österreich der Ersten und der Zweiten Republik. In: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck/Wien/Bozen 2008; S. 369-384

Brigitte **Lichtenberger-Fenz**: »...Deutscher Abstammung und Muttersprache«. Österreichische Hochschulpolitik in der Ersten Republik. Wien/Salzburg 1990 (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften 19)

Brigitte **Lichtenberger-Fenz**: Österreichs Universitäten 1930 bis 1945. In: Friedrich Stadler (Hg.): Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien/München 2004, S. 69-82

Maximilian **Liebmman** (Hg.): 1938 [Neunzehnhundertachtunddreißig] - Kirche in Österreich - 1988. Eine Dokumentation. Graz/Wien/Köln 1990 (= Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und kirchlichen Zeitgeschichte. 4.)

Barbara **Lipp**: Von kulturpolitischen Metaphern der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur zur Funktionalität in der Identitätskonstruktion der Nachkriegsjahre – personelle und institutionelle Fallbeispiele. Ungedr. phil. Dipl. Univ. Wien. Wien 2008

Franz **Lugmayer**: Der Einfluss von Karl Lugmayer auf die bildungspolitische Konzeption der ÖVP ab 1945. In: Christliche Demokratie. Zeitschrift des Karl v. Vogelsang-Institutes 4/88, S.

Wolfgang **Maderthaner**: Kultur Macht Geschichte. Studien zur Wiener Stadtkultur im 19. und 20. Jahrhundert. Wien 2005 (= Politica et Ars. Interdisziplinäre Studien zur politischen Ideen- und Kulturgeschichte Bd. 8)

Herman **Mark**: Zeitzeuge. In: Friedrich **Stadler**: Vertriebene Vernunft : Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, 1930-1940. Bd.2 . Wien 1987; S. 693-697

Walter **Marschitz**/Stefan **Szyszkowitz**: Zwischen Studentenstreik und Urabstimmung. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987. Wien/München 1988, S.187-221

Albert **Massiczek**: Ich war Nazi. Faszination. Ernüchterung. Bruch. Ein Lebensbericht: Erster Teil (1916-1938). Wien 1988

Albert **Massiczek**: Ich habe nur meine Pflicht erfüllt. Von der SS in den Widerstand. Ein Lebensbericht: Zweiter Teil. Wien 1989

Viktor **Matejka**: Widerstand ist alles. Notizen eines Unorthodoxen. Wien 1984

Richard **Meister**: Ansprache zur Inaugurationsfeier an der Universität Wien am 10. Juni 1944. In: Elmar Lechner (Hg.): Retrospektiven in Sachen Bildung. Klagenfurt 1996, S. 1-11

Johannes **Messner**: Die berufsständische Ordnung. Innsbruck/Wien/München 1936

Johannes **Messner**: Die soziale Frage. Eine Einführung. Innsbruck/Wien/München 1938

Mitteilungen des Deutsch-akademischen Juristenvereines. Wien 1932

Mitteilungen der Katholischen Deutschen Hochschülerschaft Wiens. Wien 1937

Mitteilungsblatt. Herausgeber: Pressereferat der österreichisch-demokratischen Studentenschaft. Wien 1945

Der **Morgen**. Organ d. ›Freien österr. Studentenschaft‹ Wien 1951 - 1962.

Wolfgang **Mueller**: Sowjetische Österreich-Planungen 1938–1945 In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien 2006 (=Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde)

Franz **Müller**: Gemeinsam oder getrennt zum »Neubau in Mitteleuropa«? Das »Dritte Reich« im Kampf gegen den »Ständestaat«. In: Michael Gehler/Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger: Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1996 (=HMRG Beiheft 15) S. 481-496

Rainer Albert **Müller**: Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule. Hamburg 21996

Maya **Nadig**/Johannes **Reichmayr**: Paul Parin, Fritz Morgenthaler und Goldy Parin-Matthèy. In: Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch Reinbek bei Hamburg 2000 (Rowohlts Enzyklopädie 55628) S. 72-84

Neue Generation. Organ der sozialistischen Studenten. Wien 1950 - 1969

Wolfgang **Neugebauer**: Der österreichische Widerstand 1938-1945. Wien 2008

Neuland. Blätter jungkatholischer Erneuerung. Wien 1924 ff

Neuland. Bund katholischer Jugendbewegung in Österreich. Mitteilungsblatt. Wien 1928 ff

Neulandschule. 50 Jahre Schule Grinzing, 30 Jahre Schule Laaerberg. Wien 1977

Odo **Neustädter-Stürmer**: Die berufsständische Gesetzgebung in Österreich. Wien 1936 (= Der neue Staat 3)

Sabine **Obermayer**: Frauen im tertiären Bildungsbereich. Zur Situation der Studentinnen an der Universität Wien und der Hochschule für Welthandel in der Zwischenkriegszeit. Ungedr. wirtschaftswiss. Dipl.-Arb. Wirtschaftsuniversität Wien. Wien 1992

Österreichische Arbeiter-Zeitung. Zentralorgan der Christlichen Arbeiter- und Angestellten-Bewegung. Wien 1934-1938

Österreichische Hochschulzeitung. (hg. v. d. Presseabt. d. Hochschülerschaft Österreichs) Wien/ Graz/ Innsbruck/ Salzburg/ Leoben 1936-38

Gerhard **Popp**: CV in Österreich 1864-1938. Organisation, Binnenstruktur und politische Funktion. Wien/Köln/Graz 1984

Herbert **Posch**/ Doris **Ingrisch**/ Gert **Dressel**: »Anschluß« und Ausschluss 1938. Vertriebene und verbliebene Studierende der Universität Wien. Wien 2008.

Katharina **Praschak-Mittlböck**: Neuland: Wurzeln und pädagogische Blüten einer Jugendbewegung. Ungedr. grund- u. integrativwiss. Dipl.-Arb. Wien 1996

Paula **Preradovic**: Ein Jugendreich. Die Neuland-Schulsiedlung in Grinzing - Wien. Wien 1937

Oliver **Rathkolb**: Entnazifizierung. In: Gerhard Jagschitz/Stefan Karner (Hg.): Menschen nach dem Krieg. Schicksale 1945-1955. Ausstellung Schloss Schallaburg 1995, S.14-16

Oliver **Rathkolb**: Die Universität Wien und die »Hohe Politik« 1945 bis 1955 In: Margarete Grandner/Gernot Heiß/Oliver Rathkolb (Hg.): Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955. Wien 2005 (= Querschnitte. Einführungstexte zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte 19) S. 38-53

Wolfgang **Rosar**: Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluss. Wien/Frankfurt/Zürich 1971

Ludwig **Rosenhek** (Hg.): Festschrift zur Feier des 100. Semesters der akademischen Verbindung Kadimah (Wien). Wien 1933

Gabriele **Rosenthal**/Wolfram **Fischer-Rosenthal**: Analyse narrativ-biographischer Interviews. In: Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch Reinbek bei Hamburg 2000 (Rowohlts Enzyklopädie 55628) S.456-468

Rudolfinenblätter. Wien 1935-1967

Jörn **Rüsen** (Hg.): Geschichtsbewusstsein: Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde. Köln/Weimar/Wien 2001 (= Beiträge zur Geschichtskultur 21)

Gert **Schaider**: Grenzen und Möglichkeiten studentischer Interessensvertretung im Wandel (am Beispiel der Hochschülerschaft an der Universität Salzburg) Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Salzburg 2002

Barbara **Scheiber**: Freud und Leid der österreichischen Studenten in der Nachkriegszeit (Beiträge zur Geschichte der ÖH 1945-1955) Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Univ. Innsbruck, Innsbruck 1993

Claudia **Scheiber**: Der ÖCV als Beispiel einer politischen Elite – unter besonderer Berücksichtigung der Ministerialbürokratie. Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Univ. Innsbruck, Innsbruck 1992

Georg **Scheidl** (Hg.): Christlich motivierter Widerstand. Wien 1988

Helmut **Schelsky**: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf/Köln 1957

Heinrich **Schmidt**: Erinnerungen an drei Göttinger Historiker: Hermann Heimpel, Karl Gottfried Hugelmann, Siegfried A. Kaehler. In: Marlis Buchholz/Claus Füllberg-Stolberg/Hans-Dieter Schmid (Hg.): Festschrift für Herbert Obenaus zum 65. Geburtstag. - Bielefeld 1996 . (=Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte 11), S. 15- 39

Georg-Hans **Schmit**: Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung im politischen und sozialen System des austrofaschistischen Ständestaates. Ungedr. Dipl.-Arb. d. Fakultät f. Sozialwissenschaften d. Univ. Wien. Wien 2009

Carl Damian **Schroff**: Bericht über die fünfhundertjährige Jubelfeier der Wiener Universität im Jahre 1865. Wien 1866

Kurt **Schubert**: Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945. Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe ›625 Jahre Universität Wien‹ am 10. Mai 1990 im Kleinen Festsaal der Universität Wien« Wien 1991 (=Wiener Universitätsreden; N.F., 1)

Kurt **Schuschnigg**: Richtlinien. Rede des Bundeskanzlers Dr. Kurt Schuschnigg beim dritten Bundesappell der Vaterländischen Front am 14. Februar 1937. Wien 1937

Kurt **Schuschnigg**: Österreich muss Österreich bleiben. Die große Rede des Bundeskanzlers und Frontführers Dr. Schuschnigg im Bundestag am 24. Februar 1938. Wien 1938

Kurt **Schuschnigg**: Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlussidee. Wien/München/ Zürich ²1969

Rudolf **Schweighofer**: Studentenpolitik als Identitätsentwicklung: Krisen, Konflikte und Lernprozesse. Eine Revue. Ungedr. phil. Diss. Univ. Innsbruck, Innsbruck 1989

Gerhard-Dieter **Seewann**: Österreichische Jugendbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Die Entstehung d. Deutschen Jugendbewegung in Österreich-Ungarn von 1900 bis 1914 und die Fortsetzung in ihrem katholischen Zweig: ›Bund Neuland‹ von 1918 bis 1938. Ungedr. phil. Diss. Univ. Graz, Graz 1971

Engelbert **Siegl** (Hg.): Der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen. Die Ehrenmitglieder, Alten Herren und Studierenden des ÖCV, des österreichischen Cartell-Verbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen, nach dem Stande vom 1. April 1935 mit Nachträgen. Wien 1935

Wolfgang **Speiser**: Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938. Wien 1984 (= Materialien zur Arbeiterbewegung 40)

Maria **Sporrer**/ Herbert **Steiner** (Hg.): Fritz Bock, Zeitzeuge. Wien/München/ Zürich 1984

Friedrich **Stadler** (Hg.): Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien/München 1988

Ernst Rüdiger **Starhemberg**: Memoiren. Wien/München 1971

Olivia **Steiner**: Zur Entstehung der Basisgruppenliste Geisteswissenschaften an der Universität Wien. Eine qualitativ-empirisch gestützte Annäherung unter Berücksichtigung der Apperzeption von Basisdemokratie. Ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 2005

Steirische akademische Nachrichten. Offizielles Organ der österreichischen Hochschülerschaft der steirischen Hochschulen. Graz 1951

Dieter **Stiefel**: Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich. In: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Symposium des Inst. f. Wissenschaft u. Kunst, Wien, März 1985. Wien 1986; S. 28-36

Dieter **Stiefel**: Das arme, reiche Restösterreich. In: Der »Anschluß« im März 1938, Wien 1988. S.269-288 (=Christliche Demokratie. Zeitschrift des Karl v. Vogelsang-Institutes 4/88)

Dieter **Stiefel**: Utopie und Realität: Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. In: Thomas Albrich/Klaus Eisterer/Rolf Steininger: Tirol und der Anschluss. Voraussetzungen, Entwicklungen und Rahmenbedingungen. Innsbruck 1988 (=Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd.3), S. 403-433

Dieter **Stiefel**: Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit. In: Alice Teichová u.a. (Hg.): Der Markt im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Prag 1997, S. 191-211

Gerald **Stourzh**: Die Erste Republik. Österreichs Isolation. In: Der »Anschluß« im März 1938, Wien 1988, S. 247-256 (= Christliche Demokratie. Zeitschrift des Karl v. Vogelsang-Institutes 4/88)

Gerald **Stourzh** und Margarete **Grandner** (Hg.): Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft. Wien 1986 (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 12/13)

Jürgen **Straub**: Temporale Orientierung und narrative Kompetenz. In: Jörn Rüsen (Hg.): Geschichtsbewusstsein: Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde. Köln/Weimar/Wien 2001 (= Beiträge zur Geschichtskultur 21), S. 15-44

Karl **Strobl**: Erfahrungen und Versuche. Notizen aus dem Nachlass. (hg. v. Alois Kraxner). Wien/München 1981

Der **Student**. Organ der ›Freien österr. Studentenschaft‹ Wien 1945 - 1951.

Studenten-Kurier. Steirische akademische Nachrichten. Offizielles Organ der österreichischen Hochschülerschaft. Graz 1952-1953

Emmerich **Tálos**: Voraussetzungen und Traditionen kooperativer Politik in Österreich. In: Gerald Stourzh, Margarete Grandner (Hg.): Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft Wien 1986 (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 12/13)

Emmerich **Tálos**: Das Herrschaftssystem 1934-1938: Erklärung und begriffliche Bestimmungen. In: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer: ›Austrofaschismus‹. Beiträge zur Politik, Ökonomie und Kultur. Wien 1988, S. 345-369

Emmerich **Tálos**: Staat und gesellschaftliche Interessen – Vorformen kooperativer Politik in Österreich. In: Sozialpartnerschaft in Geschichte und Gegenwart, Wien 1988, S. 93-97 (= Christliche Demokratie. Zeitschrift des Karl v. Vogelsang-Institutes 2/88)

Emmerich **Tálos**/Wolfgang **Neugebauer** (Hg.): ›Austrofaschismus‹. Politik – Ökonomie – Kultur. Wien 2005

Emmerich **Tálos**: Vom Vorzeige- zum Auslaufmodell? Österreichs Sozialpartnerschaft 1945 bis 2005. In: Ferdinand Karlhofer/Emmerich Tálos (Hg.): Sozialpartnerschaft - Eine europäische Perspektive? Wien 2005, S.185-216 (= Politik und Zeitgeschichte 2), S. 185-216

Emmerich **Tálos**/Christian **Stromberger**: Zäsuren in der österreichischen Verhandlungsdemokratie. In: Ferdinand Karlhofer/Emmerich Tálos (Hg.): Sozialpartnerschaft - Eine europäische Perspektive? Wien 2005, S.185-216 (= Politik und Zeitgeschichte 2), S. 79-108

Kurt K. **Tweraser**: Marshallplan, Sozialpartnerschaft und Produktivität in Österreich. In: Österreich in den Fünfzigern, hg. von Thomas Albricht/ Klaus Eisterer/ Michael Gehler/ Rolf Steininger. Innsbruck 1995, S. 211-236

Kaja **Uibopuu** (Hg.): 80 Jahre Verein Grazer Hochschülerinnen 1912 - 1992 - die Geschichte der ältesten bestehenden Damenverbindung Österreichs. Graz 1992 (= Schriftenreihe des Steirischen Studentenhistoriker-Vereines 20)

Theodor **Veiter**: Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich. Wien/München 1984

Theodor **Veiter**: Die Christlichsoziale Partei im Widerstreit zwischen Parteiendemokratie und autoritärem Staat. In: Christliche Demokratie. Zeitschrift des Karl v. Vogelsang-Institutes 1/87, S. 49-67

Gerhard **Wagner**: Durch Lernen zu Selbstbestimmung. Einige Anstöße zum Thema Lernen lernen. In: Didaktik. Unabhängige Zeitschrift für Bildungsforschung 1/2001), S. 3-7

Matthias **Walser**: StudierendenvertreterInnen im Rahmen von Universitäten. In: Manfred Prisching (Hg.): Die (Rechts-)Stellung von StudentInnen in Österreich. Wien 2007, S. 65- 157

Anton Julius **Walter**: Die Hochschulen im neuen Staate. Gedanken zu einer notwendigen Reform. Wien/Leipzig 1936

Heinz **Wassermann**: Österreich und »Holocaust« - eine verstörte Nation? In: Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb (Hg.): Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtetage 1997. Innsbruck/Wien 1998; S. 322-329

Willi **Weinert**: Die Entnazifizierung an den österreichischen Hochschulen. In: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Symposium des Inst. f. Wissenschaft u. Kunst, Wien, März 1985. Wien 1986; S. 254-269

Hans-Peter **Weingand**: Die Technische Hochschule Graz im Dritten Reich. Vorgeschichte, Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus an einer Institution. Graz 1995

Hans-Peter **Weingand**/Werner **Winkler**: Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919-1991 (VSH - Vereinigung Sozialistischer Hochschüler 1919 - 1934 ; VSSTÖ - Verband Sozialistischer Student/inn/en, 1945 - 1991) Graz 1992

Beatrice **Weinmann-Steinweis**: Josef Klaus , ÖVP-Reformer und Bundeskanzler. (Zum 85. Geburtstag des letzten ÖVP-Kanzlers. Ungedr. phil. Diss. Univ. Wien. Wien 1995

Erika **Weinzierl**: Hochschulleben und Hochschulpolitik zwischen den Kriegen. In: Norbert Leser (Hg.): Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Ring-Vorlesung 19.Mai-20.Juni

1980 im Internationalen Kulturzentrum Wien. Wien 1981 (=Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Peter Heintel, Norbert Leser, Gerald Stourzh, Adam Wandruszka, Bd.1), S. 72-85

Erika **Weinzierl**: Wissenschaft und Nationalsozialismus. In: Friedrich **Stadler**: Vertriebene Vernunft: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, 1930-1940. Bd.2. Wien 1987, S.51-62

Erika **Weinzierl**: Prüfstand. Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus. (unter Mitwirkung von Ursula Schulmeister) Mödling 1988

Erika **Weinzierl**: Vor uns: Die Vergangenheit. In: Maximilian Liebmann (Hg.): Neunzehnhundertachtunddreißig. Kirche Österreich. Graz/Wien/Köln 1990, S. 23-26

Erika **Weinzierl**: Kirche – Gesellschaft – Politik von der Ersten zur Zweiten Republik. In: Friedrich Stadler (Hg.): Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien/München 2004, S.51-67

Rudolf **Wengraf** (Hg.): Der Österreichische Standpunkt. Monatsschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. Wien 1964-1970

Walter **Wiltschegg**: Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien 1985 (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7)

Werner **Wiltschegg**: Österreich – Der »zweite deutsche Staat«? Der nationale Gedanke in der Ersten Republik. Graz/Stuttgart 1992

Ernst Karl **Winter**: Österreichische Erziehungsprobleme. In: Wiener Politische Blätter 4 (1936) S. 243-249

Paul Bernhard **Wodrazka**: Christlich-soziale Arbeiterbewegung in Österreich vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis zum Ende der Ersten Republik. Ungedr. Diss. an der Wirtschaftsuniversität Wien. Wien 2001

Dietmar **Zach**: KSV und VSStÖ. Zwischen Zusammenarbeit, Konkurrenz und Verleumdung. Theoretische Perspektiven und politische Praxis. Ungedr. grund- u. integrativwiss. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 1998

Margherita **Zander**: Differenz oder Vielfalt: Frauen und Männer in der Geschichte der Sozialen Arbeit. In: Margherita Zander/Luise Hartwig/Irma Jansen (Hg.): Geschlecht Nebensache? Zur Aktualität einer Gender-Perspektive in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden 2006, S. 18-32

Wolfgang **Zaunbauer**: Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918-1934. Ungedr. phil. Dipl.-Arb. Univ. Wien. Wien 2004.

Leon **Zelman**: Ein Leben nach dem Überleben: Leon Zelman. (aufgezeichnet von Armin Thurnher) Wien 1995

Heidrun **Zettelbauer**: »Lauter Weiber im Hörsaal...« Studentinnenalltag in Graz 1918 bis 1938. Graz 1998 (= Grazer Gender Studies 4)

Helge **Zoitl**: Kampf um Gleichberechtigung. Die sozialdemokratische Studentenbewegung in Wien 1914-1925. Ungedr. phil. Diss. Univ. Salzburg, Salzburg 1976

Helge **Zoitl**: »Student kommt von studieren!« Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien. Wien 1992 (=Materialien zur Arbeiterbewegung 62)

Erich **Zöllner**: Alexander Novotny †. In: Österreich in Geschichte und Literatur 30/1986; S.91-93

Zwanzig Jahre Katholischer Deutscher Juristenverein. Wien. 1912-1932. Wien 1932

Online-Artikel

1946: Die erste ÖH-Wahl. (Wiener Zeitung, 18.5.2007), *online unter*

<http://2005.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4243&Alias=wahlen&cob=284833>
(25.9.2009)

Beschlussprotokoll der 1. ordentlichen BV-Sitzung im SS 2008 am 14.3.2008; S. 38-41; *online unter* http://www.oeh.ac.at/uploads/media/2008-03-14_-_1.o.BV_SS_2008_-_Protokoll.pdf
(15.8.2008)

Gerhard **Bodendorfer**: 80. Geburtstag von Prof. Dr. Kurt Schubert. *online unter*: <http://www.christenundjuden.org/de/?item=19> (20.8.2009)

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW): Neues von ganz rechts - Mai 2002. Burschenschafter versuchen Imagekorrektur; *online unter*: http://www.doew.at/frames.php?/projekte/rechts/chronik/2002_05/burschen.html
(14. 3. 2009)

Helge **Dvorak**: Olympien-Chronik. 1859 bis heute; *online unter*: http://web.archive.org/web/20050923200328/http://olympia.burschenschaft.at/chronik_text.html (15. 2. 2009)

Gerhard **Falschlehner**: Walter Jambor - in memoriam. In: libri liberorum 27/2007, *online unter*: http://www.biblio.at/oegkjlf/download/INHALT_lili27.pdf (10. 9. 2009)

Fischer, Ernst. Pseudonyme: Peter Wieden, Pierre Vidal. 3.7.1899, Komotau / Chomutov (Böhmen) - 31.7.1972, Deutschfeistritz (Stm.) In: Lilli **Bauer**/Werner T. **Bauer** (Hg.): dasrotewien.at. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Wien 2005ff; *online unter* <http://www.wien.spoe.at/online/page.php?P=11447> (29.7.2009)

Kretschmayr Heinrich, *online unter* http://epub.oeaw.ac.at/oebl_4/263.pdf (7.7.2009)

Ernst **Lammer**: Chemie – Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft. Zum Gedenken an die 1944 gegründete Widerstandsgruppe am I. Chemischen Universitätslaboratorium. In: UNIQUE –

Magazin der ÖH Uni Wien 4/2005 *online unter:* <http://www.univie.ac.at/unique/?tid=677> (8.9.2009)

Leo XIII: Enzyklika ›Rerum novarum‹. Rom 1891; *online unter:* <http://198.62.75.1/www1/overkott/rerum.htm> (1.8.2009)

Albert **Massiczek**, 1916–2001; *online unter* <http://www.albert-massiczek.at/> (30.04.2009)

Katholische Österreichische Hochschulverbindung **Nordgau Wien:** Geschichte 1933 - 1938: Der Ständestaat, *online unter:* <http://www.nordgau.at/geschichte3.html> (15.5.2009)

Anja **Oberkofler:** Symposium zur Erinnerung an Eduard Rabofsky. Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft, Nr. 3/2004, *online unter:* http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Rabofsky_3_04.html (1.9.2009)

Anja **Oberkofler:** Krise des Arbeitsrechts. Symposium zur Erinnerung an Eduard Rabofsky. Wien, April 2005, *online unter:* http://www.klahrgesellschaft.at/Buecher/Arbeitsrecht_Vorwort.html (1.9.2009)

Richard **Olechowski:** Otto Mauer – ein Leben für Humanität und Kunst. Wien 2008 (*online unter:* www.univie.ac.at/richard.olechowski/manuskripte/Olechowski_OttoMauer) (12.3.2009)

Anton **Orel** zum Gedenken. In: Der Freiheitskämpfer. 7,8/1959, S. 3; *online unter:* http://www.derfreiheitskaempfer.at/_zeitungsarchiv/der_freiheitskaempfer_1959_12_07_08.pdf (10.8.2009)

Pius XI: Enzyklika ›Quadragesimo anno‹. Rom 1931; *online unter:* <http://198.62.75.1/www1/overkott/quadra.htm> (10.8.2009)

Herbert **Posch:** EhrensenatorInnen der Universität Wien im 20. und 21. Jahrhundert; *online unter* <http://www.univie.ac.at/universitaet/forum-zeitgeschichte/gedenkkultur/ehrensenatorinnen> (23.2.2009)

Herbert **Posch:** Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938. Wien 2009, *online unter* <http://gedenkbuch.univie.ac.at> (4.7.2009)

Peter **Schwarz:** Ein symbiotisches Interessensverhältnis. Wien – DÖW; *online unter* http://www.doew.at/thema/bsa/170_titel.html (31.7.2009)

Werner **Stangl:** Das Interview. ›Werner Stangls Arbeitsblätter‹. Linz 1997; *online unter* <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/FORSCHUNGSMETHODEN/Interviews.html> (15.8.2008)

Stellungnahme von Wolfgang Neugebauer, Christine Schindler und Peter Schwarz zum profil-Artikel vom 9. 5. 2008; *online unter* http://www.doew.at/thema/massiczek/m_2008.html (30.04.2009)

Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ): In: Lilli **Bauer**/Werner T. **Bauer** (Hg.): dasrotewien.at. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Wien 2005ff; *online unter:* <http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=11873> (15.5.2009)

Erika **Wantoch:** Offener Brief an Wolfgang Neugebauer; *online unter* http://www.hirtl.com/offener_brief_an_wolfgang_neugebauer.pdf (30.04.2009)

Wikipedia: Deutscher Soldatenfriedhof Langemark, *online unter:* http://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Soldatenfriedhof_Langemark (15.9.2009)

Wikipedia: Carl Sonnenschein; *online unter* http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Sonnenschein (29.7.2009)

Christa **Zöchling:** Ex->Presse<-Chef im Dienste der CIA: Otto Schulmeister agierte für den Geheimdienst profil Nr. 17 /20. 4 2009), *online unter* <http://www.profil.at/articles/0916/560/239634/ex-presse-chef-dienste-cia-otto-schulmeister-geheimdienst> (1.8.2009)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Nationalsozialistischer Terror im Anatomischen Institut	89
Abbildung 2: Otto Porsch, 1939.....	90
Abbildung 3: Ernst Tomek, Rektor der Universität Wien 1933/34.....	104
Abbildung 4: Siegfriedskopf in der Aula nach 1923.....	115
Abbildung 5 Heinrich Drimmel als Sachwalter.....	119
Abbildung 6: Richard Lechner; Sachwalter 1937-1938.....	131
Abbildung 7: Der junge Ernst Fischer	142
Abbildung 8: Josef Dobretsberger.....	186
Abbildung 9: Ernst Karl Winter	190
Abbildung 10: Hugo Hantsch.....	193
Abbildung 11: Erste Ausgabe der Akademischen Nachrichten	238
Abbildung 12: Fachgruppenbeirat Jus	248
Abbildung 13: Memorandum gegen die Mediziner-Reform Bildquelle:	287
Abbildung 14: Oswald Menghin.....	300
Abbildung 15: Erik Werba am Kavier um 1935	303
Abbildung 16: Karl Rudolf	316
Abbildung 17: »Neuland«-Schulsiedlung,Grinzing I+II, 1935	324
Abbildung 18: Studenten vor dem Eingang der ÖH in der Kolingasse 19 im Jahr 1953	346
Abbildung 19: Kontinuität im Namen: Auch das Jahrbuch der ÖH 1945 erscheint mit dem Titel: »Hochschülerschaft Österreichs«.....	359
Abbildung 20: Ernst Fischer 1945.....	363
Abbildung 21: Figl unterschreibt das Gründungsstatut der Union.....	377
Abbildung 22: Ergebnisse der ersten ÖH-Wahlen	397
Abbildung 23: Protest der Wiener Studenten gegen die Erhöhung der Studiengebühren. Sitzstreik vor Unterrichtsministerium.....	412

Lebenslauf



Gerhard Wagner, geboren 1962

- Eltern: Vater: Dr. Gerhard Wagner, Richter
Mutter: Dr. Helga Wagner, Rechtsanwältin
- 1981: Matura am Humanistischen Gymnasium, Klostergasse 24, 1180 Wien
- 1981/82 Präsenzdienst als Sanitäter im Heeresspital Wien-Stammersdorf
- 1982: Beginn mit dem Studium Lehramt Latein/Dt. Philologie
später: Wechsel: Geschichte, Dt. Philologie.
- ab 1987 zahlreiche Tätigkeiten im Rahmen der Österreichischen Hochschülerschaft¹⁴¹¹
- 1991-2001 Chefredakteur der Zeitschrift »DIDAKTIK« (gemeinsame Herausgeber: Institut für die schulpraktische Ausbildung¹⁴¹² der Universität Wien, Hochschülerschaft an der Universität Wien)
- 2000 Mitherausgeber (mit Klaus Pollheimer und Gerhard Hager): Dimensionen einer begabungsfreundlichen Lernkultur. Festschrift für Friedrich Oswald.
- 2002 Absolvent des Integrativen Journalismus-Lehrgangs¹⁴¹³ mit gutem Erfolg
- 2004-2009 Studienassistent am Institut für Bildungswissenschaft/ Forschungseinheit LehrerInnenbildung und Professionalisierungsforschung
- seit 2009 Projektmitarbeiter am Institut für Bildungswissenschaft: Internationales Studierendenprogramm »Campus Europae«

¹⁴¹¹ siehe ausführlicher im Kapitel: »Standortbestimmung des Autors dieser Arbeit«

¹⁴¹² zuvor bis 2000: Zentrum für das Schulpraktikum

¹⁴¹³ Mitglieder der Prüfungskommission: Univ.Prof. Dr. Fritz Hausjell (Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien), Dr. Meinrad Rahofer (Kuratorium für Journalistenausbildung), Thomas Balla (ORF - Generaldirektion Human Resources) und Mag Elisabeth Esberger (Der Standard)